

11161

Freund · Deutsche Geschichte · 1918–1939

Sachbuch

580



Goldmann Sachbuch

Michael Freund

Deutsche Geschichte

1918 – 1939



Michael Freund

Deutsche Geschichte

Fortgeführt von Thilo Vogelsang

Band 5: 1918-1939



Wilhelm Goldmann Verlag

Bildredaktion: Dr. Wolf August

Bildquellennachweis:

Archiv für Kunst und Geschichte, Berlin (2); Bertelsmann Lexikon-Verlag, Gütersloh (7); Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin (8); dpa, Frankfurt (3); Historia Photo, Bad Sachsa (8); Heribert Sturm, München (1); Ullstein GmbH, Berlin, Bilderdienst (17); Süddeutscher Verlag, München.

Vorlagen für Faksimiles im Text und für Textzeichnungen:

Archiv für Kunst und Geschichte, Berlin; Bruckmann Verlag, München; Deutsche Staatsbibliothek, Berlin, Handschriftenabteilung, Nachlass Hoffmann v. Fallersleben; Fritz Eschen, Berlin; Geographisches Institut der Universität Greifswald; Historia-Photo, Bad Sachsa; Historisches Bildarchiv Lolo Handke, Bad Berneck; Kunstarchiv Arntz, Haag/Obb.; Landesamt für Flurbereinigung und Siedlung Baden-Württemberg, Ludwigsburg; österreichische Nationalbibliothek, Wien; Süddeutscher Verlag München; Ullstein GmbH, Berlin.

Die schematischen Kartenskizzen sind zum Teil nach Vorbildern aus Westermans Atlas zur Weltgeschichte und aus F.W. Putzgers Historischem Schulatlas von Ernst Dehne, Bielefeld, den besonderen Absichten des Autors entsprechend umgezeichnet worden.

Die Schaubilder und Zeichnungen im Text wurden angefertigt von:

Heinz Baumeister, Bielefeld; Heinrich von Boddien, Hamburg; August Lüdecke, Gütersloh; Hans Peter Renner, Gütersloh; Alfred Resch, Bielefeld.

Made in Germany • 1 /78 • 1. Auflage • 1110

Genehmigte, erweiterte Taschenbuchausgabe.

© der Originalausgabe 1975 by Verlagsgruppe Bertelsmann GmbH/Bertelsmann Lexikon-Verlag, Gütersloh, Berlin, München, Wien.

© der Taschenbuchausgabe 1978 by Wilhelm Goldmann Verlag, München.

Umschlaggestaltung: Creativ Shop, A. + A. Bachmann, München.

Druck: Mohndruck Reinhard Mohn OHG, Gütersloh.

Verlagsnummer: 11161 • Dr. August/Papenbrok

ISBN 3-442-11161-7

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Inhaltsverzeichnis

1918-1939

DIE WEIMARER REPUBLIK

- 7 *Chronologie 1918-1933*
- 12 Revolution der Nation gegen sich selbst
- 15 Grösse und Elend des alten Heeres
- 17 Versickern des alten Heeres
- 19 Narrenspiel der Hoffnungen
- 22 Das Weihnachtswunder von 1918
- 24 Das Heer zur linken Hand: Die Freikorps
- 26 Das Ende des Spartakus: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
- 29 Der Mummenschanz der bayrischen Räterepubliken
- 30 Die Republik von Weimar
- 34 Die Weimarer Verfassung
- 37 Dämon Versailles
- 46 Die Dolchstosslegende
- 48 Der Aufbruch der Freikorps: Der Kapp-Putsch
- 50 Die neue Wehrmacht: Seeckt und die Reichswehr
- 52 Der Würgegriff der Reparationen
- 56 Rapallo: Der Traum der Ostpolitik
- 61 Die Fortsetzung des Weltkrieges mit anderen Mitteln: Der Ruhrkampf Der rettende
- 64 Verzicht: Gustav Stresemann Die Bierkeller-Revolution und der Marsch auf die
- 67 Feldherrnhalle Rentenmark und Dawes-Plan
- 70 Dämmerung über Versailles: Hindenburg und Locarno
- 71 Kult der Unzufriedenheit
- 76 Regierung Brüning: Not und Notverordnungen
- 79 Der Erdbeben der Septemberwahlen 1932: Hitlers Aufstieg
- 84 Schleicher als «Königsmacher»: Die Regierung Papen
- 87 Das Ende Preussens und der Regierung Braun
- 90 Die tödliche Sackgasse
- 94

DAS DRITTE REICH

- 96 *Chronologie 1933-1939*
- 100 Dämon Hitler
- 105 Die Machterschleichung: Reichskanzler Hitler
- 110 Vom Reichstagsbrand zur Selbstaufopferung des Parlaments
- 113 Gleichschaltung und Tarnung
- 119 Tod des alten Deutschlands durch das Leichengift der SA: Der 30. Juni 1934 Der
- 125 Sieg über die Niederlage Der Auftakt zum Krieg
- 131 Der Auftakt zum Krieg
- 135 Die ersten Schritte: Österreich und Sudetenland
- 142 Die grosse Kapitulation: München

- 147 Von München nach Prag: Zerschlagung der Tschechoslowakei
- 153 Englands grosse Wendung: Die Garantie für Polen
- 157 Die vierte Teilung Polens: Der deutsch-sowjetische Pakt
- 165 Italiens Flucht aus dem Krieg und Hitlers Sturz in den Weltbrand
- 169 Gesamtregister

1918 – 1939

DIE WEIMARER REPUBLIK

1918

12. *Nov.:* Der Rat der Volksbeauftragten verkündet eine Reihe von sozialpolitischen Massnahmen (Einführung des 8-Stunden-Tages vom 1.1.1919 an, Aufhebung der Gesindeordnung, Koalitionsfreiheit).
15. *Nov.:* Ebert beauftragt den Staatsrechtler Preuss mit der Ausarbeitung einer Reichsverfassung.
23. *Nov.:* Die sogenannte Staatenkonferenz zerschlägt das von Hugo Preuss entworfene Programm eines deutschen Einheitsstaates.
28. *Nov.:* Wilhelm II. erklärt seinen Rücktritt als Deutscher Kaiser und König von Preussen.
30. *Nov.:* Der Rat der Volksbeauftragten beschliesst eine Wahlordnung für die künftige deutsche Nationalversammlung.
4. *Dez.:* Führende Zentrumsolitiker (Trimborn, Adenauer) erklären sich für eine Rheinische Republik als Gliedstaat des Deutschen Reiches.
12. *Dez.:* Der Rat der Volksbeauftragten wendet sich gegen Eingriffe der Arbeiter- und Soldatenräte in die Pressefreiheit, die Lebensmittelversorgung und die Rechtspflege.
12. *Dez.:* Die «Rheinische Republik» wird vom Rat der Volksbeauftragten scharf abgelehnt.
16. *Dez.:* Ein Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands tritt in Berlin zusammen.
18. *Dez.:* Brockdorff-Rantzau wird an Stelle von Solf Aussenminister.
18. *Dez.:* Ein Siebenpunkteprogramm (Hamburger Punkte) zur radikalen Demokratisierung der Armee wird vom Rätekongress angenommen.
19. *Dez.:* Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte erklärt sich für die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung.

1918

23. *Dez.:* Die Unabhängigen scheiden aus dem Rat der Volksbeauftragten aus.
23. /24. *Dez.:* Schwere Kämpfe entbrennen um den von radikalen Matrosen besetzten Marstall und das Schloss in Berlin.
24. *Dez.:* Die truppenlos gewordene Regierung Ebert wird durch den von den Revolutionären geachteten Weihnachtsabend gerettet.

1919

1. *Jan.:* Die Kommunistische Partei Deutschlands wird gegründet (Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Karl Radek).
4. *Jan.:* Der Volksbeauftragte Noske verlässt Berlin, um Freikorps aufzustellen.
5. *Jan.:* Ein neuer Aufruhr der radikalen Linken bricht in Berlin aus (bis 31.1.)
18. *Jan.:* Die Friedenskonferenz wird im Spiegelsaal von Versailles eröffnet.
19. *Jan.:* Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung ergeben eine schwarzrotgoldene Mehrheit (SPD, Zentrum, Demokraten)
4. *Febr.:* SPD und Unabhängige Sozialdemokraten erlangen im Sächsischen Landtag die Mehrheit.
6. *Febr.:* Ebert legt am Tage des Zusammentritts der Nationalversammlung die Macht in deren Hände.
10. *Febr.:* Die Nationalversammlung beschliesst das «Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt».
11. *Febr.:* Ebert wird zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt.
13. *Febr.:* Ebert ernennt Scheidemann zum Reichskanzler.
21. *Febr.:* Der bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner wird von dem Grafen Arco erschossen.
21. *Febr.:* Der bayrische Landtag wird gesprengt (Übergang der Macht an den Zentralrat der bayrischen Republik).
7. *April:* Die erste Räterepublik wird in Bayern ausgerufen.
13. *April:* Die zweite (kommunistische) Räterepublik in Bayern wird ausgerufen.
28. *April-1. Mai:* Die bayrische Räterepublik wird durch Freikorps beseitigt.
7. *Mai:* Die Friedensbedingungen werden der deutschen Delegation in Versailles übergeben.
12. *Mai:* Reichskanzler Scheidemann lehnt in einer leidenschaftlichen Rede vor dem in der Aula der Universität Berlin tagenden Reichstag den Entwurf des Friedensvertrages ab.
20. *Juni:* Die Regierung Scheidemann tritt zurück.

8 Die Weimarer Republik

1919

- 22. Juni: Die neue Reichsregierung unter Gustav Bauer (SPD; vom 21.6.1919 bis 27.3.1920) erklärt sich zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages bereit.
- 28. Juni: Der Friedensvertrag wird im Spiegelsaal von Versailles unterzeichnet.
- 11. Aug.: Die neue Reichsverfassung (Weimarer Verfassung) tritt in Kraft.
- 16. Sept.: Adolf Hitler tritt als 7. Mitglied in die Deutsche Arbeiterpartei ein.

1920

- 10. Febr.: Volksabstimmung in der 1. Schleswigschen Zone; Nordschleswig stimmt für Dänemark.
- 24. Febr.: Erste Massenversammlung der NSDAP im Münchner Hofbräuhaus.
- 11. März: Der Abgeordnete Helfferich wird nach einer Beleidigungsklage des Reichsfinanzministers gegen schwerwiegende Beschuldigungen nur geringfügig verurteilt. (Rücktritt Erzbergers 12. 3.).
- 13. März: Nationalistische Kreise unter Führung des Landschaftsdirektors Kapp und Freikorps ergreifen durch einen Staatsstreich Besitz von Berlin.
- 13. März: Der Reichspräsident und die Reichsregierung entweichen nach Stuttgart (der Chef des Truppenamts Seeckt gegen militärischen Widerstand). Der Reichspressechef ruft zum Generalstreik gegen die Kappregierung auf. Die bayrische Reichswehr erzwingt die Ersetzung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann durch den reaktionären Gustav von Kahr.
- 15. März: Im Ruhrgebiet entwickelt sich, der Generalstreik zum kommunistischen Aufstand (bis 10.5.).
- 17. März: Die gescheiterte «Regierung» Kapp tritt zurück.
- 27. März: Sturz der Regierung Bauer hauptsächlich aus Groll gegen Noske.
- 27. März: Der Sozialdemokrat Hermann Müller bildet eine neue Regierung (Reichswehrminister Gessler bis 20.6.)
- 6. April: Französische Truppen besetzen wegen des Eindringens der Reichswehr in das Rheinland bei der Verfolgung der Kommunisten Frankfurt und Darmstadt.
- 18-26. April: Die Alliierten handeln auf der Konferenz von San Remo Zugeständnisse in der deutschen Frage gegen solche im Vorderen Orient aus.
- 6. Juni: Die Wahlen zum Reichstag beseitigen für immer die Mehrheit der schwarzrotgoldenen Koalition.
- 21./22. Juni: Die Konferenz von Boulogne bleibt ohne Einigung über die deutschen Reparationen.
- 24. Juni: Eine mittelparteiliche, von der SPD geduldete Regierung Fehrenbach wird gebildet.
- 5. -16. Juli: Die Konferenz von Spa erzielt keine Verständigung über die deutschen Reparationen.
- 11. Juli: Die Bezirke Allenstein und Marienwerder stimmen mit grosser Mehrheit für Deutschland.
- 20. Sept.: Eupen und Malmedy werden nach öffentlicher Abstimmung an Belgien abgetreten.
- 14. Okt.: Auf dem Parteitag zu Halle tritt die Mehrheit der USPD zur KPD über.
- 15. Nov.: Der Freistaat Danzig wird unter dem Protektorat des Völkerbundes konstituiert.

1921

- 1.- 7. März: Die Londoner Reparationskonferenz scheitert am deutschen Widerspruch.
- 8. März: Französische Truppen besetzen als «Sanktion» für «Zahlungsunwilligkeit» Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.
- 18. März: Im Rigaer Frieden tritt Polen ukrainische und weissrussische Gebiete an Russland ab (deren Restitution im zweiten Weltkrieg durch Oder-Neisse-Grenze entschädigt). Mitte März: Max Hölz entfesselt in Mitteldeutschland einen kommunistischen Aufstand.
- 20. März: Bei der Volksabstimmung in Oberschlesien stimmen 60% für Deutschland.
- 4. Mai: Die Regierung Fehrenbach tritt wegen der in London beschlossenen Reparationsforderungen zurück.
- 5. Mai: Im «Londoner Ultimatum» fordern die Siegermächte vom Reich die Annahme ihres Reparationsprogramms.
- 10. Mai: Eine zur Annahme des Londoner Ultimatums bereite Regierung («Erfüllungspolitik») wird unter dem Zentrumsmann Josef Wirth gebildet.
- 15. Mai: Frankreich, Italien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien protestieren gegen die Anschlussbewegung in Österreich.
- 26. Aug.: Der ehemalige Reichsfinanzminister Erzberger wird ermordet.
- 29. Aug.: Eine Notverordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wird erlassen.
- 23. Sept.: Die Sozialdemokratie gibt sich das «Görlitzer Programm»
- 7. Okt.: Das Wiesbadener Abkommen zwischen dem deutschen Wiederaufbauminister Walther Rathenau und dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur sieht den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs durch deutsche Dienst- und Sachleistungen vor.

1922

- 31. Jan.: Walther Rathenau wird zum deutschen Aussenminister ernannt.
- 3. Febr.: Der Bevollmächtigte bei der Versailler Friedenskonferenz, Freiherr von Lersner, verweigert die Annahme der «Kriegsverbrecher-Liste».
- 13. Februar: Die Aburteilung der «Kriegsverbrecher» durch das Reichsgericht wird vereinbart.
- 10. April-19. Mai: In Genua tagt eine europäische Wirtschaftskonferenz unter Teilnahme Deutschlands.
- 16. April: Deutschland und die Sowjetunion schliessen den Vertrag von Rapallo.
- 24. Juni: Aussenminister Rathenau wird ermordet. Eine Verordnung zum Schutz der Republik wird erlassen.
- 23. Aug.: Die Siegermächte beschwerten sich über die milden Urteile des Reichsgerichts gegen die «Kriegsverbrecher».
- 24. Sept.: Die Sozialdemokratie vereinigt sich mit dem rechten Flügel der USPD.
- 24. Okt.: Friedrich Ebert wird kraft eines besonderen verfassungsändernden Gesetzes vom Reichstag (anstatt durch Volkswahl) neu zum Reichspräsidenten gewählt.
- 14. Nov.: Das Kabinett Wirth stürzt infolge der sich verschlechternden aussenpolitischen Lage.
- 22. Nov.: Der ehemalige Generaldirektor der Hapag Cuno bildet ein «Kabinett der Fachleute».
- 18. Dez.: Reichskanzler Cuno bietet die Garantie der französischen Grenzen an.

1923

- 11. Jan.: Die französische Armee besetzt zur Erlangung «produktiver Pfänder» das Ruhrgebiet.
- 13. Jan.: Die Reichsregierung ruft zum passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung auf.
- 11. Aug.: Die britische Regierung bezeichnet die Ruhrbesetzung als ungesetzlich.
- 12. Aug.: Die Regierung Cuno tritt völlig gescheitert zurück.
- 13. Aug.: Gustav Stresemann wird zum Reichskanzler ernannt (bis 2.11. Kanzler der grossen Koalition, am 23.11. gestürzt).
- 31. Aug.: Zum Teil durch den vom Reich finanzierten Generalstreik der Ruhr ist die deutsche Mark auf den Wert von 10 Mill. Mark für 1 Dollar gesunken.
- 12. Sept.: 100 Millionen Mark sind gleich einem Dollar.
- 24. Sept.: Die Regierung beschliesst die bedingungslose Preisgabe des passiven Widerstandes.
- 26. Sept.: Bayern verkündet den Belagerungszustand und überträgt dem «Generalstaatskommissar» von Kahr die vollziehende Gewalt.
- 27. Sept.: Die Reichsregierung verhängt den Ausnahmezustand und überträgt dem Reichswehrminister die vollziehende Gewalt.
- 20. Okt.: Der bayrische General von Lossow widersetzt sich einem Befehl Seeckts und lässt (22.10.) die bayrische Reichswehr auf Bayern vereidigen.
- 21. Okt.: Im Rheinland herrscht die sogenannte «Revolverrepublik» der Separatisten (bis Anfang November).
- 29. Okt.: Die Linkregierung in Sachsen wird durch Reichsexekution abgesetzt.
- 31. Okt.: 72,5 Milliarden Mark sind gleich einem Dollar.
- 2. Nov.: Die sozialistischen Mitglieder der Reichsregierung treten wegen der Aktion gegen Sachsen zurück.
- 8.-9. Nov.: Hitler ruft in der Nacht vom 8. zum 9.11. die nationale Revolution aus, scheitert aber daran, dass er die Machthaber Bayerns nicht mitzureissen vermag.
- 8. Nov.: Ein Demonstrationssmarsch der Nationalsozialisten unter Führung Hitlers bricht unter dem Feuer der bayrischen Landespolizei zusammen.
- 9. Nov.: Die vollziehende Gewalt geht vom Reichswehrminister auf den Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, über.
- 15. Nov.: Die Inflation wird durch die Rentenmark beendet (1 Rentenmark gleich 1 Billion Reichsmark).

1923

- 23. Nov.: Die NSDAP und die KPD werden im ganzen Reich verboten. Das Kabinett Stresemann wird gestürzt.
- 30. Nov.: Der Zentrumsführer Marx bildet ein neues Kabinett (bis 15. 12.1924).

1924

- 14. Jan.: Der Dawes-Ausschuss (die internationale Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Dawes zur Regelung der Reparationsfrage) tritt zusammen.
- Febr.: Die Separatisten in der Pfalz werden mit gewaltsamen Mitteln endgültig beseitigt.
- 14. Febr.: Eine Steuernotverordnung («Aufwertung») führt zu einer schweren politischen Krise.
- 13. März: Der Reichstag wird wegen der Gegensätze in der Regierungskoalition aufgelöst.

10 Die Weimarer Republik

1924

26. März -1. April: Vor dem Volksgerichtshof in München findet der Hochverratsprozess gegen Adolf Hitler und Genossen statt.
9. April: Das «Dawes-Gutachten» liegt vor. (Reparationsplan unter Mitwirkung der USA.)
4. Mai: Die Schwächung der Mitte durch die Neuwahlen macht eine Regierungsbildung ohne Sozialdemokraten oder Deutschnationale unmöglich.
- Aug.: Frankreich verspricht die Räumung des Ruhrgebiets bis zum August 1925.
29. Aug.: Der Dawesplan wird vom Reichstag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit (erreicht durch abkommantierte Deutschnationale) angenommen.
30. Aug.: Das Schlussprotokoll über die Reparationsregelung wird in London unterzeichnet.
20. Okt.: Die Auseinandersetzung um die Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen führt zur Reichstagsauflösung.
7. Dez.: Die Neuwahlen verändern die Stärke der Parteien nicht wesentlich.

1925

5. Jan.: Die Alliierten erklären, die erste Besatzungszone wegen mangelhafter deutscher Abrüstung zum vertraglichen Termin (10. 1.) nicht räumen zu wollen.
15. Jan.: Der frühere Oberbürgermeister Luther bildet ein Kabinett aus Zentrum, Demokraten, Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen (bis 5.12. und vom 20. 1. bis 12. 5.1926).
28. Febr.: Reichspräsident Ebert stirbt.
29. März: Beim ersten Wahlgang für die Reichspräsidentenschaft erhält keiner von 7 Kandidaten die erforderliche Mehrheit.
26. April: Beim zweiten Wahlgang wird Hindenburg mit relativer Mehrheit gewählt.
14. Juli-25. Aug.: Franzosen und Belgier räumen Ruhrgebiet und «Sanktionsstädte».
16. Okt.: In Locarno wird ein Sicherheitsvertrag zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, England und Italien abgeschlossen.
26. Okt.: Die Deutschnationalen treten aus Protest gegen den Locarno-Vertrag aus der Regierung aus.
27. Nov.: Der Reichstag nimmt mit einfacher Mehrheit den Locarno-Vertrag an.
1. Dez.: Als Auswirkung des Locarno-Vertrages beginnt die Räumung der ersten Rheinlandzone.

1926

- März: Die im Locarno-Vertrag vorgesehene Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund verzögert sich wegen eines Streits um die Ratssitze.
24. April: Deutschland und die Sowjetunion schliessen einen Neutralitätsvertrag.
12. Mai: Das Kabinett Luther stürzt wegen eines Erlasses über die Hissung der Flagge Schwarz-Weiss-Rot auf den deutschen Gesandtschaften und Konsulaten.
17. Mai: Wilhelm Marx, Zentrum, wird wiederum Reichskanzler.
20. Juni: Der von den Kommunisten und Sozialdemokraten eingeleitete Volksentscheid für die Enteignung der deutschen Fürsten findet grösseren, aber nicht ausreichenden Anhang.
8. Sept.: Deutschland wird in den Völkerbund aufgenommen.
17. Sept.: Aussenminister Stresemann trifft sich mit dem französischen Aussenminister Briand in Thoiry zu einer Besprechung aller deutsch-französischen Fragen.
8. Okt.: Der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, wird wegen der Einladung eines Hohenzollernprinzen zu den Manövern zum Abschied gezwungen (Nachfolger General Heye).
12. Dez.: Die Siegermächte beschliessen, die deutsche Rüstung nicht weiter zu überwachen.
16. Dez.: Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann greift die Reichswehr scharf an und erzwingt den Rücktritt der Regierung (am 17.12.).

1927

31. Jan.: Wilhelm Marx bildet eine Regierung unter Einschluss der Deutschnationalen (bis 12.6.1928).
3. Juli: Die Reichsregierung führt auf Druck der Deutschnationalen Schutzzölle ein.

1928

- Jan.: Reichswehrminister Gessler tritt wegen fragwürdiger Geschäfte der Marine zurück (Nachfolger der ehemalige Generalquartiermeister Groener, 19.1.)
20. Mai: Die Neuwahlen zum Reichstag bringen einen grossen Erfolg der Sozialdemokratie.
28. Juni: Der sozialdemokratische Abgeordnete Hermann Müller bildet eine Regierung der grossen Koalition (ohne Bindung an die Parteien).
27. Aug.: Stresemann bietet Poincaré erneut die gleichzeitige Lösung der Reparationsfrage und der Rheinlandräumung an.
26. Aug.: Stresemann unterzeichnet für Deutschland in Paris den «Kriegsächtungspakt» (Kelloggspakt).

1928

16. *Sept.*: Die Mächte vereinbaren in Genf, dass eine neue Reparationsregelung die Voraussetzung einer vorzeitigen Rheinlandräumung sein müsse.
22. *Okt.*: Alfred Hugenberg als neuer Vorsitzender führt in der Deutschnationalen Volkspartei die radikale Richtung zum Sieg.

1929

- I. *Jan.*: Die Arbeitslosenzahl ist auf 2,9 Millionen gestiegen.
- II. *Febr.*: Der Young-Ausschuss für die Reparationsfrage tritt zusammen.
18. *Mai*: Ein Gesetz über die wirtschaftliche Hilfe für Ostpreussen wird erlassen.
7. *Juni*: Der Young-Ausschuss legt sein Gutachten vor.
5. *Sept.*: Der französische Aussenminister Briand legt einen Plan für die Einigung Europas vor.
9. *Sept.*: Stresemann schlägt im Völkerbund (als Antwort auf Briands Plan) eine weitgehende europäische Wirtschaftseinheit vor.
11. *Sept.*: Ein Gesetzentwurf der Rechten gegen den Young-Plan (Zuchthaus für die Annahme des auf die Rheinlandbefreiung zielenden Plans) wird vorgelegt.
3. *Okt.*: Stresemann stirbt im Alter von 51 Jahren.
25. *Okt.*: Ein Börsenkrach in New York löst die Weltwirtschaftskrise aus.
22. *Dez.*: Für den Volksentscheid gegen den Young-Plan stimmen nur ca. 14% der Stimmberechtigten.

1930

- I. *Jan.*: Die Arbeitslosenzahl ist auf 3,2 Mill. gestiegen.
20. *Jan.*: Die Mächte einigen sich auf einer Konferenz in Haag über den Young-Plan.
7. *März*: Reichsbankpräsident Schacht tritt aus Protest gegen den Young-Plan zurück.
- II. *März*: Der Reichstag nimmt die Young-Plan-Gesetze durch einfache Mehrheit an.
18. *März*: Der Reichspräsident fordert vom Reichskanzler Hilfe für den Osten.
25. *März*: Ein wenig wirksames Gesetz zum Schutz der Republik wird erlassen.
27. *März*: Der Reichskanzler Hermann Müller wird wegen eines Streites um die Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung um $\frac{1}{2}$ % gestürzt (0,5 %-Krise).
29. *März*: Der christliche Gewerkschaftsführer Heinrich Brüning wird auf Betreiben von General Schleicher zum Reichskanzler ernannt.
18. *Juli*: Der Reichstag nimmt einen sozialdemokratischen Antrag an, die Notverordnung vom 16. 7. über die Behebung wirtschaftlicher Notstände gemäss der Weimarer Verfassung wieder aufzuheben. Die Reichsregierung löst daraufhin den Reichstag auf.
14. *Sept.*: Durch einen Erdsturz bei den Reichstagswahlen wachsen die Sitze der NSDAP von 12 auf 107.
25. *Sept.*: Hitler lässt sich bei einem Prozess gegen hohe Reichswehroffiziere einen Eid zuschieben, dass er seine Ziele nur mit legalen Mitteln verfolgen wolle.
30. *Nov.*: Der Chef der Heeresleitung Heye tritt zurück (Nachfolger: General v. Hammerstein).

1931

- I. *Jan.*: Die Arbeitslosenzahl ist auf 4,9 Mill. gestiegen.
20. *März*: Das Reich und Österreich geben ihren Plan einer Zollunion bekannt.
31. *März*: Das «Osthilfegesetz» (Gesetz über Hilfsmassnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens) wird beschlossen.
5. *Juni*: Die Regierung beschliesst neue, tiefeinschneidende Notverordnungen.
5. *Juni*: Die Regierung erklärt den Young-Plan für nicht länger durchführbar.
20. *Juni*: Der Präsident der USA, Herbert Hoover, regt an, alle internationalen Zahlungsverpflichtungen für ein Jahr ruhen zu lassen («Hoover-Feierjahr»).
1. *Juli*: Der Produktionsindex ist auf 60% des Standes von 1929 abgesunken, die Rohstahlerzeugung von 13 Mill. t auf 4 Mill.
13. *Juli*: Die Darmstädter und Nationalbank muss ihre Schalter schliessen.
9. *Aug.*: Der von den Kommunisten unterstützte Volksentscheid der Rechten über die Auflösung des preussischen Landtages erhält nur 9,7 Mill. der Stimmen (37%; bedeutet Ablehnung).
19. *Aug.*: Der Bericht des britischen Bankiers Layton empfiehlt, den Kapitalentzug aus Deutschland einzudämmen.
21. *Sept.*: Mit der Abwendung Englands vom Goldstandard stürzt eine der «Säulen» der Weltwirtschaft ein
10. *Okt.*: Hitler wird zusammen mit Göring erstmals von Hindenburg empfangen.
11. *Okt.*: Deutschnationale, Stahlhelm, Nationalsozialisten und Rechtsradikale schliessen sich zur «Harzburger Front» zusammen.

1932

27. *Jan.*: Hitler spricht vor dem Industrieclub in Düsseldorf.
- Febr.*: Die Arbeitslosenzahl ist auf 6,2 Mill. angestiegen (höchster Stand).

12 Die Weimarer Republik

1932

- 13. März:** Beim ersten ergebnislosen Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl erhalten Hindenburg rund 18,1, Hitler 11,3, Thälmann 5,0, Düsterberg 2,6 Millionen Stimmen.
- 10. April:** Im zweiten Wahlgang wird Feldmarschall von Hindenburg erneut zum Reichspräsidenten gewählt; Hindenburg 19,3, Hitler 13,4, Thälmann 3,7 Mill. Stimmen.
- 13. April:** Die SA und SS werden durch Regierungsverordnung verboten.
- 20. April:** Die preussischen Landtagswahlen ergeben eine kommunistisch-nationalsozialistische Mehrheit.
- 7. Mai:** General von Schleicher verhandelt insgeheim mit Hitler, verspricht gegen Duldung einer nationalen Regierung Neuwahlen und Aufhebung des SA-Verbots.
- 12. Mai:** Der Wehr- und Innenminister wird von Schleicher genötigt, das Wehrministerium abzugeben (Schleicher Wehrminister).
- 30. Mai:** Reichskanzler Brüning tritt nach Äusserungen der Unzufriedenheit Hindenburgs zurück.
- 1. Juni:** Franz von Papen wird auf Betreiben Schleichers zum Reichskanzler ernannt (bis 2.12.).
- 4. Juni:** Der Reichstag wird aufgelöst.
- 14. Juni:** Das SA-Verbot wird aufgehoben.
- 9. Juli:** Durch den Vertrag von Lausanne werden die Reparationen praktisch beendet.
- 20. Juli:** Das Reich übernimmt die Regierung Preussens (Absetzung des Kabinetts Braun).
- 31. Juli:** Die Wahlen zum Reichstag machen die NSDAP zur weitaus stärksten Partei im Reich (230 Mandate gegen 133 der bisher stärksten SPD).
- 13. Aug.:** Hitler lehnt bei Verhandlungen mit Hindenburg und Papen das Vizekanzleramt ab und fordert das Reichskanzleramt.
- 12. Sept.:** Der Reichstag spricht der Regierung Papen mit überwältigender Mehrheit das Misstrauen aus; die Regierung Papen löst daraufhin den Reichstag auf.
- 10. Okt.:** Das Urteil des Reichsgerichts im Streit zwischen Reich und Preussen belässt der abgesetzten Regierung wesenlose repräsentative Funktionen.
- 6. Nov.:** Die Reichstagswahlen bedeuten trotz Stimmenverlust von 2 Millionen für die NSDAP keine Änderung der politischen Situation.
- 1. Dez.:** Reichskanzler von Papen schlägt Hindenburg eine unbefristete Vertagung des Reichstags vor, General v. Schleicher dagegen den Versuch einer Spaltung der NSDAP. (Hindenburg zuerst für Papen).
- 2. Dez.:** Der Reichspräsident ernennt den General v. Schleicher zum Reichskanzler.
- 7. Dez.:** Gregor Strasser, Schleichers Kandidat für den Vizekanzler, unterliegt in einer nationalsozialistischen Führertagung vollkommen gegen Hitler.
- 11. Dez.:** Die Abrüstungskonferenz in Genf gesteht grundsätzlich dem Reiche militärische Gleichberechtigung zu.

1933

- 1. Jan.:** Das Hitlerjahr beginnt mit 6 Millionen Arbeitslosen.
- 4. Jan.:** Hitler und Papen begegnen sich im Hause des Bankiers von Schröder in Köln.
- 17.- 27. Jan.:** Papen, Hitler, Göring, Meißner, Oskar v. Hindenburg, Ribbentrop verhandeln über die Bildung einer neuen Reichsregierung (Hindenburg bis zuletzt für Papen als Reichskanzler und Hitler als Vizekanzler).
- 23. Jan.:** General v. Schleicher schlägt nach dem Scheitern all seiner Pläne dem Reichspräsidenten den von ihm als selbstmörderisch bezeichneten Plan Papens vom 1.12.1932 vor und tritt nach Ablehnung durch den Reichspräsidenten zurück (28.1.).
- 28. Jan.:** Bei den Vorbesprechungen des Reichspräsidenten über die Regierungsbildung empfehlen fast alle Parteien die Betrauung Hitlers mit dem Amt des Reichskanzlers.
- 30. Jan.:** Adolf Hitler wird zum Reichskanzler ernannt (Koalitionsregierung ohne nationalsozialistische Mehrheit).

Revolution der Nation gegen sich selbst

Die Regierung des Prinzen Max von Baden war getragen von den drei Parteien der schwarzrotgoldenen Koalition, damals fast achtzig Prozent Deutschlands hinter sich hatten. Gegen die eigene Regierung machte nun das deutsche Volk wegen einer Kette von Verwirrungen Revolu-

tion. Der parlamentarische Staat war im Oktober gegründet worden – unter einem erblichen, aber in seiner Macht bedingten Monarchen, der zur konstitutionellen Regierung ebenso, wenn nicht besser passt als ein gewählter Staatspräsident, der oft zu Anfang von einer «Partei» auf

den Schild erhoben wird. Die Deutschen machten Revolution, um die parlamentarische Regierung zu erobern, die sie bereits besaßen.

Am 7. November hatte Bayern unter Führung eines revolutionären, der Unabhängigen Sozialdemokratie angehörenden Literaten, Kurt Eisner, Revolution gemacht, die Wittelsbacher verjagt und die Republik ausgerufen. Die Bauern waren die radikalsten; Kurt Eisner begriff nicht, dass sich für die Bauern die Revolution in der Heimkehr von der Front und der Nichtablieferung ihrer Erzeugnisse erschöpfte. Viele andere deutsche Staaten folgten nach; die Revolution in Berlin war Ende und nicht Anfang der deutschen Revolution.

Am 9. November kam vielerlei zusammen: Die Generale meuterten genau wie die Soldaten. Die Soldaten schossen nicht mehr auf «Auführers», und die Generale befahlen nicht einmal mehr zu schiessen. Eine Revolution hätte also leichtes Spiel gehabt; es hätte nur eine geben müssen. Der Umsturz vollzog sich allein in der Reichskanzlei. Die Massen marschierten; aber stolz waren sie vor allem auf die Ordnung, in der sie es taten. Prinz Max bestürmte den ganzen Vormittag das Hauptquartier ohne die Abdankungserklärung des Kaisers zu erhalten. Schliesslich gab er in heroischer Ratlosigkeit eigenmächtig den Rücktritt des Kaisers bekannt. Nie ist eine Lüge wahrer gewesen. In der Verlautbarung der Reichsregierung hiess es:

«Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preussen und dem Einsetzen der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschliesslich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.»

Am Morgen des 9. November 1918 war Scheidemann endlich als Staatssekretär zurückgetreten und hatte aufgehört, Exzellenz zu sein. Der Parteivorstand hatte beschlossen, dass die Sozialdemokratie die Macht übernehmen solle. Zwischen 12 Uhr und 13 Uhr teilt eine Abordnung der sozialistischen Partei dem Prinz-Kanzler dies mit. Nach einigem Überlegen ernennt Prinz Max von Baden Friedrich Ebert zum Reichskanzler. Irgendein Recht dazu hatte er nicht. Vierundzwanzig Stunden lang antwortete Ebert als Reichskanzler, von niemandem um seine Vollmacht befragt:

«Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte über-

nommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen.»

Er wisse, dass es vielen schwerfallen werde, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen hätten. Aber die Organisation dürfe nicht versagen. Das ist der erste Laut, mit dem die neue revolutionäre Macht in Deutschland ins Leben tritt. Es solle jeder auf seinem Posten ausharren, «bis die Stunde der Ablösung gekommen ist».

Da hat kein Wort den Klang der Revolution in ihrer Grösse, Schrecklichkeit, Herrlichkeit und Bösartigkeit. Niemand braucht zu fürchten, dass der Henker seine «Ablösung» bewerkstelligen werde. Die Unabhängigen Sozialdemokraten wurden fast gleichzeitig wegen ihrer Beteiligung an der Regierung vorstellig. Der alte Diener der Reichskanzlei meldete sie an, bat sie auf Geheiss Eberts einen Augenblick zu warten und führte sie dann zu Ebert: «Der Herr Reichskanzler lässt bitten.»

In den Mittagsstunden rief nun der Kommunistenführer Karl Liebknecht, vor kurzer Zeit erst aus dem Zuchthaus entlassen, noch kaum fähig, das Licht des Tages zu ertragen, vom Balkon des Berliner Schlosses herab die sozialistische Republik aus:

«Das Alte ist nicht mehr, die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloss jahrhundertlang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschlands... Durch dieses Tor wird die neue sozialistische Freiheit der Arbeiter und Soldaten einziehen. Wir wollen an der Stelle, wo die Kaiserstandarte wehte, die rote Fahne der freien Republik Deutschland hissen!»

Der Reichstag wurde durch die Nachricht von der Tat Liebknechts wie ein Bienenschwarm aufgeschweicht. Philipp Scheidemann hielt nun seine Stunde für gekommen. Wie ein Blitzstrahl sei es über ihn gekommen:

«Deutschland also eine russische Provinz, eine Sowjet-Filiale?? Nein! Tausendmal nein! Kein Zweifel: Wer jetzt die Massen vom Schloss her « bolschewistisch » oder vom Reichstag zum Schloss hin « sozialdemokratisch » in Bewegung bringt, der hat gesiegt!»

Scheidemann wurde zum Balkon des Reichstags geschleppt («Der Wettstreit der Baikone»), Scheidemann rief – betäubt von dem weltgeschichtlichen Augenblick – die deutsche Republik aus.

«Der Kaiser hat abgedankt. Er und seine Freunde sind verschwunden, Über sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt!»

Das Wort sollte sich später gegen Scheidemann und die Republik richten. Es ist nicht gut, einem geschlagenen Volk zu versichern, dass es gesiegt habe. Scheidemann kehrte nach seiner eigenen Erzählung in das Restaurant des Reichstags zurück, «um den Rest seiner Wassersuppe zu retten.» Da kam Friedrich Ebert, der von dem Vorgehen Scheidemanns gehört

14 Die Weimarer Republik

hatte, auf ihn zu. Scheidemann berichtet selbst: «Ebert war vor Zorn dunkelrot im Gesicht geworden, als er von meinem Verhalten hörte. Er schlug mit der Faust auf den Tisch und schrie mich an: ‚Ist das wahr?‘ Als ich ihm antwortete, dass ‚es‘ nicht nur wahr, sondern selbstverständlich gewesen sei, machte er mir eine Szene, bei der ich wie vor einem Rätsel stand. ‚Du hast kein Recht, die Republik auszurufen! Was aus Deutschland wird, ob Republik oder was sonst, das entscheidet eine Konstituante!‘

Ebert hatte noch immer die Hoffnung, die Monarchie zu erhalten. Als Prinz von Baden sich am späten Nachmittag verabschiedete, beschwor Ebert ihn, doch als Reichsverweser zu bleiben. Das wäre ein Staatsstreich gewesen; Friedrich Ebert, der letzte Reichskanzler des Kaisers, der 6-Stunden-Kanzler und der alte Reichskanzler, Prinz Max von Baden, konnten keinen Reichsverweser einsetzen, der Staatsoberhaupt und Vormund des unmündigen Nachfolgers des Kaisers gewesen wäre. Auf jeden Fall lehnte Prinz Max von Baden unter Berufung auf die Verhandlungen mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ab. Der Prinz beschreibt in seinen Erinnerungen den Abschied zwischen ihm und Ebert folgendermassen:

«Zwischen fünf und sechs Uhr ging ich zu Ebert, um Abschied von ihm zu nehmen. Ebert sagte zu mir: ‚Ich bitte Sie dringend zu bleiben.‘ Ich fragte: ‚Zu welchem Zweck?‘ Ebert: ‚Ich möchte, dass Sie als Reichsverweser bleiben.‘ Diese Bitte war in den letzten Stunden von meinen früheren Mitarbeitern wiederholt an mich gerichtet worden. Ich erwiderte Herrn Ebert: ‚Ich weiss, dass Sie im Begriff sind, mit den Unabhängigen ein Abkommen zu treffen, und mit den Unabhängigen kann ich nicht zusammen arbeiten.‘ An der Tür wandte ich mich noch einmal zurück: ‚Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz!‘ Er antwortete: ‚Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren.‘

Damit fand die sechsstündige Reichskanzlerschaft Eberts ein Ende. Das Reich aber brauchte eine Regierung, die den Waffenstillstand unterschrieb. So pochte man an das pazifistische Gewissen der Unabhängigen. Sie müssten in die Regierung eintreten, damit der Krieg aufhören könne. Das gehört zu den vielen Formeln und Schlagworten der Geschichte, die unbesehen hingenommen werden. In Wirklichkeit hätte Ebert auch eine reine mehrheitssozialistische Regierung bilden können. Sie wäre genauso legal und illegal gewesen wie eine Regierung der sozialistischen Parteien zusammen, genauso vertrauenswürdig und genauso verdächtig. Weder eine mehrheitssozialistische Regierung noch eine Regierung aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zusammen war vom Volk gewählt und vom Volk bestätigt. Die neue Regierung nannte sich Rat der Volksbeauftragten. Die

Feindmächte waren bereit, zunächst einmal jede Regierung anzuerkennen, die ihrerseits bereit war, den Waffenstillstand zu unterschreiben.

«Rat der Volksbeauftragten», das klang wie eine revolutionäre Fanfare. Viele Menschen befürchteten, dass die drei «unabhängigen» Volksbeauftragten von der Regierung aus Revolution machen könnten, da sie immerhin an den Hebeln der Macht sassen. Es waren der solide und redliche Hugo Haase aus Königsberg, dessen Tatkraft nur durch die Zweifel eines Patriotenherzens am Geschick Deutschlands gelähmt war, Wilhelm Dittmann, ein braver Revolutionsfunktionär, und Emil Barth, der «Hofnarr der Revolution» (Arthur Rosenberg), ein kraftmeierischer Revoluzzer, der nur die Revolution kompromittierte.

Für die SPD waren Ebert, Scheidemann und Landsberg in dem Rat, der erste ruhig, stetig und zäh, der zweite leicht glühend und oft von Strohuern genarrt, der dritte ein in den Wegen der Politik bis zum äussersten erfahrener Rechtsanwalt. Gleichzeitig wurden noch Vertreter der bürgerlichen Parteien hinzugezogen, so dass dieser Rat der Volksbeauftragten in tiefstem Grunde die alte schwarzrotgoldene, nur mit knallroter Dekoration geschmückte Koalition war. Die Mitglieder des Zentrums und der Demokratischen Partei (Erzberger als Leiter der Waffenstillstandsverhandlungen, Preuss als Vorbereiter und Schöpfer der Verfassung, Solf als Leiter des Auswärtigen Amtes) wurden als «Staatssekretäre» hinzugezogen. Da die einzelnen «Volksbeauftragten» keinen klar umrissenen Arbeitskreis hatten, sassen diese Staatssekretäre an den Schalthebeln des Regierungsapparates. Sie galten als blosser «Fachminister»; aber das Wort sollte nur die Tatsache bemänteln, dass die Regierungsarbeit von den alten Leuten weitergetan wurde. Am Revolutionstag, dem 9. November, trat ein Arbeiter- und Soldatenrat zusammen, dessen Bildung höchst stürmisch und unregelmässig erfolgte. Betriebe und Abteilungen von Soldaten, Lazarette und Kasernen wählten ganz nach Willkür Vertreter in diesen Arbeiter- und Soldatenrat. Irgendeine Regel und einen Verteilungsschlüssel gab es nicht. In einer Revolution gibt es, sagt Hermann Müller mit Recht, keine Eintrittskarten. Nur spielte ein Führer der Sozialdemokraten, der tatkräftige Otto Wels, mit, um die Zusammensetzung dieses Arbeiter- und Soldatenrates zu dirigieren; er verteilte in der Tat Eintrittskarten. Er verlegte seine Tätigkeit vor allem auf die Kasernen, die an diesem Tage ein unbeschreibliches Durcheinander boten. Niemand kannte die Soll-Listen. Da wurde eben von einer Stube oder einer diskutierenden Gruppe im Korridor ein Soldatenrat entsandt. Otto Wels schreckte auch nicht zurück, seine Freunde, die vor sehr langer Zeit mit dem Militär Bekanntschaft gemacht hatten, erneut in Uniformen zu stecken und als Soldatenräte vorzuzeigen. So war dafür gesorgt, als dieser Arbeiter- und Soldatenrat eine sozialdemokratische Mehrheit hatte. Die demokratische Republik hatte schon gewonnen.

Grösse und Elend des alten Heeres

Mit klingendem Spiel rückten die Frontruppen ein; das Pflaster erbeute unter dem Parademarsch. Es schien, als ob das Heer Scharnhorsts und Moltkes unangetastet geblieben wäre. Ehe der Tag sich neigte, war die stolze Truppe zerstoßen. Deutschland war nichts als eine auseinandergelaufene Armee.

Die Heeresleitung hatte die Armee noch in völliger Ordnung nach Hause geführt, eine grossartige Leistung. Aber dann löste sich das Heer wie von einer Säure zerfressen auf. Jeder Versuch missglückte fürs erste, ein neues Heer – gleichviel unter welchen Fahnen – aufzustellen; die Regierung trieb hilflos auf den Wogen; sie hatte in Berlin keine hundert Mann hinter sich, die für sie kämpfen wollten, und wurde nur gerettet, weil ihre Gegner diese hundert Mann auch nicht hatten.

Neben dem Heimmarsch war vielleicht auch der Revolutionstag eine Bekundung der alten deutschen Armee. Der Linkssozialist Holitscher stellt mit vielem Recht von den Kundgebungen des 9. November fest:

«Da war kein Rausch und keine Begeisterung. Die Menschen zogen dahin, fast ohne Fahne und fast ohne Lieder. Man merkte nur eines: Es waren alles Leute, die marschieren gelernt hatten.»

Auch die Republik war ein Deutschland, das marschieren gelernt hatte.

In der Nacht vom 9. zum 10. November stellte sich die Oberste Heeresleitung der neuen Regierung zur Verfügung. Der Kaiser war geflohen, aber seine Würde war auf den Feldmarschall übergegangen. Von 1925-1933 sollte die Republik eine Monarchie in Zivil sein. Es gab daher auch 1918 so gut wie keinen Widerstand; die Deutschen sagten sich, dass auch sie einem Staat gehorchen könnten, dem Hindenburg diene. Die Oberste Heeresleitung befahl am 9. November die Einsetzung von Soldatenräten. Nun hörte der Soldatenrat auf, etwas Frevelhaftes und Kühnes zu sein. Die Einsetzung der Räte wurde geschäftsmässig befohlen wie die Einführung eines zusätzlichen Gewehrreinigungsappells und ebenso nüchtern durchgeführt. Groener wusste recht gut, was er tat. Vertrauensräte der Truppe, denen man wegen der Verwirrung der Zeit den phantastischen Namen «Soldatenräte» geben muss, sind das Harmloseste von der Welt, wenn sie auf Befehl des Vorgesetzten gewählt werden.

Ganz wenige lehnten sich dagegen auf; einige reden sich später ein, dass sie seelisch gemeutert hätten, so Freiherr von Heydebreck, der am 30. Juni 1934 durch ein SS-Exekutionskommando enden wird. Er schreibt in einem später veröffentlichten Tagebuch:

«Trostlos, erbärmlich, Pflichterfüllung, gegebene Tatsachen,

des Dienstes gleichgestellte Uhr lief weiter, als ob nichts passiert sei. Nirgends ein mutiges Wort, das Verrat Verrat nannte, nur Resignieren und das Bestreben, noch Schlimmeres zu verhüten. Und dann def Weisheit letzter Schluss: Geordnet in die Heimat zurückkehren.»

Das Heer vollbrachte seine letzte grandiose Leistung: Es marschierte geordnet nach Hause – in Fristen, die am 11. November die Siegermächte so kurz angesetzt hatten, dass es unmöglich schien, sie einzuhalten. Aber die Armee schaffte es. Hinter dem Aufmarsch nach rückwärts steckte dieselbe scheinbar unwiderstehliche methodische Kraft, die Millionen wie mit Geisterhänden nach einem geheimen Plan bewegte. Die Armee kehrte geordnet in die Heimat zurück. Das war, wie ein amerikanischer Historiker feststellt, «die letzte grosse Handlung der Armee Friedrichs des Grossen, Scharnhorsts und Moltkes».

Deutschland quoll über von bewaffneten Menschen, aber es war ohne Soldaten. Die Armee bestand noch fort; der Waffenstillstand hatte sie durch die Ablieferung der schweren Waffen für einen äusseren Krieg untauglich gemacht; aber ihre Auflösung war nicht verlangt worden. Gewehre waren seit dem November in Deutschland wohlfeiler als Dreschflegel. Das Feldheer legte mitunter irgendwo seine Waffen zusammen, und jeder konnte sich aus dem Haufen bedienen, dem der Sinn danach stand. Bei allen revolutionären Unruhen führen regelmässig Lastwagen voller Waffen auf, und Hände griffen beliebig danach, als würde Streusand verteilt. Ein riesiger, bewaffneter, vom Staat unterhaltener Menschenhaufen war damals der eigentliche Herr des Reiches oder vielmehr: Er hätte es werden können und werden müssen, wenn ein leidlich klarer und bewusster Wille dahintergestanden hätte. Ganze Kontinente mussten nach dem Wort Churchills, der noch am Waffenstillstandstag die entsetzte Bewunderung vor der militärischen Leistung der Deutschen nicht abschütteln konnte, aufgeboten werden, um diese bewaffneten Millionen Menschen zu besiegen – damals, als sie noch ein Heer gewesen waren. Ein winziger Bruchteil der militärischen Anstrengung des Krieges hätte genügt, um diese Volksmassen, die alle ein Gewehr in der Hand trugen, zu Herren Deutschlands zu machen und der Revolution zum Sieg zu verhelfen. Hätten die linksradikalen Gruppen in Berlin aus Hunderttausenden von bewaffneten Menschen, die wie ein einziges schreiendes und heischendes Maul der Revolution erschienen, auch nur ein paar militärische Formationen bilden können, Berlin und Deutschland wären von ihnen fast mühelos erobert worden. Die Macht lag buchstäblich auf der Strasse. Die Reichswehr war ja noch nicht –

16 Die Weimarer Republik

– nicht einmal in ihrer freikorpsmässigen Gestalt – gebildet. Churchill schrieb damals:

«Man hatte diese ungeheuren Menschenmassen Jahre hindurch gelehrt, wie man tötet, wie man Bomben anfertigt und wirft, als wären sie einfache Schneebälle. Alle waren sie unter einem dauernden unvorstellbaren Druck durch ein Stampfwerk getrieben und zahllosen Zerreibissen ausgesetzt gewesen. Plötzlicher und gewaltsamer Tod, das jammervolle Schauspiel zeretzter Menschenleiber und zerstörter Wohnstätten, dies alles bei anderen zu beobachten oder für sich selbst zu erwarten, gehörte zu den gewöhnlichen Ereignissen des täglichen Lebens. Wenn diese Armeen einen gemeinsamen Entschluss fassten und sich von den Altären der Pflicht und der Vaterlandsliebe entfernten, so gab es keine Macht, die auch nur hätte versuchen können, ihnen zu widerstehen.»

Aber die Millionen fassten keinen gemeinsamen Entschluss; sie trugen alle ein Gewehr oder hätten müheelos eines haben können. Sie wären eine unwiderstehliche Macht gewesen, wenn sie einem Befehl gehorcht und sich ein wenig einer Disziplin unterworfen hätten. Aber das roch nach Krieg.

Man hatte zu viel vom deutschen Volk verlangt, und gerade die Schuldigen warfen dem deutschen Volk vor, dass es übermenschlichen Anforderungen nicht standgehalten hätte. Vier Jahre lang hatte man von der Nation mehr gefordert, als ihre Kraft erlaubte. Vier Jahre lang hatte man ihr immer wieder Kampferspritzen verabreicht und ihr diese und jene Offensive, den U-Boot-Krieg und diese und jene politische Massregel als Wundermittel angepriesen. Vier Jahre lang hatte man Deutschland durch eine unredliche Stimmungsmache geschleppt, zuletzt dann die Aussichtslosigkeit und Vergeblichkeit in hilfloser Hast geöffnet, hatte die Kapitulation im Vertrauen auf ein Phantom, die vierzehn Punkte Wilsons erzwungen, d. h., man hatte wieder alles auf eine Karte gesetzt, so wie man es bei der Eröffnung des Krieges und bei der Einleitung des unbeschränkten U-Boot-Krieges getan hatte. Versagte der Appell an den amerikanischen Wunderapostel, dann sollte das Volk wieder zum Kampfe antreten, mit demselben Vertrauen, Tod und Hunger ertragend, in seiner Hingabebereitschaft davon völlig unberührt, dass die Führung zuletzt die Kampfflagge und die weisse Fahne wie Hemden wechselte. So behauptete sich eine nahezu machtlose Reichsregierung. Sie hatte kaum ein Dutzend Mann zu ihrem Schutz. Durch ein Wunder blieb z.B. die bolschewistische Revolution aus, wenn Feigheit und der Ekel am wahrhaften Kampf ein Wunder sind. Nichts als die Auflehnung gegen das blutige Gespenst des Krieges brachte die «Revolution» vom 9. November 1918 zustande; die Menschen wurden – nach einem Wort in Arthur Rosenbergs «Die Entstehung der deutschen Republik» – sogar Sozialisten, um vor sich selber die Niederlegung der Waffen zu

rechtfertigen. Das Kämpfen – wo es für die Zeit nach dem Krieg notwendig erschien – überliessen sie denen, die immer gekämpft haben. So bittet am 10. November 1918 – ein in der Weltgeschichte einzigartiger Vorgang – die Revolutionsregierung einhellig – mit Einschluss der Unabhängigen Sozialisten – den Generalissimus des kaiserlichen Heeres, im Amt zu bleiben. Deutschland musste denjenigen anheimfallen, die noch kämpfen wollten. Das waren nachher die Zeitfreiwilligen, die Freikorps, die Berufsoffiziere, die Landsknechte. Sie gingen durch das deutsche Chaos hindurch wie eine Revolverkugel durch Butter. Der sozialdemokratische Führer Scheidemann schreibt in seinen «Erinnerungen»:

«Ein einziges entschlossenes Offizierskorps und die Bewegung wäre erledigt gewesen.»

So blieb in Deutschland die Revolution aus, und es gab eine Kette von Revolutionen und Revolutiöchen. Denn nicht das deutsche Volk machte Revolution, sondern jedes Land, jedes Kirchspiel, jede Stadt. Es gab nicht eine deutsche Revolution, sondern Hunderte, nebeneinander ausgebrochen und sich meist verhaltend, als wären sie einsame Sterne im Weltall. Die sogenannte deutsche Revolution gehört zu den seltenen, bei denen die Revolte in der Hauptstadt nur ein dekoratives Nachspiel bildet.

«Die Art, wie die Revolution», schreibt Scheidemann, «ausgebrochen war, nämlich nicht an einem zentralen Punkt, sondern an mehreren Orten der Peripherie, rein lokal und immer wieder für einen beschränkten Bezirk, bestimmte auch weiterhin den Charakter der neuen Gewalten. Überall provinzielle oder Kirchturms-Eigenwilligkeit, ein isoliertes Regieren im kleinsten Kreis, ohne Zusammenhang mit dem Ganzen. Daraus erklärt sich, dass soundso viele Städte und Bezirke sich zu selbständigen Räterepubliken ausriefen, vor allem ihre eigene Ernährungspolitik machten, unerhörte Verkehrschikanen bereiteten und sogar auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten auf eigene Faust dilettierten. Die Tatsache, dass das Bürgertum sich vollkommen totstellte, erweckte ausserdem in vielen A.- und S.-Räten (Arbeiter- und Soldatenräten, d. Verf.) die Vorstellung vom Alleinrecht der Sozialisten, was nicht nur damals ein schwerer, sich bitter rächender Denkfehler war.» Die aus ihren alten Ordnungen herausgerissene Nation, beschäftigungs- und ziellos, trieb wie der Staub vor dem leinsten Winde dahin. Ein Aufruf an den Litfasssäulen oder eine Notiz in den Zeitungen genügte, die Massen zu sogenannten Revolutionen und zu revolutionären Streiks zu veranlassen. Jedes Mass war verloren gegangen. Jeder Lohn schien einen Streik wert, wenn er höher war als der gestrige. Die Arbeit war ohnehin sinnlos, weil das Papier, das man nach Hause brachte und das Geld genannt wurde, so gut wie wertlos war. Für die meisten der Fabriken war es dasselbe, ob die Arbeiter zur Arbeit erschienen oder nicht.

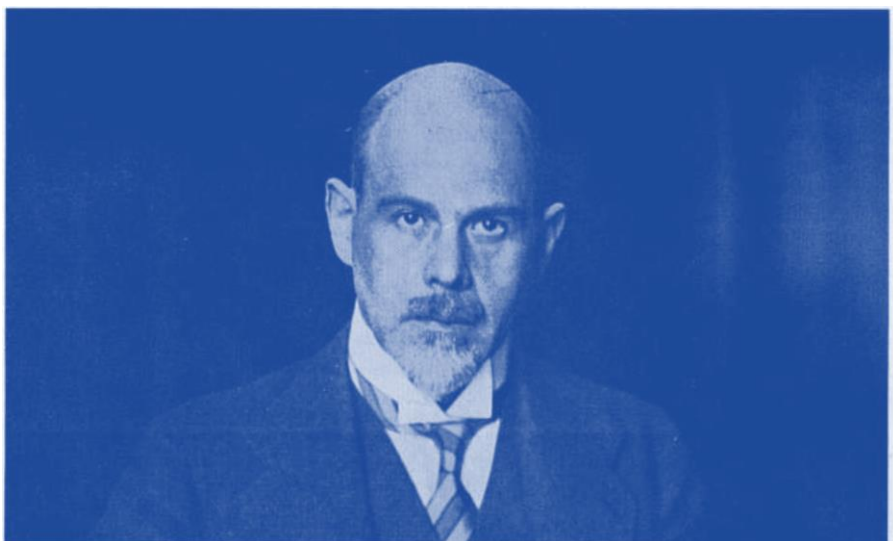


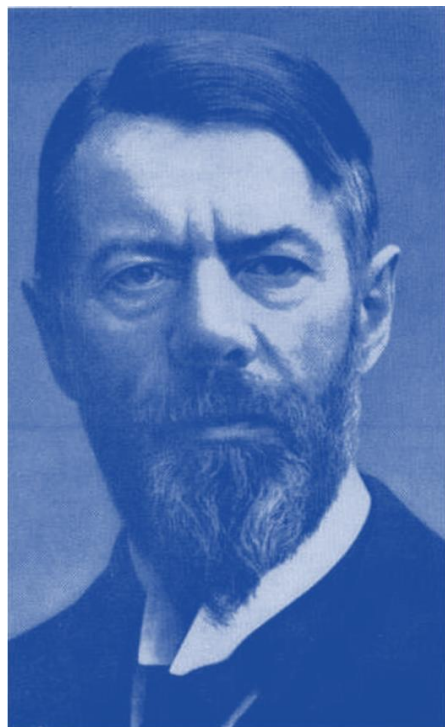
Revolution ohne Revolutionäre.

Unablässig liess man in den Novembertagen 1918 die Revolution hochleben (o. l.). Aber dieser Revolution fehlten die Führer. Deutschland besass im Grunde nur eine revolutionäre Persönlichkeit von Format: Rosa Luxemburg (o. r.). Unter den schwätzenden Schwärmern der deutschen Linken war diese Frau der einzige Mann. Sie war die Verfasserin klassischer Schriften des Marxismus, eine Briefschreiberin voller Humor, Geist und Menschlichkeit und eine grossartige politische Realistin. Aus Loyalität gegen Karl Liebknecht beteiligte sie sich wider besseres Wissen an dem Januaraufstand 1919 und wurde am 15. Januar zusammen mit Karl Liebknecht von der Gardedivision erschlagen. — Karl Liebknecht (u. l.) war der Erbe eines grossen Namens, der Sohn von Wilhelm Liebknecht, des Gründers der deutschen Sozialdemokratie, aber selbst ohne staatsmännische Begabung.

Drei Repräsentanten der Weimarer Republik.

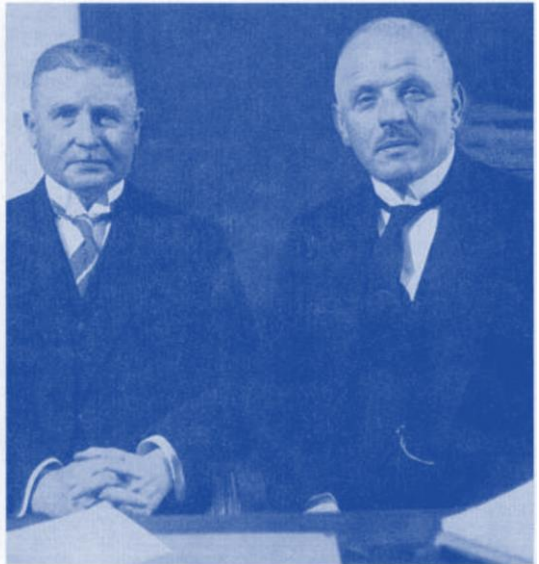
Walther Rathenau (u.), der Erbe grosser wirtschaftlicher Macht, der Sohn des Schöpfers der AEG, 1922 von nationalistischen Fanatikern ermordet, war in der Weimarer Republik ein Aussenseiter, nicht nur, weil er Jude, sondern weil er zu eigenwillig und erdenfern war. Erzberger (o. l.), der Haushaltsexperte des Zentrums, trotz einer Schar von Feinden wegen seiner Arbeitskraft und seines «Büros» unentbehrlich, ein Schullehrer, von Lebenskraft überschäumend, ohne viele Skrupel, war der Schöpfer der deutschen Reichsfinanzverwaltung und bei all seinen Fehlern und Schwächen ein Wille unter so vielen Willenskranken und ein Gestalter des neuen Deutschland. Hugo Preuss (o.r.), Staatsrechtler an der Berliner Universität, war der Vater der Weimarer Verfassung. Er hatte sich ein grossdeutsches Reich (mit Einschluss Österreichs und des Sudetengebietes) erhofft, die Erfüllung nationaler und freiheitlicher Ziele, die durch das Bismarck-Reich nicht erfüllt worden waren.





Das geistige Leben der Weimarer Republik.

Theodor Wolff (u.), der Chefredakteur des Berliner Tageblatts, dessen Leitartikel am Sonntag oft ein politisches Geschehnis waren, der Vertraute mancher deutscher Reichskanzler und Aussenminister, der Verfasser wissensreicher und geistvoller Bücher, repräsentierte den deutschen Journalismus in seiner besten Form. Max Weber (o. l.), Soziologe und Nationalökonom, durch aufwühlende, religionssoziologische Arbeiten bekannt geworden, Verfasser einer allumspannenden Soziologie von Gesellschaft und Staat, stellte die stärkste politische Leidenschaft der damaligen Zeit dar, scheiterte jedoch in der praktischen Politik an den herrschenden Mittelmässigkeiten. Oswald Spengler (o. r.) muss zu den grossen Verführern der Deutschen gezählt werden, indem er geistig den Nationalsozialismus vorbereitete, obwohl er einen geradezu physischen Widerwillen gegen Hitler hatte. Durch sein Buch «Der Untergang des Abendlandes» brachte er eine Zeitstimmung zum Ausdruck.



Die Reichswehr.

Die Reichswehr war reich an Affären. Die Oberbefehlshaber und Minister stürzten über Kaiserenkeln (Seeckt [u.r.] wegen der Heranziehung eines Kaiserenkeln zum Manöver), über Filmgesellschaften (Gessler), über ihre Ehen (Groener und Blomberg). Noske (o. I.) stürzte durch den Putsch des Freikorps vom März 1920. Gessler (o. r.) wurde der Reichswehrminister von Ewigkeit zu Ewigkeit genannt, weil er in jedem Kabinett als Reichswehrminister auftauchte. Die Ewigkeit aber fand ihr Ende, als herauskam, dass die Reichswehr durch faule Geschäfte, z.B. Filmunternehmungen, ihre Finanzlage zu bessern suchte. Nachfolger wurde Groener (o. M.), der einst Ludendorff als Generalquartiermeister im Oktober 1918 abgelöst hatte. Er stürzte 1932 durch die Machenschaften Schleichers.



«Aufläufe», Demonstrationen, Staatsstreiche waren das Leichteste von der Welt, wenn man nur eine Kiste Schnaps und ein paar tausend Zigaretten hatte. Dann sassen immer einige Leute mit einer roten Armbinde und einer beinahe weltgeschichtlichen Bezeichnung hinter dem Maschinengewehr oder standen Posten, solange nicht geschossen wurde, und markierten die «Rote Armee» wie Gevatter Kesselflicker die Wand in Shakespeares «Sommernachtstraum». Die sogenannte «Revolution» war eine Form wie eine andere auch, seine arbeitslosen Tage zuzubringen. Es gab sicherlich nicht wenige Schwärmer und Ekstater, begeisterte Anhänger einer revolutionären Idee, der Bodensatz, der übrigbleibt, wenn sich der revolutionäre Aufstand bei wirklicher Gefahr verläuft.

Tausend Revolutionen gab es in Deutschland und keine Revolution. Diese revolutionäre und sterile Aufgeregtheit lag über der Tiefe des deutschen Lebens wie Wellenschaum über dem Felsen.

Während ein paar Tagen der Lähmung herrschte die Überzeugung, dass die alten Klassen Deutschlands so miserabel regiert hätten, dass es ihnen recht geschähe, wenn sich zuweilen die Clowns und kleinen Gauner auf ihre Amtssessel setzten, wie die berühmte Waschfrau in Braunschweig als

Kultusminister, die nicht einmal der schlechteste Kultusminister der deutschen Geschichte war.

Aber lange vermochten sich die Deutschen das doch nicht anzusehen. In wenigen Tagen hatten alle die, die bisher die Arbeit getan hatten, das Heft wieder in der Hand, die Beamten, die alten Soldaten, die Funktionäre der Gewerkschaften und der Partei. Wenn oben die Brandung schmutzig aufschäumte und die Literaten sich an dem Narrenspiel alberner Hoffnungen berauschten, ging in der Tiefe der Nation die Arbeit weiter wie ehedem. Max Weber schrieb es unvergesslich am 18. November:

«Greulich ist auch das viele Phrasenwerk und deprimierend die vagen Hoffnungen und ganz dilettantischen Spielereien mit einer glücklicheren Zukunft», die doch in der Ferne liegt, so fern wie je. Woran man sich freut, ist die schlechte Sachlichkeit der einfachen Leute von den Gewerkschaften, auch vieler Soldaten, z.B. im hiesigen «Arbeiter- und Soldatenrat», dem ich zugeteilt bin. Sie haben ihre Sache ganz vorzüglich und ohne alles Gerede gemacht, das muss ich sagen. Die Nation als solche ist eben doch ein Disziplinvolk – freilich, wenn das einmal wankt, dann wankt es –, das sieht man ja, auch alles, auch im Innersten dieser Menschen.»

Versickern des alten Heeres

Mit dem letzten Parademarsch hatte alles aufgehört. Die Menschen versanken im Alltag; was ihnen mindestens in den ersten Kriegsjahren Grösse und Glanz verliehen hatte, war verblasst. Die Menschen waren alle verbraucht. Über Nacht war die Armee nicht mehr da, und an ihre Stelle trat ein Chaos bewaffneter Menschen.

Die «Revolution» bestand aus dem Entschluss, nicht mehr zu kämpfen, darum war es keine; denn sie hätte nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln und an anderen Fronten sein können.

Keine Anstrengung war notwendig, um die Throne umzuwerfen. Nichts erfüllte sich weniger als die Behauptung Bismarcks, dass die Monarchie fallen werde mit dem Degen an den Stufen des Thrones – um dessen Geldwert sich Republik und Fürsten später stritten.

Die Fürsten fanden sich mit dem ab, was sie als unabänderlich ansahen, mit mehr oder weniger Würde. Der König von Sachsen ermahnte die Deutschen, künftig ihren «Dreck alleine zu machen»; wenn es nur ihr Dreck allein gewesen wäre! Der König von Württemberg handelte entschlossener und würdiger. Als man ihn aufforderte, seine Flagge vom Schloss herunterzunehmen und die Rote Fahne aufzuziehen, meinte er, über seinem Schlosse wehe nun einmal seine Fahne; wenn diese den Herren nicht gefalle, sei er um des lieben Friedens bereit, sie einzuholen. Aber man könne von ihm nicht verlangen, die andere Fahne über seinem Schlosse aufzuziehen.

Die angeborene Haltung triumphierte meist über die kleinen Leute. In Braunschweig hatte sich der Arbeiter- und Soldatenrat im Schloss «angemeldet». Er musste im Vorzimmer eine Weile warten und entdeckte dann Zigarren und Zigaretten. «Ach, die Herren haben sich bedient», meinte nachher der Herzog. Die Schriftstücke wurden in vollendeter Form unterzeichnet. Die Deputation versuchte sich zum erstmalig im Leben im höfischen Zeremoniell. Fast überall wurden die Arbeiter- und Soldatenräte um Passierscheine für kaiserliche, königliche und grossherzogliche Prinzessinnen bestürmt, und fast immer waren die Herren bemüht, als Kavaliere dazustehen.

Am Ergebnis änderten Würde und Unwürde nichts. Keinem brach das Herz. Nur ein einziger, der Jude Ballin, der Direktor der Hamburger Hapag, glaubte es nicht überleben zu können, als auf seinen Schiffen die schwarzweissrote Fahne niedergering.

Einen schmutzigen Schaum kennt jede Revolution. Keine Revolution ist ohne Phantasten, Verbrecher und Narren zu machen. Aber der deutschen Revolution fehlten unter dem schmutzigen Schaum die Welle und der Sturm der elementaren Kraft.

Die Bürger liessen zunächst die Narren und Phantasten walten. Ein Lenin hätte Deutschland haben können. Aber die Revolution war nur verächtlich, nicht grausam und blutig. Der Durchschnittsbürger konnte nur sehen, dass Drückeberger, Deserteure und die Insassen anrüchiger Lazaretten den Frontoffizieren die Epauletten von den Schultern rissen, was

18 Die Weimarer Republik

dann 1945 die Sieger taten (mit Ausnahme der Russen). Dass das alte Regime im Verfall war, konnte man daran ermes sen, nicht dass der Pöbel sich an die Offiziere heran machte, vor denen er noch vor kurzem unterwürfig strammge standen hatte, sondern dass kaum mehr als ein Dutzend Offiziere Widerstand leistete. Alles beugte sich vor dem erlauchten Ungeheuer, das Volk hiess. Ein paar Jahre nach dem Umsturz liess ein Prinz von Preussen seinen Hausrat verkaufen, auch die Flöte Friedrichs des Grossen. Eine Gruppe Potsdamer Offiziere wollte Widerstand leisten und erklärte:

«Wir dulden nicht, dass dieses Kleinod in profane Hände wandert. Wir wollen uns alle wie ein Mann vor die Flöte des grossen Königs stellen.»

Der Prinz antwortete:

«Hätten Sie sich am 9. November so entschlossen vor den König gestellt, wie Sie sich jetzt vor diese Flöte stellen, so brauchte ich diese Flöte nicht zu verkaufen.»

In Kiel weigerten sich zwei Seeoffiziere, die schwarzweissrote Fahne einzuholen und die rote Fahne dafür zu hissen und wurden von den Matrosen niedergeschossen. Ein alter General erschoss sich gleich dem Juden Ballin in Goslar vor dem Denkmal Bismarcks. Ein junger Offizier zerbrach im Hof des Berliner Polizeipräsidiums beim Befehl «Nicht schiessen» seinen Degen. Nicht viel dafür, dass die jahrhundertalte Ordnung einer Nation zerbrach.

Sonderliche Ausschreitungen gab es in der Revolution nicht. Der Taumel der Freiheit hielt in den ersten Tagen die Soldaten, wie die uniformierten Arbeitslosen hiessen, vor jeder Disziplinlosigkeit zurück. Aber wenige Tage danach verwandelten sich die meisten Kasernen in eine Kreuzung aus Schieberzentrale und Bordell. Die übelste Weiblichkeit hatte dort Eingang und blieb Tag und Nacht, wie Fischer, die wahrhaft beherrschende Figur der Berliner Kommandantur, schreibt:

«Das Schiebertum hatte Hochkonjunktur. Waffen, Munition, Bekleidungsstücke, kurzum jegliches Heeresgut war Freiwild. Wenn es hochkam, wurde für ein Gewehr zwei Mark, für einen Mantel fünf Mark gezahlt. Der Krieg war aus, man brauchte keine Waffen und Militärsachen mehr, also weg damit! Die Bekleidungsämter waren für gerissene Soldaten und ihre Hintermänner sehr bald nur noch offene Markthallen für Stoffe, Leder und andere brauchbare Dinge. Lebensmittel, Wein, Schnaps, Zigarren wanderten in die tiefen Taschen der Soldaten und in die Läger von Hehlern und Schiebern. Berlin lebte, tanzte und feierte. Dazwischen Tag und Nacht sinnloses Schiessen, teils aus Freude, teils aus Angst; besonders auf die Kirchtürme war es abgesehen, weil dort die Gegenrevolutionäre gesucht, aber niemals gefunden wurden.»

Das Ganze war ein Wunder. Das Riesenheer des Kaiserstaates hatte sich einfach verlaufen. Der «Volksbeauftragte» Scheidemann sagt es bitterer als irgendein alter Offizier:

«Die Millionenarmee des Kaisers war einfach vom Erdboden verschwunden und hatte Krümel zurückgelassen, die Genesungsheime, Lazarette und Kasernen als Obdachlosen asyle betrachteten, manchmal, angesichts der Not und des drohenden Winters, so betrachten mussten, sich auf die faule Haut legen, Strassendemonstrationen verstärkten und im Übrigen für alles zu haben waren, nur nicht für militärischen Dienst. So vollzog sich ein höchst unerwünschter Ausleseprozess. Das Gute ging, das Schlechte blieb. Die Soldatenräte, denen wir am Anfang Ruhe, Ordnung und Unversehrtheit von mehr als einer Provinz zu verdanken hatten, die hauptsächlich im heimkehrenden Feldheer Vorbildliches geleistet hatten, wurden mehr und mehr zu inhaltslosen Versorgungsstellen und zum Gespenst ihrer selbst.»

Das aber war das, was im Grunde erwartet werden musste. Vier Jahre hatte die Armee die Menschen versorgt; ein grosser Haufen hing an ihr wie an den Zitzen der Nährmutter. Stündlich hatte sie der Tod umlauert; jetzt gierten sie ihr nach mit der Todesangst von vier Jahren im Herzen.

Der Krieg war zuletzt so schrecklich gewesen, dass sich diese Menschen gleichsam vom Leichenhaufen erhoben und weggeschlichen hatten. Sie hatten vier Jahre nichts gekannt als zu töten oder getötet zu werden. Der bürgerlichen Arbeit waren sie entwöhnt. Jetzt genossen sie das Nichtstun, das ihr Dasein Jahre hindurch gewesen war. Sie wühlten sich wöllüftig in den Schmutz, den sie für das Leben hielten. «Die dümmste und feigste, ehroloseste und ideenloseste Revolution der Weltgeschichte», nennt Oswald Spengler den Umsturz von 1918. «Eine Neuordnung», schrieb Max Weber, «die das Produkt dieser furchtbaren Niederlage und Schändung ist, wird schwerlich einwurzeln.» «Einen Generalstreik einer besiegten Armee» nannte Walther Rathenau den Umsturz des November 1918: «Nicht wurde eine Kette gesprengt durch das Schwellen eines Geistes und Willens, sondern ein Schloss ist durchgerostet. Die Kette fiel ab, und die Befreiten standen verblüfft, hilflos, verlegen und mussten sich wider Willen rühren. Am schnellsten rührten sich, die ihren Vorteil erkannten.

Den Generalstreik einer besiegten Armee nennen wir deutsche Revolution. Die Arbeitsaufnahme einer neuen Versucharmee nennen wir deutsche Gegenrevolution. Die Umlerner von 1914 waren die Umlerner von 1918 und sie werden die Umlerner von 1920 sein.»

Die sowjetische Revolution begann mit Blut und Mord, mit einem Millionenraub an dem alten Grund und Boden. Mochte sie gemein, gewalttätig und radikal gewesen sein,

Narrenspiel der Hoffnungen 19

die verbrecherische Grösse fehlte ihr nicht.

Dagegen war die Haltung des deutschen Volkes durch dämmernde Gleichgültigkeit und Verzagtheit gekennzeichnet. Das Deutschland des Jahres 1918 bot ein Bild des Verfalles, schrieb ein zeitgenössischer Beobachter:

«Das zerfleischte, blutleere Land aber verkommt von Tag zu Tag. Wille und Arbeitskraft sind gebrochen. Widerliche Leidenschaften wachsen, Spekulation, Genussucht, Spiel, Bestechung; Müsiggang und Geschwätz gedeihen. Arbeitsmittel und Werte, Häuser, Felder, Vieh verderben, die Jugend erwächst roh und unwissend.»

Narrenspiel der Hoffnungen

Aber über diesem Sumpf erblühte auch die Hoffnung. Manche erwarteten von der Revolution das, was ihnen der Krieg nicht mehr gab: Die grosse verzehrende Leidenschaft der ersten Kriegstage.

Viele wollten das Gefühl der inneren Erhebung, die heilige Stunde vom 1. August 1914 des Einsseins mit dem All von Volk und Menschheit erneut erleben und noch einmal das Rauschen des Weltgeistes in sich spüren.

Erneut horchten die Deutschen in sich hinein wie auf den Klang versunkener Glocken. Einmal hatten sie das Rauschen des Geistes verspürt, als Deutschland 1914 insgesamt aufbrach. Jetzt erhofften es viele von der Revolution – so besonders Gustav Landauer, Kündler eines romantischen schwärmerischen Sozialismus, ein Dichter und Denker von keiner geringen Bedeutung, allein auf das glühende Herz der Menschen bauend, in Nachschlagewerken unter dem Etikett «Anarchist» aufgeführt.

«Die Revolution wird bringen, was der Krieg nicht im Entferntesten gebracht hat... Genialität in Wort und Tat, Schwung und Feuer, glühendes und inniges Leben, Erfüllung der Augenblicke wie mit Jahrhunderten geschichtlichen Lebens.»

Den erbärmlichen und doch so verzeihlichen und verständlichen Zusammenbruch des Reiches deuteten einige als einen Schrei nach dem Geist.

Das Gedicht von Freiligrath wurde erneut tausendfach einem Volk, das weiter hungern sollte und das zu einem Paradies sein verurteilt schien, als Offenbarung einer neuen Zukunft dargeboten:

«Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat, Die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat!

Dann schreit' ich jauchzend durch die Welt! Auf meinen Schultern stark und breit Ein neuer Sankt Christophorus, trag' ich den Christ der neuen Zeit!
Ich bin der Riese, der nicht wankt! Ich bin' s, durch den zum Siegesfest

Deutschland zeige der Welt ein zerstörtes Gesicht, schrieb Max Weber:

«Zurzeit ist ‚unser Gesicht‘ so zerstört, wie das keines Volkes in ähnlicher Lage je gewesen ist, weder Athens, noch Aigospotamoi und Chaironeia, noch vollends Frankreichs 1871.»

Nur eben hatte die Nation fast vier Jahre in einem Leichenhause gelebt. Helden und Idealmenschen entstehen selten inmitten menschlicher Verwesung.

Es war ein innerlicher und äusserer Zusammenbruch; die Kronen waren nur noch Juwelen; die stolze Armee hatte sich zu einem Nichts aufgelöst. Kaum war zu erwarten, dass sie sich wieder erheben würde.

Über den tosenden Strom der Zeit der Heiland Geist sich tragen lässt.» Aber den Geschundenen ist selten der grosse Zorn beschieden, und von Gott ist er selten. Die Getretenen schreiten selten jauchzend durch die Welt. Ihre Sorge ist nicht, den Heiland über den tosenden Strom der Zeit zu tragen, sondern in diesem Strom nicht zu versinken.

Die Dichter sahen in dem Aufschrei der Not des deutschen Volkes eine Botschaft gewaltiger innerer Erneuerung.

«Der Mensch schreit», schrieb Hermann Bahr, «nach seiner Seele, die ganze Zeit wird ein einziger Notschrei. Auch die Kunst schreit mit, in die tiefe Finsternis hinein, sie schreit um Hilfe, sie schreit nach dem Geist.»

Lenin sagte 1918, dass das russische Volk auf dem Bauch im Schmutze kriechen müsse, um mit dem Leben davonzukommen. Churchill versprach seinem Volk 1940 Schweiss, Blut und Tränen. Hitler hat am Anfang seiner Bewegung nichts verlangt als Opfer von seinen Anhängern.

Kurt Eisner, der neue bayrische Ministerpräsident, begann seine Regierung damit, dass er seinem Volke ein Leben in Schönheit und Würde versprach, obwohl es in den nächsten Jahren nur schmutzig, elend und erbärmlich sein konnte. Er schuf eine neue Nationalhymne, die sich bald nur noch als ein Hohn auf ein geschlagenes, hungerndes und zaghaft gewordenes Volk lesen liess:

«Wir werben im Sterben
Um ferne Gestirne.

Sie blinken im Sinken und stürzen in Nacht.

Wir schwören zu hören Den Ruf der Freiheit.

Wir schirmen in Stürmen Die heiligen Höhen. Die Menschheit gesunde In schaffendem Bunde, Das neue Reich erstelt.

O Welt, werde froh!

Welt, werde froh!»

20 Die Weimarer Republik

Neue Symbole, neue Flaggen und Nationalhymnen aber nehmen die Völker nur hin, wenn damit eine grosse schöpferische geschichtliche Leistung verbunden ist. Es rächte sich schon, dass die Nationalversammlung die Farben Schwarz-Rot-Gold als deutsche Nationalflagge einführte, obwohl es so gut wie ausgeschlossen war, dass der neue Staat je vermochte, wahrhaft Grosses zu vollbringen. Die Geschichte liebt es nicht, durch solche Symbole verhöhnt zu werden.

Eisners Freund, Gustav Landauer, gibt der Revolution den Zweck:

«Das Geistige, worin ihr lebt, muss Wirklichkeit werden ... Die Trennung von der Welt des Alten und Toten, von der Welt der gestorbenen Zwecke, von der Welt der Unkultur und Brutalität, von der Welt der Ungerechtigkeit und des Kapitalismus muss tatsächlich vollzogen werden!»

Doch verwandelte sich die Leidenschaft fürs Neue in aufgelegte Geschäftigkeit.

Stefan Grossmann, einer der brilliantesten Journalisten der Zeit, hat eine Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates festgehalten:

«In einem Fraktionszimmer tagte ein Rat der geistigen Arbeiter». Seine Haupttätigkeit bestand darin, Leute, die nicht würdig waren, an den Beratungen teilzunehmen, auszuschliessen. Es ging immer unbeschreiblich aufgeregt zu, die Stimmen überschrien sich, und einer verachtete den anderen. Ich wüsste nicht eine einzige Aktion, nicht einen einzigen schöpferischen Gedanken, der von diesem Rat der geistigen Arbeiter ausgegangen wäre. Noch belemmerter als auf der Strasse schlichen wir aus dieser Sitzung weg. Im Plenum des Reichstages tagte der Arbeiter- und Soldatenrat. Merkwürdige Volkshelden tauchten auf, um morgen wieder zu verschwinden. Eine Geschäftigkeit ohnegleichen hatte eingesetzt. Kommissionen, die Legitimationen ausstellten, besetzten alle Kanzleizimmer, fliegende Ordonnanzen verliessen den Reichstag, andere stürmten mit dem Anspruch allerhöchster Wichtigkeit, mit Legitimation, ohne Legitimation in die Beratungs- und Kommissionssäle. Jeden Augenblick wurde eine Deputation empfangen. Die Soldaten hatten sich in der Wandelhalle ein Feldlager eingerichtet, auf dem grauen Belag standen die Pyramiden der schussbereiten Gewehr-re.»

Indem die Machthaber Revolution mimten, trieben sie die Menschen langsam, aber sicher den Radikalen zu. Hätte die Niederlage sich nicht den Königsmantel der Revolution angezogen, hätte niemand von ihr etwas anderes erwartet als die Früchte der Niederlage: Ohnmacht und Elend. Von der Revolution aber fordert man Neues, und Mittelmässigkeit – in Alltagszeiten geduldig ertragen und das normale Los der Völker – darf es nicht geben. Der Boden der Tatsachen ist

der Grund, auf dem wir immer stehen, aber in den Revolutionszeiten ist er den Menschen zu schäbig. Gustav Landauer beschrieb es packend:

«Ein schwerer Fall sind die Bolschewiki (Spartakusleute): Pure Zentralisten wie Robespierre und die Seinen, deren Streben keinen Inhalt hat, sondern denen es nur um die Macht geht: Sie arbeiten einem Militärregiment vor, das noch viel scheusslicher wäre als alles, was die Welt vorhergesehen hat. Diktatur des bewaffneten Proletariats – dann wirklich lieber Napoleon! Aber die Allerbesten im Volke haben sich gerade in ihre Reihen verirrt; die radikalen Mittel ziehen magisch an, weil das Radikale des Sinns und Ziels, das Stille und Fromme der neuen Menschheit noch nicht den rechten, erschütternden Ton gefunden hat.»

Aber die radikalen Mittel müssen auch radikal sein. Mit radikalen Phrasen schlägt man niemand tot, aber man wird manchmal ihretwegen totgeschlagen. Woher soll man wissen, dass die blutrünstige Phrase so harmlos gemeint ist wie eine Sonntagspredigt? Wörtlich genommen, bedeutete selbst der Sprachschatz der lahmen SPD, dass die bürgerlichen Klassen dem Proletariat zu 'weichen hätten. In den Manuskripten für sozialdemokratische Feierstunden war die «Expropriation der Expropriateure» selten gestrichen. Woher sollten die bürgerlichen Klassen wissen, dass nur Pappschwerter gegen sie gezückt wurden. So bekam Deutschland eines Tages eine Gegenrevolution – ohne eine Revolution gehabt zu haben.

Auch wurde damit die Rache der Geschichte eingeleitet. Ein gefährlicher Stimmungsumschwung drohte, wenn sich die Verheissungen als eitel erwiesen. Dem Wort Eisners, dass die Revolution ein «Leben in Schönheit und Würde» heraufbringen werde, wurde in Deutschland in Zorn, Hohn und Bitterkeit gedacht. Alles hing von den westlichen Staatsmännern ab; sie hatten durchzuführen, was die Revolutionäre versprochen. Der Philosoph Fritz Mauthner, der Verfasser einer mehrbändigen «Geschichte des Atheismus», schrieb an seinen Freund Gustav Landauer:

«Meine Empfindung nach Deinem Briefe war zwiespältig: Neid und Sorge. Über den Neid kein Wort. Neidisch bin ich natürlich weniger auf das Glück, das Dich Arbeit an Deinen Zielen erleben liess, als auf das Glücksgefühl: Wir gehen einer herrlichen Zukunft entgegen. Ich wage das Zitat, weil auch Wilhelm II. damals so ein Glücksgefühl hatte. Das mir in solchem Masse immer versagt war, weil ich immer die furchtbare Gabe hatte, die Kehrseite zu sehen. Ich stehe der Revolution, das weisst Du, wahrlich nicht fremd oder kalt gegenüber ..., aber ich kann die Trauer nicht ganz überwinden. Ist Deutschland nicht zum Tode verurteilt? ... Aber Du bist ein Nachtwandler. Nicht wecken. Nur eins, Du hast jüngst prophezeit: Revolution in Frankreich. Wenn Du darin richtig prophezeit hast (ob so oder so), so glaube ich an die

Narrenspiel der Hoffnungen 21

Rettung Deutschlands und bin bereit, Dir und Eisner von da ab blind zu glauben. Hast Du Dich aber darin geirrt, dann finis Germaniae.»

Es war ein gefährliches Spiel, den Zusammenbruch als Beginn einer neuen Welt zu erklären. Winston Churchill schrieb:

«Auf welche Weise hätte denn das Abschlagen von zehn Millionen Menschen und die Vernichtung eines Drittels aller Ersparnisse der grössten Nationen zu einem goldenen Zeitalter geleiten können?»

Das Verhängnis war die Revolution, die keine war. Man konnte die Revolution lassen oder sie wahrhaft machen. Nur eines musste zum Verderben führen: eine Revolution, die nur Lärm und Theater war. Grossmäulige Ohnmacht hielt sich für die herrschende Macht, weil ein Teil des Bürgertums die geschwätzte Wichtigtuerei doch noch fürchtete und ein Teil sie schon aus Verachtung geschehen liess.

Man mache Revolution oder mache sie nicht. Man darf sie nur nicht verlieren – so wenig wie Kriege. Die Revolution «als ob», die nur angedeutete und gespielte Revolution, ist die schlimmste. Sie erzeugt Furcht und lässt doch diejenigen Schichten, die sie anklagt und beschimpft und denen sie das Daseinsrecht bestreitet, im Besitz der ökonomischen, sozialen und politischen Machtmittel.

So durchbrach der Umsturz von 1918 die Kontinuität, ohne doch den Anlauf zu einem Neuen und Grossen zu finden. Deutschlands geschichtliche Form wurde zerstört und eine neue nicht gefunden. Seitdem treibt die deutsche Geschichte von einer Stromschnelle zur anderen. Die Kontinuität zerriss immer wieder. Allzuoft schien es, als ob die Deutschen ein Volk ohne Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft seien. Die Welt sei, so sagte einmal Pius XII. ganz allgemein, Zeuge eines unheimlichen Vorganges. Für die deutsche Geschichte aber gilt das im Besonderen:

«Allzuoft weiss man von der ganzen Vergangenheit nahezu nichts oder kaum so viel, um die wirren Runen in ihren Trümmerhaufen zu erahnen. Die Gegenwart ist für viele nur wie die jagende Flucht eines Giessbachs, der die Menschen wie Treibholz in die dunkle Nacht einer Zukunft stürzt, in der sie sich mitsamt dem reisenden Strom verlieren, der sie dahinträgt.»

Macht wurde beseitigt, aber keine neue wahrhaft lebende Macht geschaffen. Ein Thron in Mitteleuropa stand leer. Das hat besonders Winston Churchill dargelegt.

«Ich, der ich in den Zeiten der europäischen Unruhen gelebt habe, bin der Meinung, dass es keinen Hitler gegeben hätte, wenn die Alliierten bei den Friedensverhandlungen von Versailles nicht von der Idee besessen gewesen wären, es diene dem Fortschritt, die alten Dynastien wegzufügen und den

Hohenzollern, Wittelsbachern und Habsburgern die Rückkehr auf ihre Throne zu verwehren. In Deutschland hätten die militärischen Schichten ein Symbol gefunden, um das sie sich in Treue hätten scharen können, und ein mit den siegreichen Alliierten Fühlung haltendes gekröntes Weimar hätte vielleicht die demokratische Gesellschaftsform bewahrt...

Der zweite Weltkrieg wäre nie ausgebrochen, wenn wir nicht unter dem Druck der Amerikaner und moderner Gedankengänge die Habsburger aus Österreich-Ungarn und die Hohenzollern aus Deutschland vertrieben hätten. Indem wir in diesen Ländern ein Vakuum schufen, gaben wir dem Ungeheuer Hitler die Möglichkeit, aus der Tiefe der Gosse zum leeren Thron zu kriechen.» Die Revolution entliess praktisch die Hohenzollern aus ihrer Verantwortung. Sie ersparte es ihnen, die Unterschrift unter die Folgen ihrer Politik, unter die Friedensverträge und die neue Verfassung zu setzen. Die Anklage gegen die «Novembervereblicher» hätte nie so unflätig werden können, wenn für Waffenstillstand und Frieden die Hohenzollern die Verantwortung getragen hätten. Stürzte man sie, so musste man erbarmungsloses Gericht an ihnen vollziehen. Guillotine und Galgen haben in den Augen der breiten Masse immer recht. Von denen, die Blut zu vergiessen wagen, strahlen die Kraft der Überzeugung und ein das eigne Dasein aufs Spiel setzender Wagemut aus. Wenn wenigstens die Sieger den Deutschen hätten imponieren können! So glaubten die Deutschen nicht daran, dass sie es verdient hatten, von diesen Mächten besiegt worden zu sein. Die Sieger hatten kaum ein Ziel zu zeigen, sie waren fast so blass und glanzlos wie die eigenen Herren und vermochten nicht, durch Haltung die Besiegten zu überzeugen.

An dem Tage, an dem die Geschütze schwiegen, verlösch auch der Glanz des Sieges. Churchill hat es unvergesslich gesagt:

«Die triumphierenden Staatsmänner, die Götzenbilder der Menge, von ihren Völkern als Erlöser bejubelt, waren noch vom Glanze des Kriegeserfolges umstrahlt und in die Toga der Demokratie gehüllt. Aber ihre Stunde lief ab; ihr Werk war nahezu getan, Wilson, Clemenceau und Lloyd George sollten gar bald den Königen und Kaisern, die sie entthront hatten, in den Ruhestand oder in Trübseligkeit nachfolgen ... Das Drama war alle seine fünf Akte hindurch zu Ende gespielt, die historische Beleuchtung wird abgedreht, die Weltbühne verdunkelt sich, die Schauspieler treten ab, der Chor verschwindet in der Versenkung. Der Krieg der Titanen ist zu Ende. Das Gezänk der Pygmäen hat begonnen.» Die Völker denken im Kriege so sehr an den Sieg, dass sie nicht mehr

22 Die Weimarer Republik

fragen, wozu der Sieg sein soll. Von 1918 berichtet Churchill, was er auch von 1945 hätte sagen können, dass noch in der letzten Minute des Krieges alle Anstrengungen auf die letzte schwere Schlacht gerichtet waren: «Noch mehr Millionen Menschen, noch mehr Tausende von Geschützen, noch mehr Zehntausende von Geschossen pro Woche; Aeroplane an die Hunderttausend und Tanks an die Zehntausend; neue tödliche Maschinen, Erfindungen und Gifte von teuflischer Eigenschaft – dies alles in riesenhaftem Massstab. Alles drängte nach vorwärts unter dem unaufhörlichen Impuls der gesamten männlichen und weiblichen Bevölkerung eines jeden kriegführenden Staates. Und dann

plötzlich Frieden! Das Bollwerk, gegen das die vereinigten Sturmböcke und Mauerbrecher des kraftvollsten Teiles der Menschheit donneten, zerfiel in Stücke und hinterliess nichts als eine Staubwolke, in welche die Alliierten mit ihrem ganzen kriegerischen Apparat hineinstolperten und sich dort umherwälzten.»

Die Deutschen erlebten derart eine Niederlage ohne Sieg. Sie waren geschlagen und wussten nicht recht, von wem. Bald bezweifelten sie, ob sie überhaupt besiegt worden seien: «Im Felde unbesiegt», so lautete die Parole der nächsten Jahre. Bald wird der Versucher kommen, der ihnen sagen wird, dass sie es ein zweites Mal versuchen und sich den Sieg holen könnten, um den sie dieses Mal nur geprellt worden seien.

Das Weihnachtswunder von 1918

Der Rausch der Revolution geht weiter. Aber die Grundfesten des deutschen Lebens sind kaum davon berührt. Zuweilen sind es gerade die Radikalen, die das alte Deutschland schützen. In der «Staatenkonferenz» vom 23. November gelingt es den Radikalen, u. a. dem «Schwabinger» Eisner und dem Schneider Merges aus Braunschweig, gegen den Verfassungsentwurf von Hugo Preuss das Dasein jener politischen Gebilde (die Einzelstaaten) zu retten, die bislang von der sozialistischen Agitation als Ausgeburten fürstlicher Ländergier beschimpft worden sind.

Der deutsche Arbeiter- und Soldatenrat kochte über vor revolutionären Leidenschaften; die Mehrheit der als Soldaten verkleideten Mehrheitssozialisten sass ziemlich schweigsam unter der redenden, schreienden und tosenden Brandung der Radikalen, wie untergegangen in der Sturmflut. Aber wenn es zur Abstimmung kam, tauchten die redlichen Kerle ruhig aus dem Gewoge der sich selbst bespiegelnden Tobsucht hervor, und Menschen, denen nichts zu laut zu werden schien in ihrer fessellosen Leidenschaft, stimmten in ihrer Mehrheit für die Mässigung und die Nüchternheit. Das war also nicht der allrussische Rätekongress; es fehlte die bolschewistische Mehrheit und ein Lenin. Der Vorsitzende Richard Müller hatte mit pathetischen Worten erklärt:

«Nur über meine Leiche geht der Weg der deutschen Nationalversammlung.»

Der «Leichenmüller» aber vermochte den Gang des Geschehens nicht aufzuhalten. Richard Müller sollte fast so alt werden wie das Parlament. Er starb 1931, zwei Jahre, bevor der Reichstag von Hitler gemordet wurde. Am 19. Dezember 1918 beschloss der zentrale Arbeiter- und Soldatenrat, die Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung für den Januar anzuberaumen. Fast niemand hatte eine grössere Mehrheit für die Nationalversammlung erwartet, denn der Arbeiter- und Soldatenrat stand unter dem täglichen Terror der radikalen Kräfte. Karl Liebknecht sammelte Tag für Tag seine

Truppen «in der Siegesallee». Zum Standbild «Ottos des Faulen», spottete Scheidemann, zogen meistens die Demonstrationen zuge. Die Massen drangen in den Abstimmungssaal ein. Alle Augenblicke wollte jemand als Vertreter des Berliner Proletariats oder des Heeres gehört werden. Wie das Rauschen des Meeres tönend die Hoch und Nieder. Aber die Sozialdemokraten blieben unbewegt. Die Leichenmüller mussten entdecken, dass ihre Bemühungen nur dem eigenen Begräbnis galten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat widmet sich vor allem der Aufstellung einer Idealararmee. Er nimmt die sogenannten Hamburger Punkte an, die Frucht spintisierender Gehirne. Das alte Heer ist nicht mehr da, an dem man diese Experimente erproben könnte. Soweit noch geschlossene Frontabteilungen bestehen, haben sie die ärgerliche Gewohnheit, auf solche Forderungen mit Gewehren in drohendem Anschlag zu antworten. Andererseits glückt es dem Arbeiter- und Soldatenrat nicht, auf Grund seiner eigenen Prinzipien eine neue militärische Truppe aufzustellen. Da ist nun das Idealbild eines Heeres entworfen, das fast nicht mehr zu gehorchen braucht und beinahe leugnet, zum Schiessen da zu sein. Aber die Massen kommen nicht. Es entsteht keine republikanische Armee und keine Rote Armee. In den Hamburger Punkten ist folgendes vorgesehen:

«Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter der Kontrolle des Vollzugsrates aus.

Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und Abschaffung des Kadavergehorsams werden die Entfernung aller Rangabzeichen und das Verbot des ausserdienstlichen Waffentragens angeordnet. Vorgesetzte ausser Dienst gibt es nicht mehr. Die Soldatenräte wählen ihren Führer selbst.» Der Generalfeldmarschall von Hindenburg telegrafierte so gleich an die noch bestehenden Armeoberkommandos, dass die Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrats null und

nichtig seien und dass es bei den gegebenen Befehlen bleibe. Am 20. Dezember fand wegen des Reformierers des Arbeiter- und Soldatenrats eine Unterredung zwischen dem General Groener – der von einem Manne begleitet war, dessen Name noch niemals in der deutschen Geschichte aufleuchtet wird: v. Schleicher – und Ebert statt. Barth brach zufällig in die Unterredung hinein und fragte mit heftigen Worten den General Groener, wie er «von solchen Äusserlichkeiten wie Achselstücken und Degen sein Verhalten abhängig mache». Groener erwidert:

«Was für Herrn Barth Äusserlichkeiten sein mögen, sind für manchen von uns bis zu einem gewissen Grade ein ganz gutes Stück des Lebens, in dem man gross geworden ist und wie man es geliebt hat... Und auch das sind für uns keine Nebensächlichkeiten, wie sich der Soldat gegenüber dem Offizier benimmt. Vor einigen Tagen begegnete mir in Kassel ein russischer Kriegsgefangener, der mir eine ausgezeichnete militärische Ehrenbeziehung erwies. Unmittelbar hinter ihm kam ein deutscher Soldat, der mir frech ins Gesicht sah und ohne Gruss vorbeiging. Ich habe den Mann zu rückgerufen und ihm gesagt, dass ich mich in tiefster Seele schäme, wie weit deutsche Soldaten heute gesunken seien, und dass ich es bei solcher Entartung nicht mehr als Ehre empfinde, Deutscher zu sein.»

Der General Groener war in voller Uniform erschienen. Als ein Mann versuchte, ihm seine Epauletten abzureissen, befahl der General, diesen Mann zu verhaften. Dem Befehl Groeners wurde gehorcht. «Befehlt und findet Gehorsam», hatte Cromwell in der englischen Revolution gesagt. Der Arbeiter- und Soldatenrat befahl selten, und wenn er befahl, fand er keinen Gehorsam. Aber der General konnte mit Erfolg befehlen, einen Mann zu verhaften, der dem Arbeiter- und Soldatenrat gehorchen wollte.

Die Regierung – der «Rat der Volksbeauftragten», in dem die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie etwas verstohlen wirken – hat in Berlin gar keine Soldaten, und die Revolutionäre haben eine Truppe im Stil der Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrats, in der man nach Belieben gehorcht. Das eine ist Ohnmacht wie das andere. Die «Matrosendivision» – das ist die Streitmacht der Revolution – haust seit den Revolutionstagen im Schloss, seitdem die Matrosenuniform ihren Träger zu einem Heros der Revolution abstempelte. In den Weihnachtstagen revoltiert die Division.

Das ist eine der tausend Episoden dieser Zeit, eines von der revolutionären Phrase dampfenden Chaos, die als Exempel für das Geschehen der Zeit erzählt werden soll. Das wiederholte sich noch hundertfach. Es genügt, es einmal erzählt zu haben. Die Volksbeauftragten – ohne Macht – vermöchten gegenüber den Matrosen nur auf dem einen Wege etwas aus-

zurichten, auf dem mit aufsässigen Landsknechten zu verfahren ist: durch Sold und Gold. Man sagte grosse Sold- und Nachzahlungen zu, wenn die Matrosen aus dem Schloss abzögen und die Schlüssel abliefern.

Am 23. Dezember, einen Tag vor dem Heiligen Abend, kochten die Matrosenhaufen einmal wieder über. Aus allen Bindungen herausgerissen, ohne irgendeinen Halt, an keine Aufgabe und Pflicht mehr gebunden, waren sie wie ein Schaumgebilde, das ein Hauch zu bewegen vermochte; ein Gerücht, ein hetzerisches Wort, ein Ärger des Alltags, Stokkungen bei der Auszahlung der versprochenen Summe setzten ein Gerücht ins Leben, dass die Matrosen geprellt werden sollten. Es frass um sich wie Feuer auf einer ausgetrockneten Prärie. Radikale Hetzer bliesen hinein. Am 23. Dezember ergossen sich aufgeregte Haufen der bewaffneten Matrosen über das Regierungsviertel. Der Tumult saugte wie immer in revolutionären Zeiten die Massen an. Die Regierungsgebäude waren bald eine Insel im Meer unabsehbar erregter Menschenmassen. Was es in Deutschland um die Weihnachtszeit 1918 an sogenannten militärischen Formationen gab, war einem eifrigen militärischen Dienst abhold. Das galt besonders für die Volksmarinedivision, die im Schloss ihr Lager aufgeschlagen hatte. Mit leidlicher Vollständigkeit trat diese Gruppe – wie alle militärischen Formationen in Deutschland in diesen Tagen – nur zum Löhnungsappell und zum Essenfassen an. Der sozialdemokratische «Stadtkommandant» von Berlin, Otto Wels, wurde von den aufgetragenen Matrosen festgesetzt. Der Sprecher der Matrosen teilte der Reichsregierung mit, dass die Führer der Matrosen für das Leben von Wels nicht mehr bürgen könnten.

Daraufhin gibt nun Ebert im Einverständnis mit den beiden anderen sozialdemokratischen Volksbeauftragten dem General Lequis Befehl und Vollmacht, mit Gewalt gegen Marstall und Schloss vorzugehen. Die Massen, die das Reichskanzlerpalais mit einem dunklen, grollenden und unberechenbaren Ring umgeben haben, verlaufen sich in der kalten Dezembernacht. Die drei Mitglieder der Volksbeauftragten, die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehören, drücken sich, da ihnen ja zu sagen ebenso schwerfällt, wie nein zu sagen. Sie wollen es nicht auf sich nehmen, Gewalt gegen die Matrosen anzuwenden. Sie tun aber auch nicht viel, um Ebert jetzt in den Arm zu fallen. Plan- und willenlos geht die Revolution weiter, von Aufrufen und Deklamationen anstatt von Befehlen gelenkt.

Am Nachmittag des Weihnachtstages umstellen die Truppen des Generals Lequis das Schloss und fordern die roten Matrosen, die das Schloss seit Langem besetzt halten und deshalb dem linkssozialistischen Finanzminister von Preussen, Simon, wegen der Wertgegenstände im Schloss viel Aufregung und Schlaflosigkeit verursachen, durch ein Ulti-

24 Die Weimarer Republik

matum zur Übergabe auf. Dieses ist auf zehn Minuten befristet: Übergabe, Kapitulation – angezeigt durch das Hissen der weissen Flagge – oder die Beschussung. Das Forsche und Zackige von gestern und von morgen lugt schon wieder durch die Mauerritzen. Der kommandierende Offizier liest auf seiner Uhr die Minuten ab: Noch zwei, noch eine Minute, noch dreissig Sekunden. Punkt acht Uhr schlägt die erste Salve ins Portal des Schlosses. Des Kaisers Garde schießt auf das kaiserliche Schloss. Zwei Stunden Jang krachen Kanonenschüsse; zwei Schlüter-Portale liegen in Trümmern; im Arbeitszimmer des Kaisers und im Weissen Saal haben die Granaten Löcher gerissen. Schliesslich erscheinen an einigen Fenstern weisse Tücher. Die Verhandlungen kommen aber nicht recht vom Fleck. Der Garde ist inzwischen ein viel schlimmerer Feind erwachsen als die Matrosen im Schloss, die sich mit Maschinengewehren ganz ordentlich gewehrt haben. Die Volksmassen von Berlin quellen heran, sie sikkern in alle Plätze und Strassen rings um Schloss und Marstallamt. Die Massen – Frauen und Kinder und Soldaten, die nicht als Freund oder Feind erkennbar sind – haben schliesslich die Gardedivision wie eine Gallerte eingehüllt. Um die Soldaten und die Kanonen wogt die Masse wie ein Morast, jede Bewegung erstickend. Bis der Heilige Abend herabsinkt, ist die Gardedivision praktisch entwaffnet. Ihre Geschütze werden am Heiligen Abend nicht feuern.

Sieben Tote hat das Bombardement die Matrosen gekostet. Die Matrosen legen ihre Toten zuerst in das Verlies, in das sie Otto Wels, den gefangengesetzten Polizeipräsidenten von Berlin, gesperrt, haben. Er möge sich mit dem Anblick vertraut machen; er werde bald selber so aussehen. Wieder kommt ein Trupp, ergreift Otto Wels. Niemand weiss, wie es kommt und wer es zuwege gebracht hat. Man stösst Otto Wels hinaus auf die Strasse; er ist frei. Die Toten werden im kaiserlichen Speisesaal aufgebahrt.

Als der Heilige Abend herabsinkt, weiss die Regierung, dass sie wehrlos dem revolutionären Ungeheuer Berlin gegen-

übersteht. Die Garde war von der Riesenstadt und ihren brodelnden Gärungen einfach verschlungen worden. Ebert erklärt, dass er einen Zug habe bereitstellen lassen. Er wolle nicht länger der Gnade der Strasse ausgeliefert sein. Die Regierung müsse Berlin verlassen. Scheidemann widerspricht, und die Regierung bleibt in Berlin. Durch ein Wunder besteht sie weiter: Mitten im revolutionären, waffenstarrten Berlin und selbst ohne einen einzigen Mann zu ihrem Schutz. Ein revolutionärer Führer, ein Wille, der zu befehlen vermochte, ein paar hundert Menschen, die ihm gehorcht hätten – und die deutsche Republik wäre gewesen. Aber es war Weihnachten. Däumig, deutscher Deserteur und französischer Fremdenlegionär, der Führer des revolutionären Flügels der Unabhängigen Sozialdemokratie, meinte, man dürfe nicht am Weihnachtstag die Regierungsgebäude stürmen und ein Blutvergiessen heraufbeschwören. Das deutsche Volk würde das nie verzeihen. Niemand andererseits – niemand wenigstens unter den eigenen Anhängern – hätte die Regierung am Weihnachtstag mit bewaffneter Hand und unter Blutvergiessen geschützt. Die Regierung musste anderen ihren Schutz überlassen – und den der Republik.

Am 24. Dezember traten die Unabhängigen Sozialdemokraten aus der Regierung aus. Sie missbilligten die Anrufung der militärischen Gewalt; sie missbilligten das eigene Dasein, das sie der Gnade der Strasse anheimstellten. Es rückten Gustav Noske und Rudolf Wissel nach. Das Weihnachtswunder hatte mehrere Tatsachen offenkundig gemacht: Die Arbeiter kamen nicht, um «ihre» Republik zu verteidigen. Für den Bürgerkrieg taugte aber auch die Fronttruppe nicht. Nicht die Gardedivision, sondern das Christkind rettete die freie Republik.

Ein Major war es, der die Idee aussprach, dass man sich auf Freiwilligenverbände stützen müsse. Aber freiwillig kamen nur Offiziere, Studenten und Unteroffiziere. Noske war am klarsten in seinem Entschluss, diese Hand zu ergreifen, um die Republik aus dem Blutwümpel herausziehen zu lassen, in dem sie zu ertrinken drohte.

Das Heer zur linken Hand:

Durch ein Wunder überlebte die Regierung das Jahr des Unglücks, 1918. Aufstände, Unruhen, Plünderungen, Gewaltakte – in nackter Form oder in beschriebenes oder bedrucktes Papier eingewickelt – schossen empor wie Pilze unter einem Herbstregen. Die Streiks waren ein Dauerzustand. Der Mensch vermag viel mit einem Gewehr in der Hand – gegen alle, die keines haben. Ein Haufen Bewaffneter konnte sich zur Regierung einer Stadt aufwerfen, Zeichendirektoren wurden übers Bergwerksgelände gehetzt und Läden ausgeräumt, obwohl das alles Lappalien waren im Vergleich zu den Greueln der grossen Revolutionen.

Die Freikorps

Aber eine Gegenwehr war schwer; die anständigen Leute fühlten sich mit einem Gewehr in der Hand nicht wohl. So herrschte der Pöbel. «Ein Königreich für Soldaten!», für ein paar Soldaten, die gehorchten und Disziplin hielten. Die Regierung hatte kein Dutzend Mann, sich zu schützen; die Pförtner und Diener in der Reichskanzlei hatten ein halbes Jahrhundert genügt, um Zudringliche fernzuhalten. Die Aufstellung einer Schutztruppe scheiterte an der damaligen Haltung der Menschen, die unter militärischem Dienst Löhnungsempfang verstanden, und an dem Misstrauen der Arbeiter- und Soldatenräte. Jede nicht verlumpte Uniform

wurde als Verkörperung der Reaktion angesehen; unter Heeresdienst verstand man bewaffnetes Umherlungern. Trotzki dagegen, der Schöpfer der Roten Armee, hatte sich nicht mit infantilen Auseinandersetzungen über Rangabzeichen und Grusspflicht aufgehalten. Der «Rat der Volksbeauftragten», wie die Regierung tatsächlich noch hiess, beschloss, ausserhalb des alten Heeres eine neue Heeresformation aufzustellen. Noske erklärte sich bereit, die Aufgabe zu übernehmen, als Ebert ihn vorschlug.

«Einer muss der Bluthund sein», erklärte Noske. Als Bluthund wurde er von der radikalen Linken und den pazifistischen Schwärmern auch abgestempelt. Die Reichsregierung war noch nicht gefestigt genug, um ein Heer im Licht des Tages aufzustellen. So schuf man eine Truppe im Rücken des Arbeiter- und Soldatenrates, der bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung die oberste Gewalt in Deutschland darstellte. Das ganze politische Leben der Deutschen zwischen 1920 und 1934 war eine Nachgeburt der Freikorpsverbände.

Die rechtsradikalen Kampfverbände waren entweder Überbleibsel der Freikorps aus den deutschen Bürgerkriegsjahren oder versuchten in späteren Jahren an die Freikorpsstradition und den Freikorpsmythos anzuknüpfen. Zuletzt hatten alle politischen Bewegungen und Parteien sich Kampfverbände, Frontkämpfervereinigungen und Privatarmeen angegliedert (Stahlhelm, Eiserner Front, Reichsbanner, Hitrofront), indem die Soldatenverbände sich politisierten und die Parteien sich militarisierten. Der führende Kopf der deutschen Reichswehr seit 1927, der General von Schleicher, war von der Vorstellung beherrscht, dass die «Wehrverbände» eine «Reserve» der Reichswehr darzustellen hätten. Sein immer intensiveres Eingreifen in die deutsche Politik (Berufung und Sturz Brüning's, die Aufhebung des SA-Verbots unter Papen, der Sturz Papens) zielte auf die Aufrechterhaltung und Sicherung der Wehrverbände für den deutschen Staat und für das deutsche Heer hin. Die Wehrverbände, die Freikorps in Ruhstellung darstellten, sollten einen gewissen Ersatz für die allgemeine Wehrpflicht bieten.

Die Weimarer Republik ist daher nie ganz den Geruch der Verschwörung, des Verborgenen und des Geheimnisvollen losgeworden. Es lief irgendwie immer eine geheime, meist dilettantische und praktisch recht wertlose Aufrüstung weiter. Die deutschen militärischen Führer, die dieser Krümpertorheit anhängen, dachten im Wesentlichen lokale Kriege mit den kleinen Nachbarn Deutschlands. Hitler, der schon den grossen Krieg im Auge hatte, lehnte die «Sonntagsund Feierabendsoldaten» ab; er hielt ein modernes, reguläres und durchorganisiertes Heer für notwendig. Entschlossen, die Kriegsmüdigkeit Europas auszubeuten, glaubte er, nicht Zeit zu haben, um ein ganz neues durchgeformtes Heer aufzustellen, zumal er nicht Gefahr laufen wollte, sich das alte

Heer zum Feind zu machen. So zerstörte er am 30.6.1934 die Reste der deutschen Freikorpsbewegung, indem er den schwelenden Widerstand der SA, die sich als freikorpsförmige Revolutionsarmee darbot, teils zum Aufstand provozieren liess oder zur Revolte aufbauschte. An diesem Tag schäumte die alte deutsche Freikorpsbewegung ein letztes Mal empor. Am 30.6.1934 wurden auch die beiden grössten, wenn auch gegensätzlichen Exponenten des Freikorps und des Wehrverbands, der Stabschef Ernst Röhm und der General v. Schleicher, ermordet. Das alles lag in dem Beschluss der ersten Januarage 1919 verborgen.

Kein Mensch in Deutschland wurde so geschmäht wie Noske, der vielleicht mit Todesopfern die revolutionäre Auflösung bezwang, die-weiterschwärend und um sich fressend – den Tod von Hunderttausenden bedeutet hätte. Es gibt «Schweinehunde, Bluthunde und Noskehunde», so ging eine stehende Redensart. In einer deutschen Zeitung erschien das folgende Gedicht:

Noske träumt

Herr Noske träumt so schweren Traum, Aus seinem Mund bricht weisser Schaum. Die er tags in den Tod gehetzt, Er stehen vor ihm, bleizerfetzt. Der eine deutet auf die Stirn:

«Du Hund zerschössest mir das Hirn!»

Dem andern bluten Brust und Herz:

«Dein Blick ist Mord! Dein Blick ist Erz.»

Und der Gestalten wachsen mehr, Herr Noske stöhnt und atmet schwer.

Und jeder donnert seinen Spruch und speit ihm ins Gesicht den Fluch:

«Wir standen tapfer! Keiner wich!

Schuss gegen Schuss! Stich gegen Stich!

Kein Schmerzensschrei sei dir geschenkt, Bis man dich an den Galgen hängt.»

Noske nahm ein grosses Opfer auf sich, als er sich bereitfand, den Bluthund zu spielen. Seine Partei schämte sich zuletzt nahezu seiner; das deutsche Volk jedoch sollte es besser nicht tun.

Die Bildung der Freikorps war ein Verhängnis, aber unvermeidlich, solange der zentrale Arbeiter- und Soldatenrat in den Gefühlen des politischen Altweibersommers schwelgte. Die Freikorps bildeten sich sozusagen im Rücken des deutschen Staates. Condottieri stellen die Freikorps auf die Beine. Offiziere und Mannschaften suchte man sich durch Zeitungsanzeigen:

«Zwischen Heiratswünschen, Todesanzeigen, Konfektionsreklame, Grundstücksverkäufen suchen unternehmungslustige Offiziere auf Reichskosten zuverlässige Mannschaften: Freiwillige, kommt zum GKSCH-Korps! Hohe Löhnung, gute Verpflegung. Werbezentrale Nürnberger Strasse 70/71 (Deutsches Künstlertheater) – «Sanitätskompanie von Lettow braucht drin

26 Die Weimarer Republik

gend zum sofortigen Eintritt 2 Sanitätsoffiziere, 1 Zahlmeister, Sanitätsunteroffiziere, Krankenträger, Trainfahrer und Pferdepfleger.»

Es entstand dadurch eine militärische Halbwelt, ein Militärsystem, das halb in der Tiefe und halb an der Oberfläche lebte, Abteilungen, die vor dem Feind und vor der eigenen Regierung zum Teil verborgen werden mussten, ein Heer, das mit dem Geruch des Verschwörerischen und des Illegalen behaftet war. Man wollte das Krümper-System aus den Freiheitskriegen zwischen 1809 und 1813 nachahmen. Damals hatte man alle Mannschaften kürzer dienen lassen, um eine möglichst grosse Zahl des Volkes durch das Heer hindurchzuschleusen.

Die Freikorps waren bald die Macht schlechthin; über die Menge, die schrie, drohte, mit Gewehren fuchtelte und sich ständig in hysterischen Gefühlsausbrüchen erging, gingen sie hinweg wie eine Lawine über Gesträuch.

Nach und nach fassten die alten Mächte wieder Zutrauen zu sich selbst.

Die Offiziersepauletten wagten sich wieder ans Licht. Wo es ungestraft geschehen konnte, wurde kundgetan, dass der Glaube an Macht und Unwiderstehlichkeit der revolutionären Gewalten dahin war. Am 9. November 1918 hatten die Offiziere sich nicht gegen Lausejungen zu wehren gewagt. Die Revolution erschien als ein Geist, dem niemand entgegenzutreten wagte. Beim Vorgehen christlicher Missionare gegen heidnische Götterbilder hiess es: Der erste Axtstreich trifft einen Gott, der zweite ein Stück Holz. Die erste Kompanie der Freikorps trat gegen das Götterbild der Revolution an; die zweite gegen eine Ansammlung von Tagedieben, Narren und üblen Weibern.

Das halbe Jahr der Demütigung für die alten Klassen sollte

sich bitter rächen. Man schien die Ausrottung der alten Klasse zu üben; man nährte den Hass in Menschen, denen man die Gewalt liess, zu vernichten. Wenn man nicht töten will, dann soll man auch keinen Hass säen.

Man hatte es zugelassen, dass am 9. November die Lümmel einer verkommenen Soldateska den Offizieren die Achselstücke heruntergerissen hatten. Gesslerhüte wurden allzuviel aufgestellt. Grosse Teile des alten Deutschland sahen von der Revolution nur lärmende Pöbelhaufen. Die alten Klassen wurden zu einem grossen Teil beleidigt, geschmäht, gedemütigt, nur nicht in ihrer Macht gebrochen und vernichtet. Zuletzt hatten die Sozialisten Sühne zu leisten für eine Revolution, die sie nicht gemacht hatten.

Anderen Charakter hatten die Freikorps, die sich in den Baltestaaten bildeten. Es waren versprengte Abteilungen der alten deutschen Armee, die – zunächst ermutigt durch die Reichsregierung – gegen die Bolschewisten, die baltischen Völker, die Engländer, deren Flotte an der Küste kreuzte, und zuletzt gegen ihr eigenes Vaterland auf verlorenem Posten aushielten. War es Nartheit, so doch auch Tapferkeit und Opfermut. Die Bolschewisten liessen keinen deutschen Adligen, die Nachfahren der Ordensritter, am Leben und machten mit unbeschreiblicher Roheit Männer, Frauen und Kinder nieder. Die Alliierten hatten befohlen, dass die deutschen Truppen aus dem Baltikum abziehen sollten. Der deutschen Regierung blieb nichts übrig, als den Abzug zu erwirken. Bei den Baltendeutschen kämpften Knaben und Greise an der Seite der Freikorps. Mit einem Tausendstel der Tapferkeit und Männlichkeit dieser Menschen hätte die deutsche Revolution leicht gewonnen werden können. Sie wurden zum Unglück für sich und Deutschland; aber zu schämen hat sich das deutsche Volk ihrer nicht.

Das Ende des Spartakus: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Als am 5. Januar die Revolte in Deutschland wieder aufflackerte, war die Errettung der Regierung schon nicht mehr so wunderbar. Neue Macht war im Werden, an der die Scheinmacht der Strasse zerbrechen sollte.

Man heisst den Aufstand vom 5. Januar die Spartakusrevolution, weil der Spartakusbund (die Kommunistische Partei Deutschlands) mitmachte. Karl Liebknecht, ein edler Narr, kämpfte aus Überzeugung, Rosa Luxemburg, der bedeutendste Kopf der revolutionären Bewegung, machte aus Loyalität diese Revolution mit, die niemand klar und niemand entschlossen genug verhinderte.

Der Aufstand begann mit der Absetzung des der Unabhängigen Sozialdemokratie zugehörigen Polizeipräsidenten Eichhorn, da Wels am Weihnachtstage 1918, als die Matrosendivision ihn mit den Gefallenen eingesperrt hatte, amtsmüde geworden war:

«Ich habe mein Mandat von der Revolution erhalten und gebe es nur ihr zurück.»

Strategisch wichtige Punkte der Stadt wurden besetzt, vor allem aber das «Zeitungsviertel». In den wichtigen Gebäuden von Mosse, Ullstein, und Scherl tauchten die Revolutionskämpfer auf. Theodor Wolff, der Chefredakteur des Berliner Tageblatts, Augenzeuge der revolutionären Stunde Deutschlands hat die gespensterhafte Szene beschrieben:

«Als ich in der Nacht nach dem Überfall mit zwei Freunden und mit Matrosenführern aus dem Marstall, die uns begleiteten, in das Haus hineingelangte, wimmelten dort unheimen malerische Gestalten, die mit den vom Herrn Polizeipräsidenten verteilten Waffen gerüstet und manchmal noch von den Resten einer Uniform umschlottert waren, herum. Auf die Frage, wo die Anführer zu finden seien, wurden wir in ein Redak

tionszimmer gewiesen, in dem zwei jüngere Leute, ein Militär und ein kleinbürgerlicher, eleganter Zivilist, umringt von einem höchst zweifelhaften Generalstab, beieinander sassen und all jene Dispositionen trafen, die der Sieger nach dem Einzug in einer eroberten Festung zu treffen pflegt... Als wir die Treppe hinunterstiegen, empfang uns unten eine wilde Rotte, aus der ein langer Spartakusmatrose auftrug und die mit verzerrten Mienen heftig mit den Gewehren herumschreulend und bizarr wie eine Jakobinergruppe in «Dantons Tod» unter Reinhardts Regie uns entgegenbrüllte: Ihr habt verhandelt! Ihr dürft nicht ohne uns verhandeln! Eure Abmachungen gelten nicht!»

Die Aufständischen kämpften ganz entschlossen, um die Zeitungsgebäude zu halten. Rührend, wie sie in den Zeitungen Zentren der Macht sahen. Sie gaben aber ohne grossen Widerstand die Reichsdruckerei preis, in der sie Billionen hätten drucken und sich damit Armeen hätten kaufen können. Es fehlte ihnen jede Vorstellung, welche Kommandohöhen der Macht zu erobern waren. Sie glaubten in ihrer alten sozialistischen Einfalt – «Wissen ist Macht» –, dass eine Regierung ohne Zeitungen dahinwelken müsse.

Auf der Strasse ballte sich die Masse zusammen: die eine Hälfte von Langeweile und der Hoffnung auf Beute, die andere von der Tollwut der Ideologen bewegt. In diesen Tagen dichtete Johannes R. Becher seinen Hymnus auf den neuen Herrscher der Welt:

«Aus den Fabrikrevieren, russbehangen,
Aus Kerkerlöchern, kotigen Winkelgassen,
Trat – seine Finger krümmten sich wie Zangen, Zersprengt
die tausendjährigen Ketten ihn um-

[rasseln –

Trat jetzt der neue Herrscher auf die Strass. Wie

[blutige Flecken

Purpurfahnen schwenkten sich über ihn. Stählerne

[Fäuste strecken

Sich hoch auf. Es windet der Bürger Gebein.

Er aber sprach:

Dies alles ist mein!»

Der Hauptmann Beerfelde, der sich aus dem Predigtsaal in die Revolution verirrt hatte, sprach vom Aufstand dieses Tages, als öffnete sich die Pforte des Paradieses:

«Nun ist die klare Parole für die neue Phase des Kampfes gegeben, des grössten Kampfes, der je die Menschheit durchwühlte... Alte Erde, erzittere in deinen Grundfesten. Entrechtete und Parias jauchzt, denn ein neuer, unvergleichlicher Tag bricht an! Wir stehen mitten in der gewaltigsten Wende der Erdgeschichte! Stellt euch unter die Macht der Menschenliebe, seht den Brüdern tief ins leuchtende Auge, dann wird euch das Herz aufgehen, und ihr werdet allmählich in allen Menschen, trotz augenblicklich noch schärfster Widersprüche, eure

Brüder erkennen lernen, die wie uns nur ihr Egoismus hinderte, ein gemeinsames, besseres Leben aufzubauen. Es gibt keine Probleme, keine Streitpunkte mehr, die Menschenliebe nicht zu lösen vermöchte, jene Menschenliebe, die verkörpert ist im weltumfassenden 'Kommunismus!» Die Todesangst und das Verlangen nach Rache für den namenlosen Schrecken entluden sich jetzt. Der Publizist Stefan Grossmann erzählt eine Szene von diesem Tag: «Plötzlich riss ein Soldat das Wort an sich, ein blatternarbiger, abgemagerter Mensch, mit Augen, die aus den Höhlen traten, rollten vor Aufregung. Auf alle politischen Argumente der Zivilisten schrie er immer nur wieder einen Satz: 'Ich muss Rache nehmen für diese vier Jahre!»

Die Reichsregierung hatte gegen die tosende Menge nichts zum Schutz als die livrierten Hüter des Hauses. So schlich sie sich am 5. Januar einfach aus dem Haus. Scheidemann schildert es:

«Mit aller Vorsicht waren wir aus dem Hause geschlichen, einer hinter dem anderen her, mit dreihundert Schritten Abstand. In das Haus unseres Freundes waren wir unbehelligt gekommen. Als wir es verlassen wollten, war der Ausgang mit einem halben Dutzend schwerbewaffneter sogenannter Spartakisten besetzt, die uns aufgespürt hatten. Es gelang uns schliesslich, nachdem wir über mehrere Höfe hinweggeklettert waren, einige Häuser zwischen uns und die Verfolger zu bringen. Mit unendlicher Mühe gelangten wir, nachdem wir wildfremde Menschen geweckt und um Auslass gebeten hatten, vorsichtig auf die Strasse – wieder einer nach dem anderen, in weitem Abstand... Wir – ich habe bisher vergessen zu sagen, wer ‚wir‘ waren; ‚Wir‘ waren die Reichsregierung Ebert und Scheidemann!...»

Die «Regierung» kletterte über Zäune und schlich an Wänden entlang. Aber das Schicksal der Nation kann davon abhängen, wie Jakob Burckhardt sagt, dass ein Mensch Spannungen der Nerven und der Seele auszuhalten vermag.

Ebert bot die sozialdemokratischen Arbeiter auf: Sie retteten die Regierung, nicht das Freikorps Lüttwitz. Sie bildeten einen eisernen Ring um die Reichskanzlei. Die Revolutionäre hätten ihn leicht aufsprengen können: Ein paar Salven und ein paar Hundert Tote und der Weg zur Macht wäre frei gewesen. Aber die Deutschen sind keine Revolutionäre; sie sind nicht Mörder genug (Napoleon). Deutsche Revolutionäre schiessen nicht am Weihnachtsabend und sie bahnen sich nicht mit dem Maschinengewehr einen bluttriefenden Weg durch deutsche Ar beitermassen. So gewann Ebert den Tag, wie Theodor Wolff aus eigenem Erleben schildert: «Ebert traf an diesem Tage, während Noske herumfuhr und Verstärkungen herbeiholte, seine Vorkehrungen mit derselben kaltblütigen Ruhe, mit der er seit dem

28 Die Weimarer Republik

Ausbruch der Revolution den Radikalismus beiseitegeschoben hatte, und ein absolutes Sicherheitsgefühl ging von ihm aus. Von der Nervosität, die in den Reden und Gesten, in dem unstillen Hin und Her manches anderen sich verriet, war in seiner breitschultrigen, gedrunghenen Erscheinung, in seinen bestimmten, abgemessenen Bewegungen und Worten keine Spur.»

In Berlin organisierte Parvus-Helphand, zugleich Spekulant und Idealist grossen Stils, eine Truppe, die unter der Führung eines sozialistischen Abgeordneten den Reichstag besetzt hielt. Für dieses Regiment wurden Gewehre, Munition, Kunstthonig, Konserven und Maschinengewehre auf dem schwarzen Markt beschafft. Das «Regiment Reichstag» hat viel dazu beigetragen, dass es weiter einen Reichstag in Deutschland gab.

Zwei Wochen wurde gekämpft; an der Mauer starben allerdings ebenso viele wie im Strassenkampf. Die Praxis, die Reichswehrminister Noske in einem Befehl vom 25. Juni bestätigen sollte, wurde immer systematischer geübt, alle jene standrechtlich zu erschliessen, die mit der Waffe in der Hand angetroffen wurden.

Am 15. Januar wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von Mitgliedern der Gardedivision ermordet. Ein Gericht rekonstruierte später den Mord folgendermassen: «Kurz nach zwölf Uhr verliess der Transport Rosa Luxemburgs das Eden-Hotel. Der Transport bestand aus dem Oberleutnant Vogel als Transportführer und einigen Jägern. Rosa Luxemburg wurde beim Verlassen des Hotels vor den Augen des sie begleitenden Offiziers von dem Jäger Runge mit zwei oder drei Kolbenschlägen niedergeschlagen, blutüberströmt und besinnungslos in das bereitstehende Automobil geworfen. In etwa fünfzig Meter Abstand von dem Hotel setzte der Transportführer Oberleutnant Vogel der Besinnungslosen die Pistole an die Schläfe. Die Pistole versagte, da sie noch gesichert war. Vogel entscherte, setzte wieder an die Schläfe und drückte ab. Die begleitenden Mannschaften haben bemerkt, wie infolge des Schusses ein letztes Zucken durch den Körper ging. Man fuhr entsprechend dem von Anfang an gegebenen Befehl nicht nach Moa-bit, sondern den Landwehrkanal entlang. An einer dunklen Stelle wurde die Leiche ins Wasser geworfen.» Ebert war tief erschüttert, als ahnte er, dass nun der Mord die Figuren des politischen Spiels umhergeschoben werde.

er «Kreuzzeitung» stand am 16. Januar zu lesen: «Nur wenige Menschen wird es geben, die dem menschlichen Empfinden des Mitgefühls den Vorrang geben können vor dem Gefühl der Erleichterung. Liebknecht und die Luxemburg haben über Deutschland unsägliches Unheil gebracht, sie haben den Hass und den blutigsten Terror

grossgezogen. Nun hat ihnen die Gerechtigkeit des Schicksals ein Ende bereitet, das einen logischen Abschluss ihrer stürmischen Revolutionslaufbahn bedeutet.»

Der «Vorwärts» schrieb:

«Opfer des Todes sind sie geworden, den sie – gegen alle Bitten und Beschwörungen ihrer einstigen Freunde und Parteigenossen von einer Wahndee vorwärtsgepeitscht – selber ins Land gerufen hatten. Ihnen hatte die ‚erste Revolution‘ nicht genügt, die mit so geringen Opfern eine ungeheure Umwälzung gebracht hatte, sie wollten die ‚zweite‘. Ihr Ziel schien ihnen so gross, dass ihnen alle Schrecknisse des Bürgerkrieges, die Entfesselung der wildesten Leidenschaften von allen Seiten, dagegen gering dünkten. So sind sie jetzt gefallen, die Gestalten der Tragödie, und ihr grauenhafter Untergang erschüttert auch den, der ihre furchtbare Schuld nicht verkennt.»

Rosa Luxemburg war der grosse revolutionäre Geist innerhalb der pathetischen Hilflosigkeit der äussersten Linken, männliche Festigkeit inmitten des weibischen Zagens. Sie schaute oft sehnsüchtig zu der anderen Seite hinüber. Der Katzenjammer ergreife sie, wenn sie die Helden der USP betrachtete: «Den süssen Haase, den Dittmann mit dem schönen Bart und den schönen Reichstagsreden ... Dann schon lieber Graf Westarp – und nicht deshalb, weil er von meinen «mandelförmigen Samtaugen» im Reichstag redete, sondern weil er ein Mann ist...» Ihr Lebensideal kennzeichnet sie in einem Briefe:

«Mensch sein ist vor allem die Hauptsache. Und das heisst: Fest und klar und heiter sein, ja heiter trotz alledem und alledem, denn das Heulen ist Geschäft der Schwäche.

«Mensch sein heisst, sein ganzes Leben ‚auf des Schicksals grosse Waage‘ freudig hinwerfen. Die Welt ist so schön bei allem Graus und wäre noch schöner, wenn es keine Schwächlinge und Feiglinge auf ihr gäbe.»

So starb sie auch; der Hauptmann Pabst – ihr eigentlicher Mörder vielleicht – schreibt es bewundernd. Sie wusste nach der Einlieferung ins Eden-Hotel, was ihr Schicksal war:

«Rosa Luxemburg nähte sich während ihrer Vernehmung einen losgelösten Rocksaum wieder an. Als echte russische Verschwörerin war sie sich über ihr Ziel wie auch über ihr unabwendbares Geschick vollkommen im Klaren – das Schicksal, mit dem mehr oder weniger jeder revolutionäre Führer rechnen muss.»

Die Kommunistische Partei schien in ihrem Nachruf von Rosa Luxemburgs Geist erfüllt:

«Die Besiegten der blutigen Januarwoche, sie haben ruhmvoll bestanden. Sie haben um Grosses gestritten,

ums edelste Ziel der leidenden Menschheit, um geistige und materielle Erlösung der darbenenden Massen; sie haben um Heiliges Blut vergossen, das so geheiligt wurde. Und aus jedem Tropfen dieses Blutes, dieser Drachensaat für die Sieger von heute, werden den Gefallenen Rächer erstehen, aus jeder zeretzten Faser neue Kämpfer der hohen Sache, die ewig ist und unvergänglich wie das Firmament.

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre. Spartakus niedergerungen!

O gemach! Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen – wir sind da, und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein.

Unter dem Dröhnen des heranrollenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs werden die noch schlafenden Scharen der Proletarier erwachen wie von den Posaunen des jüngsten Gerichts, und die Leichen der hing

mordeten Kämpfer werden auferstehen und Rechenschaft heischen von den Fluchbeladenen. Heute noch das unterirdische Grollen des Vulkans – morgen wird er ausbrechen und sie alle in glühende Asche und Lavaströme begraben. Denn Spartakus – das heisst Feuer und Geist, das heisst Seele und Herz, das heisst Wille und Tat der Revolution des Proletariats. Und Spartakus – das heisst alle Not und Glückssehnsucht, alle Kampftschlossenheit des klassenbewussten Proletariats. Denn Spartakus – das heisst Sozialismus und Weltrevolution!

Nein, das Feuer war erloschen, der Geist erlahmt, die Seele stumpf und das Herz müde. Diese Tage waren die Marneeschlacht der deutschen Revolution. Die Militärs liessen Deutschland in einem nahezu aussichtslosen Unterfangen verbluten; die Revolutionäre machten es genauso. Die Revolution war verloren; aber es bedurfte noch viel Blutvergiessens, um es zu erkennen.

Der Mummenschanz der bayrischen Räterepubliken

Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar erwiesen, dass die Revolutionsbewegung nur Schaum auf der Welle war. Doch sollte in Bayern diese Bewegung einen schaurig grotesken Ausbruch zeigen. Malaparte sollte später Hitler einen «Cäsar im Tirolerkostüm» nennen; mit mehr Berechtigung hätte man jetzt vom «Lenin in der Lederhose» sprechen können. Jetzt drängte die deutsche Bohème, «Schwabing», in die deutsche Geschichte.

Die Räterepublik war das Grabmal für Kurt Eisner. Er war der einzige deutsche Literat, der zu einer grossen politischen Rolle emporstieg und der trotz seiner Komödiantengeste ein Politiker von Rang hätte werden können. Die Eigentümlichkeit der deutschen Geschichte bewirkt, dass Männer wie Eisner im hohen Alter ihre politischen Jugendeseelen zu absolvieren haben, ohne die ein Mensch selten tiefere politische Einsicht gewinnt.

Mit ein paar Mann hatte Eisner in der Nacht vom 7. zum 8. November die bayrische Monarchie gestürzt. Eisner hatte Lust und Talent gezeigt, die von ihm geschaffene Räterepublik dramatisch zu inszenieren.

Für die Revolutionskundgebung dichtete er die neue Nationalhymne, die nach der Melodie des Niederländischen Dankgebets gesungen werden sollte. Bruno Walter, der Musikdirigent der Bayerischen Oper, sagte von den Vorbereitungen dass ihn alles an die Erzählungen von Gustav Meyrink erinnert hätte. Der bayrische Essayist Hofmiller meinte, das alles habe nach Robespierre beim Fest des Höchsten Wesens gerochen. Dieser Ludwig II. im Gewände eines Kaffeehausliteraten hatte zuletzt (am 23. 11.) die Reservatrechte Bayerns gerettet.

Bei den bayrischen Wahlen aber erhielt die Partei Kurt Eisners drei Sitze. Auf dem Wege zum Landtag, wo er vermutlich seinen Rücktritt bekanntgegeben hätte, wurde er von dem Grafen Arco niedergeschossen.

Von nun an schnellte Bayern von einem revolutionären Katarakt zum anderen. Die Geschehnisse der bayrischen Revolution wurden immer grotesker, merkwürdiger und farbiger. Das Schwabingertum, die bayrische Bohème, meinte in den Lichtkegel der Weltgeschichte zu geraten. Eisner hatte das Seine getan, um die schwärmerische Erwartung, die Auflösung der geprägten Ordnung, vorzubereiten. In seiner Regierungserklärung war die Rede von ungeahnten Kräften, die in der Nation stecken. Das Leben beginne endlich Sinn und Zweck zu haben, in der Nation glühe eine kaum zu bändigende Ungeduld, eine neue Welt zu schaffen. Jeder arbeitende Mensch könne dem Künstler gleich ein beglücktes und erfülltes Leben führen. Ein Leben in Schönheit und Würde war dem bayerischen Volk versprochen, und auch rühmte sich Eisner der Beziehungen zu dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau und meinte, durch das blosses Bekenntnis zu einem neuen Leben und das freimütige Eingeständnis der Schuld am Kriege bessere Friedensbedingungen erlangen zu können.

Beschaut man sich dieses Leben von späteren Jahrzehnten her, so hat man die Empfindung, als fliege eine Motte ins Licht.

Die Ermordung Eisners war wie eine Fackel in dürres Stroh geworfen, und ein Metzgergeselle, ein Anhänger der Partei Eisners, stürzte in den Landtag und schoss wild um sich, dabei den Kommandeur der bayrischen Polizei tödend und den bayrischen Innenminister schwer verletzend. Der Land-

30 Die Weimarer Republik

tag stob auseinander wie Tauben nach einem Steinwurf. Wilde Aufrufe aller Parteien folgten aufeinander, und das Bürgertum war überzeugt, dass diese Sprengung des Landtags von Eisner selber noch vorbereitet worden sei.

Die Anhänger Eisners wiederum glaubten – ebenso törichterweise dass die Ermordung Eisners der Auftakt zu einem grossen teuflischen Anschlag auf die Rechte der Arbeiterschaft und die Republik sein sollte. Bayern löste sich in eine sentimentale Erregung auf. Weiber tauchten ihr Taschentuch in das noch nicht aufgewischte Blut Eisners an der Stelle der Ermordung.

Die beiden sozialistischen Parteien, die Gewerkschaften und die Räte flickten zuletzt eine bayrische Regierung unter dem Mehrheitssozialisten Hoffmann zusammen.

In Wahrheit war der Zugang zur Macht offen, und die Regierung war wie ein öffentliches Haus. Am 6. April wurde die sogenannte erste bayrische Räterepublik ausgerufen. Literaten, Chansondichter, aus dem Irrenhaus Beurlaubte, Schwärmer, Gaukler und Hochstapler bildeten die Regierung, angefangen von dem hochgeistigen Schriftsteller Gustav Landauer, der aber bis an den Saum der Heiligkeit weltfremd war, von Erich Mühsam, dem Verfasser vorurteilsfreier Literatur, der besonders die «freie Liebe» verherrlichte und diese auch ins Programm der Räterepublik aufgenommen haben wollte, von Silvio Gesell, dem Entdecker des «Schwundgeldes», das an Wert verlieren anstatt Zins tragen sollte und das die nationalsozialistische «Brechung der Zinsknechtschaft» vorwegnahm, bis zu einem Aussenminister, der dem bayrischen Volk mitzuteilen wusste, dass «sein Freund», der Papst, Hilfe für Bayern versprochen habe und der ein amtliches Telegramm an die Reichsregierung sandte, dass der bayerische Ministerpräsident unter Mitnahme des Abortschlüssels nach Bamberg geflohen sei. Die Staatsaktion war, wie es Karl Marx für das Dritte Kaiserreich gesagt hatte und wie es sich jetzt wiederholte «eine Komödie im ordinärsten Sinn», «eine

Maskerade, wo die grossen Kostüme, Worte und Posituren nur der kleinlichsten Lumperei zur Maske dienen».

Am 14. April kam an Stelle dieses Karnevalsstaats die Herrschaft der Kommunisten. Deren Anhänger waren leidlich normale Verbrecher; die beiden Führer, Levien und Leviné, russische Juden, schienen Romanen Dostojewskijs entsprungen zu sein.

Am 1. Mai war die Niederwerfung des roten Münchens durch die Truppen Noskes in der Hauptsache beendet. Ausschreitungen gab es auf beiden Seiten. Gustav Landauer – die reinste Seele in diesem Tollhaus – wurde mit dem Gewehrkolben erschlagen. Der Stadtkommandant von München, ein syphilitischer, verkommener Matrose, liess beim Einmarsch der Noske-Truppen «Geiseln» erschliessen, die Mitglieder eines völkischen Vereins. Die Kunde versetzte Münchens Bürger und die einmarschierenden Truppen in eine hasserfüllte Stimmung. Eine Gruppe der katholischen Arbeiterjugend wurde – für Spartakisten gehalten – mit dem Bajonett von Freikorpstruppen niedergemacht.

Leviné, der Kopf der zweiten Räterepublik wurde später von einem Sondergericht zum Tode verurteilt und durch Erschiessen hingerichtet. Nun waren auch die Tage des sozialdemokratischen Ministeriums Hoffmann gezählt. Diese Regierung war dem bayerischen Bürgertum als Schirm gegen die Pöbelherrschaft erschienen; jetzt hatte man in der Reichswehr einen besseren Schutz und brauchte nicht weiter die Herrschaft einer Minderheit zu dulden. Jetzt war das alte konservative Bayern zurückgekehrt, wenig berührt von Ereignissen, die «Revolution» geheissen werden; aber das seelische Gleichgewicht war nach Revolution, Eisner-Mord, den beiden Räterepubliken der Narren und Verbrecher noch nicht wiedergekehrt. Bayern behauptete, Deutschlands «Ordnungszelle» zu sein, und doch blieb seine Politik verworren, theatralisch und krankhaft. Der Politiker Hitler wurde aus dem verängstigten und getetzten Bayern geboren.

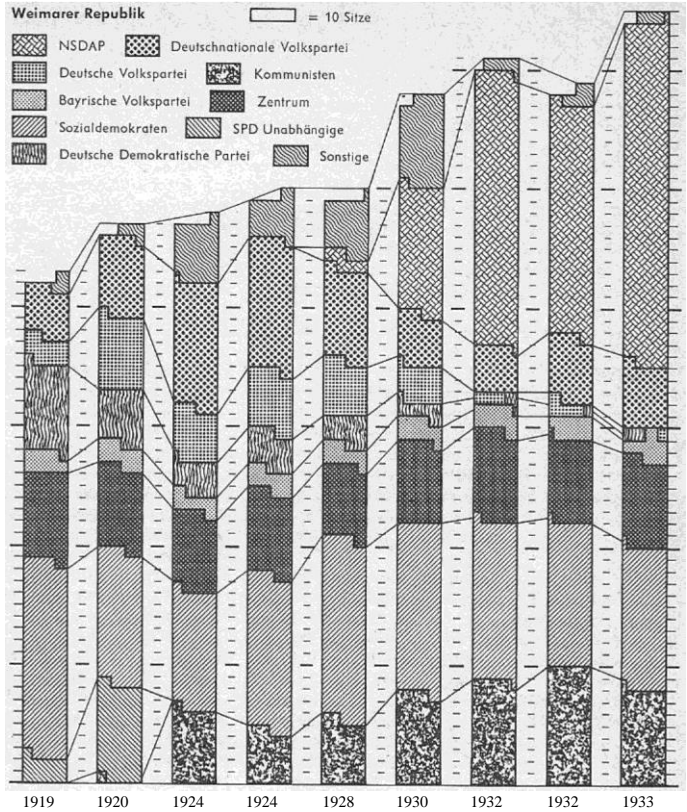
Die Republik von Weimar

Während schmutz- und blutfarbener Gischt das Land den Blicken entzog, bildete sich darunter die Grundlage der neuen deutschen Lebensordnung. Am 19. Januar hatten die Wahlen zur Nationalversammlung stattgefunden. Die Kommunisten hatten sich gegen den Rat Rosa Luxemburgs nicht an den Wahlen beteiligt. Die Wahlen ergaben in grossen Vereinfachungen vierzig Prozent für die Sozialdemokraten, zwanzig Prozent für das Zentrum, zwanzig Prozent für die Demokraten. Das schwarzrotgoldene Deutschland war aus der Taufe gehoben.

Die Wahlen wurden nach dem Verhältnisssystem abgehalten, und die Weimarer Verfassung sollte das Verhältnis

wahlsystem auch in den Bestimmungen aufnehmen, dieses «unfehlbare Mittel der Zerstörung einer Demokratie».

Zum erstmalen waren auch die Frauen wahlberechtigt, und wer geglaubt hatte, dass das eine Revolution wäre, wurde enttäuscht. Die einen fürchteten davon einen katastrophalen Absturz des politischen Niveaus, die anderen erhofften von dem Frauenstimmrecht eine Erneuerung des politischen Lebens aus dem Geist der Humanität und des warmen, mitfühlenden Lebens. Nichts geschah in dieser Hinsicht. Im Grossen und Ganzen war dadurch – von freilich grossartigen Ausnahmen abgesehen – in der deutschen Geschichte nichts geschehen, als dass die Männer eine zweite Stimme bekamen.



Die Verteilung der Reichstags-sitze nach den Wahlen von 1919 bis 1933. Während die Kommunisten auf Kosten der SPD wuchsen, profitiert Hitler von den Rechtsparteien und von der steigenden Sitzzahl. Am beständigsten ist wiederum das Zentrum.

Eine Tatsache blieb, dass fünfundachtzig Prozent der Wähler die Tatsache der Revolution – wenn auch mit noch so verschiedenen Motiven und noch so verschiedenen Zielen – bejaht hatten. Die Wahl war ein Plebiszit gegen die Wiederkehr der Monarchie gewesen. Aber die Nationalversammlung hatte auch keine sozialistische Mehrheit. Die Partei des sozialen Umsturzes hatte von dreissigundeinhalb Millionen Stimmen zweiundeinhalb Millionen Stimmen bekommen. Hätten die Kommunisten mitgewählt, dann wäre wahrscheinlich das Ergebnis nicht viel anders gewesen. Nur eine ganz kleine Minderheit in Deutschland wollte eine Umgestaltung des Reiches von Grund aus.

Die Nation wollte Frieden und Brot und keine Experimente.

Eisner behauptete nach der Wahl, dass die Massen im tiefsten aufgewühlt seien und dass sie Sozialdemokraten gewählt hätten, weil diese den Willen nach etwas Neuem und Umstürzendem verkörperten. Aber die Nation hatte die Sozialdemokratie als die Partei des Friedens und der vorsichtigen Reform gewählt. Auf der anderen Seite beklagten sich die Organisatoren der Freikorps und der Reichswehr, dass viele Universitäten sich dem Ruf nach freiwilligem Dienst zur Aufrechterhaltung der Ordnung versagten. Es war nicht mehr das Jahr 1813. «Das heilige Feuer war erloschen», so sagte einer der Führer der Reichswehr.

So war es in der Tat: «Das heilige Feuer war erloschen.» Wie sollte es anders sein.

Die Nationalversammlung trat am 6. Februar in Weimar zu

32 Die Weimarer Republik

sammen, weil Berlin als zu unsicher erschien. Doch machte man aus der Not eine Tugend. Man fälschte die Flucht in ein Bekenntnis zu den Idealen von Weimar um. Weimarer Republik hiess der Staat, der in Deutschland von 1918 bis 1933 bestand. Es schwingt ein Ton des Mitleids in dieser Bezeichnung mit. Den Traditionen Goethes und Schillers sollte Deutschland nun folgen und nicht mehr den militärischen Losungen Potsdams. Doch war es eine Herausforderung, den neuen Staat, dem – nicht aus eigener Schuld – nichts beschiedenen sein konnte als ein mühseliges, gequältes Schemparbeiten, unter eine so anspruchsvolle Losung zu stellen. Die Weltgeschichte liebt es, wie Arthur Rosenberg sagt, leichtfertig gewählte Symbole zu diskreditieren.

Der Ton wurde angeschlagen mit der Rede, die Friedrich Ebert bei der Eröffnung der deutschen Nationalversammlung in Weimar hielt. Eberts Schuld war es nicht, wenn die Losung draussen und drinnen wenig Widerhall fand. Denn die Rede war würdig, ruhig und von einer gelassenen Feierlichkeit. Ihre Hoffnung und ihr Pathos, wurden zwar durch die kommende Entwicklung diskreditiert, aber Deutschland schien doch ganz neu zu beginnen. Der grossen Worte konnte man darum kaum entraten. Die Rede drückt noch alle die Träume der jungen Republik aus:

«Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer zerbrochen. Die preussische Hegemonie, das hohenzollernsche Heer, die Politik der schimmernden Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich geworden. Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Grösse. Es charakterisiert durchaus die nur auf äusseren Glanz gestellte Zeit der Wilhelminischen Ära das Lassallesche Wort, dass die klassischen deutschen Dichter und Denker nur im Kranichzug über sie hinweggezogen seien. Jetzt muss der Geist von Weimar, der Geist der grossen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen...»

Aber die Furcht und selbst die Verzweiflung waren in dieser Rede Eberts nicht zu überhören. Ebert wusste im Grunde wie die anderen bereits, dass sich der Friedensvertrag wie ein Reif auf die junge Saat in Deutschland legen würde. Es war Narrheit – die Narrheit fast aller Staatsmänner der jungen Republik, nicht nur die Eberts – zu erwarten, dass Deutschland als Republik sich aus der Niederlage des Kaiserreiches fortschleichen könnte. Gut und schön wäre es gewesen, wenn die Siegermächte jetzt der Deutschen Republik die Hand zur Versöhnung gereicht hätten. Aber man opfert nicht Millionen von Toten, nur um einen Kaiser zu stürzen. Die Leidenschaft waren zu sehr angefangt. Es war im Grunde edle und heroische Narrheit zu hoffen, dass

mit dem Sturz des Kaiserreiches alles verziehen wäre. Auf die zu weit gespannten Hoffnungen folgten um so tiefere Enttäuschungen. Deutschland wartete voll tiefer Gläubigkeit auf eine neue Zeit. So töricht die Hoffnung sein mochte, dass aus dem mit Hass und Blut gedüngten Boden das Paradies erblühen sollte, sie bestand nun einmal. Deutschland wurde darum nicht weniger tief getroffen und nicht weniger hart verwundet, als grobe Stiefel all diese innige Sehnsucht zertraten. Die Niederlage ist meist nur Gift für ein Volk. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn Ebert deutlicher gesagt hätte, dass das Reich den Kelch der Niederlage fast bis zur Neige trinken müsse. Ebert verweilte stattdessen bei der unbestreitbaren Tatsache, dass der Kaiser und seine Generale den Krieg verloren hatten:

«Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte.»

Die Geschichte unterscheidet nur nicht zwischen den Schuldigen und den Unschuldigen eines Volkes. Die Wellen und die Haie hören nicht auf die Passagiere eines untergehenden Schiffes, die nicht von den Wellen verschlungen und nicht von den Haifischen angefallen werden möchten, weil der Kapitän die Verantwortung für den Untergang des Schiffes trägt. Wir sind nur die Konkursverwalter, rief Ebert ebenso erbittert wie ehrlich aus.

Die Nationalversammlung wählte Friedrich Ebert zum ersten Präsidenten der Republik, und dieser ernannte Philipp Scheidemann zum Reichskanzler. Ein Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt bestätigte die Neuordnung, sicherte aber auch die alten Länder gegen alle Anwendungen der souveränen Nation, das Gerümpel der Kleinstaaten und die mittelstaatliche Grossmannsucht hinwegzufegen.

Die Einzelstaaten Deutschlands waren alle wiedererstand. Nur den Kronen verdankten sie ihr Dasein, hatten Verteidiger und Feinde erklärt. Nun – die Fürsten waren alle dahin; überall waren die Kronen aus Siegeln und Denkmälern entfernt worden. Die Revolution hatte keine Mühe gescheut. Aber kein Ländchen hatte vergessen, wiederzuerstehen. Vor allem aber – das Verhängnisvollste – Preussen bildete gleich einen eigenen Rat der Volkskommissare und gab sich ein vom Reich unabhängiges politisches Dasein. Bald war auch das alte Heer wieder da; die alten Geheimräte regierten zu einem grossen Teil wieder. Die Zeit der revolutionären Erschütterung war wenig genützt worden. Lange Monate war die Nation wie Wachs unter den Händen der neuen Machthaber gewesen. Die alten deutschen Klassen (Offiziere, Geheimräte, Adelige, die Herren des Geldes und der Industrie) warteten nur darauf, dass sich das Schicksal der Herren Russlands an ihnen vollziehe. Sie wären bereit gewesen, ihren Rettern viel zu zahlen.

Aber die Revolutionsregierung rettete sie umsonst. Denn die sachlich möglichen und sogar gebotenen Reformen (Bodenreform, Neugliederung des Reiches, die Demokratisierung der Armee und der Gesellschaft) drohten alle, den Feinden des neuen Staates in die Hände zu spielen. Der Aufbau des Staates blieb unverändert. Die grosse Spaltung zwischen Ost- und Westeibern mit ihren unterschiedlichen Lebensordnungen blieb bestehen. Das bürgerlich-bäuerliche westliche Deutschland blieb unverschmolzen mit dem ostelbischen Deutschland, das auf dem Grossgrundbesitz ruhte, auf der Macht der Junker, das auf dem kolonialen Boden entstanden war. Die 1918 ans Ruder gekommene sozialistische Regierung hat auch nicht eine Massnahme durchgeführt, die wirklich die soziale Wirtschaftsstruktur Deutschlands angefasst hätte – ausser ihrer vortrefflichen und vorbildlichen sozialpolitischen Leistung. Von der letzteren sind zu nennen, die Einführung des Achtstundentages, die Aufhebung der Gesindeordnung, die Koalitionsfreiheit, der Ausbau der Sozialversicherung, lobenswerte Dinge, zu deren Verwirklichung aber Blut und Gewalt und eine Revolution nicht nottaten. Redlichkeit und Tüchtigkeit waren in dieser Krisenstunde des Reiches zu wenig.

Der Wilson-Frieden behauptete, dass es keine Besiegten geben sollte. Das unbesiegte Deutschland aber war als die potentiell stärkste Macht wahrhaft Sieger. Das Selbstbestimmungsrecht Wilsons schien auch «Volksdeutsche» Ziele zu bestätigen. Der erste Verfassungsentwurf von Hugo Preuss sah ein Deutschland vor, das volksstärker war als das Vorkriegsdeutschland. Mit Österreich und dem Sudetengebiet wäre das Reich ein Staat mit fast 80 Millionen gewesen.

Deutschland war geblieben (im Gegensatz zu 1945) und das Vertrauen in die deutsche Kraft. Die absurde Legende vom «Dolchstoss in den Rücken der Siegreichen» hatte ein vernünftiges und ruhiges Gegenstück in dem Glauben, dass Deutschland nicht wahrhaft besiegt worden war.

Deutschland war nicht wahrhaft besiegt und das Vertrauen in seine Kraft und Wiedergeburt war ungebrochen.

Max Weber schreibt in einem Brief an Professor Crusius am 24. November 1918:

«Ich bin – wie Eulenspiegel beim Weg bergan – absoluter Optimist, nur: Auf lange Sicht, für unsere eigene Nation. Alle ihre Schwächen hat man nun gesehen, aber man kann auch alle ihre ganz fabelhafte Tüchtigkeit, Schlichtheit, Sachlichkeit, die Fähigkeit – nicht schon das Erreichen! – zur «Schönheit des Alltags», im Gegensatz zur Schönheit des Rausches oder der Geste der anderen, sehen, wenn man will... Wir haben der Welt vor hundertzehn Jahren gezeigt, dass wir – nur wir – unter Fremdherrschaft eines der ganz grossen Kulturvölker zu sein vermochten. Das machen wir jetzt noch einmal! Dann schenkt uns die Geschichte, die uns – nur

uns – schon eine zweite Jugend gab, auch die dritte.» Paul Nathan, eine markante Figur im Geistesleben und in der Bankwelt, im Kriege sich der Fürsorge für die Juden Mittel- und Osteuropas widmend und fest von der Schicksalsgemeinschaft der Deutschen und Juden überzeugt, meint, dass nur die Deutschen zu einer Auferstehung von den Toten fähig seien. Die Deutschen gleichen ja vielfach den «geschichtslosen Völkern» Mitteleuropas. Sie versinken zuweilen im Dunkel der Geschichtslosigkeit und verlieren ihre politische Existenz. Proudhon sagte einmal, dass ihn die europäische Geschichte an eine Totenbeschwörung erinnere. Untergetauchte Völker, die Polen, die Tschechen, die Rumänen, Griechen und Bulgaren wollen aus dem Grabe wiedererstehen, vom Hauch der Verwesung umweht, dem Licht des Tages entwöhnt, sich oft an vergangene Grösse klammernd und zuweilen wie Gespenster, die zwischen Gräbern umherirren.

Nur den Deutschen unter all den wiedererstehenden Völkern traute Nathan zu, aus dem Grabe heraus in die Geschichte zurückzukehren. Anlässlich der Demonstrationen nach der Ermordung Erzbergers schreibt er:

«Fünfhunderttausend Menschen haben bei uns in Berlin demonstriert. Und nicht die geringste Unordnung und nicht die geringste Brutalität hat sich ereignet. Ein Volk von merkwürdiger Disziplinierung, das in der Schule, im Heere, sein ganzes Leben hindurch gelernt hat, verständig Ordnung zu halten, und dem diese Disziplin selbst im Mark der Knochen sitzt. Wenn die Deutschen zum Jüngsten Gericht wieder aufstehen werden, so werden sie sich sofort in Bataillone und Regimenter ordnen und im Paradeschritt am Throne des Weltenrichters vorübermarschieren. Mit ihnen kann man eine solche Auferstehung wagen. Wie es mit der anderen menschlichen Gesellschaft werden würde, vermag sich meine Phantasie nicht vorzustellen ... Mein ewiger Refrain bleibt: Deutschland ist langlebiger als der Hass verhetzter gegnerischer Volksmassen und langlebiger als die Ungeschicklichkeit kurzlebiger deutscher Staatsmänner. Sie sind vielleicht nicht einmal dümmer als die sogenannten Staatsmänner unserer Gegner. Aber mit solchen Eigenschaften reichen sie für Deutschland nicht aus. Denn die Deutschen haben das tragische Glück, an der gefährdetsten Stelle der zivilisierten Welt zu sitzen. Genau wie die Juden seinerzeit in Palästina. Die Riesenreiche des Altertums erdrückten das winzig kleine Ländchen Palästina. Die Deutschen mit ihrer breiten Brust und ihren kräftigen Muskeln werden trotz allem ihren Platz in Europa behaupten, wenn es auch Mühe kostet.»

25 Jahre später schien sich an Berlin das Schicksal Jerusalems zu vollziehen: «Ich will Jerusalem zum Steinhaufen

34 Die Weimarer Republik

und zur Wohnung der Schakale machen. Der Menschen Leichname solle liegen wie Mist auf dem Felde.» Im Jahre 1945 hätten die Sieger nur die Arme zu kreuzen brauchen und es wäre so gekommen.

Die Weimarer Verfassung

Gleichzeitig entstand die neue Verfassung des Reiches, die Weimarer genannt, die das Grundgefüge Deutschlands nicht wesentlich veränderte.

Trotzdem stellt die Weimarer Verfassung ein grosses Dokument der deutschen Geschichte dar. Ihr Schöpfer ist Hugo Preuss, ein demokratischer Staatsrechtslehrer, der die Formel vom Obrigkeitsstaat prägte und den der neue Reichspräsident Friedrich Ebert frühzeitig zur Vorberatung der Verfassung heranzog. Vom ursprünglichen Entwurf des Hugo Preuss haben zwar die politischen Mächte Deutschlands wenig übriggelassen. Preuss wollte vor allem Schluss machen mit dem «gottverdammten Souveränitätsschwandel» der deutschen Fürsten und Länder; sein Ziel war Deutschland, getragen von der deutschen Nation als der alleinigen souveränen Gewalt. Die deutschen Staaten bäumten sich wild gegen den Verfassungsplan des Hugo Preuss auf. Ob von Königen, Literaten oder Schneidern regiert, die deutschen Länder wollten nicht sterben. Sie triumphierten über Hugo Preuss.

Deutschland war 1918 stehengeblieben, und seine Einheit war erhalten worden. Als souveräne Nation gab es sich seine Verfassung. Die Eingangsworte der Weimarer Verfassung werden unvergessen bleiben:

«Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äusseren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.»

Die Weimarer Verfassung zeigt zwar schon die auch im Grundgesetz waltende Neigung zur Deklamation und das Bestreben, Gegensätze zwischen Parteien und Weltanschauungen durch edle Formulierungen zu überbrücken: «Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung.

Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil. Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten.

In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerveröhnung zu erstreben.

Die Ordnung des Wirtschaftslebens muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entspre-

chen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu sichern.

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste.

Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches. Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.» Im Grossen und Ganzen kehrte die Weimarer Verfassung zu dem Verfassungszustand des Reiches im Oktober 1918 zurück. Das parlamentarische Kaiserreich erstand von den Toten wieder, nur mit einem vom Volk gewählten, statt mit einem erblichen Staatsoberhaupt. Was allerdings das Staatsoberhaupt (der Reichspräsident) an höfischem Glanze verlor, gewann er an Macht.

«Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volk gewählt», hiess es im Artikel 41 der Reichsverfassung. Der Reichspräsident besass deshalb seine ihm innewohnende demokratische Majestät. Der Reichspräsident war unmittelbar zum Volk und verkörperte das eine unteilbare Volk mehr als das Parlament. Karl Marx hatte es bei der Volkswahl des Louis Napoleon Bonaparte dargelegt, was das bedeuten kann. Im Parlament komme die Vielfalt der Nation zum Ausdruck; der Abgeordnete vertrete nur eine Partei, eine Stadt, einen Brückenkopf oder gar nur die Notwendigkeit, einem beliebigen Fünfhundertstel der Nation einen Abgeordneten zu geben:

«Die Nationalversammlung stellt wohl in ihren einzelnen Repräsentanten die mannigfaltigen Seiten des Nationalgeistes dar, aber in dem Präsidenten inkarniert er sich. Er besitzt ihr gegenüber eine Art von göttlichem Recht, er ist von Volkes Gnaden.»

Aber die beiden Präsidenten der Weimarer Republik Ebert und Hindenburg waren um Welten von Napoleon III. unterschieden. Theodor Mommsen beklagte es einmal, dass Deutschland es nicht einmal zu einem «grand criminel» wie Louis Napoleon Bonaparte gebracht habe. Adolf Hitler erst sollte Mommsens Wunsch erfüllen. Aber Ebert und Hindenburg «inkarnierten den Nationalgeist» nur, wenn das Parlament auseinanderfiel. Auch der Generalfeldmarschall wollte nicht auf Grund kriegerischen Ruhmes herrschen. Er wollte nach Gesetz und Recht regieren, so wie er sich sein Leben lang nach der preussischen Felddienordnung gerichtet hatte. Aber die Weimarer Republik trat mit einer Erbsünde ins Leben, der verfassungsrechtlichen Bindung der Republik an das Verhältniswahlrecht. Das Verhältniswahlrecht mag sich aus technischen Gründen empfehlen. Zum Grundsatz erhoben spricht es die Vielfalt heilig; es



will, dass die Nation mit vielen Zungen rede. Sein Ziel ist nicht die politische Tatkraft des Parlaments durch handlungsfähige Mehrheiten zu stärken, sondern, allen Verschiedenheiten, Gruppierungen, Gruppen und Grüppchen, Besonderheiten und Launen der Nation das Maul zu geben. Jedes Grüppchen hatte ein Recht darauf, im Parlament vertreten zu sein, auch wenn darüber das Recht der Nation, regiert zu werden, zum Teufel ging. Diese närrische Gerechtigkeit des Rechenschiebers führte zuletzt dazu, dass das Parlament aus lauter Minderheiten bestand, die sich nicht mehr zu einer Regierungsmehrheit zusammenfügen ließen. Die Autorität des Reichspräsidenten setzte sich fortan in den Bereichen fest, die durch die Handlungsunfähigkeit des Parlaments zum Niemandsland der Macht geworden waren und die herrenloses Gebiet nicht bleiben konnten.

Der Reichspräsident besaß das Recht zu aussergewöhnlichen und ausserordentlichen Massregeln – vor allem kraft Artikel 48, der darin nach 1933 als höchstpersönliche Erfindung des Gottseibeius angesehen wurde (obwohl zwar Friedrich Ebert, nicht aber Hitler mit diesem Artikel 48 regierte). Diese Ausnahmebefugnisse entsprachen der gefährdeten und bedrohten Lage der Republik in ihren ersten Jahren. Bis 1923 lebte die Republik fast immer im Ausnahmezustand, ob er nun förmlich verkündet wurde oder nicht. Der neue Staat hatte sich seiner Haut zu wehren und immer zu kämpfen, und das geht selten ohne ein bisschen Diktatur. Was den Artikel 48 in den Geruch des Böartigen und Lächerlichen zugleich brachte, war die Tatsache, dass ein auf den Bürgerkrieg abgestellter und zur Niederschlagung blutiger Revolten geschaffener Artikel gegen widerspenstige

36 Die Weimarer Republik

Parlamente verwandt wurde, so dass sich Gesetze oktroyieren liessen, die die Parlamente nicht wollten, die sie zwar für notwendig und unvermeidlich ansahen, ohne sich aber mit ihnen kompromittieren zu wollen. Dieser Artikel 48 nützte gar nichts, wenn ein entschlossenes Parlament da war, weil jede Verordnung auf Grund des Artikels 48 auf Wunsch des Reichstages sofort aufgehoben werden musste. Aber die Praxis der Notverordnung führte dazu, dass die Parteien nicht mehr zustimmen brauchten, sondern nur noch nicht zu widersprechen und zu «dulden» hatten. Zuletzt duldete der Reichstag nur noch und wurde geduldet. Aber all das war nicht der ursprüngliche Sinn des Artikels 48, den sich eine auf kämpferische Behauptung eingestellte Republik gegeben hatte. Niemand träumte bei der Schaffung des Artikels 48, dass im Jahre 1932 der Reichskommissar für Preussen, Bracht, den Artikel 48, auf den sich notwendigerweise seine sämtlichen Erlasse in Preussen gründeten, dazu benützen würde, für die männliche Badehose einen «Zwickel» vorzuschreiben und anzuordnen, dass beim öffentlichen Baden der weibliche Rücken bis hinauf zum Schulterblatt bedeckt sein müsse. Das Schlimme an den Verfassungen ist ihre Unveränderlichkeit und der Glaube ihrer Väter, ein für die Unsterblichkeit bestimmtes Kind in die Welt zu setzen. Das bedeutet in aller Regel, ein Einheitskleid für alle Jahreszeiten zu entwerfen, was sich ganz nur am Äquator und am Nordpol bewährt hat.

Hugo Preuss liess sich überreden – vor allem von Max Weber – hinsichtlich des Reichspräsidenten die Verfassung der Vereinigten Staaten nachzuahmen. Aber er hatte kein Glück, als er das Verhältnis der Einzelstaaten zur Zentralregierung nach amerikanischem Vorbild gestalten wollte. Im amerikanischen Senat sind ja nicht die Einzelstaaten als Staaten vertreten, sondern nur jeweils durch zwei Abgeordnete der Länderparlamente repräsentiert, die nicht an Weisungen ihres Heimatstaates gebunden sind. Einen solchen Senat wollte Hugo Preuss auch für die Reichsverfassung schaffen und obendrein die deutsche Landkarte neu gestalten durch die Zusammenfassung alter Staaten und die Aufteilung Preussens in neue Reichsländer. Ein gellender Schrei des Widerstandes erhob sich. Schon am 23. November fand in Berlin eine «Staatenkonferenz» statt. Da sah man den ehemals königlich bayerischen Gesandten von Pfleger zusammen mit dem linkssozialistischen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, den die bayerischen Monarchisten – jetzt zu Unrecht – den Galizier genannt hatten, um nachzuweisen, dass Bayern älter sei als das Reich und dass das Deutsche Reich 1871 durch einen Willensakt der deutschen Länder gegründet worden sei. Die halbkommunistische Regierung von Braunschweig, in der eine Waschfrau das Amt des Kultusministers versah – von den Geheimräten mit gewohnter Devotion begrüsst und behandelt und auf bewährte Weise eingewickelt und dirigiert verwahrte sich

gleichfalls dagegen, dass die deutsche Nationalversammlung und das deutsche Volk sich anmassen wollten, über die an die Ewigkeit streifenden Lebensrechte Braunschweigs hinwegzugehen. Am 9. November schon hatte sich ein Rat der Volksbeauftragten für Preussen gebildet. Preussen besass seit 1867 zum erstenmal wieder eine voll durchgebildete, vom Reich unabhängige Staatlichkeit. Diese Volksbeauftragten aber – unter ihnen der «Zehn-Gebote-Hoffmann» (dessen «Zehn Gebote der besitzenden Klassen» in ihrer Unflätigkeit der Beschimpfung und Verdächtigung – besonders bei der Darlegung des sechsten Gebotes – schon ein wenig an den «Stürmer» Julius Streichers erinnern) – schworen, dass der Weg zur Zerstückelung Preussens nur über ihre Leiche gehe. Die deutschen Länder trotzten auch diesmal wieder dem Totenträger. Sie waren ebenso alt wie die deutsche Geschichte und bargen zwei Jahrtausende Leistung und Entwicklung, Leben und Verrat in sich. 1918 waren die Länder auch noch organisch gewachsene Gebilde. Nur die Zwergstaaten Thüringen Sachsen – Koburg – Gotha – Reuss jüngere und ältere Linie (Heinrich XXXII.), in denen die Serenissimi und die grossen Mäzene regiert hatten, wurden zu einem neuen Staat Thüringen verschmolzen. Im Übrigen blieb aber die deutsche Länderkarte unverändert. Es brauchten auch nicht, wie 1945, neue deutsche Länder gleichsam aus dem Grab hervorgeholt oder durch das Schwert der Besatzungsarmeen aus alten deutschen Staaten herausgeschnitten zu werden. Schon Ende November war der Traum von Hugo Preuss zu Ende. Die Länder blieben bestehen. Was Bismarck vorhergesagt hatte, dass die Länder ohne die Dynastien zusammensinken würden, erwies sich als ebenso falsch wie die republikanische Anklage, dass die Zersplitterung Deutschlands in einzelne Territorien nur dem Ehrgeiz der Könige und Herzoge zu danken sei, ohne deren dynastischen Ehrgeiz es nichts mehr geben würde als das eine ungeteilte deutsche Volk. Die Waschfrau, Braunschweigs Kultusminister, kämpfte für Braunschweig, als trüge sie eine Krone auf dem Haupt. Wie immer meinten die Deutschen, nun die beste Verfassung der Welt zu haben. So erklärt der sozialdemokratische Führer, Dr. David, in der Nationalversammlung vom 22. Juli, dass die deutsche Republik fortan die demokratischste Demokratie der Welt sei. Man hat in der Tat der Weimarer Verfassung nachher viel Unrecht angetan. Werner Weber sagt in seiner Schrift über das Grundgesetz der Bundesrepublik mit Recht, dass bei den Beratungen des Grundgesetzes 1948 der Geist eines Erschlagenen anwesend gewesen sei, der der Weimarer Republik. Hätte es dieselben Parteien und dieselben Mehrheiten wie in der Bundesrepublik schon in der Weimarer Republik gegeben, dann hätte die Weimarer Verfassung ohne Fehl und Tadel funktioniert. Gegen ein Parlament mit ausgeprägter Mehrheit und einem klaren. Politischen Willen hätte kein Staats-

Präsident mit all seinen Vollmachten etwas ausrichten können. Der Präsident wurde um so stärker, als das Parlament – durch seine parteimässige Gestaltlosigkeit – an Schwäche zunahm.

Dämon Versailles

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung fanden einen Tag nach dem Zusammentritt der Friedenskonferenz von Versailles statt. Diese und nicht die deutschen Parteien würde darüber entscheiden, ob sich all das verwirklichen würde, was die deutschen Politiker im Wahlkampf versprochen hatten. Bei dieser Wahl sind die Anhänger des alten Systems und die der gewaltsamen Revolution vernichtend geschlagen worden. Von der Versailler Friedenskonferenz wird es abhängen, ob die beiden Gruppen noch eine Chance haben werden.

Die Deutschen hatten durch die Unterwerfung im Waffenstillstand ihren Wunsch bekundet, sich an die Weltdemokratie anzuschliessen. Sie warteten auf eine Führung. Der Kaiser war gegangen, und die Republik war noch nicht da. Ohne Leitung und ohne Autorität taumelten die Deutschen hin und her. Für eine wahrhaft demokratische Weltkonferenz wären sie wie Wachs unter den Händen gewesen. Aber die Demokratien waren kein Vorbild. Wo etwas Mässigung und Vernunft zu finden war, da war es bei den Männern, die in den Zeitungen als «Autokraten» beschimpft wurden. Die Völker liessen ihre Staatsmänner gewähren und meldeten sich nur dann zu Wort, wenn diese Politiker nicht hart, grausam und unachgiebig genug waren. Drei Forderungen hatten sich geltend, wie Churchill schreibt, aus der Masse des Volkes erhoben: Den Kaiser zu hängen, die Wehrpflicht abzuschaffen und die Deutschen bis zum letzten Pfennig zahlen zu lassen. Die Massen in den westlichen Demokratien glaubten an den Sieg und wussten nicht, dass die Siege eine Täuschung sind. Die Wurzeln einer Nation auszureissen, dazu gehört viel grossartige Wildheit und überlegte Brutalität.

Am 18. Januar 1919 trat in Versailles die Friedenskonferenz zusammen: An demselben Tage und an demselben Ort, da 1871 das Reich gegründet worden war. So begann diese Friedenskonferenz mit einer theatralischen Bekundung, dass nun dieses Reich ein Ende finden werde, «le Reich», das die Franzosen nur mit zischender Verachtung auszusprechen vermochten. Drei Versuche waren gemacht worden, den Status quo Europas grundlegend umzustürzen, von 1792 bis 1815, von 1914-1918 und von 1939-1945. Dreimal behauptete sich – nachdem einmal die Wasser abgelaufen waren – die alte Ordnung wieder.

Auf dem Konferenzstisch lagen die vierzehn Punkte des amerikanischen Präsidenten, aber auch die Geheimverträge, von denen Wilson angeblich nichts gewusst hatte. Der Idealismus des Präsidenten der Vereinigten Staaten prallte sehr rasch mit der Machtpolitik der europäischen

Mächte zusammen, deren Führung in Sünden ergraut war und Staatsmänner besass, die alle Höhen und Tiefen der Welt kennengelerpt hatten. Unter dem Antrieb der Not hatte die deutsche Politik auf den Idealismus des Präsidenten der Vereinigten Staaten gesetzt, auf die kleine, dünne, gebrechliche Stimme der Vernunft im Tosen der Elemente, auf das weltbeglückende Ideal internationaler Gerechtigkeit, das lächerlich zu machen der deutsche Geist all seine Fähigkeiten seit einem Jahrhundert angespannt hatte. Als Welterlöser und Prophet kam Woodrow Wilson von den Vereinigten Staaten herüber, als steige er vom Berge Sinai herab, um der Welt neue Gesetzestafeln zu überbringen.

Mühselig wurde die äussere Einheit zwischen den europäischen Siegermächten und den Vereinigten Staaten aufrecht-erhalten. Aber eines Tages lag der Gegensatz offen zutage. Die übrigen Weltmächte erklärten mit jenem Zynismus, wie ihn notwendigerweise jeder Widerspruch zum übersteigerten Idealismus hervorbringt, dass sie nicht länger gewillt seien, sich den Sieg und seine Beute durch die Träumereien des Präsidenten Wilson rauben zu lassen. In einer pittoresken Szene, in einem Gespräch zwischen den «Grossen» der Konferenz, stiessen Heilige und Sünder zusammen. In diesem Augenblick und in dem bengalischen Licht dieser grotesken Episode, die uns Churchill berichtet, wurde der Stab über das deutsche Schicksal gebrochen:

„Eine mühselige Debatte folgte. Australien, Neuseeland und Südafrika erklärten, sie gedächten, die Kolonien zu behalten, die sie den Deutschen abgenommen hatten; und Kanada trat an ihre Seite. „Und meinen Sie damit, Mr. Hughes“, fragte Wilson, „dass unter gewissen Bedingungen sich Australien in Gegensatz zur Auffassung der ganzen zivilisierten Welt stellen würde?“ Hughes war sehr taub und hatte vor sich am Tisch ein Instrument wie ein Maschinengewehr stehen, durch das er schlecht und recht hören konnte; und auf diese Herausforderung erwiderte er trocken: «Ungefähr so, Herr Präsident» ... Diese Unterredung hatte Clemenceau ausserordentlich wohlgetan, denn zum ersten Male hatte er die geheimsten Wünsche seines Herzens mit ungezügelter Offenheit aussprechen hören. Er strahlte und verfolgte jeden Satz Mr. Hughes' mit unvorstellbarem Entzücken. Bringen Sie Ihre Wilden mit», hatte er zu Lloyd George vorher gesagt; und zum Australier: «Mr. Hughes, ich habe gehört, dass Sie in Ihrer Jugend Menschenfresser waren.» «Glauben Sie mir, Herr Präsident», erwiderte der Premierminister des Commonwealth, «das ist stark übertrieben.»

38 Die Weimarer Republik

Vorsitzender der Konferenz war Georges Clemenceau; er herrschte nach dem Zeugnis Harold Nicolsons, eines Augenzeugen, mit dem «Halblächeln eines gereizten, skeptischen und neurasthenischen Gorillas». Deutsche Geschichte wurde ja selten von Deutschen gemacht. Der «Vater des Sieges», eine Urkraft, die Wiederkehr Attilas, wie ihn ein französischer Royalist nannte, der aus den blutgetränkten Schlachtfeldern wie der Dämon des Krieges gewachsen schien, gab nun der deutschen Geschichte das Gesetz. Hitlers ganze Lehre wird bald in der Klage bestehen: Wenn nur wir jemand von der mongolischen Wildheit Clemenceaus besessen hätten! Auf dieser Friedenskonferenz waren die Sieger unter sich. Die Deutschen waren nicht nur nicht da, sondern man vergass sie zum Schluss überhaupt. Harold Nicolson, damals Sekretär der englischen Friedensdelegation, erzählt in seinem Buche «Die Friedensmacher», dass der Versailler Vertrag nicht zuletzt deswegen so merkwürdig ausgefallen sei, weil niemand auf der Konferenz gewusst habe, ob der zu erarbeitende Entwurf als Grundlage von Verhandlungen mit den Deutschen gedacht war oder aber als das letzte Wort gelten sollte. Die vernünftigen Teilnehmer des Friedensvertrages – und unter den Schöpfern dieses im Grunde vertückten Vertrages war eine grosse Zahl vernünftiger Leute – stimmten den Unsinnigkeiten auf der Konferenz in der Hoffnung zu, dass das Schlimmste bei den Verhandlungen mit den Deutschen weggehandelt werden würde.



Georges Clemenceau

Wie die Verhandlungen der Konferenz vorangingen, wurden die vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson Stück für Stück in Fetzen gerissen.

Das reine Programm des Präsidenten Wilson konnten die

Siegermächte kaum annehmen, denn im letzten Grunde wollte Wilson einen Frieden ohne Besiegte und Sieger. Nicht nur die französischen Staatsmänner fragten sich, wozu sie denn dann eigentlich Krieg geführt hätten. Rüstungen sollten nur noch für die innere Sicherheit da sein. Streitkräfte in dem eigentlichen Sinne des Wortes sollte es nicht mehr geben. Die beiden Präsidenten der Vereinigten Staaten – in ihrem Charakter so verschieden – sollten 1918 und 1945 fast das gleiche sagen: Deutschland sei besiegt und niedergeworfen und werde sich nie wieder erheben. Wozu brauche dann Frankreich noch ein Heer und England noch eine Flotte? Wenn aber ein solcher Frieden abgeschlossen wurde, dann hatte Frankreich den Krieg nicht gewonnen. Sicherlich konnte man die Deutschen nicht immer dafür bestrafen wollen, dass es mehr Deutsche als Franzosen auf der Welt gibt. Aber ein Volk von vierzig Millionen Menschen hat auch das Recht, sich vor einer Nation mit siebzig Millionen Menschen zu fürchten, besonders wenn die letztere an militärischer und organisatorischer Kraft überlegen ist. Überdies waren an der Ostgrenze des Reiches die alten Grossmächte zusammengebrochen, und ein wogendes Meer von mittleren und kleineren Völkern stellte ein Feld der Ausbreitung für die deutsche Wirtschaft und den deutschen Einfluss dar. Die Formel «ein Friede ohne Besiegte und Sieger» bedeutete im November 1918, dass die Deutschen jetzt schon als die Sieger dieses Krieges dastanden, während es bei dem zuviel angeprangerten «Diktat von Versailles» immerhin zwanzig Jahre dauerte, bis die europäischen Siegermächte den Sieg verspielt hatten, den sie 1918 errangen.

Amerika hatte seinen starken Einfluss verloren, als Deutschland zusammengebrochen war. Man brauchte es, um das Reich zu besiegen; war das Reich zerbrochen, waren die USA mit ihrer Predigt einer besseren Welt nur noch lästig. Als es gesiegt hatte, war es geschlagen. Mit W. Wilson war nicht so schwer fertig zu werden. Die Friedenskonferenz machte es sich leicht. Durch die Vertauschung eines einzigen Wortes in dem Programme Wilsons wurde aus dem Friedens- und Rüstungsziel etwas anderes gemacht. In den vierzehn Punkten Wilsons war zu lesen, dass die Mächte nur noch soviel Streitkräfte behalten sollten, als für ihre innere (domestic security) notwendig seien. Die Versailler Konferenz änderte dieses Wort innere Sicherheit in nationale Sicherheit (national security) um. Die «innere Sicherheit» war der Schutz gegen Räuber und Umstürzler; die «nationale Sicherheit» war die vor den Deutschen. Die Sicherheit vor Deutschland wurde zu einem grossen, schrecklichen Thema der deutschen Geschichte.

Weit über das, was befürchtet werden musste, ging der Vertrag nicht hinaus. Deutschland verlor vor allem die Gebiete, die sich schon seit November 1918 in fremder Hand befanden, Elsass-Lothringen, besonders Westpreussen und Posen, die in polnischen Besitz übergingen und den sogenannten,

Ostpreussen vom Reich trennenden Korridor bildeten. Danzig, das zur Freien Stadt gemacht wurde, Memel, das nicht an Litauen direkt, sondern an die alliierten Mächte abgetreten wurde (Litauen nahm es dann während des Ruhrkampfes in Besitz), ferner kleine Gebiete an die Tschechoslowakei und an Belgien (das Teschener Ländchen, Eupen und Malmedy). Über einzelne Territorien sollte die Bevölkerung abstimmen, und im Gegensatz zur Regelung nach 1945 blieben diese Territorien entweder unter deutscher Verwaltung oder unter einer internationalen Besetzung. In Schleswig sollte in drei Zonen abgestimmt werden. Die nördliche erste Zone stimmte für Dänemark und wurde an Dänemark abgetreten. Die überwältigende deutsche Mehrheit in der zweiten Zone veranlasste die Mächte dazu, die Abstimmung in der dritten Zone überhaupt nicht stattfinden zu lassen. Das Saargebiet kam unter die Verwaltung des Völkerbunds und unter die Wirtschaftsgewalt Frankreichs, sollte aber nach fünfzehn Jahren über seine Zugehörigkeit zu Frankreich oder Deutschland oder seine Weiterexistenz als unabhängiger Staat abstimmen. Die Abstimmung 1935 ergab dann eine überwältigende Mehrheit für den Anschluss an Deutschland. Abgestimmt werden sollte ferner in Oberschlesien, das in der ursprünglichen Fassung des Friedensvertrages sogleich an Polen abgetreten werden sollte.

Das Reich verlor schliesslich seine sämtlichen Kolonien. Um eine Anrechnung der Kolonien auf die Kriegsschädigung zu vermeiden, verfiel man auf den Ausweg, die Kolonien als «Mandate» des Völkerbunds zu behandeln, die von den Anwärtern auf ihren Besitz nur im Auftrage des Völkerbunds regiert und verwaltet werden sollten. Die Bemühungen des Völkerbunds, die völlige Annexion der deutschen Kolonien durch ihre «Mandatare» zu verhindern, zerschellen an den bestehenden Wirklichkeiten. Der Führer der Demokraten, Koch-Weser, fasste zusammen:

«Im Versailler Friedensvertrag hat Deutschland 6'476'000 qkm oder 13% seiner Fläche verloren. Es hat 10% seiner Gesamtbevölkerung und 6% seiner deutschsprechenden Bevölkerung verloren. Es hat seine Kolonien mit mehr als 2 1/2 Millionen qkm und mehr als 9 Millionen Einwohnern verloren. Auf weitere 6% seines Gebietes wurde von der feindlichen Besatzung Beschlag gelegt. 50% seiner Erzeugung an Eisen-erz, 25 % seiner Erzeugung an Steinkohle, 80% seiner Zink-erzeugung, 17% der Kartoffelerzeugung, 16% der Roggen-erzeugung, 13% der Weizenerzeugung sind verlorengegangen. Ostpreussen ist durch die unwissende und hilflose Staatskunst der Sieger zu einer Insel gemacht, ein Rückfall in völkerrechtliche Zustände, die im 19. Jahrhundert endgültig überwunden schienen. Schlesien ist in gefahrvoller Weise abgeschnürt. Die Reichshauptstadt liegt nur noch 150 km von der Ostgrenze entfernt.

Die ohnehin schmale Seeküste ist um 17 % verringert.» Die Festsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen wurde der sogenannten «Reparationskommission» übertragen, die alle paar Jahre zwischen 1919 und 1932 eine neue Summe errechnen sollte. Dagegen wurden sogleich Sachlieferungen festgelegt. Deutschland hatte die grössten Teile der Handelsflotte auszuliefern, dazu zahlreiche Binnenschiffe, Eisenbahnzüge, die in den Propagandaschriften gegen den Versailler Vertrag als von Hamburg bis Neapel aneinandergereiht gezeigt wurden, die Überseekabel, das deutsche Eigentum im Ausland, die ausländischen Patentrechte. Fünfzig Prozent der Vorräte und bis 1925 fünfundzwanzig Prozent der Erzeugung an Farbstoffen, chemischen und pharmazeutischen Produkten, Vieh, Holz, Forstpflanzen, Sämereien, landwirtschaftliche Maschinen, Kohlen für zehn Jahre an Frankreich, Belgien und Italien mussten geliefert werden. Das Reich hatte ferner die Kosten für die Besatzung zu zahlen. Besatzungsarmeen verfallen in aller Welt bald einem Traumleben, in dem Tennischläger, Servietten für Offizierskasinos und die Unterwäsche für die weiblichen Hilfskorps militärische Bedeutung erlangen.

Auf militärischem Gebiete wurde in Artikel 173 entschlossen festgestellt:

«Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft.»

Das deutsche Heer darf nur im Wege freiwilliger Verpflichtung aufgestellt und ergänzt werden. Keinerlei Organisationen und Vereine, Universitäts-, Kriegervereine, Sport- und Wandervereinigungen, «überhaupt Vereinigungen jeder Art ohne Rücksicht auf das Alter ihrer Mitglieder» dürfen sich fernerhin mit militärischen Angelegenheiten befassen.

«Der deutsche grosse Generalstab und alle anderen ähnlichen Formationen werden aufgelöst und dürfen unter keiner Gestalt neu gebildet werden.»

Alle modernen Waffen waren verboten, darunter Flugzeuge und Panzer. Die deutsche Reichswehr führte eine Zeitlang mit höhnischem Vorwurf Panzer aus Pappel bei ihren Manövern mit. Nur hatte der pazifistische Idealismus Präsident Wilsons ein Kuckucksei in diese militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages gelegt. Deutschland solle all dies tun, «um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen», womit die ruhmlos geborene und verstorbene Abrüstungskonferenz gezeugt wurde.

Die Rheinlande, das Gebiet links des Rheins, sollten für fünfzehn Jahre besetzt bleiben, während sich Deutschland darüber hinaus verpflichtete, für alle Zeit die Unterhaltung von Streitkräften und die Anlage von militärischen Werken in dieser linksrheinischen Zone und in einem fünfzig Kilometer breiten Streifen rechts des Rheins zu unterlassen. Dazu kamen noch die sogenannten Ehrenartikel. Schon die Abtretung von Elsass-Lothringen wurde verlangt «in Aner

40 Die Weimarer Republik

kennung der sittlichen Verpflichtung, das Unrecht wieder-gutzumachen, das Deutschland im Jahre 1871 sowohl dem Rechte Frankreichs als dem Willen der trotz des feierlichen Protestes ihrer Vertreter in der Versammlung zu Bordeaux von ihrem Vaterlande getrennten elsass-lothringischen Bevölkerung gegenüber begangen hat». Der Artikel 231 wurde allgemein als der «Kriegsschuldartikel» aufgefasst: «Die aliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die a. u. a. Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.»

Französische Historiker und Völkerrechtler haben später, gestützt auf die bekannte Unterscheidung zwischen Ursache und Schuld, versucht abzustreiten, dass dieser Artikel eine Schuldverpflichtung enthalte. Dieser Kriegsschuldartikel hat eine Sintflut von Büchern hervorgerufen, die meistens eine Schande der Geschichtswissenschaft sind. Der Artikel 231 wurde hauptsächlich zum Kriegsschuldartikel durch die Erklärung und Erläuterung, die ihm Clemenceau gab. In der Politik wachsen die moralischen Gefühle im gleichen Verhältnis mit der Schuld, die man auf sich lädt. Es ginge in der Welt nicht so schlimm zu, wenn nicht die Staatsmänner bei ihrem Tun auch noch ein gutes Gewissen haben wollten.

Von reinem Hass waren die Auslieferungsforderungen diktiert:

«Die aliierten und assoziierten Mächte stellen Wilhelm II. von Hohenzollern, vormaligen Kaiser von Deutschland, wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge unter öffentliche Anklage ... Die deutsche Regierung räumt den aliierten und assoziierten Mächten die Befugnis ein, die wegen eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges angeklagten Personen vor ihre Militärgerichte zu ziehen.» Die widerlich dummen Forderungen vergifteten die Seele der noch verstörteren Deutschen. Sie hielten wegen der Anklage der Feindmächte kein Gericht über die Staatsmänner und Feldherren, die Deutschland in den Abgrund mit einer Unfähigkeit geführt hatten, die an die Niedertracht streift. Die Siegermächte aber besudelten eine Nation, die in spätestens zwei Jahrzehnten wieder «da sein» musste.

Der Friedensvertrag von Versailles machte dem «neuen Geist» wie einer Abendräumerei ein Ende. Der Friedensvertrag von Versailles wurde in den Jahren von 1918 bis 1939 zum Dämon der deutschen Politik. In ihm habe sich, so ging die landläufige Auffassung, ein geradezu teuflischer

Vernichtungswille verkörpert. Die nationalistische und nationalsozialistische Bewegung in den Jahren 1930 bis 1933 erscheint als eine gigantische Auflehnung gegen einen Vertrag, der Deutschland nicht nur in den Staub werfen, sondern auch beschmutzen und demütigen wollte. Als der erste nationalsozialistische Minister in einem deutschen Staat ins Amt einzieht, lässt er Schulgebete anordnen, die um die Befreiung von der Knechtschaft des Versailler Vertrages bitten: «Erlöse uns von allem Übel.» Alles Übel der Welt ist in diesem einen Vertrag zusammengeballt, so erscheint es den Deutschen. Theodor Heuss vermag zu sagen:

«Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles.»

Verständige, menschlich denkende Deutsche nennen den Vertrag nicht ein Unglück, sondern ein Verbrechen. Arnold Mendelson, ein liberal denkender Jude, schreibt:

«Für mich ist 1918 nach wie vor nichts als ein Unglück, oder vielmehr ein Verbrechen, das die andern Völker an uns begangen haben, teils aus Neid wegen unseres materiellen Erfolges, teils aus politischer Eitelkeit, teils wohl auch infolge eines sozusagen ästhetischen Widerwillens, erregt durch den freilich nicht lieblichen Eindruck, den Tüchtigkeit macht, die in schlechter gesellschaftlicher Form auftritt. Die Feinde also dachten es böse zu machen, Gott aber denkt vielleicht wirklich, es durch sie gut zu machen. Sollen doch nach Goethe diejenigen gerade Lieblinge der Götter sein, denen sie neben unendlichen Freuden auch alle Schmerzen, die unendlich, ganz zuerteilen.»

Hjalmar Schacht beschwert sich einmal über die Behandlung auf einer internationalen Konferenz und wird dann von einem aliierten General belehrt:

«Sie scheinen zu vergessen, dass Ihr Land den Krieg verloren hat.»

Die Deutschen vergassen auch, dass sie einen Krieg verloren hatten, den sie nicht gewinnen konnten. Noch immer empfanden sie es als eine Schande, von einer ganzen Welt besiegt worden zu sein. Sie meinten, es könne nicht mit rechten Dingen zugegangen sein, als sie 25facher Übermacht erlagen, und hielten ihre Niederlage für ein Geheimnis und Rätsel, als ihr Sieg ein Wunder gewesen wäre.

An der Niederlage haftete für die Deutschen etwas Unbegreifliches. An sich war nicht die Niederlage unbegreiflich, sondern allein die Tatsache, dass die Deutschen gegen die ganze Welt – ohne im Besitz des Allemotwendigsten für die Kriegführung im 20. Jahrhundert zu sein – vier Jahre standgehalten hatten.

Aber nach den triumphalen Leistungen des Krieges schien die Niederlage merkwürdig und «unverdient». Bald raunte es in Deutschland, dass es bei dieser Niederlage eine Ver

Dämon Versailles 41

schwörung gegen Deutschlandgegeben und dass dunkle, heimtückische Mächte das «im Felde unbesiegte deutsche Heer» überwältigt hätten.

Zweimal hielten es die Machthaber des Reiches für möglich, dass Deutschland gegen nahezu die ganze Welt Krieg führte, ein Deutschland, dem die entscheidenden strategischen Rohstoffe zur Führung eines modernen Krieges fehlen (insbesondere das Öl). Man rätselte allen Ernstes herum, warum man den Krieg verloren habe. Und doch wäre nur der Sieg merkwürdig und seltsam gewesen. Es brauchte nicht erklärt zu werden, dass Deutschland den Krieg gegen eine zehnfache Übermacht verloren hatte. Ein Rätsel und ein Wunder wäre nur gewesen, wenn dieser Krieg vom Reich gewonnen worden wäre. Indem die Kriegsschulddebatte von der Kernfrage ablenkte, wurde die Niederlage von 1918 zu einem Rätsel und Geheimnis. Die Niederlage war das, was erwartet werden musste und was nur ein Wunder verhindern konnte. Aber für die Deutschen war der Zusammenbruch etwas Unbegreifliches und Unbegriffenes. Die Deutschen hatten eine grossartige militärische Leistung vollbracht. Sie standen überall in Feindesland, und plötzlich brach die Macht des Reiches auf rätselhafte Weise zusammen. Der gigantische Bau der Macht stürzte wie von einer Geisterhand berührt jäh zusammen. So konnte der Glaube in Deutschland Fuss fassen, dass es bei der Niederlage nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. Deutschland sei nicht wahrhaft, nicht wirklich und nicht redlich besiegt worden. Anfang Mai 1919 wurde der Vertrag den Deutschen überreicht. Grosse pathetische Worte gebrauchte der Reichskanzler Scheidemann in einer Kundgebung der Nationalversammlung am 12. Mai 1919 in der Aula der Berliner Universität:

«Ich frage Sie: Wer kann als ehrlicher Mann – ich will gar nicht sagen als Deutscher – nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legte?... Wird dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so ist es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegenbleibt, dabei werden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Idea-le, unter deren Banner der Verband zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue! Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe ohnegleichen, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder – wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, feiger – die Nationen das mörderische Opfer der Nationen, der Mensch des Menschen Wolf wäre.»

Damit war nur der Beifall eines Vormittags zu holen und

die Lächerlichkeit, die einem ganzen Leben anhaften sollte. Welch grosse Worte in einem Augenblick, da in einem vom Bewusstsein gemiedenen Winkel der Seele jeder Deutsche wusste, dass zuletzt doch unterschrieben werden würde! Am 11. November 1918 war schon entschieden, ob die Deutschen unterschreiben würden oder nicht. Wer keine Waffen hat, unterschreibt alles, was einem jemand mit gezückter Pistole vorhält.

Unter den Alliierten allerdings läuft immer wieder die Furcht um, die Deutschen könnten als ihre letzte Karte den Bolschewismus ausspielen. So meint Sir Harold Nicolson als Mitglied der englischen Friedensdelegation:

«Sie werden bolschewistisch werden in dem Augenblick, wo sie sehen, dass sie keine Hoffnung haben, gute Bedingungen zu bekommen. Es wäre zu schrecklich, wenn wir jetzt, nachdem wir den Krieg gewonnen haben, den Frieden verlieren würden.»

General Smuts, der Premier Südafrikas, übte leidenschaftliche Kritik:

«Dieser Krieg begann mit einem Bruch eines feierlichen internationalen Versprechens, und es war eines unserer vornehmsten Kriegsziele, internationales Recht und die Heiligkeit internationaler Verpflichtungen zu schützen. Falls die Alliierten den Krieg beendigen, indem sie dem Beispiel Deutschlands bei Beginn folgen und der Welt gleichfalls mit einem ‚Fetzen Papier gegenübertreten, dann wird unsere Schande so gross sein, dass ich schaudere, denke ich an die letzte Wirkung auf die öffentliche Meinung. Wir würden in der Tat ein schwereres Unrecht als Deutschland auf uns laden, dank allem, was seit August 1914 geschehen ist, und dank des furchtbaren Lichtes, das gerade auf diesen Punkt sich konzentriert hat.»

Die Franzosen aber leugneten – und die Engländer eigentlich auch –, dass ihre Söhne für dieses «furchtbare Licht» gestorben waren. Sie wollten nicht Gerechtigkeit, sondern Sicherheit, und die Gewissheit, nicht noch einmal Berge von Toten als Schutzwall für die Gerechtigkeit sehen zu müssen.

Nicolson erklärt sich am 28. Mai 1919 für völlig verzweifelt. Die Deutschen hätten alles angenommen, was innerhalb der Grenzen der Vernunft gewesen sei. Aber dieser Vertrag sei nicht innerhalb der Grenzen der Vernunft und passe gerade noch in die «Daily Mail» hinein. Nicolson fürchtet auch, dass die Alliierten nichts tun könnten. Nichts sei den Deutschen lieber, als wenn die Alliierten Deutschland besetzten. Auch die Fortsetzung der Blockade erschrecke sie nicht, weil sie mit diesem Vertrag auch so verhungern würden.

Das waren dieselben grossen Worte, wie sie die deutschen Gegner des Vertrages auch gebrauchten. Zugrunde gehen würde man «ohnehin». Sterben musst du ohnehin, meinen die Selbstmörder.

42 Die Weimarer Republik

Verspielt hatten «ihren» Frieden auch die USA. Die Entwaffnung der Deutschen war ihre eigene Entwaffnung gewesen. 1918 und 1945 schwand die Macht der Vereinigten Staaten mit dem Sieg über Deutschland in Europa dahin. Bis zum Zusammenbruch Deutschlands brauchten England und Frankreich die amerikanische Heere, um mit dem kaiserlichen Deutschland fertig zu werden. Bis zum Zusammenbruch des Hitler-Reiches brauchte die Sowjetunion die amerikanische Wirtschaftshilfe, um ihren Kriegsapparat am Laufen zu erhalten. Als der Kaiser nach Holland ging und Hitler Selbstmord verübte, war es mit der Macht der amerikanischen Nation in Europa selbst aus. Die Vereinigten Staaten haben sich nach 1945 wieder aufgerafft, um wenigstens ein Vordringen des Bolschewismus zu verhindern. Aber die Kraft, den Status quo des Kriegsendes und die Kriegskarte zu verändern, haben sie nicht mehr.

Die zwei Weltkriege waren überschattet von einem Weltkampf, der sich ihnen überlagerte: Zwischen der Sowjetmacht und der westlichen Welt.

Das Reich verlor immer einen anderen Krieg als den, den es begonnen hatte. Der Krieg wechselte jeweils vom Beginn bis zum Ende sein Gesicht. Doch kam es immer noch einmal davon, weil es nie – sooft seine Feinde es auch glaubten – der «letzte Feind» blieb. Im Zeitalter des klassischen Völkerrechts führte man Kriege, um der eigenen nationalen Interessen willen. Im Zeitalter der Befreiungskriege wollte man fremde Nationen zur Höhe des eigenen Daseins emporheben. Der Befreiungskrieg kann aber auch umschlagen in einen Ausrottungskrieg, sobald man zu der Ansicht gelangt, dass sich das Böse einer feindlichen Nation so sehr bemächtigt habe, dass es auf die Dauer nur dadurch in Schach gehalten werden könne, indem man die fremde und feindliche Nation zerbricht. Darauf war der Morgenthau-Plan abgestellt, der die Abrüstung, und zwar die dauernde Abrüstung Deutschlands durch die Verwandlung des Deutschen Reiches in einen Kartoffelacker erreichen wollte. Als die religiösen Leidenschaften in der Reformation auf dem Höhepunkt waren, rief ein politischer Denker aus: «Es gibt keine Nationen mehr.»

Auf der Höhe der Leidenschaften des politischen Kampfes gegen das Kaiserreich mochten die Führer der westlichen Demokratien meinen, dass es nur noch um einen Krieg zwischen Demokratie und Autokratie gehe. In Versailles aber sollte man erleben, dass noch immer Deutschland mit seinen Nachbarn rang, weil die Macht von Staaten, die auf die lebende Kraft der Völker gegründet ist, selten stirbt. Es rangen auch die europäischen Mächte, vor allem die grossen kolonialen Imperien mit Amerika. Dessen Traum ist es seit seiner Jugend, zum Führer, Betreuer und Erneuerer all der unzähligen Völker zu werden, die unter der Decke der grossen Kolonialreiche lebten, und Asien, Afrika und Lateinamerika zu einer glänzenden Zukunft zu erwecken. Zweimal haben die Vereinigten Staaten versucht, die europäi-

schen Mächte, ihre weltpolitischen Gegner, mit der Begründung zu entwaffnen, dass für eine französische Armee und eine britische Flotte nach der Zerschmetterung Deutschlands keine Notwendigkeit mehr bestünde. Zweimal stimmte es nicht, dass für die französische Armee und britische Flotte kein Feind mehr da sei.

Deutschland schien einen Trumpf im Spiel zu haben. Es konnte drohen, sich dem Bolschewismus preiszugeben, wenn die Bedrückung durch die westlichen Sieger unerträglich werden würde. Die Westmächte mochten zweifeln, ob Deutschland so toll war, dass es den Alliierten die Pest ins Land bringen wollte, indem es sich selbst die Pest holte. Aber die Furcht vor einem Bündnis zwischen den zwei grossen unzufriedenen Nationen geisterte doch durch die Beratungssäle der westlichen Nationen. Ganz wirkungslos war die Drohung nicht, sich im Titanentrotz in die zur tödlichen Umarmung weit geöffneten Arme des Bolschewismus zu stürzen und als ein neuer Samson sich und alle Völker zusammen unter den Trümmern des Weltalls zu begraben. So wurde oft gesagt: Es geschieht den Alliierten ganz recht, wenn die Deutschen dabei zugrunde gehen. Aber den braven Politikern der Weimarer Republik wurde der Wahnhitz letztlich doch nicht geglaubt, mit dem Hitler die Welt zu erschrecken vermochte. Die deutsche Zusammenarbeit mit den Sowjets sollte den Westmächten zeigen, dass den Deutschen ein Ventil für ihre Verzweiflung geblieben war. Es gelang in Versailles nicht, eine neue Weltordnung auf der Grundlage eines demokratischen Legitimitismus aufzubauen und eine Heilige Allianz der demokratischen Völker zu errichten. Wilson ging bei seinen Ideen über den Frieden von dem Grundsatz aus, dass nur der demokratische Staat ein friedlicher Staat sein könne. Sein Ziel war die einheitliche demokratische Weltordnung. Aber während Deutschland niedergeschlagen wurde, erhob sich im Osten die neue noch blutbedeckte Tyrannei. Die deutsche Demokratie war nicht eingebettet in eine allgemeine unangefochtene Weltordnung des Friedens und der Freiheit. Es blieb viel Flur, um Drachenzähne zu säen. Da war dieses Loch im Osten: Der Sturm des Bolschewismus und Dutzende von kleinen und mittleren unfertigen Nationen.

Doch ist es einigen der Sieger nicht wohl bei ihrem Sieg. Sie glauben nicht an das Bild der Ohnmacht und Gebrochenheit, das Deutschland bietet, und Englands Premier Lloyd George sprach es deutlich aus:

«Es ist leicht, für die Generation einen Frieden zusammenzuflicken, die alle die Gruel des Krieges selber erlebt hat. Die müden und ausgebluteten Nationen unterwerfen sich jedem Frieden. Schwer aber ist es, einen Frieden so zu gestalten, dass er auch dann noch dauerhaft ist, wenn die Geschlechter heranwachsen, die den Tod selbst noch nicht am Werk gesehen haben. Ich kann mir keinen grösseren Beweggrund für künftige Kriege denken als das deutsche Volk, das sich als eine

der mächtigsten Nationen der Welt erwiesen hat, mit einem Mob kleinerer Staaten zu umgeben, die bisher noch nicht fähig waren, eine stabile Regierung zu bilden.»

Mit ähnlichen Worten wandte sich Karl Renner, der Präsident der österreichischen Republik, gegen die Eingliederung der Sudetendeutschen in den neuen tschechischen Staat:

«Die alliierten Mächte sind im Begriff, indem sie das Frankreich im Jahre 1870 angetane Unrecht wiedergutmachen wollten, ein doppeltes Elsass zu schaffen. Sie beschliessen, indem sie im gleichen Atemzug das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkünden, das Todesurteil gegen eine Bevölkerung, die zahlreicher ist als die Norwegens und Dänemarks. Anderthalb Millionen Deutsche würden der Souveränität von sechs Millionen Tschechen unterworfen werden. Nie wird die unterworfenen Nation der Aufgabe gewachsen sein, die daraus entsteht. Auf diese Weise wird im Herzen Europas ein Herd des Bürgerkrieges geschaffen werden, dessen Glut für die Welt und ihren sozialen Aufschwung noch gefährlicher werden könnte, als es die beständige Gärung auf dem Balkan war.»

Die Mischung aus Quälerei und Schwäche musste schlecht ausgehen. Die Alliierten säten Rache in Menschen, die sie nicht zur Vergeltung unfähig machten.

Ein geistvoller Franzose sollte aussprechen:

«Für einen so harten Frieden war der Versailler Vertrag zu milde.»

Im Grunde war nicht allzuviel geschehen. Deutschland blieb und erhob sich wieder. Seine Kraft war ungebrochen, und gerade ein solches Volk darf man nicht mit Nadelstichen reizen. Der Versailler Vertrag vereinigte die Nachteile beider Wege. Er war hart genug, um das deutsche Volk zur Weissglut des Nationalismus zu erhitzen, und schwach genug, um eines Tages den Deutschen zu erlauben, diesen Hass in die Tat umzusetzen.

Wenn man den Versailler Vertrag aber mit den Zuständen nach 1945 vergleicht, dann war er eher eine Liebeserklärung. Es blieb die Einheit Deutschlands bestehen, ebenso eine einheitliche deutsche Regierung; es blieb das deutsche Heer. Es blieb mit einem Wort: Deutschland. Sicherlich waren grosse Eingriffe in das damalige Dasein und die damalige Gestalt Deutschlands unvermeidlich. Wenn man die Grundsätze der vierzehn Punkte Wilsons annahm, dann mussten erhebliche Fetzen aus dem Reich herausgerissen werden. Die Schaffung Polens konnte nur auf Kosten des Reiches (wie auf Kosten Russlands!) gehen. Niemand behauptet, dass die Schaffung des Korridors und der Freien Stadt Danzig geniale Lösungen gewesen wären. Aber irgend etwas Ähnliches musste geschehen, irgend etwas, was den Deutschen kaum gefallen konnte. Das meiste wurde so töricht und bösartig gemacht wie nur möglich. Aber auch

ohne diese Torheit und Bosheit musste der Vertrag dem deutschen Volk tiefe Wunden schlagen. Wenigen Menschen ist die überirdische Einsicht gegeben, die Unvermeidlichkeit und – Vergänglichkeit all der nationalen Not nach einer Niederlage zu erkennen.

In dem ursprünglichen Entwurf des Vertrages war vorgesehen, dass Oberschlesien ohne weiteres an Polen abzutreten sei. Hier erzielten die Deutschen bei den Verhandlungen fast den einzigen Erfolg: Es wurde bestimmt, dass eine Abstimmung in Oberschlesien stattfinden sollte.

Diese Abstimmung fand später auch statt, und eine Mehrheit des Gesamtgebietes stimmte für Deutschland. Daraufhin erhob sich ein Streit, ob Oberschlesien als ein Ganzes behandelt werden müsse, oder ob einzelne Bezirke, die eine überwältigende polnische Mehrheit hatten, gesondert an Polen abgetreten werden dürften. Die deutsche Geschichtsschreibung und das deutsche Völker- und Staatsrecht vollbrachten Wunder an Scharfsinn. Aber teuflische Ungerechtigkeit war es auch nicht, dass ein Teilgebiet von Oberschlesien, das erklärt hatte, zu Polen gehören zu wollen, an Polen fiel. Dafür, dass es die Polen, die Tschechen, die Serben und die Kroaten und die Italiener gab – und dass grosse Teile dieser Völker unter deutscher Herrschaft gestanden hatten –, dafür konnte der Versailler Vertrag nichts. Sobald einmal diese Völker sich darauf versteiften, eine selbständige nationale Existenz in einiger Geschlossenheit zu führen, war kein Friede mehr zu schliessen, der den Deutschen nicht sehr wehe tat.

Eine Narrheit waren die Reparationsbestimmungen, und sie waren auch bösartig, weil sie dem Zwecke dienten, aus dem Versailler Vertrag etwas Schlimmeres zu machen, als er war. Wenn der Vertrag Deutschland nicht völlig zerstörte, dann war es das Verdienst der alliierten Staatsmänner, nicht der Völker, die von besinnungslosem Hass und hemmungsloser Rachsucht erfüllt waren.

In England tobte die nationalistische Hysterie. Die Massen- und Revolverpresse, eine damals noch den Engländern vorbehaltene Schande, verlangte jeden Tag gleichzeitig die Auflösung der britischen Armee und den erbarmungslosesten Frieden gegen die Deutschen, der erdacht werden konnte. Als die deutsche Regierung um eine Lockerung der Blockade bat, berichtete der «Daily Mail» mit der Schlagzeile darüber:

«Die Hunnen winseln nach Brot».

Niemand fragte danach, wie man denn die «Hunnen» bei gleichzeitiger völliger Abrüstung zwingen könnte, die härtesten Bedrückungen zu ertragen. Als die deutschen Unterhändler in Versailles erschienen., stand jeden Tag im «Daily Mail» eine Überschrift:

«670'986 Tote, 104'1000 Verwundete, 350'243 Vermisste». Die wenigen Verständigen und Massvollen auf der Konfe

44 Die Weimarer Republik

renz spielten auf Zeit. Ihre grosse Hoffnung war, dass der «gewaltige Gott Demos», der im glühenden Zorn und in wilder Rachsucht entbrannt war, sich nach einigen Monaten wieder besänftigen würde.

Die majestätische Hauptstadt Frankreichs hatte nach dem Ausdruck Nicolsons in jenen barbarischen Wochen all ihre Würde verloren, und das neugewählte, in einem Taumel der nationalen Raserei gezeugte britische Unterhaus war nach Auffassung des führenden britischen Diplomaten «eine Versammlung von Taugenichtsen, Mondstichtigen und ahnungslosen Grünschnäbeln».

Der Sieg, von dessen Grösse und Elend Clemenceau geschrieben hatte, zeigte wenig Würde, so dass die Deutschen ihn bald verachteten und bespuckten und die Niederlage von 1918 als ein schimpfliches und verächtliches Nichts behandelten. Es war kein grosses und hehres Gesetz in Europa aufgerichtet worden, dem sich zu unterwerfen Siegern und Besiegten zugemutet werden konnte.

Der moderne Krieg wird von Völkern geführt. Der erste Weltkrieg führte zuletzt so namenlose Schrecken mit sich, dass man die Nationen mit allen nur erdenklichen Mitteln aufpeitschen musste, mit dem Appell an ihre Instinkte des Hasses und der Rache, des Neides und der Vergeltung und der Verheissung aller Glückseligkeiten nach dem gewonnenen Krieg:

«Le boche payera tout» (Der Deutsche wird alles bezahlen). Die Städte Frankreichs lagen zu einem grossen Teil in Trümmern; Millionen hatten das Leben hingegeben. Wie sollten die Völker den Gedanken aushalten, dass sie danach nur in Armut und Elend zurückkehren würden?

All die Staatsmänner von Versailles hatten habgierige und rachsüchtige Völker hinter sich, deren Peitsche sie alle fürchteten. Ein amerikanischer Beobachter hat es plastisch beschrieben:

«Mit der Friedenskonferenz hörte Paris auf, die Hauptstadt Frankreichs zu sein. Es wurde zu einem grossen internationalen Rummelplatz, gewann ein neues und ungewohntes Gesicht, änderte seinen Lebensstil unter dem Einfluss von merkwürdigen Vertretern der Völker, Rassen und Stämme aus allen vier Erdteilen, die sich an der Seine zusammenfanden, um das Werden einer unbekannteren Zukunft mitzuerleben. Man begegnete Gesichtern aus der Tatarei, aus Kurdistan, Korea, Aserbeidschan, Armenien und dem Hedschas, Männern mit patriarchalischen Vollbärten und scharfen Hakennasen aus den Wüsten und Oasen von Samarkand und Buchara, und man konnte sich bei diesem Anblick in die arabische Welt und die Stimmung von Tausendundeiner Nacht versetzt fühlen: Turbane und Feze, spitze Hüte und Kopfschmuck, der Mitra eines Bischofs ähnlich, nie gesehene Uniformen.»

Derweilen träumte das Reich von einer neuen Zukunft. Was auch immer geschehen sein mochte, Kleindeutschland hatte man überwunden. Man wuchs in die Weite Europas hinein. So träumte der spätere Präsident des Reichstags, Lobe: «Wie die grossen Vorkämpfer der Sozialdemokratie, so treten wir für Grossdeutschland, für die Einheit aller derer ein, die an der Donau, an der Eltsch, wie an den Mündungen der Weser und Elbe, Oder und Weichsel von deutscher Mutter das Sprechen gelernt haben. In dieser Schicksalsstunde verlangen wir heiss für bessere Zeiten die Vereinigung mit unse- ren, durch noch ärgere Friedensbedingungen niedergedrückten Brüdern und Schwestern in den Sudetenländern, wie in Wien und Klagenfurt, in Bozen und Meran.»

Der Traum des grösseren Deutschlands reifte langsam und trug nachher auch giftige Früchte. Der Anschluss Österreichs und des Sudetengebiets wurde verwehrt. Die Selbstbestimmung der Völker richtete sich zunächst gegen Deutschland.

Die Hoffnung, durch die Niederlage grösser zu werden – dieser seltsame Traum erfüllte sich zunächst nicht. Die drei Grossereiche Ost- und Mitteleuropas waren zerbrochen, und aus der Samenkapsel fielen nun unzählige kleine und mittlere Völker heraus, die fast alle ein Stück aus dem Leibe des Deutschen Reiches herausrissen und herausreissen mussten, um bestehen zu können. Das war alles unvermeidlich. Die drei Grossereiche des Ostens hatten auf der polnischen Teilung ruht, und diese war nun zurückgenommen worden. Das Deutsche Reich stand vor einem neuen Weltmoment. Er begann nicht mit «Grossdeutschland», sondern mit einer Verkleinerung Deutschlands. Aber in Wirklichkeit war der Friedensvertrag von Versailles ein noch nicht erkennbarer Sieg des Reiches, weil er ihm die mächtige und starke Grenze im Osten wegnahm. Vorher hatte das Reich an zwei machtvolle Staaten, Österreich-Ungarn und das Zarenreich, gegrenzt. Jetzt stiess es an ein Gewoge von unfertigen, sozial und national gärenden kleinen und mittleren Staaten, an einen Hohlraum, der nur Helden der Vernunft und Mässigung nicht zur Ausbreitung verführt hätte.

Nur hatte der Westen nach 1918 die europäische Zwischenwelt unter seinen Schutz und Schirm genommen. Sie sollte auf der einen Seite als Cordon sanitaire gegenüber der Sowjetunion dienen. Auf der anderen Seite sollten Polen und die Tschechoslowaken die Wachwunde Frankreichs im Rücken Deutschlands sein. Im uralten Stil seiner Politik hatte Frankreich gleich nach 1919 seine Bündnisse mit diesen jungen Staaten des europäischen Zwischengürtels geschlossen. Aber das war nicht mehr Russland, nicht die Armee Brussilows, nicht die «Dampfwalze», sondern eine Vielzahl von Völkern, die zum Teil als Staaten ein paar Jahre alt waren und von der Grösse ihres Märchendaseins

im 15. und 16. Jahrhundert träumten.

So ging Deutschland, nach dem Zusammenbruch von 1918 im Osten an einen balkanisierten, gärenden und machtlosen Raum grenzend, aus dem ersten Weltkrieg potentiell (potentiell!) stärker hervor. Diesen Völkern, in denen die Not umging, sass den Sowjets im Rücken. Als die Franzosen das Rheinland räumten und nachher Hitler dort einzog, bildete Zwischeneuropa einen Hohlraum, in den die ungebrochene Macht des Reiches einströmte. Dann zeigte es sich, dass die Niederlage Deutschland grösser gemacht hatte. Die Deutschen aber wussten es nicht, und der Kampf um die Annahme oder Ablehnung war unendlich schwer.

Zuletzt ging es leicht, weil die Militärs es befahlen. Sie hatten befohlen, um Waffenstillstand zu flehen und den Kaiser ausser Landes zu jagen. Sie befahlen jetzt die Unterzeichnung. Das deutsche Oberkommando hatte schon sein generalstäbliches «Kriegsspiel» für den Fall einer Aufhebung des Waffenstillstands ausgearbeitet, die Fähnchen auf die Landkarte gesteckt, wie einst am 8. November 1918 und wie es das am Vorabend der Machtergreifung Hitlers wieder tun wird. Das Oberkommando hatte entschieden, dass Widerstand aussichtslos sei: Es hatte praktisch die Annahme befohlen.

Den Ausschlag gab ein Telefongespräch Friedrich Eberts, des Reichspräsidenten, mit dem Generalquartiermeister General Groener, während der Feldmarschall von Hindenburg neben dem Fernsprecher stand und in Wahrheit die Entscheidung für die Annahme der Versailler Vertrages ebenso bestimmte wie die für die Abschaffung der deutschen Monarchie. Man könne sich, so erklärte Groener, gegen die Polen im Osten notdürftig noch eine Zeitlang behaupten. Aber gegen die im Westen einmarschierenden Armeen sei man völlig machtlos. Der Kampf sei schlechthin aussichtslos. Doch handelten die Deutschen wie immer nach dem reinen militärischen Kalkül, das die Militärs ausrechneten und das die politische Führung in aller Regel unbesehen übernahm. Zwei Männer taten sich zusammen, um aus ganz entgegengesetzten Gründen die Annahme des Versailler Vertrages durchzusetzen. Matthias Erzberger, der ein Schreckensbild schändender feindlicher Besatzungsarmeen entwarf, und Gustav Noske, der immer wieder erklärte, dass das deutsche Volk zu verlumpt sei, um noch Widerstand leisten zu können. Aber Noske ging von falschen Annahmen aus. Es ging nicht um Widerstand. Die Ver lumpung des deutschen Volkes wäre die grösste Gefahr für die Besatzungsarmeen gewesen, die ja meist in einem Sumpf hausten. Der Sieger habe nichts zu fürchten, meinte der General Weygand in Compiègne. Aber die Etappe hat so gut wie alle Sieger besiegt.

Reichskanzler Scheidemann trat zurück. Er hatte am 12. Mai erklärt, dass jedem die Hand verdorren solle, der den Schandvertrag unterschreibe. Er konnte nicht unterschreiben. Sein Nachfolger wurde Gustav Bauer, ein farbloser Gewerkschaftssekretär, von der Zeit und der Nachwelt als das Werkzeug der Unterwerfung angesehen. Die Demokraten schieden aus der Regierung aus und kehrten in sie zurück, als der peinliche Akt vollzogen war. Zentrum und Sozialdemokratie mussten offen tun, was alle anderen insgeheim taten, dem Vertrag zur Annahme zu verhelfen. Die Deutschen gaben eine Erklärung ab, dass sie die nationale Gesinnung der Anhänger der Unterzeichnung nicht anzweifeln würden, um nachher Kübel von Jauche über die «Unterwerfungsparteien» auszugliessen und das Zwielficht der Verleumdung und Verdächtigung, aus dem heraus die Meuchelmörder der kommenden Jahre schiessen sollten, anzuzünden.

Am 28. Juni unterzeichnete das Reich. Harold Nicolson hat es beschrieben:

«Faites entrer les Allemands», sagt Clemenceau in die Stille hinein. Seine Stimme klingt wie von weither, aber scharf durchdringend. Dann wieder Totenstille.

Durch die Tür am Ende des Saals erscheinen zwei Huisiers mit Silberketten. Sie marschieren im Gänsemarsch. Hintereinander kommen vier Offiziere, ein französischer, ein britischer, ein amerikanischer und ein italienischer. Und dann, abgesondert und bedauernswert, kommen die beiden deutschen Delegierten. Dr. Müller, Dr. Bell. Die Stille ist beklemmend. Ihre Schritte auf dem Parkettstreifen zwischen den Savonnerie-Teppichen hallen hohl im Doppeltakt wider. Sie halten die Blicke von diesen zweitausend sie anstarrenden Augen hinweggerichtet, zum Deckenfries empor. Sie sind totenbleich. Sie schauen nicht aus wie die Repräsentanten eines brutalen Militarismus. Der eine ist schmählich, mit rötlichen Augenlidern: Die zweite Geige in einem Kleinstadtorchester. Der andere hat ein Mondgesicht und sieht leidend aus: Ein Privatdozent. Das Ganze ist höchst peinvoll. Schliesslich Clemenceau mit seinem witzig hüpfenden Gang. Painleve, der zwei Plätze weiter von mir gesessen hatte, stand auf, um ihn zu begrüssen. Er streckte beide Hände aus und ergriff Clemenceaus rechten Handschuh. Er beglückwünschte ihn. ‚Oui‘, sagt Clemenceau, ‚c’est une belle journée?‘ Es standen Tränen in seinen trüben Augen.

«A toutes les gloires de la France» steht über dem Schloss von Versailles. Die Glorie aber fehlte, in Europa der Freiheit statt der Tyrannis Hitlers den Weg gebahnt zu haben.

46 Die Weimarer Republik

Die Dolchstosslegende

Mit der Annahme des Versailler Vertrages hatte die «schwarzrotgoldene Koalition» den Boden in der deutschen Nation verloren. Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten hatten 1919 eine überwältigende Mehrheit in der deutschen Verfassungsgebenden Versammlung. Bei der Wahl zum Reichstag im Sommer 1920 wurden die drei Parteien zu einer aktionsunfähigen Minderheit herabgedrückt, die nie mehr in der deutschen Geschichte – bis 1933 – die Mehrheit errang. Zwischen dem Februar 1919 und dem Juni 1920 ereignete sich der grösste Erdtrübsch in der deutschen Parteien- und Parlamentsgeschichte – vom Aufstieg des Nationalsozialismus abgesehen. Die Verfassung-gebende Versammlung schuf die Weimarer Verfassung. Der Reichstag vom Juni aber löschte das Volk aus, das sich diese Verfassung gegeben hatte; das Staatsvolk dankte ab. Fortan besass diese Verfassung das nicht mehr, was sie allein zu einem ordentlichen Arbeiten befähigt hätte: Eine tragende, arbeitsfähige und verantwortungswillige parlamentarische Mehrheit.

All die von der Publizistik verschrienen Vorrechte des Reichspräsidenten vergingen vor handlungswilligen und handlungsfähigen Parlamenten wie Dunst in der Sonne. Kein vom Reichspräsidenten ernannter Reichskanzler konnte sich behaupten, wenn eine aktionsfähige und aktionsbereite Mehrheit im Parlament ihm entgegentrat und in der Lage war, selbst einen überzeugenden Kandidaten für das Amt des Kanzlers zu benennen. In einer solchen Lage hätte auch Hindenburg nie einen Augenblick gezögert, diesen Mann, den berufenen und gegebenen Mann, mit dem Amt des Regierungschefs zu betrauen. Solange das Parlament fähig und tatkräftig genug war, den Mann seines Vertrauens angeben zu können, ernannte der Reichspräsident auch immer diesen Mann. Hatte der Reichstag eine fest umrissene und zu festem Handeln entschlossene Mehrheit, dann erlebte auch keine Notverordnung den Sonnenuntergang. Es musste nur ein Reichstag dasein, der mit gutem Gewissen die Aufhebung verlangen konnte, nämlich der selber das zu vollbringen vermochte, was die Massnahmen des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 bewirken sollten. Die Reichsverfassung, im Oktober 1918 empfangen, im August 1919 geboren, ging im Juni 1920 zugrunde, dem Tod früher bezeugend als dem vollen Leben, vom Reif ertötet, ehe noch die ersten Sonnenstrahlen sie erleuchtete, weil es die Nation nicht mehr gab, die sich zu dieser Verfassung bekannte und die durch ihren Willen und ihre Leidenschaft der Verfassung den Hauch des Lebens einzuflößen vermochte. Die Mehrheit des Reichstages hatte auch die Selbstsicherheit verloren. Man bestimmte den widerstrebenden Reichspräsidenten Ebert, sich in seinem Amte durch das Parlament betätigen zu lassen und entgegen der Weimarer Ver-

fassung die Volkswahl zu unterlassen. Als Begründung dafür wurde die unbestreitbare Unruhe in der Nation angegeben, die aber bisher keine Wahl ernsthaft beeinträchtigt hatte. Die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten konnte mühelos durch ein verfassungsänderndes Gesetz durchgeführt werden, weil die schwarzrotgoldene Koalition bis zur verhängnisvollen Wahl im Sommer 1920 die überwältigende Mehrheit im Reichstag besass. Die Führer der schwarzrotgoldenen Koalition spürten, dass sie der Versailler Vertrag nahezu wie mit dem Aussatz geschlagen hatte. Sie hatten den Glauben daran verloren, eine Mehrheit auch im neuen Parlament zu erlangen, und wollten wenigstens eine Stütze des neuen Staates (den Reichspräsidenten) fest verankern.

Die Schwarzrotgoldene Koalition wurde zerschlagen durch den Versailler Vertrag, der wie ein Dämon über der deutschen Geschichte schwebte. Es hätte nicht sein müssen, dass die Machthaber der Republik mit dem Schwarten Peter sitzenblieben, auf dem nationale Untreue, Verrat und Unterwürfigkeit geschrieben standen. So kam es, dass Ludendorff die «Dolchstosslegende» in die Welt setzen konnte und dass die demokratischen Politiker, die von den Generälen auf Knien gebeten worden waren, die Kapitulation zu unterschreiben, als «Novemberverbrecher» verleumdet wurden.

An die eigene Phrase von der schwächlichen Demokratie glaubend, wählte Ludendorff, dass vielleicht die Demokraten doch das tun würden, was er selbst immer als eine Schmähung der Blutopfer seiner Soldaten angesehen hatte, nämlich den Sieg wegzuschicken. Die deutsche Demokratie hätte in ihrem ideologischen Glauben an die Einheit der Demokratien der Welt und an Frieden und Gerechtigkeit noch eher annehmen können, dass die siegreichen Demokratien sich eines Besseren besinnen würden. In Wahrheit glaubten gerade die Demokraten das nicht. Der Reichskanzler der im Oktober begründeten konstitutionellen Monarchie, Prinz Max von Baden, zweifelte ganz und gar daran. Schuld an dem geistigen Umschlag waren vor allem diejenigen, die den Deutschen die Seligkeit von einer Umwälzung und von der neuen Ordnung versprochen hatten. Es gab in dem neuen Deutschland Prostituierte der Unschuld, die ihre Tugend und demokratische Bravheit verkaufen wollten. Schuld aber war vor allem die Tatsache, dass kein Gericht an denen gehalten wurde, die den Krieg verloren hatten. Es hatte da Leute gegeben, die auf ihr Offiziersehrenwort versprochen hatten, dass diese oder jene Massnahme binnen eines halben Jahres den Feind auf die Knie zwingen werde. Solche Leute hätten jetzt zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Die Französische Revolution stellte alle Generale an die Wand, die – schuldhaft oder nicht schuldhaft – kein Glück gehabt hatten. Scharnhorst hatte in einem Büchlein dasselbe Verfahren als Richtschnur empfohlen. Jeder Soldat büsst an der Front mit seinem Le-

ben, der einen Fehltritt tut oder sich im Gelände verirrt. Im Kriege ist eben Glück Leben und Unglück Tod. Warum sollen die Generale und die Befehlshaber von diesem schrecklichen Gesetz ausgenommen werden? Ludendorff liess im März 1918 eine Offensive durchführen, die eine schreckliche Fehlrechnung war, weil er damit all die Reservisten opferte, die für den Kampf um den Frieden hätten nützlich werden können. Hunderttausende wurden in dieser Offensive geopfert. Berge von Leichen lagen vor den englischen Stellungen, hingen in den Stacheldrahtverhauen wie auf das Rad gebunden, und ihre Hilferufe verhallten ohne jede Antwort. Erblindete, die in die englischen Gelbgaswolken geraten waren, torkelten in grosser Schar zurück. War das Leben eines Ludendorff heiliger als das dieser Unzähligen, die einer Narrheit wegen geopfert wurden? Ein Schafott vor dem Berliner Schloss und ein paar Hinrichtungen für die Schuldigen an der deutschen Niederlage und damit an dem Versailler Vertrag hätten wahrhaft die eigentlichen Urheber an dem Unglück Deutschlands gebrandmarkt und die Republik von dem Aussatz befreit, den sie fortan tragen sollte.

Es fehlte auch die souveräne Verachtung für das Schriftstück, das man unterzeichnete. Man hatte zuerst den Vertrag ohne die «Ehrenpunkte» unterschreiben wollen. Dann aber war Clemenceau unachgiebig geworden, weil er sah, dass ein Volk nicht für eine fiktive «Ehre» sterben und sich um der Frage willen, wer am 1. August 1914 den Weltkrieg entfacht hatte, in den Abgrund stürzen würde, nachdem es Länder ohne Zahl, Besitz und Reichtum, seine wahre nationale Zukunft – so sagten es wenigstens die Deutschen selbst – aufgeopfert hatte. Diese Ehrenpunkte sind heute, nach fünfzig Jahren, kaum noch jemandem klarzumachen. Dafür sollte ein Volk sterben wollen? Der «Tiger» war sicher, dass die Deutschen unterschreiben würden. Darauf erklärten die Deutschen, dass Gewalt die Ehre eines Volkes nie berühre. Das hätten sie auch vorher wissen können. Solch ein Bekenntnis eines geschlagenen Volkes, dass es an der Entstehung eines Krieges schuldig sei, gleicht den Schuldgeständnissen, wie sie die Menschen unter der Folter abgeben. Daran blieb der geistige Kampf um den Versailler Vertrag hängen. Man verbiss sich in die Widerlegung der Kriegsschuldbehauptung, als ob auch nur ein Quadratmeter deutschen Landes zurückgekehrt wäre und als ob die Reparationen auch nur um einen Dollar herabgesetzt worden wären, wenn die Alliierten durch die deutschen Historiker zur Zurücknahme der Anschuldigung sich hätten bewegen lassen. Der amtliche Unsinn ist deswegen so tückisch, weil er nicht zurückgenommen werden kann.

Der Versailler Vertrag brachte über die Republik eine Art Starrkrampf. Man fürchtete stets zum Helfer der Feinde zu werden.

So wurde der Versailler Vertrag ein Vorwand für das Nichtstun in der deutschen Politik. Man hätte ihn im Namen

des Selbstbestimmungsrechts und der Demokratie rechtfertigen können und auf die Welle der Nationalbewegungen der Erde aufspringen können, wenn nicht den Deutschen die Selbstbestimmung in zwei wesentlichen Punkten (Österreich und Sudetendeutschland) versagt worden wäre. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, sich als Ziel ein neues und umgestaltetes Deutschland zu setzen, das durch seine neugeborene Kraft den Versailler Vertrag hinweggefegt hätte wie der Bolschewismus den Frieden von Brest-Litowsk. Erniedrigend und demütigend war die Annahme eines solchen Vertrages nur für ein braves und solides Regime wie die Weimarer Republik. Die Bolschewisten watenen durch Blut und Verbrechen und hatten sich den Weltumsturz zum Ziel gesetzt. Da war die Lüge der Unterschrift unter den Vertrag von Brest-Litowsk ein Nichts. Die Deutsche Republik war zu klein und wurde von so kleinen Leuten regiert, dass sie sich nicht ein Abweichen vom braven Wege erlauben konnte.

Die Revolutionsregierung hatte auch wenig vollbracht. Trotz der militärischen Schwäche und gerade deshalb hätte sie den alten Klassen alles auferlegen können, was innerhalb der gegebenen und praktischen Notwendigkeit lag, und was nicht auf die reine Vernichtung der alten Oberklasse hinauslief. Aber jedes Tun der deutschen Regierung drohte immer wieder Wasser auf die Mühle feindlicher Mächte zu leiten. Die Regierung Ebert konnte Revolution im eigentlichen Sinne nicht machen, weil jede deutsche Revolution fast unfehlbar in den Sog der russischen Revolution geraten wäre und weil dann die Republik den Boden unter ihren Füssen verloren hätte. Die Bodenreform in einer erträglichen Form (ohne Zerstörung der Junkerklasse) und die Brechung gewisser Monopolstellungen des Hochkapitalismus wären möglich gewesen. Die Behauptung, dass der Versailler Vertrag diese Sozialisierung unmöglich gemacht habe, verfährt durchaus nicht. Nach diesem Vertrag hatten die Alliierten das Recht, alles öffentliche Eigentum für die Reparationsforderungen in Anspruch zu nehmen. Daraus folgte man, dass man durch jede Sozialisierung deutsches Eigentum dem Zugriff der Alliierten ausliefe. Aber Unterpfand der Reparationen war immer die gesamte deutsche Wirtschaft. Bei der Besetzung des Ruhrgebiets im Jahre 1923 wären die Ereignisse nicht ein Jota anders abgelaufen, wenn die ganze Industrie verstaatlicht gewesen wäre. Besitztitel konnten die französische Regierung wenig interessieren. Entscheidend war, ob die Werke Kohle, Stahl, Chemikalien und Maschinen lieferten. Bezahlt werden mussten die Reparationen von der Wirtschaft insgesamt. Die Schwerindustrie sollte später der Reichsregierung mitteilen, dass sie eine Bürgschaft für die Reparationsleistungen nur bei einer Erhöhung der Arbeitszeit und einer Senkung der sozialen Leistungen übernehmen könnte. Ob die Zwangslage genauso bestand, lässt sich anzweifeln; der Ton hätte weniger erpresserisch sein

48 Die Weimarer Republik

können. Aber gezahlt werden konnten die Reparationen immer nur durch das ganze deutsche Volk.

Schon Monate vor den Juniwahlen 1920 hatte sich die reaktionäre Bewegung wieder erhoben und wütende Anklagen gegen die verantwortlichen Politiker erhoben. Das Versprechen der Parteien, sich nicht gegenseitig wegen des Verhaltens zur Annahme oder Ablehnung des Versailler Vertrages anzuklagen, wurde kaum ein paar Monate eingehalten. Es begann bald eine Kampagne der Verunglimpfungen gegen die herrschenden Schichten der Weimarer Republik. Die Broschüre Helfferichs gegen Erzberger «Fort mit Erzberger» gab den Auftakt. Erzberger, ein kleiner Volksschullehrer aus Buttenhausen in Schwaben, geltungsbedürftig, betriebsam und geschäftig und dem Geldverdienenden in unbefangener Art gegenüberstehend, war im Kriege mit dem nationalistischen Strom geschwommen und hatte dabei Geschäfte und Dummenheiten sonder Zahl gemacht. Aber er hatte im rechten Augenblick das Unheil gesehen, während Helfferich ohne eine einzige wahrhaft mutige Tat und ohne irgendeine schöpferische Einsicht an der Politik des kaiser-

lichen Reiches handelnd und führend beteiligt war. Sauberer und korrekter war Helfferich, während sich der Volksschullehrer aus Buttenhausen durch manche anrüchlichen Mittel den Weg nach oben bahnen musste. Helfferich hatte um ein dürres und kaltes Herz herum die sogenannte reine Weste. Ein Beleidigungsprozess, zu dem das Reichskabinett Erzberger zwang, endete mit der formalen Verurteilung Helfferichs wegen Beleidigung und mit der moralischen Verdammung Erzbergers. Das Leben Erzbergers hatte in dem Prozess allzuviel und allzu Menschliches geoffenbart. Erzberger war schwach, unbesonnen und leichtfertig in vielen Augenblicken. Aber Helfferich besass die Regungen der Seele und die Schwingungen des Herzens nicht, die oft einem Menschen straucheln lassen. Manche Menschen macht die Kälte ihres Herzens zur Sünde unfähig. So sass Helfferich mit korrekter Bügelfalte und hohem steifem Kragen in unerschütterter Haltung zwar als Angeklagter, aber wie der Staatsanwalt bei der Hinrichtung. Im März 1920 ging der Helfferich-Prozess zu Ende; am Tag nach der Urteilsverkündung trat Erzberger von seinem Posten als Finanzminister zurück.

Der Aufruhr der Freikorps: Der Kapp-Putsch

Diese Krisen kamen gerade, als die Armee verringert werden musste, so wie es der Versailler Vertrag befahl. Mit den zugeerbten Freikorps umfasste das deutsche Heer zweihunderttausend Mann, zusätzlich einiger verheimlichter Einheiten, die aber militärisch wenig ins Gewicht fielen und sich in das Buch der deutschen Geschichte nur durch einige innenpolitische Morde einschrieben. Jetzt sollten die Freikorps nach Hause geschickt werden. Ein Teil war schon als «Arbeitskommando» versteckt. Waffenlager gab es im Reiche in Hülle und Fülle, ebenso wie Denunzianten, die solche Lager anzeigten, und «Fememorde», die solche Denunzianten beseitigten. Nur lässt sich ein schlagfertiges Heer nie im Dunkeln und in Verstecken ausbilden. Ausser für den Kleinkrieg, den die Deutschen unter sich führten – mit mehr oder weniger idealen Lösungen –, waren all diese Formationen nicht zu gebrauchen. Die Deutschen denunzierten sich gegenseitig und mordeten sich gegenseitig, das war alles. Als nun die Freikorps aufgelöst werden sollten, taten sich ihre Führer mit Nationalisten und Reaktionsären aus dem Osten den Frieden am schwersten getroffenen deutschen Osten zusammen. Der General von Lüttwitz war zum Militärbefehlshaber der neuen Regierung ausersehen, und der ehemalige Landwirtschaftsminister Kapp, einst führend beteiligt an der Besiedlung des deutschen Ostens und an dem Kampf gegen die Polen, sollte der neue Reichskanzler sein. Die in Döberitz lagernden Truppen sollten nach Berlin marschieren und dort die Regierungsgewalt übernehmen. Ohne Regierung, ohne Minister, ohne Volksbewegung hinter sich, ohne Vorstellungen über die innere und äussere Politik

war der Kapp-Putsch das Schulbeispiel revolutionärer Impotenz. Hitlers Entschluss war, keinen Kapp-Putsch zu machen, und der ehemalige Chef der Heeresleitung, Freiherr von Hammerstein, Hitlers leidenschaftlicher Gegner, liess den Verschwörern des 20. Juli sagen: «Macht mir ja keinen Kapp-Putsch!»

Als die Regierung Wind von der Verschwörung bekam, waren Kapp und Lüttwitz gezwungen, Hals über Kopf loszuschlagen.

Am Abend des 12. März beriet die Reichsregierung darüber, wie man der Gefahr begegnen sollte. Der Reichswehrminister Noske und der Chef der Heeresleitung Reinhardt waren für den bewaffneten Widerstand. Ein paar Maschinengewehre an der Heerstrasse würden, meinte Noske, dem Spuk ein Ende bereiten. Der General von Seeckt aber brachte die Idee des bewaffneten Widerstands zum Scheitern. Er war «Chef des Truppenamts», halb Wehrminister und halb Chef des Grossen Generalstabs, den es amtlich nicht mehr gab. «Wollen Sie, Herr Minister», fragte er Noske, «am Brandenburger Tor eine Schlacht schlagen?» Dabei sprach er das Wort aus, das lange Jahre die deutsche Geschichte überschattete: «Truppe schießt nicht auf Truppe.» Sachlich hatte Seeckt vermutlich recht. Die Truppen, über die er in Berlin befahl, waren den Freikorps, zu allem entschlossenen Landsknechten, weit unterlegen. Kam es zu einem Kampf zwischen Reichswehr und Reichswehr, dann drohte das Reich zu zerbrechen, dessen stärkste Klammer immer noch die Reichswehr war. Ebert entschied sich schliesslich für den Standpunkt Seeckts. So beschloss

Reparationen — Ruhrkampf — Inflation.

«Le boche payera tout!» (Die Deutschen werden alles bezahlen) hiess es in Frankreich nach 1918. Endlose Sitzungen von Reparationskommissionen stellten Riesensummen an Forderungen zusammen. Die «Erfüllungspolitik» der Regierung Wirth-Rathenau sollte beweisen, dass Deutschland das Verlangte nicht zahlen konnte. Frankreich trieb dagegen die «Politik» der produktiven Pfänder. Ein paar nicht rechtzeitig gelieferte Güterzüge mit Telegraphenstangen wurden zum Anlass der Ruhrbesetzung. In den Monaten des Ruhrkampfes 1923 entlud sich noch einmal der ganze aufgestaute Hass zwischen den beiden Völkern (u.). Der Wert der Mark sank von Tag zu Tag, so dass die Betriebe zu täglicher Lohnauszahlung übergingen und das Geld von den Banken in Schliesskörben holten (r.). Erst als die Regierung Stresemann den Ruhrkampf einstellte und der Reichswährungskommissar und spätere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht zusammen mit dem Reichsfinanzminister Luther die Rentenmark einführte, konnte der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands beginnen.





Bismarck



on Caprivi



chillingsfürst

Die Reichskanzler.

Das Deutsche Reich hat von 1871 bis 1945 22 Reichskanzler gehabt, wenn man den 8-Stunden-Reichskanzler Ebert und Hitler dazuzählt. Es gab allerdings mehr Reichsregierungen als Reichskanzler, da diese oft mehrmals eine Regierung bildeten. Der erste Kanzler des Reiches war sein Schöpfer, Bismarck. Ihm folgte General von Caprivi. Fotografiert ist er meist in Uniform und martialischer Pose, dabei war er der einzige Staatsmann unter den Kanzlern des Kaiserreiches nach Bismarck. Sein Nachfolger, Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, war als Süddeutscher und Grandseigneur dem Eifer der Arbeit und des Regierens abhold. Fürst Bülow ist der Höfling unter den deutschen Reichskanzlern. Unter Bethmann Hollweg begann der 1. Weltkrieg. Die beiden nächsten deutschen Reichskanzler, Michaelis und Hertling, mitten im 1. Weltkrieg berufen, waren reine Katastrophen; Michaelis ein reiner Verwaltungsmann, der einem Gerücht zufolge selten Zeitung las, und Hertling, Professor der Philosophie in München, schon sehr vom Alter mitgenommen. Prinz Max von Baden» der das Reich zum Verfassungsstaat machte, täuscht wie fast alle Reichskanzler durch sein äusseres Bild. Er ernannte am 9.11.1918 – ohne rechte Vollmacht – Ebert, den Führer der Sozialdemokraten, zum Reichskanzler, und Ebert hat auch 8 Stunden lang regiert. Der erste legitime Reichskanzler der Weimarer Republik war Philipp Scheidemann, ein den grossen Worten zugetaner sozialdemokratischer Parteiführer. Seinem Nachfolger, Gustav Bauer, einem Gewerkschaftssekretär, sah man als einzigem Reichskanzler die Herkunft aus dem Arbeiterstand an. Durch den KappPutsch gestürzt, wurde er abgelöst durch Hermann Müller, den Idealtyp des redlichen und unschöpferischen Parteibeamten. Die drei dem Zentrum entstammenden Kanzler, Fehrenbach, Wirth und Marx, trugen das Gepräge ihres Glaubens und Berufs. Fehrenbach war ein förmlicher und etwas pompöser Studienrat; Wirth wie Erzberger Mathematiklehrer und ein politisches Naturtalent; Marx Landgerichtsrat, redlich und kühl. Der im November 1922 berufene Generaldirektor der Hapag, Cuno, erwies sich als ein reines Unglück. Ihm folgte Gustav Stresemann nach, wohl der bedeutendste Reichskanzler der Weimarer Republik, unter dem Deutschland wieder emporstieg, Sohn eines Berliner Gastwirts, ein Selfmademan und Syndikus von Industrieverbänden. Hans Luther kam wie Stresemann aus der Wirtschaft. Er war der einzige der ausgesprochenen Rechten, der es vor dem Unglücksjahr 1932 zum Reichskanzler brachte, ein vernünftiger und ruhiger, sich aber in ausgefahrenen Geleisen bewegendener Mann. Heinrich Brüning und Franz v. Papen waren Erfindungen des Generals v. Schleicher, Brüning, ein fleissiger Arbeiter, asketisch, streng und verschlossen, ohne Kontakt zu den Massen, regierte noch leidlich verfassungsmässig durch ein Bündnis mit der Sozialdemokratie. Papen, durch ein ewiges Pech verfolgt, als Herenreiter bekannt, zu allem bereit, was man von ihm verlangte, nach wenigen Monaten gestürzt, weil er nicht als Marionette zu gebrauchen war, wie Schleicher erwartet hatte. So musste zuletzt Schleicher selbst das Amt übernehmen, dabei demonstrativ und vergeblich Zivil tragend. Am 30. 1. 1933 wurde Adolf Hitler deutscher Reichskanzler. Grossadmiral Dönitz fungierte nach Hitlers Tod 3 Wochen lang als Staatsoberhaupt und Reichskanzler.



Bernhard von Bülow



Bethmann Hollweg



Max von Baden



Philipp Scheidemann



Gustav Bauer



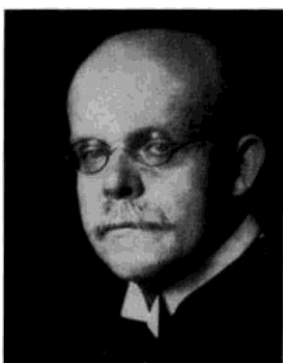
Hermann Müller



Konstantin Fehrenbach



Josef Wirth



Wilhelm Marx



Wilhelm Cuno



Gustav Stresemann



Hans Luther



Heinrich Brüning



Franz von Papen



Kurt von Schleicher

Die Reichspräsidenten.

Das Deutsche Reich von 1871 bis 1945 hat 3 Kaiser gehabt und, je nach der staatsrechtlichen Theorie, 2, 3 oder 4 Reichspräsidenten. Der erste war Friedrich Ebert, gewählt durch das Parlament. Bei der ersten Volkswahl des Reichspräsidenten wurde Hindenburg von der Rechten und 1932 von der Linken zum Reichspräsidenten gewählt. Nach seinem Tode machte sich Hitler selbst zum Staatsoberhaupt und nannte sich «Der Führer und Reichkanzler». Er ernannte den Grossadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger, der sich wiederum Reichspräsident nannte.



Friedrich Ebert



Paul von Hindenburg

die Reichsregierung, aus der Reichshauptstadt zu weichen und zunächst die Stadt den Rebellen zu überlassen. Lüttwitz liess sie entweichen; die Revolution sollte zur festgesetzten Zeit stattfinden. Aber eine Revolution ist immer schon halb verloren, wenn sie die Regierung nicht in die Hände bekommt.

Am 13. März im frühen Morgen marschierte das Freikorpsheer des Generals von Lüttwitz nach Berlin. Einer der Befehlshaber war der Kapitänleutnant Ehrhardt, eine vom Geheimnis unwitterte Gestalt, noch heute für den Historiker in die Dämmerung des Untergrunds getaucht, aber ein geborener Führer von Menschen, unerschrocken und ohne Nerven. Maschinengewehre standen nicht an der Heerstrasse. Nichts rührte sich in Berlin. Nur einige Generale des alten deutschen Heeres – darunter der erste Generalquartiermeister Ludendorff – machten zufälligerweise am Morgen einen Spaziergang im Tiergarten und nahmen – zufällig in Uniform – den Parademarsch der Ehrhardt-Brigade ab. Der Landschaftsdirektor a. D. Kapp sass nun in der Reichskanzlei, wurde Reichskanzler und Exzellenz genannt. Er wusste nur nicht zu regieren. Da er Minister nicht zu finden wusste, brauchten die höheren Beamten nicht einmal Sabotage zu üben; sie taten ihre Arbeit, als gäbe es keine neue Regierung. Die Regierung Kapp-Lüttwitz war im Grunde bereits am Morgen des 13. März am Ende. Folgte ihr nicht die ganze Reichswehr, hatte sie schon verspielt. Denn «Truppe schießt nicht auf Truppe». Westlich der Elbe – im Grossen gesehen – machte die Reichswehr nicht mit. Die Revolte am 13. März selbst ist eine Sache der Freikorps, nicht der Reichswehr. Die Offiziere des Reichswehrministeriums tun in Zivil Dienst; zu gehorchen liegt ihnen im Blut, aber sie bringen dadurch zum Ausdruck, dass sie diesmal ungerne gehorchen.

Der General Seeckt scheidet am 13. März aus dem Amt. Vom 14. März an ist er die «Seele des militärischen Widerstands» (Lüttwitz) gegen die Kapp-Regierung. Sein Vertreter im Truppenamt, Oberst Heye, tut nur, was Seeckt will, und Seeckt will nicht, dass die Reichswehr den Putsch der Freikorps mitmacht. Das «Truppenamt» arbeitet wie zuvor. Die Putsch-Regierung verfügt also nicht einmal über die volle militärische Kommandogewalt. Damit ist der Putsch zu Ende, es sei, Kapp wäre willens und fähig, Bürgerkrieg zu führen.

Kapp wäre daher auch gescheitert, wenn er nicht so grotesk unfähig gewesen wäre. Es fehlten ihm Minister und Geld. In den Ministerien regierten in der Regel die alten Staatssekretäre; sogar Minister der alten Regierung waren geblieben, so vor allem Eugen Schiffer. Die Putsch-Regierung hing, schneidige Kommandos erteilend, völlig in der Luft. Nach wenigen Tagen war das Geld zu Ende; Kapp, ohne Finanzminister und ohne ordentlich bewilligte Steuern, musste Geld entleihen oder stehlen – in seiner Lage dasselbe. Des offenen revolutionären Diebstahls aber war er

ganz unkundig. Der Reichsbankpräsident von Havenstein – der während der Inflation eine geradezu metaphysische Unentschlossenheit an den Tag legte –, hielt sich jetzt an seine Bestimmungen und das Gesetz. Als der «Reichskanzler» Kapp ihm einen Scheck zur Deckung der unmittelbaren Regierungsausgaben übersandte, liess er mit aufreizender Gründlichkeit feststellen, ob eine Unterschrift dieses Namens hinterlegt sei, und erklärte dem Boten, dass wenigstens im Reichsbankpräsidium ein Reichskanzler namens Kapp unbekannt sei. Darauf befahl der «Reichskanzler» dem General von Lüttwitz, sich mit Gewalt Geld im Reichsbankpräsidium zu holen, worauf dieser antwortete, dass er kein Geldschrankschnacker, sondern Soldat sei. Die neue «Reichsregierung», der die wichtigsten Minister noch fehlten, war ein wüstes Durcheinander und ein redender



Haufe der Unentschlossenheit. Das Palais des Reichskanzlers glich einem Feldlager und in diesem Lager stritt sich ein Klüngel um die Politik und die Verteilung der Ministerposten, nach dem Ausdruck eines rechtsstehenden Publizisten. «Leute mit unklarer Vergangenheit, aber eindeutigen Hunger für die Zukunft... Einen Gang haben sie, als wären sie schon Exzellenzen.»

Am 17. März macht eine Offizierstagung dem wortreichen Durcheinander ein Ende. Für den Kundigen war dabei die Hand Seeckts deutlich zu sehen. Lüttwitz erklärt später, dass sein Hauptfehler gewesen sei, nicht für Seeckts Verhaftung gesorgt zu haben. Seeckt übernahm am 17. März aus eigener Machtvollkommenheit den Oberbefehl über alle Truppen im Garnisonsbereich von Berlin. Gleichzeitig erklärten die versammelten Offiziere, dass Lüttwitz als Chef der Heeresleitung ersetzt werden müsse. Der ehemalige Stabschef Seeckt wusste mitzuteilen, dass Seeckt bereit wäre, das Amt zu übernehmen, wenn ihn die Stuttgarter

50 Die Weimarer Republik

Regierung ernenne. Offiziere wählten den Oberbefehlshaber, ein in der preussischen Heeresgeschichte, wie General von Rabenau sagte, einzigartiger Vorgang. Der in Berlin verbliebene Minister Schiffer ernannte seinerseits in unklarer Form Seeckt zum Chef der Heeresleitung. Das ist Seeckt nach dem Rücktritt Noskes und Reinhardts auch geblieben. So gut wie nichts hatte zum Sturz der Kapp-Rebellen der «Generalstreik» beigetragen. Ein Regime, das einen Seeckt zum Gegner hat, braucht nicht mehr durch einen Generalstreik gestürzt zu werden. Den Aufruf dazu hatte der Presschef der Reichsregierung Raucher mit den Unterschriften von Reichspräsident und Reichsregierung und ohne Befragung der Gewerkschaften – nachher von der Regierung gedeckt – erlassen. Der Kapp-Putsch begann an einem Sonnabend; der Generalstreik setzte also richtig erst am Montag ein, zwei Tage vor dem Ende des Staatsstreiches, aber noch rechtzeitig genug, um die Heldensage des Streiks möglich zu machen. Zuweilen beschränkten sich die Gewerkschaften verständigerweise auf Demonstrationstreiks. Aber das industrielle Herz des freien Deutschlands, das Ruhrgebiet, hörte auf zu schlagen. Karl Marx, hatte einst dargelegt, dass beim Kampf zwischen den Mächten der Welt ein allgemeiner Streik immer nur zum Nachteil der fortschrittlichen Nationen ausschlagen müsse. Während des Kapp-Putsches spürte nur das fortschrittliche Deutschland den Streik wahrhaft. Der Streik im Ruhrgebiet hätte nahezu die Kapp-Regierung am Leben erhalten, weil er dort sogleich in einen kommunistischen Aufruhr ausartete. Die Reichswehr hatte bislang nach einem Befehl Noskes Generalstreik als Hochverrat zu behandeln. Auch stand die Waffe des Streiks der diktatorischen Gewalt genauso zur Verfügung. Jeder, der die Gewalt über die elementaren öffentlichen Versorgungsbetriebe hat, hält die Hand an der Gurgel der Nation – und das ist auf die Dauer immer die Truppe. Die Freikorps haben seit dem Kapp-Putsch die Waffe angewandt, die ihnen die Gewerkschaften vorführten und die stärker war als alle ihre Maschinengewehre. Sie sperrten die Wasserleitungen, drehten Licht und Gas ab, liessen keine Milch und Nahrung in die Städte hinein. Deutlich oder undeutlich wurde dann dem Volk gesagt: gehorcht oder geht zugrunde.

Die neue Wehrmacht: Seeckt

Der neue Abschnitt der deutschen Geschichte begann mit einer beinahe neuen Regierung, einem neuen Reichswehrminister und einem neuen Chef der Heeresleitung. Die Epoche der Freikorps war zu Ende, mit denen Noske 1919 das Reich gerettet hatte.

Der Aufstand im März 1920 war getragen allein von den Freikorps. Es hätte fast übermenschlicher Befähigungen bedurft, um sich die Freikorps ohne eine innere politische

Bis zum heutigen Tage aber hat sich die Legende erhalten, dass der Generalstreik dem Kapp-Putsch ein Ende bereite, weil er die geräuschvollste Gegenwehr gegen den Staatsstreik war. Die Gewerkschaftsführer wollten daher zu «Ephoren», Wächtern des Staates ernannt werden. Sie konstituierten sich zu einer Gegenregierung, indem sie ein Veto gegenüber allen Staatsmassnahmen verlangten. Es sah aus, als sei weniger gegen Kapp als gegen Noske und die legale Regierung gestreikt worden. Aber die Kraftmeierei der Gewerkschaften löste sich auf wie die der Kapps und Lüttwitz. Die «Regierung» Kapp dauerte gerade 100 Stunden. In der 99. wollten sich zwei Herren aus München namens Adolf Hitler und Dietrich Eckardt der Regierung Kapp zur Verfügung stellen, worauf der jüdische Pressechef der Kapp-Regierung den beiden erklärte, sie täten besser daran, wieder nach München zurückzukehren. Der in Berlin verbliebene Reichsjustizminister Schiffer, der sich im Übrigen unbehelligt innerhalb seines eigenen Ministeriums bewegt hatte, machte mit Kapp einige Überleitungsbestimmungen aus, was die Kapp-Leute als Vertrag und selbst Sieg deuteten («Rücktritt nach Erfüllung unserer Forderungen»). So schwindelhaft auch die Behauptungen der Kapp-Leute über den Vertrag waren, den man ihnen zugesichert hätte, so blieb doch die Tatsache, dass die Republik nicht mit erobender Gewalt die Herrschaft in Berlin wiederhergestellt hatte; die Gegenrevolution ist nicht in offener Feldschlacht besiegt worden.

Damit verlor man auch das moralische Recht, die Führer der Kapp-Revolution dem Henker auszuliefern. Der Prozess gegen die Auführer vom März 1920 fand gegen Ende des Jahres 1921 statt. Dem General Ludendorff wurde geglaubt, dass er am Morgen im Tiergarten hatte Luft schöpfen wollen. Nur der frühere Polizeipräsident Jagow wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, wovon er aber wenig absass und nachher mit Erfolg vom preussischen Staat seine Pension einklagte. Es wurde kein blutiger Schlusstrich gezogen. Die Republik hatte gesiegt. Aber es schien nicht sonderlich gefährlich zu sein, von ihr besiegt zu werden. Weil Truppe nicht auf Truppe schoss, errang die Revolution einen ersten Schein Erfolg, erlag dann und durfte still und ohne blutige Vergeltung wieder abtreten.

und die Reichswehr

Erschütterung in Deutschland vom Halse zu schaffen.

Die Sozialdemokratie verbohrt sich nun zum Teil in einen unfruchtbaren Pazifismus und Antimilitarismus. Grosse sozialdemokratische Zeitungen verweigerten die Aufnahme von Inseraten für die Reichswehr. Die Wirkung war lediglich, dass bald kein Sozialdemokrat mehr ein Gewehr trug. Die bewaffnete Macht war da wie ehemals; nur hatte man sie sich zur Feindin gemacht. Engels hatte noch gesagt,

dass die Stärke der Sozialdemokratie nicht in ihren Wählern, sondern in ihren Rekruten läge. Radek sagte auf einem deutschen Parteitag:

«Nicht Abrüstung der Masseneheere und Rückkehr zu den kleinen Eliteheeren der Vergangenheit, die zwar kein so umfangreiches, dafür aber ein um präziseres, zuverlässigeres Instrument der Machthaber sind, kann unser Ziel sein, sondern wir wollen alle Konsequenzen aus der allgemeinen Wehrpflicht ziehen. Und wir wollen nicht nur, sondern es muss so kommen; seine eigene innere Dialektik bringt den Militarismus in Widerspruch mit sich selbst und löst ihn allmählich auf. Mit innerer Notwendigkeit bildet sich unter dem zersetzenden Einfluss der in ihm wirkenden Kräfte – jener Geister, die er einst rief, um sie nimmer loszuwerden – das herrliche Heer des Monarchen, des sporenklirrenden Junkertums, der um ihre Schätze zitternden Bourgeoisie, zur Miliz um, zum herrlichen Heere des Gesamtvolkes das in ihm und über ihm herrscht.»

Ein Teil der Sozialdemokratie aber meinte, die Macht liesse sich in Deutschland erobern, indem man die beschimpfte, die Gewehre in den Händen trugen.

Im März 1920 war endgültig die grosse Chance dahin, dass nämlich die beiden kräftigsten Organisationen Deutschlands, das deutsche Heer und die deutsche Sozialdemokratie, zusammengingen. Die Sozialdemokratie machte sich das Heer zum Feind, ohne es in seiner Macht brechen zu können. Major Volkman sagt in seinem Buch «Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkrieg»:

«Unterlag der internationale Gedanke und stellte sich die Sozialdemokratie auf den Boden des nationalen Staates, so konnte aus dem taktischen Zusammenschluss der beiden gewaltigen Organisationen (zwanzigtausend deutsche Friedensoffiziere und die Partei) eine Kraftkonzentration entstehen, wie sie die Welt sonst nirgends aufzuweisen hatte.» Schöpfer der neuen deutschen Wehrmacht wurde der General von Seeckt. Die Alliierten hatten den Deutschen ein Söldnerheer durch den Versailler Vertrag aufgezwungen. Der Kapp-Putsch schied die soldatische Halbwelt aus der Reichswehr aus. Das Söldnertum war der deutschen militärischen Idee fremd. Es kann kein Beruf sein, für den Staat zu töten oder getötet zu werden. Am Anfang strömten nur diejenigen, die im bürgerlichen Leben Schiffbruch erlitten hatten, zur Wehrmacht. Die Denker des 17. und 18. Jahrhunderts hatten behauptet, dass eine stehende Armee der Abfallhaufen der Nation sei. Fast schien es jetzt wieder so zu werden. Alles, was nichts zu essen hatte, verdingte sich bei der Reichswehr. Leute, die nichts konnten, als sich auf dem Kasernenhof befehlen zu lassen oder zu befehlen, waren das erste Reservoir der deutschen Armee. Ein Heer der

Feldwebel und Zahlmeister schien zu erstehen. Vor allem die Landsknechte, Abenteurer und Rebellen fanden ihren Zuschlupf in der neuen Reichswehr. Es sollte die Leistung des Generals von Seeckt werden, aus dieser Truppe ein hochspezialisiertes Korps von Soldaten zu machen. Der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht hatte sich ja überschlagen, und General von Seeckt hat in einigen wesentlichen Büchern dies auch ausgedrückt. Man trieb im modernen Krieg Menschen vor die feindlichen Maschinengewehre und wollte Helden aus ganz einfachen Bürgern machen, denen die Eignung, der Beruf und die Berufung zum Soldaten völlig fehlten. Diese allgemeine Wehrpflicht war das Gegenstück zur modernen Demokratie: so wie diese aus jedem Ladenmädchen eine Politikerin machen will, so wollte die allgemeine Wehrpflicht in allen Menschen ohne Unterschied die soldatischen Tugenden entzünden. Die Demokratie setzt eine Nation von Staatsmännern und die allgemeine Wehrpflicht eine Nation von Soldaten und Helden voraus.

Der General von Seeckt brachte es fertig, von der neuen Reichswehr den Geruch des Verächtlichen zu nehmen, der seit dem 18. Jahrhundert der Söldnerarmee anhaftete. Er wollte eine Armee aus reinen Soldaten schaffen, eine Auslese und eine Elite, Seeckt wies in mannigfachen Büchern auf die Schattenseiten der modernen Wehrpflicht hin, etwa auf die widersinnige und schreckliche Massengefangenschaft in den modernen Kriegen, auf die Gefahr, dass halb- und unausgebildete Massen an die Front geworfen werden, auf die Tatsache, dass der Hass der Völker im Kriege an die Stelle der Ritterlichkeit von Berufskriegern getreten ist. Die Wendung trat erst mit dem Aufstieg des Generals von Schleicher ein, der die «Wehrverbände» der verschiedenen politischen Bewegungen und Kampforganisationen als «Reserve» der Reichswehr behandeln wollte. Unter Seeckt wurde die Reichswehr als ein unpolitisches Instrument der Staatsführung geschmiedet. Normalerweise kümmerte er sich nicht um das Getriebe der Politik; er verachtete es und er erzog die Offiziere dazu, es zu verachten. Er diente dem Staat an sich. Indem Seeckt eine Berufsarmee schuf, die in Deutschland seit den Befreiungskriegen als eine aus dem Volkskörper herausgeschnittene, aus den Verworfenen der Nation rekrutierte Schöpfung galt, dieses Heer aber mit einer fast abergläubischen Verehrung der alten Traditionen der deutschen Armee erfüllte, schuf er etwas ganz Neues. Dieser schweigende General wirkte als die Sphinx der deutschen Republik. Der General von Seeckt schuf den Kader der Wehrmacht, die Hitlers Kriege schlagen sollte. Er verstand es, die Ohnmacht, zu der Deutschland durch das HunderttausendMann-Heer und die «Zwölfender» (die zwölf Jahre dienen

52 Die Weimarer Republik

den Soldaten) verdammt werden sollte, in Macht zu verwandeln und die Niederlage zu gewinnen. Die Abrüstungskommissionen der Sieger durchschnüffelten Deutschland, ob nicht irgendwo die allgemeine Wehrpflicht wiederaufgebaut würde. Sie suchten in Scheunen nach verborgenen Flugzeugen und witterten unter Misthaufen versteckte Maschinengewehre. Sie liessen Sättel durchschneiden, damit Deutschland nicht eine neue Kavallerie aufbaue. Während sie hinter dem Gespenst des alten deutschen Heeres herjagten, schuf der General von Seeckt ein modernes Berufsheer, das auf die Dauer aller Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages spottete.

Seeckt schien den General des kaiserlichen Heeres geradezu zu verkörpern. Antonina Vallentin beschreibt ihn unvergesslich in ihrem Stresemann-Buch auf Grund persönlicher Beobachtungen:

«Er hatte äusserlich den starren, preussischen Militärtypus, die schlanke Gestalt, die rechtwinkligen Bewegungen, die kommandogewohnte Stimme, die zurückgeworfene, wie vom engen Kragen erzungene Haltung des Kopfes. Der gläserne Blick in dem windgegerbten, sonnengebräunten Gesicht, der hart zusammengefasste Mund, der nur im seltenen Lächeln die grausamen, spitzen Zähne enthüllte, die hohen schmalen Schläfen, die Unbeweglichkeit gespannter Muskeln, die sich wie ein harter Schnitt von der herrischen Nase bis zum vorstehenden Kinn zogen das ganze Gesicht mit dem leise slawischen Anklang um die vorspringenden Backenknochen schien ein Symbol des Preussentums, wie es sich in den Augen der übrigen Welt spiegelt.»

Mit dem Reichswehrminister Noske, dem Sozialdemokraten, war Seeckt leidlich ausgekommen. Zwar waren sich die beiden fremd. Aber Noske hatte mit Leidenschaft die Politik Seeckts verfochten, das neue Heer auf den alten Offiziersstand zu gründen. Das «Aufrücken der Unteroffiziere in Offiziersstellungen» und die «Gewerkschaft der Feldwibel» wurden von Noske mit einer Heftigkeit abgelehnt, wie sie der kühlen Natur Seeckts gar nicht zur Verfügung stand. Noske verfolgte später Seeckt mit einem nachtragenden Hass, weil der General das am 13. März 1920 nicht tat, was ein preussischer General eigentlich hätte tun müssen, nämlich auf Meuterer schiessen. General von Seeckt stand zwar der Freikorps-Ideologie völlig fern. Aber er wollte den Namen der jungen Reichswehr nicht mit einem blutigen Krieg zwischen Gruppen des jungen Heeres belasten, da ja auch die Reichswehr aus den alten Schichten des deutschen Offizierskorps stammte. Vielleicht hätten Noskes Maschinen

gewehre an der Heerstrasse dem «Spuk» ein Ende bereitet. Vielleicht war es aber kein Spuk, sondern Landsknechte, die sich wild schlugen. Vielleicht zitterte auch die eine oder andere Hand am Abzugsbügel des Maschinengewehrs. Dann hätte alles länger als 100 Stunden gedauert. Allerdings fiel Seeckt mit diesem Verhalten Noske in den Rücken, weil dieser in den Reihen seiner Partei blossgestellt war oder blossgestellt schien. Noske hatte immer behauptet, er werde mit dem alten deutschen Heer fertig werden, und nun schoss die Reichswehr nicht auf die Meuterer, und die Republik wurde um eine historische Stunde betrogen. In Stuttgart fiel Noske dem Scherbengericht seiner Partei zum Opfer. Scheidemann fiel mit giftigem Pathos über ihn her. Noskes Sturz bleibt eine Schande der deutschen Sozialdemokratie. Der Nachfolger, der bayrische Bürgermeister Gessler, war dem steifen und starren Seeckt viel zu jovial und bürgerlich weich, so dass er sich immer mehr in die Kruste militärischer Förmlichkeit einhüllte. Die Entlassung des Generals von Seeckt allerdings war eine Grotteske. Seeckt hatte ohne Benachrichtigung des Reichswehrministers einen kaiserlichen Prinzen zu den Reichswehrmanövern eingeladen, und Gessler sah in dem vorliegenden Formfehler eine tödliche Kränkung. Er stellte den Reichspräsidenten vor die Wahl, entweder den Oberbefehlshaber des Heeres, den General von Seeckt, oder ihn, den Reichswehrminister, zu entlassen. Dem Reichspräsidenten blieb wenig Wahl, da er sich an die verantwortlichen Ratgeber zu halten hatte. Hindenburg liebte die überzüchteten intellektuellen Typen wie Seeckt ohnehin nicht sehr. So dumm konnte niemand sein, der Beteiligung eines Hohenzollernprinzen an den Manövern eine politische Bedeutung zuzumessen. Immerhin konnte man noch tun, als wäre man so dumm. Aber für einen Mann ohne Freunde genügte so ein trauriger Grund. Auch hat sich Schleicher wohl schon in der Kunst geübt, Menschen zu stürzen. Schleicher hat immer geglaubt, dass er Seeckt gestürzt habe. Da er gern an seine Macht über die Menschen glaubte, beweist das nicht viel. Aber ungläubwürdig ist es nicht. Er und Seeckt verkörperten zwei Welten. Seeckt erzog die Armee in Feindschaft zur Umwelt; Schleicher hatte eine Armee im Sinn, die ein Widerschein dieser Umwelt war. Seeckt hatte so wenig Freunde, dass er über einen Zwirnsfaden stolpern konnte. Aber er ging, ohne Lärm zu machen. Als ein Minister einmal den häufigen Wechsel in den militärischen Kommandostellen beklagte, hatte Seeckt gesagt: «Sie irren sich. Es kommt immer der gleiche wieder.» General Groener, der letzte Generalquartiermeister des kaiserlichen Heeres, der Nachfolger Seeckts, schien fürs erste «der gleiche» zu sein.

Der Würgegriff der Reparationen

Auch der Reichskanzler, der dem wegen des Kapp-Putsches gestürzten Gustav Bauer folgte, war der gleiche. Dann kamen die Wahlen und ein Reichstag ohne wirkliche Mehr

heit. Die Bildung der Regierung war fortan ein Zusammensetzspiel. Im Juni 1920 wurde eine Regierung aus der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten

Die Reparationen 53

gebildet, die in einem Reichstag von Vierhundertsechszig Mitgliedern gerade über hundertfünfundsiebzig Stimmen verfügte. Bis jetzt war es Gewohnheitsrecht gewesen, dass der Reichskanzler ein Sozialdemokrat sein müsste. Nun schien es nicht mehr nötig zu sein, Deutschland glauben zu machen, dass das Reich eine Arbeiterrepublik wäre. Reichskanzler wurde der badische Zentrumsabgeordnete Dr. Fehrenbach, der alte Vorsitzende des Deutschen Reichstags. Die Regierung konnte als Minderheitenkabinett nur so lange bestehen, wie die Sozialdemokraten eine wohlwollende Neutralität bewahrten. Fehrenbach war ein Zentrumsmann aus dem Südwesten des Reiches, aber ohne die Vitalität von Erzberger. Seine Rede war von pompöser Langweiligkeit, sein Auftreten humorlos und gravitatisch, sein Wesen ohne die federnde Spannkraft, die in der damaligen Lage Deutschlands für einen Staatsmann notwendig war.

Die heroischen Zeiten der Republik waren zu Ende. Aber längst noch nicht waren die Zeiten gekommen, dass es sich die Republik hätte leisten können, sich bürgerlicher Ruhe und Zufriedenheit hinzugeben. Überall im Reich flackerten die Aufstände der Radikalen von rechts und links auf.

In München hatten die Generale die alte Regierung davongejagt und einen Ministerpräsidenten von sensationeller Unfähigkeit, den Herrn von Kahr, eingesetzt. Im Vogtland erhoben sich die Kommunisten unter Max Hölz, den manche als den edlen Räuber aus der Dichtung der Romantik ansahen.

Auch im Ruhrgebiet stand die kommunistische Bewegung auf, und das Land war in den Händen einer Roten Armee, der nichts als Soldaten und Führer fehlten. Und dieses durch Bürgerkrieg zerrissene Land stand vor der schwersten aller Fragen, die sich aus dem Versailler Vertrag ergaben: der Reparationsfrage. Die Deutschen hatten die Verpflichtung übernommen, die Schäden an der Zivilbevölkerung für den Krieg, wofür sie sich noch ausdrücklich verantwortlich erklären mussten, zu ersetzen. Diese Schäden konnten in der mannigfachsten Art berechnet werden: Es waren zerstörte Häuser und Städte, verwüstete Landstriche, Frauen ohne den Ernährer und Kinder ohne den Vater, Verstümmelte, die nicht mehr arbeitsfähig waren, Störungen des Wirtschaftslebens usw. Was von den Deutschen ehrlich beabsichtigt war, war der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens, auch wenn es hier vorkam, dass jemand ein Schloss für etwas haben wollte, was kaum eine Hütte gewesen war. Die Reparationsfrage lief aber immer unvermeidlich auf Klippen auf. Man kann den Besiegten Geld und Anlagen wegnehmen. Doch Hungersnot und Seuchen sind auch nicht durch Landesgrenzen einzusperren. Man braucht auch die Wirtschaft der Besiegten. So endet man nach der Ausplünderung der Besiegten mit deren

grosszügiger Unterstützung. Man nahm ihnen nach zwei Weltkriegern ihre alten Maschinen und gab ihnen nachher das Geld, sich die modernsten zu kaufen. Oder aber man muss die Besiegten gleich reich machen, damit sie bezahlen können. Damit man immer wieder Milliarden von ihnen holen kann, müssen sie den Weltmarkt beherrschen.

Im April 1920 hatten die Franzosen Frankfurt und Darmstadt besetzt – wegen irgendwelcher Verstösse gegen den Versailler Vertrag, deren Aufzählung sich erübrigt, weil sie ein reiner Vorwand waren. Dieser französische Schritt war ein erstes Signal dafür, wie die Reparationsfrage einmal gelöst werden sollte, wenn die Verhandlungen und Gespräche alle ergebnislos sein sollten. Aber noch wurde verhandelt. Die Reparationen waren so ins Dunkel gehüllt, dass die Franzosen alle Lichter der Hoffnung darin sahen. Von der Konferenz von Spa (vom 5. bis 16. Juli 1920) konnte man mit Recht behaupten, dass sich alle Teilnehmer dieser Konferenz so töricht wie nur möglich benahmen. Zuerst stritten sich die Verbündeten um die Haut des deutschen Löwen. Und als die Deutschen dann zugelassen wurden, versuchten diese mit dem zerfetzten Löwenfell den Löwen zu spielen. Der deutsche Reichskanzler Fehrenbach, vom Scheitel bis zur Sohle würdige Ohnmacht, hatte neben dem feingliederigen Walther Rathenau noch den robusten Hugo Stinnes mitgenommen. Hugo Stinnes wurde als Kohlenschachverständiger aufgefordert, zur Frage der Kohlenlieferungen zu sprechen. Anstatt einfach die faktische Lage zu schildern, hielt er eine politische Rede, die dem Weltbild eines Mannes angemessen war, der nie aus den Kohlenschächten herausgekommen ist. Er wirkte nach dem Zeugnis von Harold Nicolson, einem Augenzeugen, «wie der ewige Jude, als Wildhüter verkleidet.»

«Ich erhebe mich, weil ich jedermann ins Gesicht sehen will. Herr Millerand hat gestern verkündet, dass uns Deutschen das Recht zu reden zugestanden sei aus Höflichkeit. Ich nehme die Freiheit zu reden als ein Recht in Anspruch. Wer nicht von krankhaftem Siegesrausch besessen ist...» Der französische Vorsitzende war in diesem Augenblick eine unglückliche Kreuzung von heftiger Verlegenheit und salbungsvoller Empörung. Stinnes aber steckte seine Pranken, nachdem er einen Ordnungsruf erhalten hatte, in seine Hosentaschen und sprach von den Sanktionen und der Möglichkeit der Besetzung der Ruhr durch die Alliierten: «Sollten schwarze Truppen, dieses würdige Werkzeug der Politik der Alliierten, dazu verwendet werden, so wird ein Schauer alle Weissen erfassen und die Alliierten werden keine Kohlen bekommen.»

Diese Vorhersage erwies sich von A bis Z als falsch. Die Deutschen hatten den Beweis erbracht, dass man mit ihnen

54 Die Weimarer Republik

nicht verhandeln könne. Die französischen Sachverständigen hatten sich schon darauf vorbereitet, dies aus der gesamten deutschen Geschichte zu beweisen. Stinnes machte den Rückgriff auf Wilhelm II. oder Friedrich d. Gr. überflüssig. Der General von Seeckt vertrat mit höflichen Worten, mit starrerem Antlitz, so dass nur sein blitzendes Monokel Leben verriet, in einer dürren, harten Weise die deutschen militärischen Forderungen. Die Deutschen benahmen sich törichter, als die Franzosen je erträumt hatten.

Konferenz folgte auf Konferenz. Nur die hässlichsten Städte Mittel- und Westeuropas wiesen keine Konferenz auf.

Im Sommer 1920 wurde die Staatenordnung an der deutschen Ostgrenze entschieden. Polen hatte davon geträumt, der Grossstaat schlechthin an der östlichen Flanke Deutschlands zu werden. Dieser Traum schien möglich, solange die Sowjetunion in einem blutigen Chaos aus Bürgerkrieg und Intervention versunken war. Aber langsam befestigte sich die Sowjetunion doch, und die Polen sahen vor sich ein neues russisches Grossreich an ihrer Ostgrenze wachsen. Das Deutsche Reich war geblieben und jetzt schien das Russische Reich wiederzukehren. So



Hugo Stinnes

versuchte der Marschall Pilsudski in einem letzten grossen Abenteuer, das Werden einer neuen russischen Grossmacht zu verhindern. Er jagte dem alten ukrainischen Traum Polens nach und hoffte, das alte Grosspolen, das von der Ostsee bis zum Kaspischen Meer reichte, neu errichten zu können.

Nach anfänglichen Erfolgen stiess ihm die Rote Armee unter der Führung von Trotzki in die Flanke, und bald standen die Sowjettruppen vor den Toren Warschaus. Tuchatschewsky, der Generalstabschef der Roten Armee, verkündete schon, dass der Weg der Weltrevolution über die im Tri

umph eroberte Stadt Warschau gehen werde. Die britische Regierung brachte ihre moralische Entrüstung über das Vorgehen der Polen im Februar zum Ausdruck und befahl ihnen, sich auf die Curzon-Linie zurückzuziehen, die ungefähr das polnische Volkselement von dem weissrussischen scheidet und die zu einer grossen Schicksalslinie der Welt- und der deutschen Geschichte werden sollte. Um im zweiten Weltkrieg diese Curzon-Linie aufrechterhalten zu können, wurde den Polen die Oder-Neisse-Linie zugestanden. England versprach den Polen volle Unterstützung für den Fall, dass die Curzon-Linie von den Sowjets überschritten würde. Die Linie wurde überschritten, und die britische Regierung beschränkte ihre Unterstützung auf die Entsendung einer Untersuchungskommission. Die Franzosen taten etwas anderes, sie schickten einen kleinen General, Weygand, obwohl sie bisher weder Drohungen noch Versprechungen geäussert hatten. General Weygand vermochte es, die Sowjets vor den Toren von Warschau zurückzuschlagen. In der Gestalt eines kleinen genialen Soldaten wurde Polen gerettet.

Marschall Tuchatschewsky hatte verkündet, dass der Weg zur Weltrevolution über die Flammen Warschaus gehe. Es gab genug Deutsche auf der Linken und Rechten, die sich für den Einmarsch der Roten Armee seelisch und äusserlich bereit machten und sich eine Form der Beteiligung am grossen Krieg des neuen Russlands gegen den niedergehenden Westen überlegten. Ein grosser Teil der Deutschen war bereit, Rot zu tragen, und erwartete den Weltgeist in den russischen Bataillonen vorüberreiten zu sehen.

Für die Sowjets ist der Versailler Vertrag eine Ausgeburt kapitalistischer und imperialistischer Räuber; in ihm scheint sich alle Niedertracht und Fäulnis der Welt zu konzentrieren. Die Sowjetunion wurde nach 1918 zur grössten Widersacherin des Versailler Vertrages. Es ist die Karte, auf die zwischen 1918 und 1961 die Sowjets immer wieder erwägen zu setzen. Man kennt Erklärungen eines russischen Diplomaten: In Deutschland wenden sich binnen zehn Jahren immer wieder die Söhne gegen die Väter, in fünf oder zehn Jahren wird in Deutschland wieder alles verdammt werden, was jetzt getan wird. Eine Explosion deutscher nationaler Leidenschaften kann den Sowjets wiederum eine Bresche in Europa aufreissen wie jener Vulkanausbruch, der den Namen Adolf Hitler trägt.

Bei den Deutschen wurde es nach 1918 eine Besessenheit, dass der Westen der eigentliche Feind sei und dass man des Ostens bedürfe, um das «Gleichgewicht» herzustellen. Dem Bündnis selbst gingen eigentlich beide aus dem Weg, sowohl das Reich als auch die Sowjetunion. Deutschland wäre dabei im Ernstfall zum Kriegsschauplatz geworden, genauso wie beim Anschluss an ein Kriegsbündnis gegen die Sowjetunion. Das reine Bündnis lag auch nur bei

schränkt im Interesse der Sowjetunion. Selbst eine deutsche kommunistische Revolution hätte zuweilen für die Sowjetunion tödlich werden können, weil eine Revolte die Entente hätte zwingen können, nach Deutschland hineinzustossen und aufs Ganze zu gehen. Die Sowjetunion blieb bestehen, weil sie aufhörte, als tödliche Bedrohung zu erscheinen. Gerade auf der Basis der Ohnmacht des Sowjetstaates entfaltete sich die Zusammenarbeit zwischen dem Reich und Russland, die dann durch den Rapallo-Vertrag eine bengalische Beleuchtung erfuhr. Inzwischen hatten sich die Siegermächte auf eine Reparationssumme geeinigt. Über hundert Milliarden betrug die Gesamtforderung, die Deutschland in zweiundvierzig Jahresraten abzahlen sollte. Im März 1921 wurden der deutschen Regierung die Beschlüsse der Alliierten mitgeteilt, und das Reich wurde aufgefordert, innerhalb von vier Tagen seine Zustimmung zu geben. Die Regierung Fehrenbach lehnte ab. Als Gegenmassnahme besetzten die Alliierten Duisburg-Ruhrort und Düsseldorf. Ein erneutes Ultimatum drohte am 5. Mai mit einer Besetzung des gesamten Ruhrgebietes und mit einer neuen Blockade. Die Deutschen hatten – um so viel Ungeschicklichkeiten zu begehen, als zu vollbringen waren – das deutsche Reparationsangebot auf «den Gegenwartswert» umgerechnet, wodurch es ungebührlich klein erschien. Als ihnen das Ultimatum überreicht wurde, erklärten sie sich bereit, die Zahlungen in den ersten fünf Jahren noch etwas zu erhöhen. Aber eine wirkliche Verständigung war nicht möglich. Die Franzosen wollten kein Geld, sondern die Rheinhäfen. Irgendwann wäre der Augenblick immer gekommen, an dem Frankreich erklärt hätte, dass die Deutschen zuwenig böten und vom Geiste des Trotzes und der Sabotage erfüllt seien. Ob im Mai 1921 der Augenblick für den Widerstand gekommen war und ob er in glücklicher Form geleistet wurde, ist natürlich strittig. Die Deutschen hatten noch die Bedingung gestellt, dass Oberschlesien ihnen ganz erhalten bleiben müsste, wenn sie in der Lage sein sollten, die Reparationszahlungen zu leisten. Das Reichskabinett Fehrenbach wurde in Berlin bei der Rückkehr von der Londoner Reparationskonferenz im Triumph empfangen, einfach weil es nein gesagt hatte. Der Reichsaussenminister war Dr. Hans Simons, Seines Zeichens Reichsgerichtspräsident – umgeben von dem lautstarken Stinnes und dem feinsinnigen Walther Rathenau –, ganz streng und rechtlich, so als müsste er einmal Rechenschaft stehen für eine Mark, die er zuviel den Siegern angeboten hätte. Seine Skrupelhaftigkeit erschien den Siegern als die Verkörperung einer juristisch-gerissenen und bürokratisch-wendigen Zahlungsunwilligkeit der Deutschen. Die Ovationen des Reiches genoss er unwillig. Denn niemand zweifelte im Reich, dass Deutschland doch nachgeben musste. Es war nur der Reichskanzler zu finden, der die

Kugel der politischen Meuchelmörder nicht fürchtete, die jedem zur Unterwerfung bereiten deutschen Staatsmann drohte. Dieser Reichskanzler wurde gefunden. Es war Dr. Josef Wirth. Er war ein Mann vom linken Flügel des Zentrums, beinahe aus Erzbergers Holz geschnitzt, draufgängerisch und ein Bild gesunder Lebensfreude, anscheinend von Vitalität strotzend und von glühender mitreissender Beredsamkeit. Er gehörte zur süddeutschen Gruppe des Zentrums, jenem populären demokratischen und sozialen Flügel, der schon früh in Gegensatz zu dem grossbürgerlichen und aristokratischen Flügel mancher rheinischen Gruppen des Zentrums geraten war. Seines Zeichens war er Mathematiker am Gymnasium in Freiburg im Breisgau, wo er bald badischer Zentrumsabgeordneter wurde, ein Kleinbürger wie Erzberger und, wie sich herausstellen sollte, gegen die Sirenenklänge der grossen Welt so wenig taub wie Erzberger auch. Wirth hatte nicht so kräftig aus dem Becher der grossen Welt getrunken wie Erzberger. Er hatte keine alldeutschen Fehlritte in seinem politischen Führungszeugnis und hatte nicht wie der bedeutendere, aber hemmungslosere Erzberger so tödlich nahe den Korruptionsskandal gestreift.

Wie Erzberger wurde Wirth gerufen, in Deutschland eine Kapitulation zu vollziehen war. Die Militärs hatten es einst Erzberger zugeschoben, den Waffenstillstand vom 11. November 1918 zu unterzeichnen, den sie selbst, die Generale, als unvermeidlich und unentrinnbar ansahen. Am 10. Mai 1921 musste Wirth sich zu etwas bereit erklären, was die Mehrzahl der Deutschen ebenso als unentrinnbar ansah: Deutschland sollte sich verpflichten, hunderteinundzwanzig Goldmilliarden Reparationen zu zahlen, widrigenfalls die Entente neue Besetzungen an Rhein und Ruhr vornehmen werde. Die Siegermächte, besonders die Franzosen, zögerten damals wenig, das Schwert auf die Waagschale zu legen. Das Ruhrabenteuer, in das sich dann Wirths Nachfolger Cuno stürzen sollte, geisterte schon am Horizont. Die Entente konnte Deutschland zerbrechen, wie Deutschland 1923 – als Poincare seine Truppen ins Ruhrgebiet einmarschieren liess – in der Tat beinahe zerbrochen wurde. Das war damals noch nicht so klar wie nach dem Ruhrkampf, als man die grosse Machtprobe versucht und verloren hatte. Im Mai 1921 hatte man allerdings auch noch nicht erprobt, wiewenig die sogenannte «Erfüllung» zur Erleichterung der deutschen Lage beitrug. Man war noch nicht so verzweifelt und resigniert wie im November 1922, als die Regierungszeit Josef Wirths zu Ende ging. Auch mussten die Konzeptionen des Widerstandes erst heranreifen (die Vorstellung des grossen nationalen Generalstreiks gegen fremde Besetzung und die stillschweigende Hilfe durch Grossbritannien und Amerika), all jene Konzeptionen, die dann durch den Ruhrkrieg als Traum und Täuschung erwiesen wurden. So glaubte wohl die Mehrheit im Mai 1921, dass man unterschreiben

56 Die Weimarer Republik

müsse. Aber die wenigsten Staatsmänner, die so dachten, waren bereit, es auch zu tun. Josef Wirth sprang also mit keiner geringen Tapferkeit in die Bresche.

Die Regierung Wirth wurde am 10. Mai 1921 gebildet, die klassische Regierung der «Erfüllungspolitik». Die Ideologie dieser Politik lief darauf hinaus, durch die Erfüllung die Unmöglichkeit der Reparationszahlungen zu erweisen. Man wollte erfüllen, um darzutun, dass man nicht erfüllen konnte. Die spätere Erfüllungspolitik Stresemanns war ganz anders. Stresemann war es Ernst mit der Erfüllung. Aber hinter ihm standen die Milliarden Amerikas, die in Europa Anlage suchten, die Anleihen, die Deutschland von den Vereinigten Staaten erhielt, um die «Tribute» – das Wort war jetzt Mode geworden – zu bezahlen. So wurde später verschleiert, welcher Aderlass an der deutschen Wirtschaft durch die Reparationen wirklich geschah.

Die Annahme des Londoner Ultimatus stand im Schatten einer Zweideutigkeit. Man erklärte – halb öffentlich und halb amtlich –, dass die Annahme des Londoner Ultimatus unter der Voraussetzung geschehe, dass Oberschlesien ungeteilt an Deutschland fallen werde, ohne dass solch ein Vorbehalt je amtlich zur Kenntnis genommen war. Im März hatte die Abstimmung in Oberschlesien stattgefunden. Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung, darunter auch viele Oberschlesier polnischer Muttersprache (und der jüdische Volksteil geschlossen), hatten für Deutschland gestimmt. Die Deutschen vertraten den Standpunkt, dass das Gebiet nach dem Mehrheitspruch ungeteilt an Deutschland fallen müsse. Völkerrechtlich war das freilich nicht eindeutig genug, um Leute zu zwingen, denen am Völkerrecht ohnehin nicht übermässig viel lag. Die Franzosen erzwangen die Teilung Oberschlesiens (das geschah im Oktober 1921). Bibliotheken sind darüber geschrieben worden, ob diese Regelung völkerrechtlich zulässig war oder nicht. Diese Bibliotheken bestehen aus Papier. Am wirklichen Leben hat sich dadurch nichts geändert. Doch wurde die Entscheidung der Sieger in einer sehr unwürdigen und schäbigen Weise durchgeführt. Ein Unterausschuss aus den Vertretern Chinas, Brasiliens, Spaniens und Belgiens im Völkerbund, an den die Angelegenheit verwiesen worden war, erstattete den Bericht über die Regelung der schlesischen Frage. Die vertretenden Mächte hatten weder Einsicht noch innere Anteilnahme, noch Machtmittel zur Durchsetzung ihrer Empfehlungen. Der Völkerbund wurde diskreditiert, indem er in den Streitigkeiten zwischen den Siegern und Besiegten Stellung nahm, und zwar zuungunsten der Besiegten. Am 14. Oktober 1921 entschied der Völkerbundsrat für eine Teilung Oberschlesiens zwischen Deutschland und Polen. Deutsch

land kochte vor Erregung. Die Entscheidung wird von Harold Nicolson als unverzeihlich ungerecht und des Völkerbundes für unwürdig angesprochen. Obwohl die Abtretung Oberschlesiens ein Zehntausendstel dessen darstellt, was Deutschland nach 1945 angetan wurde, erregte sich Deutschland so, wie es durch die Oder-Neisse-Linie nie aufgewühlt worden ist. Vielleicht wäre die Erregung in Deutschland etwas weniger tief gewesen, wenn die Siegermächte sich wenigstens um den Schein der Gerechtigkeit bemüht hätten.

Die Regierung Wirth trat damals zurück, um einer neuen Regierung Wirth Platz zu machen. Die Demokraten traten aus der Regierung aus, wie überhaupt die Demokraten nach jeder aussenpolitischen Kapitulation des Reiches durch ein paar Monate Fernbleiben von der Regierung Sühne übten. (Nach einigen Monaten traten die Demokraten wieder ein, soweit nicht einzelne ihrer Minister als «Fachminister» ohnehin schon im Kabinett verblieben waren.) Es war ausgegangen wie immer. Man hatte eine Demütigung erfahren. Man konnte die grossen Worte (das Wort Scheidemanns von der «verdorrten Hand» ist das berühmteste) nicht verwirklichen und musste unterschreiben und tun, was nie und nimmer zu tun man mit den heiligsten Eiden geschworen hatte. Josef Wirth wollte durch die Erfüllung die Unmöglichkeit der Erfüllungspolitik dartun. Aber natürlich war es nicht an sich unmöglich, dass Deutschland diese hunderteinundzwanzig Milliarden Goldmark zahlte. Es hing von der Bereitschaft ab, den Lebensstandard in Deutschland zu senken und von etwas ganz anderem, nämlich von der Bereitwilligkeit der Sieger, Deutschland eine grosse Industrienation werden zu lassen, die mühelos zahlen könnte.

Am 6. Oktober 1921 schlug Rathenau mit einem französischen Industriellen Loucheur, dem französischen Wiederaufbauminister, ein Wiedergutmachungsabkommen vor, durch das ein grosser Teil der im Kriege verwüsteten Landstriche mit Hilfe deutscher Arbeiter und deutschen Materials aufgebaut werden sollte. Aber die französische Industrie wollte nicht. Sie wollte sich das Geschäft der Lieferungen für den französischen Wiederaufbau nicht entgehen lassen. Zum erstmalen wurde der Welt klar, dass Reparationen im grossen Stil ohne Schädigungen der eigenen Wirtschaft nicht hereinzubekommen waren.

Die Erfüllung nützte so wenig wie der Widerstand. Die Hoffnung auf eine günstige Entscheidung in der oberschlesischen Frage, weil Deutschland sich so nachgiebig gezeigt hatte, erfüllte sich nicht. Die Böswilligen konnten darauf hinweisen, dass die Deutschen die Zusage nur gemacht hatten, weil die Alliierten mit der Besetzung deutscher Städte gedroht hatten.

Rapallo: Der Traum der Ostpolitik

Anfang 1922 gewann der Reichskanzler Wirth Walther Rathenau als Minister für sein Kabinett, zuerst als

Wiederaufbauminister und dann als Aussenminister. Wirth war vollkommen dem Zauber Rathenaus erlegen, und als er dem britischen Botschafter die frohe Botschaft über die Gewinnung Rathenaus mitteilte, sagte er zu dem Engländer: «Wir wollen jetzt nicht über die Tagesereignisse sprechen, denn heute ist etwas Grosses, etwas sehr Wichtiges geschehen: Wir haben Rathenau für unser Kabinett gewonnen.» Wirth wurde fortan geistig von Rathenau beherrscht und befand sich nahezu in einem Zustand der Hörigkeit gegenüber Rathenau. Obwohl er mit seiner oft hinreissenden Beredsamkeit wie ein Naturbursche der deutschen Politik wirkte, fehlte ihm die Vitalität Erzbergers. Wirth erschien brillanter als Erzberger; dieser war ein Arbeiter, ein Wühler und Rechner von einer urwüchsigen Willenskraft. Wirth als Intellektueller, dem aber der schöpferische Genius fehlte, blickte zu dem Genie Rathenau empor. Da hatte er nun den Glanz und das Licht des Besonderen, die ihm selber fehlten. Die Zeitgenossen spotteten viel über Rathenau. Die einen nannten ihn «Prophet im Gehrock». Moritz Julius Bonn, der deutsche Nationalökonom und spätere Gründer der Hochschule für Politik, hatte die weit weniger taktvolle Bezeichnung «Christus im Frack». Rathenau war der geistvollste und daher wohl auch der unglücklichste der deutschen Politiker der Weimarer Republik. Ein Jude, der mit das Kritischste geschrieben hat, was über das deutsche Judentum dieser Zeit gesagt wurde: «Die asiatische Horde im märkischen Sand», ein Finanzgenie, ein Unternehmer, allerdings der zweiten Generation, da die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, die AEG, von seinem Vater Emil Rathenau ins Leben gesetzt worden war; ein Vertrauter des Kaisers und Ludendorffs und doch von allen Deutschen zuerst das Nahen des Verhängnisses ahnend; im letzten Augenblick, am 7. November 1918, zu einer nationalen Massenerhebung gegen die Kapitulation aufrufend; ein Kulturphilosoph mit einer orientalischen Pracht von Worten und Bildern; in einem Schlosse der Hohenzollern wohnend, das er sich erwarb und mit erlesenem Geschmack restaurieren liess; in allem, wie er lebte, wirkte und dachte, dem Erlesensten zugewandt, immer auf den Höhen des Geistes wandelnd, aber irgendwie von der Kälte des Verstandes gezeichnet; ohne wahrhafte Freunde, mit allen Grossen der Welt verkehrend, aber zum Umgang mit unbedeutenden Menschen, nach dem Wort seines Freundes und Biographen Harry Kessler, nur dann bereit, wenn sie sehr blond waren; mit sich selber verworfen als einem Typus des Geistes- und Furchtmenschen, wie er einst als Gegenpol die vom Geist und der Idee unberührten Herrenklassen Preussens gezeichnet hatte; kein Mensch, der dazu berufen war, in der Politik Erfolg zu haben. Wenige Monate später fiel er einer Verschwörung, die von einem Haufen aus Narren und Verbrechern angezettelt

worden war, zum Opfer. In Rapallo hatte er sich durch die Geheimräte des Auswärtigen Amts zu einem Vertrag mit den Sowjetrussen drängen lassen. Sein Wort von den dreihundert Menschen, die die Welt regieren, gehörte zu den Legenden, die bei der nationalistischen Opposition umflogen. Da schien also das Bild der «Verschwörung der Weisen von Zion» – das Buch ist in Wahrheit eine dumme und alberne Fälschung – gekennzeichnet. Walther Rathenau erschien als einer dieser dreihundert Drahtzieher, die im Dienste des Mammons die Völker in Krieg und Revolution hetzen. Da die deutsche Jugend sich damals noch für ihre Ideen und Narrheiten opferte, war es nicht schwer, die Menschen zu finden, die auf Walther Rathenau feuerten.

In den Jahren von 1918 bis 1923 flackerten allerorten in Deutschland kommunistische Aufstände empor. Trotzdem machte die Sowjetunion keine wilden Anstrengungen, dass Deutschland kommunistisch werde. Es genügte ihr im Wesentlichen ein deutsches Chaos, das laufend revolutionäre Phrasen ausspie und den Westen durch eine wortreiche Ungewissheit in Schrecken hielt. Ein kommunistisches Deutschland konnte von den Westmächten nicht geduldet werden und die Sowjetunion hätte nicht leicht den Einmarsch westlicher Heere in dieses Deutschland dulden können. Die Sowjets wären dadurch in einen gewaltigen internationalen Machtkampf hineingerissen, zu dem sie damals nicht fähig waren. Sie fristeten damals nur mit keuchender Anstrengung ihr Leben und waren froh, dass die tödliche Herausforderung der Westmächte durch eine Bolschewisierung Deutschlands nicht erfolgte. In den späteren Jahren konnte die Sowjetunion – als allerdings die konkreten Möglichkeiten lang nicht mehr so günstig waren – ohne Sorge eine kommunistische Machtergreifung in Deutschland fordern, weil sie dann nicht mehr dieselbe tödliche Herausforderung des Weltkapitalismus bedeutete. So war die Sowjetunion von Anfang an um ein leidliches Verhältnis zu einem kapitalistischen, bürgerlichen und selbst militaristischen Deutschland bemüht. Stalin hat während des zweiten Weltkrieges gesagt:

«Die Hitlers kommen und gehen. Das deutsche Volk aber bleibt.»

Die sowjetischen Führer waren grosszügig genug, diesen Grundsatz auch auf die kommunistischen Führer anzuwenden: Die Liebnechte kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibt. Sie waren nicht töricht genug zu meinen, man könne mit einem Staat keine Beziehungen haben, nur weil er eine vom eigenen ideologischen Standpunkt aus verwerfliche Staatsform habe. Das ging so weit, dass die Sowjets insgeheim dazu beitrugen, die kommunistischen Aufstände in Deutschland niederzuschlagen, deren Erfolg die Sowjetunion in einen tödlichen Gegensatz zur übrigen Welt gebracht hätte. Die deutsche Revolution blieb aus. Die

58 Die Weimarer Republik

Sowjetregierung musste sehr rasch darauf verzichten, eine deutsche kommunistische Revolution als Grundlage ihres Verhältnisses zu dem Deutschen Reich zu behandeln. Der Entschluss, auch mit einem reaktionären und bourgeoisen Deutschland zu paktieren, wurde mit grosser Unbefangenheit und Unbekümmertheit getroffen. Die Notwendigkeiten des Sowjetstaates wurden sehr bald die hauptsächlichliche Richtschnur, die Rücksichtnahme auf den Weltkommunismus trat demgegenüber zurück. Waldemar Gurian hat einmal gesagt, dass die Lage der sowjetischen Revolution an das Wort von Loisy über die ersten Christen erinnere. Die Christen warteten auf den Weltuntergang. Der Weltuntergang aber blieb aus, und die Kirche kam. So könnte man den Bolschewisten sagen: Die ersten Bolschewisten warteten auf die Weltrevolution. Die Weltrevolution aber blieb aus, und der Sowjetstaat kam. Der Sowjetstaat war die grosse Realität, die nun alles bestimmte. Der ewige sacro egoismo des Staates und die revolutionäre Staatsräson obsiegten über die Prinzipien und Ideologien. Die Praxis, den Interessen des Sowjetstaates den Vorrang vor denen der kommunistischen Parteien der Welt zu geben, ist nicht erst unter Stalin entstanden, sondern war nahezu naturnotwendig mit der Herausbildung des isolierten kommunistischen Staates gegeben. Kommunistische Bewegungen in der Welt mögen zugrunde gehen – das war die Auffassung die Hitlers mögen an die Macht kommen, nichts ist verloren, solange der Sowjetstaat stehen bleibt. Alle Siege des Weltkommunismus aber sind wertlos, wenn der Sowjetstaat zugrunde geht. Verbündet sich also die Sowjetunion – selbst unter Opferung kommunistischer Parteien – mit reaktionären Mächten, so dient auch dies der Sache des Weltkommunismus, wenn dadurch die Macht des Sowjetreiches gestärkt wird.

Die Sowjets verbündeten sich daher mit den Deutschen im Kampf gegen den Versailler Vertrag. Sie weiteten mit den deutschen Nationalisten in ihren Schmähungen des Friedensvertrages.

Während des Ruhrkampfes suchte Radek – allerdings ohne grossen Erfolg – ein Bündnis mit der nationalistischen Rechten in Deutschland zustande zu bringen. Er verherrlichte Leo Schlageter, der wegen Sabotageunternehmungen von den Franzosen während des Ruhrkampfes zum Tode verurteilt und standrechtlich erschossen worden war. In einer Sitzung der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale erklärte Karl Radek:

«Die Geschicke dieses Märtyrers des deutschen Nationalismus sollen nicht verschwiegen, nicht mit einer abwerfenden Phrase erledigt werden. Sie haben uns, sie haben dem deutschen Volke viel zu sagen ... Wir sind keine sentimentalen Romantiker, die an der Leiche die Feindschaft vergessen, und wir sind keine Diplomaten, die sagen: Am Grabe Gutes reden oder schweigen.

Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrfroh gewürdigt zu werden.»

Radek beruft sich auf den Roman von Freksa «Der Wanderer ins Nichts». Wenn der deutsche Nationalismus sich nicht entschliesse, ein Bündnis mit der Sowjetunion einzugehen, dann solle er auf das Denkmal von Albert Leo Schlageter schreiben: «Der Wanderer ins Nichts».

Nur Narren könnten glauben oder Feiglinge, die die Wahrheit fürchten, dass nur der Kaiser und nicht das deutsche Volk für die Niederlage des deutschen Volkes zu zahlen haben werde:

«Schlageter wird beweint von der Stinnes-Presse. Herr Stinnes wurde eben in der Alpina Montana der Compagnon von Schneider-Creusot, des Waffenschmieds der Mörder Schlageters. Gegen wen wollen die Deutsch-Völkischen kämpfen: Gegen das Entente-Kapital oder das russische Volk? Mit wem wollen sie sich verbünden? Mit den russischen Arbeitern und Bauern zur gemeinsamen Abschüttelung des Joches des Entente-Kapitals, oder mit dem Entente-Kapital zur Versklavung des deutschen und russischen Volkes? Schlageter ist tot, er kann die Frage nicht beantworten. An seinem Grabe haben seine Kampfgenossen die Fortführung seines Kampfes geschworen. Sie müssen antworten: Gegen wen, an wessen Seite?»

Die Befreiung Deutschlands könne nur zusammen mit der Arbeiterklasse erfolgen. Entscheiden die Führer des deutschen Nationalismus anders, dann sei der Tod von Albert Leo Schlageter ein Weg ins Nichts gewesen:



Karl Radek

«Als nach Jena Gneisenau und Scharnhorst sich fragten, wie man das deutsche Volk aus seiner Erniedrigung herausbringen kann, da beantworteten sie die Frage: Nur, indem man den Bauer frei macht aus der Hörigkeit und der Sklaverei der Freien. Nur der freie Rücken des deutschen Bauern kann die Grundlage bilden für eine Befreiung Deutschlands. Was die deutsche Bauerschaft am Anfang des 19. Jahrhunderts war, das ist für die Geschicke der deutschen Nation am Anfang des 20. Jahrhunderts die deutsche Arbeiterklasse. Nur mit ihr zusammen kann man Deutschland von den Fesseln der Sklaverei befreien, nicht gegen sie.

Das stärkste Volk kann nicht ohne Freunde bestehen, desto weniger ein geschlagenes, von Feinden umgebenes Volk.» Das war keine kleine geschichtliche Lösung für die Deutschen. Es wurde ihnen gesagt, wie sie eine «grosse Politik» betreiben und sich nicht zu einem kleinen Volk machen lassen konnten. Hitler handelte zuletzt nach diesem Plan. Auch er ein «Wanderer ins Nichts» und in ein blutiges Chaos. Die Sowjets erklärten immer wieder, dass sie mit den deutschen Nationalisten besser zu Rande kämen als mit der demokratischen Linken. Als mit dem sowjetischen Handelsvertreter in Berlin, Kopp, die Frage erörtert wurde, ob ein Berufsdiplomate oder ein deutscher Parlamentarier als deutscher Botschafter nach Moskau gehen sollte, antwortete Kopp, indem er ein Lineal vom Schreibtisch nahm:

«Sehen Sie, Herr Baron, hier ganz links sind wir, die Bolschewiken, dann kommen die Mehrheitssozialisten und in der Mitte die Demokraten und zum Schluss die Leute von der Rechten. Nur können Sie uns mit den Mehrheitssozialisten und den Demokraten nicht zusammenbringen, aber Sie brauchen nicht viel Druck anzuwenden» – und damit bog er das elastische Stahllineal, dass die Enden zusammenkamen – «und wir nähern uns der Rechten. Also geben Sie uns keinen Parlamentarier, sondern einen Berufsdiplomaten.»

Die Sowjets ermutigten die deutsche Diplomatie nicht zu neuen Wegen. Für sie gab es nichts zwischen einem kommunistischen und reaktionären Deutschland. Das erstere konnten sie nicht haben; so trugen sie dazu bei, das alte Deutschland zu erhalten, und den Weg der deutschen Geschichte nicht zu verändern. Amerika hatte nicht vermocht, ein neues Deutschland zu schaffen, und die Sowjets wollten es nicht. Die sowjetische Revolution andererseits erschien breiten Kreisen des deutschen Volkes als eine Morgenröte und als ein Licht der Hoffnung für Deutschland. Was Joseph Wirth sagte, war die Meinung fast aller deutschen Politiker: Immer wenn unsere Beziehungen zum Westen schlecht werden, dann können sie durch einen Rückgriff auf die russische Hilfe wieder in Ordnung gebracht werden. Es gab eine

breite Strömung eines preussischen und nationalen Bolschewismus. Die Auffassung war weit verbreitet, dass Deutschland und Russland sich zusammen tun sollten, weil in dieser gärenden Landmasse die Deutschen schliesslich die Führung an sich reissen müssten. Troeltsch, der Religionshistoriker und Religionsphilosoph, sagt in seinen «Spectator-Briefen»: «Sanguinische Politiker bei uns sehen schon die Stunde kommen, wo wir zwischen einem Bündnis mit der Entente oder mit den Bolschewisten zu wählen haben werden! Begeisterte Nationale oder die Betrogenen des Versailler Friedens sehen uns schon am Rhein mit den Bolschewisten kämpfen und glauben, die Verwüstung Deutschlands durch sie in den Kauf nehmen zu sollen, oder meinen, das werde so schlimm nicht werden. Echt preussische Leute hört man die Selbstauflösung des Reiches und die Wiederherstellung des friderizianischen Preussens fordern, das allein besser dem Kampf gewachsen sei als mit dem doch einem Rheinbund verfallenen Süddeutschland. Und Leute, die glauben, dass die Weltgeschichte sich ebenso durchaus wiederhole, wie sie selbst das tun, denken an 1813 und den Bund Preussens und Russlands von damals gegen den korsischen Tyrannen.»

Der Taugen-Mythos, der Traum von der Wiederholung der Tat des Generals Yorck, das lief als Legende unter der deutschen Jugend um. Deutschland müsse seine innere Wiedergeburt und seine nationale Befreiung in Anlehnung an die neu emporsteigende Macht des Sowjetstaates erlangen. So verbindet eine gemeinsame Ideologie die nationalbolschewistischen Schwärmer des Jahres 1923 mit manchen nationalistischen Hoffnungen der Gegenwart. Die Auffassungen Hitlers sind nur eine Episode dieser geistigen Entwicklung, weil auch er ihren Grundgedanken übernimmt. Er erklärt, dass Deutschland Zeuge einer weltgeschichtlichen Katastrophe ohnegleichen sei, nämlich des Zusammenbruchs des Russischen Reiches, und dass nun die Stunde für die Deutschen gekommen sei, den Raum zwischen Rhein und Sibirien zu einem grossen, gigantischen, noch nie erlebten Machtgebilde zu formen.

Das war ganz natürlich, weil im Westen kein neuer Gedanke aufflammte, aber aus all den Scheusslichkeiten des Bolschewismus doch eine neue Idee – wie alle neuen Ideen, um das Wort von Carlyle zu gebrauchen, von Himmelslicht beschieden und Höllenfeuer umgürtet – emporstieg. Die einen dachten an die blutige Narretei eines gemeinsamen Weltkrieges von Deutschland und Russland gegen den verkommenen Westen. Die anderen dachten daran, dass von Russland auch für Deutschland ein Quell der Erneuerung ausgehe. Ricarda Huch schrieb im Februar 1919, dass ihr auffalle, wieviel Sympathie unter den Intellektuellen für den Sozialismus herrsche, nicht für dessen Verfahren, aber für dessen Ideen:

60 Die Weimarer Republik

«Ich glaube auch, dass die Veränderungen radikaler sein müssen und radikaler sein werden, als es jetzt scheint... Die Meinung, dass Deutschland berufen ist, das wirklich durchzuführen, was der russische Bolschewismus möchte, aber nicht kann, scheint mir richtig. Deutschland wird wieder die Aufgabe haben, die Mitte zwischen Ost und West zu sein.» Am 6. März 1919 schrieb dieselbe Ricarda Huch, dass in Deutschland und Europa allein die Bolschewisten Kraft, Energie und Unternehmungsgest zu besitzen schienen: «Wenn das so ist, gehört ihnen die Zukunft mit Recht. Eine Regierung, die sich nicht Respekt und Gehorsam verschaffen kann, ist keine. Man unterschätzt allzu leicht das Männliche, die Kraft, den Ehrgeiz, die Herrschaftsfähigkeit, Dinge, die gerade so göttlich und wichtig sind wie die Güte.» Es war also kein Wunder, dass Wirth, der sich vor den Westmächten so oft zu beugen hatte, aus der «Ostorientierung» ein Evangelium machte und dass er weithin Verständnis für seine Politik fand.

So kam der Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 zustande, den zwei aus der Staatengemeinschaft ausgestossene und verfeimte Völker miteinander schlossen, die zwei grossen Geschlagenen des ersten Weltkriegs, die Unzufriedenen und Revolutionäre der damaligen Weltpolitik.

Der Inhalt des Vertrages war ziemlich harmlos. Die beiden Staaten erkannten sich gegenseitig diplomatisch an und verzichteten wechselseitig auf alle Ansprüche aus dem letzten Kriege. Der Vertrag scheuchte nur die Geister hoch, weil er während einer internationalen Konferenz – der Konferenz von Genua – abgeschlossen wurde, die zu einer allgemeinen Regelung europäischer Fragen führen sollte. Die Deutschen erlagen dabei einem sowjetischen Bluff. Die Sowjets hatten bisher noch nicht förmlich auf die Ansprüche verzichtet, die ihnen der Paragraph 116 des Versailler Vertrages gab, und die Franzosen liessen gelegentlich eine Andeutung fallen, sie würden die Sowjets einladen, ihren Anteil an der deutschen Reparation kraft dieses Artikels zu fordern. Kurz vor und während der Konferenz von Genua benützten nun die Sowjets diesen Artikel zu einem regelrechten Erpressungsmanöver. Der Artikel 116 des Versailler Vertrages sah sehr bedrohlich aus. Der Diplomat Wipert von Blücher sagt es in seinem Buch «Deutschlands Weg nach Rapallo» so simpel und naiv, wie es auf dem geduldigen Papier stand: «Infolgedessen konnte sich Russland jederzeit in die Front der Reparationsgläubiger einreihen und dadurch dem unter der Wiedergutmachungslast zusammenbrechenden deutschen Volk den Gnadestoss versetzen.»

In Wahrheit aber handelte es sich bei dem ganzen russischen Vorgehen nur um einen Bluff. Sie hatten zwar bisher den Versailler Vertrag als einen Raub- und Schandvertrag

bezeichnet und den Völkerbund als eine Räuberhöhle.

In den Versailler Vertrag «einzusteuern», war zwar für die Sowjets schwierig, aber nicht schwierig genug für die völlig bedenkenlose sowjetische Aussenpolitik. Doch die Stunde für diese Kehrtwendung war noch nicht gekommen. Auch waren die Sieger sich schon einig, dass die deutsche Zahlungsfähigkeit eine obere Grenze habe. Was die Sowjets bekommen hätten, wäre den Zahlungen an die Westmächte abzuziehen gewesen.

Die Sowjets liessen in Genua durchsickern, dass sie vor einem Abschluss mit den Franzosen stünden (was vollkommen falsch war). Der russische Volkskommissar des Äusseren, Tschitscherin, rief mitten in der Nacht des Ostersonntags den deutschen Staatssekretär des Äusseren, v. Maltzahn, an, um ihm zu sagen, dass es die letzten Stunden für einen Vertrag mit den Deutschen seien. Maltzahn, schützte zuerst vor, dass er am Sonntag in die Kirche gehen müsse. Aber er besuchte dann in der Nacht den deutschen Aussenminister Rathenau, der ruhelos in seinem Zimmer umherwanderte. Maltzahn rühmte sich nachher, dass er Rathenau förmlich vergewaltigt habe. Den deutschen Reichskanzler Wirth, der die Ostorientierung anbotete, brauchte er nicht einmal zu verführen. Das deutsche Auswärtige Amt trat in der Nacht – alle in Pyjamas gehüllt – zusammen. Man kam dann – gegen die lebhaften Skrupel Rathenaus – zu dem Entschluss, mit den Sowjets abzuschliessen.

So ist am Ostersonntag 1922 der Vertrag von Rapallo zwischen dem Reich und der Sowjetunion abgeschlossen worden. Irgendwelche Geheimklauseln enthielt er nicht.

Die vielberedete Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee war schon im Jahre 1919 eingeleitet worden. Reichspräsident und Reichskanzler hatten zugestimmt unter der Bedingung, dass die Reichsregierung offiziell von der Sache nichts wissen dürfe. Die Rote Armee brauchte technische Berater. Die Reichswehr entwickelte auf dem Gebiet der Sowjetunion militärische Fabrikationen, die ihr durch den Versailler Vertrag verboten waren und die in Deutschland selbst kaum ohne Entdeckung und Verrat hätten durchgeführt werden können. Flugplätze der Reichswehr wurden in der Sowjetunion angelegt, Giftgasfabriken gebaut und Panzermodelle erprobt. Der deutsche Staatshaushalt musste gefälscht werden. Die Särge deutscher, in der Sowjetunion abgestürzter Flieger wurden als «Maschinenteile» durch den deutschen und sowjetischen Zoll geschleust. Es kam nicht viel dabei heraus: Die Reichswehr bekam die Munition, mit der sie die kommunistischen Aufstände niederschlagen konnte. Schon unter Lenin war es Gesetz, dass die machtpolitischen Interessen des Sowjetstaates vor denen des Weltkommunismus zu rangieren hätten.

Diese militärische Zusammenarbeit ist 1934 von Hitler beendet worden, nicht wegen seiner antibolschewistischen Einstellung, sondern weil er im Gegensatz zu der damaligen Reichswehrführung mit dem grossen Kriege und nicht mit kleineren Kriegen, wie etwa mit Polen oder mit der Tschechoslowakei, rechnete. Die grosse Aufrüstung des Reiches konnte nur im hellen Licht des Tages mit den vollen Mitteln des Reiches durchgeführt werden. Dafür nützten ein paar veraltete Junkers-Maschinen nichts, die in der russischen Steppe übten. Für Hitler war derselbe Grund bestimmend, der ihn die Freikorps und Wehrverbände, einschliesslich der eigenen SA, ablehnen liess. Er dachte nur an eine vollorganisierte moderne Wehrmacht, die nicht mit nächtlichen Übungen im Bayrischen Wald und durch geheime Verträge mit Augenblicksfreunden aufzubauen war.

Ein Bündnis mit der Sowjetunion war der Rapallo-Vertrag in keinem Fall. Die Reichswehr wollte weder mit der Sowjetunion noch gegen die Sowjetunion Krieg führen, sondern nur aus den grössten Erbärmlichkeiten ihres Rüstungsstandes herauskommen. Ein wenig Angst der Westmächte vor der Zusammenarbeit des Reiches mit der Sowjetunion erschien zudem als ganz nützlich.

Erfolg hätte die Konferenz von Genua auch dann kaum gehabt, wenn die Deutschen und die Sowjets nicht in Rapallo ihren Vertrag geschlossen hätten, der den Siegern – ohne schwerwiegenden Anlass – die Freude an den Palmen am blauen Meer verdarb. Während der Reichskanzlerschaft Josef Wirths geschähen die grossen politischen Morde im Reich. Walther Rathenau hatte seine Rede auf der Schlussitzung der Konferenz von Genua mit dem pathetischen Zitat aus Dante geschlossen: Pace, Pace, Pace. In Deutschland aber herrschte die Kugel politischer Mörder.

Der Abgeordnete der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Dr. Gareis, wurde im Juni 1921 in München ermordet, weil er im bayrischen Landtag die geheimen Rüstungen des Reiches, so wie er sie sah, offenbart hatte. Die Morde richteten sich also zunächst gegen die «Verräter», gegen alle, welche die geheimen Wege enthüllten, zu denen sich die Reichsführung damals genötigt glaubte:

«Verräter verfallen der Feme!»

Am 26. August 1921 wurde Erzberger ermordet, als er sich anschickte, ins politische Leben zurückzukehren, als der Prozess gegen Helfferich vergessen schien, der ihn im März 1920 zum Rücktritt gezwungen hatte.

Damals schien die Reichsregierung mit eiserner Faust gegen die Bewegung der Rechten vorgehen zu wollen. Am 29. August wurde auf Grund des Artikels 48 eine Ausnahmeverordnung erlassen, in der es hiess:

«In dieser Lage des Vaterlandes Verfassung und Gesetze antasten oder verächtlich machen, heisst eine zweite, in Wahrheit erst verneinende Niederlage und damit den Zerfall des Reiches vorbereiten.»

Wirth sprach am Grabe Erzbergers:

«Das Vaterland ist in Not, und da rufe ich hinaus in alle Gauen unserer Heimat: Deutsches Volk, wache auf! Schüttele die ab, die aufs Neue dich in schwere Bedrängnis bringen wollen! Folge dem Stern des neuen Staatsgedankens, der euch den Weg zur neuen Freiheit finden lässt! Wir ehren den Toten, wenn wir sein Werk ehren, das, so Gott will, als gesichert erachtet werden kann.»

Aus Anlass dieser Morde sprach Josef Wirth das berühmte Wort:

«Der Feind steht rechts.»

Dieses Wort kennzeichnet weder ihn selbst, weil er Verbindungen weit nach rechts hatte, noch die deutsche Lage. Das Schicksal der Deutschen Republik hing eher daran, ob die deutsche Rechte ein positives Verhältnis zum neuen Staate fand.

Als am 24. Juni 1922 Walther Rathenau ermordet wurde, sprach Josef Wirth die Formel offen aus:

«Da steht der Feind, wo Mephisto sein Gift in die Wunde eines Volkes träufelt, da steht der Feind und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts.»

Das Wort gab damals die Empfindung von Millionen von Deutschen wieder. Wenn die Rechte aber der Feind war, musste die Republik diese Rechte zerbrechen können, oder es musste eine Rechte entstehen, die der Republik nicht feind war.

Die Fortsetzung des Weltkrieges mit anderen Mitteln: Der Ruhrkampf

Im November 1922 stürzte die Regierung Wirth. Es wäre Vermessenheit, wissen zu wollen, was der wirkliche Grund war. Die damaligen Koalitionsregierungen hatten immer wieder Dinge zu tun, die den beteiligten Parteien unangenehm waren. Die schlechte Laune der Parteiführung konnte leicht zum Sturz eines Ministeriums führen. Die Sozialdemokratie erfand irgendeinen Zorn und opferte das Kabinett. Der Reichspräsident, der die wirtschaftliche und aussenpolitische Krise nahen sah, strebte nach einem Kabinett der

grossen Koalition, in dem die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei, das vermeintliche Organ der Schwerindustrie, sass. Aber die Sozialdemokraten lehnten eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei als der Partei des Schwerkapitals ab mit dem Aufgebot der klassenkämpferischen Entrüstung, die sich in einem halben Jahrhundert aufgestapelt hatte. Wirth stürzte sich dann selbst vom Felsen der Regierungsmacht herab, als die Parteien nicht wollten.

62 Die Weimarer Republik

Ebert war nun des ewigen Parteienstreites satt, und ernannte einen Generaldirektor der Hapag, Cuno, zum Reichskanzler. Dieser hatte sich in leitenden Beamtenstellungen bewährt, so als Vorsitzender der Reichsgroßhandelsstelle, und war dann zur Hapag gestossen. Der Reichspräsident, der das Gegenteil in ausreichendem Masse bei seinen Parteigenossen sah, wurde imponiert durch die weltmännischen Manieren Cunos. Er berief den liebenswürdigen und ehrbaren Hamburger, den hochgewachsenen Repräsentanten der konservativen Grossbourgeoisie Hamburgs zum Leiter der deutschen Politik. Man rühmte den Hamburger grosser internationaler Verbindungen und meinte, dass die mannigfachen wirtschaftlichen Beziehungen ihn in den Stand setzen würden, der erste Nachkriegskanzler zu sein, der den Sanktions- und Annektionsplänen ein glattes Nein entgegenzusetzen könnte. Es ging eine Welle des nationalen Widerstandes durch Deutschland, und die Regierung Cuno bekam die einstimmige Zustimmung des Reichstages (von den Kommunisten und einigen völkischen Krakeelern abgesehen). Er bildete ein sogenanntes Kabinett der Fachleute. Niemand brauchte seine politische Gesinnung durch ein Parteibuch nachzuweisen. Es gelang Cuno ebenfalls, die Spitzen grosser deutscher Wirtschaftsunternehmungen für sein Kabinett zu bekommen. Aussenminister wurde der Berufsdiplomat Frederic Hans von Rosenberg, der während des Ruhrkampfes die Ratlosigkeit Cunos mit dem Rat diplomatischer Erfahrung auf Grund eingefrorener Gewohnheit bestärkte. Als vollends die Franzosen ins Ruhrgebiet einrückten, galt die deutsche Opposition gegen das von allen deutschen Parteien getragene Kabinett als unpatriotisch. Die klassenkämpferische Abneigung des Funktionärs gegen die Schwerindustrie, sobald sie ein Mitgliedsbuch der Deutschen Volkspartei trug, wurde von der Woge der nationalen Begeisterung in Deutschland weggefegt.

Im Herbst 1922 war Frankreich entschlossen, den Würgegriff der Reparationen anzuwenden, um Rhein und Ruhr unter seine Gewalt zu bringen und das «Grössere Frankreich», die machtvolle französische Industrienation, zu schaffen. Poincaré hatte es nicht schwer, eine Begründung oder einen Vorwand für sein Tun zu finden. Im modernen Krieg kann der Besiegte am wenigsten die Kriegsschäden bezahlen. Presste man die dafür nötigen Unsummen aus dem Reich heraus, schied Deutschland als Partner der europäischen Wirtschaft aus.

In den Bestimmungen des Versailler Vertrages war vorgesehen, dass Deutschland die Reparationen durch Geld bezahlen sollte. Das konnte es nur, indem es den anderen Industriemächten der Erde eine ganz erhebliche Konkurrenz machte. Geld ist immer der Gegenwert für Ware, und diese Ware musste Deutschland über die Welt ausschütten, wenn

es den Geldbetrag aufbringen wollte, um die Reparationen zu bezahlen. Es wäre zum Vorteil des Deutschen Reiches gewesen, wenn es in den Stand gesetzt worden wäre, Reparationen von solchem Umfang zu bezahlen, die sie nur als eine führende Industrienation, ja beinahe als die erste Industrienation der Welt, hätte aufbringen können.

Die erste Berechnung der Reparationen geschah durch den französischen Finanzminister Klotz. Klotz errechnete eine derartig astronomische Summe, dass man – zu Unrecht – sein Ende im Irrenhaus damit in Verbindung gebracht hat. So taumelte man von 1918 bis 1932 von einer Lösung zur anderen. Einmal wurde durch den Reparationsvorschlag die deutsche Wirtschaft zerstört, ein andermal die internationale Wirtschaft.

Die Hughes Cunliff Commission von 1918 errechnete eine deutsche Gesamtschuld von tausend Milliarden Mark, die in jährlichen Raten von fünfzig Milliarden Mark zahlbar war. Eine amerikanische Gesamtschätzung des Jahres 1919 bezifferte die deutsche Reparationsschuld auf sechshundertfünfzig Milliarden Mark. Die Konferenz von Boulogne vom Juli 1920 schloss sich im grossen dieser Summe an, während die Pariser Konferenz vom Januar 1921 auf ungefähr fünfhundert Milliarden Mark zurückging. Die Deutschen ihrerseits boten im März 1921 insgesamt fünfzig Milliarden an, während die Reparationskommission im April 1921 wiederum eine Summe von über hundert Milliarden Mark zusammenrechnete. Die Regierung Wirth hatte zwar im Mai 1921 das Londoner Ultimatum angenommen, doch war damit noch keineswegs die Zahlung der Reparationen garantiert. Denn es kam der rasche Verfall der Reichsmark, der seit August 1922 die deutsche Wirtschaft lähmte und so auch den Wert der Reparationszahlungen in Frage stellte. Als einzigen Ausweg sahen die deutschen Politiker ein «Moratorium» an, den Aufschub der Reparationszahlungen, um dem Reich eine Chance zu geben, seine Wirtschaft und Währung zu sanieren. Während die deutschen Vorschläge in England und den Vereinigten Staaten Verständnis fanden, pochte der Ministerpräsident Poincaré nervös auf Frankreichs formale Rechte, mit Recht fürchtend, eine Kompromisslösung werde seine Rhein- und Ruhrpläne durchkreuzen. So scheiterte bis Januar 1923 jede noch so gut vorbereitete internationale Konferenz, zumal auch Belgien und Italien, das seit dem Herbst 1922 von Mussolini autoritär-faschistisch regiert wurde, sich der französischen Politik anschloss. Es fehlte nur noch ein Anlass, damit Poincaré sich die «produktiven Pfänder» holen konnte, die er für das Wohl Frankreichs für nötig hielt. Wollte oder konnte Deutschland nicht zahlen und liefern, so musste sich Frankreich selbst, meinte es, in den Bergwerken und Fabriken des Ruhrgebiets die Güter sichern, die es forderte. Der Anlass, den man schliesslich fand, war eine Lappalie.

Der Ruhrkampf 63

Die internationale Reparationskommission stellte am 9. Januar 1923 fest, dass Deutschland vorsätzlich u. a. einige Güterzüge mit Telegrafentangen zuwenig über die Grenze geschickt habe. Der britische Vertreter stimmte gegen diese Feststellung, da er die Vorsätzlichkeit für nicht für erwiesen hielt. Seit dem Trojanischen Pferd sei mit Holz kein solcher Missbrauch getrieben worden, meinte er. Schliesslich schickten Frankreich und Belgien eine Ingenieurskommission ins Ruhrgebiet, die den Ruhrkohlenbergbau kontrollieren sollte, um weitere Lieferverzögerungen zu verhindern. Es dürfte kein Zweifel daran bestanden haben, dass diese Ingenieure ihr Fach verstanden, und vielleicht wäre es ihnen sogar möglich gewesen, herauszufinden, warum das Reich mit den Lieferungen im Rückstand war (was in Deutschland ohnehin jedes Kind in den eiskalten Schulräumen und Wohnungen wusste. Das Merkwürdige an dieser Ingenieurskommission war nur, dass sie in Frankreich für aussergewöhnlich schutzbedürftig angesehen wurde. Fünf Divisionen rückten so am 11. Januar zu ihrem Schutz in das Ruhrgebiet ein.

Das Reich aber war entschlossen, Widerstand zu leisten. Das ganze deutsche Volk glaubte in diesen Tagen an den Mythos des Generalstreiks. Seit dem Kapp-Putsch sass in allen Herzen die Idee, dass man die Militärdiktatur zu Tode streiken könne:

«Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.» Das deutsche Volk an der Ruhr tritt in den Generalstreik. Die Besatzungsmacht sollte ins Leere greifen. Das Leben müsse ja zum Erliegen kommen, wenn Arbeiter, Beamte und Angestellte die Arbeit niederlegten. Die Züge führen nicht, keine Kohle würde aus den Bergwerken gefördert und keine geförderte abtransportiert. Die Maschinen stün-

den stille. So müssten zuletzt die Nerven der Besatzungsmacht gelähmt werden, Hunger und Kälte um sie schleichen. In unzähligen Leitartikeln wird gesagt, dass man mit dem Bajonett keine Kohle aus der Erde herausholen könne. Aber sehr bald wird den Deutschen nahegebracht, was für ein mächtiges Ding doch ein Bajonett bei alledem ist. Die Franzosen beschlagnahmen Kohlentransporte. Sie greifen gewaltsam in den Post- und Zahlungsverkehr ein. Sie holen Lebensmittel und Kraftwagen von der Strasse weg. Am 29. Januar wird der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Am 2. Februar wird der Bahnverkehr gesperrt. Bergwerksbesitzer, Direktoren und Beamte werden laufend verhaftet. Zuletzt hilft die Besatzungsmacht selbst dem Streik nach. Deutschland streikt ja gegen sich selbst. Am 12. Februar wird die Ausfuhr aller Erzeugnisse des besetzten Gebiets in das unbesetzte Gebiet verboten. Ein eiserner Vorhang zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet geht nieder. Ein Volk mag die eigene Regierung auf die Knie niederzwingen, indem es schwört, sich selbst unter den Trümmern der Staatsgewalt begraben zu wollen. Aber im Grunde steht das Volk doch vor der Wahl, nachzugeben oder zugrunde zu gehen. Auf die Dauer entscheidet sich dabei jede Nation für das Leben.

Bald offenbarte sich im Ruhrkampf, dass ein Generalstreik ein Streik der Nation gegen sich selbst ist.

Aber erwiesen ist es bis heute nicht, ob weniger als soviel Nartheit genügt hätte, die Welt nach zu rütteln. Die Deutschen hatten eine Zauberwaffe für ihren nationalen Widerstand: Den Generalstreik. Es war die sozialistische Linke, die auf dieses Verfahren gekommen war. Man glaubte im Kapp-Putsch die Macht der Generale durch den Streik der Arbeiter gebrochen zu haben (von Generalen übrigens, die von ihrem Handwerkszeug, den Gewehren und Kanonen, keinen Gebrauch zu machen wagten). Der Reichskanzler Cuno, es an gepflegter und redlicher Unfähigkeit mit den Reichskanzlern von Bethmann-Hollweg und Michaelis aufnehmend, hatte eine Mehrheit im Reichstag wie nie eine Regierung zuvor. Die Deutschen machten sich nun daran, unter Führung eines hochkapitalistischen Grandseigneurs, die Franzosen aus dem Ruhrgebiet herauszustreiken.

Am Anfang schien der Versuch auch zu glücken. Frankreich, das ins Ruhrgebiet einmarschiert war, weil es zuwenig Kohlen erhielt, bekam nun nur mehr ein Drittel. Der «Simplizissimus» konnte französische Offiziere zeichnen, die aus dem deutschen Kohlenpott nach Hause schrieben, ob ihre Angehörigen ihnen nicht ein Päckchen Kohle schicken könnten. Franzosen erklärten, dass sie sich wie Ratten in einem Loch fühlten.

Aber die Deutschen im Ruhrgebiet hatten von der Arbeit gelebt. Sie konnten diese Arbeit verweigern, weil sie den Franzosen zugutekam. Aber dann musste das Reich sie ernähren;



Raymond Poincaré

64 Die Weimarer Republik

die Reichsregierung zahlte Streikunterstützung in gigantischem Ausmass. Aber es geht immer über die Kraft eines Staates, nicht arbeitende und nicht verdienende Millionen zu unterhalten. Für das, was ruhende Fabriken, lahmgelegte Bergwerke, angehaltene Maschinen nicht erzeugen, gibt es nie Ernte. Nicht geförderte Kohle und nicht eingebrachte Ernte fehlen einer Nation immer. Die Reichsregierung hatte Unmögliches unternommen. So nahm es zu dem billigsten und bequemsten Mittel Zuflucht: Es druckte Geld. Die Notenpresse lief mit einem schaurigen Dröhnen unablässig und spie wie ein Niagara-Fall unendliche Wogen von Geld in das Land hinein. Praktisch bedeutete dieses Verfahren, dass das Reich sich das Geld von den Besitzern als Bargeld stahl.' Täglich verringerte sich der Kaufwert des Geldes. Auf einen Markschein wurde übergedruckt: Eine Million, morgen eine Milliarde, in einer Woche eine Billion. Als die Inflation zu Ende ging, kostete ein Brötchen zehn Billionen (zehntausend Milliarden) Mark. Millionäre konnten sich mit ihrem Vermögen in der Volksküche kaum eine Wassersuppe kaufen. Alle Zusammenhänge lösten sich auf. Man kehrte zum primitivsten Naturtausch zurück. Diese Pest aber, an der Deutschland verendete, wurde nationaler Widerstand geheissen. Dabei gab es unzählige Nutzniesser dieser Inflation. Die Besitzer der Sachwerte konnten sich alles kaufen, was es auf der Welt gab. Die Nichtsnutze unter ihnen kauften sich Rennpferde, Nachtlokale und Frauen. Die Mehrzahl der Unternehmer und Sachwertbesitzer, die Arbeit und Geld anboten, erwarben sich Schlösser Zeitungen, Hotels, Fabriken aus allen Branchen, die nie und nimmer zusammenpassen. Hugo Stinnes war der Typus dieses Inflations-Condottiere. Als die Inflation zu Ende ging, besass er alles, was man sich denken konnte, Kohlenbergwerke, Zechen, Stahlwerke, Textilfabriken, Hotels, Zeitungen, Schiffe. Er war wie ein Trödler der deutschen Wirtschaft, der alles kaufte, was ihm jemand anbot, der nicht weiter konnte. Als die Inflation vorbei war, machte die Trödelsammlung der Stinneschen Unternehmungen Bankrott.

Der ganze deutsche Mittelstand wurde durch die Inflation zermürbt und zermalmt. Menschen, die ein Leben lang gespart hatten, um sich ein bescheidenes Vermögen aufzubauen, wurden durch die satanische Notenpresse, deren Ratern nur durch erpresserische Streikdrohungen der Setzer aufgehalten und unterbrochen wurde, über Nacht in Bettler verwandelt.

Deutschland befand sich in der Auflösung. In Sachsen und Thüringen waren die Kommunisten auf dem Sprung, die Macht an sich zu reissen, in Bayern waren es die Nationalsozialisten. Am Rhein griff die Parole «Los vom Reich!»

lähmend um sich. Das Reich schien dem Verderben geweiht zu sein, und alles versuchte nun, es der Klugheit der Ratten gleichzutun, nämlich aus dem sinkenden Schiff auszusteigen.

Im Reich aber regierte das Kabinett Cuno. Walther Rathenau hatte vor Jahren von Cuno gesagt: «Diese Zigarre wird eines Tages ihres Deckblattes willen geraucht werden müssen.» Cuno und Rosenberg betrieben die in Deutschland geläufige Form von Machtpolitik. Natürlich konnte Frankreich nur durch entschlossene Machtentfaltung aufgehalten werden, so ging die Rede. Aber noch leidenschaftlicher versenkten sich die Deutschen in das Unrecht, das ihnen widerfuhr. Da war wenig Abschätzen der fremden Macht und der eigenen und kein Kalkül ihrer Proportionen. So erklimmte das Kabinett Cuno den Gipfel moralisierender Torheit, indem es von sich aus erklärte, dass die Aufgabe des passiven Widerstands erst nach der Räumung des Ruhrgebiets erfolgen könne. Das in den Wellen versinkende Deutschland klammerte sich an eine Pergamentrolle, in der Deutschlands völkerrechtliche Auffassungen festgehalten waren. Der Aussenminister von Rosenberg war ehrlich erstaunt darüber, dass die Welt ein Deutschland nicht mehr begriff, das Gefahr lief, zertreten zu werden und das nun – auf ein dunkles, nur deutschen Juristen völlig lichtetes Recht pochend – von Frankreich Busse verlangte, bevor das Reich selbst von seiner Selbstzerfleischung lassen wollte. Später sollte sich herausstellen, dass Poincarés Ziele nur zu vereiteln waren, wenn Deutschland sich unterwarf. Aber Kapitulation und Verzicht war bisher in Deutschland mit dem Tode bestraft worden; die Kugel hatte zu viele niedergestreckte, die sich gebeugt hatten. Die Regierung Cuno wurde nur durch die Kugel der Meuchelmörder am Leben erhalten. Sie hatte sich verpfändet, nicht zu unterschreiben, kein Unrecht gutzuheissen und sich nie der Gewalt zu unterwerfen. Fast jeder galt als Landesverräter, der sich gegen diese wahnwitzige Lösung des Festklammerns an verlorene und unhaltbare Dinge wandte und etwa meinte, dass eine grossmülig verweigerte Unterschrift die Wirklichkeiten dieser Erde nicht verändern könnte. Für das Reich gab es nur eine Möglichkeit des Wiederaufstiegs: sich unter eine unabänderliche Niederlage zu beugen. «Verräter verfallen der Feme», war damals die deutsche Lösung. In dem Stresemann-Buch Antonina Vallentins, das auf enger menschlicher Bindung beruht, heisst es: «Jeder Regierung, die eine Kapitulation wagen würde, drohte eine Mörderkugel. – Im Reichstag gab es nur die eine Stimme. Imaginäre Revolver aus dem Kreise der Mörder Erzbergers, Gareis' und Rathenaus hielten die Politik eines ganzen Landes in Schach – hielten das Kabinett Cuno-Rosenberg am Leben.»

Der rettende Verzicht: Gustav Stresemann

Einer trotzte der Mörderkugel: Gustav Stresemann. Er machte sich bereit, die Nachfolge des so schrecklich ruhmlosen

Gustav Stresemann 65

Kabinetts anzutreten, obwohl seine Versuche ergebnislos blieben, von England Garantien zu erlangen.

Endlich wurde dem Reichstag die phrasenreiche Katastrophopolitik der Regierung Cuno zuviel. Diese wurde durch ein von den Sozialdemokraten eingebrachtes Misstrauensvotum gestürzt. Gustav Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, seit Langem sich gegen die selbstgefällige Ratlosigkeit Cunos und Rosenbergs auflehnd, bildete eine Regierung der grossen Koalition. Diese war die Koalition zwischen Sozialdemokratie, Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei. Das hiess unter den damaligen Umständen, dass Gewerkschaften und Industrie in derselben Regierung sass.

Stresemann versuchte sogleich zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen. Er machte offenkundig, dass er bis zum Äussersten gehen würde, um die Ruhr zu befreien. Aber Poincaré öffnete nun Cuno und Rosenberg nach. Verhandlungen seien erst möglich, wenn das Reich bedingungslos den passiven Widerstand eingestellt habe. Poincaré hatte den Sieg davongetragen; er wollte jetzt die Demütigung des Reiches. Das Reich fand nicht einmal Unterstützung bei England im Kampf gegen die Forderung Poincarés nach unbedingter Unterwerfung. Der britische Aussenminister griff nicht die Ruhrbesetzung an sich an: er duldete es daher auch, dass das Reich ins Unrecht gesetzt und sein passiver Widerstand als ungesetzlich gebrandmarkt wurde. Er setzte keinen Zweifel in die Begründung der französischen Regierung für die Besetzung der Ruhr. Lord Curzon wusste, dass Poincaré nicht siegen durfte. Ein Frankreich, das Herr über die Ruhr war, brauchte England nicht mehr. Aber Lord Curzon konnte nur über Poincaré obsiegen, wenn die Ruhrfrage wiederum zu einer Angelegenheit aller Siegermächte gemacht wurde.

Am 10. August hatte der britische Aussenminister eine Note an die französische Regierung gesandt. Darin wurde behauptet, dass die französische Ruhrbesetzung nicht den Bestimmungen des Versailler Vertrages entspreche. Praktisch war die Note ohne jeden Erfolg, da die Franzosen sich nicht um sie kümmerten. Aber in Deutschland übte sie, wie Lord d'Abernon sagt, eine geradezu magische Wirkung aus. Stresemann erklärte sie für das «klarste und stärkste» Staatsdokument, das er je gelesen habe. Die regierenden Klassen Deutschlands befanden sich in einem Zustand der Kapitulation und Auflösung. Sie fühlten sich preisgegeben, so dass diese Note viel dazu beitrug, die Ordnung in Deutschland wiederherzustellen und die herrschenden Klassen mit einigem Mut und Selbstvertrauen zu erfüllen und ihnen die Entschlossenheit einzuflöschen, sich selbst zu retten.

Poincaré antwortete am 20. August mit einer Note, die ein Meisterwerk der Diktion war. Aber der Pfeil war ins Fleisch

gedrungen, denn Poincaré war sich nicht klar darüber, ob nicht die Deutschen und die Engländer ein Bündnis miteinander schliessen wollten. Gerade indem Curzon die französische These annahm, dass nämlich die französischen Truppen der Reparationen wegen ins Ruhrgebiet einmarschiert seien, sicherte er den Anspruch Grossbritanniens auf Mitsprache und verwehrte es den Franzosen, das Ruhrproblem allein zu lösen.

Es gelang nicht, das eiserne Nein Poincarés zu brechen, und der Winter stand vor der Tür. Wie viele wollten verhungern und erfrieren, weil der Einmarsch Poincarés ungesetzlich war? Stresemann fragte den Oberbürgermeister von Essen: «Wie lange hält die Ruhr noch? Bis November?» Jarres antwortete, dass man sich vom September ab nicht mehr auf die Ruhr verlassen könne. Man müsse vor Einbruch der Kälteperiode zu einem Ende kommen. Das ist die Weisheit des Streiks: Wer über Brot, Kohle, Wasser und Strom verfügt, ist Herr über die Menschen. Die Deutschen hatten die französische Armee fortstreiken wollen; jetzt hatte sich dieser



Gustav Stresemann

nationale Streik gegen das Volk selbst gewandt. Die Winterkälte zerbrach die Menschen wie dürre Reiser; die Kohle machte Sklaven. Am 24. September beschloss die Reichsregierung, den passiven Widerstand aufzugeben. Am 6. Oktober begründete Stresemann diesen Entschluss vor dem Reichstag. Antonina Vallentin schreibt darüber:

Stresemann trat vor den Reichstag – um sich dem Urteil über eine verlorene Schlacht zu stellen. Er ging langsam auf die Rednertribüne hinauf – um seine gesenkten Schultern lag etwas von der Geste eines, der auf das Schafott steigt. Er war sehr blass, als er sein Gesicht dem Hause zuwandte – aber sein Blick ging fest über das unruhige Halbbrund hin, aus dem ihm Schmährufe entgegenbrausten.

66 Die Weimarer Republik

Gustav Stresemann sagte damals:

«Der Mut, die Aufgabe des passiven Widerstandes verantwortlich auf sich zu nehmen, ist vielleicht mehr national als die Phrasen, mit denen dagegen angekömpft wurde. Ich war mir bewusst, dass ich in dem Augenblick, wo ich das tat, als Führer meiner Partei, die nach einer ganz anderen Richtung eingestellt war, damit nicht nur vielleicht die eigene politische Stellung in der Partei, ja, das Laben auf das Spiel setzte. Aber was fehlt uns im deutschen Volke? Uns fehlt der Mut zur Verantwortlichkeit.

... Zu wissen, dass man recht hat, dass man nicht anders handeln konnte, als man handelte – und sich auf einmal ganz allein zu finden, verhasst, geschmäht, verleumdet – sich zu fragen, wie soll man dem Irrtum eines ganzen Volkes standhalten – wie soll man beweisen, dass man als einzelner sich nicht geirrt hat ... es ist die schwerste Prüfung, die einem das Schicksal auferlegt.»

Es ist immer in der Tat schwerer, sich vor etwas zu beugen, was man als ein Unrecht ansieht, und es vor der Welt «anzuerkennen», als unabhängig feierliche Proteste dagegen einzulegen, vor allem wenn die «Anerkennung» die Vorbedingungen für die spätere Überwindung des Unrechts herbeiführen könnte. Poincaré hatte über Stresemann gesiegt. Gesiegt aber hatte in Wahrheit Lord Curzon. Er bereitete die Regelung durch eine internationale Kommission vor. Zu lösen war diese Reparationsfrage nur durch die Mitwirkung amerikanischen Kapitals. Die Schuldner mussten erst neue Schulden machen, um die alten bezahlen zu können. Damit war aber auch der Traum der französischen Wirtschaftsvormacht in Europa begraben. Die Amerikaner wollten Ruhe und Geschäfte. Der britische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, schrieb damals, dass die Deutschen nur die schwer bewaffneten 35 Millionen Franzosen sähen, ohne zu bedenken, dass eines Tages auch die 75 Millionen Deutsche genauso bewaffnet sein könnten. Die Amerikaner und die durchschnittlichen Engländer teilten eher den Glauben Deutschlands, dass es ein schwaches Land wäre. Es war den Deutschen in der Tat misslungen, sich aus Friedensvertrag und der Niederlage herauszuwinden. Es war aber auch Poincaré nicht gelungen, auf anderen Wegen zu erreichen, was Frankreich in Versailles nicht zu erlangen vermochte: die Vorherrschaft in Europa. Es blieb bei der internationalen Ordnung von Versailles – solange die Sieger aufpassten!

Poincaré sträubte sich noch geziemt. Am 5. Februar 1924 erklärte er sich zwar mit einer internationalen Konferenz einverstanden, verlangte jedoch, dass die Konferenz die Friedensverträge nicht erörtern dürfe, die das allgemeine öffentliche Recht Europas verkörperten und als etwas Unantastbares betrachtet werden müssten. Man könnte zwar über Nichtangriffspakte reden. Aber keine Zwangs-

massnahme Frankreichs gegen Deutschland zur Erfüllung des Friedensvertrages dürfe auch nur andeutungsweise als eine Angriffshandlung gekennzeichnet werden.

Nach der Einstellung des Ruhrkampfes musste Deutschland erst noch vom Wahnwitz der Aufruhrend Spaltungsbewegungen befreit werden, die das Chaos für ihre ruhmlosen Ziele missbraucht hatten. Die Regierung Stresemann liess die kommunistischen Regierungen Thüringens und Sachsens absetzen, was den Aufmarsch der Reichswehr an Bayerns Grenzen bedeutete.

Als der General von Seeckt dem Oberbefehlshaber der bayrischen Einheiten der Reichswehr, dem General v. Lossow, befahl, auf Grund des Ausnahmezustands den «Völkischen Beobachter», die Zeitung Hitlers, zu verbieten, weigerte sich Lossow; Seeckt setzte ihn daraufhin ab. Die bayrische Regierung befahl ihrerseits dem General von Lossow, im Amt zu bleiben und die Truppen auf den bayrischen Staat zu vereidigen. Die Armee, geübt, Eide zu schwören und zu brechen, leistete ohne Ausnahme den Eid. Kein anderer Staat hat je in der deutschen Geschichte einen so guten Grund für den Reichsverrat gehabt, nämlich das Weitererscheinen eines in unflätiger Sprache geschriebenen Blattes zu sichern. In dieser Lage hält Adolf Hitler, der spätere Führer der NSDAP, die Stunde der Tat für gekommen. Als Nachrichtoffizier der Reichswehr war er in die DAP gekommen, deren Mitglied Nr. 55 geworden, hatte den lächerlichen Verein zu einer in Bayern beachtlichen Bewegung gemacht und Kampferbände geschaffen, die mit Hilfe Röhm's, des eigentlichen Organisators des Freikorps Epp, zu einer richtigen Armee wird.

Aber Hitler denkt nicht daran, seine Armee gegen die Reichswehr einzusetzen. Das politische System des 8. November 1923 ist nicht anders als am 30. Januar 1933. In beiden Fällen sollen Macht und Machthaber des Staates sich Hitler zur Verfügung stellen, obwohl er 1923 die Mitwirkung der Herren des Landes noch mit allzu groben Mitteln zu erreichen hoffte. Es ist ein Glaubenssatz Hitlers, dass man gegen die Machtmittel des Staates und die Inhaber der bewaffneten Gewalt nicht frontal anrennen darf. Hitler kommt von der Grenze Europas, vom Balkan, so wie Stalin vom Balkan Russlands kommt. Er ist ein Genie des Schleichweges. Seine Lust ist es, feindliche Positionen von innen heraus zu unterhöheln. Daher scheut er die geraden Wege. Gewalt möchte er nur im Schutz der bestehenden Macht gebrauchen. Wie Stalin ist er ein Opportunist mit der Bombe in der Hand. Immer versucht er die Mächte, die er überwinden will, zu überreden, sich selbst ihr Grab zu schaufeln. Fast immer bringt er sie dazu, die ersten Schritte zum Unheil selbst zu machen. Am 8. November 1923 sollen der Generalstaatskommissar von Kahr und der General von Lossow zunächst nicht stürzen. Sie sollten mitmachen und

Der Marsch auf die Feldherrnhalle 67

ihm helfen. Er will sie dann beiseite werfen, wenn sie sich schon selbst aufgeben und als seine Instrumente den Boden unter den Füßen verloren haben, so dass sie wie ein Nichts weggekehrt werden können.

Die Bierkeller-Revolution und der Marsch auf die Feldherrnhalle

Hitler glaubte jetzt Kahr und Lossow in der Gewalt zu haben. Ein meuternder General, so legt Hitler Lossow dar, könne vor den Häschern immer nur nach vorn fliehen. Entweder er reisst die Gewalt an sich oder er endet auf dem Sandhaufen. Meuterer werden erschossen, es sei denn, sie können erschossen lassen. In einer revolutionären Zeit ist das eine unangreifbare Logik. Nur in Deutschland galt sie nicht. Denn «Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr». So musste Hitler Kahr und Lossow noch in seine Hand bekommen. Am 8. November unternimmt er seinen grossen Coup.

Der Generalstaatskommissar von Kahr hielt an diesem Tage im Bürgerbräukeller eine von sorgsamer Hand vorbereitete aus dem vollen Schatz der nationalistischen Phrase schöpfende Rede. Die Spitzen aller Lebensbereiche waren geladen. Der Bierkeller war eine einzige Mausefalle. Hitler befahl die Mobilmachung seiner Kampfverbände, beorderte mehrere Hundert schwerbewaffnete Männer zum Bürgerbräu, zog sich seinen langen Gehrock an und heftete sich das EK I an die Brust. Die feierliche Gewandung und Hitlers Ruf bewirkten, dass der kommandierende Polizeioffizier sofort dem Befehl Hitlers gehorchte, die Eingänge wegen der Gefahr des Gedränges räumen zu lassen. In einer Minute hatte die SA ihre Maschinengewehre vor den Eingängen in Stellung gebracht; mit freiem Schussfeld sperrten die Maschinengewehre mit ihren tödlichen Feuergängen alle Eingänge. Es war geglückt; beinahe alle Macht, die es in Bayern gab, war in einem Käfig.

Hitler konnte sein grosses Abenteuer beginnen. Den schussbereiten Revolver in der Hand, so bahnte er sich mit seiner Leibwache den Weg zur Rednertribüne. Dort las gerade noch von Kahr sein Manuskript ab; am Vorstandstisch sass der General von Lossow und der Oberst Seisser, Kommandeur der bayerischen Landespolizei. Wie nun Hitler und seine Garde, mit den Revolvern fuchtelnd, nach vorne drangen, sah das alles wie ein Wildwest-Überfall aus. Die Versammlung war in heller Empörung. Rufe erschollen: «Seid nicht so feige wie im November 1918. Schiesst!» Aber die Herren waren nicht auf Schiessen eingerichtet. Geladene Revolver trug man nicht mit sich. Hitler feuerte einige Schüsse gegen die Decke, um sich Ruhe zu verschaffen, und verkündete dann: «Die nationale Revolution ist ausgebrochen. Der Saal ist von 600 Schwerbewaffneten besetzt... Reichswehr und Landespolizei rücken bereits unter den Hakenkreuzfahnen heran.» Das letztere war bewusste Lüge; aber Lossow und Seisser sollten glauben, dass sie schon nichts mehr zu befehlen hätten. Hitler «bat» darauf die drei Herren ins Nebenzimmer. Er tat es – seines Geh

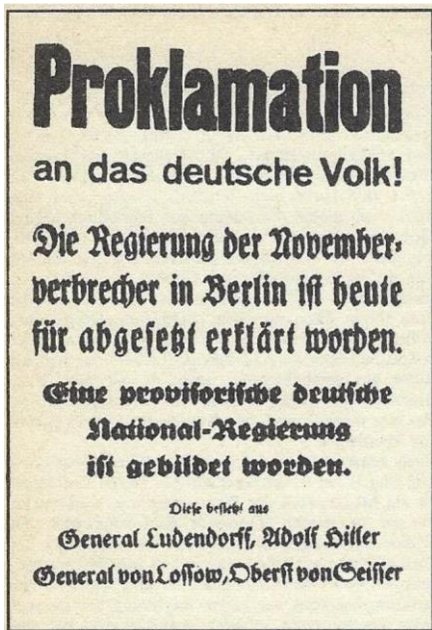
rocks eingedenk – sehr höflich. Aber es sah angesichts der gezückten Revolver aus, als würden die drei Herren abgeführt. Der General von Lossow flüsterte dabei Seisser zu: «Komödie spielen.» Er wusste, dass Hitler nicht schiessen konnte. Aber man musste aus dieser Mausefalle des Bierkellers wieder herauskommen. Was man um dieses Zieles willen tat, war nach den Worten des Generals vor Gericht nur «ein unabwendbares lästiges Übel».

Hitler redete im Nebenzimmer auf die drei ein. Er habe ihnen doch nur den «Absprung erleichtern» wollen. Kahr, bei dem zunächst persönliches Gekränktheit über die «Abführung» überwo, war für Hitler am gefährlichsten; wenn er vor den Zweitausend gegen Hitler sprach, war dieser gescheitert. Das war möglich und die «Komödie» deshalb eigentlich überflüssig.

Nach seiner erfolglos verlaufenen Beschwörung der drei ging Hitler in den Saal zurück. Durch eine Rede, die ein Meisterwerk der Demagogie war, wendete er, wie der bayerische Historiker Karl Alexander von Müller als Augenzeuge berichtet, die Stimmung der Versammlung wie einen Handschuh um. Mit kurzen, knappen und befehlsähnlichen Sätzen kündete er die Zusammensetzung der neuen Regierung an. Da war keine geschwätzige Entschluslosigkeit wie bei den anderen Staatsstreichen der jüngeren deutschen Geschichte: Absetzung des Reichspräsidenten und der Regierung der November Verbrecher, sofortige Bildung einer neuen nationalen Regierung von München aus – unter politischer Führung Hitlers; Aufstellung einer nationalen deutschen Armee unter Ludendorff; Ernennung Kahrs zum Statthalter der Monarchie in Bayern und Pöhners zum bayerischen Ministerpräsidenten mit diktatorischen Vollmachten, Lossows zum Reichswehrminister und Seissers zum Reichspolizeiminister.

Das stellte Hitler alles als abgemacht dar und bewirkte gerade dadurch den Stimmungsumschwung. Er trat sogar in die Fusstapfen des «Leichenmüllers»: «Der Morgen findet entweder in Deutschland eine deutsche nationale Regierung oder uns tot.» Die Floskel, von Hitler ohnehin ohne Zagen gebraucht, sollte den Glauben erwecken, dass ein heiliger Schwur aller Beteiligten vorläge. Nun war es ziemlich schwer für Kahr, Lossow und Seisser, vor eine begeisterte Versammlung zu treten und ihr zu sagen, dass alles nur Komödie wäre. Möglich war es noch immer, aber mit grösserem Elan, grösserer schöpferischer Tapferkeit, grösserer Unbeugsamkeit als die drei Herren hatten. Es blieb bei dem «Komödie-Spielen».

Hitler konnte jetzt im Nebenzimmer Kahr trösten; niemand werde ihn verspotten oder lächerlich finden.



Die Versammlung würde ihn vielmehr auf den Händen tragen. Endlich hielt Exzellenz von Kahr es doch für möglich, dass die Ausrufung der Monarchie eine historische Tat sein könnte.

Die Zweifel der drei wurden beseitigt durch die Ankunft Ludendorffs, der von Hitler als reines Werkzeug missbraucht wurde. Augenblicklich wandelte sich das äussere Bild und die Atmosphäre in dem berühmten Nebenzimmer. Die Revolver verschwanden blitzschnell. Ludendorff forderte die drei Herren auf, mitzumachen; es war nicht leicht, die Hand des «grossen Feldherrn des Krieges» auszuschlagen.

Nun gingen alle auf die Rednertribüne zurück. Hitler war selig, in seinem Gesicht war nach dem Zeugnis von Karl Alexander von Müller «ein kindlicher offener Ausdruck von Freude, den ich nie vergessen werde». Das Gesicht Kahrs war maskenhaft unbewegt, das Ludendorffs totenbleich. Lossow zeigte etwas Lässiges und Unbeteiligtes in der Haltung, ein listiges Fuchsgesicht und ein undurchdringliches Lächeln. Hitlers Rede war ein Ausbruch der Verücklung. «Ich will jetzt erfüllen, was ich mir heute vor fünf Jahren als blinder Krüppel im Lazarett gelobte: nicht zu rasten und zu ruhen ... bis auf den Trümmern des heutigen jammervollen Deutschlands wiederauferstanden sein wird ein Deutschland der Macht und Grösse, der Freiheit

und der Herrlichkeit. Amen!»

In dem Taumel der Glückseligkeit überhörte Hitler die Untertöne in den Erklärungen der anderen. Er ergriff nachher die Hände aller – nach seiner Gewohnheit mit zwei Händen und schaute ihnen starr – wie die Mensch gewordene Treue – lange in die Augen. Zu Kahr sagte er: «Ich werde treu hinter Ihnen stehen, Exzellenz, wie ein Hund.» Der Saal war ein einziger Rausch des Glücks; Tränen flossen. Auf dem Podium beweinten einige schon ihre Opfer von morgen.

Dann sass die deutsche Nationalregierung zusammen. Ihre Mitglieder wagten einander nur nicht fortzulassen. Aber dann ereignete sich die Katastrophe. Hitler musste für einen Augenblick wegen irgendwelcher Unruhen in die Stadt. Seine Abwesenheit benützten der General von Lossow und Kahr, um sich zu verabschieden. Hitlers SA-Chef Scheubner-Richter sprang auf, um stammelnd etwas dagegen zu sagen. Der General von Lossow richtete sich zu seiner ganzen Grösse auf, klemmte sich das Monokel in das Auge und sagte, dass er sich jeden Zweifel an dem Ehrenwort eines deutschen Offiziers verbäte. Ludendorff sprang Lossow bei: dem Ehrenwort eines Offiziers müsse man doch Glauben schenken. Lossow fuhr weg und unterzeichnete eine Viertelstunde später die schon vorbereiteten Befehle, die alle bayrischen Regimenter für den Kampf gegen die Rebellen mobilisierten. Morgens früh um drei Uhr gingen überall die Telegramme hinaus, die ankündigten, dass die Zustimmung der drei Herren «vor der Mündung der Pistole» erpresst worden wäre.

Jetzt erbot sich Ludendorff, die Führung des Putsches zu übernehmen. Er war überzeugt, dass sich vor ihm alle Gewehre senken würden. Am 9. November unternahm die Nationalsozialisten einen Demonstrationmarsch durch die Stadt. An der Spitze der Kampfverbände gehen Hitler, Ludendorff, Göring, Röhm, Streicher. Die erste Sperrkette der Landespolizei ist an der Isar; Göring geht auf den kommandierenden Offizier der Landespolizei zu und drohte, alle Geiseln in seiner Hand erschossen zu lassen, wenn von seiten der Landespolizei auch nur ein Schuss fielen. Ein Augenblick der Unschlüssigkeit bei den Polizisten genügte; eine Flut der Demonstranten ergoss sich über sie, entwarfnete, bespuckte, ohrfeigte die Polizisten und schlug sie mit dem Gewehrkolben nieder. Dann kam der Zug durch die enge Strassenschlucht zwischen Feldherrnhalle und Residenz. Dort stand eine Kette von Landespolizei mit Gewehr im Anschlag. Plötzlich krachten die Schüsse der Landespolizei und vierzehn Tote lagen auf dem Pflaster, darunter der Präsident des bayrischen Oberlandesgerichts, der Freiherr v. d. Pforten, Scheubner-Richter, der eigentliche Organisator des Putsches, und ein Diener Ludendorffs. Was wirklich geschehen ist, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Es mag sein, dass aus der Reihe der Demonstranten ein Schuss fiel, dass sich bei den Polizisten unversehens ein Schuss löste

Der Marsch auf die Feldherrnhalle 69

oder auch der Feuerbefehl – angesichts der Bedrohung – bewusst gegeben wurde, obwohl sich nachher niemand zu ihm zu bekennen wagte.

Hitler warf sich nach alter Soldatengewohnheit zu Boden oder wurde von seiner Begleitung nach unten gerissen. Vorwürfe mag erheben, wer von sich zu behaupten vermag, dass er in einer solchen Lage anders gehandelt hätte. Nur einer ging aufrecht und in gleichmäßigem Schritt auf die feuernde Kette der Gewehre zu: General Erich Ludendorff. Hätten sich auch nur 50 ihm angeschlossen, wären die Dinge wahrscheinlich so gelaufen wie an der Isar. Hitler wurde in einem Auto weggebracht und dann in der Villa des späteren Auslandspressescheffs der NSADP Hanfstaengl aufgenommen. Am 11. November wurde er in Uffing verhaftet.

Zwei Tage lang noch tobte der Aufruhr in München. Der Kampf war nicht aussichtslos, aber der Sieg wäre für Hitler gefährlicher gewesen als die Niederlage. Was tut inzwischen Reichregierung und Reichswehr? Gustav Stresemann ist entschlossen, bis zum Äussersten zu kämpfen. Kurz vor dem Hitler-Putsch schreibt er in sein Tagebuch:

«In dieser Woche wird sich noch entscheiden, ob nationale Verbände Kampf wagen. Bürgerkrieg bedeutet Verlust von Rhein und Ruhr und frankoheranische Verbrüderung. Darum erstes Erfordernis: Ordnung im Innern... . Versagt Reichswehr, so werden die Gruppen siegen ... Wenn die Banden in Berlin eindringen sollten – ich gehe nicht nach Stuttgart, dann sollen sie mich niederschossen an dem Platz, an dem zu sitzen ich ein Recht habe.»

Der Reichskanzler Stresemann ruft in den Morgenstunden des 9. November das Reichskabinett zusammen. Während schlaftrunkene Minister sich um Stresemann versammeln, kommt Seeckt, «als ob dieser mitternächtliche Alarm die natürlichste Sache von der Welt wäre» (Antonia Valentin). Als Seeckt schweigt, fragt ihn Ebert direkt, zu wem die Reichswehr halte, zum Reich oder zu Bayern. Wiederum hat die Szene Antonia Valentin beschrieben: «Seeckt sah den Sprechenden an. Eine blaue Flamme schoss plötzlich in seinem Blick auf und war wieder verschwunden. Die Reichswehr hält zu mir, Herr Präsident», antwortete Seeckt mit heller Kommandostimme. Noch in derselben Nacht machte die Reichsregierung den General von Seeckt zum Diktator, ihm mit der gesamten ausführenden Gewalt betrauend. Nie hat ein Diktator seine Macht diskreter ausgeübt und sie bereitwilliger (im Februar 1924) wieder abgegeben. Die Stärke der Reichswehr offenbarte sich gerade dadurch, dass sie nicht gebraucht werden musste.

Adolf Hitler aber, zweimal geschlagen, gibt nicht auf. Er benutzt den öffentlichen Prozess, um wie mit Krallen auf die drei zu stürzen, die ihn am 9. November «verraten» ha-

ben. Mit ihm angeklagt sind Ludendorff, Röhm, Pöhner, Frick. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Ehard, nach 1945 bayerischer Ministerpräsident. Die Anklage aber hatte erheblichen Kummer mit den drei Hauptzeugen, Kahr, Lossow, Seisser. Hitler liess keine «Komödie» gelten; die drei haben mitgemacht – das war sein Standpunkt – und sind nachher «umgefallen». Für die Zeit vor der Bürgerbräurevolte hatte Hitler sicher recht:

«Die drei haben mit uns dasselbe Ziel verfolgt, die Reichsregierung in ihrer heutigen internationalen und parlamentarischen Einstellung zu beseitigen ... War das Hochverrat, dann haben wir und die drei Herren zusammen Hochverrat getrieben.»

Das war nur allzu wahr. Kahr und Lossow traten fast gleichzeitig mit dem Prozessbeginn zurück. Die Staatsanwaltschaft nahm schliesslich – auf Hitlers gutturale Klage über den «Treibbruch» hereinfallend – als erwiesen an, dass die Angeklagten an eine tatsächliche Mitwirkung von Kahr, Lossow und Seisser geglaubt hätten. Jeder beinahe glaubte es, als Hitler gegen Ende des Prozesses sagte, dass Kahrs würdevolle und beleidigte Hilflosigkeit bewiesen hätte, wiewenig die Intelligenz Kahrs ausgereicht hätte, Komödie zu spielen. Aber Kahr spielte gar nicht Komödie: er blieb indigniert fast bis zuletzt und trat beim Schlussakt des Bürgerbräus mit dem Namen seines Königs auf den Lippen auf die Rednerbühne. Hitler schwor Kahr, ihm treu wie ein Hund zu folgen. Der Glaube Hitlers an die Mitwirkung Kahrs – den die Staatsanwaltschaft als gegeben ansah – war nur sein Zutrauen, dass die eigene, keinen Gipfel des Verächtlichen und Niedrigen scheuende Komödie doch Erfolg haben müsste. Kahr wurde am 30. Juni 1934 nicht eines Wortbruchs wegen ermordet, sondern weil Hitler sich ihm gegenüber am 8. November 1923 vergeblich durch die Verlogenheit der Lakaien beschnitzte.

Die Staatsanwaltschaft unterstellte – es war der Fangschuss gegen Kahr, Lossow und Seisser, was ihre Rolle in der bayrischen Politik anging – dass die Verschwörer an die tatsächliche Bereitschaft der drei geglaubt hätten, an dem Unternehmen mitzuwirken. Eine in Gemeinschaft mit dem bayrischen Ministerpräsidenten und dem Oberkommandierenden der bayrischen Armee unternommene Tat konnte nicht allzu schwer bestraft werden. Die Angeklagten wurden zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, Ludendorff wurde – zu seinem Zorn – freigesprochen.

Hitler verbüsste die Haft auf der Festung Landsberg; dort schrieb er «Mein Kampf» mit allen Erleichterungen und Bequemlichkeiten der Welt. Zu Weihnachten 1924 – nach nicht ganz 3/4 Jahren Aufenthalt auf der Festung – wurde er durch ein Telegramm des bayerischen Justizministers Gürtner, des späteren Reichsjustizministers im Dritten Reich, auf Bewährung entlassen. Billiger ging es weiss Gott nicht, für Hochverrat.

70 Die Weimarer Republik

Rentenmark und Dawes-Plan

Der Zerfall der deutschen Währung schien dem französischen Plan einige Aussichten zu geben, mit Hilfe eines Haufens bezahlter Abenteurer die selbständige Rheinische Republik auszurufen, die Revolver-Republik, wie sie in dem Titel eines englischen Buches heisst. Die Träger dieses Unternehmens waren Söldner und Verräter, und auch ihr schreckliches Ende – sie wurden zuletzt von den Bürgern der Rheinlande auf wenig menschliche Weise totgeschlagen – erlaubt nicht, dieses Wort zurückzunehmen. Die britische Regierung wandte sich sogleich gegen diesen Satellitenstaat der Franzosen. Die Regierung Seiner Majestät lehne es ab, so verlaublich sie in England, «dieses hastige und übereilte Scheinbild einer Regierung» anzuerkennen. Dann teilte der britische Aussenminister der französischen Regierung offiziell mit, dass der britische Generalkonsul in München Anweisung erhalten habe, die Pfalz zu besuchen. Sein Bericht sagte mit dünnen Worten, dass die unabhängige pfälzische Republik nur ein Werk der Besatzungsmacht sei. Der Abfall der Rheinlande ist fast nur durch ein Wunder vermieden worden. Die neue «Reichsmark» («Rentenmark») hielt die Flüchtlinge gerade noch fest in der letzten Minute; so war es der Glanz des Goldes, der manche Ratte auf das Schiff zurücklockte, das sie für sinkend hielt. Allüberall wollten sich neue Territorien aus dem Untergang des Reiches heraushalten. Der Kohlenindustrielle Otto Wolff berichtete dem Reichskanzler:

Er habe die Empfindung, dass die Bewegung, die auf ein selbständiges Rheinland hinziele, rasende Fortschritte gemacht habe. Es handle sich dabei um Wochen. Die Reichsregierung solle selber auf diesen Wagen steigen, sonst würde der Wagen ohne sie weitergehen. Ihm schwebte vor, dass man der Begründung eines Rheinstaates zustimme, der auch einen Teil der Ruhr umfasse, weil die Rheinländer zu weich seien. Die Bahnen in diesen Gebieten könnten für eine Übergangszeit unter französisch-deutsche Verwaltung, eventuell unter Hinzunahme von Holland und der Schweiz, gestellt werden.

Diese Gefahren alle wurden durch die deutsche Mark beschworen. Sie verwandelte Deutschland, wie die D-Mark es 1948 umgestalten sollte. Am 15. November wurde die neue Rentenbank geschaffen, die nach den Plänen Helfferichs und Schachts eine stabile Währung, die «Rentenmark» herausgeben sollte. Rentenmark hiess sie deshalb, weil wegen des akuten Goldmangels zu ihrer Deckung der landwirtschaftliche und industrielle Grundbesitz herangezogen wurde, ein reiner Bluff, weil dieser nie in Gold verwandelt und als Deckung der Währung benutzt werden konnte.

Die neue Rentenmark wurde geschaffen, als ein amerikanischer Dollar 4,2 Billionen der alten Mark wert war. Nun

sollte eine Rentenmark gleich einer Billion Reichsmark sein. Damit waren das Reich, die Länder und Gemeinden, die Grossunternehmungen und die Landwirtschaft zu einem grossen Teil schuldenfrei. Die privaten Sparer hingegen standen vor einem Nichts, und die Aufwertung, die in den folgenden Jahren einsetzte, gab ihnen nur wenige Prozente ihres Ersparnis zurück.

Die grosse Entscheidung, die das Sozialgefüge des Deutschen Reiches von Grund aus umwandelte, praktisch das Vermögen und den Mittelstand vernichtete, wurde von den Gewalten des Reiches dem Reichsgericht zugesprochen. Dieses fällte eines der erbärmlichsten Urteile der Weltgeschichte: Mark ist gleich Mark. Das war eine wirtschaftspolitische Entscheidung, die in Wahrheit aus keinem Gesetzbuch abzulesen war. Das Schuldrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches gab nicht den mindesten Anhalt dafür, wie diese Frage, die bei der Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches den Schöpfern des neuen Rechtes nicht einmal denkbar erschien, entschieden werden sollte. Die subjektive, auf der Willkür des Gefühls ruhende Meinung von ein paar hochgestellten Juristen machte deutsche Geschichte. Die Deutschen erlebten zum erstenmal die Gefahren des pervertierten Rechtsstaates, der Juristen Dinge entscheiden lässt, deren Lösung in Gesetzbüchern nicht gefunden werden kann und in wichtigen Augenblicken der nationalen Geschichte das Schicksal Menschen in die Hand legt, deren zum Paragraphenautomaten gewordener Geist häufig genug die lebende politische Wirklichkeit nicht mehr zu erkennen vermag.

Das durch die Rentenmark wiederbelebte Deutschland lockte nun rasch und in grossem Ausmass das ausländische Kapital an. Eine Art Wirtschaftswunder vollzog sich.

Mit der Sanierung der deutschen Währung war auch der Weg frei für eine erneute Diskussion der Reparationsfrage. Angesichts der Verträge Frankreichs mit der Ruhrindustrie fürchteten England und die USA, dass Frankreich sich auf eigene Faust seine Entschädigungen holte und dabei sein altes Ziel verfolgte, den Rhein politisch und wirtschaftlich zu kontrollieren. Eine internationale Kommission unter dem Vorsitz des Amerikaners Dawes trat im Januar 1924 zusammen und legte im April einen Plan vor. Der oberste Grundsatz darin war, dass man von Deutschland nicht mehr verlangen könne, als es ohne Schaden für Wirtschaft und Währung tragen könne. Man sah ein, dass man die Kuh, die man melken wollte, nicht gleichzeitig schlachten könne. Statt militärische sah der Plan wirtschaftliche Garantien vor. Die Reichsbahn wurde eine Gesellschaft, in der alliierte Vertreter im Aufsichtsrat sassen und die jährlich über eine halbe Milliarde an Zinsen für eine Reihe von Obliga

Hindenburg und Locarno 71

tionen zu zahlen hatte. Auch die Privatindustrie wurde mit Hypotheken belastet. Ferner hatte das Reich einen Teil seiner Einnahmen verpfändet, so Zölle und Verbrauchssteuern. Alles in allem sollte Deutschland jährlich zweieinhalb Milliarden Mark zahlen, wobei man sich im Klaren darüber war, dass Deutschland erst 1928 im Stande sein konnte, diese Summe voll zu zahlen. Der Dawes-Plan sah keine Gesamtsumme vor, es war also nicht abzusehen, wann die Reparationszahlungen einmal aufhören würden, eine etwas phantastische Angelegenheit. Deutschland musste ferner auf dem Weltmarkt verkaufen, um bezahlen zu können, und die USA hatten durch eine Anleihe von 800 Millionen die deutsche Wirtschaft und den Plan erst einmal in Gang zu setzen. Die Deutschen erklärten ferner, dass sie die Zahlungen ohne das Ruhrgebiet nicht leisten könnten. Der französische Ministerpräsident Herriot, den die des uneinträglichen Ruhrabenteuers müden Franzosen an Stelle Poincarés im Mai zum Ministerpräsidenten gemacht hatten, versprach schliesslich insgeheim die Räumung der Ruhr.

Auch die deutsche Rechte wagte nicht, die Befreiung des Reiches aus dem Würgegriff Frankreichs zu verhindern, indem sie schlechthin nein zu dem «Tributabkommen» sagte. Man brauchte aber die Rechte, weil die im Dawes-Abkommen vorgesehene Umwandlung von Reichsbahn und Reichsbank in Privatunternehmungen (was Hitler 1937 rückgängig machte) nur mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit im Reichstag beschlossen werden konnte. So kommandierte die Deutschnationale Volkspartei – sonst das Dawes-Abkommen in Grund und Boden verdammend – genauso viele jastimmende Abgeordnete ab, als für die Annahme nötig waren. Als es am 29. August zur Abstimmung kam, erhielt die Vorlage, die wegen der Bestimmungen über die Privatisierung der Reichsbahn einer Zweidrittelmehrheit bedurfte, mit Hilfe eines Teils der Deutschnationalen die Zustimmung des Parlaments.

Die Rechte hatte in der Öffentlichkeit scharf gegen den Dawes-Plan Front gemacht. Sie trieb also ein Doppelspiel, sie bekämpfte ein Gesetz, war aber nicht bereit, die Verantwortung für sein Scheitern zu tragen. Im Juni 1929 wurde die letzte Regelung über die Reparationen getroffen, der sogenannte Young-Plan, der sechzig Jahresraten vorsah, von denen keine die Summe von 2,05 Milliarden übersteigen

sollte. Die Urenkel derer, die 1914 in den Krieg zogen, hätten noch die Schuld und die Schulden der Deutschen von 1914 zu bezahlen gehabt.

Aber schon mit dem Dawes-Plan setzte eine merkwürdige Umkehrung ein. Die Deutschen pumpten sich das Geld bei den Amerikanern, in deren Kassen alle Reparationszahlungen mündeten. Die Alliierten hatten grosse Schulden während des Krieges bei den Vereinigten Staaten aufgenommen, und Amerika trieb diese Schulden zunächst ziemlich gefühllos ein. Amerika bestand auf der Rückzahlung der Schulden Frankreichs und Englands, es blieb dabei, dass die Deutschen Reparationen bezahlen sollten, damit Amerikas Verbündete ihre Schulden an die USA bezahlen könnten. Deutschland aber zahlte mit gepumptem amerikanischen Geld. Man nannte dies die «Kommerzialisierung» der Reparationsschuld. Aus einer politischen Schuld wurde eine Handelsschuld. Das Reich nahm gewöhnliche Anleihen auf, um die politischen Schulden der Reparationen zu bezahlen. Jedoch das amerikanische Kapital suchte auch darüber hinaus Anlage in Deutschland: neue Städte und eine modernisierte deutsche Industrie wuchsen, befruchtet vom Strom der Dollar-Millionen, empor. Die Abgesandten deutscher Städte, die in Amerika Anleihen für die deutschen Grossstädte suchten, wurden wie Könige empfangen und nahmen Anleihen sonder Zahl mit nach Hause. Sportanlagen, Theater, Verwaltungsgebäude, Schulen, Verkehrsverbesserungen, Rationalisierung in der Industrie, neue Produktionsmethoden, alles wurde durch amerikanisches Kapital in Deutschland aus dem Boden gestampft.

Es waren die goldenen Jahre der Weimarer Republik, das Wirtschaftswunder von damals.

Das Wirtschaftswunder hatte eine Kehrseite. 1929 wurden die amerikanischen Kapitalien – meist kurzfristig angelegt – aus Europa zurückgerufen. Die USA hatten ihre eigene Wirtschaftskrise und brauchten selbst Geld. Ausserdem hatte Europa sein bestechendes und unschuldsvolles Aussehen verloren. Die nationalistischen Strömungen waren in Europa im Steigen. Der Kontinent schien zu seinem alten Geschäft, dem Krieg, zurückzustreben. In ein Schlachtfeld aber investiert man nicht.

Der Vorhang fiel vor dem Zauber nieder und das Wunder hatte ein Ende.

Dämmerung über Versailles: Hindenburg und Locarno

Mit dem Ende des Ruhrkampfes und der Inflation ebte auch die revolutionäre Unruhe in Deutschland ab. Es war so, als ob der Weltkrieg eigentlich erst jetzt zu Ende gegangen sei. Ein Misstrauensantrag der SPD, für den wider Erwarten auch die Deutschnationalen stimmten, stürzte im November unversehens das Kabinett Stresemann, aber der Zentrumspolitiker Wilhelm Marx bildete ein Kabinett, in

dem alle bisherigen Regierungsparteien ausser der SPD vertreten waren und in dem Stresemann als Aussenminister zurückkehrte. Marx erhielt eine befristete Ermächtigung des Reichstages und konnte nun die rigorosen Massnahmen durchführen, die für eine Normalisierung des Lebens notwendig waren.

Im Mai 1924 fanden die zweiten Wahlen zum Reichstag

72 Die Weimarer Republik

statt. Die SPD, deren Fraktion 1922 durch die meisten Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokraten verstärkt worden war, verlor fast die Hälfte der Sitze, während die zum erstenmal an einer Wahl teilnehmenden Kommunisten mit 62 Mandaten ihre wahre Stärke zeigten. Auch auf der Rechten bildeten Deutsch-Völkische und Nationalsozialisten einen radikalen Flügel. Die Deutschnationalen waren nach Anschluss einiger Splittergruppen die stärkste Fraktion. Die neue Regierung, die Marx im Juni 1924 bildete, hatte keine Mehrheit im Reichstag, weil sich die Deutschnationalen wegen des Dawes-Plans zurückhielten. Erst nach den Neuwahlen im Dezember 1924, als sich die aussen- und innenpolitische Lage ausgependelt hatte, bildete der bisherige Finanzminister Luther eine Regierung, in der von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen die bürgerlichen Parteien vertreten waren.

Am 28. Februar 1925 starb Reichspräsident Ebert. Der Tod des Mannes, der 1918 Deutschland als Reich und Republik prägte, gehört zu den letzten Morden der Weimarer Republik. Ebert hätte gerettet werden können – er litt an einer Blinddarmerkrankung –, wenn ihn nicht das Magdeburger Urteil mit juristisch vervollkommener Niedertracht daran gehindert hätte, ins Sanatorium zu gehen. Das Magdeburger Landgericht hatte in einem Beleidigungsverfahren festgestellt, dass Ebert in einem juristischen Sinn im Krieg durch seine Beteiligung am Munitionsarbeiterstreik Landesverrat geübt hatte. Die Richter des Landgerichts betonten – Virtuosen der Feigheit und Unaufrichtigkeit – das: «in einem juristischen Sinn». Der Landgerichtsdirektor Bewersdorf rühmte sich im Dritten Reich, dass er «den Kerl zur Strecke gebracht» habe. Noske bezeugt, wie Ebert auf das Magdeburger Urteil hin erklärte, dass er erst für seine Ehre kämpfen müsse und nicht an Urlaub und Erholung denken könne. Theodor Heuss sprach Ebert in diesen Tagen und sah ein von der Furcht gezeichnetes Gesicht. Ein deutsches Gericht mordete den ersten Reichspräsidenten.

Beim ersten Wahlgang für die Bestallung eines neuen Reichspräsidenten hatte fast jede Partei einen Kandidaten: Von den 7 erreichte daher keiner die im ersten Wahlgang erforderliche absolute Mehrheit. Beim zweiten Wahlgang einigten sich die «Weimarer Parteien» – SPD, Zentrum und Demokraten – auf Wilhelm Marx. Die Deutschnationalen gewannen den damals achtundsiebzigjährigen Generalfeldmarschall Hindenburg als überparteilichen Kandidaten. Der Sieger von Tannenberg wurde mit knappem Vorsprung vor Marx gewählt (14,6 zu 13,7 Millionen Stimmen); der dritte Kandidat, der Kommunist Thälmann, bekam 1,9 Millionen Stimmen. Dies entsprach ungefähr den Stimmzahlen der Parteien seit 1920; Namen und Schlachtenruhm hatten nur geringe Wirkung.

Die Wahl Hindenburgs bedeutete die Abenddämmerung des Versailler Vertrages. Denn ein im Anhang des Versail

ler Vertrages als Kriegsverbrecher bezeichneter Mann wurde zum deutschen Reichspräsidenten erklärt, und zwar so, dass die Mächte sich beeilten, dem Reichspräsidenten die Anerkennung und darüber hinaus ihre Huldigung auszusprechen.

Der Versuch, die Kriegsverbrecher zur Verurteilung zu bringen, wurde schon 1922 aufgegeben. Der Freiherr von Lersner, Vertreter der Reichsregierung bei der Friedenskonferenz, hatte seinerzeit – von seiner Regierung nicht gedeckt – die Kriegsverbrecherliste zerrissen zurückgeschickt. Die Alliierten machten keinen Versuch, eine Auslieferung der Kriegsverbrecher ernsthaft zu erzwingen. Sie erklärten sich schliesslich bereit, dass die Fälle, die sie amtlich der Reichsregierung mitgeteilt hatten, vom deutschen Reichsgericht abgeurteilt werden sollten. Verurteilungen durch das Reichsgericht sind wenig erfolgt, und die alliierten Mächte beschwerten sich in einer Note vom 23. August 1922 über das Verfahren: Es sei «keine genügende Anstrengung zur Ergründung der Wahrheit» gemacht worden, und die deutsche Regierung habe ihre Zusage nicht gehalten, «sachliche und loyale Justiz zu üben».

Diese von Anfang an überflüssige pseudorechtliche Motivierung des Versailler Vertrages kam mit der Wahl Hindenburgs zum Verstummen. Seitdem war die Kriegsverbrecherliste unter Aktenstaub begraben. Beim Besuch des französischen Ministerpräsidenten und Aussenministers 1931 in Berlin hatten sich die deutsche und die französische Regierung wechselseitig über die noch nicht förmlich gelöschte Kriegsverbrecherliste zu beruhigen, über den Fetzen Papier, den die Liste spätestens seit 1925 darstellte. Hindenburg nahm am 12. April 1925 in einer Botschaft die Kandidatur an, verbeugte sich dabei vor dem Andenken seines Vorgängers, des Reichspräsidenten Ebert, gab nicht vor, ein anderer geworden zu sein, deutete aber auch an, dass er manche Hoffnungen seiner Anhänger enttäuschen müsse:

«Vaterländisch gesinnte Deutsche aus allen Gauen und Stämmen haben mir das höchste Amt im Reich angetragen. Ich folge diesem Rufe nach erster Überlegung in Treue zum Vaterlande. Mein Leben liegt klar vor aller Welt. Ich glaube auch in schwersten Zeiten meine Pflicht getan zu haben. Wenn die Pflicht mir nun gebietet, auf dem Boden der Verfassung, ohne Ansehen der Partei, der Person, der Herkunft und des Berufes als Reichspräsident zu wirken, so soll es nicht an mir fehlen. Als Soldat habe ich immer die ganze Nation im Auge gehabt, nicht die Parteien. Sie sind in einem parlamentarisch regierten Staate notwendig, aber das Staatsoberhaupt muss über ihnen stehen und unabhängig von ihnen für jeden Deutschen walten. Den Glauben an das deutsche Volk und den Beistand Gottes habe ich nie verloren. Ich bin aber nicht mehr jung genug, um an einen plötzlichen Umschwung der Dinge zu

Hindenburg und Locarno 73

glauben. Kein Krieg, kein Aufstand im Innern kann unsere gefesselte, leider durch Zwietracht zerspaltene Nation befreien. Es bedarf langer, ruhiger, friedlicher Arbeit. Es bedarf vor allem der Säuberung unseres Staatswesens von denen, die aus der Politik ein Geschäft gemacht haben. Ohne Reinheit des öffentlichen Lebens und Ordnung kann kein Staat gedeihen. Der Reichspräsident ist besonders dazu berufen, die Heiligkeit des Rechts hochzuhalten. Wie der erste Präsident auch als Hüter der Verfassung seine Herkunft aus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft niemals verleugnet hat, so wird auch mir niemand zumuten können, dass ich meine politische Überzeugung aufgebe.»



Paul von Hindenburg

Seinen Schwur auf die Reichsverfassung hat Hindenburg immer ernst genommen:

«Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen wahren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.»

Der neue Reichspräsident erklärte bei der Vereidigung, dass Reichstag und Reichspräsident zusammen eine unzertrennliche Einheit bilden müssten. Das sei der tiefe Sinn der Verfassung, auf die er sich soeben durch sein Manneswort verpflichtet habe.

«Während aber der Reichstag die Stelle ist, wo die Gegensätze der Weltanschauungen und der politischen Überzeugungen miteinander ringen, soll der Reichspräsident der überparteilichen Zusammenfassung aller arbeitswilligen und aufbauereiten Kräfte unseres Volkes dienen. Auch an dieser Stelle spreche ich daher noch einmal ausdrücklich aus, dass ich mich dieser Aufgabe der Sammlung und Einigung unseres Volkes mit besonderer Hingabe widmen will.»

Alle Prophezeiungen, dass die Wahl Hindenburgs der Be-

ginn einer Militärdiktatur in Deutschland werde, erwiesen sich als Schall und Rauch. Hindenburg hat zusammen mit den Reichstagsmehrheiten regiert und sich vom Reichstag erst gelöst, als dieser keine erkennbaren Mehrheiten mehr hatte. Nur wenn er als Oberbefehlshaber der Wehrmacht eine Amtshandlung zu vollziehen hatte, legte er die Uniform des Generalfeldmarschalls an. Sonst erschien er in einfachem Zivil. Viele Deutsche spürten in der Figur von Hindenburg etwas Tragisches. Fritz Mauthner, Jude, der während der «Daily-Telegraph»-Affäre in einem öffentlichen Aufruf Wilhelm II. zum Rücktritt auffordern wollte, Verfasser einer Geschichte des Atheismus, ein freier und unabhängiger Geist, stand jahrelang mit dem Bruder Hindenburgs, einem antimilitaristischen romantischen Dichter, im Briefwechsel und sagte zuletzt:

«So entstand in mir das Bild des musterhaft grossen Soldaten: Ein geistiger Mensch. Der tragisch geworden ist. Und den ich nicht als Feind sehen kann.»

1925 war das Hindenburg- und Locarno-Jahr zugleich. Hindenburg meuterte nicht gegen die Politik der Verständigung; Hindenburg war nicht der Krieg.

Der Locarno-Vertrag stellte ebenso deutlich wie die Wahl Hindenburgs einen Schlussstrich unter den Versailler Vertrag dar. Die Deutschen vermochten sich nicht aus der Niederlage zu schleichen; aber der «Genius des Rheins» (le génie du Rhin) blieb auf französische Werbungen stumm. Die selbständige Rheinische Republik brachte es nur zur Revolverrepublik, deren hörige Führer nach dem Abzug der französischen Truppen auf ebensowenig schöne Weise von den Deutschen niedergemacht wurden. Die produktiven Pfänder Poincarés, durch die er Deutschland als Industriestaat zerschlagen wollte, wurden vom Reich schliesslich gebührend, wenn auch mit hohen Zinsen, wie vom Leihhaus abgeholt. Der Locarno-Vertrag vom Jahre 1925 gab dem Gelöbnis der beiden Staaten, am Status quo, wie ihn das Kriegsende herbeigeführt hatte, nicht mehr zu rütteln, das völkerrechtliche Gewand. Deutschland bekräftigte den Verzicht auf Elsass-Lothringen, gab sich als friedfertige Unschuld und gelobte die Bezahlungen der Reparationen. Frankreich erhielt durch den Locarno-Vertrag die lange angestrebte Garantie Englands für seine Ostgrenze.

Das Remis des Ruhrkampfes war so durch einen Vertrag förmlich festgelegt. Das Reich wurde nicht weggeschoben, nicht ausgelöscht und nicht in ein kleinstaatliches, biedermeierliches Nichts verwandelt. Aber auch der Versailler Vertrag wurde neu bekräftigt, der Versailler Vertrag, wie er aus dem Ringen der Sieger hervorgegangen war. Deutschland hatte im weitesten Sinne des Wortes für die Niederlage zu zahlen. Das Dasein wurde ihm in der Tat geschenkt, sonst wenig oder nichts.

Die rechtliche Konstruktion des Locarno-Vertrages war die folgende: Frankreich und Deutschland sprachen gegenseitig einen Kriegsverzicht aus. Italien und Grossbritannien verpflichteten sich, dem angegriffenen Teil zur Hilfe zu kommen, d. h. Deutschland gegen einen französischen An-

74 Die Weimarer Republik



Frankreichs Bündnissystem nach dem ersten Weltkrieg

griff und Frankreich gegen einen deutschen Angriff militärisch zu unterstützen. Deutschland nahm davon Kenntnis, dass Frankreich bestimmte Ausnahmen von diesem Kriegsverzicht beanspruchte, nämlich das Recht, seinen Verbündeten, Polen und der Tschechoslowakei, gegen Deutschland im Falle eines deutschen Angriffs zur Hilfe zu kommen. Das Reich fand sich damit ab, dass ein Einmarsch in das Reich durch Frankreich in Erfüllung von Bündnisverpflichtungen Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei nicht als «Angriff» im Sinne des Locarno-Vertrages galt und daher auch keinen Anspruch auf englische Bündnishilfe begründete. Das Reich hat später rechtlich für seinen Einmarsch ins Rheinland geltend gemacht, dass Frankreich sich durch sein Bündnis, mit der Sowjetunion eigenmächtig neue, in Locarno nicht vereinbarte Ausnahmen von seinem Kriegsverzicht an gemasst habe. Andererseits musste Frankreich es hinnehmen, dass ein Angriff Deutschlands gegen Polen und die Tsche- (hier fehlt Text im Original...)

gesehen wurde, wie es im Genfer Protokoll enthalten war. Das Genfer Protokoll hätte Frankreich ein Recht gegeben, zu sagen: Wer meine Verbündeten angreift, greift mich an – und mehr noch: Jeder Angriff in der Welt ist ein Angriff auf Frankreich.

Die Locarno-Konstruktion wurde etwas gedämpft durch Schiedsverträge, die Deutschland gleichzeitig in Locarno mit Polen und der Tschechoslowakei abschloss. Aber bei allem blieb doch, dass die Briten sich nicht binden wollten, für Danzig oder Prag zu sterben. Lord d'Abernon warnte davor, über den Vertrag in Genf zu verhandeln. In Genf wäre zuviel polnischer und tschechischer Geruch in der Luft.

Es gab also fortan Grenzen verschiedener Würde und Heiligkeit in Europa. Die Grenzen im Westen waren geschützt durch einen feierlichen Vertrag der europäischen Grossmächte und durch eine Verpflichtung Italiens und Grossbritanniens, für sie zu Felde zu ziehen. Die europäische Politik

bewegte sich fortan auf zwei verschiedenen Ebenen. Es klingt wie eine Übertreibung, wenn schon damals einige Beobachter der Weltpolitik erklärten, Grossbritannien habe Deutschland eine Blanco-Vollmacht für den Osten gegeben. Selbst Lord d'Abernon schreibt:

«Die Diskussionen drehen sich jetzt um die polnische Grenze. Man hat in London den Verdacht, dass die deutschen Vorschläge der Sicherstellung der Westgrenze nur vorgebracht wurden, um die Lage für einen Krieg im Osten günstiger zu gestalten.»

Das «Dritte Reich» hat in seiner Politik der Jahre 1937 bis 1939 diese Zweiteilung zu einem bauernfängerischen System ausgebaut: Frieden im Westen, Bewegung und Krieg im Osten. Es gab eine bittere Auseinandersetzung darüber, ob die deutsch-französische Friedenserklärung vom 5. Dezember 1938 einen «Rückzug» Frankreichs aus Osteuropa bedeutete. Wir hätten nie unterschrieben, erklärte das «Dritte Reich» nachher, wenn wir nicht der Meinung gewesen wären, dass Frankreich sich fortan auf seine neu bestätigte und anerkannte Stellung in Westeuropa beschränken wolle. Der Verzicht auf Elsass-Lothringen, wie er im Locarno-Vertrag steht, wurde nachher durch Hitler wiederholt, aber bei ihm steht zwischen den Zeilen: Wenn wir auch auf das eine verzichten, dann unterstreichen wir damit nur unseren Anspruch auf das andere.

Der Locarno-Pakt war in jedem Fall der Wendepunkt der europäischen Nachkriegspolitik. Er beendete im Grundsätzlichen das Bündnis- und Staatensystem des Krieges.

Natürlich war die Vollkommenheit nur auf dem Papier erreicht. Nur das Reich hatte eine entmilitarisierte Zone. Nur Frankreich hatte Verbündete und durfte Deutschland angreifen, um diesen zu helfen. Deutschland blieb entwaffnet, und der Völkerbundspakt mit seinen Verpflichtungen hatte für das an der Gefahrengrenze Europas gelegene Deutschland ernsthaftere Verpflichtungen als für die anderen Völker. All das war richtig, aber man verliert nicht ungestraft Kriege.

Die Rechtsopposition in Deutschland erklärte, dass sich nun das Reich in einen Kreuzzug gegen den Bolschewismus eingelassen habe:

«Auch wir wollen dem Bolschewismus den Zutritt in unser Land wehren, aber wir wissen, dass Bolschewismus und Russland nicht auf alle Zeiten identisch sind. Nach Osten weist uns politisches Interesse und wirtschaftliches Bedürfnis.»

Der Schatten der Sowjetunion ruht in der Tat über dem Vertragswerk von Locarno. Das letzte Argument aller Befürworter des Vertrages im Westen war immer, dass man Deutschland nicht in die Arme Russlands treiben dürfe. Der damalige Volkskommissar des Äusseren, Tschitscherin, erklärte in der Tat im Oktober 1925, dass der einzige Zweck des Locarno-Vertrages gewesen sei, das Reich von der

Sowjetunion loszureissen. Als Frankreichs Ausssenminister Briand vor der Entscheidung stand, ob er sich zur Politik des Locarno-Vertrages bekennen sollte oder nicht, hatte er den grossartigen Bericht vor sich, den Frankreichs Botschafter in Moskau, Herbet, erstattet hatte. Herbet glaubte nicht an eine unmittelbare Gefahr des Bündnisses zwischen Deutschland und der Sowjetunion, aber er war überzeugt, dass man mit der Möglichkeit rechnen müsse. Es war die Grundthese seines Berichtes, dass die Sowjetunion genauso wie das Reich wieder da sei:

«Die Länder, die einst das alte Russland bildeten und die Moskau im Augenblick regiert, gleichen einem ungeheuren Wald, über den ein schrecklicher Sturm hinweggegangen ist. Die Bäume sind ohne Kronen, die lebendigen Zweige sind zerbrochen worden, so wie das tote Holz. Alle die gespaltenen und verfaulten Stämme sind zerstört worden. Von ferne machte dieser Wald lange Jahre hindurch den Eindruck eines Friedhofes. Aber erinnern Sie sich, Herr Präsident, an unsere kleinen Friedhöfe auf dem Land in der Zeit des Frühlings längs der Loire? Die Natur lebt in ewiger Jugend wieder auf, und das Leben triumphiert über den Tod. Der russische Wald lebt wieder auf. Ein Sturz des Regimes würde nichts ändern. Wie soll ein solcher Wandel auch das Grundproblem aufheben: Das Problem, das darin besteht, zu wissen, wie dieses Volk, das in grossen Massen wiedergeboren wird, das ein nahezu unzugängliches Gebiet bevölkert, das sich über die ganze Länge des europäischen Kontinents erstreckt und an das ganze gärende Asien grenzt, das über unerschöpfliche und unbestimmbare Reichtümer verfügt – wie dieses gigantische Volk sich unter den grossen Mächten der Welt einen neuen Platz schaffen soll.»

Die Hauptsorge Stresemanns war daher, zu verhindern, dass Deutschland ein Aufmarschgebiet der Westmächte gegen die Sowjetunion werde. Artikel 16 des Versailler Vertrages verpflichtete die Mitgliedstaaten des Völkerbundes, jeden Angriff auf einen beliebigen Staat der Völkergemeinschaft als einen Angriff auf sich selber aufzufassen. Als verpflichtende Massnahmen waren in dem Völkerbundsvertrag wirtschaftliche Massnahmen vorgesehen, der Abbruch der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen. Der englische Ministerpräsident Baldwin sollte später mit vollkommenem Recht sagen: «Sanktionen sind Krieg».

Jeder Staat lässt sich eine solche ökonomische Blockade nur so lange gefallen, als sie nicht seinen Lebensnerv berührt. Während des Abessinienkrieges liessen sich die Italiener gefallen, dass kein Aluminium mehr nach Italien geliefert werden durfte, das sie überreichlich selbst hatten. Aber ohne Öl konnte Mussolini seinen Krieg nicht führen; so verkündet er: Das Ölebargo ist der Krieg. Die Idee, einen Friedensbrecher durch eine ökonomische Blockade auf

76 Die Weimarer Republik

die Knie zu zwingen, ist recht anspruchend. Die Schwierigkeiten beginnen erst dann, wenn der betreffende Staat beim wirtschaftlichen Erwürgtwerden Schwierigkeiten macht. So argumentierte die deutsche Diplomatie, dass Guatemala vermutlich keine Angst zu haben brauche, irgendwelche wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen gegen die Sowjetunion durchzuführen. Das Reich aber sei ein Nachbarland und müsse Repressalien der Sowjetunion fürchten. So setzte es Stresemann beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durch, dass durch eine besondere Vereinbarung festgelegt wurde, dass bei der Durchführung solcher wirtschaftlicher Zwangsmassnahmen der geographischen und wirtschaftlichen Lage eines Landes Rechnung getragen werden müsse. Dann kam noch hinzu, dass sich der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durch Streitigkeiten über die Verteilung der Ratssitze verzögerte. Diese Frist benutzte Stresemann, um durch den Berliner Vertrag die Sowjets über den Eintritt des Reiches in jenen Genfer Völkerbund zu beruhigen, den Lenin einmal eine Räuberhöhle genannt hatte. Durch den Berliner Vertrag vom April 1926 verpflichteten sich das Reich und die Sowjetunion gegenseitig, an keiner Mächtekoalition, die gegen den Vertragspartner gerichtet seien, Anteil zu haben, und an keinerlei finanziellen und ökonomischen Zwangsmassnahmen mitzuwirken, die durch irgendeine internationale Organisation erlassen würden: «Sollte einer der vertragschliessenden Teile trotz friedlichen Verhaltens von einer dritten Macht oder von mehreren dritten Mächten angegriffen werden, so wird der andere vertragschliessende Teil während der ganzen Dauer des Konfliktes Neutralität beobachten.»

Der Berliner Vertrag berief sich dabei auf den Geist des Rapallo-Vertrags vom Jahre 1922. Der Vertrag zwischen Hitler und Stalin vom 23. August 1939 wiederum wollte sich auf den Berliner Vertrag vom Jahre 1926 als die Grundlage

der deutsch-sowjetischen Beziehungen berufen. Stresemann war stolz auf den Berliner Vertrag, der ihn vor der Verstrickung in den Weltkonflikt zwischen Ost und West bewahrte. Er hatte ein Papier in der Hand, dass er sich an einem Kriege zwischen dem westlichen Kapitalismus und den Sowjetstaaten nicht zu beteiligen brauchte. Aber das Papier war in Wahrheit Makulatur, denn das wirklich Entscheidende war die Tatsache, dass dieser Krieg nicht stattfand. Die einen sahen den Kreml in seinem drohenden stolzen und goldenen Glanz vor sich. Hindenburg hatte zugestimmt, weil er die Niederlage gesehen hatte, sowenig er sie als seine anerkannte. Die Mitglieder des Kabinetts träumten von Strassburg.

Der Locarno-Traum hatte im Reichskabinetts nur wenige Freunde. Als einen endgültigen Zustand Europas betrachtete auch Stresemann die neue Ordnung nicht. Was er nahezu vor sich selbst verhehlen musste, sprach der General v. Seeckt unumwunden aus:

«Wir müssen die Macht bekommen, und sobald wir die Macht haben, holen wir uns selbstverständlich alles wieder, was wir verloren haben.»

Der General war daher am wenigsten gegen die Unterschrift unter den Locarno-Vertrag. Er besass die alte Einstellung preussischer Soldaten, dass sich mit jedem Schwert mühelos das ausradieren lasse, was ein Federhalter geschrieben habe. Nur der Verkehrsminister Krohne stand hinter Stresemann. Der Justizminister Fränkel, den man dem Zentrum zurechnete – eigentlich nur, weil er fleissig am Sonntag in die Kirche ging –, war Gift und Galle gegen den Locarno-Vertrag und sah nach den Worten Stresemanns «die ganze Sache vom Standpunkt eines Mannes, der über den Verlust seiner Söhne im Kriege nicht hinwegkommt und nur an Revanche denkt». Der Reichspräsident von Hindenburg war auch nicht begeistert für den Vertrag. Aber mit Pappschwertern zu raseln war nicht seine Art.

Kult der Unzufriedenheit

Viele Dinge, die von 1923 bis 1933 in beiden politischen Lagern mit dem höchsten Ausmass von Aufregung und Wichtigkeit behandelt wurden, verwehten später in der Hast des Geschehens. Am 12. Dezember 1926 wurde eine Vereinbarung über die «Militärkontrolle» in Deutschland getroffen. Diese hatte jahrelang Deutschland nach Waffen durchsucht, hatte Sattelgurte durchschneiden lassen, dass man sie nicht für neue Kavallerieregimenter verwenden könnte, die von der militärischen Führung des Reiches ohnehin als das Wahnsinnigste vom Wahnsinn angesehen wurden, fanden in Heuschobern verrostete deutsche Infanteriegewehre und hatten sich nur auf die Denunzianten zu stützen, die meist ihre Denunziation mit dem Leben bezahlten. Das ist nicht der Weg, um die Wiedergeburt einer Militärmacht zu verhindern. Am 12. Dezember 1926 wurde

daher beschlossen, dass die Militärkommission vom 31. Januar 1927 an aus Deutschland zurückgezogen werden sollte. Diese Kommission hatte für ein Nichts viel Hass in Deutschland hervorgerufen.

Am 31. Januar 1927 wurde eine neue Regierung unter Wilhelm Marx gebildet. Die Regierungserklärung war ein Desillat aus den edlen Absichten aller der Parteien, deren Stimmen man brauchte.

Die Regierungserklärung des Kabinetts Marx hatte versichert, dass die Verbindung zwischen den Wehrverbänden und der Reichswehr durchschnitten werden sollte. Die Stahlhelm-Botschaft vom 8. April 1927 aber war ein Weterleuchten des kommenden Umsturzes und ein unheil-schwangeres Anzeichen der deutschen seelischen Verwirrung dieser Jahre. Die Sprache war eine Mischung aus ei-

ner Kriegervereinsrede und Jungmädchenpoesie. Der Stahlhelm wurde bezeichnet als «der Bund der schlachterprobten, unbesiegt heimgekehrten deutschen Frontsoldaten und der von ihnen zum Geiste der Wehrhaftigkeit erzogenen deutschen Jungmannen». Er erklärte auch, «dass er den durch den Versailler Friedensvertrag und dessen spätere Ergänzungen geschaffenen Zustand nicht anerkennt». Die Karpfen fassten also eine Resolution, dass sie den Hecht nicht anerkennen wollten. Gefordert wurde vielmehr «Regelung und Wiedergutmachung der Weltkriegsschäden auf Grund der solidarischen Haftung aller für den Weltkrieg verantwortlichen Völker» wurde verlangt, was nahe an die Zahlung von Reparationen an Deutschland, nicht durch Deutschland, heranreichte, und «einen wirksamen Widerruf des erpressten Kriegsschuldkenntnisses», welche Ziele auch nicht zur Erreichung der Rheinlandräumung und einer Revision der Ostgrenzen verleugnet werden dürften.

Das hiess, die Räumung der besetzten Gebiete – von der Revision der Ostgrenzen zu schweigen – völlig unmöglich gemacht. Kein alliierter Staatsmann würde das Rheinland räumen und die sogenannten Rechtsstandpunkte deutscher Gesinnungspatrioten anzuerkennen.

Eine gewisse Verwirklichung der Stahlhelm-Forderung auf Widerruf der sogenannten «Kriegsschuldfrage» wurde in einer Rede des Reichspräsidenten am Tannenberg-Nationaldenkmal am 18. September 1927 gegeben:

«Die Anklage, dass Deutschland schuld sei an diesem grössten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück! ... Reinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen, und mit reinen Händen hat das deutsche Heer das Schwert geführt. Deutschland ist jederzeit bereit, dies vor unparteiischen Richtern nachzuweisen!»

Nur war die Reaktion des Auslandes auf diese Rede so heftig, dass die Reichsregierung nicht wagte, die gefühlvolle Erklärung den anderen Mächten zur Kenntnis zu bringen. Die alliierten Mächte waren längst gleichgültig geworden gegen die erregten Behauptungen über die deutsche Kriegsschuld. Aber es war schlechthin unmöglich, von ihnen zu fordern, sie sollten feierlich diese Behauptung zurücknehmen. Die Zahl der Narren in Deutschland, die so etwas für möglich hielten, war allerdings recht gross.

Eine Denkschrift des Reparationsagenten Gilbert, der die Ausführung des Young-Planes zu überwachen hatte, war ein Sturmzeichen. Er klagte heftig die Ausgabefreudigkeit der deutschen Regierung, Länder und Gemeinden an. Die deutschen Behörden schwelgten in Programmen für Ausgaben. «Das steigende Niveau der öffentlichen Ausgaben gibt dem Wirtschaftsleben bereits jetzt einen künstlichen

Antrieb und droht die Stabilität des öffentlichen Finanzwesens zu untergraben.»

Allmählich kam man auch dahinter, dass Bismarck wahrhaft kein Reich geschaffen und dass die Revolution von 1918 die Reichsgründung nicht wirklich nachgeholt hatte. Die Polizei war in den Händen der Länder, und das Reich war daher in Wahrheit ein Kostgänger des grössten deutschen Staates, Preussens.



Wahlplakat

So forderte eine Vertretertagung der Deutschnationalen Volkspartei am 9. Dezember 1927, den Dualismus von Reich und Preussen dadurch zu überwinden, dass der Reichspräsident zugleich preussischer Staatspräsident werde.

Angesichts einer sich abzeichnenden Staatskrise schossen die nationalrevolutionären Erneuerungsbewegungen immer mehr ins Kraut. Das jungdeutsche Manifest vom 17. Dezember 1927 bedeutete im gewissen Sinne einen Höhepunkt der sentimentalen Verwirrung der Deutschen. Da wurde gefordert, dass das «Frontgeschlecht» zum «Träger der Revolution des 20. Jahrhunderts» gemacht werde, also ein Geschlecht, das sich schon in der Abenddämmerung befand. Der Reichspräsident – für den der dichterische Name

78 Die Weimarer Republik

«Reichsführer» gewählt wurde – sollte auf Lebenszeit gewählt («gekürt») werden. Allerdings sah man vor, dass sein Amt durch eine Altersgrenze erlöschen könne. Das «schöpferisch Bejahende», so dekretierte das Manifest, müsse in der deutschen Politik walten. Das deutsche Volk wurde grundsätzlich unzufrieden.

Ein Bund zur Erneuerung des Reiches, geführt von dem früheren Reichskanzler Hans Luther, verlangte in einem Aufruf vom 6. Januar 1928 eine Stärkung des Reiches und eine Beschränkung des Länderföderalismus. Seltsamerweise wählte dieser Aufruf einen Ausdruck, der dann in der deutschen Geschichte eine so schreckliche Bedeutung erlangen sollte: «Das Dritte Reich»:

«Das Dritte Reich gilt es zu zimmern, das die ganze Nation in gesunder Gliederung zusammenschliesst nach dem Worte des Freiherrn vom Stein: ‚Ich habe nur ein Vaterland, das heisst Deutschland!‘

Der heftigste Widerspruch gegen den Bund zur Erneuerung des Reiches kam aus Bayern. Aber auch der bayrische Föderalismus hüllte sich im Jahre 1928 in das Blütengewand des grossdeutschen Idealismus ein. Alles in Deutschland war auf ein neues Reich, ein Drittes Reich, ein grösseres Reich eingestellt:

«Je stärker Bayern als Staat war, um so weiter reichten mit Bayerns Macht- und Staatsbereich deutsche Macht und deutsche Sprache, bis an die Adria und weit die Donau hinunter.»

Kurz darauf trat eine Länderkonferenz zwischen Reich und Ländern zusammen. Hier wurde zum erstmalig amtlich der Weimarer Verfassung der Abschied gegeben: «Reichsregierung und Ländervertreter sind der Auffassung, dass die Weimarer Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern unbefriedigend ist.»

Da die Hauptvertreter dieser Konferenz genau entgegengesetzter Auffassung waren, trug der Beschluss dieser Reichskonferenz zur Fortbildung der deutschen Verfassung genauso viel bei, wie die platonische Liebe zur Vermehrung der Menschheit.

Im Jahre 1927/28 tagte auch eine Reichsschulkonferenz, die zum Schluss im Wesentlichen dem Gegensatz zwischen Konfessions- und Gemeinschaftsschule scheiterte. Beinahe wäre darüber auch die Reichsregierung zerbrochen, wenn nicht der Reichspräsident in einem Schreiben vom 9. Februar 1928 den Reichskanzler darauf aufmerksam gemacht hätte, dass es in Deutschland im Augenblick wichtigere Aufgaben zu lösen gäbe. Die Reichsschulkonferenz war nur ein Symptom für die innere Spaltung Deutschlands und für das Versagen der Deutschen, eine wahrhafte «Wiedervereinigung» herbeizuführen, die damals – ohne das Wort – auch schon Aufgabe der deutschen Politik war.

Als die Reichsgewalt zwischen den Parteien und den Ländern immer mehr zerrieben wurde, wurden schliesslich die Herren in der Robe zum Schiedsrichter über die Deutschen eingesetzt. Das Reichsgericht entschied, ob sich der deutsche Staat gegen die Kommunisten oder Nationalsozialisten wehren dürfe. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hielt am 2. Mai 1928 seine Hand über die «Rotfront», als das Reichsinnenministerium von den Landesbehörden deren Auflösung verlangte:

«Die Weigerung der Landeszentralbehörden, dem Ersuchen des Reichsinnenministers vom 16. April 1928 auf Verbot und Auflösung des gesamten Rotfrontkämpferbundes, der roten Marine und der roten Jungfront nebst sämtlichen Ortsgruppen nachzukommen, ist begründet.»

1928 musste der Reichstag neu gewählt werden. Wie stabil und ruhig die deutsche Innenpolitik bisher verlaufen war, zeigte die Tatsache, dass seit dem 7. Dezember 1924 immer dasselbe Parlament tagte – keine Reichstagsauflösung, keine Neuwahlen waren nötig gewesen. Die Maiwahlen des Jahres 1928 waren ein Erfolg für die Sozialdemokraten, die bisher in der Opposition standen, aber auch für die Kommunisten. Die Deutschnationalen verloren ein Drittel ihrer Sitze. Die Nationalsozialisten erreichten ganze 2,6% der abgegebenen Stimmen.



Wahlplakat

Am 28. Juni bildeten der Sozialdemokrat Hermann Müller-Franken, der schon einmal nach dem Kapp-Putsch für kurze Zeit Regierung geführt hatte, ein Kabinett der grossen Koalition, das Deutschland für zwei Jahre regieren sollte.

In diesem Jahr brach die grosse Hoffnung zusammen, dass sich eine konservative deutsche Rechtsbewegung bilden könnte. Der Geheimrat Hugenberg bemächtigte sich der Deutschnationalen Partei, der Herr über die vielfältigste wirtschaftliche Macht, der Schöpfer des «Generalanzeigers» in der deutschen Presse, der die Menschen beeinflusste, ohne dass sie es merkten, der Besitzer des mächtigsten deutschen Filmkonzerns, der Ufa.

Hugenberg meinte, durch eine Politik reaktionärer Vehemenz die Massen für sich gewinnen zu können:

«Die Splitterparteien sind im Grunde ein Ausdruck der Verzweiflung über den Mangel an Führern und Einheit. Die Herzen werden aus der Not heraus bald dem Gedanken des Zusammenschlusses zugänglich werden. Parteien sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ... Bebel hat einmal von dem grossen bürgerlichen Brei gesprochen, zu dem schliesslich alles, was vom Bürgertum noch übrig sei, in der Angst vor der Sozialdemokratie zusammenlaufen werde. Ein solcher Brei ist weder Schutzdamm noch Wehr und Waffe. Was wir brauchen, ist nicht Brei, sondern ein Block.»

Aber das Stahlbündel, das zuletzt all die Zersplitterten und Verzweifelten anzog, war nicht die Partei der Geheimräte und der Generale, sondern die junge nationalsozialistische Partei.

Die konservativen Gruppen in Deutschland versuchten sich alle mit der Revolution und säten damit den Wind, aus dem der Sturm erwuchs. Sie bereiteten die Deutschen für die Revolution vor, die sie selbst, noch zu anständig und zaghaft, nicht durchzuführen vermochten.

Am 23. September 1928 beschloss der Stahlhelm ein Volksbegehren. Die deutsche Aussenpolitik habe die vernichtenden Niederlagen erlitten, die bei ihrer «geschichtswidrigen Unnatürlichkeit» vorauszusehen gewesen sei:

«Das bestehende parlamentarische System verschleiert durch unehrliche Kompromisse die wahren Ursachen unseres Niederganges, es führt die Massen des Volkes irre und macht eine starke verantwortungsbewusste Staatsführung unmöglich.»

Die Volksentscheide aber hatten nie Erfolg, weil die Gegner



Alfred Hugenberg

immer die Parole der Stimmenthaltung ausgaben. Es war immer leichter, zu verhindern, dass sich Wähler in beschlussfähiger Zahl beteiligten. So wurde die Stimmabgabe praktisch eine öffentliche, weil nur noch der Jasager zur Wahlurne ging. Immer fürchteten sich wider alle Grundsätze der Demokratie welche, ihre Meinung offen auszusprechen. Ohne das Wahlgeheimnis, ohne Schutz für die politische Feigheit, ist selten eine ausreichende Mehrheit zusammenzubringen.

Das Ziel des Stahlhelms war eine Verfassung nach Art der amerikanischen. Der Reichspräsident sollte gleichzeitig Regierungschef werden.

«Wir kämpfen gegen die Souveränität eines Parlamentes, das wegen seiner Abhängigkeit von der Masse die schlechteste aller nur möglichen Regierungen ist. Wir kämpfen gegen dieses System, weil es das deutsche Leben an die Korruption und an eine Form des Staatssozialismus ausliefert, die sich auf legalen Bolschewismus hinbewegt.»

Die Künder dieser Phrasen wurden dann im Sturm der Revolution von 1933 wie welkes Laub im Herbst hinweggefegt.

Der Dawes-Plan hatte sich inzwischen als undurchführbar erwiesen. Am 22. Dezember 1928 erteilten daher die Regierungen einem Sachverständigenausschuss den Auftrag, «Vorschläge für eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems auszuarbeiten.»

Regierung Brüning: Not und Notverordnungen

Zwei Jahre wurde Deutschland von der Regierung Müller ohne viel Glorie, aber mit spürbarem ausserpolitischen Erfolg regiert. Der Kopf dieser Regierung war ohne Zweifel Gustav Stresemann. Hermann Müller hatte keinen grossen Ehrgeiz, so dass kaum Reibungen entstanden. Ausserdem

hatte die Aussenpolitik Stresemanns in der Sozialdemokratischen Partei weit mehr Anhänger als in seiner eigenen. Hermann Müller war ein biederer und braver Parteibeamter. Er war geschickt und wendig. Er sprach geläufig, wenn

80 Die Weimarer Republik

auch etwas leiernd wie alle diese Parteibürokraten, die auswendig lernen, was sie vor ihren Ausschüssen zu sagen haben und bei jeder Schwierigkeit mit einer konventionellen Phrase zu kornern wissen. Ausserdem hatte er eine sündhafte Angst vor dem Parteivorstand. Er war treu und redlich, aber nie über seine Welt hinausgewachsen. Der alte Hindenburg sagte von ihm: Ein recht ordentlicher Mann, aber eben ein Sozialdemokrat.

Müllers Regierung begann nur mit einer unvorstellbaren menschlichen und politischen Herabwürdigung seiner Person. Im Kampf gegen den alten Reichstag, der den Bau des berühmten «Panzerkreuzers A» beschlossen hatte, hatte die sozialdemokratische Partei den Wahlkampf mit dem Schlagwort geführt: «Kinderspeisung statt Panzerkreuzer.» Dabei verschwieg die Parteiführung mit gelehrter Unredlichkeit, dass es sich nur um die Hinausschiebung des Bautermins handelte.

Nun beschloss aber auf Drängen des Reichswehrministers Groener das Kabinett des Reichskanzlers Müller, den Panzerkreuzer doch zu bauen. Die SPD aber hatte die auf jeden Fall schwer durchführbare «Kinderspeisung» versprochen, glaubte sogar, deshalb die Wahl gewonnen zu haben, während in Wahrheit das Abflauen der wirtschaftlichen Konjunktur und ein allgemeiner Stimmungsumschwung den Wahlausgang entschied und die Sozialdemokratie auch mit einer noch dümmlichen und noch unredlicheren Wahlparole gesiegt hätte. Der Reichskanzler und die Minister wurden öffentlich streng getadelt. Eigentlich hätten sie zurücktreten müssen; aber die SPD war immer wie das Mädchen, das die Unschuld und ein Kind zusammen haben wollte. So fasste die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den schamlosen Beschluss, dass auch die sozialdemokratischen Minister für den Antrag der Partei wider den Panzerkreuzer stimmen müssten; der Antrag sah zwar nur die Verschiebung des Baues um ein Jahr vor, aber von den Parteirednern wurde er als die Morgenröte des ewigen Friedens bezeichnet. Der Reichskanzler Hermann Müller erniedrigte sich soweit, dass er am 17. November 1928 von der Regierungstribüne in den Saal hinabstieg und gegen sich selbst stimmte. Nie hat ein deutscher Staatsmann so sehr «sein Gesicht verloren». Die Abstimmung blieb eine exhibitionistische Demonstration, weil die Rechte den Antrag zu Fall brachte. Der Panzerkreuzer wurde trotzdem gebaut und auf den Namen «Deutschland» getauft; eines nur war sicher, für die Republik würde die «Deutschland» nie feuern.

Julius Leber, einer der jungen dynamischen und schöpferischen Figuren der Partei meinte dazu: der Reichstag des Heiligen Römischen Reiches habe sich im Jahr seines Unterganges mit dem Wahlrecht der Stadt Eutin beschäftigt; spätere Geschlechter würden nur ein mitleidiges Lächeln dafür übrig haben, dass die grösste republikanische Partei

in den Entscheidungsstunden der Weimarer Republik sich darum zankte und darum ihren Kanzler verächtlich machte, dass der Panzerkreuzer A 1932 und nicht schon 1931 gebaut werden sollte. Er, Leber, wisse nicht, wieviel Panzerkreuzer er bewilligen würde, um die Republik zu retten.

Das Kabinett war auch der Sanierung der Finanzen aus dem Wege gegangen. Steuererhöhungen wurden damals von den Regierungen wie die Pest gescheut. Diese Kreuzung aus Sparsamkeit und Feigheit hätte an sich nicht zur Katastrophe zu führen brauchen, wenn nicht die Konjunktur umgeschlagen wäre. Aber im Oktober 1929 erlebte Amerika seinen «schwarzen Freitag», der ein Jahrhundert des Elends für die ganze Welt zu gebären schien. Die Wirtschaftskrise bereitete auch dem zweiten Weltkrieg den Weg, weil Japan die Lähmung der USA zu dem Sprung nach der Mandchurei benutzte, dem Unterfangen, mit dem das Weltstaatensystem zum ersten Male entscheidend erschüttert wurde.

Die Regierung Müller brach auseinander, weil Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei (oder vielmehr deren Interessenklügel) sich nicht darüber zu einigen vermochten, ob die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung um ein halbes Prozent heraufgesetzt werden müssten. Dieser Streit um eine Bagatelle – so muss es uns heute erscheinen – beschwor die Krise der Deutschen Republik herauf.

An dieser «0,5 %-Krise», bei der Gewerkschaftsführer und Syndizal Politik wie Hausierer machten, zerbrach die parlamentarische Regierung in Deutschland. Die Frankfurter Zeitung schrieb damals:

«Hat die Sozialdemokratie bedacht, was für unsere ganze innerpolitische Entwicklung, was für die Zukunft der Demokratie in Deutschland daraus erwachsen kann? Jetzt ist alles dunkel und ins Ungewisse gerückt.»

Der Streit war in wenigen Wochen vergessen. Aber mit dem Rücktritt der Regierung Hermann Müller endete die parlamentarische Regierung in Deutschland und begann die Auflösung der Deutschen Republik. Das halbe Prozent sollte in der Folgewirkung Millionen Menschenleben zerbrechen. Natürlich bedeutete es für einen Teil der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei nur ein Vorwand; um so schlimmer für jene, die diesen Vorwand nachredeten. Um dreissig Pfennig, sagte der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding, lassen sie die deutsche Demokratie und die deutsche Republik zum Teufel gehen.

Nach Hermann Müller gab es keinen sozialdemokratischen Reichsminister mehr. Müller selbst schliesst seine Erinnerungen mit einem rührend naiven Wort: Alles werde gelingen, wenn nur die Arbeiterklasse geeint sei. Diese aber war in mehrere tödlich verfeindete Parteien gespalten, die Parteien in Richtungen, die sich mit dem Eifer von Sekten bekämpften; die Sozialdemokraten in verantwortlicher Stel-

lung wurden parteiamtlich zur Schizophrenie gezwungen, befehlsgemäss sich selbst verwerfend. Die Partei war zu uneinig geworden und konnte nicht mehr weiter regieren. Nur im Dunkel der Unverantwortlichkeit konnte die hoffnungslos gesplante Partei den Schein ihrer Einigkeit bewahren. Stresemann ist in den Sielen am 3. Oktober 1929 gestorben. Er, der nach dem Wort des kommunistischen Historikers Rosenberg nahezu die einzige Brücke in Deutschland zwischen dem schwarzrotgoldenen und dem schwarzweissroten Reich war.

Am 30. März 1930 wurde Heinrich Brüning zum Reichskanzler ernannt. Er war nie einer der Prominenten der Zentrumspartei, sondern stets ein stiller, zäher Arbeiter. Aber es fehlte ihm das Vitale und Kraftvolle, das Leuten wie Erzberger und Wirth zu eigen war, die ihren Platz in der Partei nicht als Honoratioren einnahmen, sondern ihren Weg von unten nach oben erkämpften.

Eine Mehrheit im Reichstag gab es nicht mehr. Der Reichskanzler musste daher nach einer anderen Vollmacht suchen, und er fand sie in der Ermächtigung und in dem Auftrag durch den Reichspräsidenten. Brüning ersetzte schon das Gesetz durch die Verordnung. Die Sozialdemokraten bäumten sich einmal auf und machten von dem Recht des Reichstags Gebrauch, die Aufhebung einer Notverordnung zu verlangen. Die Folge war die Auflösung des Reichstags und seine Neuwahl am 14. September 1930 mit einem betäubenden Sieg der Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten gaben es nun auf, gegen den Stachel zu locken, und sorgten dafür, dass die Notverordnungen Brünings nicht mehr durch den Reichstag umgestossen wurden. Sie fürchteten fortan das Volk und Wahlen mehr als der Teufel das Weihwasser. Sie hätten einen Teil der parlamentarischen Gesetzlichkeit retten können, wenn sie zu Brüning gesagt hätten: Wir sind bereit, dieser und jener Massnahme zuzustimmen, wenn sie als ordentliches Gesetz beschlossen wird. Die Notverordnung wurde Gesetz, wenn sie schwiegen oder sich bei kommunistischen oder rechtsradikalen Anträgen auf Aufhebung fernhielten, unter Berufung auf ihre republikanische Tugend, die ihnen alle Gemeinschaft mit rechts und links angeblich verbot. Das war bequemer, billiger und unsichtbarer als die offene Zustimmung zu einem unpopulären Gesetz. Es machte der Sozialdemokratie nichts aus, dass schwere Lasten auf die Arbeiterschaft und die breiten Massen gelegt wurden. Es war wichtiger, dass sie sagen konnte, sie habe Massnahmen, die eine harte, nicht zur beseitigende Wirklichkeit darstellten, nicht zugestimmt.

«Erfunden» wurde der Reichskanzler Brüning von dem General von Schleicher, dem Leiter des politischen Büros des Reichskriegsministeriums. Er hatte schon alle Fäden gezogen, so dass jetzt dieser junge Gewerkschaftler mit der Reichskanzlerschaft betraut wurde. Der Auftrag an Brüning

war, die Rechte einzubauen in den deutschen Staat. Die Rücksicht auf die Kampfverbände spielte eine Rolle; wesentlicher aber war, dass sich die Reichswehr einen festen und lebendigen Staat wünschte. Die Sozialdemokraten waren abgeschrieben; die Deutschnationalen sollten gewonnen werden, diese hatten allerdings scheinbar nur das Verlangen, von der nationalsozialistischen Welle verschlungen zu werden.

Heinrich Brüning hatte als Sekretär des Gewerkschaftsführers Stegerwald seinen Weg gemacht. Aber er war in seiner Grundhaltung konservativ. Es war für ihn ein Stolz, eine Regierung der Frontsoldaten zu bilden. Dass er als Hauptmann der Reserve im Krieg gekämpft hatte, stand in der Mitte seines Daseinsbewusstseins. Er war am 8. November 1918 beauftragt worden, die Verbindungswege für den Marsch des Kriegsheeres zur Wiederherstellung der Ordnung in der Heimat zu sichern. In seiner Regierungserklärung rühmte er sich – obwohl er dadurch die notwendige Duldung der Sozialdemokraten gefährdete –, dass er nahezu als einziger in Deutschland mit der Waffe in der Hand gegen die Revolution gekämpft habe.

So veränderte Heinrich Brüning nach und nach den inneren Sinn und den moralischen Charakter der Reichsverfassung. Er ersetzte die Beziehungen des vom Volk gewählten Präsidenten zu dem vom Reichstag bestätigten Reichskanzler durch die des Obersten Kriegsherrn zu seinem Offizier. Nach seinem Sturz hat man es anders dargestellt. Aber solange er regierte, war das Treueverhältnis des Offiziers zum Feldmarschall beherrschend. Hindenburg selbst hatte keinen Sinn für diese sentimentale Beziehung zwischen General und Offizier. Treue schuldet der preussische Offizier nur dem Monarchen und dem Staat. Die einzelnen Menschen werden ziemlich gefühllos ausgewechselt. Dagegen machte Brüning zuletzt aus der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs das Symbol, das Deutschland allein vor dem Verderben bewahre. Zukunft, Gedeihen und Ehre, so sagte er im Wahlkampf 1932, hingen für Deutschland von der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg ab. Ziemlich kurz vor seinem Sturze erklärte Brüning im Reichstag: «Wenn ich während der vergangenen zwei Jahre neben meinem Vertrauen auf eine grössere Macht immer wieder Hoffnungen schöpfen konnte, dann war es aus der einen Tatsache, dass ich einem Mann dienen konnte wie dem Reichspräsidenten von Hindenburg. Vergessen Sie nicht: Von der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg hängt es ab, ob die Welt glaubt, dass im deutschen Volke noch Ehrfurcht und Achtung vor der Geschichte und der geschichtlichen Person besteht!»

«Ich möchte den Menschen finden, der über die gleiche Lebenserfahrung, über die gleiche Fähigkeit der Beurteilung von Charakter und Persönlichkeit verfügt, der

82 Die Weimarer Republik

in der gleichen Weise in der Lage ist, die Dinge scharf und schnell zu durchschauen, und ihnen in wenigen Sätzen die Formulierung zu geben, eine Persönlichkeit, die aufgewachsen ist in der klassischen Tradition des alten Generalstabs, der Tradition Moltkes, eine Persönlichkeit, die die Dinge einfach sehen kann, und das ist das Zeichen für die Grösse eines Menschen. Nur ein solcher Mann ist überhaupt in der Lage, in den Stunden, wo ein Volk vor einem chaotischen Abgrund steht oder stehen kann, die Entscheidungen zu treffen und so durchzuhalten, die allein ein Volk retten können, nur die von Gott gesandten Männer, wie der Reichspräsident, der in tiefer Gottesfurcht, in seiner Demut vor Gott, in allen entscheidenden Stunden in und nach dem Kriege den Mut hatte, durchzuhalten und die richtigen, aber schweren Entschlüsse zu treffen.»

Nichts ist daher falscher als Beschuldigungen der politischen Gegner in diesen Jahren, dass Brüning «eine friedliche, raumfüllende, stattlich aussehende Null» als Reichspräsidenten gebraucht habe. Er fühlte sich vielmehr selber als eine Null, die er einem Sternenkranz eingefasst sehen wollte. Brüning gehörte zu den wenigen in der deutschen Führungsschicht, die an den Mythos des Namens Hindenburg und an dessen Sendung glaubten. Es fehlte ihm zu sehr der Glaube an die eigene Sendung. Bei keinem Politiker war das Charisma der Erwählung weniger bestimmend als bei Brüning. Er war nicht der Mann, der im Namen seiner eigenen Kraft und seiner eigenen Befähigung zu regieren vermochte. Die Autorität des Reichspräsidenten hielt ihn aufrecht. Das Parlament duldet ihn nur, und die Sozialdemokraten tolerierten ihn nur – aus Angst vor den Mächten, die nicht willens waren, noch länger das Parlament und die Sozialdemokratie zu dulden. Das formlos gewordene Parlament, das «aufgehört hatte eine Einheit zu sein, vermochte er nicht mehr als die Quelle seiner Autorität anzusehen. So blieb nur der Reichspräsident, in dem Brüning aber mehr den Feldherrn des Weltkrieges als das vom Volk gewählte Staatsoberhaupt sah. Aber Brüning vergass, dass er vom Reichspräsidenten auch nur geduldet war. So war er ohne tiefere Bindung an die beiden tragenden Institutionen des Staates, den Reichspräsidenten und den Reichstag. Eines Tages wird ihn ein einziges Wort des Reichspräsidenten zum Rücktritt bewegen, und er wird keine Möglichkeit haben, gegenüber dem kleinen Wort des Missfallens, das ihn zerbricht – gestützt auf das Parlament – zu bestehen. Das wahre Fundament der Autorität im parlamentarischen Staat ist die Partei oder die Parteiengruppe im Parlament, aus der allemal der Regierungschef hervorwächst und die andererseits der Regierungschef als seine Schöpfung und sein Werk formt und gestaltet. Nur eine politische Bewegung vermag im modernen parlamentarischen Staat eine Regierung zu tragen, sofern sie ihrem Führer die Treue hält und ihr Führer

ihr die Treue. Im Grunde schwebte Brüning im luftleeren Raum und war nur noch ausgerichtet auf die Fata Morgana eines grossen Namens. Dabei hatte Hindenburg weit mehr politischen Instinkt als Brüning, weil er die gegenseitigen Beziehungen nicht in dem Flimmerlicht sentimentaler Beziehungen sah, sondern kühl und sogar grausam kalt die sachliche Notwendigkeit ihr Werk tun liess, so wie es der Geist der Politik verlangt.

Es ist aber wahr, dass Brüning die Demokratie zerstörte, ohne an ihre Stelle wenigstens eine Diktatur setzen zu können. Der dreundachtzigjährige Reichspräsident war kein Diktator und wollte kein Diktator sein, hatte aber auch nicht die Absicht, Brüning als Diktator einzusetzen. Es wird bald Gewohnheit, dass Aussen- und Reichswehrminister sich in einem besonderen Vertrauensverhältnis zum Reichspräsidenten befinden. Der Aussenminister und der Reichswehrminister sind also eher dem Reichspräsidenten als dem Reichskanzler Rechenschaft schuldig, während der Reichskanzler im Reichstag Stimmen zählt, nicht jene, die für ihn stimmen, sondern jene, die in so ausreichender Zahl nicht gegen ihn stimmen, dass kein Misstrauensvotum zustande kommt.

Brüning selbst war alles andere als ein Diktator. Was er suchte, war nur die Legitimität der Regierung, die er von dem gestaltlos gewordenen Parlament nicht mehr zu erlangen vermochte. Er war die Kreuzung eines Priesters mit einem Beamten, der ohne grosse innere Leidenschaft nach dem Gesetz der Sache handelt und urteilt. In ihm vereinigten sich die preussische und die katholische Selbstverleugnung. Brüning aber war durch einen Zug zur Verschlossenheit und zum Geheimnisvollen und durch einen Mangel an Lebendigkeit und Unmittelbarkeit gekennzeichnet. Der damalige französische Botschafter in Berlin, François Poncet, sagte von ihm:

«Brüning hat weder die Haltung noch die Sprache eines Führers, der sich durchzusetzen weiss.»

Ein englischer Historiker wiederum zeichnete ihn folgendermassen:

«Er war nicht der Führer, er war der Arzt, der kalt arbeitet, um das Leben des Patienten zu retten, und diesen zwingt, die widerlichste Medizin einzunehmen. Das war ein Fehler des Systems, ein Fehler, den Hitler nicht beging.»

Er brauchte die Sozialdemokratie im Reichstag und durfte ihr jedoch aus sachlichen Gründen und aus Rücksichtnahme auf den Reichspräsidenten nicht sehr entgegenkommen. Sein Wirken in der Weimarer Republik hat Züge eines ergreifenden Heroismus. Seine konservative Grundeinstellung und die «preussisch» harte Art gewannen auch den Reichspräsidenten von Hindenburg, der zunächst über Schleichers «Entdeckung» nicht sehr glücklich war. Brüning gab sich weitgehend gegenüber dem Reichspräsidenten als Hauptmann, der seinem militärischen Führer folgt. Das war zunächst einmal die bequemste und sicherste

Art, den Reichspräsidenten «zu nehmen». Brüning verschwendete viel Treue an einen Mann, der sich ohne Sentimentalität den Notwendigkeiten der Politik beugte, wie er sie sah, und die Menschen ohne grosse Gemütsbewegung fallen liess.

Heinrich Brüning war ohne die geringste demagogische Beugung. Er tat seine Pflicht, diente allein der Sachgerechtigkeit, und hatte keinen anderen Ehrgeiz als das Rechte und Richtige zu tun. Das Spiel der Macht war ihm fremd; die Stimmungen der Nation berührten ihn wenig; vor allem vermochte er die Einflüsse, die auf den Reichspräsidenten wirkten, wenig zu durchschauen und noch weniger zu bekämpfen, um eigene Einflüsse und Anhänger ins Spiel zu bringen. Während sich Verzweigung des Volkes bemächtigte und sich als ganz natürliche Folge wirre Hoffnungen und Träume in seine Seele stahlen, während Deutschland sich aufbäumte und anfang, die Krise als einen Spuk, einen Schwindel oder Verrat zu betrachten, analysierte sie Brüning mit der Kälte eines Anatomen und predigte, dass nur Selbstverzicht, Anstrengung und Arbeit Deutschland in langen Jahren wieder hochbringen könnten. Das war durchaus richtig, aber gerade deshalb genau das, was die Nation nicht hören wollte. Brüning liess in seiner preussisch-katholischen Seele nichts zu als die harte und unerbittliche Pflicht und empfand jedes tröstende und warme Wort für das Volk als eine Lüge, während Millionen Menschen schon der fleischgewordenen Lüge, Hitler, nachliefen. Seit dem Ende des Jahres 1930 raste die Krise wie ein Wirbelsturm über Deutschland hinweg. Arbeitslosigkeit, Stilllegungen von Geschäften, Bankrotte und Zwangsversteigerungen, überall in den Städten die Haufen von verbitterten Nichtstuern, damit war der Weg der Krise gezeichnet. Brüning strich Gehälter und kürzte Renten und wollte, dass die Nation sich wieder gesund hungere. Aber Hunger erzeugt Hunger. Arbeiter ohne Verdienst kaufen nichts in den Läden, und Läden ohne Verdienst bestellen nichts in den Fabriken. Freilich hatten auch die Könige von Preussen so gehandelt wie Brüning. Aber sie waren die Könige von Preussen gewesen, Georg Bernhard, der Hauptschriftleiter der «Vossischen Zeitung», die Regierung Brünings aus nächster Nähe erlebend und erleidend, schreibt über deren politischen Stil:

«Er predigte Entsagung und liess den Massen nicht ein bisschen Hoffnung auf eine baldige Besserung der sie bedrückenden Verhältnisse, sondern verstieg sich sogar im Gegenteil dazu, dem Volke immer wieder vor Augen zu führen, dass die Zeiten noch schlimmer würden.»

Der einstige Chefredakteur des «Vorwärts», Stampfer, sagt von Brüning, dass alle ihn achteten und ganz wenige ihn liebten:

«Wo er eintrat, verstumten alle munteren Gespräche, gleich als ob ein strenger Kaplan in eine Knabenschar getreten wäre.»

Das Zentrum hat viele Figuren von der Art Brünings hervor gebracht, die ganz auf Sachlichkeit, persönliche Zurückhaltung und kühle, fast eisige Pflichterfüllung abgestellt waren. Stremmann sprudelte in der Pressekonferenz über, er improvisierte. Er konnte alles dabei zeigen, was Menschenherzen zu bewegen vermag: den Zorn, die Niedergeschlagenheit, die Freude und die Leidenschaft. Dagegen war Brüning völlig amtlich. Er las einen Vortrag ab mit exakten Angaben, er scheute zurück, wenn man ihn fragte. Aber die Politik gedeiht nicht auf dem Felde der kühlen und exakten Wahrheit. Ihr Element ist das Ungewisse, so wie nach dem Wort von Clausewitz das Ungewisse das Element des Krieges ist. Heinrich Brüning war für dieses Element, die Krise und den Umsturz, nicht geschaffen. Sicherlich sind Nationen auch zu Opfern bereit und selbst zum Einsatz des eigenen Lebens. Aber dazu bringen sie nicht Studienräte und Obergerichtsräte, Kapläne und Pastoren (obwohl aus diesen Berufsgruppen gelegentlich die Menschen hervorgehen, die das Volk zum Höchsten, Gewaltigsten und Schrecklichsten bewegen), sondern Helden und Heilige, Propheten, Gaukler und Menschenfänger.

Am 1. April 1930 gab der Reichskanzler Dr. Brüning sein Regierungsprogramm bekannt. Das neue Reichskabinett sei an keine Koalition gebunden, wenn auch den politischen Kräften des Parlaments Rechnung getragen werden sollte. Im Mittelpunkt des Programms stand die sogenannte «Osthilfe»:

«Die Agrarkrise hat in besonders bedrohten Landesteilen den Charakter einer allgemeinen Volks- und Staatskrise angenommen.»

Das war in der Tat richtig. Ostelbien mit seiner eigentümlichen Wirtschafts- und Sozialstruktur drohte zu einer Todeszone der Republik zu werden.

Die offene Zustimmung gab der Reichstag der Regierung Brüning nicht mehr. Die Sozialdemokratie half ihm verstohlen, als huldige sie einem geheimen Laster. Der Egoismus der Interessengruppen kannte keine Scham mehr. Reichsfinanzminister Dietrich kennzeichnete die Lage bei der Beratung über die erstere grössere Notverordnung am 18. Juli 1930. Es habe sich gezeigt, dass eine Mehrheitsbildung in diesem Reichstag nicht mehr möglich sei:

«Wer aber das Chaos im Steuerausschuss mitgemacht hat, der kann wahrhaftig nicht behaupten, dass ich nicht bis zum letzten Augenblick versucht habe, eine Verständigung herbeizuführen. Bis ich mir schliesslich sagte: Es geht hier nicht; denn hier will jeder seine persönliche Suppe kochen. Der Reichstag muss heute zeigen, ob wir noch ein Staatsvolk sind oder nur ein Haufen von Interessenten.»

Überall herrschten nun in den Parlamenten die unechten Mehrheiten, die zwar in der Lage waren, Regierungen zu stürzen, aber nicht, eine neue zu bilden. Auch im Reich waren die Verantwortungen verdunkelt. Die SPD ermöglichte

84 Die Weimarer Republik

Brüning das Regieren, die Notverordnungen und seine Praxis, es bei der Not zu lassen, die von der Partei nach altem Zungenschlag angeprangert wurde. Die Partei stimmt nicht zu und widerspricht nicht. Die Sozialdemokratie hätte jede von ihr verdammt Massnahme verhindern können, lehnte jedoch statt dessen jede Verantwortung ab; ihr Nein wäre nur, so meinte sie, der Rechten zugute gekommen. Jeden Sündenfall führte sie daher auf die ihr angetane Gewalt zurück, wie das Mädchen in einer Geschichte von Thomas Morus, das sich ergibt, als der Liebhaber droht zu gehen: «Wohlan, so tu's; aber wisse: ich weiche nur der Gewalt.» Das Klügste wäre eine Koalition mit der Rechten gewesen; diese aber forderte die Macht in Preussen und war längst nicht mehr konservativ, sondern ein Ferment revolutionärer Zersetzung, verbündet mit dem radikalen Umsturz, voller heimtückischer Unklarheiten, im Programm Unmögliches fordernd und viel Böses möglich und wahrscheinlich machend. An der Spitze der Deutschnationalen Volkspartei, der grossen deutschen Rechtspartei, stand jetzt der Geheimrat Hugenberg, ein hervorragender Organisator und ein ungemein begabter Unternehmer, aber mit seinen O-Beinen, seinem Schnauzbart, mit seiner Stiefelbürstenfrisur, seiner abgründigen Banalität und seiner gespenstischen Sturheit der Wegbereiter einer Revolution von rechts, die doch nur Hitler und die Seinen durchführen konnten. Hugenberg, der selbst Hindenburg zu langweilig und zu spießig vorkam, zerschlug die Ansätze einer konservativen deutschen Republik, eines Tory-Deutschlands. Ein Disraeli wurde in dem Weimarer Deutschland nicht einmal als eine Dämmergestalt sichtbar. Eine parlamentarische Republik ohne Rechte und Linke ist keine Republik und so lebensunfähig wie die Hälfte eines Menschen. Die Demokratie bedarf der Alternative. Sie wird sinnlos, wenn ich nicht zwischen dem einen und dem anderen wählen kann. So regierte Brüning halb mit den Sozialdemokraten und halb mit einem kaiserlichen Feldmarschall, der die Republik und den gegenwärtigen Machtzustand mit jener Achtung behandelt, die er Tatsachen entgegenbrachte, solange es Tatsachen waren. Dabei wuchs in ihm der Zweifel, ob die bestehende Republik das Bedürfnis nach einer ordentlichen und sauberen Regierung weiterhin erfülle. Diese Republik war in eine Epoche der Gestaltlosigkeit eingetreten. Sicherlich war diese Gestaltlosigkeit besser als die brutal deutliche Gestalt, die

das Deutsche Reich dann unter Hitler annahm. Aber die Gestaltlosigkeit weicht leichter der Gestalt als eine Gestalt der anderen. Deutschland lag im Zwielficht da, und die Menschen wussten nur noch nicht, ob es die Morgen- oder die Abenddämmerung war.

Diese Entwicklung begann nicht erst mit Heinrich Brüning. Überall in Deutschland waren die Mehrheiten im Schwinden. In den Volksvertretungen formt sich kein politischer Wille mehr. Überall macht sich die «Geschäftsmässigkeit» breit. Regierungen bleiben bestehen, obwohl sie gestürzt sind, weil die Landtage nicht in der Lage sind, mit Mehrheit einen Nachfolger zu wählen. Die «unechten Mehrheiten» – arithmetische Mehrheiten (der preussische Landtag mit einer Mehrheit aus Kommunisten und Nationalsozialisten nach den Aprilwahlen 1932) die sich zu Obstruktion und einem Nein, nie aber zu einer Regierung zusammenfinden können, bringen die Minderheitsregierungen ans Ruder. In Sachsen amtiert ein Jahr lang eine Minderheitenregierung. Als eines Tages die Kommunisten einen Misstrauensantrag einbringen, erklärt der Ministerpräsident sanft: Das gehe leider nicht, und die Herren machten sich überflüssige Mühe; er sei schon seit Jahr und Tag gestürzt.

Brünings Regiment ist eine Verklärung dieses Vakuums politischer Macht. Reichskanzler und Gesetze werden dem Reichstag vorgelegt, und dieser spricht nicht mehr sein Vertrauen aus, sondern verzichtet nur darauf, sein Misstrauen zu erklären.

Heinrich Brüning ist mit seinem Regierungssystem durchaus kein Vorläufer Adolf Hitlers. Gerade das Gebrechliche, Künstliche und Wurzellose des rein autoritären Regiments eines Brüning veranlasst Hindenburg zuletzt doch, Hitler mit der Macht zu betrauen. Es ist ja das schauerliche Paradoxon in der deutschen Geschichte, dass Hitler nicht zuletzt deshalb zur Macht kommt, weil der Reichspräsident Verlangen hat nach einer «richtigen» Regierung mit einer sicheren und beständigen Mehrheit, nach einem «richtigen» Reichstag mit einer klaren Scheidung der politischen Gruppen, nach einem «richtigen» Gesetz, das ordnungsgemäss angenommen wurde. Die Regierungspraxis unter Brüning ist nicht mehr die Verfassung, die Hindenburg beschworen hat. Im Staat sollte es nach Hindenburgs Meinung sein wie in einem Regiment; die Verfassung sollte sein wie die Felddienstordnung, einfach und klar; aber es gibt keinen richtigen Reichstag mehr, kein richtiges Gesetz und keine klaren Verantwortungen.

Der Erdbeben der Septemberwahlen 1932: Hitlers Aufstieg

Die Wahlen vom 14. September vermehren die Sitze der NSDAP von zwölf auf hundertundsieben. Es ist einer der grossen Erdbeben der deutschen Parlamentsgeschichte. Ein Manifest Adolf Hitlers vom 10. September verkündet in dem zerhackten Stil von Hitlers Sprache das Programm

der neuen Bewegung. Hitler appelliert an das Bürgertum und an die Arbeiterschaft zugleich, um ihre bisherigen politischen Bewegungen zu verdammen. Die neue Bewegung soll weder sozialistisch, noch nationalistisch allein sein. Der Sozialismus soll national und der Nationalismus sozia

listisch werden. Er will das bestehende Deutschland in die Feuersee werfen:

«Wo ist die soziale Republik?

Wo ist der gebrochene Kapitalismus?

Wo ist der überwundene Militarismus?

Wo sind die Segnungen der Freiheit und der Gleichheit, der Brüderlichkeit, der Schönheit und der Würde und wie die Phrasen alle heissen, mit denen die Revolution einem braven Millionenvolk die Vernunft benebelte und die aufrechte Gesinnung stahl? Während die Ideen des bürgerlichen Nationalismus und internationalen Marxismus unser Volk als politischen Faktor in zwei Hälften reissen, haben sich die geistigen Väter beider Lager in Wirklichkeit längst gefunden und geeint.»

Hitler hat kein Programm und darum für jeden eines. Das Nichts glüht in tausend Farben.

Kurz nach den Septemberwahlen verschaffte sich Hitler auch ein politisches Leumundszeugnis. Am 25. September 1930 sagte Hitler vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig bei einem Prozess um Reichswehroffiziere, die wegen nationalsozialistischer Zellenbildung in der Wehrmacht angeklagt waren, unter Eid aus, dass er nur auf einem legalen Wege die Macht ergreifen wolle. Auch seine Vorhersage, dass Köpfe rollen würden, verwandelte sich ins Legale. Nur ein legales Gericht würde auf legale Weise nach seiner Machtübernahme gegen Verräter verhandeln; er verspricht, dass er nicht ohne legale Regierungsmacht «Gericht» halten will, dass der Talar und der staatlich bestellte Henker nicht fehlen sollen, wenn die Köpfe rollen.

Am 10. Oktober 1930 wird Adolf Hitler zum erstenmal von dem Reichspräsidenten empfangen. Er versichert, dass er nicht durch revolutionäre Gewalttat, sondern durch die seelische Aufrüttelung des Volkes die nationale Erneuerung anstrebe. Hindenburg erklärt, dass er für die nationalen Bestrebungen Hitlers volles Verständnis habe. Aber der Marschall urteilt nach den Vorstellungen des Heeres. Der Gefreite wird nicht mit einem Satz General. Hitler müsse sich, so sagt er zu seiner Umgebung, erst «empordienen».

Die Deutschnationale Volkspartei schreit Sieg darüber, dass die Nationalsozialisten ihr die Stimmen abgenommen haben (es waren 41 Deutschnationale gegenüber 73 im alten Reichstag, 77 Kommunisten gegen 54, 143 Sozialdemokraten gegen 153 bei keinen wichtigeren sonstigen Veränderungen). Die Deutschnationale Volkspartei ist im Vergleich zur NSADP zur kleinen Partei geworden. Der Aufbruch der Deutschnationalen verkündet:

«Der Young-Reichstag ist gesprengt... Über die Verteilung der Young-Lasten ist ein Streit zwischen den Mittelparteien und der Sozialdemokratie ausgebrochen. Ein heisser Klassenkampf der Versklavten – ein Streit darüber, ob die Reste des deutschen Volksvermögens oder die Lebenshaltung der

deutschen Familien geopfert werden sollen.» Die alten Klassen verbanden sich mit Kräften, die das Zuchthaus androhen für jeden, der durch wirtschaftliche Opfer nach Art des Young-Plans die Befreiung des Rheinlands zu erreichen sucht. Sie öffneten in Zylinder und Generalsuniform dem Mob die Tür und liessen eine Situation zurück, in der alles möglich war – nur nicht ihr Sieg. Die deutsche Demokratie hätten sie beherrschen können; sie taten es ja bereits. Durch das Bündnis mit der Revolution von rechts zerstörten sie den eigenen Daseinsgrund. Ave Caesar, morituri te salutant. Die Sterbenden grüssten die Macht, die sie in den Tod sandte. Die nationalrevolutionäre Bewegung wurde nicht getragen von Gruppen und Ständen, die sich in einer grossen nationalen Geschichte geborgen fühlten, sondern von solchen, die ihre Wurzeln unter sich absterben und abfaulen spürten.

Hitler hatte die Sozialdemokraten zu Helfern Brünings gemacht; die Angst vor Hitler brachte sie dazu, sich selbst jeden Tag mehr zu verraten. Sie duldeten und wurden geduldet. Die Wirtschaftspolitik Brünings war die in fromme Sprüche getränkte Deflation; senken, streichen, sperren, so lauteten die meisten Notverordnungen, die zum Teil im wahrsten Sinne Not verordneten. Geringere Gehälter und Löhne können einen Staatshaushalt oder eine Betriebsbilanz in Ordnung bringen, nur verkaufen die Händler nichts mehr, und die Fabriken arbeiten für ihr Lager oder sie arbeiten überhaupt nicht mehr. Die Deflation senkte die Ausgaben, aber noch sicherer die Einnahmen. Doch ist schwer zu sagen, von wann Aufwendungen grossen Stils für die Arbeitsbeschaffung und die Ankurbelung der Wirtschaft Erfolg haben konnten und nicht im deutschen Chaos versickerten.

Die preussische Regierung und die Gewerkschaften hatten Arbeitsbeschaffungsprogramme. Nur kosteten sie Geld, und Brüning erschien es als Sünde, Geld auszugeben, das er nicht hatte. Es war nicht bloss ein Laster, sondern Selbstmord, wenn nicht nachher die Konjunktur einsetzte. Aber Sparsamkeit und Verzicht allein zwingen nur zu mehr Verzicht. Hunger, der die Arbeit lähmt, ruft neuen Hunger hervor. Für eine allzu gedeihende und geniessende Wirtschaft ist die Deflation nützlich, für die Hungernden ist der Hunger wenig wert. Aber die Sozialdemokratie fürchtete Wahlen mehr als die Verzweiflung der Massen und die aufgeklärte Untätigkeit der Regierung.

Im Frühjahr 1932 lief die siebenjährige Amtszeit des Reichspräsidenten ab. Das Zentrum, die Sozialdemokraten und die liberalen Mittelparteien baten Hindenburg, erneut zu kandidieren. Jetzt fühlten sich aber auch die Nationalsozialisten stark genug, einen eigenen Bewerber aufzustellen. Hitler entscheidet sich nur schwer, als Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten aufzutreten. Denn er muss dabei ein

86 Die Weimarer Republik

gefährliches Spiel spielen. Sicherlich fällt ihm die Macht auf die einfachste und bequemste Weise in die Hände, wenn er zum Reichspräsidenten gewählt wird. Wenn aber die Wahl missglückt, dann läuft er Gefahr, sich auf unheilbare Weise mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg zu verfeinden. Aber die Kandidatur war ein legitimer Weg. Hindenburg behielt ein höflich sachliches Verhältnis zu seinem Gegenkandidaten Marx aus dem Jahre 1925. Jedoch Hitler besass die deutsche Staatsangehörigkeit nicht. Für die Deutschen war Hitler ein «Österreicher» und der deutsch-österreichische Volksbund protestierte wiederholt dagegen, dass man Hitler verbiete zu reden, mit der einzigen Begründung, dass er Österreicher sei. Als der Anschlussgedanke noch wie eine Religion im Reiche war, hätte Hitler in der Tat als Deutscher gelten müssen. Er hatte im deutschen Heer gekämpft, und er stand an der Spitze einer deutschen Millionepartei. Es gab genug moralische und politische Gründe, ihm das Auftreten zu untersagen. Ihn niederzuschossen verbot diese merkwürdige Mischung aus Gesetzestreue und Feigheit. Aber nie hätte der Retter des deutschen Vaterlandes sagen können: Ich tötete ihn, weil er nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besass. Die Komödie der Einbürgerung Hitlers gereicht niemandem zum Ruhm. Schon 1930 hat der damalige thüringische Minister Dr. Frick, der spätere Innenminister Hitlers, diesem seit den Münchener Tagen hörig, versucht, Hitler zum Gendarmeriekommissar in Hildburghausen zu machen. Als nun wieder ein Nationalsozialist, Klagges, Volksbildungsminister in Braunschweig geworden ist, kommt man wieder auf die Idee, Hitler zum deutschen Staatsangehörigen durch die Ernennung zum Beamten zu machen. Zuerst denkt man daran, Hitler zum ausserordentlichen Professor in Braunschweig zu ernennen. Dann aber macht man ihn zum Sachbearbeiter für Wirt-

schaftsfragen bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin mit dem Titel eines Oberregierungsrates.

Am 22. Februar gab Goebbels im Sportpalast die Kandidatur Hitlers öffentlich bekannt. Fast eine Viertelstunde tobte der Sturm der Begeisterung im Sportpalast. Goebbels hält das peinlich genau in seinem Tagebuch fest, weil er ja Hitler dazu gedrängt hatte:

«Wilde Kundgebungen für den Führer. Die Menschen stehen auf und jubeln und rufen. Das Gewölbe droht zu brechen. Ein überwältigender Anblick. Das ist wirklich eine Bewegung, die siegen muss. Es herrscht ein unbeschreiblicher Taumel der Verzückung.»

Die Wahlen am 13. März offenbaren noch einen grossen Abstand zwischen den Anhängern Hitlers und denen Hindenburgs. Hitler vermag es auf etwa elfeinhalb Millionen Stimmen zu bringen, Hindenburg dagegen auf achtzehneinhalb Millionen, und fünf Millionen fallen noch immer auf den Kandidaten der Kommunisten, den Transportarbeiter Thälmann. Zweieinhalb Millionen hatten für den deutschnationalen Kandidaten Düstere gestimmt, die Zählkandidatur des Führers des Stahlhelms, an dem 1933 als einem der ersten die nationalsozialistische Methode erprobt werden wird, Menschen durch Enthüllungen über ihre weit zurückliegende jüdische Abkunft zu zerbrechen.

In dem Tagebuch von Goebbels heisst es nach dem Bekanntwerden der Ergebnisse des 13. März:

«Um zwei Uhr nachts ist der Traum von der Macht vorläufig ausgeträumt. Alle Anwesenden sind furchtbar deprimiert. Es gelingt mir nur mit Mühe, sie etwas wieder emporzureisen.»

Hitler organisiert nun im zweiten Wahlgang einen der grössten Werbefeldzüge des Jahrhunderts. Auf seinen «Deutschlandflügen» hämmert und trommelt er unablässig auf das Volk ein. Vom 3. bis 9. April und vom 15. bis 23. April ist er im Flugzeug über Deutschland auf dem Wege. Er redet am selben Tag in mehreren Orten, die oft zum Teil Hunderte von Kilometern voneinander entfernt sind. Es sind gleichzeitig in vielen deutschen Ländern Landtagswahlen, in Preussen, in Bayern u. a., und Hitler unterlässt nichts, wenn irgendwo in Deutschland ein Stück Macht zu erraffen ist. Bei einem weiteren Flug über Deutschland vom 15. bis 30. Juli spricht er in fünfzig Städten und vom 11. Oktober bis 4. November in neunundvierzig Orten.

Das Volk ist zum Teil in der Tat aufgewühlt. Eine geistige Epidemie scheint die Nation ergriffen zu haben. Man muss schon an die Kreuzzüge des Mittelalters und an die Geisslerbewegung denken, um Vergleiche für den Rausch zu finden, der die Massen erfüllt, und für die taumelnde Verzückung, die Hitlers Versammlungen zuweilen zu flammender Begeisterung emporschlagen lässt.

Sfjeobor ©ueftetberg
Oberftleitnani a. ©., .Çatte, a. i>. Saale

^Saut bon \$mbenburg
SReid^pfräbittent, ©eneralfebmardtdjaff, Ser-

Qlbotf Ritter
SlegierungSrat im braunfdjtveigfdjfen Staate
bicnft, SRündjen

(graft
Sranëportarbeiter, Jamburg

SIbolf Ouftab ^Sinter
HëiriebëanWaÜ,
@rojlnena b. Naumburg a. b. (Saate



Otto Dietrich, der diese Deutschlandflüge in seinem Buch «Mit Hitler an die Macht» geschildert hat, beschreibt eine Fahrt durch das Masurenland:

«Auf dieser Fahrt aber schien es uns, als stünde das ganze Masurenland unter dem Hakenkreuz. Hier war der ärmste Sohn des Volkes auch der getreueste. Hakenkreuze an allen Bäumen der Landstrasse, Hitlerbilder an allen Häusern und Girlanden und Ehrenportalen an allen Dorfeingängen; Hoffnung und Hingabe überall! Wo auch der Führer nahte, war der letzte Mann, war die letzte Frau in Bewegung. Menschenmauern an allen Strassen. Uralte Mütterchen, auf deren verhärmteten Gesichtern die bitterste Armut geschrieben stand, hoben zum Gruss die Arme. Wo wir anhielten, reichten die Frauen dem Führer ihre Kinder zu. Tränen der Freude und Rührung. Die Stadt Stralsund kann Hitler nur nach abenteuerlichen Umwegen erreichen, weil das Wetter die Landung auf den meisten Flugplätzen unmöglich macht. In der Nässe und Kälte hatten die Versammlungsbesucher die ganze Nacht gewartet: Bis auf die Haut durchnässt, übernächtigt und ausgehungert, treffen wir im strömenden Regen die Menschenmenge unter freiem Himmel an, so wie sie sich am Abend zuvor versammelt hatte, des Führers harrend... Der Führer spricht, und es erwärmen sich die Herzen. Und während seiner Rede wird es langsam Tag.»

Hitlers Versammlungen sind eine Kreuzung aus Theater und nachgeahmten Gottesdiensten. Bewusst ist das Auftreten Hitlers zu einer kultischen Feier ausgestaltet worden: «Mit einem Schläge erlöschen die Lichter. Nur einzelne Scheinwerfer suchen tastend in einer Gruppe ordensgeschmückter Uniformen. Da tritt langsam ein «schlichtes braunes Hemd» hervor, das nur mit dem «Ehrenzeichen des Frontkämpfers» geschmückt ist.

Der einfache Mann, aus dem Schosse des Volkes selbst hervorgegangen, ohne Namen, Bildung und Stand, aber geleitet von Stimmen, die ihn gerufen haben, überwältigt von der Grösse seiner Aufgabe, der Ausersehene, der Auserwählte! Er vermag die Millionen der Entwurzelten anzuziehen wie ein Magnet die Eisenspäne. Die Massen träumen davon, in dieser Bewegung wieder Geborgenheit und eine sie schirmende und umhedge Gemeinschaft zu finden. Es ist dasselbe Heimweh, das 1914 die Menschen in taumelnder Begeisterung aus der Einsamkeit und Leere in die Kriegskameradschaft flüchten hiess.

Hindenburg wurde gewählt: Aber die Rekruten hatten den Marschall, und die Generale – die Rechte, die Geheimräte, die Direktoren und Rittergutsbesitzer – hatten zu einem guten Teil den «Gefreiten» gewählt. Der Feldmarschall kam sich vor, als kommandiere er das falsche Heer. Das Gros seiner Wähler bestand aus Sozialdemokratie und Zentrum. Weder der Gewählte noch die Wähler waren glücklich. Die Sozialdemokraten trösteten sich: «Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler.» Das wäre sogar richtig gewesen, wenn Hindenburg bereit gewesen wäre, ohne den Reichstag zu regieren, und wenn der Reichstag ohne die NSDAP arbeitsfähig gewesen wäre. Es erinnert an die Disziplin des alten preussischen Heeres, wie die deutsche Sozialdemokratie 1932 geschlossen für Hindenburg als Reichspräsidenten stimmte, mit dessen Idealen sie gar nichts gemein hatte. Eines tieferen geschichtlichen und politischen Sinnes war der Unmut des Präsidenten nicht bar. Hindenburg war der Überzeugung – die von seinem Gesichtswinkel aus richtig war –, dass die falschen Leute ihn gewählt hatten. Es war Hindenburgs Recht, «sein» Deutschland zu wünschen, ein konservatives, rechtsstaatliches Deutschland, das mit der bestehenden Verfassung durchaus vereinbar war.

Schleicher als «Königsmacher»: Die Regierung Papen

Zwei Jahre regierte Heinrich Brüning. Ungeheure Schwierigkeiten lagen auf seinem Weg: Die Wirtschaftskrise, Millionen von Arbeitslosen, eine nach Hilfe schreiende Landwirtschaft, dieses Chaos des Elends und der Schwäche, das die radikalen Parteien mit ihren Kampforganisations in der Gärung zu halten trachteten. Es ist möglich, dass Brüning der meisten dieser Schwierigkeiten nacheinander Herr geworden wäre. Er selbst rief dem Reichstag noch im Mai 1932 die berühmten gewordenen Worte zu:

«Nur nicht in den letzten fünf Minuten weich werden ... hundert Meter vor dem Ziel!»

Brüning hatte keine Chance mehr, zu beweisen, dass er das Ziel erreichen werde. Er blieb auf der Strecke. Gestürzt hat ihn der General von Schleicher, und Hindenburg war es, der seinen Kanzler fallenliess. Dies alles hatte einen starken

Beigeschmack von Intrigenwirtschaft. Hindenburg hatte natürlich das Recht, seinen Kanzler in die Wüste zu schicken, denn «der Reichspräsident beruft und entlässt den Reichskanzler»; so stand es in der Verfassung. Brünings Regierung beruhte ja nach seinem eigenen Willen genauso wie nach der Lage der Dinge auf dem Vertrauen des Präsidenten, nicht auf der Mehrheit des Parlaments. Aber es lag kein Anlass vor, den Kanzler wie einen überflüssigen Kommissar wegzuschicken. So fasste es Brüning wenigstens auf. Denn das Grotteske an der Situation war, dass der Kanzler selbst seinen Abschied einreichte, als «der alte Herr» ungnädig wurde. Brüning warf die Flinte zu früh ins Korn. Er hätte warten können, bis Hindenburg ihn «entliess». Aber Brüning hatte seine Politik ganz auf das Vertrauen des Präsidenten, seines obersten Kriegsherrn, gestellt. Der Boden

88 Die Weimarer Republik

war ihm unter den Füßen entzogen. Alles ging so schnell, dass Brüning nicht einmal den Entschluss fasste, an den Reichstag zu appellieren, um doch noch das Vertrauen des Parlaments zu bekommen, mit dem er dem Präsidenten entgegenzutreten konnte. Brüning sah den Wink seines Herrn, und er ging. Eingefädelt hatte die Sache der General von Schleicher. Er hatte dem Präsidenten klarmachen können, dass die Basis der Regierung Brünnings zu schmal und das System zu gebrechlich sei. Schleicher träumte davon, die radikalen Kräfte der Rechten für den Staat einzuspannen, und er meinte auch schon, das Mittel zu kennen, mit dem er Hitler und die Seinen zähmen könnte. Brüning hatte nach den Niederlagen Hitlers bei der Präsidentenwahl SA und SS verboten, ohne damit zu erreichen, dass die NSDAP von der Strasse verschwand. Die SA marschierte in weissen Hemden auf, nachdem das Braunhemd verboten war. Schleicher verhandelte nun mit Hitler, um den Preis dafür auszuhandeln, dass die Nationalsozialisten eine künftige Regierung tolerieren würden. Hitler forderte die Aufhebung des SA Verbotes und Neuwahlen. Schleicher merkte nicht, dass er den Gangstern, die noch mühsam in Schach gehalten wurden, das Dynamit aushändigte, mit dem sie den Staat in die Luft sprengen konnten.

Anteil am Sturze Brünnings hatte auch die sogenannte Osthilfe. Die Wirtschaftskrise des Jahres 1929 hatte über «Ostelbien» eine Katastrophe gebracht. Der Grossgrundbesitzer, der sich selbst schon um Jahre überlebt hatte und längst todesreif war, schickte sich an, zugrunde zu gehen, als das Reich nicht einmal die Mittel hatte, ihn zu begraben. Die Regierung pumpte Milliarden in dieses «Ostelbien» hinein. Aber ein Teil des Grossgrundbesitzes war auf keinen Fall zu halten und sollte aufgeteilt und besiedelt werden. Doch gab es dafür bestimmte Grenzen der Kapitalmacht des Reiches und der Opferfähigkeit und ausdauernden Kraft der Siedler. Eine Massensiedlung und eine soziale Revolution in Ostelbien (eine Angleichung der Sozialstruktur von Ostelbien an Westelbien), die 1945 einermassen geschaffen wurde, war damals kaum noch möglich. Die Osthilfepläne der Reichsregierung waren zweifellos von zuviel Romantik umgeben. Dort kam es vor, dass Gruppen von westdeutschen Katholiken angesiedelt wurden und protestantische Pastoren dann predigten, als wären die Armeen Tillys auf dem Marsch, oder als drohten die Scheiterhaufen für den deutschen Osten. Doch waren die radikalen Bodenreformer nicht mehr bereit, das kühne Experiment der Zerschlagung des deutschen Grossgrundbesitzes in diesem Augenblick durchzuführen. Alle grossen Reformpläne, sogar der Sozialismus, erfordern Geld, das ein in einer schweren Krise begriffenes Reich nicht besass. Die Pläne einer gigantischen Kolonisation des deutschen Ostens waren deshalb zum grossen Teil Mondschein. Die Landarbeiter waren nicht ohne weiteres zu Bauern zu machen. Der Strom, der

seit Jahrhunderten von Ost nach West floss, konnte nicht durch eine Handbewegung veranlasst werden, rückwärts zu fliessen.

Dem Reichspräsidenten aber wurde von «seinen Leuten» ins Ohr geflüstert, dass die Regierung den Grossgrundbesitz enteignen wolle. Schlange-Schönning als Siedlungskommissar des Reiches hat in einem Brief vom 27. Mai 1932 an den Reichspräsidenten von Hindenburg seinen verblendeten Klassengenossen das Schicksal vorhergesagt, und seine Prophezeiung hat sich in einer schauerlichen Weise erfüllt, als im Jahre 1945 die Grundbesitzer und Adligen Ostelbiens wie rüddige Hunde von ihrem Hof gejagt, als die Gutshöfe zerstört wurden und als Steinbruch dienten, und die neuen Herren schworen, jede Spur und jede Erinnerung an das alte deutsche Junkertum auszutügel: «In dem starken Willen zur inneren Kolonisation offenbart sich der nationale Drang zur Selbsthilfe und zur Gesundung; man kann ihn nicht mit Versprechungen abspesen, man muss ihm schleunigst Raum und Wirkungsmöglichkeit verschaffen.

Er geht – Gott sei Dank, ein Zeichen noch vorhandener Lebenskraft – durch alle Schichten und Parteien unseres Volkes; in ihm liegt unverkennbar eine Fortentwicklung jener Gedanken des Freiherrn vom Stein, die nach dem Niedbruch von 1806 ebenfalls von manchen wie mit Blindheit geschlagenen Kreisen als revolutionär bekämpft wurden und dennoch die Grundlage des neuen Aufstiegs und die psychologische Voraussetzung der Befreiung in sich trugen. Wenn Teile des Grossgrundbesitzes, für den im Übrigen von meinem Amt alles geschehen ist, was aus volkswirtschaftlichen Gründen gerechterweise geschehen konnte, wiederum die Zeichen der Zeit nicht begreifen wollen, so fürchte ich, sie graben sich selbst ihr Grab, und eine stürmische Entwicklung wird eines Tages über sie hinweggehen.»

Von diesem Ostelbien war der Hauch des Todes für das Reich ausgegangen, seit die ostelbische Grundherrschaft sich im ökonomischen Todeskampf befand. Deutschland war zu industrialisiert, um teuer für die Lebensmittel zahlen zu können, und der Grossgrundbesitz nicht industrialisiert und modernisiert genug, um kraft billiger Produktion genug zu verdienen. Eine ökonomisch mit dem Untergang ringende Klasse war wie alle Sterbenden zum (politischen) Abenteuer bereit. Der stolze Adel Osteubiens warf sich dem österreichischen Proleten in die Arme.

Eine dumme Fabel allerdings ist es, dass Hitler berufen wurde, um die Skandale der «Osthilfe» zu vertuschen. Natürlich kam es vor, dass einige Gutbesitzer das Osthilfegeld an der Riviera verspielten und sich Rennpferde dafür kauften. Aber wo werden Milliarden an eine Klasse, eine Partei, an einen Stand oder eine Institution verteilt, ohne dass etliches Geld an einzelnen klebenblieb? Die Familie

Hindenburg hat nie Osthilfegelder erhalten. Das Gut Neu-deck war ein Geschenk der Industrie, mit dem ausdrücklichen Zweck, die Familie Hindenburg von der Agrarkrise des deutschen Ostens und der Osthilfe unabhängig zu machen. Den Reichspräsidenten verdross es zweifellos, dass viele angesehenere Namen des deutschen Adels angegriffen



Wahlplakat

wurden. Auch argwöhnte er, dass der ostelbische Adel mit Hilfe der Wirtschaftskatastrophe enteignet werden sollte. Eine tiefe Verdrossenheit bemächtigte sich in Neu-deck des Marshalls. So machte der General v. Schleicher kein Hehl mehr daraus, dass die Regierung Brüning durch etwas anderes ersetzt werden müsste. Er grinste, als man ihn fragte, wen er denn als Reichskanzler Deutschlands ins Auge genommen habe:

«Sie werden staunen. Ich habe da etwas ganz Feines.» Dieses ganz Feine war der Herr von Papen, nicht gerade ein Unbekannter in der deutschen Politik, sowenig wie Heinrich Brüning, aber doch ein Mann des Hintergrunds, der nun von dem General aus der Kulisse auf die erleuchtete Bühne der grossen Politik geschoben wurde. Eine «verborgene Hand» schob in der Tat die Figuren der deutschen Politik hin und her. Der Herr, der da plötzlich im Rampenlicht stand, wagte nicht, das Spiel zu verderben. Er tat, wie ihm geheissen war, so sehr, dass Herr von Schleicher wenige Monate später bass darüber erstaunt war, dass die Marionetten nicht mehr nach Befehl die Glieder bewegen wollten und sich nach eigenem Willen zu handeln anschickten.

Am 26. Mai hatte der General von Schleicher seinem Adjutanten gesagt:

«Rufen Sie doch einmal Fränzchen an, der ist auf seinem Gute an der Saar.»

(Fränzchen hiess Franz von Papen im engeren Kreis.) Papen schildert selbst das nun anschliessende Geschehen. Die

Darstellung muss stimmen, denn sie zeigt den Herrn von Papen in keinem glorreichen Licht, sondern in der leicht kläglich-lichen Rolle eines (dirigierten und vorgeschobenen) Mannes. «Da erhalte ich am 26. Mai einen Anruf des Generals von Schleicher. Er bittet mich zu einer dringlichen Besprechung nach Berlin. Nicht ahnend, um was es sich handeln könne, suche ich ihn am 28.5. in seinem Büro auf.

Schleicher informierte mich in grossen Zügen über die politische Lage, die Krise innerhalb der Reichsregierung und den Wunsch des Präsidenten, es jetzt mit einem von den Parteien unabhängigen, aus Fachmännern zusammengesetzten Kabinett zu versuchen. Technisch gesehen sei es unmöglich, eine parlamentarische Regierung zu bilden, weil sich keine Majorität dazu bereitfinde. Es bliebe daher nur die Möglichkeit einer durch das Staatsoberhaupt zu ernennenden Präsidialregierung. Schleicher setzte mir temperamentvoll auseinander, warum es mit Brüning nicht mehr gehe. Die Ausführungen Schleichers machten es klar: Hier sprach die Überzeugung des sich für die Armee verantwortlich fühlenden Mannes.

Jetzt fragte er mich zu meiner grössten Überraschung, ob ich diese Aufgabe nicht selbst übernehmen wolle. Mit dem ihm eigenen humorvollen und zugleich etwas sarkastischen Lächeln schien er sich an meinem Erstaunen zu weiden.

«Ich habe Sie bereits dem alten Herrn vorgeschlagen, und er wünscht sehr Ihre Berufung. Ich habe schon ein Kabinett von Fachleuten zusammengestellt, das Ihnen sicher gefallen wird?»

Schleicher will die Nationalsozialisten einspannen und sie durch die «Verantwortung» zahm machen, so sagt er am 30. Mai zu Papen:

«Ich möchte die Partei sehen, die ernste Opposition macht. Am allerwenigsten die Gewerkschaften, deren Kassen leer sind und denen die Mitglieder fortlaufen, weil sie hungrig auf der Strasse liegen. Nur wenn wir die Nazis an die Futterkrippe lassen, werden wir sie staatsfromm machen. Mit Brünings System der negativen Aushilfen kann gar nichts getan werden. Das Zentrum wird es schon einsehen, wenn kluge Leute wie Kaas es der Partei klarmachen. Hitler hat die Tolerierung eines Kabinetts Papen zugesagt. Wir werden sehen, wie man aufatmen wird, wenn endlich diese Bürgerkriegspsychose verschwindet.» Papen geht zu Hindenburg. «Nun, mein lieber Papen», so berichtet Papen über die Unterredung, «werden Sie mir in dieser schwierigen Lage helfen?» fragte er mit seiner sonoren Stimme.

«Ich fürchte, ich kann es nicht, Herr Reichspräsident.» Es folgten Rede und Gegenrede. Vielleicht könnte doch

90 Die Weimarer Republik

Brüning, meinte Papen, den notwendigen Kurswechsel vornehmen. Hindenburg aber war mit Brüning verfallen:

«Er will weiter mit diesen Notverordnungen regieren. Und in welche Lage hat er mich doch gebracht! Nun bin ich von der Linken wiedergewählt, während die Rechte, meine eigenen Leute, diesen Gefreiten gegen mich aufgestellt haben?» Schwerfällig erhebt sich der alte Marschall aus seinem Sessel und ergreift meine beiden Hände. «Wie können Sie einen alten Mann, der trotz der Bürde seiner Jahre die Verantwortung für das Reich noch einmal übernommen hat, jetzt im Stiche lassen wollen, wo er Sie berufen will, eine für die Zukunft des Reiches entscheidende Frage zu lösen? Ich erwarte von Ihrem vaterländischen Pflichtgefühl, dass Sie sich meinem Rufe nicht versagen. Mir ist es völlig gleich, ob Sie die Missbilligung oder gar die Feindschaft Ihrer Partei ernten. Ich will endlich von den Parteien unabhängige Männer um mich sehen, die nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, das Land aus der entsetzlichen Krise zu befreien, in der es sich befindet?» Und mit erhobener Stimme: «Sie waren Soldat und haben im Kriege Ihre Pflicht getan. In Preussen kennen wir nur Gehorsam, wenn das Vaterland ruft!»

Papen kapitulierte. Er verliess als Reichskanzler das Zim-

mer. Die Regierung war schon gebildet. Schleicher hatte zu Papen über die von ihm ausgesuchten Minister gesagt: «Sie werden Ihnen gefallen.» Sie gefielen Papen in der Tat, einschliesslich des von Schleicher ausgewählten Reichskanzlers, Franz von Papen. Aber die Seltsamkeit des Geschehens fällt selbst Papen auf:

«Ein junger Generalmajor, Chef eines Ministeramts ohne ministerielle Verantwortung, beschliesst, den eigenen Chef und den eigenen Reichskanzler zu stürzen, weil er es aus Gründen der Staatsraison für notwendig hält. Die Armee sei ja der einzige übriggebliebene Ordnungsfaktor des Landes.» Aber Schleicher wählt die Reichskanzler ganz willkürlich, so wie man Karten aus einem Spiel zieht.

Papen regiert jedoch besser, als Schleicher lieb ist. Er fuhr nach Lausanne und erntete auf dem Gebiet der äusseren Politik Erfolge und Enttäuschungen. Es war nicht das Schlechteste, was an deutscher Aussenpolitik durch die Verhandlungen des Herrn von Papen in Lausanne geliefert wurde. Er machte Fehler – welcher deutsche Aussenminister hat keine gemacht –, aber er operierte im ganzen recht geschickt. Er erreichte faktisch, dass fortan von Reparationen nicht mehr die Rede war, obwohl im «Vertrag von Lausanne» von Abschlusszahlungen des Reichs gesprochen wurde, die Deutschland nicht leisten und die Sieger nicht fordern wollen.

Das Ende Preussens und der Regierung Braun

Innenpolitisch musste Papen die Schecks einlösen, die Schleicher ausgefüllt hatte. SA und SS wurden wieder zugelassen und Neuwahlen zum Juli ausgeschrieben. Das Ergebnis zeigte, wie sehr es Schleicher und Papen gelungen war, «den Nationalsozialismus zu zähmen». Die NSDAP verdoppelte die Zahl ihrer Sitze im Reichstag. Sie war die stärkste Fraktion geworden und stellte nun mit Hermann Göring den Reichstagspräsidenten. Als erstes brachte Göring nach Zusammentritt des Parlaments im September ein Misstrauensvotum gegen Papen zustande. Dieser aber, Unheil ahnend, hatte schon die Auflösungsurkunde des Reichspräsidenten im Portefeuille. Im November sollte ein neuer Reichstag gewählt werden.

Die Aufhebung des SA-Verbotes sollte bald zeigen, dass die Braunhemden nicht anzutreten gedachten, um lediglich Erntedankfeste und Fahnenweihen zu feiern. Der politische Terror feierte grausame Orgien. SA und Roter Frontkämpferbund lieferten sich wilde Schlägereien in Laubenkolonien, Hinterhöfen und Versammlungssälen. Fast ununterbrochen riefen der «Völkische Beobachter» oder die «Rote Fahne» in grellen Schlagzeilen zur Rache an gemordeten Genossen auf. Der «Altonaer Blutsonntag» war mit siebzehn Toten ein erschreckender Höhepunkt.

In diesem Hexentanz von Gewalt und politischer Erpressung beseitigte nun Papen die preussische Regierung.

In Preussen war bis zum April 1932 wahrhaft regiert worden. Der ostpreussische Buchdrucker Otto Braun hatte sich zu einem deutschen Staatsmann grossen Formats entwickelt. In Preussen bestand bis zum April 1932 wahrhaft eine Regierung, die regierte, die unter der Führung eines Kopfes zu einer lebendigen und geschlossenen Einheit zusammengewachsen war. Ohne auffällige autoritäre Allüren hielt Otto Braun die Zügel seiner Regierung und seines Landes fest in der Hand und wurde von Freund und Feind als Kerl geachtet. Er war – ohne der spezifisch «preussischen Vokabeln» und der Phrasen des preussischen und konservativen Sozialismus» mächtig zu sein – in das alte Preussen hineingewachsen. Er zeigte, wie die Werte der Vergangenheit bewahrt werden konnten, ohne schwächlich vor Interessenten am Vorgestern zurückzuweichen und die verbrauchten Phrasen von gestern zu verwenden.

In den «Führerbriefen», einem Blatt der konservativen Rechten, war im Februar 1932 zu lesen:

«Seit Bismarck hatte keiner mit mehr Hochgefühl, Ernst und Selbstbewusstsein in Haltung, Handlung und Wort die Macht des preussischen Staates innegehabt

Ende der Regierung Braun 91

und repräsentiert wie dieser einstige Königsberger Buchdruckerlehrling. Braun bekämpfte das alte Preussen, aber er übernahm seine Regierungsmethode. Irgendwo glaubte man bei ihm eine geistige Verwandtschaft mit Friedrich Wilhelm I. und den alten preussischen Junkern zu spüren.» Otto Braun wusste, dass das Experiment Brüning eine halbe Lösung war. Er litt unter der Tatenlosigkeit der Reichsregierung gegenüber der Massenarbeitslosigkeit und hat noch im April 1932 der Reichsregierung ein grosses Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt. Vor allem aber sah er in dem politischen Auseinanderwachsen von Reich und Preussen eine tödliche Gefahr für die Republik. Preussen, ein grosses lebendiges Machtgebilde innerhalb Deutschlands, und das Reich konnten in Krisenzeiten nicht nach radikal verschiedenen Gesetzen regiert werden. Auch Otto Braun wollte zur «Bismarckverfassung» zurück und schlug Brüning vor, Reichsregierung und Preussenregierung zusammenzulegen. Doch Brüning wagte nicht, sich offen mit der Sozialdemokratie zu verbinden. Otto Braun, nach wenigen Wochen durch eine Verordnung mit der Unterschrift Hindenburgs aus dem Amt gejagt, hat am meisten für die Wiederwahl Hindenburgs getan. Am 10. März 1932 schrieb Otto Braun seinen berühmten Aufruf für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten:

«Den Wählern bleibt daher nur eine Alternative: Hindenburg oder Hitler? Hitler, dieser Prototyp des politischen Abenteurers. Demgegenüber Hindenburg! Die Verkörperung von Ruhe und Stetigkeit, von Mannestreu und hingebender Pflichterfüllung für das Volksganze, dessen Leben klar vor aller Augen liegt. Mich trennt in Weltanschauung und politischer Einstellung eine tiefe Kluft von Herrn von Hindenburg, doch hat das Menschliche, das heute in unserem öffentlichen Leben leider kaum noch Geltung hat, eine Brücke über diese Kluft geschlagen, das uns zusammenführt und eint in dem Streben, jeder nach seiner Überzeugung, das Wohl des Volkes zu fördern. Ich habe den Reichspräsidenten kennengelernt als einen Mann, auf dessen Wort man bauen kann, als einen Menschen reinen Willens und abgeklärten Urteils, erfüllt von kantischem Pflichtgefühl, das ihn auch veranlasst hat, trotz seines hohen Alters und seiner begreiflichen Sehnsucht nach Ruhe erneut sich dem deutschen Volke zur Verfügung zu stellen und die schwere Bürde seines verantwortlichen Amtes auf sich zu nehmen. Ein Mann dieser Wesensart musste die enttäuschen, die von ihm Verletzung seines Eides und Verfassungsbruch erwarteten.» Das Jahr 1932 zerbrach die Menschen. Otto Braun war nicht der einzige, der auf die heranbrandende Flut des Nationalsozialismus wie auf eine unaufhaltsame Naturgewalt starrte, mindestens seitdem es offenkundig war, dass die



Wahlplakat

Herren Deutschlands nicht dazu zu bringen waren, konstruktiv und tatkräftig zu handeln.

Im April 1932 fanden Wahlen in Preussen statt. Braun sagt, dass der Wahlkampf für ihn qualvoll gewesen sei:

«Denn ich sollte die in gewaltigen Massenversammlungen zusammengeströmten Menschen mit Siegeszuversicht erfüllen, die ich selbst nicht besass.»

Seine Rede am 23. April, am Tag vor den Wahlen, war der Gipfel amtlicher Kälte. Er rechnete vor, dass die landwirtschaftlichen Berufsschulen zugenommen hätten, wieviel man für Volksschulen und Universitäten ausgegeben habe, wie weit man mit der Bemühung gekommen sei, das flache Land mit elektrischem Strom «zu erschwinglichen Preisen» zu versorgen. Eine verzweifelte, gehetzte, von Dämonen verfolgte, nach Wundern und Erregungen hungernde Nation wurde darüber aufgeklärt, dass sich seine Lichtrechnung verbilligt habe.

Otto Braun wurde von der Landtagswahl vom 24. April 1932 förmlich zerbrochen. Er hat den Schlag dieses Tages nicht mehr verwunden. Die Wahl nahm seiner Regierung die Mehrheit. Die Nationalsozialisten wuchsen von acht Mandaten auf hundertzweundsechzig an. (Die nächststärkste Partei, seine eigene, hatte zweiundneunzig Mandate). Die Deutschnationalen wurden halbiert, Demokraten und Volkspartei dezimiert, östlich der Elbe war alles von der braunen Sturmflut hinweggefegt worden.

Die Regierung Braun führte nach ihrem faktischen Tod ein unrühmliches Leben durch ein parlamentarisches Kunststück fort. Wie der Ministerpräsident gewählt werden sollte, war lediglich in der Geschäftsordnung des Landtages bestimmt, und diese änderte die alte Mehrheit des preussischen Landtages vor den Wahlen – die Katastrophe dieser Wahlen ahnend – dahin um, dass fortan der Ministerpräsident nur mit absoluter Mehrheit gewählt werden konnte.

92 Die Weimarer Republik

Bislang war im letzten Wahlgang derjenige gewählt, der die meisten Stimmen auf sich vereinigte. Nach dem April 1932 hatte er Hermann Göring geheissen. Nach dem Trick hätte als Ministerpräsident nur ein Fabelwesen gewählt werden können, das Nationalsozialisten ebenso wie Kommunisten genehm war. Besonders erhebend war dieser Versuch nicht, sich durch Tricks der Geschäftsordnung aus dem politischen Zusammenbruch der preussischen Staatsordnung herauszuschleichen. Otto Braun war gegen diese Änderung der Geschäftsordnung, weil sie ihm zu schäbig vorkam. Aber seine Regierung amtierte in der «geschäftsführenden» Ohnmacht, die Deutschlands Staatsleben damals kennzeichnete. Zu regieren war Preussen nicht mehr richtig. Überall wurde der «Bismarckverfassung» Wehrauch gestreut. Preussen war ein Machtgebilde; das Reich hatte ausser der Reichswehr fast nichts, in der deutschen Bürgerkriegssituation konnte' die Eroberung Preussens, der einzigen grossen Polizeimacht des Reiches, durch eine radikale Partei eine tödliche Gefahr für das Reich darstellen. So liess Brüning eine Notverordnung zur Übernahme der preussischen Regierungsgewalt ausarbeiten für den Fall einer nationalsozialistischen Regierung in Preussen. Für die Begründung waren ein paar Zeilen offen gelassen; sie war immer zu haben.

Diese Verordnung wandte jetzt Papen gegen die sozialdemokratische Regierung an. Es braucht nur das Datum und der Name und die Begründung eingesetzt zu werden. Die letztere lieferte gebrauchsfertig der General v. Schleicher; ein für den General als Agent tätiger Oberregierungsrat Diels im preussischen Innenministerium berichtete von Gesprächen zwischen preussischen Regierungsstellen und der kommunistischen Partei – genau das, was die Reichsregierung brauchte und genau zum Termin, an dem die Reichsregierung «handeln» wollte. Es passte zu gut, um nicht erlogen zu sein.

Am 20. Juli erging eine Notverordnung der Reichsregierung, die das Kabinett Braun absetzte und einen Reichskommissar Bracht einsetzte, der vergessen wäre, wenn er nicht durch eine Notverordnung den «Zwickel» für die männliche Badehose vorgeschrieben und das Schulterblatt als verbindliche obere Grenze für das weibliche Badekostüm festgelegt hätte. «Die Legitimität tötet uns», hat einmal ein französischer Demokrat ausgerufen. Otto Braun liess sich von dieser Legitimität töten. Er war nicht zu bewegen, ein Kabinett zu verteidigen, das sich nicht auf die Mehrheit der preussischen Bevölkerung stützte. Vielleicht wäre es besser gewesen, die preussische Regierung hätte die alte Geschäftsordnung gelassen. Es war keine Schande, sich dem Urteil einer Volkswahl zu beugen, während es eine Schande war, so ruhmlos wie am 20. Juli 1932 zu weichen. Im Übrigen hätten vermutlich die alten Klassen Deutschlands durch eine Regierung Göring in Preussen einen Vorgeschmack dessen

bekommen, was ihnen blühte, ohne dass sie schon völlig hilflos waren wie nach dem Januar 1933. Die preussische Regierung hatte ihr durch die Volkswahl zerstörtes Dasein durch parlamentarische Kunstgriffe zu verlängern gesucht; jetzt beschloss sie zwar fast einstimmig, keinen bewaffneten Widerstand zu leisten; stattdessen simulierte sie Widerstand durch Gesten, Appelle an ein gleichgültiges Volk und an das Reichsgericht, alles nur Blumenkränze auf den Sarg des demokratischen Preussens. Der Innenminister Severing heftete an sich die Unsterblichkeit des Komischen, als er erklärte, nur der Gewalt zu weichen. Der Reichskommissar verabredete sich für 16 Uhr mit Severing. Als dieser sich weigerte, ordnungsgemäss die Geschäfte zu übergeben, erschienen nach einigen Stunden der neue Polizeipräsident von Berlin und zwei höhere Polizeibeamte. Sie verkörperten die «Brachialgewalt», vor der Severing allein weichen wollte. Er fragte, ob die Herren Ausweise für ihren Auftrag hätten; als sie diese Ausweise vorzeigten, verliess Severing sein Amtszimmer. Die Regierung wich der Gewalt, die sich ordnungsgemäss ausweisen konnte. Sie trat ab, wie sie regiert hatte: korrekt, ordentlich und leidenschaftslos. Theodor Wolff, der Chefredakteur des «Berliner Tageblatts» sagte es in seinen Erinnerungen:

«Ja, es ist sicherlich gut und richtig gewesen, dass der Zar von Preussen und seine Minister an jenem 20. Juli nicht eine verspätete Kraftanstrengung machten, nicht das Volk zum Widerstand aufrufen, es nicht ansproten, für die verlorene Freiheit durch die Kugeln der Kanonen und Maschinengewehre zu fallen ... Ihre Tätigkeit war in all den Jahren sehr achtungswert gewesen, aber es war die Tätigkeit solider Vormünder, sorgsamer Buchhalter und ordnungsliebender Hausverwalter, und sie glühte nicht und machte nicht erglühn. Nicht einmal in diesem Moment, als man sie aus ihren Amtsstuben hinaustrieb, waren sie leidenschaftlich erregt.» Die Niederlage hatte die Reichsregierung im Kampf mit der Preussenregierung nie zu fürchten, aber den Kampf und das Blutvergessen selbst. Hindenburg und Papen wären vor dem Staatsstreich sicherlich zurückgeschreckt, wenn sie Gefahr gelaufen wären, ein Blutbad zu verursachen. Aber jede heroische Narrheit und die Raserei der Verzweiflung wurden als abgeschlossen betrachtet. Kein Schuss wurde abgegeben. Wer irgendwie die «Brachialgewalt» verkörperte, hatte nur Ausweise vorzuzeigen.

Die sozialdemokratische Regierung Preussens verschwand über Nacht. Ich selbst bin in dieser Nacht mit einem Freunde durch die Strassen von Berlin gegangen. Es war ein Abend wie jeder andere auch. Niemand schien zu spüren, dass an diesem Tage das Todesurteil über die Deutsche Republik ausgefertigt worden war. Als wir am preussischen Landtag vorbeigingen, sagte ich meinem Freunde, man sollte es machen wie in England nach der Auflösung des

Ende der Regierung Braun 93

langen Parlaments und ein Schild anbringen: «Zu vermieten». Die Massen verlangen von ihren Regierungen, was Friedrich der Grosse von seinen Generalen erwartete: «Fortune». Niemand mehr durfte hoffen, dass in Deutschland die Republik noch Glück haben werde. Die preussische Staatsregierung beschloss, sogleich den Staatsgerichtshof anzurufen, dessen Urteil sich als ebenso belanglos erweisen sollte wie die kindlichen Protestflugblätter der SPD. Das Reichsgericht machte aus Preussen ein Monster und einen Zwitter. Es zerlegte die unteilbare Regierungsmacht in zwei Gewalten, von denen die eine Preussen im Reichsrat und sonst «repräsentierte» und die andere alle Funktionen der Regierung erfüllte, ohne als Regierung zu erscheinen. Der Föderalismus wurde lächerlich gemacht, weil das Reichsgericht es für möglich erachtete, dass im Reichsrat Phantome sassen, die mit der aktiven und schöpferischen Regierung eines Landes nichts zu tun haben.

Die Preussenregierung konnte auf Grund erfundener Beschuldigungen zu einem Nichts gemacht werden, zum Spottgebild einer Regierung, die in taubstummer Nichtigkeit das Lapd vertrat, ohne – als nicht regierendes Phantom – Rede und Antwort stehen zu können. Aber als «Regierung» selbst durfte sie nicht beseitigt werden. Die Richter



Wahlplakat

bemühten sich, der Regierung Braun alle Äusserlichkeiten, abstrakten Rechte und Titel zu erhalten – nur nicht ein Jota von wahrer Macht und Gewalt. Die purpurne Willfähigkeit wurde an Peinlichkeit übertröfen durch die Bereitschaft der Regierung Braun, unter solch

entehrenden Umständen noch «Regierung» zu bleiben. Es war erniedrigend, wie die Regierung Braun den Schatten festzuhalten versuchte, nachdem die Macht verspielt war, und um Zuständigkeiten, Gerechtsame, Titel und Ehrenstandpunkte mit dem Reichskommissar feilschte. Die Regierung Braun hatte die Befehlsgewalt über die Polizei – das heisst die wirkliche Regierung – dahingeben müssen und machte nun dem Reichskommissar das Recht streitig, über die Staatslotterie, das Hebammenwesen und die Pferdezucht zu entscheiden (so Otto Braun in seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler am 30. Oktober 1932). Es gab zwei Regierungen. Die eine regierte und herrschte nicht, die andere herrschte und regierte nicht. Gerhart Hauptmann musste die Goethe-Medaille von zwei Regierungen entgegennehmen, weil die eine das Geld besass und die andere das Staatssiegel.

Erst am 4. März 1933 gab Otto Braun endgültig auf. Er verliess Deutschland am Vortage der entscheidenden Reichstagswahl, und zog sich nach Lugano zurück. Theodor Wolff hat ihn dort nach Jahren aufgesucht. Das Haus war nicht zu verfehlen. Die Kartoffeln im Garten – ungewöhnlich im Tessin – sagten, wer dort wohnte. Theodor Wolff hat wahrscheinlich auch das Abschliessende über die sogenannte «Flucht» Otto Brauns gesagt:

«Man könnte sagen, dass Karl Marx, Friedrich Engels und die anderen Grossen der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz Bismarcks sich nicht einsperren liessen ... Wahrscheinlich würde dann geantwortet, Karl Marx, die sozialistischen Führer der alten Generation und Lenin und Trotzki seien nicht Ministerpräsidenten gewesen und ihnen habe man nicht das höchste Amt und nicht den Schutz der Freiheit anvertraut. Er könnte einwenden, Hannibal, Karthagos oberster Feldherr, sei nach Asien zu Antiochus geflohen. Aber Hannibal floh, um zu handeln, und pflanzte nicht Salat.»

Otto Braun verkörpert die Hoffnung, die Enttäuschung und die Tragödie der ersten deutschen Republik – ein Republikaner, den die Republik verriet, ein Preusse, der an Preussen zerbrach, ein Deutscher, dessen Zeit endete, als Deutschland aufhörte, Deutschland zu sein. Aber Franz von Papen hatte nun sein Schiffelein aufs hohe Meer hinausgestossen. Der Bruch mit der Sozialdemokratie und mit der deutschen Linken war endgültig. Der Schlussstein aus dem Gefüge der Weimarer Republik war herausgerissen. Adolf Hitler hat das in den «Tischgesprächen» bestätigt.

«Der alte Herr hat Herrn von Papen für eine Art Windhund gehalten, ihn aber ganz gern gehabt; Papen hat ihn auch sehr geschickt behandelt. Papen hat sich auch verdient gemacht. Der erste Anstoss kam von ihm. Er hat den Einbruch in die heilige Verfassung vollzogen. Dass er nicht weiter konnte, war klar.»

94 Die Weimarer Republik

Die tödliche Sackgasse

In der Tat hat der Herr von Papen die Winde entfesselt, mit denen er und seinesgleichen doch nicht mehr segeln konnten. Er hat ein staatsrechtliches Dschungel heraufgeführt, in dem sich nur die Mächte behaupten konnten, die Geist und Blut von diesem Dschungel waren. Alle modernen Revolutionen wurden ja ausgelöst von unzufriedenen und ehrgeizigen Aristokraten, die meinten, den Sturm lenken und die unterirdische Flamme der Vulkane in für sich wärmendes Herdfeuer verwandeln zu können. Papens Traum war ausgeträumt, die Duldung einer Bewegung zu erlangen, die er selber als Mitläufer, Helfer, Trommler haben wollte und die in Wirklichkeit nach einem Wort Lenins ihn stützte wie der Strick den Gehenkten.

Papen hatte bezahlt, alle Schulscheine Schleichers eingelöst: die SA wieder zugelassen, den Reichstag aufgelöst und für den 31. Juli Neuwahlen ausgeschrieben. Nun wurde ihm heimgezahlt, mit Kübeln von Unrat für das «Kabinett der Barone» für die Reaktionsäre und ihre steife, gepflegte und fachmännische Unfähigkeit. Kommunisten, Zentrum und Sozialdemokraten hielten sich bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli im wesentlichen, auch die Deutschnationalen behaupteten ihre Mandate. Sonst aber tanzte die Nation wie Papen aufgespielt hatte: die Nationalsozialisten erschienen als die Herren der Zukunft, seit Papen so unterwürfig ihre Wünsche erfüllt hatte und seit die Sozialdemokratie – einst Deutschlands grosse politische Bewegung – am 20. Juli gezeigt hatte, dass sie mit einem Fusstritt aus dem Weg geschoben werden konnte. Die NSDAP schnellte mit ihren Mandaten von 107 auf 203 empor (fast das Doppelte der SPD als der bisher stärksten Partei). Die Zeche bezahlten die kleineren «bürgerlichen» Parteien, die eigentlich konservativen Gruppen, von denen zuweilen nur ein Drittel oder Fünftel übrigblieb: die Nationalliberalen mit 7 statt vorher 30 Mandaten, die Deutsche Demokratische Partei, jetzt «Staatspartei» genannt, mit 4 statt 20 Mandaten, alles Fraktionen, von denen jede in einer Taxe Platz hatte. Brüning knüpfte nach den Wahlen Verbindungen mit Hitler an, um den zu stürzen, der ihn gestürzt hatte: Papen.

Hitler verlangte aber mehr als Brüning geben konnte. Immerhin erklärte sich das Zentrum bereit, die Wahl von Hermann Göring zum Reichspräsidenten zu unterstützen, womit Göring gewählt war. Am 11. September nahm der neue Reichstag die Arbeit auf. Die Parteien fingen sogleich mit einem Misstrauensantrag gegen Papen an, worauf dieser die vorsorglich besorgte, aber vergessene Vollmacht zur Reichstagsauflösung in einem Taxi herbeiholte und sie mitten in der Abstimmung über den Misstrauensantrag auf das Pult des Präsidenten legte. Einige Tage stritt man sich, ob ein nicht mehr bestehendes Parlament die Regierung stür-

zen oder eine schon gestürzte Regierung den Reichstag auflösen wollte. Doch sass die Regierung am längeren Hebel. Die Wahlen zum Reichstag vom 6. November 1932 brachten einen viel überschätzten Rückgang der NSDAP von 230 auf 196 Mandate. Auffallend zu nahmen nur die Kommunisten (von 89 auf 100 Mandate). Die Sozialdemokraten verloren noch einmal 10 Mandate, während die 4 Demokraten es fertigbrachten, sich zu halbieren. Sicherlich bewiesen die Wahlen vom November, dass man die Nationalsozialisten «zu Tode wählen» konnte. Die Partei war auf die unmittelbare «Erwartung» gegründet; die «eschateia» hob sie empor. Jeden zweiten Monat eine Wahl ohne Sieg Hitlers, hätte sie nicht nur finanziell ruiniert, sondern auch die Flamme des Glaubens erstickt. Aber Hindenburg war für die Kasernenhofschikane: Antreten, wegtreten, nicht zu haben. Wesentliches hatten die Novemberwahlen an der deutschen politischen Lage nicht geändert. Die Regierung Papen befand sich im Reichstag in derselben grotesken Minderheit. Aber noch gab es eine Verfassung, die der Präsident auch achten wollte. An der nationalsozialistischen Bewegung hing daher – so grotesk das klingt – die Hoffnungen vieler Leute auf die Rückkehr zur parlamentarischen Legalität. Die NSDAP war eine Massenpartei, und mit ihr zusammen müsste doch, so dachten viele Menschen, eine Mehrheit im Reichstag zusammengebracht werden können. Dann brauchte man nicht weiterhin mit Ermächtigungen, Notverordnungen und Parlamentsauflösungen zu arbeiten. Es war daher nicht unsinnig, dass Hitler von Hindenburg gebeten wurde, eine Regierung auf Grund einer tragfähigen parlamentarischen Mehrheit zu bilden. Aber aus den langwierigen Verhandlungen schälte sich allein eine Tatsache heraus: dass Hitler die parlamentarische Legalität nur retten wollte, wenn er die Macht bekam, sie danach für immer zu zerstören.

So war die Republik nur durch den Staatsstreich vor Hitler zu retten. Am Abend des 1. Dezember schlug auch der Reichskanzler v. Papen in Anwesenheit Schleichers dem Reichspräsidenten vor, den Reichstag aufzulösen, entgegen den Bestimmungen der Verfassung keine Neuwahlen auszusprechen, später eine eigene Verfassung auszuarbeiten und dem Volk vorzulegen.

«Die Lage war so ernst, dass ich der Meinung war, der Präsident habe das Recht, das Wohl der Nation über seinen Eid auf die Verfassung zu stellen.»

Bismarck habe dem preussischen König auch empfehlen müssen, die Verfassung um des Wohles des Landes willen ausser acht zu lassen!

Herr von Schleicher war es, der in der Dezembernacht den Staatsstreich und Verfassungsbruch für vermeidbar erklärte. Er wisse einen Weg, eine tragfähige Mehrheit im

Land zu erlangen, er wolle den Strasser-Flügel von der nationalsozialistischen Bewegung abspalten, die Gewerkschaften gewinnen und mit einer solchen Kombination dann regieren. Er selbst müsste dazu Reichskanzler werden. Nach Seeckt, Gessler, Hermann Müller, Groener und Brüning hatte sich der General ein neues Opfer auserlesen: Papen.

Hindenburg entschied sich in der Nacht des 1. Dezember für Papen. Er war bereit, den Eid auf die Verfassung zu brechen und den Weg des Staatsstreiches zu gehen:

«Herr Reichskanzler, ich bitte Sie, unverzüglich die notwendigen Verhandlungen einzuleiten, um eine Regierung zu bilden, der ich die Durchführung Ihres Planes anvertrauen kann.»

«Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang», sagte von Schleicher hinterher zu dem Reichskanzler von Papen. Am anderen Tage trat das Kabinett zusammen. Herr von Schleicher bezwang das Kabinett mit dem Phantom des Bürgerkrieges. Der Plan des Herrn von Papen, so entwickelte er, werde das Land in das Chaos stürzen. Polizei und Armee könnten den Verkehr im Falle eines Generalstreikes nicht aufrechterhalten. Die Reichswehr vermöge nicht Ruhe und Ordnung im Falle eines Bürgerkrieges zu gewährleisten. Der Generalstab hatte den Bürgerkrieg ja schon ausgerechnet. So wie er Pläne für alle Eventualitäten, für den Krieg mit Guatemala oder Liberia, bereit hatte, so hatte er auch ein Spiel «Bürgerkrieg» ausgearbeitet. Der Generalstab war dabei zu negativen Ergebnissen gekommen: Den Krieg im eigenen Land müsse die Reichswehr verlieren.

Der Reichswehrminister hatte einen Major Ott mitgebracht, der später als General Botschafter in Tokio werden sollte. Major Ott hatte nahezu apokalyptische Visionen, wenn er an den Belagerungszustand dachte. In Ostpreussen würden möglicherweise die Polen einfallen. In Hamburg würden die Dockarbeiter streiken und die Lebensmittelfuhr lahmlegen, so dass ein Hungerkrieg in Deutschland ausbrechen könnte. Im Ruhrgebiet würden die Bergwerke und die Hochöfen erlahmen. Die Schifffahrt auf dem Rhein würde eingestellt werden, und der Separatismus im Rheinland würde sein Haupt erheben. Man hatte Fähnchen gesteckt: auführerische SA, aufständische Rote Armee, ersaufende Bergwerke, ruhende Zechen, tote Häfen, unterbrochene Eisenbahnverbindungen. Der Major behandelte – mit dem Auftrag, aus Ministern Feiglinge zu machen – alle diese Dinge, als wären sie von der «Aufklärung» als sichere Tatsachen gemeldet. Vor wenigen Monaten war die Preussenregierung davongejagt worden, die den Gewerkschaften wahrhaft etwas bedeutete. Nichts war geschehen. 6 Millionen Arbeitslose gab es in Deutschland; viel Menschen, die viel taten, um wieder zu verdienen. Die Kassen der Gewerkschaften waren leer. Aber wie die Schiedsrichter im Manöver Bataillone und Regimenter durch feindliches Feuer für ausradiert erklären, legte das famose «Kriegsspiel» Wasser-

und Elektrizitätswerke, Kohlengruben und Zechen, Häfen und Eisenbahnen still, zeichnete mit der Phantasie der gemeinen bürgerlichen Angst in die ehrfurchtsvoll betrachtete Generalstabskarte vom «Feind beherrschte Gebiete», seuchenbedrohte und hungernde und damit als Operationsbasen schwerlich benützbare Landstriche ein.

Jeder beugte sich vor der Meinung des «Fachmanns», der in Wirklichkeit über Dinge sprach, von denen er nichts verstand. Ein Major, einen Kartentisch vor sich, hatte herausgefunden, dass das deutsche Volk über eine Vertagung des Reichstages ausser sich geraten würde, und legte auf Befehl Schleichers dar, dass ein hungerndes und darbenendes Volk mit 6 Millionen Arbeitslosen nach mehr Hunger und Elend verlangte. Vor der Geschichte endete das Kriegsspiel damit, dass in Berlin ein Fähnchen mit dem Hakenkreuz darauf gesteckt wurde.

Was immer an Sympathien für den Nationalsozialismus in dem unteren Offizierskorps vorhanden war, der Apparat der Reichswehr war noch völlig intakt. Die Reichswehr hätte die SA-Haufen – es ist nicht der mindeste Zweifel daran erlaubt – müheles zusammengeknallt, wenn nur jemand Kaltblütigkeit und Tapferkeit gehabt hätte, den Befehl zu geben. Es war die typisch revolutionäre Situation. Die regierenden Klassen starteten auf die revolutionäre Woge wie auf eine überirdische Erscheinung des Schicksals und standen davon gelähmt wie vor dem Blick der Schlange. Die von Gier und Not zusammen getriebenen SA-Haufen erschienen der betäubten Seele einer machtmüden Klasse als «braune Bataillone», über denen ein fast lyrischer Abglanz von wirklicher Macht lag.

Vor dem Gespenst des Bürgerkrieges wich auch Hindenburg zurück. Am andern Tag sagte er zu Papen:

«Mein lieber Papen, Sie werden nicht viel von mir halten, wenn ich meine Meinung ändere. Aber ich bin zu alt und habe zuviel mitgemacht, um die Verantwortung für einen Bürgerkrieg zu tragen. Wir müssen Schleicher sein Glück versuchen lassen.»

Wir wollen den General Schleicher sein Glück versuchen lassen – das ist schon mit einer gewissen Zweideutigkeit gesagt. Wenn er die «Fortune» nicht hat, die Preussens Herren immer von ihren Generalen verlangt haben, dann werden wir eben etwas Neues versuchen. Das war der Untersinn. Das autoritäre Regime, das sich als Überwindung demokratischer Unstetigkeit ausgab, war ins reine Experimentieren geraten und verbrauchte Reichskanzler wie auf Probe angestellte Lehrlinge.

Fast nur ein General konnte auf die Idee kommen, abtrünnige Nationalsozialisten, Deutsch-Nationale und Gewerkschaften zu einer parlamentarischen Koalition zusammenfügen zu wollen. In der europäischen Parlamentsgeschichte ist das wohl die waghalsigste und komplizierteste «Kombi-

96 Das Dritte Reich

nation»): die je versucht wurde. Dieses trügerische und flimmernde Narrenspiel der Hoffnungen genügte, um in einer verzweifelten Krise des Landes die Regierung zu wechseln. Binnen kurzem musste der General von Schleicher erkennen, dass er mit seinem Plane gescheitert war. Otto Braun, der frühere preussische Ministerpräsident, hatte es dem General vorhergesagt:

«Verzeihen Sie, wenn ich's Ihnen offen sage: Von militärischen Dingen mögen Sie etwas, ja sogar viel verstehen, das kann ich nicht beurteilen, aber von Politik und vor allem von politischen Massenbewegungen und Parteispaltungen verstehe ich auf Grund über vierzigjähriger Erfahrung mehr. Bei einer Parteispaltung bleibt das Gros dort, wo die Kasse, der Organisationsapparat und die Zeitungen bleiben, und das ist bei Hitler. Mit Strasser und seinen wenigen Getreuen, die vielleicht von der Partei absplittern, gewinnen Sie wenig oder gar nichts, denn die werden nichts hinter sich haben.»

Gregor Strasser wurde in einer Parteisitzung von Hitler niedergedonnert. Die Rebellen knickten um wie Bäume unter einem Orkan. Gregor Strasser verliess sang- und klanglos Berlin. Es war ein Jahr, das die Menschen zerbrach. Der nationalsozialistische Aufruhr wehte wie ein Wüstenwind über das Land und schlug die Menschen mit Lähmung. Der General von Schleicher hatte sein Glück versucht, und der Einsatz war ihm vom Spieltuch gestrichen worden. Schleicher war in all seinen Plänen gescheitert. Die «Spaltung» der NSDAP spaltete auch nicht einen einzigen Menschen von der Partei ab. Statt dessen sollten Schleicher und Strasser am 30. Juni 1934 den Plan der Spaltung mit dem Leben büssen. Die Gewerkschaften ihrerseits waren reine Entrüstung über den Vorschlag des Generals, in seine Regierung einzutreten, und die Sozialdemokraten prangerten unablässig die Militärdiktatur an. Nur Gustav Noske ging von einem Parteifreund zum anderen, flehend, dem General keine Schwierigkeiten zu machen. Aber ihnen war Hitler lieber als Schleicher: Hitler mit einer Talmi-Koalition, mit Wahlen und Reichstag und dem Trugbild de! Legalität.

Schleichers Reden vom preussischen Sozialismus hatte die Gewerkschaften und Sozialdemokraten nicht gewonnen, sondern statt dessen nach und nach alle verfeindet, die mit

ihren Klagen ins Palais des Reichspräsidenten zu dringen vermochten: die Deutsch-Nationalen, den Bund der Landwirte, die Industrie. Der General brachte das Kunststück fertig, noch weniger Anhänger zu haben als die Papen-Regierung. Schleicher war jetzt an dem Punkte, an dem Papen am 1. Dezember 1932 gestanden hatte und an dem er einem «Kriegsspiel» des Generalstabes unterlegen war. Schleicher hatte sich Hitler zum Todfeind gemacht: Der Versuch der Parteispaltung ist etwas, was kein Parteiführer je verzeihen kann. Nun forderte Schleicher die Vollmachten, hinter denen er einst die Furien des Bürgerkrieges und der Auflösung hatte emporsteigen lassen. Hindenburg sagte jetzt nein. Von Untreue und Verrat Hindenburgs gegenüber Schleicher kann kaum die Rede sein. Der General hatte Versprechungen gemacht, die sich als reiner Bluff erwiesen. Er schlug jetzt die Wege vor, die er selber vor wenigen Wochen als selbstmörderisch dargetan hatte. Die Entscheidung Hindenburgs war daher völlig natürlich und sachgemäss.

Jetzt hat andererseits auch Herr von Papen dieselbe tröstliche Botschaft, die der Reichswehrminister am 1. Dezember 1932 hatte: Es gehe auch ohne Belagerungszustand, ohne Verfassungsbruch, ohne Blut und Gewalt, und es gebe einen Weg, die neue nationale Bewegung Hitlers irgendwie einzubauen in die deutsche Politik. Herr von Papen empfiehlt nun, Hitler zum Reichskanzler zu machen. Er hat eine politische Kombination ausgeklügelt, die nach menschlicher Voraussicht Hitlers Macht unschädlich machen müsse. Hindenburg und auch sein Sohn widerstrebten noch immer dem Ansinnen, den «böhmischen Gefreiten» zum Reichskanzler zu machen. Aber allmählich wurde Hindenburgs Wille zermürbt. Schleichers eigenes Gespenst des Bürgerkrieges brachte Hindenburg zu Boden. «Ich bin zu alt», sagte er in der letzten entscheidenden Unterredung, «um Bürgerkrieg zu führen», als Schleicher ihm vorstellte, nur noch Gewalt könne Deutschland vor dem Nationalsozialismus und dem Unglück erretten.

«Lieber junger Freund, ich werde bald da oben sein, von da aus kann ich es mir ja ansehen, ob ich recht gehandelt habe oder nicht.»

Der Reichspräsident verweigert die Vollmachten. Am 28. Januar 1933 tritt Reichskanzler von Schleicher zurück. Am 30. Januar wird Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt.

DAS DRITTE REICH

1933

30. Jan.: Regierung Adolf Hitler wird gebildet (ohne nationalsozialistische Mehrheit). Hitler erzwingt eine Viertelstunde vor der Vereidigung die Reichstagsauflösung.
6. Febr.: Die preussische Regierung Otto Braun wird durch Notverordnung endgültig beseitigt. Das dazu ermächtigte Dreier-Kollegium beschliesst gegen die Stimme des Senatspräsidenten Adenauer die Auflösung des preussischen Landtages.

Bücherverbrennung. Studenten marschierten am 10. Mai 1933 vor der Staatsoper B
öffentlichen Verbrennung «undeutschen Schrifttums» auf. Schriften bekannter Autor
zum Opfer, z.B. von Thomas Mann und Stefan Zweig. Einen gleichartigen Vorg
schon beim Wartburgfest im Jahr 1817.



SA und SS.

Heinrich Himmler (o. I.), wie sein Herr, Hitler, ein Teufel im Gewände der spießbürgerlichen Banalität, baute den unterirdischen Machtapparat des Dritten Reiches auf. Er verübte Selbstmord im Mai 1945, wenige Minuten nach seiner Verhaftung durch britische Soldaten. – Reinhard Heydrich (u. I.), das Gehirn Himmlers, ein ehemaliger Marineoffizier, war der eigentliche Organisator des Judenmordes. Er wurde 1942 durch tschechische Widerstandskämpfer ermordet. – Ernst Röhm (o. r.) rüstete die Kampfverbände der NSDAP mit den Geldern und Waffen der Reichswehr aus. Eine Revolutionsarmee aus SA erstrebend, wurde er am 30. Juni 1934 auf Befehl Hitlers der Reichswehr zu Gefallen ermordet.

1933

- 27. *Febr.:* Der Reichstag wird durch den holländischen Anarcho-Kommunisten van der Lubbe in Brand gesteckt (Mittäterschaft ungeklärt). Die greifbaren kommunistischen Funktionäre werden in der Nacht vom 27. zum 28. Februar von der preussischen Polizei verhaftet.
- 28. *Febr.:* Eine Notverordnung verschärft die Strafen für politische Vergehen erheblich.
- 4. *März:* Otto Braun, der «rote Zar» von Preussen, verlässt am Vorabend der Wahlen Deutschland.
- 5. *März:* Die Wahlen zum Reichstag ergeben eine knappe Mehrheit für die Regierung Hitler (44% für die NSDAP) die zum preussischen Landtag eine beherrschende nationalsozialistische Mehrheit.
- 6. *März:* Die Länderregierungen werden beseitigt.
- 13. *März:* Josef Goebbels wird Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.
- 21. *März:* Der Reichstag wird in der Garnisonskirche von Potsdam theatralisch feierlich eröffnet («Tag von Potsdam», Weitertagung in der Kroll-Oper).
- 24. *März:* Der Reichstag beschliesst gegen die Stimmen der Sozialdemokraten das Ermächtigungsgesetz (Ermächtigung auch zur Verfassungsänderung).
- 31. *März:* Die Länderparlamente werden automatisch gemäss dem Wahlergebnis vom 5. März entsprechend besetzt (Erstes Gleichschaltungsgesetz).
- 1. *April:* Ein organisierter Boykott wird gegen die jüdischen Geschäfte durchgeführt.
- 7. *April:* Nichtarier und Gegner des Regimes werden aus dem Staatsdienst ausgeschaltet («Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums»). «Reichsstatthalter» werden in den Ländern eingesetzt (Zweites Gleichschaltungsgesetz). Vizekanzler Franz von Papen tritt als Reichskommissar für Preussen zurück.
- II. *April:* Hermann Göring wird zum preussischen Ministerpräsidenten ernannt.
- 28. *April:* Eine preussische «Geheime Staatspolizei» wird gegründet.
- 1. *Mai:* Am «Tag der Nationalen Arbeit» marschieren die sozialistischen Gewerkschaften mit Hitler.
- 2. *Mai:* Die Gewerkschaftshäuser werden von nationalsozialistischen Formationen besetzt.
- 17. *Mai:* Der Reichstag erklärt einstimmig (einschliesslich der Sozialdemokraten), dass Hitler «Friedenspolitik» treibe.
- 26. *Mai:* Die evangelischen Kirchenführer wählen den Pastor Bodelschwing zum Reichsbischof.
- 28. *Mai:* Die Wahlen in Danzig ergeben eine absolute Mehrheit für die NSDAP.
- 1. *Juni:* Das erste Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit wird erlassen.
- II. *Juni:* Die Deutsche Evangelische Kirche wird durch ein Gesetz begründet. Reichsminister Frick erklärt nach «völlzogener Gleichschaltung» die Revolution als «abgeschlossen».
- 22. *Juni:* Die Sozialdemokratische Partei wird verboten.
- 27. *Juni:* Die Parteien werden durch unterirdischen Terror gezwungen, «sich freiwillig aufzulösen», die Deutschnationalen am 26. 6., die Deutsche Staatspartei am 28. 6., die Deutsche Volkspartei am 4. 7., das Zentrum am 5. 7.
- 27. *Juni:* Alfred Hugenberg tritt als Wirtschaftsminister zurück.
- 6. *Juli:* Hitler erklärt die Revolution für beendet.
- 8. *Juli:* Das Reich und der Vatikan schliessen ein Konkordat (unterzeichnet 20. Juli).
- 14. *Juli:* Das «Gesetz gegen die Neubildung von Parteien» verbietet alle Parteien ausser der NSDAP.
- 21. *Sept.:* Das Zweite Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit wird als Eröffnung der «Arbeitsschlacht» verherrlicht. Vor dem Reichsgericht wird der Reichstagsbrandprozess eröffnet (gegen van der Lubbe, den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler und gegen drei Bulgaren, darunter ein hervorragendes Mitglied der kommunistischen Internationale, Dimitroff) (am 23. 12. van der Lubbe zum Tode verurteilt und rasch darauf hingerichtet, Torgler und die drei Bulgaren aus Mangel an Beweisen freigesprochen).
- 22. *Sept.:* Das Reichskulturkammergesetz führt die Kontrolle über künstlerische und schriftstellerische Betätigung ein (Arierparagraph).
- 27. *Sept.:* Wehrkreispfarrer Müller wird gegen massgebliche Gruppen der protestantischen Kirche auf einer National synode in Wittenberg zum Reichsbischof gewählt.
- 29. *Sept.:* Das Reichserbhofgesetz wird erlassen.
- 4. *Okt.:* Das Schriftleitergesetz schliesst Nichtarier und Antinationalsozialisten aus der Presse aus.
- 14. *Okt.:* Das Reich tritt aus dem Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz aus.
- 12. *Nov.:* Eine Volksbefragung über den Schritt des 14. 10. erbringt 90% Ja-Stimmen.
- 1. *Dez.:* Das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat gibt dem SA-Chef und dem Stellvertreter des Führers Sitz und Stimme im Reichskabinet.

1934

- 20. *Jan.:* Ein Gesetz über die nationale Arbeit wird erlassen (Abschaffung von kollektiven Lohnverträgen).

98 Das Dritte Reich

1934

- 26. *Jan.:* Das Reich und Polen schliessen einen Freundschaftsvertrag.
- 30. *Jan.:* Die Länderparlamente werden abgeschafft (Gesetz über den Neuaufbau des Reiches).
- 10. *April:* Der Reichsführer der SS, Himmler, wird Chef der Geheimen Staatspolizei Preussens.
- 29. *Mai:* Die Synode in Barmen (bis 31.5.) ruft die Evangelische Bekenntniskirche ins Leben.
- 15. *Juni:* Hitler und Mussolini treffen sich zu einer ergebnislosen Besprechung in Venedig.
- 17. *Juni:* Der Vizekanzler von Papen greift vor der Marburger Universität die Entwicklung des Dritten Reiches scharf an.

- 30. *Juni:* Hitler rottet scheinbar der Reichswehr zu Gefallen die Spitzen der SA aus und zerbricht hinter dieser Fassade durch Terror die Führungsschichten des alten Deutschlands.
- 1. *Juli:* Der Reichspräsident von Hindenburg, von Staatssekretär Meißner irreführt, beglückwünscht Hitler für die Niederschlagung der SA-Revolte.
- 3. *Juli:* Das Reichskabinett erklärt die am 30. Juni und nachher getroffenen Gewaltmassnahmen Hitlers für rechtmässig.
- 20. *Juli:* Die SS wird zum Dank für die Morde des 30. Juni selbständige Organisation.
- 25. *Juli:* Die nationalsozialistische Partei zettelt in Wien einen Aufstand an und ermordet dabei den österreichischen Bundeskanzler Dollfuß. Mussolini lässt am Brenner einige Divisionen zum Schutz Österreichs gegen die «Horde von Mördern und Homosexuellen» («Popolo d'Italia») aufmarschieren.
- 26. *Juli:* Hitler verleugnet den Putsch in Wien und ernennt Papen zum Gesandten in besonderer Mission in Wien.
- 1. *Aug.:* Ein Reichsgesetz bestimmt noch zu Lebzeiten Hindenburgs Hitler zum Nachfolger des Reichspräsidenten.
- 2. *Aug.:* Reichspräsident von Hindenburg stirbt. Die Reichswehr wird kaum mehr als eine Stunde nach dem Tode Hindenburgs auf Hitler als ihren neuen Oberbefehlshaber vereidigt.

1935

- 13. *Jan.:* Die Abstimmung im Saarland ergibt eine überwältigende Mehrheit für den Anschluss an Deutschland (am 17.1. Beschluss des Völkerbundes über die Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem Reich).
- 30. *Jan.:* Die «Deutsche Gemeindeordnung» beseitigt die alte deutsche Gemeindeordnung.
- 16. *März:* Die allgemeine Wehrpflicht wird im Widerspruch zum Versailler Vertrag wieder eingeführt.
- 18. *Juni:* Das deutsch-englische Flottenabkommen legt eine feste Relation zwischen der Flottenstärke der beiden Länder fest und legalisiert indirekt die deutsche Wiederaufrüstung.
- 16. *Juli:* Ein Reichskirchenministerium unter dem Nationalsozialisten Kerrl wird gegründet.
- 15. *Sept.:* Der Reichsparteitag der NSDAP verkündet die Nürnberger Gesetze (Verbot von Ehen und Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Deutschen, Aberkennung der Staatsbürgerschaft für Juden, die Hakenkreuzflagge als Nationalflagge, Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes).
- 3. *Okt.:* Mussolini eröffnet den Angriff auf Abessinien.
- 11. *Okt.:* Der Völkerbund beschliesst Sanktionen gegen Italien.
- 7. *Nov.:* Das Reich verweigert die Beteiligung an den Sanktionen gegen Italien. Der Stahlhelm als «SA-Reserve» wird aufgelöst.
- 10. *Dez.:* Der britische und französische Aussenminister legen ein Kompromiss in der Abessinien-Frage vor (Hoare-Laval-Plan). Er scheitert am Widerspruch der öffentlichen Meinung; der fortdauernde Konflikt Frankreichs und Englands mit Italien wird eine Vorbedingung für das Rheinlandabenteuer Hitlers.

1936

- 7. *März:* Hitler erklärt den Locarno-Vertrag für erloschen, besetzt das Rheinland und beginnt den Bau des Westwalls.
- 29. *März:* Eine Volksbefragung über die Besetzung des Rheinlandes ergibt eine 99%ige Mehrheit für Hitler.
- 4. *Juli:* Der Völkerbund bricht die Sanktionen gegen Italien ab.
- 11. *Juli:* Ein Abkommen mit Österreich stellt die freundschaftlichen Beziehungen wieder her.
- 18. *Juli:* In Spanien bricht Bürgerkrieg aus (Staatsstreich des General Franco durch das Reich ermöglicht).
- 1. *Aug.:* Die Olympischen Spiele in Berlin bezeichnen den Höhepunkt/der Weltillusion über das Dritte Reich.
- 24. *August:* Die zweijährige Militärzeit wird eingeführt.
- 18. *Okt.:* Das Hitler-Reich verkündet einen Vierjahresplan, mit dessen Durchführung Hermann Göring beauftragt wird.
- 25. *Okt.:* Ein Freundschaftsvertrag zwischen dem Reich und Italien wird geschlossen («Achse»).
- 14. *Nov.:* Die Reichshoheit über die deutschen Ströme wird wiederhergestellt und die Bestimmung des Versailler Vertrages über die deutschen Wasserstrassen damit aufgehoben

1936

25. Nov.: Das Reich und Japan schliessen den Antikomintern-Pakt.

1937

30. Januar: Das Ermächtigungsgesetz wird auf vier Jahre verlängert.
4. März: Die päpstliche Encyclica «Mit brennender Sorge» greift die nationalsozialistische Rassenlehre an. Hitler entwickelt in einer Unterredung mit der obersten militärischen und zivilen Führung seine kriegerischen Pläne (Hossbach-Protokoll).
6. Nov.: Italien tritt dem Antikominternpakt bei.

1938

4. Febr.: Raffiniert herbeigeführte oder ausgenützte Skandale um den Reichswehrminister und den Chef der Heeresleitung führen zu einer Regierungsumbildung (Ribbentrop Aussenminister und Hitler Befehlshaber der Wehrmacht).
12. März: Deutsche Truppen marschieren in Österreich ein («Anschluss»);
22. April: Hitler erwägt Angriff auf die Tschechoslowakei («Studie Grün»);
24. April: Das Karlsbader Programm der sudetendeutschen Partei fordert einen deutschen Staat innerhalb der Tschechoslowakei.
3.-9. Mai: Der Besuch Hitlers in Rom wird zu einer feierlichen Demonstration für die Einheit der «Achse». Die Tschechoslowakei führt unter Behauptung einer militärischen Gefährdung des Landes eine Teilmobilmachung durch.
30. Mai: Hitler nennt die Zerschlagung der Tschechoslowakei als nächstes Ziel («Studie Grün» Nr. 2).
3. Juni: Ein inspirierter Leitartikel der «Times» setzt sich für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen.
27. Aug.: Der Generalstabschef des Heeres, General Ludwig Beck, tritt aus Widerspruch gegen die Kriegspolitik Hitlers zurück.
15. Sept.: Der britische Premierminister Neville Chamberlain trifft Hitler auf dem Obersalzberg wegen der sudetendeutschen Krise. Konrad Henlein fordert öffentlich die Loslösung des Sudetengebiets von der Tschechoslowakei.
18. Sept.: Frankreich und Grossbritannien einigen sich auf die Abtretung des Sudetengebiets an Deutschland. Der britische Premierminister Chamberlain und Adolf Hitler beraten in Godesberg (bis zum 24.) ergebnislos über die Durchführung der Abtretung des Sudetengebiets.
26. Sept.: Hitler erklärt anlässlich einer Rede im Sportpalast, dass die Abtretung des Sudetenlandes die letzte Revisionsforderung sei.
28. Sept.: Die Westmächte verzichten auf ihre Forderung einer geregelten Übergabe des Sudetengebiets.
29. Sept.: Grossbritannien, Frankreich, Italien und das Reich einigen sich auf der Konferenz in München über die sofortige Abtretung des Sudetengebiets an das Reich (29.-30. 9.).
30. Sept.: Hitler und Neville Chamberlain schliessen ein Freundschaftsabkommen zwischen dem Reich und Grossbritannien.
1. Okt.: Deutsche Truppen marschieren ins Sudetenland ein.
5. Okt.: Die britische Regierung gibt ihren Entschluss bekannt, trotz der Friedenserklärung zwischen dem Reich und Grossbritannien die britische Aufrüstung nachdrücklich zu betreiben.
21. Okt.: Hitler lässt Vorkehrungen für die Liquidierung der «Rest-Tschechei» treffen.
24. Okt.: Der Reichsaussenminister v. Ribbentrop fordert gegenüber dem polnischen Botschafter Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich und Regelung der Korridorfrage.
2. Nov.: Der «Wiener Schiedsspruch» erfüllt zu einem grossen Teil die Forderungen der Ungarn gegenüber den Rumänen (Rückgliederung von ehemals ungarischen Landstrichen), weist aber den ungarischen Anspruch auf die Slowakei ab.
9. Nov.: Organisierte Ausschreitungen gegen die Juden werden durchgeführt (planmässige Zerstörung der Geschäfte und Niederbrennung der Synagogen; «Kristallnacht»);
24. Nov.: Hitler befiehlt, Vorbereitungen für einen Handstreich auf Danzig zu treffen.
6. Dez.: Frankreich und Deutschland vereinbaren einen Nichtangriffsvertrag und eine Garantie der beiderseitigen Grenzen.

1939

5. Jan.: Hitler fordert von dem polnischen Aussenminister Oberst Beck auf dem Obersalzberg die Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich und eine Regelung der Korridorfrage.
12. Febr.: Hitler rät dem Slowakenführer Tuka angesichts des nahen Untergangs der Tschechoslowakei Loslösung von den Tschechen.
10. März: Stalin bestreitet in einer Rede vor dem Kongress der Kommunistischen Partei alle Absichten des Reiches auf die Ukraine (Annäherungsangebot an das Hitler-Reich).

100 Das Dritte Reich

1939

13. März: Hitler wiederholt gegenüber dem Regierungschef der Slowakei, Tiso, die Erklärungen vor Tuka.
14. März: Die Slowakei verkündet ihre Unabhängigkeit. Der tschechische Staatspräsident Hacha unterzeichnet in Berlin in der Nacht vom 14. zum 15. März die Unterwerfung der Tschechoslowakei unter ein deutsches Protektorat (Besetzung der Tschechoslowakei am 15. März durch deutsche Truppen, die förmliche Errichtung des Protektorats am 16.).
16. März: Premierminister Chamberlain erklärt britische Garantie für den auseinandergefallenen tschechoslowakischen Staat für erloschen.
17. März: Grossbritannien, Frankreich, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten protestieren gegen die Besetzung der Tschechoslowakei durch das Reich. Der britische Premierminister Chamberlain ruft in Birmingham zum Kampfe gegen die deutschen Vormachtbestrebungen in Europa auf.
22. März: Litauen tritt unter Druck das Memelgebiet an Deutschland ab. Ein Protektoratsvertrag wird zwischen dem Reich und der Slowakei geschlossen. Ein Wirtschaftsvertrag des Reiches mit Rumänien liefert die Rohstoffquellen Rumäniens dem Reich in grossem Umfang aus (Anstoss für das Beistandsversprechen an Polen).
31. März: Grossbritannien gibt dem polnischen Staat ein Beistandsversprechen (öffentliche Garantieerklärung).
3. April: Hitler gibt Weisung, einen Krieg gegen Polen vom 1. September an möglich zu machen.
7. April: Italien besetzt im Wettlauf mit dem Reich Albanien.
28. April: Hitler kündigt in einer grossen Rede im Reichstag den deutsch-englischen Flottenvertrag und das deutsch-polnische Freundschaftsabkommen.
4. Mai: Mussolini erwirkt vom Reich die Zusicherung, dass ein grosser Krieg nicht vor drei Jahren stattfinden würde.
8. Mai: Grossbritannien lehnt den Vorschlag einer grossen Koalition gegen das Reich aus Grossbritannien, Frankreich und der Sowjetunion ab.
22. Mai: Zwischen dem Reich und Italien wird ein Militärpakt abgeschlossen («Stahlpakt»).
15. Juni: In Moskau beginnen Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über ein Bündnis; sie scheitern an der Weigerung Polens und Rumäniens, der Sowjetunion das Durchmarschrecht zu gewähren, und an der Abneigung der Westmächte, Russland in Osteuropa freie Hand zu lassen.
23. August: Das Reich und die Sowjetunion schliessen einen Freundschaftsvertrag und teilen Polen in Interessensphären auf (das letztere durch Geheimprotokoll).
25. Aug.: Grossbritannien und Polen schliessen einen förmlichen Beistandspakt. Hitler widerruft den an diesem Tage ausgegebenen Angriffsbefehl.
26. Aug.: Die bis zum 31. August währenden Vermittlungsversuche Italiens und Grossbritanniens scheitern.
1. Sept.: Das Reich eröffnet in den Morgenstunden den militärischen Angriff gegen Polen.

Dämon Hitler

Gerade als das Deutsche Reich, der «Bastard» aus Monarchie und Revolution, vollends legitim zu werden schien und sich die Spuren der revolutionären Abkunft in seinem Antlitz zu verwischen begannen, bekam es Adolf Hitler zum «Führer», um nun führerlos wie ein Waldbrand zu werden. Bei den Nationalsozialisten und ihren nationalrevolutionären Vorläufern gab es ja eine fein ausgeklügelte Theorie über die Natur des «Dritten Reiches», und selbst die Klage der «Achtundvierziger», dass Bismarck ihnen den Donner gestohlen habe, mündete zuweilen in diese Theorie ein: Das Deutsche Reich sei 1870/71 nur von oben her geschaffen worden – ohne die Glut und Leidenschaft der Volksbewegung. Dieses angeblich kalt gezeugte Reich holte nun in der Tat alles Versäumte in einer Orgie nach.

War dieses Reich bisher mitunter als «protestantisch» und «lutherisch» abgestempelt worden, so wurde es nun wiederläuferisch. Der «böhmische Gefreite» – ein unfreiwillig tiefes Wort des alten Reichspräsidenten von Hindenburg – trat in die Fusstapfen von Jan Hus, dessen Krieger die Haut ihrer Feinde auf die Trommel gespannt hatten. Jan van Leyden und Bockelson schienen aus ihren Gräbern wiederzuerstehen. Das Reich sagte nun unter Adolf Hitler wahrhaft dem alten Abendland den Krieg an.

Die Deutschen wollten nicht schlechthin dieses Reich Adolf Hitlers, sie wollten es nicht so, wie es sich Hitler dachte mit seinen geheimen und teuflischen Zielen. Aber es lässt sich ihnen auch nicht bescheinigen, dass sie es überhaupt nicht gewollt hätten.

In den letzten freien Wahlen in Deutschland haben fünfzehn Millionen Menschen Adolf Hitler gewählt. Hunderttausende haben an ihn geglaubt, Tausende waren ihm hörig. Zwölf Jahre hat er Deutschland regiert und den grössten Krieg aller Zeiten entfesselt und eine tiefere und schrecklichere Spur in der deutschen Geschichte hinterlassen als je ein anderer deutscher Staatsmann.

Fünfzehn Millionen Menschen wählten den Zerstörer ihres Landes, einen Mann, der Unglück und Schande über das Vaterland bringen wird. Ave Caesar, morituri te salutant – die, die in den Tod ziehen, grüssen dich, Cäsar. Aber Hitler täuschte auch die Menschen über sein Wesen: Er trug die Maske niedriger Belanglosigkeit und trinkgeldheischer Nichtigkeit. Es wäre ein Segen für Deutschland und die Welt gewesen, wenn er mit den Reichtümern, dem Glanz und Genuss der äusseren Stellung zufriedenzustellen gewesen wäre. Er war nicht zu bestechen – in keiner Grössenordnung –, und die Teufelei und der Wahn waren ihm nicht irgendwie abzukäufen. Es war etwas Übermenschliches und Unmenschliches an dem Mann, ein Zug der teuflischen Heiligkeit. Er lebte für sich selbst einfach und in einer geradezu spartanischen Strenge. Im unmittelbaren Verkehr konnte man nur selten Züge des Extravaganten und Pathologischen an ihm sehen, und er war von dem niederen und gemeinen Egoismus frei. Er verbrauchte sich sicherlich für das, was er für seine Mission hielt und was sein Wahn und sein Hass waren.

Hitler war auch ein Genie, das reinste Beispiel für ein verküppeltes und verwachsenes Genie. Er verfügte ohne Zweifel über aussergewöhnliche Eingebungen und Kräfte, jene Impulse des Genies, die übermenschlich oder untermenschlich, göttlich oder dämonisch sein können, die zur Heiligkeit, zum Wahnsinn, zur Erleuchtung oder zur tierischen Grausamkeit zu führen vermögen. Seine Laufbahn beginnt mit einem Geschehnis, das man aus der Geschichte der grossen Heiligen kennt. Er glaubt eine wunderbare Heilung zu erleben, und «der Geist fährt in ihn». Jetzt ist er seiner Aufgabe und Sendung gewiss:

«Da beschloss ich, Politiker zu werden.»

So steht es in «Mein Kampf». Jene Heilung im Lazarett des pommerischen Städtchens Pasewalk gab dem österreichischen Gefreiten eines bayrischen Regiments das Augenlicht wieder, das ihm eine Kampfgasvergiftung während seines Dienstes als Meldegänger an der Westfront zu rauben drohte. Hitler war den ganzen Krieg lang Soldat gewesen. Als Kriegsfreiwilliger hatte er sich in München gemeldet, und wenn seine Vorgesetzten es auch nicht für nötig hielten, ihn höher als bis zum Gefreiten zu befördern, so holte er sich doch die Tapferkeitsauszeichnungen des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse. Die Militärzeit hatte dem Gelegenheitsarbeiter Hitler zum erstmal in seinem fünfundzwanzigjährigen Leben festen Halt und feste Ordnung ge-

geben. 1889 im oberösterreichischen Braunau als Sohn eines Zollbeamten geboren, verlor er schon mit vierzehn Jahren seinen Vater und fünf Jahre später auch die Mutter. Die Realschule in Linz verliess er frühzeitig, weil er sich zum Künstler berufen fühlte, und nach dem Tode seiner Mutter ging er nach Wien, um sich ausbilden zu lassen. Die Professoren der Kunstakademie fanden, dass Hitler die «Compositionsaufgaben für die Probezeichner» («Erster Tag: Austreibung aus dem Paradies usw. Zweiter Tag: Episode aus der Sintflut usw....») «mit ungenügendem Erfolg» angefertigt habe, und verweigerten ihm zweimal die Aufnahme. An ein Architekturstudium war nicht zu denken, da Hitler der Mittelschulabr Schluss fehlte. So verbringt er nun vier Jahre seines Lebens in den Obdachlosenasylen und Männerheimen der habsburgischen Vielvölkermetropole, als Bauhilfsarbeiter und Hersteller von gemalten Postkarten seinen Unterhalt bestreitend. In der freien Zeit und in den Tagen und Wochen der Arbeitslosigkeit verschlingt er wahllos politische und populärwissenschaftliche Literatur, wie sie in Broschüren, Traktaten, Pamphleten und in schnell zerflederten Büchern mit schnell verwischem Druck auf schnell vergilbtem Papier den Bildungshunger der Ungebildeten stillt. Seine ersten Versuche, seine neuerworbenen Ansichten unter die Leute zu bringen, scheitern bald: Er wird, als er «politische Propaganda» treibt, von der Baustelle gewiesen.

Zu Anfang des Jahres 1913 siedelt er nach München über, wo es ihm besser zu gehen scheint. Die Kriegsstimmung der Augusttage 1914 bringt für Hitler die Erlösung aus den demütigenden Erlebnissen der Jugend. Vor kurzem fand man ein Bild einer Kundgebung vor der Feldherrnhalle, darauf ist Hitler zu sehen: mit glühenden Augen. Ein Mensch hat die Erfüllung seines Daseins gefunden; ein bisher nur Geschlechter fühlt sich emporgehoben. Er behauptet, «überwältigt von stürmischer Begeisterung in die Knie gesunken» zu sein und dem Himmel gedankt zu haben, dass er ihm das Glück geschenkt habe, in dieser Zeit leben zu dürfen.

Niemandem in der Geschichte haften alle Merkmale der satanischen Besessenheit so an wie Adolf Hitler. Die Kräfte und Mächte, die in ihm sind, erfüllen ihn mit einer überragenden Kraft. Es lebt ein übermenschlicher und unmenschlicher Wille in ihm. Der beherrschliche, besessene Wille, der sein Leben von Anfang an kennzeichnet und der ihn begleitet von den dunklen Anfängen bis zur schwindelnden Grösse und zum schaurigen Untergang, ist mit menschlichem Mass kaum zu messen. Er übt auf die Massen eine einzigartige suggestive Wirkung aus und vermag Personen mit geringem geistigem Selbstbehauptungsvermögen in Bann zu schlagen, auch wenn diese des menschlichen und intellektuellen Ranges nicht bar waren. Ein Dämon satanischen Ranges, so sagt es Ulrich Volkmann, hat hier einen Zugang in die menschliche Geschichte gefunden – einen Zugang durch die unselige, wüste, verkommene, taube und

102 Das Dritte Reich

arme Seele des Menschen Adolf Hitler. Er ist das grösste demagogische Genie aller Zeiten, ein unerreichter Künstler und Meister dieses schmutzigen Fachs.

Die deutsche Geschichte ist wesentlich von der Tatsache bestimmt, dass sich Hitler zuerst in einem erbärmlichen und kleinen Licht zeigte. Die Deutschen unterschätzten den Mann, und die Welt ebenso. Nachher kam der genauso verhängnisvolle Umschlag: Man übersah das Böartige und Gefährliche in Adolf Hitler, weil er nicht der «Cäsar im Tirolerkostüm» war, als den ihn ein italienischer Faschist, Malaparte, lächerlich zu machen suchte, und nicht so bedeutungslos, wie man geglaubt hatte.

Es ist auch mit anderen Figuren der Weltgeschichte ähnlich gegangen. Über Nero, Kaiser von Rom, liessen die Christen - aus für sie triftigen Gründen - Fluch und Verdammnis regnen. Sie schilderten ihn als eine Bestie in Menschengestalt, blutgierig, verworfen, die Spuren niedriger und gemeiner Laster im Gesicht. Dann kamen die Menschen dahinter, dass Kaiser Nero ein musisch beflissener, geistvoller und von einem idealistischen Schwung schimmernder Mann war. Es gab genug Leute, die dann erklärten: Ich weiss nicht, das ist doch eigentlich ein ganz netter und liebenswerter Mann. Joseph Pierre Proudhon hat nach Jahrhunderten die Antwort darauf gegeben:

«Nero war vorzeiten ein Künstler, Lyriker und Dramatiker, leidenschaftlich dem Ideal hingegeben, Verehrer der Antike, Sammler von Medaillen, Tourist, Dichter, Redner, Ringkämpfer, Sophist, ein Don Juan, ein Lovelace, ein Edelmann voller Geist, Phantasie und Sympathie, in dem Leben und Wollust überschäumten. Darum eben war er Nero.»

Mit dem Ruhm Cromwells ging es genauso. Da wussten zunächst die Royalisten schreckliche Greuelgeschichten über sein persönliches Leben zu erzählen, über die Ausschreitungen seiner Jugend, über seine grausamen Neigungen, über seine Heuchelei, über seine Orgien. Dann kam ein anderer Cromwell zutage, einer, der eine echte Bekehrung erlebt hatte, der stärkerer Gefühlsregungen fähig war - einen «heulenden Teufel» nannte ihn Lilburne der ehrlich an einen Auftrag Gottes und an die Manifestation des göttlichen Willens in seinen - Cromwells - Siegen glaubte, in einer Ehrlichkeit, die schlimmer ist als jede Lüge. Cromwell hätte

- so sagt Clarendon schon früh mit einem grossartigen Wort

- nie so viel Unheil anrichten können, wenn nicht Grösse und Kraft in ihm gewesen wären.

Auch Hitler hätte nie so viel Unheil anrichten können, wenn er nicht einige aussergewöhnliche Befähigungen gehabt hätte. Es ist ja das schlimmste in dieser Welt, dass der Schöpfer dem Bösen das Antlitz des Göttlichen verliehen hat, das Lachen, die Tränen, die Sprache mit all den Klängen des Herzens und der Seele. Dass ein Mensch lächeln und doch ein Schurke sein kann, heisst es in Shakespeares «Hamlet».

Hitler vermochte durchaus in der Jugend die idealistischen Gefühle zu wecken, er erwies sich als ein grosser Menschenbeschwörer und Menschenfänger. Er konnte lebenswürdig und bezaubernd sein, er gab sich ehrlich seinem Traum hin, als Künstler im Frieden ein neues glänzendes Deutschland zu bauen. Er war grosser Gefühle fähig oder wusste wenigstens, sie nachzufühlen und nachzuäffen, das Herz quoll ihm oft über von idealen Stimmungen und gewaltigen Absichten. Eben darum war er Hitler.

Um Hitler herum waren immer Menschen, die ihm verfallen waren. Gespensterhaft muten die Sätze an, die der General Jodl vor dem Nürnberger internationalen Militärgericht ausgesprochen hat:

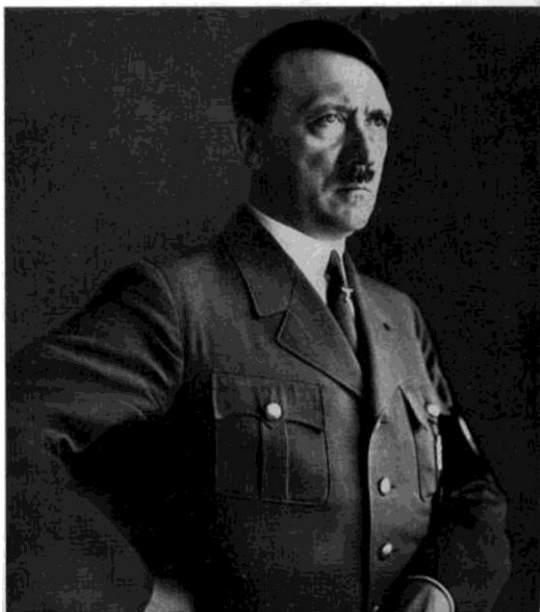
«Hitler war eine Führerpersönlichkeit in ungewöhnlichem Ausmass. Sein Wissen und sein Intellekt, seine Rhetorik und sein Wille triumphierten letzten Endes bei jeder geistigen Auseinandersetzung gegenüber jedermann. In einer seltenen Weise mischten sich bei ihm Logik und Nüchternheit im Denken, Skepsis mit einer ausschweifenden Phantasie, die sehr oft das Kommende ahnte, aber auch sehr oft irring. Geradezu bewundert habe ich ihn, als er im Winter 1941/42 mit seinem Glauben und mit seiner Energie die wankende Ostfront zum Stehen brachte, da zu dieser Zeit eine Katastrophe drohte wie im Jahre 1812. Sein Leben im Führerhauptquartier war nichts als Pflicht und Arbeit. Die Bescheidenheit in seiner Lebensführung war imponierend.»

Hitler erhebt sich auch über die Narrheiten und Albernheiten seiner Anhänger, über den Mummenschanz einer germanischen Restauration, über die kleinen und schrulligen sozialen Experimente in Wirtschaft und Gesellschaft und über parteifromme Voreiligkeiten. Er verspottet Gottfried Feder und die sozialen Reformer in seiner Partei als «Kaffeetanten». Freisler, diese halbzerfressene Figur des Volksgerichtshofes, nennt er einen reinen Bolschewisten, und über Rosenbergs Albernheiten macht er sich lustig wie über dessen empörte und studienrätliche grimmige Anprangerung der «Sachsenschlächterei» Karls des Grossen und das ganze Gerede vom «nordischen Menschen». Während dem deutschen Volk von parteifrommen Ideologen ein Idealbild der Germanen gezeigt wird, erklärt Hitler, dass die Germanen zu einer Zeit, als die Athener die Akropolis erbauten, auf der Kulturstufe von Maoris gewesen seien. Er weiss auch, dass der angeblich «germanische» Aufzug in Karinhall, dem Landsitz Hermann Görings, die Lederschürzen und Bärenfelle, ein lächerlicher Klimbim sind. Und als er mit Serano Suner, dem spanischen Ausserminister, nach Karinhall hinausfährt und dieser, auf die von Göring zur Zucht ausgesetzten Elche zu sprechen kommt, meint er spöttisch, am liebsten würde Göring in den Wäldern von Karinhall ein paar Altgermanen zur Zucht aussetzen.



Adolf Hitler und der Deutsche Reichstag.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde der Reichstag aufgelöst und ein neuer gewählt. Am 24. Februar 1933 brannte das Reichstagsgebäude aus, und der Reichstag tagte fortan unter dem Präsidium von Hermann Göring und den rhetorisch genialen Hauptrednern Hitler und Goebbels in der Kroll-Oper in Berlin (oben).





Göring und Goebbels.

Hermann Göring (l.), der erfolgreiche Flieger-Hauptmann des 1. Weltkriegs, war eine sehr barocke Erscheinung. Äusserlich prunkliebend und auf der Suche nach immer neuen Titeln und Ämtern, stellte sich jedoch im Laufe des Krieges heraus, dass er als Oberbefehlshaber der Luftwaffe ein totaler Versager war. Bei Kriegsbeginn bestimmte Hitler ihn als seinen Nachfolger, enthob ihn jedoch eine Woche vor seinem Selbstmord (April 1945) aller seiner Ämter. Joseph Goebbels (o.) war vielleicht der geschickteste und schlaueste Massenredner unseres Jahrhunderts. Er organisierte das gesamte künstlerische Leben sowie die Massenmedien Zeitung und Rundfunk im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Im Testament Hitlers zum Reichskanzler bestimmt, nahm er sich jedoch einen Tag nach diesem das Leben.

Aber Hitler ist radikaler als all seine Anhänger und all die Trommler, die vor ihm herlaufen. All seine Entschlüsse und Absichten entstammen einem sehr elementaren Bereich. Er ist wahrscheinlich die ungeheuerlichste bisher in der Weltgeschichte erlebte Verbindung von Wahn und Besessenheit mit dem Genius der Beherrschung und Berechnung. Er war ein Genie der Lüge und Tarnung und mied immer den geraden Weg.

Man dürfe, so hat er immer gesagt, die grossen Mächte der Erde sich nicht zum Feinde machen. Man müsse sie gebrauchen, in sie einsickern und sie unterwandern. Er rühmt ja an Lueger, dem grossen Wiener Bürgermeister, in «Mein Kampf», dass jener geneigt war, «sich all der nun einmal schon vorhandenen Machtmittel zu bedienen, bestehende mächtige Einrichtungen sich geneigt zu machen, um aus solchen alten Kraftquellen für die eigene Bewegung möglichst grossen Nutzen ziehen zu können». So hat er gegenüber der Reichswehr gehandelt, sie von innen ausgehöhlt, durchsetzt und seine Gegner in ihr mit unterirdischen und ungreifbaren Mitteln (Fritsch-Krise) ausgemerzt. Die Kirchen will er von innen her erobern, umwandeln und für seine Bewegung nutzbar machen. So sagt er zu Rauschning:

«Was wir tun sollen? Was die katholische Kirche getan hat, als sie den Heiden ihren Glauben aufgepropft hat: Erhalten, was zu erhalten geht, und umdeuten. Wir werden den Weg zurückgehen: Ostern ist nicht mehr Auferstehung, sondern die ewige Erneuerung unseres Volkes, Weihnachten ist die Geburt unseres Heilandes: des Geistes der Heldenhaftigkeit und Freiheit unseres Volkes. Meinen Sie, die werden nicht unseren Gott auch in ihren Kirchen lehren, diese liberalen Pfaffen, die keinen Glauben mehr haben, sondern nur ein Amt? Ich garantiere Ihnen, so wie sie Haeckel und Darwin, Goethe und Stefan George zu Propheten ihres Christentums gemacht haben, so werden sie das Kreuz durch unser Hakenkreuz ersetzen.»

Den Deutschen kann man das Christentum nicht lassen, weil sie es zu ernst nehmen, sagt er bei dem gleichen Anlass: «Mit den Konfessionen, ob nun diese oder jene: das ist alles gleich. Das hat keine Zukunft mehr. Für die Deutschen jedenfalls nicht. Der Faschismus mag in Gottes Namen seinen Frieden mit der Kirche machen. Ich werde das auch tun. Warum nicht? Das wird mich nicht abhalten, mit Stumpf und Stiel, mit allen seinen Wurzeln und Fasern das Christentum in Deutschland auszurotten. Italiener und Franzosen, wenn man sie auf dem Lande sieht, sind Heiden. Ihr Christentum geht nicht durch die Haut durch. Aber der Deutsche ist anders. Er will seine Sache mit Ernst treiben.»

Das «Christentum mit Stumpf und Stiel, mit allen seinen Wurzeln und Fasern auszurotten» hiess für Hitler, die gros

sen religiösen Gefühle für seine Bewegung in Dienst zu nehmen. Er war kein «Freidenker», der gegen den Aberglauben zu Felde zog. Der Aberglaube war in seinen Augen der Herr der Welt; die alte Kirche war ihm ein Vorbild. Aber das war die Schlussfolgerung: «Die Kirche sind jetzt wir.»

Gegen religiöse Stimmungen wollte Hitler sowenig anrennen wie gegen die Maschinengewehre der Reichswehr. Er liess die Apostel des nordischen und germanischen Glaubens gewähren, weil, wie er sagte, ihre Zersetzungsarbeit nützlich war; aber sie sollten auf eigene Rechnung arbeiten. Er wusste, dass man Götter nicht aus dem Museum holen kann. Immer darauf aus, Herrschaft über die Seelen auszuüben, und überzeugt, dass man die Masse nur durch magische Mittel – durch Schrecken, Wunder, Verzauberung und Beschwörung – in Bann schlagen könne, hatte er eine fast unbegrenzte Scheu vor der Macht religiöser Gefühle und war entschlossen, die direkte Herausforderung solcher religiöser Gefühle fast um jeden Preis zu meiden. So meinte er, man solle die Kirchen absterben lassen:

«In der Jugend stand ich auf dem Standpunkt: Dynamit. Erst später sah ich ein, dass man das nicht übers Knie brechen kann. Es muss abfaulen wie ein brandiges Glied.»

Zu einem Bekannten des Staatssekretärs von Weizsäcker sagte er, dass die christlichen Kirchen in ein bis zwei Generationen von selbst absterben würden. So log er den Hass weg, den er gegen die Kirchen, wie gegen die alten Klassen, die Offiziere alten Stils, die Beamten und Juristen hegte. Die Täuschung ist daher seine grössere Waffe. Schon seine Erscheinung war eine weltgeschichtliche Lüge: Die Fassade des Nichts hat Picard sein Gesicht genannt. Nie ist Teufliches in so banaler und gewöhnlicher Gestalt aufgetreten.

Die «Tischgespräche» zeigen einen Dschingis-Khan im Gewand eines deutschen Spiessers. Das Furchtbare an dem Phänomen Hitler ist die Tatsache, dass es dem Allmächtigen gefallen hat, den Teufel in der Gestalt des deutschen Spiessers zu reinkarnieren. Der Mord an Millionen Menschen, Dinge, die Schicksale von Hunderttausenden von Menschen umgeben und zerknicken, werden in der Form kannegiesender Bierbankpolitik dargeboten. Die Pläne, das ganze sowjetische Reich in ein Gewimmel halb tierischer Menschen zu verwandeln, alle Erziehung, alle Hygiene abzustellen, das russische Volk in analphabetische Heloten zu verwandeln und ihnen nichts als «Musik und abermals Musik» als Zerstreuung zu bieten – Dinge, die dann eine furchtbare Anwendung finden lesen sich in den vertraulichen Gesprächen als abstruse Phantastereien.

Reck-Malleczewen, ein konservativer Schriftsteller, der in einem Buch über die Wiedertäufer deutliche Parallelen zwi-

104 Das Dritte Reich

sehen diesen ketzerischen Strömungen und Hitlers Bewegung zog, hat das in den Anfängen der Hitlerischen Laufbahn beobachtet:

«Es war jener Kleinleutemachiavellismus, mit dem er sich die Politik eines künftigen Deutschland als eine Kette von politischen Einbruchsdiebstählen, die Tätigkeit des leitenden Staatsmannes aber als Kette von Unterschlagungen, Urkundenfälschungen und Vertragsbrüchen vorstellte, die ihm dann bei allen Volksschulmeistern, Steuersupernumeraren, Stenotypistinnen – kurz bei allen jenen, die inzwischen wirklich zu Stützen seines Regiments geworden sind, den Ruf eines fabelhaften Kerls, eines politischen Dschingis-Khans eintragen sollte. Er habe, als er seine Pläne zur Übertölpelung der Feinde darlegte, gewirkt wie ein Heiratsschwindler, der auseinandersetzt, wie er liebeshungrige Köchinnen hereinlegen möchte.»

Es wäre töricht, zu leugnen, dass Hitler mit den höheren Aufgaben gewachsen ist. Er ist nicht der «stigmatisierte Oberkellner» geblieben, der er in den Augen von Reck-Mallesczenen damals war.

Aber Hitler bleibt die Stimme des Abgrunds, und wann immer die Flamme der wilden Leidenschaft aus ihm heraus schlägt, spürt man das Milieu der sozialen Fäulnis. Was Maurras von Clemenceau gesagt hat, liesse sich viel besser von Hitler sagen:

«Niemand hat es einen so vollkommenen Barbaren, einen so aufrichtigen Zerstörer gegeben. Er stellt die Rache Attilas dar.»

Hitler war der Antichrist! Das ist ein grosses, aber unvermeidliches Wort. Er wächst in der faulenden Grundschicht Wiens auf und ist vollgesaugt von den Stimmungen eines uralten abendländischen Ketzertums, aus dem die grossen Schwärmereien, Verzückungen und Rasereien Europas wie Feuerbrände emporgeschleudert werden. So ist Hitler von einem Urhass gegen die christlichen Kirchen erfüllt. Das Rassen der «Roten» in Spanien gegen die Kirche, als Priester ans Kreuz geschlagen, Nonnen geschändet und in Kirchen Orgien gefeiert werden, hat Hitler ganz gut gefallen. In seinen Tischgesprächen sagt er, dass er Franco aus ausenpolitischen Gründen habe helfen müssen, sonst wäre es ganz gut gewesen, wenn die Pfaffen in Spanien ausgerottet worden wären.

So ist das Christentum der Feind schlechthin. All sein politisches Werk erscheint ihm als eitel, wenn nicht das Christentum aus der Seele der Menschen herausgerissen wird. Die Überwindung des Christentums müsse daher die Krönung der nationalsozialistischen Revolution sein, sonst verderbe die neue Herrlichkeit des deutschen Imperiums an einer inneren Lebensschwäche. Ein Staat, der nicht die Herrschaft über die Seelen hat, ist kein Staat, diese Auffassung teilt Hitler mit Denkern wie Comte und Maurras; «Gott ist die Revolution», so hat dem Sinne nach Charles Maurras gesagt. Wo das Gewissen keinen Herrn über sich und die

Seele keinen Herrscher und kein Vaterland hat, ist die Macht schon entthront. So ist der «letzte Feind» des Dritten Reiches das christliche Gewissen.

Manches von den Äusserungen Hitlers ist Aufklärlich schlimmster Sorte. Er hätte einen wunderbaren Vorsitzenden eines proletarischen Freidenkerverbandes «Kraft und Stoff» abgegeben (bei all seiner Anbetung der Naturkräfte und dergleichen mehr, die ja auch im sozialistisch-kommunistischen, pseudoreligiösen Atheismus eine erhebliche Rolle spielen). Die Menschen «von mindestens dem Rang eines Pavians» – so doziert Hitler aus populärwissenschaftlichen Aufklärungsschriften – seien dreihunderttausend Jahre alt, die älteste Religion aber höchstens zweitausendfünfhundert Jahre, Dreihunderttausend Jahre habe Gott zugehört, so doziert Hitler, wie sie in das Unheil hineingeraselt seien, dann falle es ihm ein, seinen eingeborenen Sohn zu schicken – «ein Mordsumweg, kolossal beschwerlich der ganze Vorgang».

Der Nationalsozialismus ist für Hitler eine Glaubensumwälzung weltgeschichtlichen Ausmasses.

«Wir stehen», sagt er in seinen vertraulichen Gesprächen, «im Zeitalter der Vernunft. Der selbstherrlich gewordene Geist ist eine Krankheit des Lebens geworden ... Unsere Revolution ist nicht bloss eine politische und soziale, wir stehen vor einer ungeheuren Umwälzung der Moralbegriffe und der geistigen Orientierung des Menschen ... Wir beenden einen Irrweg der Menschheit. Die Tafeln vom Berge Sinai haben ihre Gültigkeit verloren. Das Gewissen ist eine jüdische Erfindung. Es ist wie die Beschneidung, eine Verstümmelung des menschlichen Wesens. Eine neue Zeit der magischen Weltdeutung kommt herauf, der Deutung aus dem Willen und nicht dem Wissen. Es gibt keine Wahrheit.» Nur die Tat sei «wahr», und sei sie ein Verbrechen. Jede Passivität, jedes Beharren sei sinnlos, sie seien lebensfeindlich, und somit gäbe es das göttliche Recht, das Beharrende zu vernichten:

«Jedes Verbrechen im alten Sinn steht noch turmhoch über der bürgerlichen Regungslosigkeit.»

Hitler fühlt sich daher als der grösste Revolutionär aller Zeiten.

Hitler setzt sich dem Dschingis-Khan, dem Tamerlan, dem Mohammed an die Seite, und seine Aufgabe ist die grosse Zerstörung, die Vertilgung der Minderwertigen und all derer, die nach dem Wort von Thomas Müntzer kein Recht zu leben haben. Die Welt wimmelt nach Hitlers Vorstellung von Überzähligen, Minderwertigen und Krankhaften:

«Die Vorsehung hat mich zu dem grössten Befreier der Menschheit vorbestimmt. Ich befreie den Menschen von dem Zwange eines Selbstzweck gewordenen Geistes; von den schmutzigen und erniedrigenden Selbstpeinigungen einer Gewissen und Moral genannten Chimäre und von den Ansprüchen einer Freiheit und persönlichen Selbständigkeit, denen immer nur ganz we

nige gewachsen sein können. Der christlichen Lehre von der unendlichen Bedeutung der menschlichen Einzelseele und der persönlichen Verantwortung setze ich mit eisalter Klarheit die erlösende Lehre von der Nichtigkeit und Unbedeutendheit des einzelnen Menschen und seines Fortlebens in der sichtbaren Unsterblichkeit der Nation gegenüber.» Seine «Weltanschauung» ist eine Kreuzung zwischen Vulgärmarxismus und Vulgärdarwinismus. Es passt dazu, dass Hitler ein ganz seltsam waches Bewusstsein gegenüber der sozialen Unterwelt hat. Immer wieder kommt er auf die kriminellen Schichten zu sprechen, auf den Saum von Asozialen, der die Gesellschaft umgibt. Bei einer Meuterei will er all die Insassen von Gefängnissen, Zuchthäusern, KZs «in drei Stunden» erschiessen lassen. Die Drohung aus diesem Abgrund empfindet er auf eine merkwürdig bohrende und eindringliche Art. Aus Empfindungen, wie sie nur die Menschen am Rande des Abgrundes haben, stammt Hitlers

Judenhass. Kommt die Rede auf die Juden, dann spürt man, wie über Hitler eine Verkrampfung kommt und wie sich der scheinbar umgängliche und leidlich vernünftige Mensch in ein von Hass und Wahn getriebenes Wesen verwandelt. Man erlebt ganz deutlich, wie sich die ganze Persönlichkeit jäh verdunkelt. Hier steigt ein Hass aus bisher unerklärten und unvermittelten Erlebnissen empor. In diesem Bereich bleibt er immer in den Niederungen seiner Bewegung stecken. Die Propaganda gegen die Juden kann für ihn nicht schmutzig, primitiv und roh genug sein, und er findet Gefallen an der Zeitschrift von Julius Streicher «Der Stürmer» und an der ganzen obszönen und pornographischen Unsauberkeit dieses Blattes. Hitler belächelt und verachtet nur Streicher, weil dieser für die «Endlösung» Kot und Jauche nehmen will, während er, Hitler, mit grossen und gigantischen Mitteln ein Ende machen will, mit Hunger und Gas, die still und nahezu lautlos Millionen ausrotten und die der Menschheit wieder zu zeigen vermögen, dass der Mensch nichts ist als ein erbärmliches Insekt.

Die Machterschleichung: Reichskanzler Hitler

Hindenburg ist 1932 hauptsächlich von den Katholiken und Sozialdemokraten zum Reichspräsidenten gewählt worden. Nun betraut er den Nationalsozialisten Hitler mit der Macht. Er tut es sehr ungerne, aber ohne grosse Besorgnisse. Was kann schon passieren? Die Aussenpolitik ist in den Händen des Herrn von Neurath und das Heer in denen des kommandierenden Generals in Ostpreussen, von Blomberg. Das sind die persönlichen Vertrauensmänner Hindenburgs. Auch werden Papen und Hugenberg aufpassen, dass nichts Schlimmes geschieht. Und noch immer ist der Feldmarschall von Hindenburg Reichspräsident, der nach der Verfassung von Weimar die Reichskanzler ernennet und entlässt. Sie sind alle ohne Zögern gegangen, Hermann Müller, Brüning, Papen und Schleicher. Wenn es mit Hitler nicht geht, dann kann man einen anderen Mann holen. So hat man es im Kriege gemacht. Da hat jeder die Hacken zusammengeschnitten und ist gegangen, wenn man es befahl. Was konnte Schlimmes geschehen?

Hitler spielt das Spiel hervorragend, so wie er es in «Mein Kampf» beschreibt: In diesem Buche, in dem er Zug für Zug darlegt, was er einst tun wird, einschliesslich des grossen Krieges, und das die Menschen alle nur nicht lesen wollen, weil es ihr Stilgefühl beleidigt. In diesem Buch hat Hitler dargelegt, dass man dem Gegner nie die Forderungen auf einmal vorlegen darf, sondern Stück für Stück, dass er eines nach dem anderen schluckt und jeweils meint, es wäre doch jetzt töricht, alles wieder auf Spiel zu setzen, nachdem man schon so viel hingegenommen hat.

Alles ist unter Dach und Fach. Die Regierung Hitler ist gebildet. Aber Adolf Hitler kommt nun mit einer neuen unerwarteten Forderung, nämlich Neuwahlen. Noch im Vorzimmer Hindenburgs streiten sich Hugenberg und Hitler über die Reichstagsauflösung, als schon der Reichspräsident auf die neue Regierung wartet, um sie zu vereidigen. Hitler hofft durch Wahlen, die er von der Höhe der Macht aus führen kann, die Mehrheit für seine Partei zu erlangen und dann dieses spiessigen Geheimrats Hugenberg und des Windhundes Papen entraten zu können. Hugenberg merkt die Absicht genau. Hitler schwört und beteuert, legt die Hand auf die Brust und weint beinahe. Er gebe sein Ehrenwort, dass er sich nie von den anderen Mitgliedern der Regierung trennen werde. Und Hugenberg gibt nach. Aber in vier Monaten ist Hugenberg aus der Regierung gedrängt. Zwei Tage nach der Wahl hört Papen auf, kommissarischer Ministerpräsident von Preussen zu sein, und anderthalb Jahre später, am 30. Juni 1934, kommt er nur mit dem Leben davon, weil Hindenburg seine schützende Hand über ihn hält. Stück für Stück hat Hitler den anderen die Zugeständnisse entzissen, bis sie wie eine ausgepresste Zitrone weggeworfen werden können.

enberg tröstete sich über sein Nachgeben hinweg. «Ich sage es offen, ich wollte keine Neuwahl. Seit 1919, seit Weimar, sitze ich im deutschen Parlament – und bin ein Parlamentarier geworden.»

Aber an dem einen Punkt habe er den Zusammenschluss nicht scheitern lassen können.

Es kam immer wieder noch ein Punkt, an dem man den Zu-

Verordnung des Reichspräsidenten
über die Auflösung des Reichstags.
vom 1. Februar 1933.

Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstags zu der neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt.

Der Reichspräsident



Die Urkunde über die von Hitler im letzten Augenblick erzwungene Reichstagsauflösung

sammenschluss nicht scheitern lassen wollte, bis nichts mehr da war, was noch hätte verteidigt werden können. Bei Machiavelli ist die Methode dargestellt: «Es ist eine allge

meine Regel, die selten oder nie trügt: Wer einem andern zur Macht verhilft, richtet sich selbst zugrunde; denn es gehört dazu von seiner Seite entweder Ge

Schicklichkeit oder Gewalt, und durch beides macht er sich dem, der zur Macht gelangt ist, verdächtig.»

Es beeindruckte sie alle, mit welchem heiligen Ernst – so sah es aus – Hitler an seine Aufgabe ging. Es regierte in der Tat wieder ein Mann über Deutschland, der seiner Sache sicher war, in dem die Leidenschaft glühte. Bis jetzt hatten die Gleichgültigen und die Routiniers, die blossen Taktiker regiert, die nichts im Auge hatten als die Postenverteilung zwischen den Parteien in einer Regierung. Nicht nur der später hingerichtete Hans Frank hat den Eindruck, den er in seinem Buch «Im Angesicht des Galgens» festhält:

«Da es einen segnenden und strafenden Gott gibt, weiss er, dass unsere Herzen damals rein waren; ich glaube und lasse mir durch nichts in der Welt – und ich schaue Gott demütig dabei ins ewige Auge – diesen Glauben nehmen, dass Hitler in jeder Stunde im Tiefsten seiner Seele vom besten Willen für sein Volk erfüllt war und sein Amt als geradezu heilige Verpflichtung empfunden hat. Diese Geburtsstunde des Dritten Reiches war Glanz und Glück. Wenn damals ein Seher das Ende in Kummer und Entsetzen, Mord und Brand für knapp zwölf Jahre später verkündet hätte, er wäre überhaupt nicht verstanden worden, auch nicht von mir.»

Auch Hjalmar Schacht, kein Held der Überzeugungstreue, aber nüchtern denkend und auch zu unbekümmerten Einsichten fähig, erlebte Hitler bei seiner ersten Rundfunkansprache als Reichskanzler ebenso:

«Hier glaube ich zum erstenmal eine Gelegenheit zu haben, in die Seele dieses Mannes hineinzusehen. Ich hatte den Eindruck, dass Hitler von der Last der Verantwortung, die ihm auferlegt worden war, schwer bedrückt war. Er fühlte sich in diesem Augenblick, was es heisst, aus der oppositionellen Propaganda in die regierende Verantwortung hineingestellt zu werden. Was ich da an innerer Erschütterung vor mir sah, das konnte keine blosses Schauspielerei sein, das war echt. Es bestärkte sich bei mir die Hoffnung, dass dieser Mann auf den rechten Weg zu bringen sei.» Vierzehn Jahre, so sagt ein Engländer, hat Deutschland in den Wehen gelegen, und nun hat es einen Mann geboren.

Das war etwas anderes als der Putsch des armseligen Kapp. Hitler wurde nicht wie Kapp durch einen Setzertreik daran verhindert, seine Kundmachungen ins deutsche Volk gelangen zu lassen. Die Beamten übten keine Sabotage wie in den Tagen der Kapp-Regierung, sondern waren eitel Beflissenheit, Eifer und selbst Begeisterung, solange die Arbeit in ihren Amtsstuben in demselben Geisse weiterlief wie bisher. Nichts rührte sich: Gewerkschaften und Parteien hielten still. Alle Menschen und Mächte versuchten auf die Dampf-

maschine aufzuspringen oder sich durch Fügsamkeit am Leben zu erhalten. Am 24. März nahm der Reichstag das Ermächtigungsgesetz an – gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, – und gab sich und der Verfassung damit den Abschied, vor der Drohung Hitlers weichend, Reichstag und Verfassung sonst in Trümmer zu schlagen, in der Hoffnung, so einen kleinen Funken Leben des deutschen Parlaments zu erhalten. Am 1. Mai zogen die Gewerkschaften hinter der Hakenkreuzfahne zum grossen Aufmarsch mit (um dann am 2. Mai zum Dank dafür aufgelöst zu werden). Am 17. Mai beschloss der Reichstag einstimmig – auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten –, dass er sich hinter die «Friedenspolitik» der Regierung Hitler stelle. Im Juli schloss die katholische Kirche ein Konkordat mit der Regierung Hitler, während schon allüberall Parteien und Verbände dahinstarben, jeweils im Auflösungsbeschluss den Mitgliedern treue Mitarbeit an dem neuen Deutschland ans Herz legend.

Das alles fiel nicht so schwer, weil alle die Regierung Hitler nur als eine Episode ansahen. Die einen emigrierten, weil sie hofften, sehr bald wieder zurückkehren zu können, die andern blieben, weil es ohnehin bald vorbei sein würde. Ein jüdischer Freund, der nach Schweden ging, startete mich entgeistert an, als wir uns auf der Potsdamer Brücke verabschiedeten und ich sagte: «Also auf Wiedersehen in zehn Jahren.» Die «Germania», das Organ der Zentrumsparterie, hatte das Stichwort gegeben:

«Wir weichen nicht. Schliesslich haben wir auch ein gutes Gefühl für das, was man Episode nennt. Wir werden auch diese überdauern.»

Und dann war ja auch die nationalsozialistische Revolution ausgeblieben. Hitler sass da – so sah es aus – zwischen Baronen und den Vertretern des Grosskapitals und Vertrauensmännern des Reichspräsidenten, allein mit Dem. Frick, dem Reichsinnenminister, der als braver Beamter galt, und Hermann Göring, «Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für Luftfahrt». Es wird noch einige Zeit dauern, bis die Welt erkennt, dass mit der Einsetzung eines «Reichskommissars für Luftfahrt» der Weg beschritten ist, an dessen Ende ein Feuer- und Stahlregen über London steht. Die braven deutschen Bürger rechneten aus, dass Hitler und die Seinen jederzeit im Reichskabinett «überstimmt» werden konnten. Nun, es schien so zu enden, wie Malaparte für den «Cäsar im Tiroler Kostüm» vorhergesagt hatte. Adolf Hitler war das Haupt einer Koalitionsregierung geworden und musste sich über kurz oder lang in einem solchen Amt und in einer solchen Stellung verbrauchen. Es gab nicht wenige, die überzeugt waren, dass da ein Parteiführer alle Herrlichkeit für seine Bewegung versprochen hatte und dass dann zuletzt eine Ministerpension herauskam. Die alten Klassen Preussens hät-

108 Das Dritte Reich

esiegt und hätten Hitler als ihren Trommler eingespannt. So schrieb die Wiener Arbeiterzeitung: «Hitler konnte nicht länger warten. Jeder Tag machte ihn schwächer. Er wählte die andere Eventualität: Die Reichskanzlerschaft – in Wahrheit die Kapitulation.»

Die Kommunistische Partei, deren Führer schon allmählich in die Zuchthäuser und Konzentrationslager wanderten, weigerte sich anzuerkennen, dass etwas Besonderes geschehen sei. Das Grosskapital hatte sich die fünfzehn Millionen Stimmen Hitlers gekauft. Er durfte den Reichskanzler spielen, musste aber im Übrigen sorgen, dass die kapitalistische Produktion weiterging. In vielen Betrieben hatte die nationalsozialistische Betriebsopposition die reaktionären Unternehmer verjagt oder ihnen einen Aufpasser vor die Nase gesetzt. Wenn die Unternehmer sich an Hitler wandten, bekamen sie in aller Regel recht, sofern sie nicht gerade Juden waren. Aber Hitler legte der überschäumenden, aufwallenden, revolutionären Tätigkeit seiner Formationen doch auch nicht völlig die Zügel an. Es war nicht gut, dass die alten Klassen Deutschlands das Fürchten verlernten. Sie sollten wissen, dass sie Hitler ihren Schutz verdankten und dass sie ebenso gut jeden Tag den Wölfen vorgeworfen werden konnten. Die Kommunistische Partei weigerte sich daher, die Hand zwischen Hitler-Schleicher-Papen-Brüning und selbst Hermann Müller umzudrehen. Während Hitler auf dem Sprunge war, das Abendland bis in seine tiefste Grundlage hinein zu verändern, diskutierte die Kommunistische Partei noch jahrelang darüber, ob sich durch die Machtergreifung Hitlers irgend etwas gegenüber der Weimarer Republik verändert habe.

Hitler spielt keineswegs den wilden Mann. Weder in der Verwaltung noch in der Wirtschaft werden Experimente unternommen. Keiner noch bestehenden Macht wird die Huldigung versagt. Der neue Reichsinnenminister Dr. Frick versichert im Reichstag, dass er vertrauensvoll mit den Ländern zusammenarbeiten werde. Der Vertreter Preussens (es ist der Vertreter der noch bestehenden Regierung Otto Braun) im Reichsrat begrüsst den neuen Reichsminister und wirft gehorsam die Erde auf den Sarg der Weimarer Republik. Er prophezeit der Regierung Hitler Dauer, indem er von der Sorge des Reichsrats über den bisherigen raschen Verbrauch der Regierungen spricht.

An den österreichischen Bundeskanzler Dr. Dollfuss, der knapp anderthalb Jahre später von Nationalsozialisten ermordet werden wird, telegraphiert Hitler seine «herzlichsten Wünsche für die Wohlfahrt des deutschen Brudervolkes in Österreich».

Die Regierung vom 30. Januar 1933 ist nicht die Frucht einer nationalsozialistischen Revolution, sondern die nationalsozialistische Revolution ist die Folge dieser Regierungsbildung. Die Machtergreifung beginnt erst.

Hitler schritt auf einem schmalen Grat dahin – eine meisterhafte Leistung der revolutionären Machtergreifung. Er durfte nicht über zuwenig Machtpositionen verfügen, weil er sonst aus der Regierung heraus nicht Revolution machen konnte. Aber er durfte nur an die Grenze des absolut Notwendigen gehen, weil sonst die Koalitionspartner und die alten Klassen des Reiches nicht mitgemacht hätten. Papen hatte dem Reichspräsidenten versprochen, dass Hitler in einer Reichsregierung entsprechend «ingerahmt» werden würde. Fast alle grossen klassischen Ministerien befanden sich in der Hand von Nichtnationalsozialisten. Die Aussenpolitik und die Armee waren Männern anvertraut, die das besondere Vertrauen des Reichspräsidenten besaßen, dem Freiherrn von Neurath und dem General von Blomberg, der nur wie durch ein Wunder rasch Hitler hörig wurde.

Papen ist stolz auf sein Werk. Er rühmt sich: «Diesen Mann (Adolf Hitler) haben wir uns engagiert.»

Nur eines haben die Regierungsmacher übersehen: Den Terrorapparat der nationalsozialistischen Partei, die Entschlossenheit Hitlers, von der Tiefe aus und in der Tiefe Revolution zu machen, während es oben scheinbar völlig legal zugeht. Hitler ist Reichskanzler – das ist nicht wenig, aber auch – so wie das Reichskanzleramt bisher war – nicht sehr viel; er hat die Kontrolle über das einzige Ministerium, auf das es wahrhaft ankommt, nämlich über das Innenministerium, auf deutsch: über das Polizeiministerium Preussens. Innenminister, preussischer Polizeiminister ist Hermann Göring geworden, Hitler genug hörig, genug angefault und doch noch genug mit dem Dekorament des alten preussischen Offiziers bedeckt, um hier wahrhaft revolutionäre Arbeit leisten zu können. Entscheidender ist noch, dass die preussische Polizei, das wichtigste Machtinstrument im Reich nach der Reichswehr, unter dem Befehl Görings steht. Die reguläre Polizei braucht nicht einmal für die nationalsozialistische Revolution eingesetzt zu werden; es genügt, ihr zu befehlen, den Gewalt- und Terrorverbänden der NSDAP nichts in den Weg zu legen. Der Terror hat freie Bahn. Die Parteien und die deutschen Organisationen werden von innen heraus zerbrochen, ohne dass viel Sichtbares geschieht. SA und Partei marschieren und setzen die Menschen unter Druck, so dass sie vor dem Sturm des revolutionären Terrors brechen wie dürre Äste im Herbststurm. Durch planmässige Diffamierung und Denunziation, durch die Gefährdung von Beruf und Amt, durch die Gewalt über Stellung und Brot, die in dem von Arbeitslosen' wimmelnden Deutschland viel bedeutet, durch unmittelbare Gewaltsamkeit erringen die Verbände der revolutionären nationalsozialistischen Partei die unerwartete Fügsamkeit aller Menschen, Stände und Formationen. Alles spricht in der Sprache der Revolution. Jeder will immer national gewesen sein, und alle streuen den neuen Machthabern Wehrauch.

Überall hallte es von Klagen und Anklagen wider. Es war eine grosse Gefahr, solch eine Anklage auf sich zu ziehen, weil Menschen darunter zerbrechen konnten. Die Klage der Kreatur wurde nun zur patriotischen Tat. Jedem, dem es einmal schlecht gegangen war, stand es nun frei, seine Kümernisse vorzutragen, sofern es sie nur dem alten Regime zur Last legte. Wenn man das Leid ermuntert zu schreien, dann muss die Welt wie von einem einzigen Klageruf widerhallen. Jeder Ärger, den man einmal mit einem Beamten des «Systems» – so wurde die alte Ordnung mit einem Schlagwort getauft – gehabt hatte, konnte als Aufstand der heiligen Sache gegen Verrat und Vaterlandslosigkeit erscheinen. Mit einem Schlag schrie es überall in Deutschland empor, als wären vorher nur Elend, Verdorbenheit und Knechtschaft gewesen.

Die Klage aber war Anklage. Das organisierte Wehgeschrei war ein Bestandteil der revolutionären Einschüchterung. Es schuf Angst unter all denen, die Einfluss, Macht und Reichtum für oder gegen die Revolution in die Waagschale zu legen hatten. War nicht ungeheuer viel Unrecht geschehen? Wird man nicht auch dich, der du etwas gewesen bist, mit dafür verantwortlich machen? Bist nicht auch du mitschuldig an all dem Leid, das nun tausendstimmig aus der Tiefe des Elends schreit? Hast nicht auch du dadurch das Recht auf Besitz und Macht verwirkt? Hast nicht auch du Grund, durch Willfährigkeit die revolutionären Gewalten mild gegen dich und deine schuldbeladene Vergangenheit zu stimmen?

An solchen Tagen scheint die Welt neu aufgeteilt zu werden. Jeder hofft schneller voranzurücken, jeder erwartet, einem anderen einen Staatsauftrag oder eine Behördenlieferung wegnehmen zu können; die Feder, mit der Denunziationsbriefe geschrieben werden, ist ein hervorragendes Mittel im Konkurrenzkampf. Das wird von den revolutionären Gewalten planmässig ermutigt. Die Meute muss die Witterung des Wildes bekommen. In jeder Rede Hitlers war von den Toten und Verletzten der nationalsozialistischen Bewegung der Kampfzeit die Rede. Phantastische Zahlen wurden von Hitler errechnet. Jede Schramme und jedes gekrümmte Haar wurden jetzt vorgewiesen. Ganz wenig war in Wahrheit geschehen. Zusammenstösse mit der Polizei hatten sich ereignet, und das Verhalten der Polizisten schwankte bei solchen Angelegenheiten oft zwischen Ängstlichkeit, Schrofheit, Auftrumpfen und Ungeschicklichkeit. Einige Nationalsozialisten hatten im Gefängnis gesessen, von deren «erschreckendem Strafregister» Hitler dann später sprechen sollte, als er die Unterwelt beiseite schleudern musste, die ihm als Steigbügel zur Macht gedient hatte. Aber nicht ein einziger Nationalsozialist war wegen aller der Tätigkeiten, die oft an Hochverrat und Mord und Gewalt reichten, hingerichtet worden. Den Tod durch Henkershand für politische Vergehen führte erst wieder das nationalsozialistische

Regiment ein. Doch las sich die Wehklage der nationalsozialistischen Bewegung im Augenblick der Machtergreifung, als wäre bisher ein Dschingis-Khan Reichskanzler in Deutschland gewesen.

Und diese wilde Klage brachte den Deutschen die Furcht bei. Jeder konnte beschuldigt werden, einen Nationalsozialisten benachteiligt oder geschädigt zu haben. Die Parteimitglieder aber waren nun die Auserwählten der Geschichte, und ihre Verfolger konnten jetzt schrankenlos verfolgt werden. Die Nation schwieg und kauerte sich zusammen.

Die alten Klassen des Reiches reden erbaulich darüber, wie legal die Machtergreifung Hitlers gewesen sei, wie wenig Umsturz und Gewalt es gegeben habe. Aber hinter der Kulisse der offiziellen Phrase vollzieht sich ein Prozess der revolutionären Machteroberung von grösstem Ausmass. Die Brachialgewalt, das Zwangsmittel der öffentlichen Macht, gleitet nach und nach in die Hände der Partei. Die Partei verhaftet und setzt fest, nimmt die Freiheit und gibt sie. Neben der öffentlichen Regierungsgewalt bildet sich eine okkulte Polizeigewalt heraus. Garantielosigkeit, Unsicherheit, die grundsätzliche Vakanz aller Ämter und Positionen, ein ewiges Rotieren der politischen Klassen, ein beständiges Nachdrängen neuer Schichten und Begehrlichkeiten, die Stimmung einer Neuverteilung der Erde, das sind die Wahrzeichen der revolutionären Zeiten. Die Besessenheit, die den revolutionären Klassen Macht und Gut dieser Erde als ihren rechtmässigen Anspruch zuschreibt, tut dabei das Ihre, aber entscheidend ist die Schaffung eines ausser- und übergesetzlichen Macht- und Zwangsapparates, die organisierte illegitime Gewalt.

Diese okkulte Gewalt bestand seit dem 30. Januar 1933 in Deutschland. Darum befand sich Deutschland seit diesem Tage inmitten einer Revolution, was immer die Regierenden sagten. Die Polizeigewalt war mächtiger als die Regierung, die Hitler bewusst auseinanderfliessen liess und die binnen eines Jahres auch schon nicht mehr tagen wird. Die Polizei fabrizierte die Mehrheiten des Parlaments, indem sie unbequeme Abgeordnete vom Parlament fernhielt. Sie erzwang die Annahme des Ermächtigungsgesetzes am 24. März 1933 und am 17. Mai der grossen Friedensresolution des Reichstages, die der Regierung Hitler vor aller Welt den Friedenswillen bescheinigte, für die die Sozialdemokraten stimmten, weil die «Mordstürme» der SA auf den Tribünen sassen und kein Reichstagsabgeordneter mit dem Leben davongekommen wäre, der offen gegen diese Resolution gestimmt und «Landesverrat» geübt hätte durch die Behauptung kriegerischer Absichten der Regierung Hitler. «Es rettete den armen Teufeln das Leben», berichtet der nationalsozialistische Historiker Walter Franck von den Abgeordneten, die der auf der Tribüne aufmarschierte Meuchelmord zwang, für den Friedenswillen Hitlers zu zeugen.

110 Das Dritte Reich

Vom Reichstagsbrand zur Selbstaufopferung des Parlaments

Aber all das reichte noch nicht. Jede Revolution, die ein Volk zu einer ungewöhnlichen Anstrengung emporenissen will, bedarf der Vorstellung, dass das Land sich in einer ungewöhnlichen Gefahr befinde. Hitler hat immer behauptet, dass er das Land in letzter Minute vor dem Bolschewismus gerettet habe. Gegen eine grosse teuflische Verschwörung habe sich das deutsche Volk durch die nationale Revolution erhoben. Aber die Kommunisten, die noch diskutierten, was die Regierung Hitler eigentlich sei, dachten nicht daran, einen Aufstand zu machen. Die Führer verkrochen sich oder gingen ins Ausland. Die Haussuchungen im Karl-Liebkecht-Haus hatten keinen Erfolg, und die Meldung der Polizei, dass sie grosse Mengen von Flugschriften und aufrührerischem Material beschlagnahmt habe, wurde auch dadurch nicht eindrucksvoller, dass sie die Keller des Karl-Liebkecht-Hauses als «Katakomben» bezeichnete. Da gab ein Ereignis der nationalsozialistischen Bewegung neuen Auftrieb: Der Brand des Reichstages. Am Abend des 27. Februar schlugen aus der Kuppel des Reichstages die Flammen empor. Die nationalsozialistischen Führer brauchten sich nicht eine Sekunde zu besinnen: Das ist der kommunistische Aufbruch, die Regierung braucht zusammengeballte Vollmachten, um dieser würgenden Gefahr entgegenzutreten zu können.

Die Auseinandersetzung darüber ist nicht verstummt, wer den Reichstag angezündet hat. In Deutschland herrscht die Legende, dass es die Nationalsozialisten waren. Bewiesen ist diese Darstellung durchaus nicht, so wenig sie völlig schlüssig widerlegt ist. Schacht etwa meint, dass Göring und Goebbels ohne Wissen Hitlers diesem «die brennenden Ruinen des Reichstages auf den Frühstückstisch legen wollten». Von dem Dienstgebäude Görings, des Reichstagspräsidenten, führte ein unterirdischer Gang zum Reichstag, und Göring hatte in seiner Dienstwohnung eine SA-Wache. Die Nationalsozialisten hatten den Vorteil vom Brande, und sie haben mindestens so prompt und illoyal daraus Vorteil gezogen, als hätten sie auf den Brand gewartet. Ein schlüssiger Beweis aber liegt nicht vor. Ein holländischer pathologisch veranlagter Anarchist, van der Lubbe, hatte am Abend des 27. mit einem Anzündemittel «Die fleissige Hausfrau» den Plenarsaal des Reichstages in Flammen gesetzt. Dann war er mit seinem brennenden Hemd, das er in der Rechten wie eine Fackel schwang, durch die grossen Korridore gerast, um unter den alten Ledersofas neue Feuer anzulegen. Mit nacktem, verschmiertem und schwitzendem Oberkörper sass er schliesslich vor den Beamten der preussischen Kriminalpolizei:

«Wie nach einer gewaltigen Arbeit floh sein keuchender Atem. Ein wilder Triumph lag in den brennenden Augen des blossen, ausgemergelten, jungen Gesichtes.»

Die Führer der nationalsozialistischen Bewegung waren herbeigeeilt. Von einem Balkon des Reichstages aus beobachtete Hitler den Brand, mit beiden Armen auf die steinerne Brüstung des Balkons gestützt und schweigend in das rote Flammenmeer starrend, das Gesicht rot vor Erregung und von der Hitze, die sich in der Kuppel zusammenballte. Voll unbeherrschter Wut schrie er hinaus:

«Es gibt jetzt kein Erbarmen; wer sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht. Das deutsche Volk wird für Milde kein Verständnis – haben. Jeder kommunistische Funktionär wird erschossen, wo er angetroffen wird. Die kommunistischen Abgeordneten müssen noch in dieser Nacht aufgehängt werden. Alles ist festzusetzen, was mit den Kommunisten im Bunde steht. Auch gegen Sozialdemokraten und Reichsbanner gibt es jetzt keine Schonung mehr.»

Vielleicht glaubte Hitler wirklich an einen kommunistischen Aufstand. Das Raubtier ist immer am ehesten bereit, sich von Raubtieren umstellt zu halten. Vielleicht aber war es nur ein Gefühl des Triumphes, dass jetzt die Fackel entzündet war, die seiner Revolution unfehlbar den Weg weisen konnte.

In der Nacht noch wurden viertausend kommunistische Funktionäre verhaftet. Die Beamten der Staatspolizei liessen stillschweigend aus dem Massenhaftbefehl die sozialdemokratischen Funktionäre weg, die mitgenannt waren. Zum Unglück der kommunistischen Funktionäre wurden sie von der Polizei nach und nach wieder entlassen, um dann in den Bunkern der SA zu verschwinden, wo Fanatismus und Sadiasmus sich verbündeten, um Menschen zu quälen und zu entwürdigen.

Wir wissen wenig über die Entstehung des Reichstagsbrandes. Wir wissen auch nicht, was Hitler darüber wusste. Aber genauso wie am 30. Juni 1934 verstand Hitler, alle tastenden Versuche, Möglichkeiten und Erwägungen des Gegners zu einer farben- und blutstrotzenden Fabel auszugestalten. Wenn immer es Verschwörungen der Kommunisten gegeben hatte, so wurden sie im Keim erstickt. Aber Hitler verwandelte die totegeborene Verschwörung in ein Ungeheuer von teuflischer Lebenskraft, und er gestaltete Möglichkeiten in feste konkrete Pläne um und verdichtete drohende Gefahren zu einer Fabel. Noch in einer Rede zur Verteidigung des Ermächtigungsgesetzes – des Gesetzes über die Entmachtung des deutschen Parlaments – führte er den Reichstagsbrand an. Jetzt könne man ihm nicht mehr die aussergewöhnlichen Vollmachten verweigern. Wer wolle ihm jetzt noch in den Arm fallen, wenn er Jagd auf die «Staatsfeinde» mache? Hasen haben Schutzrechte, so hiess es in der englischen Revolution, Wölfe erschlägt man, wo man ihrer habhaft wird. «Strasse frei für die SA!», diese alte Forderung wurde nun nahezu Wirklichkeit. Die

Der Reichstagsbrand 111

Reichsregierung selbst streifte die Fesseln der Legalität ab. Durch eine Verordnung vom 28. Februar wurden zahlreiche Artikel der Verfassung ausser Kraft gesetzt:

«Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäusserung einschliesslich der Pressefreiheit, des Vereinsund Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraf- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahme sowie Beschränkungen des Eigentums auch ausserhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.»

Als «Tag der Nation» sollte der 5. März, der Tag der Wahlen, erscheinen, als die rauschende Stunde des deutschen Erwachens, als ein Gottesdienst der nationalen Befreiung. Die Rede Hitlers am Vorabend des 5. März in Königsberg ist als ein grosses Schauspiel und Rührstück aufgezo-gen, wie es Goebbels in seinem sorgfältig präparierten Tagebuch festhält.

«Als er am Ende davon spricht, dass der Reichspräsident und er sich die Hände gereicht hätten, der eine, der Ostpreussen als Feldmarschall vom Feinde befreite, während der andere unterdessen als einfacher Grenadier im Westen seine Pflicht tat, da liegt über der ganzen Versammlung eine feierliche Stille, Rührung und tiefste Ergriffenheit. Mächtig klingt in den Schlussakkord der Rede das Niederländische Dankgebet, in der letzten Strophe über-tönt vom Glockenläuten des Königsberger Doms. Über den Rundfunk schwingt diese Hymne durch den Äther über ganz Deutschland.»

Das Ergebnis der Wahl war kümmerlich, und die Verfügung über die Propagandamittel des Staates, das Mundtotmachen grosser Teile des Gegners, der Triumph der Machtergreifung, das alles reichte nicht aus, um den Nationalsozialisten eine Mehrheit zu verschaffen. Knappe fünfundvierzig Prozent der Stimmen waren auf die NSDAP entfallen (17,3 Millionen Stimmen). Es hat zwar seine Bedeutung, dass siebzehn Millionen Deutsche freiwillig für die Regierung Hitler stimmten. Die Massen waren schon aufgewühlt. Glaube und Hoffnung, Hass und Hunger waren angesprochen. Aber der Erfolg, den der «Erwählte der Millionen», Napoleon III., davongetragen hatte, den hatte Hitler doch nicht erzielt. Nur mit den 3,1 Millionen Stimmen der Deutschnationalen, die sich lyrisch «Kampffront SchwarzWeiss-Rot» nannten, hatte die «Koalitionsregierung» Hitler eine Mehrheit im Reichstag. 4,8 Millionen Stimmen konnten die Kommunisten damals noch auf sich vereinen, deren Partei man nicht verboten hatte, damit ihre Anhänger nicht für die Sozialdemokratie stimmten, während die Stimmen, die für die in «Schutzhaft» befindlichen Kandidaten der KPD abgegeben wurden, weggeworfen waren. Ungebrochen waren die Sozialdemokraten und das Zentrum (7,2 und 4,4 Millionen Stimmen), ebenso wie die Bayerische Volkspartei (1,1 Millionen).

Belanglos waren nicht erst bei dieser Wahl die liberalen Parteien: Deutsche Volkspartei (die alten Nationalliberalen) und die Deutsche Staatspartei (die alten Demokraten), die sich ihres alten Namens und nahezu ihrer selbst schämten und für deren Richtungslosigkeit die ungefähr dreihunderttausend Stimmen, auf die es jede der beiden Parteien brachte, genug waren. Die «Christlich-Sozialen», jener Flügel der deutschen Konservativen, dem die Lakaierenrolle der Deutschnationalen widerstrebte, brachte es auf etwa vierhunderttausend Stimmen. Eine deutsche Bauernpartei, eine württembergische Bauernpartei und eine hannoveranische Partei führten ihr Nichts im Flammenschein des deutschen Schicksals spazieren (je fünfzigtausend Stimmen, kein Dreihundertstel der Stimmen der NSDAP).

Die Wahl offenbarte wiederum die zwei Deutschland. Mehr als fünfzig Prozent der Wähler hatten in «Ostelbien» für die NSDAP gestimmt: Ostpreussen, Pommern, Brandenburg, Schlesien (mit Ausnahme des Wahlkreises Oppeln), ebenso wie Schleswig-Holstein und Osthannover.

Es gab einen mittleren Streifen in Deutschland, der knapp zur Hälfte nationalsozialistisch stimmte: Mecklenburg, Sachsen, Südhannover, Thüringen, Hessen-Nassau, die Pfalz, Baden, Franken. Unter fünfundsreissig Prozent der nationalsozialistischen Stimmen blieben das Rheinland, Württemberg, Oberund Unterbayern. Das ist die Geographie der deutschen Torheit und des deutschen Schicksals.

Aber der Erfolg schien gross genug, um das Verlangen zu rechtfertigen, dass nun alle nichtnationalsozialistischen Gewalten in Deutschland zu weichen hätten. In den Ländern wurden die nichtnationalsozialistischen Regierungen abgesetzt, sei es durch einen lokalen Putsch oder durch Eingreifen der Berliner Regierung. Die einen leisteten eine Viertelstunde Widerstand, die anderen drei Tage. Aber noch schien der Sturm unüberwindlich. Da hatte der eine Staatsmann erklärt, dass er einen Reichskommissar verhaften lassen würde, ein anderer, dass der Weg zu einer rein nationalsozialistischen Regierung nur über seine Leiche gehe. Die Besiegten sind immer lächerlich. In Preussen erlaubte der Wahlausgang, ordnungsgemäss einen Ministerpräsidenten zu wählen: Hermann Göring. Franz von Papen erhielt den ehrenvollen Abschied und nahm in dem fortan kaum noch bestehenden Reichskabinet eine Stellung von glanzvoller Nutzlosigkeit ein.

Im Reich aber musste die volle Macht erst noch errungen werden. Der Reichstag sollte für die Regierung ein Ermächtigungsgesetz beschliessen, um dann in Schande zu sterben. Ermächtigungen kennt jede Demokratie. Aber das Ermächtigungsgesetz, das Hitler vorlegte, war etwas Unerhörtes und noch nie Dagewesenes. Zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der sozialen Not hätte eine einfache gesetzgebende Ermächtigung durchaus genügt. Aber dieses Ermächtigungsgesetz gab der Regierung Hitler die Vollmacht,

112 Das Dritte Reich

selbst die Verfassung zu ändern, ja, sie abzuschaffen. Dieses Ermächtigungsgesetz war nicht nur ein verfassungsgänderndes, sondern ein verfassungsbeseitigendes Gesetz: «Reichsgesetze können ausser dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85, Abs. 2, und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze. Die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.»

Die Republik vollführte am hellen Licht des Tages Selbstmord. Die Regierung hatte Vollmacht, so gut wie alles zu tun, sofern die Kulisse von Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident bestehen blieb. Ob die Ernennung Hitlers zum Staatsoberhaupt am 2. August 1934 eine Abschaffung des Amtes des Reichspräsidenten bedeutete, mag strittig sein. Die Aufhebung des Reichsrates zeigt, wie sehr später Hitler auch der Schein der Legalität gleichgültig geworden war, da er die äussere Hülle des Reichsrates leicht hätte beibehalten können, durch periodische Tagungen von Ermächtigten der Reichsstatthalter.

Der Verfassung von Weimar wurde allerdings ein prunkvolles Begräbnis bereitet. Der Tag von Potsdam vom 21. März 1933 streute dem sterbenden alten Preussen in jeder erdenklichen Weise Weihrauch. Alles war so feierlich wie die letzte Ölung.

«Die Potsdamer Feier», heisst es im Tagebuch von Goebbels, «soll zum erstenmal im Stil nationalsozialistischer Formgebung abgehalten werden.»

Der Tag begann mit einem Gottesdienst in der Nikolaikirche, zu dem Hindenburg in der Uniform des Feldmarschalls erschien. Es war das einzige und letzte Mal, dass Hitler zu einem solchen Anlass in Frack und Zylinder kam. Schliesslich ist es auch die Kleidung, die den Staatsanwälten vorgeschrieben ist, wenn sie einer Hinrichtung beiwohnen.

Hitlers Rede vom 21. März war eine einzige Huldigung an den «Geist von Potsdam», dem seinerzeit – ohne Notwendigkeit – die Gründer der Weimarer Republik den Geist von Weimar entgegengesetzt hatten. Er machte die tiefste Verbeugung in seinem Frack vor dem Generalfeldmarschall, so demütig und unterwürfig, wie es nur ging. Wer nicht auf dem Bauche durch Schmutz kriechen kann, der ist kein Revolutionär, hatte einst Lenin gemeint. Hitler besass die Fähigkeit dazu: Die Armee war noch immer in den Händen dieses Preussens und dieses Generalfeldmarschalls. Hitler hatte immer schrankenlosen Respekt vor der wahren Macht. Wie der Schakal fiel er immer nur das Kranke, Faulende und Sterbende an. – Hitler erreichte seinen Zweck. Goebbels schildert es schwülstig:

«Am Schluss sind alle auf das tiefste erschüttert. Ich sitze nahe bei Hindenburg und sehe, wie ihm die Tränen in die Augen steigen. Alle erheben sich von ihren Plätzen und bringen dem greisen Feldmarschall, der dem jungen Kanzler seine Hand reicht, jubelnde Huldigungen dar. Ein geschichtlicher Augenblick. Der Schild der deutschen Ehre ist wieder eingewaschen. Die Standarten mit unseren Adlern steigen hoch. Hindenburg legt an den Gräbern der grossen Preussenkönige Lorbeerkränze nieder. Draussen donnern die Kanonen. Nun klingen die Trompeten auf, der Reichspräsident steht auf erhöhter Estrade, den Feldmarschallstab in der Hand, und grüsst Reichswehr, SA, SS und Stahlhelm, die an ihm vorbeimarschieren. Er steht und grüsst. Über alledem liegt die ewige Sonne, und Gottes Hand steht unsichtbar segnend über der grauen Stadt preussischer Grösse und Pflicht.» Ein anderer Ton waltete in der Rede Hitlers vom 24. März, mit der er das Ermächtigungsgesetz begründete. Sie malte ein Bild eines unerhörten Zerfalles und eine Auflösung des deutschen Volkes auf allen Gebieten. Der Reichstagsbrand habe gezeigt, dass teuflische Mächte am Werke seien. Nur ungewöhnliche Mittel – das ist die Schlussfolgerung – taugten noch, um gegen Chaos und Hölle zu kämpfen. Es widerspräche dem Sinne der nationalen Erhebung, «wollte die Regierung sich für ihre Massnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstags erhandeln und erbitten». Hitler kündigte an, dass der Reichstag nach Hause geschickt werden solle. Alle Fügsamkeit hatte nichts genützt:

«Die Reichsregierung hält vor allem eine weitere Tagung des Reichstags im heutigen Zustand der tiefgehenden Erregung der Nation für unmöglich.»

Hitler gibt alle beruhigenden Zusicherungen, die man sich nur wünschen kann:

«Stellung und Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt, die innere Übereinstimmung mit seinen Zielen herbeizuführen wird stets die oberste Aufgabe der Regierung sein. Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt, die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert und ihre Stellung zum Staate nicht geändert. Die Zahl der Fälle, in denen eine innere Notwendigkeit vorliegt, zu einem solchen Gesetz die Zuluft zu nehmen, ist an sich eine begrenzte.»

Die Freiheit starb schnell, das Gift brauchte nur ein paarmal angewandt zu werden. Nichts blieb, nicht einmal die Attrappe der Einrichtungen, die das Gesetz zu erhalten versprach. Das Amt des Reichspräsidenten und der Reichsrat welkten dahin. Der Reichstag trat alle paar Jahre einmal zusammen und war gerade noch tauglich, um eine Ausrede für Pensionen an die Gefolgschaft Hitlers zu liefern.

Zuletzt aber kommt in der Rede Hitlers die Drohung. Ihr könnt das Gesetz annehmen oder auf euch das Schicksal

Die Gleichschaltung 113

herabbeschwören, das Lenin der russischen Nationalversammlung bereite. Die Regierung ziehe auf jeden Fall eine klare Entscheidung vor:

«Sie bietet den Parteien des Reichstages die Möglichkeit einer ruhigen Entwicklung und einer sich daraus in Zukunft anbahnenden Verständigung. Die Regierung ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstandes entgegenzunehmen. Mögen Sie, meine Herren, nunmehr selbst entscheiden über Frieden oder Krieg!»

Die Parteien hatten sich alle dazu entschlossen – zum Teil nach schweren inneren Kämpfen –, dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen. Es schien besser, sich zusammenzukauern, als die revolutionäre Gewalttätigkeit zu entfesseln.

Das Zentrum war eingelullt worden durch ein Versprechen Hitlers. Er würde sich durch einen förmlichen Brief verpflichten, das Ermächtigungsgesetz nicht missbräuchlich anzuwenden. Stunde für Stunde wurden neue Ausreden erdacht, warum der Brief noch nicht geschrieben, noch nicht ausgefertigt, noch nicht unterschrieben und noch nicht abgesandt sei. Er ist nie in die Hände des Zentrums gelangt. Aber das Versprechen hatte seinen Zweck erfüllt: Das Zentrum hatte für das Ermächtigungsgesetz gestimmt. Ein paar Monate später gab es kein Zentrum mehr. Warum sollte man der Partei diesen Brief in den Sarg hineinlegen!

Nur die Sozialdemokratie stimmte gegen das Gesetz, und Hitler liess es geschehen, weil die Annahme des Ermächtigungsgesetzes ohnehin gesichert war. Ausserdem erkannte ja die Sozialdemokratie durch die Teilnahme an der Abstimmung an, dass das Gesetz an sich verfassungsgemäss sei.

Doch bleibt es die Ehre der deutschen Sozialdemokratie und des Abgeordneten Wels, der die Erklärung der Sozialdemokratie vortrug, dass sie die Fahne der untergehenden Republik noch über die Wellen emporhielt.

Doch auch Wels musste schon in den Begriffen der nationalen Revolution sprechen. Es dürfe weder in den internationalen Beziehungen noch im inneren Leben der Völker Besiegte geben: _

«Die Sozialdemokraten bekennen sich in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.»

Hitler liess sich nicht abhalten, auf die Rede von Wels zu antworten. Es war, als breche Feuer aus seinem Munde hervor. Die «Frankfurter Zeitung» schrieb dazu, dass jeder, der diese Rede gehört habe, nun wisse, warum dieser Mann im

Kampf um die Macht in Deutschland obgesiegt habe. Man sah förmlich, wie die Lava eines glühenden und besessenen Willens sich einen Weg durch die brave Harmlosigkeit des deutschen Parteigetriebes bahnte:

«Spät kommt ihr, doch ihr kommt! Die schönen Theorien, die Sie, Herr Abgeordneter, soeben hier verkündeten, sind der Weltgeschichte etwas zu spät mitgeteilt worden. Vielleicht hätten Ihre Erkenntnisse, praktisch angewandt vor Jahren, die heutigen Klagen von Ihnen erspart ... Es wäre genauso möglich gewesen, der Revolution, die von Ihnen ausging, denselben Schwung und dieselbe Richtung zu geben, die einst Frankreich seiner Erhebung im Jahre 1870 gegeben hat ... Sie hatten Gelegenheit, gegen alle Erscheinungen der Entwürdigung unseres Volkes aufzutreten. Der Landesverräter konnte von Ihnen genauso beseitigt werden, wie er von uns beseitigt werden wird ... Sie hätten sich damals weiter zur deutschen Trikolore bekennen müssen und nicht zu Farben, die der Feind in Flugblättern herunterwarf, gerade in einer Zeit der Not und der Unterdrückung durch den Gegner muss man sich erst recht zu seinem Volk und zu seinen Symbolen bekennen ... Dem deutschen Arbeiter werden wir Nationalsozialisten von jetzt an die Bahn frei machen zu dem, was er fordern und verlangen kann. Wir Nationalsozialisten werden seine Fürsprecher sein; Sie, meine Herren (zu den Sozialdemokraten), sind nicht mehr benötigt! ... Verwechseln Sie uns nicht mit einer bürgerlichen Welt! Sie meinen, dass Ihr Stern wieder aufgehen könnte! Meine Herren, der Stern Deutschlands wird aufgehen, und Ihrer wird sinken. Sie sagen, dass Ihre Bewegung nicht gebrochen worden sei. Das war die Zeit, in der die deutsche Arbeiterschaft in Ihnen noch etwas anderes sah, als Sie heute sind... Was im Völkerleben morsch, alt und gebrechlich wird, das vergeht und kommt nicht wieder. Auch Ihre Stunde hat geschlagen.»

Er habe den Reichstag gebeten, das zu bewilligen, was er sich auch ohnehin hätte nehmen können. Aber er möchte – Hitler zitiert bewusst oder unbewusst Machiavelli – «nicht in den Fehler verfallen, Gegner bloss zu reizen, statt sie entweder zu vernichten oder zu versöhnen».

Hitler schliesst mit einer hochmütigen, verächtlichen und drohenden Wendung:

«Ich kann Ihnen nur sagen: Ich will auch gar nicht, dass Sie dafür stimmen! Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!»

Gleichschaltung und Tarnung

Am 1. Mai marschieren die sozialistischen Gewerkschaften beim «Tag der nationalen Arbeit», von Hakenkreuzfahnen eingerahmt, mit. Am 2. Mai besetzen nationalsozialistische Formationen die Gewerkschaftshäuser und nehmen die Ge-

werkschaftsfunktionäre in «Schutzhaft». Der dem Trunk ergebene Dr. Robert Ley, selbst unter den nationalsozialistischen Führern durch Dummheit und Vulgarität hervorstechend, baut unter dem Namen NSBO (Nationalsozialist

114 Das Dritte Reich

sche Betriebsorganisation) eine Mammutorganisation auf. Diese ist kaum noch Gewerkschaft zu nennen; es gab keinen kollektiven Arbeitsvertrag und keinen Streik mehr. Die Arbeitsfront betätigte sich zu einem grossen Teil als Reisebüro («Kraft durch Freude»). Aber das Leben des Arbeiters veränderte sich nicht radikal; die moderne Wirtschaft kann ohne Tariflohn nicht bestehen; die Sozialversicherung blieb im Grosse, wie sie war. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit hob das Gesamteinkommen der Arbeiterschaft. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die zu einem guten Teil auf das Konto der wieder ansteigenden Weltkonjunktur kommt, gehört zu den grossen verklärenden Legenden über das Dritte Reich. Die Bücher über die Arbeitslosigkeit «Die Stempelchronik» und «Einer von Millionen», haben am meisten zu dem Mythos Hitlers beigetragen. Die dauernde Arbeitslosigkeit zersetzt in der Tat den Klassenstolz des Arbeiters und führt häufig genug den Abfall von seinen alten Idealen herbei. Auch gilt es als eine unumstössliche Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit die Waffe der Arbeiterschaft, den Streik nämlich, stumpf gemacht hat.

Lind nun gelang es der Regierung Hitler, der Arbeitslosigkeit langsam, aber stetig Herr zu werden. Für den Augenblick schien die Vorhersage törichtes Gerede zu sein, dass die Herrschaft Hitlers eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe mit sich bringen werde. Den Deutschen ging es vielmehr – soweit sie nicht zu der abgegrenzten Schicht der Opfer gehörten – besser. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung trug die ersten Früchte. Hjalmar Schacht, ein hervorragender Techniker der Finanzpolitik, beschaffte die Mittel, ohne dass die deutsche Währung dadurch irgendwie erschüttert wurde. Es ist auch ein Märchen, dass die Beseitigung der Arbeitslosigkeit am Anfang durch die geheime Rüstung des Reiches bewirkt worden sei. Zu Beginn war es nur Entschlossenheit und der Wille, überhaupt etwas zu tun, was eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft herbeiführen konnte. Hitler tat nichts anderes, als was die alten deutschen Regierungen auch hätten tun können und was Papen und Schleicher zum Teil auch schon angebahnt hatten. Die Wirtschaftspolitik Hitlers glückte vor allem deswegen, weil Hitler von sich mit Recht sagen konnte, dass Deutschland nun wieder nach langen Jahren eine Regierung habe. Allerdings hatte Hitler auch Glück, da das Dritte Reich in eine aufsteigende Welle der Weltkonjunktur hineinkam.

Die Wirtschaft wurde im ganzen in Frieden gelassen. Auch der am 1. April 1933 durchgeführte sogenannte Judenboykott war nur eine Demonstration. Einen ganzen Tag lang durften die Deutschen in jüdischen Geschäften nicht einkaufen. Überall standen SA-Posten davor, die aber entschlossenen und aufrechten Leuten meist doch nicht den Weg versperrten.

Doch strömte die Flut der Revolution unaufhaltsam weiter,

die Grundlagen der alten Ordnung zernend. Das Sterben der Parteien setzte nun ein. Sie welkten dahin, wie von einer geheimnisvollen Krankheit befallen. Der unterirdische Terror tat sein Werk. Man hatte immer eine bequeme Begründung zur Hand, dass sich Kommunisten in diese oder jene Organisation eingeschlichen hätten. Das stimmte auch häufig, wenn auch die Masse der Kommunisten sehr bald in die nationalsozialistische Partei und in die SA einströmte, so dass man von den Beefsteakstürmern sprechen konnte (ausen braun und innen rot). Deutschland befand sich auch in der Stimmung der Revolution. Die alten Mächte hatten den Glauben an sich verloren. Die Parteien schämten sich fast, je bestanden zu haben. Der Abgrund von Gemeinheit, Feigheit, Verrat, Undankbarkeit und Untreue begann sich zu öffnen, der sich immer auftut, wenn Menschen und Mächte stürzen und alte Freunde, Anhänger und Nutzniesser mit ins Verderben zu reissen drohen. Die Rechner, die Lauen, die Wankelmütigen, die Streber und Karrieremacher, die Spekulanten, der ganze grosse Block bohrender, wühlender und schiebender Interessen, eine furchtbare Macht in einem zerrütteten Gemeinwesen, setzten auf die neuen Herren.

Es herrschte eine wahrhaft revolutionäre Stimmung. Die Menschen waren von einer dumpfen Verheissung erregt. Alle waren sie überzeugt, dass etwas Neues beginne. Jeder schien zu wähen, dass auch sein Leben neu beginne und dass auch er das Los seines Lebens noch einmal ziehen dürfe. Ein allgemeines Gefühl des Zusammenbruchs erfüllte die Öffentlichkeit – das untrügliche Zeichen, dass ein Land mitten in der Revolution ist: Die Menschen schienen sich der kommenden Macht zuzuwenden wie die Blumen am Morgen der aufgehenden Sonne.

So bot sich das Bild Deutschlands dar. Alle benahmen sich, als ob eine neue Zeit angebrochen wäre. Und doch war das nur die Stimmung derer, die allein das Wort hatten. In Wahrheit war die Tiefe der Nation kaum davon berührt. Die Springflut rauschte über die Fundamente des alten Lebens hinweg, drang aber kaum in untere Gesteinsschichten ein und riss nur die lockere Erde mit. Die kleine gierige, tatkräftige, nach Erregung und Beute lüsterne Minderheit hatte die Öffentlichkeit vor sich, und alles andere versteckte sich. Aus dieser Mutterlauge aber wuchs der revolutionäre Geist empor. Alle Momente für die revolutionäre Stimmung waren da: das Gefühl des Zusammenbruchs einer Welt, die völlige Lähmung der bestehenden Macht, die Unterordnung unter die aufsteigende revolutionäre Gewalt, die sklavische Anbetung der neuen Mächte, Gesinnungslosigkeit auf der einen und Wahn und Glauben auf der anderen Seite, ein Traum von Grösse und Allmacht.

So lösten sich die Parteien alle auf, alle mit einer Mahnung an ihre Mitglieder, mit der grossen neuen Zeit zu marschieren und sich tatkräftig am Aufbau des nationalsozialistischen Deutschlands zu beteiligen.

Die Gleichschaltung 115

Die Sozialdemokratische Partei wurde am 22. Juni 1933 aufgelöst unter Berufung auf die Agitation einiger ins Ausland geflüchteter Führer, die der im Reich verbliebene Parteivorstand vergeblich von sich abzuschütteln versuchte. Am 28. Juni löste sich selbst die Deutschnationale Partei auf. Am 5. Juli folgte das Zentrum. Zentrum und Bayrische Volkspartei empfahlen, «unter der unmittelbaren Führung Adolf Hitlers am Aufbau des neuen Deutschlands mitzuwirken und sich rückhaltlos zur Verfügung zu stellen». Die Landesleitung der SPD in Württemberg empfahl am 10. Mai 1933 den bisherigen Inhabern sozialdemokratischer Mandate, «ihre Tätigkeit in einem Sinne auszuüben, der keinen Zweifel an dem guten Willen zulässt, die politische Neubildung Deutschlands nach den Plänen des Nationalsozialismus zu unterstützen». Die Deutschnationale Partei beschloss ihre Auflösung «in Erkenntnis der Tatsache, dass der Parteienstaat überwunden ist».

Am 14. Juli 1933 wurde durch Gesetz die Neubildung und Fortführung aller Parteien ausser der NSDAP verboten: «In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei. Wer es unternimmt, den organisatorischen Zusammenhalt einer anderen politischen Partei aufrechtzuerhalten oder eine neue politische Partei zu bilden, wird, sofern nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu drei Jahren bestraft.» «Gleichschaltung» ist die grosse Lösung. Die Wirtschaftsverbände, die grossen Unternehmungen, die Banken, die Vereine praktizieren sie alle, meist indem sie einen prominenten Parteimann in den Vorstand berufen, am liebsten so, dass er sich mit dem Bezug seiner Sporteln und Gehülden begnügt und nicht durch Arbeit und Gesinnung den gewohnten Betrieb stört.

Eingestampft wurde vor allem der Stahlhelm, die grosse Frontkämpfervereinigung der Deutschen, die sich selbst für eine Macht gehalten hatte und in der das alte kaiserliche Heer fortzudauern schien. An der Spitze des Stahlhelms standen zwei Männer: Franz Seldte und der Oberstleutnant Düsterberg. Seldte war ein Fabrikant aus Magdeburg und die reinste Verkörperung des Unternehmers, der im Betrieb mit der Befehlsfreudigkeit des Reserveoffiziers waltet; zum Vorsitzenden eines Kriegervereins vorherbestimmt, als Bundesvorsitzender des «Stahlhelms» die Erneuerung des Reiches betreibend, scheute er auch die Höhen der politischen Theorie nicht. So ungeniert er auch gegenüber Hitler den Mund aufmachte, so gross war seine Rückgratlosigkeit. Er gab den «Stahlhelm» preis. Wenn er es auch machte wie die Parteien, der «Stahlhelm» war bisher als reiner Wehrverband angesehen worden, als die grosse Kameradschaft

des alten deutschen Heeres. Nun war er stolz, dass der «Herr Volkskanzler», wie er Hitler devot, aber unvorschriftsmässig anredete, den «Stahlhelm» in die SA übernahm, wo er ein Paradies sein sollte. Am 25. September 1933 schrieb er an Hitler:

«Wir haben jahrelang nach einem Führer Ausschau. Nun haben wir in Ihnen, Herr Volkskanzler, den Führer erkannt und gefunden, dem Gott die Fähigkeit verliehen hat, dem Deutschen Befehle jetzt und für die Zukunft geben zu können. Sie als Führer wollen uns auch in die gemeinsame, grosse nationalsozialistische Bewegung aufnehmen. Sie wollen unseren alten Frontsoldaten Ihr Hoheitsabzeichen, die Kampfbinde, verleihen. Wir nehmen dies mit tiefem Dank an. Wir heften die Hoheitszeichen an unsere graue Feldmütze.»

Als die feierliche Eingliederung des Stahlhelms in die SA



Franz Seldte

erfolgte, erklärte Seldte, dass der Führer alle Schleier von seiner Seele gezogen und das ganze Lieben und Sorgen seines Herzens für das deutsche Volk hüllenlos den Kameraden vom Stahlhelm geoffenbart habe.

Den Oberstleutnant Düsterberg, der nicht so willfährig schien, hatte man zerbrochen, indem man ihm jüdische Abstammung nachwies.

Im Juni 1933 war Hugenberg aus dem Reichskabinett ausgeschieden, der nicht nichts würdig und bedeutungslos genug war, um sich unter Selbstanklagen der Führung Hitlers zu unterwerfen. Damit war praktisch die Koalitionsregierung zu Ende, denn alle übrigen waren schwankende Rohre im Winde. Nur Hugenberg verkörperte die Deutschnatio

116 Das Dritte Reich

nale Partei. Franz von Papen war seit dem April 1933 ohnehin nur mehr blosser Vizekanzler, kein einflussreiches Amt, wenn der Kanzler mit wachem Sinn und angespanntem Willen immer da war; er wird am 30. Juni 1934 – nachdem ihm die Mitarbeiter fast vor seinen Augen niedergeschossen worden sind – nahezu mit vorgehaltener Pistole aus der Regierung gejagt.

Aus Protest gegen die Kirchenpolitik der Regierung Hitler schied der Verkehrsminister, Freiherr Eltz von Rübenach, aus dem Kabinett aus.

Der Reichsminister des Äusseren, der Freiherr von Neurath, nie dem gefährlichen Leben und dem Eifer zugetan, blieb bis zum Februar 1938 im Amt, als er dem Herrn von Ribbentrop Platz machte, um der Präsident eines nichtbestehenden Reichsverteidigungsrates zu werden. Den Reichskriegsministervon Blomberg führte eine gesteuerte Vorsehung in die Ehe mit einer Frau hinein, über die Berlins Polizei allzuviel wusste. Blomberg, der am 2. August 1934 als Führer einer Prätorianergarde Hitler zum Staatsoberhaupt machte, hatte seine Schuldigkeit getan und konnte gehen. Der Reichsjustizminister, Dr. Franz Gürtner, dem allem Anschein zum Trotz an der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung viel lag, glaubte sein Amt gegen die möglichen Nachfolger, die Bluthunde des Revolutionstribunals, gegen die Freisler, die Hans Frank und Thierack, verteidigen zu müssen, gegen die Schakale mit Baret und Robe. 1940 begegnete Gürtner, wie Schwerin von Krosigk erzählt, einem früheren Mitarbeiter am Eingang des Ministeriums:

Auf die Frage nach seinem Ergehen sagt er: «Was glauben Sie, lieber Kollege, wie glücklich, wie unendlich glücklich ich wäre, wenn ich nicht in dieses Haus hineinzugehen brauchte. Aber ich muss, ich muss. Sehen Sie, da stehen schon drei, die hineinwollen, Frank, Freisler und Thierack. Einer von ihnen wird es werden. Und deshalb muss ich mich hineinschleppen? Und dann ging der schwere Mann mühsam die Treppe hinauf. Wenige Wochen später war er tot.» Einer blieb vom Anfang bis Ende, der Finanzminister von Ewigkeit zu Ewigkeit, der Minister der Finanzen unter Papen, Schleicher, Hitler und Dönitz: Schwerin von Krosigk. Schwerin von Krosigk hat – sympathischerweise – in seinem ansprechend geschriebenen Buch «Es geschah in Deutschland» nicht versucht, dieses Bleiben zu erklären. Es geschah eben in Deutschland.

Das Ermächtigungsgesetz bestimmte, dass diese Ermächtigung nur gelte, solange diese Regierung am Ruder sei. Es war nicht genau gesagt, was unter dieser Regierung zu verstehen war. Aber die «bürgerlichen». Minister glaubten, dass dieses Ermächtigungsgesetz ihnen Sicherheit gäbe und die konservativ-bürgerliche Ordnung in Deutschland schützen helfe, weil die Ermächtigung ja erlöschen müsse, sobald die nichtnationalsozialistischen Minister ausschieden. Wir werden sie aufrechterhalten, so sagte einmal Lenin von ei-

ner Koalition mit den Sozialisten, wie der Strick den Gehenden. So war es auch mit dem Ermächtigungsgesetz. Es hielt die konservativen Partner in der nationalsozialistischen Revolution aufrecht wie der Strick den Gehenden.

Binnen eines halben Jahres war die «Koalition» zu einer Tarnkappe für die Diktatur Hitlers geworden, bald hielt es dieser nicht einmal mehr nötig, die Tarnkappe zu tragen.

Ein Sturm war über Deutschland hinweggegangen und hatte als Trümmer Dinge zurückgelassen, die für die Ewigkeit gebaut schienen: den Reichstag, die Gewerkschaften, das Zentrum als die Partei der katholischen Kirche, die wie das deutsche Heer festgefügte Sozialdemokratie, den deutschen Kommunismus.

«Wer von uns», konnte mit vielem Recht Papen im Juli 1933 sagen, «hätte es für möglich gehalten, dass die unwiderstehliche Angriffskraft des Nationalsozialismus in vier Monaten dieses Deutsche Reich mit Haut und Haaren für sich eroberte, dass keine der bürgerlichen Parteien mehr das Feld behauptete, dass die Institutionen des demokratischen Zeitalters wie mit einem Federstrich ausgelöscht wurden, dass der Reichskanzler eine Machtfülle in sich verkörperte, die kein deutscher Kaiser vor ihm besessen hat!»

Als der unwahrscheinlichste Triumph für Hitler kam zuletzt noch das Konkordat mit der katholischen Kirche. Die Kirche hatte bis zum ersten Weltkrieg in Feindschaft oder Fremdheit mit den jungen Nationalstaaten (Italien und Deutschland) gelebt. Eben als Hitler daranging, das Deutsche Reich aufs Spiel zu setzen und dabei sich und das alte Europa zu verderben, machte sich die Kurie daran, Frieden mit diesen beiden neuen Staaten zu schliessen. Das war vor allem das Lebenswerk Eugenio Pacellis, Papst Pius' XII. Es war etwas Merkwürdiges, was in den Jahren von 1923 bis 1939 geschah, als die Kurie Frieden mit den beiden Staaten schliessen wollte, die aus dem Vulkan der europäischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts wie eine flammende Lava hervorgequollen schienen. Durch die Lateranverträge söhnte sich der Vatikan mit dem italienischen Staat aus. Jetzt schien die Stunde dafür auch in Deutschland gekommen zu sein. Nuntius Pacelli hatte den Abschluss eines Konkordats mit dem Reich als Ziel seiner Arbeit in Deutschland bezeichnet, als er dem Reichspräsidenten Ebert sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Er war im Weimarer Staat gescheitert. Jetzt nach der Schaffung des Einheitsstaates sah Pacelli den Weg für ein Reichskonkordat frei. Er war skeptischer als der damalige Papst. Aber die Verlockung musste für ihn doch gross sein, das Reichskonkordat abzuschliessen, so wie Hitler es anbot.

Für Hitler lag der Nutzen eines Konkordats auf der Hand. Es brachte ihm die aussenpolitische Anerkennung; es gab ihm eine weltpolitische Visitenkarte. Mussolini sagte zu Papen: «Der Abschluss des Konkordats mit dem Heiligen Stuhl

wird Ihrer Regierung auch aussenpolitisch den Kredit geben, den sie bisher nicht hat.»

Mussolini hat in seiner Rede zu den Lateranverträgen das Wort Napoleons zitiert:

«Wenn man mit dem Papst im Einklang ist, beherrscht man noch heute das Gewissen von hundert Millionen.»

Für Hitler wurde das Konkordat zuletzt doch zu einer Enttäuschung, weil er des Glaubens war, dass die katholische Kirche wie alle übrigen Mächte, mit denen er bisher zu tun gehabt hatte, auf der schiefen Bahn des Nachgebens hinabrollen würde. Für die Kirche dagegen war das Konkordat ein Versuch, Hitler in den Rahmen des internationalen Rechts einzufügen und ihm dadurch klarzumachen, dass es höhere Gewalten gäbe als seine Herrschaft. Die Kirche konnte das wagen. Sie konnte als eine jahrtausendjährige geistige Macht in ihrem Wesen und ihrer Seele von dem Vertrag mit Hitler nicht gefährdet werden. Sie besass den langen Löffel, den man nach einem englischen Sprichwort haben muss, wenn man mit dem Teufel aus einer Schüssel essen will. Für den Gläubigen war gegenüber dem wort- und konkordatsbrüchigen Hitler eine klare Linie des Widerstandes gegeben. Aber die Kirche mass vielleicht die übrige Welt, vor allem die übrigen Deutschen zu sehr an ihrer eigenen Kraft des Widerstandes und an ihrer eigenen Selbstsicherheit. Für die anderen blieb zunächst der Pakt zwischen einer moralischen Weltautorität, wie sie die Kirche darstellte, und einem Gewalt Herrscher wie Hitler verwirrend. Das Konkordat hatte festgelegt, dass die Grundsätze der christlichen Moral gültig blieben für das Deutsche Reich. So hielt die Kirche unerschrocken Hitler das Sittengesetz eiltgegen, als er offenkundig davon abwich. Der Zusammenstoss geschah dort, wo Hitler gesagt hatte, dass er sich mit einer Umwälzung aller Werte den Ideen des Christentums entgegensezte. Er verneinte die Heiligkeit des einzelnen Lebens, die Kirche verteidigte diese Heiligkeit. Wo aber einmal der Grundsatz der Heiligkeit des Menschenlebens preisgegeben ist, ist Tür und Tor geöffnet für jede Form des kollektiven Mordes. Der Mensch wird wahrlich dem Menschen ein Wolf und Raubtier, wenn sein Leben verwirkt sein kann, nur weil es nutzlos und unnützlich ist. Niemand ist dann mehr sicher. Kann nutzloses Leben ausgerottet werden, dann bedarf es nur des Nachweises, dass das Menschengewimmel etwa in den Warschauer Gettos durch den Tod nur «erlöst» werde.

Hitler hatte selbst den Punkt bezeichnet, an dem die Welten sich scheiden. An diesem Punkt fand der Kampf in einer grossartigen Weise statt, als der Bischof von Münster, Graf von Galen, sich auf lehnte gegen die Tötung der Geisteskranken. Er kämpfte im Reich der schlichten und elementaren Prinzipien, gestützt auf das Gebot: Du sollst nicht töten. Am 28. Juli 1940 schickt der Bischof an die Staatsanwalt

schaft in Münster und an den Polizeipräsidenten den folgenden eingeschriebenen Brief:

«... Da ein derartiges Vorgehen nicht nur den göttlichen und natürlichen Sittengesetzen widerstreitet, sondern auch als Mord nach § 211 des Reichsstrafgesetzbuches mit dem Tode zu bestrafen ist, erstatte ich gemäss § 139 des RStr. GB pflichtgemäss Anzeige.»

Auch mit der protestantischen Kirche erlebte Hitler Enttäuschungen. Diese Landeskirchen mit ihren Konsistorialräten und Hofpredigern mussten sich nach seiner Überzeugung müheelos einstampfen lassen:

«Die Protestanten wissen überhaupt nicht, was Kirche ist. Man kann mit ihnen anstellen, was man will, sie werden sich drücken. Sie sind Kummer gewohnt. Sie haben es von ihren Landesherren und Kirchenpatronen gelernt, bei denen sie sonntags zum Gänsebraten geladen waren. Ihren Platz aber hatten sie unten an der Tafel bei den Kindern und Schulmeistern. Es war schon viel, dass sie nicht an der Bedientafel mitessen mussten. Es sind kleine, dürftige Subjekte, unterwürfig bis zum Handkuss, und sie schwitzen vor Verlegenheit, wenn man sie anredet. Sie haben schliesslich gar keinen Glauben, den sie ernst nehmen, und sie haben auch keine grosse Herrschaftsmacht zu verteidigen wie Rom.» Als Nazi ziel hatte Hitler die Einrichtung einer evangelischen Reichskirche aufgestellt. Ein Reichsbischof sollte an der Spitze der protestantischen Kirche Deutschlands stehen, dem allerdings Hitler die stammelnde Unterwürfigkeit zudachte, wie sie häufig der Patriarch von Moskau gegenüber den Bolschewisten bewies. Die protestantischen Kirchen, an den guten Willen Hitlers glaubend oder diesen Glauben vergebend, arbeiteten zunächst auch willig mit. Am 11. Juli 1933 wurde die Verfassung der evangelischen Kirche verkündet:

«Die unantastbare Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche ist das Evangelium von Jesus Christus ... Hierdurch werden die Vollmachten, deren die Kirche für ihre Sendung bedarf, bestimmt und begrenzt.

Die Deutsche Evangelische Kirche regelt das deutsche gesamt kirchliche Rechtsleben ...

An der Spitze der Kirche steht der lutherische Reichsbischof ... Dem Reichsbischof tritt ein geistliches Ministerium zur Seite.

Das geistliche Ministerium ist berufen, unter Führung des Reichsbischofs die Deutsche Evangelische Kirche zu leiten und Gesetze zu erlassen.»

Nur wurde nachher der deutsche Protestantismus an der freien Wahl dieses Reichsbischofs behindert, und der Staat zwang ihm den Wehrkreispfarrer Müller als Reichsbischof auf, von dem die Deutschen schliesslich nur noch mit dem Abkürzungswort «Reibi» sprachen und der einer so ersten Sache wie dem Kirchenkampf eine komische Note verlieh.

118 Das Dritte Reich

Es war ihm eine dröhnende Beredsamkeit zu eigen, eine kindliche Frömmigkeit und auch die Neigung, den Garnisonsältesten gleich hinter Gott rangieren zu lassen.

Beim Kampf um den Arierparagrafen, den das Dritte Reich auch auf die Kirche anzuwenden suchte – bei der katholischen Kirche hatte man den Versuch erst gar nicht gemacht –, schlängelte sich der Reichsbischof so hindurch, als wäre ihm die Weltfremdheit eines Heiligen erlaubt.

Nur hatte er auch noch die Deutschen Christen in seiner Flanke, die weder deutsch noch Christen waren und die das Christentum nach den Begriffen des Nationalsozialismus deuteten. «Wer nicht an Adolf Hitler glaubt, der glaubt auch nicht an Gott», das war eine der Formeln dieser Bewegung. Den Höhepunkt fand die Bewegung der Deutschen Christen durch eine Kundgebung im Sportpalast am 13. November 1933. Dabei forderte der Redner, «ein Gauobmann» Dr. Krause, «grundsätzlichen Verzicht auf die ganze Stündenbock- und Minderwertigkeitstheologie des Rabbiners Paulus». Das Alte Testament sei «ein Buch von Viehjuden und Zuhältern». Man müsse zu einem «heldischen Jesus» zurückkehren:

«Unsere heiligen Stätten, durch die Opfer des deutschen Freiheitskampfes blutgedüngt, müssen uns mehr sein als ferne Stätten in Palästina.»

Im Kampf gegen die Narrheit dieser Freidenkerpaffen, die übrigens fast die ganze sozialistische Freidenkerbewegung zu sich herüberzuziehen vermochten und denen dann Hitler sogar ein wenig die Zügel anlegte, entwickelte sich die Bekennende Kirche, derer das Dritte Reich bis zu seinem Ende nicht Herr zu werden vermochte.

Vom 29. bis zum 31. Mai versammelte sich eine «Reichsbekenntnissynode» in Wuppertal-Barmen. Die «Barmer Thesen» gehören heute zu den Bekenntnisschriften der evangelischen Kirche.

Die Barmer Erklärung stellte das «Christentum des göttlichen Worts» gegen die nationalsozialistischen Irrlehren, dabei allerdings die Schöpfungsordnung als ein Ding minderere Ordnung behandelnd. Die Kirche dürfe nicht ausser Gottes Wort «noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung» anerkennen (während doch fast das ganze 20. Jahrhundert den Menschen als eine der Offenbarungen Gottes ansah). Mächtiger und weithin tönend war die Erklärung der Barmer Synode:

«Falsch ist die Lehre, als könne und dürfe sich die Kirche abseits von diesem Dienst besondere, mit Herrschaftsbefugnissen ausgestattete Führer geben oder geben lassen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen».

Das war nichts Neues in der Geschichte des deutschen evangelischen Denkens. Luther, sonst nur das Gebet als

Waffe gegen tyrannische Gewalt anerkennend, forderte den Widerstand gegen den Tyrannos universalis, der Gottes und der Kirche Stelle einnehmen und Kündler der letzten religiösen Wahrheiten sein wollte. Neu war im Barmer Bekenntnis nur der Rückgriff auf das Alte.

Das Dritte Reich verwandelte sich zunehmend in eine plebiszitäre Diktatur. Am 14. Oktober war das Reich aus der Abrüstungskommission und aus dem Völkerbund ausgetreten. Es war nicht schwer, nachzuweisen, dass diese Abrüstungskommission mehr für die Aufrüstung als für die Abrüstung getan hatte. Für Hitler war jedenfalls das unbestreitbare Versagen der Abrüstungskommission ein brauchbarer Vorwand, um nun mit der eigenen Aufrüstung allmählich zu beginnen. Hitler nahm den Austritt aus dem Völkerbund und der Abrüstungskommission zum Anlass, den Reichstag aufzulösen, in dem noch Überbleibsel der unter gegangenen deutschen Parteien sassen. Mit der Neuwahl wurde eine Volksbefragung verbunden. Die Frage lautete so sentimental und patriotisch fromm, dass das einfache Gemüt nicht ohne Herzklopfen dagegenstimmen konnte:

«Billigst du, deutscher Mann, und du, deutsche Frau, diese Politik (Verlassen der Abrüstungskonferenz und Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund) deiner Reichsregierung, und bist du bereit, sie als den Ausdruck deiner eigenen Auffassung und deines eigenen Willens zu erklären und dich feierlich zu ihr zu bekennen?»

Für den Reichstag gab es nur noch eine einzige Liste, die der NSDAP. Alle anderen Stimmzettel und jedes Nein wurden ins Dunkel hinabgeworfen. Das Ergebnis war entsprechend. Die NSDAP, die in der Konkurrenz mit anderen deutschen Parteien im März nur vierundvierzig Prozent aller Stimmen errungen hatte, bekam nun eine Mehrheit von neunzig Prozent. Die rührselige Frage des Plebiszits wurde immerhin noch von fast vier Millionen Menschen mit Nein beantwortet. Das war nicht wenig in einer Nation, in der aus allen Lautsprechern und von allen Wänden die Stimme des «grossen Bruders» erklang. Das Plebiszit, das kein Für und Wider kennt und nur die Wahl zwischen etwas und nichts zulässt, ist die erfundene Sprache der Stummen.

Die Länder teilten bald das Schicksal aller unabhängigen Gewalten im Dritten Reich. Auch ihnen hatte Hitler ewige Treue geschworen.

Am 7. April 1933 wurde das sogenannte Reichsstathaltergesetz erlassen und damit die Landesregierungen in Kreaturen des Reiches verwandelt.

«In den deutschen Ländern, mit Ausnahme von Preussen, ernennet der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Reichsstathalter. Der Reichsstathalter hat die Aufgabe, für die Beobachtung der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen. Ihm stehen folgende Befugnisse der Landesgewalt zu:

Ernennung und Entlassung des Vorsitzenden der Landesregierung . .

Es war, als hätte sich der Traum der Hohenstaufen erfüllt. Mit dem Gesetz über den Neubau des Reiches vom 30. Januar 1934 schien das Ende der deutschen Länder überhaupt gekommen zu sein:

«Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben. Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über.» Der Verwaltungsapparat der deutschen Länder aber blieb, wie er war. Das Dritte Reich machte hier keine Revolution, und es wuchs kein neuer Herrschaftsapparat heran. Die Führerbilder in den Amtsstuben und die Parteiabzeichen auf den Rockaufschlägen veränderten das Gefüge, den Mechanismus und den Aufbau der deutschen Verwaltung nicht. Eine Reichsverwaltung wurde nicht geschaffen. Die «nationalsozialistische» Beamtenschaft, auf die 1945 der Bannfluch der Sieger geschleudert wurde, war dieselbe, die das Dritte Reich aus der Weimarer Republik mit leichten Retuschen übernommen hatte, so wie sie heute wieder dieselbe ist, die im Dritten Reich regierte.

Tod des alten Deutschlands durch das Leichengift der SA: Der 30. Juni 1934

Es gibt ein Bild Hitlers aus diesen Tagen: Es ist das Gesicht eines Raubtieres, das auf dem Sprung ist, das Gefahr wittert und sich in die Enge getrieben fühlt. Es ist ein Gesicht, in das die Grausamkeit der Furcht und die Furcht der Grausamkeit eingeschrieben stehen. Ein Regime, das einmal gemordet hat, wird nie aufhören zu fürchten und kann es nicht. Man spürt es, wenn man dieses Gesicht betrachtet: Dieser Mann hat keinen anderen Weg mehr vor sich als den der Gewalt, der Bluttat, des Krieges. Mit dem 30. Juli 1934 ist der Weg des Dritten Reiches endgültig bezeichnet. Die Menschen meinen, dass mit der Vernichtung der SA das Gift aus der Revolution ausgeschieden und ihr Dämon beschworen worden sei. Das nationalsozialistische Reich scheint sich zu beruhigen. Genau das Gegenteil ist der Fall: der Keim des grossen Verbrechens ist in die Blutbahn des Reiches geraten. «Die Saat der Schuld reift nur durch neue Schuld.»

In den Monaten vom Mai bis zum August 1934 erlebt das nationalsozialistische Regime jene grosse Krise, in die jede Revolution früher oder später eintritt. Die revolutionäre Flut staut sich. Der Sieg hat die politiko-kriminellen Elemente an die Oberfläche gespült, derer die Revolution bedarf, um die alten Gewalten einzuschüchtern und alle Auflehnung und alles Widerstreben durch ein dumpfes Gefühl des allgegenwärtigen Schreckens zu ersticken. Es ist die Anarchie, die jetzt ihr Haupt erhebt, die Anarchie, aus der jede Revolution ursprünglich empfangen ist, die Anarchie aber auch, die nun die revolutionäre Herrschaft selber

Wenn jemand sich durch die Parteiabzeichen, wogenden Fahnen und das viele «Sieg-Heil»-Geschrei nicht blenden liess, dann hatte sich in Deutschland wenig verändert. Die Länder waren im Grunde geblieben, die Kirchen, das Heer. Hjalmar Schacht, bisher von Alfred Rosenberg im «Völkischen Beobachter» als Werkzeug der internationalen Hochfinanz angeprangert, sass in der Reichsbank und finanzierte die Arbeitsbeschaffung mit Methoden, für die der «Völkische Beobachter» bisher nur das Schimpfwort «jüdisch» gekannt hatte. Die Banken hatten einige Juden ausgebootet. Da aber die «Verjudung» des deutschen Grosskapitals ohnehin eine Legende war, war auch in den deutschen Banken alles beim alten geblieben. Das Geld war noch da, mächtig und frisch; die alten Kämpfer waren in der Masse eigentlich mit den Brosamen abgespelt worden, die vom Tische des reichen Mannes fallen. Die SA war nicht zur Revolutionsarmee geworden, und Ernst Röhm war nicht in die Fusstapfen von Trotzki getreten. In die Villen der Juden waren nicht arme Nationalsozialisten einquartiert worden, wie es die Bolschewisten mit den Palästen des russischen Adels gemacht hatten.

droht. Dabei sind die alten Mächte noch keineswegs tot und überwunden. In der Wirtschaft, im Heer, in der Verwaltung sind die alten Herren noch da. Die revolutionäre Flut hat das Land überspült. Aber wo immer diese Flut zurücktritt, sieht man, dass nichts grundlegend geändert ist. Alle Mächte nehmen die braune Schutzfarbe an, ohne sich wahrhaft zu verändern. Die Revolutionäre spüren ein dumpfes, gerade durch seine Passivität gefährliches und unfassbares Widerstreben der Nation. Die revolutionären Gewalten wissen ihrerseits, dass sie die alte bürgerliche Welt viel zuviel herausgefordert haben, dass schon zuviel Gewalt und Untat geschehen ist, als dass sie je sicher sein könnten, wenn das Alte wiederkehrt. Sie haben den Instinkt des Raubtieres, das durchaus weiss, dass es überall ausser im Dschungel toteschlagen wird. Revolutionäre, so sagte einmal Richelieu, sehen immer das Schafott vor sich. Vor sich haben sie die noch nicht überwundenen und sich wieder regenden Mächte des Alten; hinter ihnen stehen die eigene Vergangenheit und der Abgrund, aus dem sie emporgestiegen sind, das Nichts, in dessen Grauen sie nicht zurückkehren können und nicht zurückkehren wollen. So steht Hitler da an der Wende des Jahres 1933 und 1934, auf einem schmalen, gefährlichen Grat, wo jeder falsche Schritt nach rechts oder links den Untergang bringen kann.

In der ersten Hälfte des Jahres 1934 war das Grundwasser der Revolution immer sichtbarer an die Oberfläche getreten, eine grünliche, schimmelige Masse aus verkommenen und deklassierten sozialen Gruppen, aus Glücksrittern, Land

120 Das Dritte Reich

knechten, Beutemachern und Abenteurern. Viele SA-Stäbe hatten das Recht in ihre Hand genommen und verführten nach dem Gesetz der Revolution. Sie verhafteten, errichteten private Gefängnisse, Lager und Bunker, schlugen, quälten und mordeten, vergewaltigten, erpressten und requirierten, feierten Gelage wie Landsknechte, die eben eine fremde Stadt erobert haben. Leute wurden zu SA-Obergruppenführern ernannt – die in der Rangliste des «Dritten Reiches» dem General gleichgestellt waren –, die wegen Mordes und Zuhälterei, Diebstahl und Erpressung und zahlloser derartiger Dinge mehr vorbestraft waren. Hitler konnte in seiner Rede vom 13. Juli vor dem Deutschen Reichstag von dem «erschreckenden Strafregister» der führenden Persönlichkeiten der SA reden. Die SA saugte im Jahre 1933 und 1934 die ganzen sozialen und politischen Abfallstoffe Deutschlands auf. Im Mai 1934 bestand sie schätzungsweise aus einem Drittel Kommunisten. Man sprach von den «BeefsteakStürmern», aussen braun und innen rot. Diese gärende Masse hörte sich als auserwählte Rasse angesprochen, die unangefochten durch Schlamm und Blut waten könne und deren revolutionäre Weihe davon sowenig beschmutzt werde (so hiess es in einer anderen Revolution) wie der Ozean durch einen Kübel Unrat. Das Wort lief um von der «zweiten Revolution». Die Revolution war in der Tat steckengeblieben. Die Radikalen erhoben ihr Haupt. Otto Strasser befandete den scheinbar zögernden Hitler als die Gironde, den des Umsturzes müden, bürgerlichen Flügel der Französischen Revolution von 1789. Ernst Röhm, der Stabschef der SA, redete vom Weitertreiben der Revolution. Hitler – schien es – umbuhlte die Reichswehr und die Industrie. Die Nationalsozialisten waren im Kabinett in der Minderheit. Die Revolution hatte sich noch kein eigenes Heer geschaffen. Die Macht Hitlers lebte – so schreibt die SA – von der Gnade der Reichswehr und des «Alten» in Neu-deck.

«Die zweite Revolution»: Das war der Aufstand gegen die Reichswehr, gegen das Grosskapital, die Junker, die Geheime-räte. Ernst Röhm wollte aus der SA die Revolutionsarmee machen. Im Spätfrühling 1934 war alles in Deutschland auf Bürgerkrieg zugeschnitten: Vernichte, damit du nicht vernichtet wirst! Das schien jetzt für alle die Lösung zu sein. Schlag zu, ehe der andere zuschlägt. Alle die politischen Gewalten in Deutschland lagen auf der Lauer. Die Reichswehr gewärtigte, von den braunen Prätorianern hinweggejagt zu werden. Die SA – die Furcht des bösen Gewissens in der Seele – sah immer das Strafgericht durch die Reichswehr vor sich. Die Furcht aber hat eine schreckenzugende Kraft und gebiert immer das, wovor man sich fürchtet.

Es fehlt nicht an Zeichen, dass die Reichswehr Zuschlagen will, dass die Reaktion, wie alle alten und feindseligen Mächte, auf der Lauer liegt. Das Gerücht von der «zweiten Revolution» schleicht um die Häu ser. Auf den Lippen aller

Menschen aber liegt auch die Frage: Wann wird die Reichswehr zuschlagen, wann wird sie den «Saustall» ausräumen? Anfang Juni wird beschlossen, die SA den Monat Juli hindurch in Urlaub zu schicken. Es ist der gewohnte und routinemässige Urlaub. Aber wer kann sagen, ob nicht diesmal beabsichtigt ist, die SA auf ewigen Urlaub zu schicken und sie nicht mehr zurückzuberufen? Genug Gerüchte von dieser Art laufen um.

Als das Signal zum Losschlagen erscheint die Rede, die der Vizekanzler von Papen in Marburg am 17. Juni 1934 hält. Der Schriftsteller Edgar Jung hat dem Herrn von Papen eine kluge und schöne Rede verfasst. Nie ist im «Dritten Reich» öffentlicher Kanzel herab das Gewaltregime des Nationalsozialismus so leidenschaftlich gegeisselt worden. Aber es ist ein Husarenritt. Der Herrenreiter, der da schneidig und elegant vorprellt, schaut nicht danach, was vor und was hinter ihm ist. Den Machthabern allerdings ist, als habe die Reaktion laut geträumt. Die rednerischen Gesten des Herrn von Papen scheinen wie der Schatten, den die Pläne der Reichswehr an die Wand werfen. Er hat doch das Vertrauen des Reichspräsidenten, des Oberbefehlshabers der Wehrmacht. Er hat seine Rede an den Reichspräsidenten geschickt und bekommt ein warmes Zustimmungstelegramm. Das nützt ihm wenig; es rettet ihn nur vor dem Tode. Papen gibt das Stichwort, nur bleiben die Akteure aus. Es gibt keinen General in der Reichswehr, der diese Partie spielen könnte und wollte, wenn an der anderen Seite des Brettes Adolf Hitler sitzt. Woher aber soll die SA wissen, dass da in Marburg nur ein Sonntagsverschwörer redet?

Die Furcht wächst. Beide Gruppen treffen ihre Vorbereitungen. Am 25. Juni versetzt der Freiherr von Fritsch die Armee in Bereitschafts- und Alarmzustand. Natürlich bekommt die SA Wind von der Sache. Die ganze zweite Hälfte des Juni hindurch werden der SA und der Reichswehr laufend Informationen zugespielt, dass die Reichswehr in Gefahr sei, von der SA überfallen zu werden, und dass die Reichswehr andererseits plane, die SA aufzulösen und zusammenzuknallen. Man weiss nicht, ob die Sache am 30. Juni «gestellt» war. Der General von Reichenau hat sich in der Tat gerührt, man habe die Sache so «hingekriegt», dass es ausgesehen habe, als sei es eine Revolte der SA gewesen. Er scheint stolz darauf gewesen zu sein, dass er durch seine Massnahmen die SA in Unruhe gebracht und aufgestachelte habe, so dass die Massnahmen Hitlers anlaufen konnten. Es ist aber eher wahrscheinlich, dass diese Massnahmen dem General von Reichenau nur eingeflüstert wurden: durch Warnungen vor einem SA-Putsch. Jedenfalls erfüllten diese Massnahmen ihren Zweck. Am 28. Juni wurde Ernst Röhm aus dem Deutschen Offiziersbund ausgeschlossen. Das war die offene Kriegsan-sage: Der Stabschef der SA soll diffamiert und verfeimt werden. Ist das nicht die Aufforderung: Schlagt zu, schaut, dass ihr den Kerl vor eure Gewehre

kommt! ? Die SA war am 30. Juni, zum Teil wenigstens, auf der Strasse und alarmiert. Hitler oder derjenige, der die Aktion des 30. Juni wollte, hatte in der Tat den Vorwand. Wie ein Lauffeuer war da und dort durch die SA der Ruf gegangen: Die Gegenrevolution hat losgeschlagen. Ein reaktionärer Putsch gegen die Regierung Hitler ist im Gange. Einzelne SA-Führer sterben mit dem Ruf «Heil Hitler»! auf den Lippen, weil sie meinen, dass sie einem reaktionären Staatsstreich zum Opfer gefallen seien. Wenig ist beweisbar. Man sieht nur die Schatten an der Wand. Wo ist der Beweis, dass der andere mit dem Revolver in der Hand nicht schießt? Denn es gibt nur einen Beweis oder Gegenbeweis dafür: das ist der Tod.

Wie sieht es nun mit der Verschwörung des 30. Juni aus? Zwei Verschwörungen scheinen aufeinanderzupralten, über die dann diejenige Hitlers obsiegt. Der Gegensatz zwischen dem Hauptmann Ernst Röhm und Hitler war alt. Hitler hatte immer gegen die Pläne Ernst Röhrs angekämpft, aus der SA einen militärischen Kampfverband zu machen. Er hatte sehr viel realistischere Vorstellungen über das moderne Heer als Ernst Röhm. Er hielt nichts von den Versuchen der Reichswehr, durch Wehrverbände insgeheim ihre Reihen aufzufüllen. Er spottete darüber, dass das Reich sich auf den kommenden Krieg dadurch vorbereiten wollte, dass Kampfverbände im Bayrischen Wald in Wickelgamaschen Kriegsspiele veranstalteten. Er hielt bewusst – natürlich auch aus machtpolitischen Berechnungen – die SA aus der schwarzen Reichswehr heraus, die für die militärische Erstarkung Deutschlands in der Tat völlig bedeutungslos war und von der nichts blieb als die traurige Erinnerung an ein paar Fememorde.

Röhm kommt in den Jahren 1933 und 1934 auf seine alten Pläne zurück. Er will etliche hunderttausend Mann SA in die Reichswehr überführen und die nationalen Wehrverbände und die Reichswehr unter ein Kommando stellen. Schleicher und Röhm werden durch diese Ideen zusammengeführt. Schleicher hat immer die Hand über die SA und die Wehrverbände gehalten, weil er sie als das Menschenreservoir der Reichswehr ansieht. Bei alledem aber hängen die beiden den traditionellen Ideen und Vorstellungen des deutschen Heeres an. Sie haben romantische und schwärmerische Vorstellungen von einem «preussischen Sozialismus». So wird die Brücke geschlagen zu dem Dritten: zu Gregor Strasser, der die eigentliche sozialistische Richtung in der nationalsozialistischen Bewegung vertreten hat. Hitler aber verachtet die sozialreformerischen «Kaffeeantanten» (sein Ausdruck) von der Art Gottfried Feders und Gregor Strassers. Im engeren Kreis macht er nie ein Hehl daraus, dass er nur eine einzige Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Pläne Deutschlands sieht: die grosse und gigantische Eroberung im europäischen Osten, ein gewaltiges Kolonialreich

der Deutschen, in dem die östlichen Millionenmassen für die deutsche Herrenrasse arbeiten werden. Für Hitler sind Gregor Strasser mit seinem Sozialismus, Ernst Röhm mit seinen Ideen des Volksheeres, Schleicher mit seiner preussischen Tradition Romantiker und Schwärmer. Hitler selbst denkt nur in Begriffen der grossen Gewaltmaschine.

Eine Regierung Schleicher-Röhm-Strasser hätte sich denken lassen. Aber mit Sicherheit lässt sich sagen, dass für den 30. Juni kein Aufstandsplan der SA vorlag und alle Regierungskombinationen vage, flimmerige Projekte waren. Sicherlich gefiel sich Schleicher darin, «Regierungen zu bilden»; er redete offen und unverhohlen von seiner alten Spielerei, durch die er die Republik zugrunde gerichtet hatte: Reichskanzler zu finden und einzusetzen. Bei politischen Verschwörern ist solche Schwatzhaftigkeit ein Verbrechen. Indem er Figuren zu Regierungen aufreichte, stellte er den Mördern die Opfer hin.

Da macht jemand aus den Fetzen von Überlegungen und Gesprächen, aus Gerede und Gerücht die Realität einer unmittelbar drohenden grossen Verschwörung. Er verwandelt eine noch kaum angebahnte Verschwörung in ein höllisches Ungeheuer, aus flüchtigen rasch aufblitzenden und wieder verlöschenden Ideen ein konkretes Projekt.

Wer war das? Man könnte vermuten: Himmler. So hat es Frick in Nürnberg ausgesagt.

Im letzten Grunde aber führen doch alle Spuren wieder zu Hitler selbst. Hitler konnte sich das Lachen, die Tränen und die Wut befehlen. Er gehörte zu den grossen Lügern, die damit anfangen, sich selbst zu belügen. Aber in dem intellektuellen Sinn des Wortes kann er die «Fabel» des 30. Juni nicht geglaubt haben. Denn er trug sie ja noch am 13. Juli vor, als er genau wissen musste, dass sie nicht stimmen konnte. Wenn er in etwas hineingehetzt worden wäre, was er nicht wollte, dann war er nicht der Mann, dem zu verzeihen, der das getan hatte. Seine Erzählung der Vorgänge in Wiesensee beweist, dass es keinen Putsch gab und dass er nicht die Spur eines Putsches oder einer Revolution sah.

Hitler erledigt Leute, die unbequem geworden sind, und erfindet eine Legende dafür oder ergrift einen Vorwand, der sich bietet. Er lässt sich scheinbar treiben – bis zum Juni –, weil er auf die Stunde und den Anlass wartet und weil die Reichswehr mit der Drohung der «zweiten Revolution» erst gargekocht werden muss. Er weiss seit dem März 1934, dass der Reichspräsident von Hindenburg nicht mehr lange zu leben hat. Bis jetzt sind die Fundamente seiner Macht aber noch ausserordentlich dünn. Die Wehrmacht – das einzige echte Machtinstrument des Reiches – untersteht seinem Befehl nicht. Wird ein anderer als er, Hitler, Reichspräsident, und kommt der Oberbefehl über die Reichswehr in unabhängige Hände, dann bleibt seine Macht ausserordentlich gebrechlich. Die Reichswehr will aber das Haupt Ernst

122 Das Dritte Reich

Röhms als Preis dafür, dass sie einen Verfassungsbruch beim Tod des Reichspräsidenten von Hindenburg mitmacht. Sie wird nachher ein grosses Wesen aus dem Eid machen, den sie dem «Führer» geschworen hat, aber jetzt hat sie in der Hand, ob sie den Eid schwören will und bereit ist, den Eid auf die Verfassung zu brechen. Was bisher (bis zum 30. Juni) in Deutschland geschehen ist, wird ja notdürftig – sehr notdürftig zwar – durch das Ermächtigungsgesetz legalisiert. Wenn der Reichspräsident von Hindenburg stirbt, dann ist ein staatsrechtliches Vakuum in Deutschland eingetreten, und wenn die Reichswehr jetzt Widerstand leistet, dann kann ihr niemand nachsagen (wie später!), dass sie einen Eid bricht oder eine Gehorsampflpflicht verletzt. Nichts verpflichtet sie, keine staatsrechtliche Vorschrift, kein Ehrenkodex des Offiziers, kein gegebenes Wort, Hitler nach dem Tode Hindenburgs als den obersten Befehlshaber anzuerkennen. Die Einsetzung Hitlers als Staatsoberhaupt verletzt das Ermächtigungsgesetz, das ausdrücklich vorsieht, dass die Regierung zwar die Verfassung ändern kann, nicht aber den Reichstag, den Reichsrat und das Amt des Reichspräsidenten beseitigen darf. Man hat noch viel zuwenig beachtet, dass am 1. und 2. August 1934 die Reichswehr als Prätorianergarde handelt, die den neuen Herrscher ausruft.

Hitler weiss, was auf dem Spiele steht. Am 11. April ist er auf dem Kreuzer «Deutschland» bei den Manövern der Marine zusammen mit dem General von Blomberg, dem Generalobersten Freiherrn von Fritsch, dem Chef der Heeresleitung, und Admiral Raeder. Es gibt Gründe für die Annahme, dass damals wahrscheinlich in Andeutungen der grosse Vertrag geschlossen wurde: Anerkennung Hitlers als Nachfolger des Reichspräsidenten von Hindenburg und als Oberbefehlshaber der Wehrmacht gegen Unterdrückung der Röhmschen Pläne. Am 16. Mai fand in Bad Nauheim eine Konferenz höherer Offiziere unter dem Vorsitz des Generalobersten von Fritsch statt. Anscheinend ist dort gegen einigen Widerstand der auf der «Deutschland» geschlossene Pakt angenommen worden. Aber sehr nachdrücklich wurde betont, dass man Hitler als Oberbefehlshaber nur anerkenne, wenn er Schluss mit Röhm mache.

Am 21. Juni besuchte Hitler den todkranken Reichspräsidenten in Neudeck. Dabei wurde ihm faktisch ein Ultimatum überreicht. Der Reichskriegsminister von Blomberg trat ihm auf der Treppe entgegen. Die Regierung müsse der Anarchie im Lande Einhalt gebieten, sonst werde der Präsident den Ausnahmezustand verhängen und der Reichswehr Vollmachten dafür erteilen. Hitler durfte nur kurz zu Hindenburg. Aber der Marschall bestätigte ihm, was der Freiherr von Blomberg ihm schon eröffnet hatte.

Von nun an stand bei Hitler fest, dass Ernst Röhm der Reichswehr zum Opfer gebracht werden müsse. Er wartete und lauerte, wie es seine Art war, auf den Anlass und die

günstige Stunde. Er weiss nun, was auf dem Spiele steht. Er hätte, kann man sagen, Röhm und dessen Kumpane auch auf «legale» Weise beseitigen können. Es wäre einfach gewesen: Er hätte nur den deutschen Gerichten befehlen müssen, in Zukunft wieder gegen Raubmörder, Zuhälter und Homosexuelle so vorzugehen, wie es das deutsche Strafgesetzbuch gebietet. Die Reichswehr hätte Rückendeckung gegeben, und wenn die SA dagegen gemeutert hätte, dann hätte man geschossen. Aber das reichte eben nicht. In einer gefährlichen Situation und in die Enge getrieben, muss Hitler seine Macht durch einige schreckliche und zermalmende Schläge und Blitze offenbaren, so dass er wahrhaft der Herr des Reiches ist, bevor der Reichspräsident von Hindenburg stirbt.

So nimmt Hitler am 30. Juni in gespielter Harmlosigkeit an der Hochzeit des Gauleiters Terboven in Essen teil und fliegt dann in nächstlicher Stunde nach München. Röhms Nachrichtendienst versagt wegen einer Verkettung widriger Umstände. In München lässt Hitler die höheren SA-Führer zum Teil aus dem Schlafwagen heraus verhaften und dann unter dem Kommando von Sepp Dietrich in der Strafanstalt Stadelheim erschossen. Er selbst fährt sofort nach Wiessee weiter, holt Ernst Röhm und seine Mannschaft aus dem Bett heraus, lässt ihn gleichfalls nach Stadelheim schaffen. Als Röhm sich weigert, Selbstmord zu begehen, wird er in seiner Zelle durch Salven eines SS-Kommandos niedergeknallt. Oftmals werden die Falschen erschossen, so der Musikkritiker der Münchener Neuesten Nachrichten, Schmidt, weil auf der «Abschussliste» ein Schmid stand und «jeder sagen konnte», er sei nicht der Gesuchte. Röhms Gastwirt und seine Kellner werden an die Wand gestellt, ehe sie irgend etwas begreifen. Aber auch die Falschen sind die Richtigen. Blut macht immer Angst, das der Unschuldigen noch mehr als das der Schuldigen.

In Berlin vollzieht Göring die «Aktion». Immer wieder erschallt, so berichtet Gisevius,

«Görings heiser dröhnende Stimme: «Schiessen Sie hinein ... holen Sie eine ganze Kompanie ... schiessen Sie hinein ... hineinschiessen ... schiessen ...!» Mit Worten lässt sich nachträglich nicht wiedergeben, wieviel unverhüllte Blutrünstigkeit, tobende Wut, hasserfüllte Rachsucht und zugleich Angst, feige Angst in der Szene liegen.»

In Lichterfelde werden die höheren SA-Führer laufend erschossen, so dass die Gewehre des Exekutionskommandos den Tag über nicht mehr kalt werden. Der Berliner SA-Gruppenführer hatte sich schon auf der «Bremen» zu seiner Hochzeitsreise eingeschifft. Man holte ihn vom Schiff herunter; er habe am Münchner Aufruhr teilgenommen; die Hochzeitsreise sei nur Tarnung. Ein Trommelwirbel, ein Kommando, eine Salve. Der SA-Führer Ernst, in der Tat eine der dunkelsten Gestalten des Dritten Reiches, ist besei-

tigt. Gleichzeitig aber werden die führenden Gestalten der konservativen Klassen «erledigt», wobei man nachher die verschiedensten Begründungen nannte: Tätlicher Widerstand, auf der Flucht erschossen, Verschwörung mit dem Ausland, Attentatsvorbereitungen usw.

Der General von Schleicher wird zusammen mit seiner Frau in seiner Wohnung niedergeknallt, desgleichen sein Mitarbeiter Bredow. Edgar Jung, der Verfasser der Marburger Rede, macht den programmgemässen Fluchtversuch und wird dabei niedergeschossen, ebenso Gregor Strasser. Die Mitarbeiter des Herrn von Papen, der Führer der katholischen Aktion Klausener, Papens Referent Bose, werden erledigt; man knallt einfach in alle Vorzimmer Papens hinein. Papen hätte man liebend gern auch zur Strecke gebracht; aber so weit reicht der Einfluss des Staatssekretärs Meissner nicht, um das Verschwinden Papens vermeintlichen zu können, wenn er auch die Greuelthaten des 30. Juni dem alten Marschall zu verbergen weiss, um dafür dann auch Hitlers Staatssekretär zu bleiben. Der einstige Generalstaatskommissar von Bayern, dem Hitler geschworen hatte: «Ich werde treu wie ein Hund hinter Ihnen stehen», wird in München aus der Wohnung geholt und in den Wäldern vor München auf bestialische Weise totgeschlagen. Den Angehörigen wird in den nächsten Tagen die Asche der Ermordeten in einem Pappkarton – oft gegen Nachnahme – zugeschickt. Bei einigen wird nachher zugegeben, dass es sich um einen Irrtum gehandelt habe. Der Stellvertreter des Führers muss vierzehn Tage lang Entschuldigungsbesuche machen, die nur keines der Opfer wieder zum Leben erwecken. Hitler hat sein Ziel erreicht: Deutschland fürchtet sich. In seiner Rede vom 13. Juli sagt er es deutlich genug:

«Es soll jeder für alle Zukunft wissen, dass wenn er die Hand zum Schläge gegen den Staat erhebt, der sichere Tod sein Los ist.»

Hitler hat damit Erfolg gehabt. Ein Jahrzehnt gibt es keine Auflehnung im Staate oder in der Partei mehr. Erst als der Schatten der Niederlage im Kriege sich herabsenkt, wagen es einzelne am 20. Juli 1944, sich gegen die Macht Hitlers aufzulehnen. Die winselnde Unterwürfigkeit eines Reichskabinetts mit nichtnationalsozialistischer Mehrheit – wie sie sich in der «Dankadresse» vom 3. Juli bekundet – zeigt, wie sehr es Hitler gelungen ist, überall den Schrecken zu verbreiten. Die Schamlosigkeit des Danktelegramms, das der Staatssekretär Meissner dem todkranken Reichspräsidenten unterschreibt, beweist es gleichfalls. Der, der einem Volk die Furcht beibringt, beherrscht es immer.

Hitler war entschlossen, bei der Abrechnung mit der SA auch gegen die «Reaktion» loszuschlagen. Die «Rechte» war die eigentliche Gefahr. Bestand die Reichswehr darauf, nach dem Tode Hindenburgs ein unabhängiges Staatsoberhaupt einzusetzen, konnte das Spiel Hitlers für immer verlo-

ren sein. Das Blutgericht über die SA sollte die Reichswehr beruhigen.

Die Bartholomäusnacht unter den alten Klassen Deutschlands aber sollte den Generalen den Mut nehmen, sich gegen Hitler aufzubäumen. So inszenierte er hinter der Fassade der Ausrottung seiner kriminellen Anhängerschaft das Massaker unter den Reaktionären. Hitler schoss durch Röhm hindurch auf die Leute, die sich einbildeten, sie hätten Hitler dazu gebracht, sich seiner radikalen und kriminellen Anhänger zu entledigen. Das Spiel wurde von Hitler mit teuflischer Geschicklichkeit gespielt. Der «Reaktion» sollte die Lust vergehen, noch einmal das Spiel zu wagen. Der Herr von Papen, dem am 30. Juni rechts und links die Mitarbeiter weggeknallt wurden, so dass er wie ein trauriger Kegelkönig in Blut und Leichen stehengeblieben, würde seine Marburger Rede nicht ein zweites Mal halten.

Röhm und seine Leute mussten sterben, weil sie den alten Klassen des Reiches einen Vorwand zum Eingreifen lieferten und die Ausrufung Hitlers zum Staatsoberhaupt gefährdeten. So sagt Hitler zu Rauschning:

«Fünf Minuten vor dem Tode des alten Herrn machen diese Verbrecher mir dielse Schwierigkeiten, wo alles darauf ankommt, wer die Nachfolge des Reichspräsidenten antritt, ich oder einer von der reaktionären Sippe. Einzig und allein um dieser Dummheit willen verdienten diese Leute schon erschossen zu werden ... Ich muss mir vorwerfen lassen, dass die Partei der Herd der Aufsässigkeit ist, ärger als der Kommunismus. Ich muss mir sagen lassen, dass die Dinge schlimmer stehen als zurzeit der Brüning und Papen. Ich muss mir ein Ultimatum stellen lassen von diesen Feiglingen und erbärmlichen Kreaturen. Sie irren sich, ich bin nicht am Ende, wie sie meinen. Sie irren sich alle. Sie unterschätzen mich. Weil ich von unten komme, aus der «Hefe des Volkes», weil ich keine Bildung habe, weil ich mich nicht zu benehmen weiss, wie es in ihren Spatzenhirnen als richtig gilt... Ich habe ihnen ihr Konzept verdorben. Sie dachten, ich würde es nicht wagen; ich wäre zu feige. Sie sahen mich schon in ihren Schlingen zappeln. Sie hielten mich schon für ihr Werkzeug. Und hinter meinem Rücken machten sie Spässe, ich hätte nun keine Macht mehr. Meine Partei sei ich losgeworden. Ich habe das alles längst durchschaut. Ich habe ihnen auf die Finger geschlagen, dass sie den Schlag noch lange spüren werden.

Haben Sie gemerkt, wie die Leute zittern, wie sie mir zu Munde reden? ... Was ich in dem Gericht über die SA eingebüsst habe, das bringt mir das Gericht an diesen feudalen Spielern und konfessionellen Hasardeuren, den Schleicher und Konsorten, wieder ein... Es ist ihnen nicht gelungen, meine Partei zu spalten. Ich habe die Rädelführer vernichten lassen, auch die möglichen Rä-

124 Das Dritte Reich

delsführer, die im Verborgenen lauerten. Sie haben mich der Partei entfremden wollen, um mich als ihr willenloses Werkzeug in die Hände zu bekommen. Aber ich stehe da, stärker als nie zuvor. Heran, meine Herren Papen und Hugenberg, ich bin zur nächsten Runde fertig!»

Der deutsche Bürger träumte davon, dass nach dem 30. Juni der revolutionäre Strom in das Bett der Evolution geleitet werde, wie es Hitler selber gesagt hatte. Das spontane Verbrechen wurde in der Tat seltener, und die kriminellen Elemente in dem kommunen Sinn des Wortes verschwanden zu einem grossen Teil aus der nationalsozialistischen Bewegung. An deren Stelle trat das sublimierte und mechanisch-kalte Verbrechen. Seit dem 30. Juni sass die reine, erbarmungslose, radikale Revolution auf dem Thron, die neidisch auf das blutige Vollbringen der Bolschewisten blickte und diese übertrumpfen wollte. Napoleon hatte einmal besorgte Warner abgetan: Die Deutschen machen keine Revolution, sie sind nicht Mörder genug. Hitler war Mörder genug, um eine Revolution zu machen. Er war Mörder genug, um die Lösung der Judenfrage im Sinne seiner Revolution, die «Endlösung» ins Auge zu fassen, Mörder genug, um seinen revolutionären Plan zur Neugestaltung des Abendlandes durch die Ausrottung ganzer Völker durchzuführen. Er hatte eine deutsche Nation im Auge, der das christliche Gewissen aus der Seele gerissen war. Sein Ziel war es, die alten Klassen Deutschlands hinabzustossen in die Hefe der neu emporsteigenden nationalsozialistischen Führungsschichten, denen die Brutalität, der Mut zum Verbrechen und die Besessenheit auf der Stirne geschrieben standen. Aber die Radikalen seiner Bewegung, die dasselbe wollten wie er, waren in den Augen Hitlers zu tölpelhaft und zu ungeschickt. Sie drohten, die nationalsozialistische Bewegung dem Messer derjenigen auszuliefern, die noch immer die Macht in Deutschland wahrhaft in den Händen hatten. Hitler war unübertroffen in der Kunst des lauernden Abwartens und des überraschenden Anspringens der Beute. Er war ein Genie der Tarnung und der Verstellung. Es war ein teuflisches Meisterstück, durch die Niederschlagung der Röh-Gruppe das Rückgrat der alten Klassen Deutschlands zu brechen.

Hitler trieb die Revolution in die Maske der Legalität und staatsmännischer Mässigung voran. Er gab sich als der Überwinder der revolutionären Gosse und des braunen Bolschewismus. Hatte er nicht die verbrecherischen Elemente abgeschüttelt, die an ihm wie ein Klotz hingen und ihn hinderten, die Höhe des Staatsmannes zu erklimmen?

Es schien, als habe die nationalsozialistische Revolution das «napoleonische Endstadium» schon erreicht, das Vollendung und zugleich Überwindung der Revolution war. Fast niemand ahnte, dass der Mann, der an ihrer Spitze stand und dem seine Anhänger in blindem Gehorsam ergeben waren, der radikalste von allen war, radikaler als Röhm,

Göring und Streicher zugleich. Hitler übertrumpfte mit der «Endlösung» der Judenfrage selbst diesen aus Unrat gebildeten Streicher, dem es mit Sadismen und pornographischen Beschmutzungen genug war. Er beugte die Wehrmacht in den Staub, so wie es sich Röhm, der bei allem ein Mann der Reichswehr blieb, nie hätte träumen lassen. Der General von Reichenau war sehr stolz darüber, dass er den 30. Juni so «hingekriegt» hatte, als ginge es um die Auseinandersetzung zwischen Partei und SA. Aber es war Hitler, der es so hingekriegt hatte, als wäre es ein Sieg der Wehrmacht, während er sie alle – die Wehrmacht, die alten Klassen, Deutschland – am Blute Röhm's sterben liess.

Der Reichspräsident sandte am 2. Juli an Hitler ein Telegramm, das wohl der Staatssekretär Meissner «besorgt» hatte:

«Aus den mir erstatteten Berichten ersehe ich, dass Sie durch Ihr entschlossenes Zugreifen und die tapfere Einsetzung Ihrer eigenen Person alle hochverräterischen Umtriebe im Keime erstickt haben. Sie haben das deutsche Volk aus einer schweren Gefahr gerettet. Hierfür spreche ich Ihnen meine aufrichtige Anerkennung aus. Mit besten Grüssen (gez.) v. Hindenburg.»

Am 3. Juli tagte in Berlin das Reichskabinett. Die amtliche Verlautbarung berichtete aber dessen feile Unterwürfigkeit. Der Reichswehrminister von Blomberg dankte im Namen des Kabinetts und der Wehrmacht dem Führer für sein entschlossenes und mutiges Handeln, durch das er das deutsche Volk vor dem Bürgerkrieg bewahrt habe; der Führer habe sich als Staatsmann von einer Grösse gezeigt, die bei den Kabinettsmitgliedern und im ganzen deutschen Volk das Gelöbnis für Leistung, Hingabe und Treue in dieser schweren Stunde in allen Herzen wachgerufen habe.

Das Kabinett beschloss – einstimmig! – ein in der Weltgeschichte wohl einzigartiges Gesetz zur Legalisierung des Mordes. Dieses Gesetz, das im deutschen Gesetzblatt formgerecht veröffentlicht wurde, hat einen einzigen Artikel: «Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni und am 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Massnahmen sind als Staatsnotwehr Rechtens.» In feiner Rede vor dem deutschen Reichstag am 13. Juli 1934 bekannte sich Hitler erneut zu dem Entschluss, selbst als Herr über Leben und Tod aufzutreten. Ausser ein paar Häuptlingen Innerafrikas vielleicht gibt es sonst kaum einen Staatschef in der Welt, der den unmittelbaren Befehl erteilen kann, jemanden zu töten:

«Ich habe den Befehl gegeben, die Hauptschuldigen an diesem Verrat zu erschliessen, und ich gab weiter den Befehl, die Geschwüre unserer inneren Brunnenvergiftung und der Vergiftung des Auslandes auszubrennen bis auf das rohe Fleisch.»

Als es klar wurde, dass das Leben des Reichspräsidenten zu

Sieg über die Niederlage 125

Ende ging, beschloss noch vor dem Ableben Hindenburgs das Reichskabinett das Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches: «Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Infolgedessen gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler über. Er bestimmt seinen Stellvertreter ... Dieses Gesetz tritt mit Wirkung des Ablebens des Reichspräsidenten von Hindenburg in Kraft.» Am 2. August starb der Reichspräsident von Hindenburg. Am Morgen des 2. August wurde die deutsche Reichswehr auf Hitler vereidigt. Das muss schon lange vorher mit dem Reichswehrminister von Blomberg abgesprochen worden sein, weil schon technisch die Durchführung der Vereidigung in einer so kurzen Zeit unmöglich ist. Auch die Eidesformel war verändert worden:

«Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.»

Was am 1. und 2. August geschah, war ein Staatsstreich, bei dem die Soldaten der Reichswehr die Prätorianer zu spielen hatten. Die Eidesformel ist erst nachträglich durch Kabinettsbeschluss bestätigt worden. Die Vereidigung am 2. August war ungültig, unmöglich und überflüssig. Es bestand eine gültige Formel; die Soldaten waren bereits auf Verfassung und

Reichspräsidenten vereidigt. Nur neu ein tretende Soldaten hatten im Normalfall einen Eid zu schwören.

Gemacht wurden all diese Dinge von dem Reichswehrminister von Blomberg, der Hitler hörig war, so wie er der Frau hörig sein wird, die ihn in den Untergang hineinreisst. Menschen wie er, die in schwankender Zeit schwankend gesinnt sind, haben immer über sich wie sterbendes Wild einen Schwarm der Aasgeier. Sie sind das kleine Werkzeug grosser Verbrecher.

In dem stammelnden Dank vom 20. August an von Blomberg kommt noch die Furcht vor den Gefahren zum Ausdruck, in denen Hitler in diesen Monaten schwebte:

«Heute, nach der erfolgten Bestätigung des Gesetzes vom 2. August, will ich Ihnen und durch Sie der Wehrmacht dank sagen für den mir als Ihrem Führer und Oberbefehlshaber geleisteten Treueeid. So wie die Offiziere und Soldaten der Wehrmacht sich dem neuen Staat in meiner Person verpflichteten, werde ich es jederzeit als meine höchste Pflicht ansehen, -für den Bestand und die Unantastbarkeit der Wehrmacht einzutreten in Erfüllung des Testamentes des verwegenen Feldmarschalls und getreu meinem eigenen Willen, die Armee als einzigen Waffenträger in der Nation zu verankern.»

Damit ist die Revolution vollendet. In der inneren Politik des Dritten Reiches geschieht fast nichts Neues mehr. Der nächste Schritt in der Geschichte Deutschlands war der Krieg.

Der Sieg über

Die Aussenpolitik Hitlers schien zunächst nur die Fortsetzung des «Revisionismus» zu sein, dem alle deutschen Parteien von rechts bis links huldigten. Bis zum Ende des Jahres 1938 tat Hitler – wenn auch mit gewalttätigen Methoden – nur das, was alle deutschen Parteien gefordert hatten: die Revision des Versailler Vertrages, den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage, die militärische Gleichberechtigung, den Anschluss Österreichs, die Vereinigung des Sudetengebietes mit dem Reich. Hitler wollte von Anfang an den Krieg. Nie bot sich aber für einen Mann mit solchen Plänen eine vollkommene Tarnung dar. Denn die Siegermächte schämten sich eigentlich ihres Sieges und verwarfen selbst den Versailler Vertrag, weil er der Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Nationen widerspreche. Wilson war 1919 nach Europa gekommen, um die Militärmächte Europas samt und sonders abzurüsten. Die Entwaffnung Deutschlands sollte nur der Auftakt für eine allgemeine Abrüstung sein. Im Versailler Vertrag stand, dass Deutschlands Rüstungen beschränkt werden sollten, «um eine allgemeine Abrüstung möglich zu machen». Daraus wurde 1932 die Abrüstungskonferenz geboren, die unter dem Vorsitz des britischen Staatsmanns Henderson, seines Zeichens

die Niederlage

Sektenprediger und schwärmerischer Anbeter des Friedens, im Reformationssaal von Genf eröffnet wurde. Der spätere britische Aussenminister, Sir Samuel Hoare, schildert die verzückte Stimmung des Eröffnungstages. Henderson habe seine Rede ändern müssen, weil ihm der Erzbischof von Canterbury mit seiner Sonntagspredigt zuvorgekommen sei. Die Abrüstungskonferenz quälte sich dahin. Die Mächte konzentrierten sich vor allem darauf, die weltpolitischen Rivalen zu entwaffnen. Am 11. Dezember 1932 wurde Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt. Der Versailler Vertrag war also in einem wesentlichen Punkt ausgelöscht.

Nun kam das Dritte Reich. Eine unauffällige, auf Schwerpunkte konzentrierte Aufrüstung fand statt, noch keine Massenrüstung, (die Beseitigung der Arbeitslosigkeit geschah zunächst nicht durch die Rüstung). Die Reden Hitlers aber strömten von Friedfertigkeit über. Am 17. Mai berief Hitler eigens den Reichstag zusammen, um seinen Friedenswillen zu beteuern und sich von allen Parteien des Reichstages seine Friedfertigkeit bescheinigen zu lassen. Ob der Anstoss für diese Tagung eine polnische Absicht eines Präventivkrieges

126 Das Dritte Reich

gewesen ist oder ob Hitler an eine solche Absicht geglaubt hat, ist kaum noch zu klären. Eines ist jedoch sicher: da Hitler selbst den Krieg im Sinn hatte, rechnete er ständig mit dem Präventivkrieg der anderen. Zwar schien es, als ob im Grossen das Ausland diesem Deutschland mit seiner schwachen Armee und seiner grossen ökonomischen Krise nicht zutraute, wieder zu einer gefährlichen Militärmacht zu werden. Aber die «Gleichberechtigung» fürchtete man doch, weil sie die militärische Überlegenheit des volksstärkeren Deutschlands bedeutete. Sie konnte nur durch die Abrüstung Frankreichs oder die Aufrüstung Deutschlands erreicht werden. Die Staaten suchten nun Hitler mit Worten zu trösten. Aber dieser wollte Panzer, schwere Geschütze, Flugzeuge und einige moderne Stossdivisionen, und so war es ein müssiges Unterfangen, ihn mit Worten zufriedenzustellen zu wollen. Die Mächte arbeiteten alle Konventionen aus: mit Übergangsfristen, bei denen um Jahre gehandelt wurde, mit Aufschüben, mit «Musterwaffen» für die Deutschen, mit «symbolischen» Panzern und Flugzeugen wechselnder Zahl, mit Kontrollen, also genau den Dingen, die Hitler auf keinen Fall annehmen wollte und konnte. Die Auffassung war natürlich, dass er «abgespeist» werden sollte. Auf der anderen Seite hatte Frankreich grundsätzlich den Sieg weggeworfen. Ob heute, ob morgen oder übermorgen, eines Tages würde Deutschland dieselbe Bewaffnung haben wie Frankreich, nur doppelt soviel Menschen und doppelt soviel Waffen und würde doppelt so fähig zum Kriege sein. Der französische Ministerpräsident Daladier sass da, bleich und zusammengesunken, Angst und Hass in den Augen; er hatte zugestimmt, den Sieg eines Weltkriegs in den Rinnstein zu schleudern. Aber Hitler war schon über das Zögern Frankreichs aufgebracht. Am 14. Oktober 1933 verkündete er, Frieden bis zum äussersten schwörend, den Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und aus dem Völkerbund.

Hitler wusste, dass er nicht viel riskierte. England war nicht bereit, sich zu schlagen, um eine schon eingeleitete und kaum zu verhindernde Aufrüstung des Reiches hintanzuhalten, und schon am 4. Oktober 1933 hatte Anthony Eden, der Völkerminister der britischen Regierung, dem französischen Botschafter das gesagt. Gegenüber dem britischen Botschafter in Berlin, Eric Phipps, liess Hitler alle Register seiner Schauspielkunst spielen.

«Herrn Hitlers stürmische Flut der Worte waren offenkundig an ein Auditorium gerichtet, das weit von der Reichskanzlei entfernt war, vielleicht weil er mich, was Zahl und Enthusiasmus anbelangt, als unzureichend empfand... Es ist beruhigend zu sehen, welche Macht in der Hand eines so unausgeglichenen Wesens ruht.»

Aber man lief nahezu Hitler nach. Die Sowjetregierung

höhte aus dem Munde Radeks:

«Das Verhalten der Westmächte erinnert an ein Inserat aus

den Vorkriegstagen: Alfred, kehre zurück, alles vergebem. Das Kind ist nicht von Dir.»

Als Deutschland aus der Abrüstungskonferenz ausgetreten war, hatte der britische Premierminister erklärt, dass England schämte sich doch. Lloyd George meinte, man müsse zwei Dinge genau unterscheiden: Die abscheuliche Behandlung der Juden in Deutschland und die abscheuliche Behandlung Deutschlands durch die Alliierten. Der liberale Führer, Sir Herbert Samuel, erklärte:

«Trotz der nationalsozialistischen Angriffe auf die Rasse, der ich angehöre, fordere ich, dass man dem deutschen Volk ein Angebot macht, das wahrhaft angenommen werden kann.»

Hitler rüstete weiter und redete weiter von Frieden: Aus nationaler Gesinnung heraus lehne er es ab, Menschen eines fremden Landes, die uns doch nicht lieben werden, mit dem Blut derer zu gewinnen, die uns lieb und teuer sind. Im engeren Kreise aber wiederholte er: Nur ein Krieg kann Deutschland aus der Enge seines Daseins herausführen.

Endlich wurde der Westen von einer weiteren und – wie es schien – unwahrscheinlichen und phantastischen Tatsache überrascht: Hitler machte seinen Frieden mit Polen. Am 26. Januar 1934 schloss er einen Freundschaftspakt und erkannte die deutschen Ostgrenzen an. Gustav Stresemann hatte sich bei allen Verträgen leidenschaftlich gegen die Anerkennung der deutschen Ostgrenze gestäubt. Die Nichtanerkennung hat allerdings nicht einen Grenzstein im Osten verrückt. Nun vollbrachte Hitler, was nicht eine einzige deutsche Partei gewagt hätte. Polen sah die Orgie der Feigheit und der Kapitulation im europäischen Westen und meinte: besser mit Hitler als gegen ihn.

Einen Augenblick schien der Aufstieg Hitlers 1934 dadurch gehemmt zu werden, dass die Französische Republik wieder von einem energischen Manne geleitet wurde, dem Aussenminister Louis Barthou. Er war ein Mann der älteren Generation, bereits 70 Jahre alt; er wusste, dass man Gewalt mit Gewalt begegnen muss. In einer Note vom 17.4.1934 antwortete er auf britische Mahnungen bezüglich der Abrüstungsfrage, dass der deutsche Haushalt zeige, wie sehr das Reich mitten in der Aufrüstung sei und dass deshalb jede Diskussion über die Abrüstung sinnlos und müssig wäre. Auch Mussolini sagte in einem Aufsatz am 13. Mai 1934: Bald wird seiner Majestät, der Kanone, das Wort erteilt werden. Das Verhalten der Westmächte begründete Stanley Baldwin, der eigentliche Kopf der britischen Regierung, in einer Rede vom 18. Mai 1934: «Wir können die deutsche Aufrüstung nur durch Sanktionen verhindern.» Sanktionen aber sind Krieg; sie sind die Anwendung von Gewalt und laufen auf einen Krieg hinaus, wenn die betroffene Macht in der Lage ist, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen.

Sieg über die Niederlage 127

Noch hatte Hitler unter den Grossmächten keinen wirklichen Verbündeten. Ein Gespräch mit Mussolini in Venedig am 15. Juni 1934 verlief ergebnislos. Am 30. Juni 1934 watete er dann durch Blut, so dass das Ansehen seines Reiches überall erheblich sank. Nur ein Staatsmann in der Welt war nach dem 30. Juni 1934 bereit, jetzt in Hitler den Mann der deutschen Zukunft zu sehen: Stalin. Die Times dagegen schrieb, dass man sich fortan nicht vor Deutschland, sondern nur für Deutschland fürchten müsse.

Am 25. Juli 1934 hoffte Hitler durch einen Handstreich Wien zu erobern und den Anschluss durchzuführen. österreichische Nationalsozialisten zettelten einen Aufstand an, bei dem – ob mit Absicht oder durch einen unglücklichen Zufall – der Bundeskanzler Österreichs, Dollfuss, ermordet wurde. Aber der Staatsstreich misslang. Der Stellvertreter von Dollfuss, Schuschnigg, meisterte die Situation. Vor allem aber war es das Vorgehen Mussolinis, das Hitler veranlasste, zurückzuweichen, die Aktion in Wien zu verleugnen und die deutschen Teilnehmer zum Schein zu bestrafen. Der Duce hatte Divisionen am Brenner aufmarschieren lassen, während die italienische Presse die Nationalsozialisten als «eine Horde von Homosexuellen und Mördern» anklagte. Hitler unterstrich sein Zurückweichen dadurch, dass er am 26. Juli 1934 den deutschen Botschafter in Wien, der sich an Verhandlungen der Aufständischen beteiligt hatte, seines Amtes enthub und den Vizekanzler von Papen bat, als deutscher Gesandter in Sondermission nach Wien zu gehen. Die labile politische Lage Europas habe sich ohne Schuld Deutschlands noch weiter verschärft.

Hitler hatte noch vier Jahre zu warten, bis seine Saat in Österreich reifte. Die massive antibolschewistische Propaganda, die für Hitler eine Kulisse für den Kampf gegen den Versailler Vertrag war, machte den Machthabern des Kremls doch etwas Sorgen und Ängste, so dass die Sowjetunion sich nun dem Westen näherte. Am 15. 9. 1934 trat die Sowjetunion in den Völkerbund ein, den Lenin einst als eine Räuberhöhle bezeichnet hatte.

Am 19. 10. 1934 widerfuhr Hitler das Glück, dass in Marseilles zusammen mit dem serbischen König der französische Aussenminister Barthou ermordet wurde. Die Tat wurde von kroatischen Terroristen, die von der ungarischen Regierung unterstützt wurden, verübt. Nie ist ein Mann gelegener gestorben, beseitigte sein Tod doch für Hitler gewaltige aussenpolitische Hindernisse. Deutschland war zweifelsohne im Aufsteigen; seine Wirtschaftslage hatte sich weitgehend gebessert. Die Saarabstimmung am 13. Januar 1935 brachte daher einen überwältigenden Sieg für das Reich; man vereinigte sich nicht mehr mit einer hungernden und chaotischen Nation.

Immer klarer zeichnete sich ab, dass Hitler entschlossen war, die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages zu zerreissen. Den Vorwand dazu lieferte das britische Weissbuch vom 1. März 1935. Dieses Weissbuch gab eine Recht-

fertigung für die recht bescheidenen Rüstungsanstrengungen Grossbritanniens und wagte auch die Öffentlichkeit auf die Aufrüstung Deutschlands hinzuweisen, «was natürlich keine Billigung des Bruches des Versailler Vertrages bedeute». In der britischen Öffentlichkeit erhob sich ein Sturm der Entrüstung über das Weissbuch. Die mannigfachen abfälligen Urteile wurden darüber gefällt. Es galt als «das unglaublichste Dokument, das jemals von einer Regierung veröffentlicht wurde» (Nationaler Friedensrat), «eines der tragischsten Ereignisse seit dem Vertrag von Versailles» (ein Labour-Abgeordneter) und «das grösste Unglück, das die Welt seit dem Frieden von Versailles betroffen habe» (der stellvertretende Vorsitzende der Genfer Abrüstungskonferenz, Lord Lothian). Niemand glaubte es Stanley Baldwin, dem «Lordpräsidenten des Rates» so recht, dass er nicht wegen des Weissbuches im Armesünderhemd dastehe.

Jedenfalls konnte Hitler aus den Reaktionen der britischen Öffentlichkeit entnehmen, dass die westliche Demokratie nicht willens war, sich für die Rüstungsüberlegenheit zu schlagen, die sie durch den Sieg im Kriege errungen hatten. Am 16. März 1935 inszenierte daher Hitler die erste seiner Wochenendkrisen. Alle seine grossen Überraschungen geschahen an einem Sonnabend, weil er wusste, dass sich an einem Wochenende die Regierungen der westlichen Staaten schlecht zusammenholen liessen. An diesem Wochenende verkündete nun Adolf Hitler die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland mit einer langen Klage über das Unrecht, das bisher Deutschland widerfahren sei. Briand hatte einmal in Locarno Hans Luther zum Schweigen gebracht, als dieser den Katalog aller Leiden des deutschen Volkes nach 1918 aufzählte: «Bitte, Herr Luther, halten Sie inne, bald werden wir alle zu weinen beginnen.» Hitler jedenfalls gab vor, zu weinen; er ritt sein statistisches Steckenpferd. Deutschland habe unter anderem abgeliefert 1 · 897 Geschütze und Rohre, 130'558 Maschinengewehre, 38'750'000 Geschosse, 491'000'000 Handwaffenmunition, 1'240 Feldbäckereien, 8'230'350 Sack Ausrüstungsstücke für Soldaten, 11 Protzen, 64'000 Stahlhelme usw. usw. Das sei eine «geschichtlose beispiellose Erfüllung eines Vertrages» gewesen. Wie immer erklärte Hitler, dass er nichts als Frieden wolle. Die Reichsregierung werde nie «über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches hinausgehen».

Materiell bedeutete die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht viel. Die Aufrüstung Deutschlands war in jedem Fall begrenzt durch die finanziellen und ökonomischen Möglichkeiten des Reiches. Sie hätte sich lange noch unter dem alten Wehrgesetz durchführen lassen. Aber das Reich musste für Hitlers grosses Spiel stärker erscheinen, als es in Wirklichkeit war. Die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht musste den Eindruck erwecken, als sei nun das alte stolze

128 Das Dritte Reich

deutsche Heer der allgemeinen Wehrpflicht, das Volk in Waffen wiedergekehrt. Aber das war ganz und gar nicht der Fall. Das Hitlerreich hatte 1939 beim Beginn des Polenfeldzuges 750'000 Mann unter den Waffen stehen, das Kaiserreich 1914 fast 4 Millionen. Das Kaiserreich verfügte über 25 Jahrgänge voll ausgebildeter Reservisten, das Hitlerreich 1939 nur über etwas mehr als 300'000 einsatzfähiger Reservisten. Die grosse Rüstung, mit der zuletzt der zweite Weltkrieg ausgekämpft wurde, wurde im Reich erst im Kriege selbst aufgebaut.

Unglückseligerweise waren der englische Aussenminister, Sir John Simon, und Lord Siegelbewahrer Eden für Ende des Monats März zum Besuch in Berlin angesagt. Die britische Regierung wollte nun «die Situation nicht weiter verschärfen» und sagte den Besuch nicht ab. Damit war aus den Protesten der Westmächte der Giftstachel schon genommen. Der Biograph Edens hat die Szene beschrieben.

«Weder Simon noch Eden machten den mindesten Eindruck auf Hitler. Das offizielle Bild der drei in der Reichskanzlei hat etwas Pathetisches an sich. Da war der absolute Herrscher Deutschlands ... die dünnen Lippen zusammengepresst, die Schultern gespannt und trotzig, sein Zahnbürstenschmuck in absurder Weise abstechend von seinem sorgfältig gekämmten Haar. Da war Simon, gleichgültig, unbewegt, und da war Eden, in seinem tadellosten Besuchsanzug und sorgfältig gebügelten grauen Hosen.»

Es war offenkundig, dass es – um Sir John Simon zu zitieren – «beträchtliche Meinungsverschiedenheit» gab. Doch das alles wäre keine Katastrophe gewesen. Die Katastrophe war nur, dass England nicht das gleiche tun konnte wie Hitler-Deutschland, nämlich rüsten. Die pazifistische Woge in England strömte scheinbar unaufhaltsam und übermächtig dahin. Stanley Baldwin, der Kopf der MacDonald-Regierung und seit Juni 1935 Nachfolger MacDonalds, wagte nicht mehr die Lufttrüstung in den Mittelpunkt seiner Politik und besonders seiner Wahlparolen zu stellen, weil er überzeugt war, dass er sich dann nicht mehr halten könnte. Ein von den Konservativen als todsicher angesehener Wahlkreis war bei einer Nachwahl an den Führer der Arbeiterpartei, Lansbury, gefallen, der den Standpunkt vertrat, dass Grossbritannien als «Geste» auf seine Luftwaffe verzichten solle. Das Studentenparlament der Universität Oxford nahm eine Resolution an: «Dieses Haus weigert sich, für König und Vaterland zu kämpfen.» Und die Alten taten es, um den englischen Historiker Somervell zu zitieren, dem «Kindergarten» gleich. Neville Chamberlain sagte es damals schon sehr richtig voraus: «Wir werden eher in der Lage sein, Deutschland vom Wahnsinn abzuhalten, wenn wir eine Luftwaffe haben, die im Bedarfsfall die Ruhr von Belgien aus bombardieren könnte.» Der Polenfeldzug 1939 wäre in der Tat unmöglich gewesen,

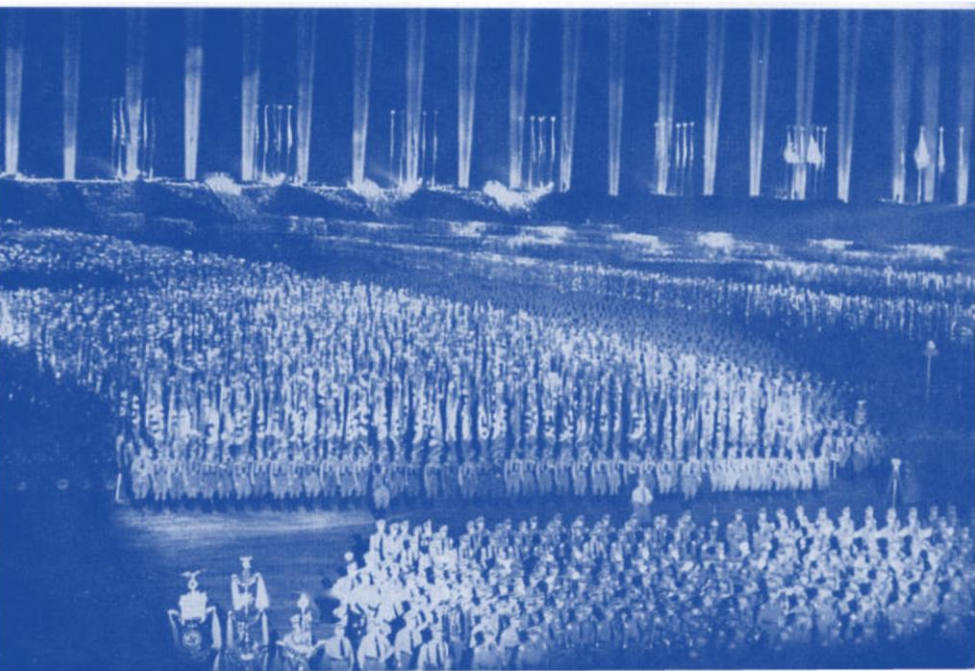
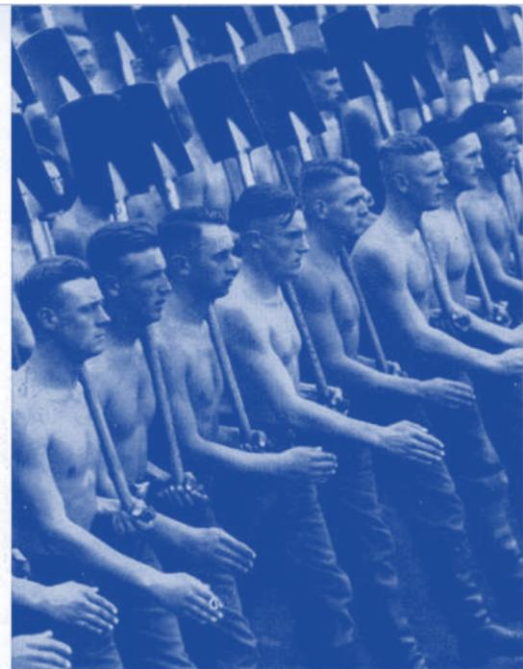
wenn gleich in der ersten Nacht des Kriegsausbruchs die britische Luftwaffe die Städte der Ruhr oder Berlin in Trümmer hätte legen können. Aber Hitler redete von Frieden. In seiner Reichstagsrede vom 21. Mai 1935 verkündete er, dass das nationalsozialistische Deutschland den Frieden aus tief innersten weltanschaulichen Überzeugungen wolle. Die Ströme von Blut, die aus patriotischer Leidenschaft in den letzten dreihundert Jahren vergossen worden seien, hätten die Oberfläche der Völker nur geritzt. Frankreich sei Frankreich geblieben, Deutschland Deutschland, Polen Polen, Italien Italien. Das war so treffend und prägnant gesagt, dass man es beinahe glauben musste. Die englische Öffentlichkeit befand sich daher geradezu in einem Freudentaumel über die Reichstagsrede Hitlers. Die Arbeiterpartei wollte eine internationale Konferenz einberufen, um Hitlers Angebot auszunützen. Der Erzbischof von Canterbury schrieb unter dem Beifall aller anderen Kirchen an die Times, dass Hitler einen «grossen Beitrag zur Sicherung des Friedens» gebracht hätte. Der Führer der Arbeiterpartei meinte, die Regierung habe die Gelegenheit zu einer grossen und erhabenen Geste versäumt. Das war in der Tat richtig, wenn auch in anderem Sinne. Ehe sich die Westmächte versahen, war das Reich mit seiner Luftwaffe stärker geworden als sie.

Die Erfolge Hitlers beim Kampf gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages waren sicher beachtlich. Aber die Machtstellung des Reiches änderte sich erst entscheidend, als Hitler – ohne Widerstand zu finden – das Rheinland besetzte und ohne einen Gewehrschuss an die Maginot-Linie, die Festungslinie Frankreichs, vorrückte. Keine seiner Unternehmungen im Osten wäre möglich gewesen (Österreich, Sudetengebiet, Polen), wenn das Reich durch die Entmilitarisierung des Rheinlandes für den Einmarsch der Franzosen noch immer offen dagelegen hätte.

So schnell jedoch hätte Deutschland sich des Rheinlandes nicht bemächtigen können, wenn nicht die Westmächte durch ihre Völkerbundsaktion gegen Italien Mussolini an die Seite Hitlers getrieben und ihre militärischen Kräfte zu einem grossen Teil auf das Mittelmeer abgelenkt hätten. Am 3. Oktober 1935 griffen die italienischen Truppen an der abessinischen Grenze an, und der Völkerbund machte sich zu einer Gegenaktion durch Sanktionen bereit. Grossbritannien unterstrich den Entschluss, Gewalt durch Gewalt zu brechen, durch die Entsendung seiner Flotte ins Mittelmeer. Aber die übrigen Staaten, vor allem Frankreich mit seiner Angst vor dem Reich, waren entschlossen, Sanktionen gegen Italien nur insoweit anzuwenden, als daraus kein Krieg gegen Italien erwachsen konnte. Man beschloss z.B. frohgemut, die Einfuhr von Aluminium nach Italien zu verbieten, jenes Aluminiums, das Italien am liebsten verschenkt hätte.

Die Partei.

Hitler schildert in «Mein Kampf» die bestimmenden Erlebnisse seiner Jugend: die magische Kraft der katholischen Kirche und den Eindruck elementarer Macht, der von den Marschkolonnen der marxistischen Arbeiterschaft ausging. Daraus geht das bösartig geniale Kapitel «Die Propaganda» in «Mein Kampf» hervor. So hat er seine Bewegung aufgebaut, bewusst den Kult der Kirche nachahmend, bewusst ihr die Symbole stehend und schliesslich die Nation durch den Eindruck des Gigantischen und Massenhaften verzaubernd. Durch den Rückgriff auf militärische Disziplin vermochte er die Parteiorganisation in einer bisher unbekanntenen Weise zu vervollkommen. Die Parteitage waren eine Nachäffung des Gottesdienstes und der kultischen Feier (r.), der Aufmarsch des Arbeitsdienstes eine militärische Parade (r.).



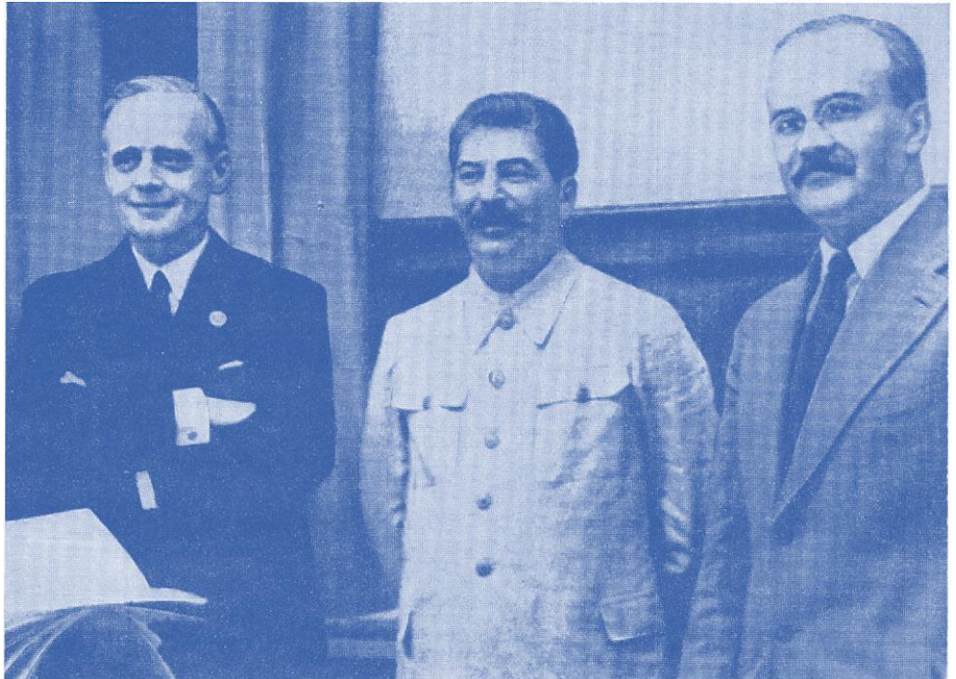


Judenboykott. Nach der Machtübernahme im Jahr 1933 gerieten gerade auch die jüdischen Kaufleute unter starken Druck. Boykottaufrufe und -aktionen wurden grösstenteils von der SA organisiert und durchgeführt.



Hitlers Bündnisse.

Das Italien Mussolinis war erst nach der wohlwollenden Haltung Hitlers im Abessinien-Konflikt zu einem engeren Zusammengehen mit Deutschland bereit. Der «Duce» (I.) blieb jedoch nur ein schwacher Partner, der schliesslich mehr Hilfe brauchte, als er gab, trotz solch klingender Namen wie «Stahlpakt» und «Achse». – Die Sowjetunion war ein Bündnispartner, den die Nationalsozialisten vorher jahrelang aufs unflätigste beschimpft hatten und der ebenso zurückgeschimpft hatte. Der Nichtangriffspakt von 1939 war ein Bündnis unter Leuten, die eine Beute teilten (Polen, das Baltikum), die aber gleichzeitig glaubten, die anderen gründlich übervorteilt zu haben. Die Gesichter Ribbentrops, Stalins und Molotows nach der Unterzeichnung sprechen ihre eigene deutliche Sprache (u.).





Österreich und Sudetenland.

Der «Anschluss» Österreichs war eine Sache, die Hitler viele Sympathien verschaffte. Für alle, die etwas auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker hielten, war der «Anschluss» eine Selbstverständlichkeit, nicht zuletzt für die Österreicher selbst, die die deutschen Truppen begeistert an den Schlagbäumen empfingen (o.). Als die Westmächte in München die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland gutheissen, da wusste Chamberlain, dass der «Frieden in unserer Zeit» so fern war wie noch nie seit 1918 (I.). Doch es bedurfte erst noch jenes Aktes, der den tschechischen Ministerpräsidenten Hacha in Berlin unter Drohungen zwang, das Abkommen über die Umwandlung des tschechischen Reststaates in das Protektorat Böhmen und Mähren zu unterzeichnen, um aller Welt die Augen zu öffnen, dass der Vertrag von München ein Fetzen Papier geworden war.

Die Idee war, Italien durch die wirtschaftliche Erdrosselung auf die Knie zu zwingen, aber die Schwierigkeiten bei einem solchen Unterfangen beginnen dann, wenn der betroffene Staat sich beim Erwürgtwerden wehrt. Das Reich half Italien durch endlose mit Rohstoffen beladene Züge über viele wirtschaftliche Schwierigkeiten hinweg. Im Übrigen erklärte Mussolini, dass er die Ölsperre, die seinem Krieg in der Tat das Rückgrat gebrochen hätte, als Kriegsfall ansehen würde. Niemand wollte Krieg, selbst England nicht, als es sich herausstellte, dass es ihn allein hätte führen müssen. So versuchten der britische Aussenminister, Sir Samuel Hoare, und der französische Aussenminister Laval am 10. Dezember einen Kompromiss, der den Italienern eine gewisse Beute in Abessinien sicherte.

Hitler wurde äusserst unruhig, als er von diesen Bemühungen der Verständigung hörte. Sein Plan hinsichtlich der Rheinlande konnte ja nicht glücken, wenn England, Frankreich und Italien wieder eine Einheit bildeten und wenn nichts mehr Frankreich und England hinderte, allein auf den Rhein zu schauen.

Aber die öffentliche Meinung in Frankreich und England fegte den Verständigungsplan hinweg. Er wurde fallengelassen, ohne dass man die andere Alternative, die Erzwingung der Wiederherstellung Abessiniens durch die Ölsperre, durch die absolute Aushungerung der italienischen Kriegsmaschine, gewagt hätte. Mussolini verkündete unablässig, dass er auf die Abscheidung der Ölzufuhr mit Krieg antworten werde. «Das Ölembargo wird», so sagte er, «zur Blockade führen, und die Blockade wird der Krieg sein.» Niemand weiss, ob er die Drohung wahr gemacht hätte, für die Italien kaum gerüstet war.

Am 5. Mai 1936 war der Krieg in Abessinien zu Ende. Die Herrschaft des «Löwen von Juda» war mit der Eroberung von Addis Abeba zu Ende. Zwar war der Einmarsch Hitlers ins Rheinland schon geschehen; aber ein geschlossenes und entschlossenes Europa hätte ihn noch zum Zurückweichen bewegen können. Am 5. Mai 1936 bot sich Mussolini den Westmächten ein letztes Mal an. Italien habe durch die Eroberung Abessiniens aufgehört, eine proletarische Nation zu sein, es stehe nun auf der anderen Seite der Barrikade und werde zu einem konservativen Verteidiger der Ordnung Europas werden. Die Mächte zögerten aber, die Sanktionen gegen Italien einzustellen, obwohl Neville Chamberlain es als den Gipfel der Torheit bezeichnete, zu hoffen, dass man durch die Fortsetzung der Sanktionen Abessinien wiederherstellen könne.

Der Fehlschlag des Sanktionskrieges gegen Italien nahm dem Ideal und der Politik der kollektiven Sicherheit jegliche Autorität, und alle Massnahmen gegen ein vertragsbrüchiges Deutschland konnten ja nach der Auffassung der demokratischen Mächte nur auf der Autorität und dem Recht des Kol-

lektivfriedens beruhen. Die Sanktionen gegen Italien waren zu einem guten Teil gescheitert, weil die beteiligten Mächte, insbesondere Frankreich, aus Angst vor Deutschland im Mittelmeer nicht das Letzte wagen wollten. Das Reich wiederum konnte im März 1936 sein grosses Spiel spielen, weil die Demokratien Furcht vor dem faschistischen Italien hatten, das sie eben bis auf Blut gereizt hatten.

Nur durch Gewalt könne man die Italiener aus Abessinien und die Deutschen aus dem Rheinland wieder entfernen, sagte der britische Ministerpräsident Baldwin, «die letzte Sanktion ist immer der Krieg». Zum Krieg sei aber niemand als der Angreiferstaat bereit. So bereitete der fehlgeschlagene Völkerbundskrieg gegen Italien dem grössten aussenpolitischen Erfolg des Reiches den Weg. Frankreich wollte am 7. März, dem Tag des Einmarsches der deutschen Soldaten ins Rheinland, nicht selbst handeln, sondern verlangte die kollektive Sanktion der Völkergemeinschaft. Aber diese kollektive Sanktion war durch die Abessinien-Affäre zu einem Spott und einem Namen geworden.

Der Abessinien-Krieg hatte gezeigt, dass die kollektive Sicherheit weder kollektiv noch sicher war. Wenn Baldwin immer wieder erklärte: Sanktionen sind Krieg, dann wusste Hitler, dass er Sanktionen nicht zu fürchten hatte, weil die Welt bisher noch den Krieg bis an den Rand der Narrheit fürchtete. Um die Wende des Jahres 1935/36 hatte er zu dem französischen Botschafter gesagt, dass das Abessinien-Abenteuer Mussolinis ein Wahnwitz wäre. Eine aberwitzige Verwegenheit schien die Unternehmung in der Tat darzustellen; die Engländer konnten jederzeit durch die Sperrung des Suezkanals den Lebensnerv der italienischen Armee in Abessinien durchschneiden. Nun sah Hitler, dass die Demokratie auch die ungefährliche Gewalt fürchteten, dass sie selbst Angst davor hatten, eine Schlinge zuzuziehen, die schon um den Hals des Gegners lag. Die Entwicklung des Abessinien-Krieges musste auch Hitler ermutigen, höher zu spielen.

Für die Besetzung des Rheinlandes hatte zudem Frankreich Hitler einen guten Vorwand geliefert: Die französische Republik hatte ein Bündnis mit der Sowjetunion geschlossen, das im Februar 1936 von der französischen Kammer ratifiziert wurde. Das Bündnis war an sich nicht viel wert. Die Sowjetunion war noch lange nicht so weit, um einen grossen Krieg führen zu können. Ausserdem lagen zwischen ihr und dem Reich noch Polen und Rumänien. Die beiden Staaten waren selbst 1939, als es um ihr Dasein ging, nicht bereit, den Durchmarsch der Roten Armee zu gestatten. Der Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Frankreich und Deutschland hätte für Frankreich immer den sofortigen und unmittelbaren Krieg bedeutet, während es ganz ungewiss war, welche Hilfe die Französische Republik von der Sow-

130 Das Dritte Reich

jetunion erhalten hätte. Hitlers antibolschewistische Propaganda hatte jedoch auch in Frankreich ihr Werk getan. Viele Abgeordnete glaubten, dass man nur die Wahl zwischen der deutschen und der kommunistischen Gefahr habe. Aber die Sowjetunion stellte damals noch keine Gefahr dar – ebenso wenig allerdings auch eine Hilfe.

Nun schwendete Frankreich durch das Bündnis mit der Sowjetunion seine rechtliche Position. Im Locarno-Vertrag hatten Frankreich und Deutschland wechselseitig gelobt, einander nicht anzugreifen. Dabei hatte das Reich Kenntnis von Bündnisverträgen Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei genommen und damit anerkannt, dass ein Einfall Frankreichs in Deutschland zur Unterstützung dieser beiden Staaten nicht als ein Angriff der Französischen Republik auf das Reich anzusehen wäre. Deutschland hatte also zwei Ausnahmen von dem Kriegsverzicht ausdrücklich anerkannt. Diese Ausnahmen konnte aber Frankreich nicht willkürlich erweitern. Wenn Frankreich auch noch das Recht beanspruchte, seine Bündnisverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion erfüllen zu dürfen, dann besass es ein fast unbeschränktes Recht, in Deutschland einzufallen, ohne dass Deutschland dagegen die Hilfe der Garantemächte (England und Italien) hätte anrufen können. Im Übrigen hatte sich England nie festgelegt, ob ein Einmarsch der Wehrmacht in das Rheinland allein als ein Angriff auf Frankreich anzusehen sei. Die britischen Kronjuristen neigten eher zur Auffassung, dass ein solcher Einmarsch erst dann als Angriff aufzufassen wäre, wenn er den Auftakt für einen Angriff auf Frankreich selbst bilde.

Am 7. März 1936, an einem Sonnabend, marschierten die deutschen Truppen unter dem natürlichen Jubel der Bevölkerung in das Rheinland ein. Hitler zerriss den Locarno-Vertrag. Aber nach seiner Art weckte er die Vorstellung, dass alles gut und schön sein würde, wenn man nur diese eine Forderung von ihm bewillige. Um «ihrer ewig gleichbleibenden Sehnsucht nach einer wirklichen Befriedung Europas zwischen gleichberechtigten und gleichgeachteten Staaten Ausdruck zu verleihen», erklärt sich die deutsche Reichsregierung bereit, mit Frankreich und Belgien über die Bildung einer beiderseitigen entmilitarisierten Zone zu verhandeln, einen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien abzuschliessen und England und Italien als Garantemächte beizuziehen, einen Luftpakt zwischen den Westmächten abzuschliessen, «der geeignet ist, der Gefahr plötzlicher Luftangriffe automatisch und wirksam vorzubeugen», Nichtangriffspakte auch mit anderen östlichen Staaten als Polen zu schliessen und wieder in den Völkerbund einzutreten, nachdem die erstrebte Gleichberechtigung, der Hauptgrund für den Austritt aus dem Völkerbund, erreicht worden sei.

Es ist wiederum eine Wochenend-Aktion, und diesmal tagt sogar das britische Kabinett am Sonntag. Eine französische

Rechtszeitung spottet, man solle nicht behaupten, dass England für Frankreich nichts tue; das sei in den letzten hundert Jahren nur zweimal vorgekommen.

Die britische Regierung ist von vornherein entschlossen, das deutsche Vorgehen zwar als eine verwerfliche Vertragsverletzung zu behandeln, nicht aber als einen Angriff im Sinne des Locarno-Vertrages. Die französische Regierung gibt unter dem ersten Schock äusserst heftige Erklärungen ab. Der französische Ministerpräsident Sarraut erklärt, Frankreich könne nicht dulden, dass Strassburg unter dem Feuer deutscher Geschütze liege. Aber es vergeht ein Tag, und es vergeht ein zweiter Tag, ohne dass Befehle an die französische Armee erteilt werden. Der französische Generalstab hat offenbar keine Pläne für eine derartige Eventualität bereit. Das Oberkommando erklärt, eine Aktion im Rheinland nur bei einer vollen Mobilmachung in Frankreich durchführen zu können. Das ist das gewohnte Schema des Militärs. Eine kriegerische Operation im Rheinland ist nur möglich, wenn die gesamte französische Armee bereitsteht. Aber der Einmarsch der Wehrmacht ins Rheinland ist gar keine militärische Operation. Die Truppe marschiert friedensmässig ein, und sie ist nicht ermächtigt, irgendeine militärische Herausforderung anzunehmen. Der spätere Feldmarschall Kesselring sagt in seinen Erinnerungen, dass der Einmarsch «vom rein militärischen Standpunkt aus als unmöglich zu bezeichnen» war.

«Der Einsatz von einigen Bataillonen und einzelnen Aufklärern und Jägerstaffeln war nicht mehr als eine wenig überzeugende Geste.»

Hitler gab später selber zu:

«Wenn die Franzosen damals ins Rheinland eingetrückt wären, hätten wir uns mit Schimpf und Schande wieder zurückziehen müssen, denn die militärischen Kräfte, über die wir verfügten, hätten keineswegs auch nur zu einem mässigen Widerstand ausgereicht.»

General Jodl hat vor dem Nürnberger Gericht dargelegt, dass allein die Besetzung der französischen Festungslinie ausgereicht hätte, die einmarschierende deutsche Wehrmacht hinwegzublasen. Als die drei Militärattachés übertreibend aus London melden, dass die Chancen Frieden und Krieg 50 zu 50 stünden, da war nach dem Zeugnis des späteren Panzergenerals Geyer von Schweppenburg Hitler bereit, das Rheinland wieder zu räumen. Der Aussenminister Freiherr von Neurath aber meinte in seiner beharrlichen und behäbigen schwäbischen Art: «Jetzt sind wir drinne, jetzt bleiben wir drinne.»

Der britische Aussenminister Eden sagte am 9. März aufatmend:

«Gott sei Dank kann ich sagen, dass kein Grund besteht für die Annahme, dass der deutsche Schritt Fiedelseligkeiten in sich birgt oder solche hervorzurufen droht...»

Frankreich wagte nicht, allein vorzugehen. Bald stand fest,

dass die französische Aktion nur in Form und im Rahmen einer Völkerbundaktion erfolgen sollte. Grossbritannien erneuert sein Versprechen, Frankreich gegen einen deutschen Angriff zu schützen. Aber es weigert sich, aus der Besetzung des Rheinlandes einen Kriegsfall zu machen. Der französische Aussenminister Flandin behauptet, am 12. März dem britischen Premierminister Baldwin gesagt zu haben, dass er zuverlässige Nachrichten habe, die Deutschen würden sich auf den geringsten Angriff hin sofort zurückziehen. Baldwin habe geantwortet:

«Vielleicht haben Sie recht. Aber wenn nur ein Prozent Wahrscheinlichkeit besteht, dass aus der Polizeiaktion ein Krieg wird, dann habe ich kein Recht, Grossbritannien in diese Sache zu verwickeln, weil England nicht Krieg führen kann.»

Hitler hatte selbst davon gesprochen, dass die Besetzung des Rheinlandes nur symbolischen Charakter habe. Es gehe nur um die Ehre Deutschlands. Die Westmächte arbeiteten dann einen Plan aus, wonach Deutschland die angegebene Truppenstärke nicht erhöhen sollte, keine Wehrverbände im Rheinland zulassen und keine Befestigungsanlagen dort errichten dürfte. Das hätte zu jahrelangen Kontrollen und Verdächtigungen geführt und war kaum durchführbar. Das Reich lehnte ab. Übrig blieb also vom Locarno-Vertrag, was immer sein eigentlicher Kern war: das Bündnis zwischen Frankreich und England und die Entschlossenheit Englands, Frankreich als europäische Grossmacht zu erhalten. Der Locarno-Vertrag hatte zwar eine paritätische Einkleidung. Es war nie sehr wahrscheinlich, dass England an der Seite Deutschlands gegen einen französischen «Angriff» kämpfen würde. Das sagte Aussenminister Eden in einer Rede vor dem Unterhaus am 26. März, damit die aussenpolitische Stellung Grossbritanniens festlegend: «Niemals in unserer Geschichte konnten wir uns fernhalten von den Ereignissen in den Niederlanden, nicht zurzeit der Königin Elisabeth, nicht zurzeit Marlboroughs, nicht zurzeit Napoleons, noch weniger heute, wo die moderne Entwicklung der Wissenschaft die Kriegsgewalt unseren Küsten so sehr genähert hat. Es ist ein lebenswichtiges Interesse dieses Landes, dass die Integrität Frankreichs und Belgiens gewahrt wird und

dass keine feindliche Macht ihre Grenzen überschreitet. In Wahrheit gab es nicht viel Neues in Locarno.»

Es gab in der Tat in Locarno nichts Neues. Es gab nichts Neues in der deutschen Geschichte. Hitler hatte vermocht, gewisse Benachteiligungen des Reiches durch den Versailler Vertrag wegzuwischen. Aber er stand im Westen genau vor derselben Situation wie das Kaiserreich im August 1914.

Am 31. März 1936 entwickelte Hitler noch einmal ein grosses «Friedensprogramm», das ihm erlaubt hätte, in Frieden den Krieg vorzubereiten. Die britische Regierung antwortete darauf mit dem ominösen Fragebogen vom 5. Juni 1936, den das Reich gar nicht mehr beantwortete. Clemenceau hatte einmal zu Poincaré gesagt:

«Herr Präsident, Sie sind jünger als ich. Wir stehen jetzt am Rhein. Wenn Sie mir einmal die Ehre erweisen werden, mein Grab zu besuchen, dann werden Sie mir doch sagen können: Wir stehen noch am Rhein.»

Jetzt waren über das Grab Clemenceaus die Blätter des Versailler Vertrages wie welkes Laub verstreut. Der Publizist Fabre-Luce schrieb schon damals, dass sich Deutschland am 7. März 1936 Mitteleuropa genommen habe. Das Entscheidende sei, ob Deutschland Freiheit haben werde, das Rheinland zu besetzen, so dass es seine Hauptkraft gegen den Osten wenden kann, wo es «Mitteleuropa» nach seinem Gefallen errichten könne.

Am 30. Januar 1937 erklärte Hitler auch noch ausdrücklich, dass der Versailler Vertrag erloschen sei. Alles sei nicht mehr gültig, was einst dem deutschen Volk die Gleichberechtigung raubte. Die Unterschrift unter die Kriegsschuldbehauptung nehme das Reich förmlich und feierlich zurück. Reichsbahn und Reichsbank wurden wieder in Staatsunternehmen verwandelt, und stolz erklärte Hitler, dass die Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung niemandem in der Welt etwas genommen habe. Bis dahin mochte es sogar stimmen. Bis jetzt hätte das auch Friedenspolitik sein können; es war das, was die demokratischen Parteien Deutschlands auch gefordert hatten. Aber es machte auch den Krieg möglich, und noch im gleichen Jahr legte Hitler im engeren Kreise dar, wieviel grössere Ziele er noch verfolgen wolle.

Der Auftakt zum Krieg

Bis zum Jahre 1938 war das Dritte Reich schlechthin unfähig, einen Krieg gegen die vereinigten Westmächte zu führen. Hitler hat Ende 1937 erklärt, dass ihm nun ein grosser Stein vom Herzen gefallen und dass er nun endlich von der Sorge befreit sei, dass die anderen den Krieg beginnen könnten, bevor er selber soweit sei. Das heisst mit anderen Worten, Hitler musste in Sorge sein, ob der Westen nicht einen Präventivkrieg auslösen werde, um dem Krieg zuvorzukom-

men, den Hitler gegen sie vorzubereiten schien. 1938 war die Lage eher umgekehrt. Das Dritte Reich hatte einen gewissen Rüstungsvorsprung, vor allem in den modernen Waffen, in der Organisation des Krieges, und war überlegen an Entschlossenheit, Wagemut und Angriffsgeist, und Hitler wurde die ganzen Jahre hindurch von der Vorstellung vorangetrieben, dass er die Zeit nützen müsse, um noch möglichst viel an Erfolg und Gebietsgewinnen in die Scheuer

132 Das Dritte Reich

zu bringen, ohne einen Krieg zu führen, der vielleicht unvermeidlich war und der dann in späteren Jahren unter viel ungünstigeren Bedingungen ausgekämpft werden müsste. Es war ja in der Tat so, dass in den Jahren 1936 bis 1938 den Westmächten der blutig errungene Sieg des ersten Weltkrieges entrissen wurde. Es war für alle Menschen in der Welt die grosse Frage, ob die Siegermächte des ersten Weltkrieges sich einen mit Millionen Toten erkaufte Sieg ohne Krieg rauben lassen würden. Diese Erwägung war also ein bestimmendes Moment in der äusseren und militärischen Politik Hitlers. Nun war der Weg frei.

Am 5. November 1937 entwarf Hitler vor den Spitzen der Wehrmacht und der Regierung ein Bild seiner aussenpolitischen Pläne. Die Ausführungen liegen uns in einer Zusammenfassung durch den damaligen Obersten Hossbach vor, in dem sogenannten Hossbachprotokoll, das zwar Hitlers Rede nur verkürzt und nicht textlich genau wiedergibt, aber ein glaubwürdiges Bild der Kriegspläne Hitlers für die nächste Zeit zeichnet:

«Das Ziel der deutschen Politik sei die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung. Somit handele es sich um das Problem des Raumes ...



Reichsadler von der Luitpoldarena auf dem Reichsparteitagsgelände von Nürnberg

Die deutsche Volksmasse verfüge über fünfundachtzig Millionen Menschen, die nach der Anzahl der Menschen und der Geschlossenheit des Siedlungsraumes in Europa einen in sich so fest geschlossenen Rassekern darstelle ... Es handele sich nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern

von landwirtschaftlich nutzbarem Raum. Auch die Rohstoffgebiete seien zweckmässiger im unmittelbaren Anschluss an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen ... Dass jede Raumerweiterung nur durch Brechen von Widerstand und unter Risiko vor sich gehen könne, habe die Geschichte aller Zeiten – römisches Weltreich, englisches Empire – bewiesen. Auch Rückschläge seien unvermeidbar. Weder früher noch heute habe es herrenlosen Raum gegeben, der Angreifer stosse stets auf den Besitzer. Für Deutschland laute die Frage, wo grösster Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei...

Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser könne niemals risikolos sein ...

Stelle man an die Spitze der nachfolgenden Ausführungen den Entschluss zur Anwendung von Gewalt unter Risiko, dann bleibe noch die Beantwortung der Fragen ‚wann‘ und ‚wie‘.

Fall 1: Zeitpunkt 1943-1945.

Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten zu erwarten.

Fall 2 und 3 behandeln das Losschlagen, falls Frankreich durch eine innere Krise oder äussere Verwicklungen ‚gefeselt‘ sei.

Zur Verbesserung unserer militärpolitischen Lage müsse in jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung unser erstes Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten.

An sich glaube der Führer, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit England, voraussichtlich aber auch Frankreich die Tschechei bereits im stillen abgeschlossen und sich damit abgefunden hätten, dass diese Frage eines Tages durch Deutschland bereinigt würde ...

Die Angliederung der beiden Staaten an Deutschland bedeute militärpolitisch eine wesentliche Entlastung infolge kürzerer, besserer Grenzziehung, Freiwerdens von Streitkräften für andere Zwecke und die Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen bis in Höhe von etwa zwölf Divisionen, wobei auf eine Million Einwohner eine neue Division entfalle.»

Einwände erhoben gegen die Pläne Hitlers der Reichsausserminister von Neurath, der Oberbefehlshaber des Heeres, der Freiherr von Fritsch, und der Kriegsminister von Blomberg. Alle diese drei wurden bei der Umbildung der Regierung im Frühjahr 1938 ausgeschaltet.

Wie durch ein Geschenk des Himmels oder der Hölle bringe ein Anlass, scheinbar ganz ausserhalb der grossen Politik, alle die Dinge, die zwischen Partei und Wehrmacht spielen, ins Rollen. Am 12. Januar 1938 heiratet der Reichs Kriegsminister, Generalfeldmarschall von Blomberg, ein Fräulein

Eva Gruhn. Adolf Hitler und Hermann Göring sind Trauzeugen. Durch irgendeinen Zufall entdeckt ein kleiner Berliner Polizeibeamter, dass das Fräulein Eva Gruhn der Sittenpolizei von Berlin nicht unbekannt ist. Die umfangliche Akte über Frau von Blomberg, geborene Gruhn, liegt bald auf dem Schreibtisch des «Führers». Daneben aber liegt noch ein Aktenstück über den Freiherrn von Fritsch.

Im Jahre 1936 hat die Polizei einen Mann namens Schmidt aufgegriffen. Sein ganzes Leben hat dieser von demselben schmierigen Delikt gelebt, er belauert Homosexuelle und erpresst sie dann. Dieser Mann erzählt nun, dass er am Potsdamer Bahnhof etwas mit einem Mann namens von Frisch oder von Fritsch zu tun gehabt habe. Diesen Herrn von Frisch, oder wie er sonst heisse, habe er lange Zeit mit Erfolg erpresst. Gutgläubig oder nicht hält die Geheime Staatspolizei diesen Herrn von F. für den Freiherrn von Fritsch. Himmler sieht damals schon die heissersuchte Gelegenheit kommen, der alten Wehrmacht den Garaus zu machen. Aber als er Hitler sein Material unterbreiten will, winkt Hitler ab und befiehlt, die belastenden Akten zu vernichten. Er könne den General von Fritsch nicht entbehren. Himmler hat eine Niederlage erlitten, aber er bewahrt – man kann nie wissen! – das Aktenstück auf. Nun liegt die Akte wieder dem Führer vor. Der Freiherr von Fritsch gibt sein Ehrenwort, dass die Beschuldigungen gegen ihn unwahr seien. Aber Hitler nimmt das Ehrenwort nicht an. Als der Freiherr von Fritsch zur erbetenen Audienz bei Hitler erscheint, ereignet sich eine der ungeheuerlichsten Episoden des Dritten Reiches. Eine Tür öffnet sich. Der Erpresser Schmidt, Stammgast deutscher Zuchthäuser, eine furchtbare Figur aus der furchtbaren Unterwelt Berlins, ist in die Reichskanzlei, die Residenz des deutschen Staatsoberhauptes geholt worden. Ihn hat man im Nebenzimmer bereitgehalten. Jetzt wird er hereingeschoben und soll sagen, ob der Freiherr von Fritsch der Mann wäre, mit dem er damals zu tun gehabt hat. Und der Mann zeigt tatsächlich mit dem Finger auf den Oberbefehlshaber der deutschen Armee: «Ja, das ist der Mann.»

Der Freiherr benimmt sich so tölpelhaft und verwirrt, wie ein deutscher Adliger und Offizier sich in achtzig Prozent der Fälle benehmen wird, wenn in seiner Gegenwart ein Zuchthäuser darüber aussagen soll, ob er in ihm eine an einem schmutzigen Ort zu schmutzigen Zwecken gemachte Bekanntschaft wiedererkenne. Die Verwirrung des Freiherrn von Fritsch wird ebensosehr als ein schlechtes Gewissen gedeutet wie die zitternde Hand des Kapitäns Dreyfus, als die Militärrichter von ihm eine Schriftprobe verlangen. Man stelle sich die Szene vor: Der Zuchthäuser Schmidt steht da im Prunkzimmer der Reichskanzlei, zusammen mit dem Staatsoberhaupt, dem «Führer» des Deutschen Reiches, mit

General Göring im Glanz seiner Uniform und dem Befehlshaber der deutschen Armee. Ein menschlicher Schakal, der in der Berliner Kloake auf seine Beute auszieht, ist in das Zimmer bemüht worden, in dem nach der Meinung der Deutschen und der Welt Weltgeschichte gemacht wird. Es ist heute kein Zweifel mehr, dass Schmidt als ein Werkzeug so redete, wie ihm befohlen war. Die Gestapo, in deren Haft er war, konnte ihn verschwinden lassen, so dass er weniger Spuren hinterliess als eine zerquetschte Laus. Aus Schmidt redete die Stimme seiner Henker.

Die Gestapo aber wusste schon seit dem 15. Januar, also fast seit vierzehn Tagen, dass es sich bei dem Herrn von F. um einen Hauptmann Frisch gehandelt hatte. Ob Himmler und Göring die Wahrheit am 27. Januar schon wussten, ist ungewiss. Jedenfalls glaubten die Kreaturen die geheimsten und kaum eingestandenen Wünsche ihrer Herren zu erfüllen.

Bis aber der Gestapo das Geheimnis und die Wahrheit entrisen werden, sind die grossen Umbesetzungen in der Reichsführung schon erfolgt. Blomberg und von Fritsch werden – am 4. Februar – verabschiedet. Hitler verkündet, dass er nunmehr persönlich den Befehl über die Wehrmacht übernehme. Ein Oberkommando der Wehrmacht unter General Keitel wird geschaffen, eine Reihe von Generalen, die der Partei missliebig sind, werden entlassen.

Der Freiherr von Neurath wird als Ausenminister durch den Herrn von Ribbentrop ersetzt, der den gespreizten und düren Dünkel in einem schauerlichen Ausmass entwickelt, durch einen der Führer des Dritten Reiches, über den in keinem Erinnerungswerk und in keiner Aktensammlung ein gutes Wort zu finden ist. Ribbentrop ist 1946 vom Internationalen Militärtribunal zum Tode verurteilt und gehängt worden. Seine Stupidität erregt Zweifel an der Gerechtigkeit des Urteils.

Der Freiherr von Neurath wurde Präsident eines Reichsverteidigungsrats, was nur den einen Nachteil hatte, dass es den Reichsverteidigungsrat nicht gab und auch später nicht geben sollte.

Das Reichskriegsgericht sprach am 16. März den Freiherrn von Fritsch wegen erwiesener Unschuld frei. Hitler gratulierte zum Freispruch, und Fritsch dankte für den Glückwunsch, gleichzeitig darauf hinweisend, dass die Gestapo die Wahrheit schon am 15. Januar gekannt hätte, und um die Bestrafung derjenigen Beamten der Staatspolizei bittend, die Himmler und Göring nicht rechtzeitig informiert hätten. All diese Beamten sind später befördert worden. Im Übrigen meinte Hitler, dass man es dem Freiherrn von Fritsch nicht zumuten könne, im Amt zu bleiben, da ja er, Hitler selbst, einen Augenblick an der Unschuld des Freiherrn gezweifelt habe. Den Verleumder Schmidt habe er «ohne Verfahren erschossen lassen». Die Toten schweigen.

134 Das Dritte Reich

Das Werkzeug hat seine Aufgabe erfüllt. Das Insekt hat einem Mann und einer Klasse, der deutschen Offizierskaste, den tödlichen, giftigen Stich beigebracht. Es kann zerquetscht werden.

Das Rückgrat der alten Klassen Deutschlands, die Offizierskaste, aber ist zerbrochen. Als sie am 20. Juli 1944 noch einmal aufsteht – zu spät –, hat diese Klasse nicht mehr die Kraft, wirklich entscheidend in das Schicksal Deutschlands einzugreifen. Von der Lawine erfasst, die sie selber mit ausgelöst hat, geht diese Klasse nach dem 20. Juli 1944 unter den Galgen der Gestapo ihren furchtbaren Schicksalsweg zu Ende. Hitlers Weg zum Krieg war frei. Für Hitler hatte das Dritte Reich nur einen wahren Sinn: Krieg. Andere Revolutionen treiben den Krieg aus sich hervor. Hitlers Revolution aber entstand aus dem Willen zum Krieg. Am 30. Januar 1934 rief Hitler im Berliner Sportpalast aus:

«Ich kann sagen, dass für mich der Krieg seit dem Jahre 1914 kein Ende gefunden hatte. Ich habe weitergekämpft.» Er gleicht einem Schachspieler, der immer wieder die Partie des Vortages durchspielt und sich einredet, dass er die Partie nicht hätte zu verlieren brauchen, wenn er an dieser oder jener Stelle den richtigen Zug gemacht hätte. Die Niederlage von 1918 ist für Hitler ein Nichts, eine Täuschung und eine Illusion, nicht das Ergebnis des wirklichen Verhältnisses von Kraft und Macht, sondern das Erzeugnis des Zufalls, der Verrat und Schwäche heisst. So ist Hitler von dem einen grossen Entschluss durchglüht, das blutige Spiel des Krieges von 1914 bis 1918 noch einmal zu wagen. Es hetzt ihn dasselbe Gespenst voran, das die Machthaber des deutschen Kaiserreiches in Bann hielt, die Vorstellung, dass der Sand in der Uhr auslaufe und die Zeit gegen Deutschland arbeite. Auch für Hitler steht gegen das Reich eine überwältigende Übermacht, die er noch dämonisiert. Eine Verschwörung aller Weltkräfte und aller teuflischen Gewalten gegen Deutschland finde statt, die Hitler mit primitiver und börsartiger Anschaulichkeit als «jüdisch» bezeichnet. Das deutsche Volk befinde sich in einer inneren Auflösung und Zersetzung. Nur eine letzte wilde und rasende Anstrengung könne es noch einmal aus diesem Niedergang hervorreißen. In der ersten Auflage von «Mein Kampf» steht er in späteren Auflagen gestrichene Satz, dass mit einem so verbastardierten Volk wie dem deutschen auf die Dauer nicht viel anzufangen sei. Zu Rauschning sagt Hitler dasselbe:

«Deutschland ist keine biologische Einheit. Deutschland werde erst Deutschland sein, wenn es zu Europa geworden wäre und Europa beherrsche. Die eigentliche Aufgabe liege deshalb darin, einen grossen Machtkern in Mitteleuropa zu schaffen. Noch sei Deutschland eine weiche, ungefestigte Masse, ein Haufen innerlich uneinheitlicher und gespaltener

Bevölkerungen, an Zahl zu gering, ein Reich ohne die Rohstoffe, die im 20. Jahrhundert allein die Grundlage der Grossmacht bilden, ein Nichts ohne die Kornkammer des Ostens und das Öl der rumänischen und russischen Quellen, mehr eine Anmassung als ein wirklicher Staat.»

Hitler weiss am deutlichsten von allen deutschen Politikern, welch tödliches Spiel die beiden Weltkriege waren, dieser Versuch eines Volkes, gegen eine ganze Welt zum Kriege anzutreten, ohne auch nur das Notdürftigste ausreichend zu besitzen, was allein im modernen Kriege den Sieg gibt: ohne gesicherte Ernährung seines Volkes, ohne die Rohstoffquellen und ohne das Öl, auf dessen Wogen in beiden Weltkriegen nach dem Worte Churchills die Alliierten zum Siege getragen wurden. Hitler will sich all dies durch blitzschnelles Handeln kurz vor Torschluss erraffen. Er ist sich bewusst, dass er alles, was Deutschland hat, auf diese eine Karte setzt. Geht es dabei zugrunde, zum Untergang ist es ohnehin bestimmt, wenn es sich nicht dieser gefährlichen Operation unterzieht. Hitler weiss, dass sein augenblicklicher Vorsprung wider die Natur der Dinge ist. Der Krieg muss also entschieden sein, bevor die anderen das wahre Mass ihrer Kraft und Stärke gefunden haben. Die Soldaten müssen siegen, ehe die Rechner ihr Werk tun können. Das «Kalkül mit Raum, Zeit und Grösse», wie es Clausewitz nennt, soll zuschanden werden. Die Wahrscheinlichkeitsgesetze sollen geprellt werden. Es ist ein riesenhaftes Falschspiel, bei dem für einige Zeit – bevor die Karten richtig gemischt sind – anders gespielt werden soll, als die Götter des Schicksals zu spielen gewillt und gewohnt sind.

In seiner Rede vom November 1937 (Hossbachprotokoll) hatte er es schon klar gesagt, dass von einem bestimmten Zeitpunkt an das Reich an relativer Stärke abnehmen müsse. In einer Rede am 22. August 1939 sagt es Hitler nicht viel anders: Die Gründung Grossdeutschlands habe nur auf einem «Bluff der politischen Führung» beruht. Hitler weiss sehr genau, dass er der Welt etwas ablisten will, was nicht Deutschlands sein kann, «wenn es mit rechten Dingen zugeht». In einer Rede vom 22. Oktober 1939 macht Hitler noch einmal klar, dass sein Krieg nur ein blutiger gigantischer Bluff sein kann. Ei.» traut seinem Spielerglück zu, das Unwahrscheinliche zu vollbringen. Ungewöhnliches werde durch einen «ungewöhnlichen Geist» vollbracht.

«Kriege werden immer beendigt nur durch Vernichtung des Gegners. Jeder, der anders denkt, ist unverantwortlich. Die Zeit arbeitet für den Gegner. Jetzt ist es ein Kräfteverhältnis, das sich für uns nicht mehr verbessern, sondern nur verschlechtern kann. Der Gegner wird nicht Frieden schliessen kommen, wenn das Kräfteverhältnis für uns ungünstig ist. Keine Kompromisse, Härte gegen sich selbst. Ich werde angreifen und nicht kapitulieren. Das Schicksal des Reiches

hängt nur von mir ab. Ich werde danach handeln ... Ich habe das deutsche Volk zu grosser Höhe geführt, wenn man uns auch jetzt in der Welt hasst. Dieses Werk setze ich auf das Spiel. Ich habe zu wählen zwischen Sieg oder Vernichtung ... Ohne Angriff ist der Krieg nicht siegreich zu beenden ... Es handelt sich nicht um eine Einzelfrage, sondern um das Sein oder Nichtsein der Nation.»

Hitler weiss im Grunde, dass die Katastrophe wahrscheinlicher ist als der Sieg. Er behandelt die deutsche Nation wie ein zum Tode verurteiltes Volk, dem eine letzte Chance ge-

hören dazu die Westgebiete Polens bis an gewisse strategische Grenzen. Es gehören aber auch dazu, und das dürfen Sie nicht übersehen, die baltischen Staaten, die Jahrhunderte hindurch eine dünne deutsche Oberschicht gehabt haben.» Das grosse Ziel ist ein deutsches Ost-Reich, das über die Kornfelder der Ukraine, die Rohstoffquellen Russlands und das Öl des Schwarzen Meeres gebietet, ein grosses, geschlossenes Kolonialreich, nicht wie Farbtupfen über die ganze Erde zerstreut, sondern ein geschlossenes Machtgebilde, innerhalb dessen das blühende und reiche Herrenvolk der Deutschen über fromenden und entmachteten Völkern sitzt:

«Der Block, von hundert Millionen, unzerstörbar, ohne Riss und ohne fremde Nationen. Das feste Fundament unserer Herrschaft. Dann ein Ostbund ..., aber nicht ein Bund gleichberechtigter Partner, wohlverstanden, ein Bund von Hilfsvölkern, ohne Heer, ohne eigene Politik, ohne eigene Wirtschaft.»

Schon in «Mein Kampf» hatte Hitler verkündet, dass das deutsche Volk in seiner gegenwärtigen Enge entweder vergehen oder Sklavendienst für andere tun müsse.

«Die nationalsozialistische Bewegung muss versuchen, das Missverhältnis zwischen unserer Volkszahl und unserer Bodenfläche – diese als Nährquelle sowohl wie auch als machtpolitischer Stützpunkt angesehen –, zwischen unserer historischen Vergangenheit und der Aussichtslosigkeit unserer Ohnmacht in der Gegenwart zu beseitigen ... Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schliessen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.» So läuft alles auf das eine hinaus, den ersten Weltkrieg wieder aufzunehmen:

«Machen wir uns nichts vor. Unsere Aufgabe ist es, den 1918 abgebrochenen Krieg unter günstigeren Bedingungen zum siegreichen Ende zu führen. Gelingt mir das, so wird sich alles andere mit elementarer Gewalt kraft der inneren Gesetzmässigkeit durchsetzen. Was hinter uns lag, war ein Waffenstillstand; vor uns liegt der Sieg, den wir 1918 fortwarfen.»



Lichthof der Reichskanzlei, ein typisches Beispiel der Architektur des Dritten Reiches

geben ist, durch ein wahnwitziges Wagnis das Leben zu erkaufen:

«Wir werden niemals eine grosse Politik machen ohne einen festen, stahlharten Machtkern im Mittelpunkt. Ein Kern von achtzig oder hundert Millionen geschlossen siedelnder Deutscher! Meine erste Aufgabe wird es daher sein, diesen Kern zu schaffen^A der uns nicht nur unbesiegbar macht, sondern uns ein für allemal das entscheidende Übergewicht über alle europäischen Nationen sichern wird. Ist uns dies gelungen, so wird alles andere verhältnismässig leicht sein. Zu diesem Kern gehört Österreich. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Es gehört dazu aber auch Böhmen und Mähren, und es ge-

Die ersten Schritte: Österreich und Sudetenland

Hitler begann mit Österreich, das auch im Hossbachprotokoll die Nummer 1 trägt. Die österreichische Regierung unter Dollfuss und Schuschnigg hatten einen österreichischen Ständestaat geschaffen, einen verquollenen und österrei-

chisch-gemüthlichen Ableger des italienischen Faschismus. Dagegen hatte die nationalsozialistische Bewegung in Österreich einen breiten Anhang und eine erhebliche Stosskraft. Jetzt wurde vom Reich nachgeholfen, da Hitler die

136 Das Dritte Reich

Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich.

Auf Grund des Artikels 2 des Bundesverfassungsgesetzes über außerordentliche Hasenataon im Bereich der Verfassung, B.C.B.I.Hr.255/1934, hat die Bundesregierung beschlossen!

Artikel 1.

Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches»

Artikel 8»

Sonntag, den 10. April 1938, findet eine freie und geheime Volksabstimmung der über 20 Jahre alten deutschen Banner und neuen Österreichs über die Wiedervereinigung all den Deutschen Reiche statt.

Artikel 3.

Bei der Volksabstimmung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Artikel 4.

Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Bundesverfassungsgesetzes erforderlichen Vorschriften werden durch Verordnung getroffen.

Artikel 6.

(1) Dieses Bundesverfassungsgesetz tritt am Tag seiner Kundmachung in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Soys8-In<ju art. Glaise-Horst emu, Wolf, Hueber, Menghin, Jury, Beunayer, Relnthaller, Fischbeck.

Das verfassungsmässige Zustandekommen dieses Bundesverfassungsgesetzes wird beurkundet.

Seys-Incuart, Glal so-Horstenau, Wolf, Siebe», Kenghln, Jury, Beunayer, Relnthaller, Kishobock

Stunde für gekommen hielt. Die nationalsozialistische Bewegung in Österreich schäumte hoch. Die deutsche Presse entrüstete sich nach Kommando über die Unterdrückung der nationalsozialistischen Bewegung durch die Regierung Schuschnigg. Bundeskanzler Schuschnigg wurde am 12. Februar nach Berchtesgaden zitiert. All die Generale des Reiches umstanden ihn dann, höflich und korrekt, aber wunschgemäss die militärische Stärke des Reiches demonstrierend. Der General Jodl vermerkte in seinem Tagebuch:

«Schuschnigg und G. Schmidt werden unter schwersten politischen und militärischen Druck gesetzt, und um 23 Uhr unterschreibt Sch. das Protokoll.»

Das Berchtesgaden-Abkommen verpflichtete die Regierung Schuschnigg, dem österreichischen Nationalsozialismus völlige Freiheit zu lassen. Schuschnigg fühlte nun den Boden unter den Füßen wanken und wollte durch ein Plebiszit die Initiative nochmals an sich reißen. Das österreichische Volk sollte abstimmen «für ein freies und deutsches, unab-

Österreich und Sudetenland 137

hängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich!» «Mit Front-Heil Österreich!» war der Aufruf unterzeichnet. Es war keineswegs ausgeschlossen, dass Schuschnigg eine grosse Mehrheit bei einer solchen Volksbefragung erhielt. Dann sass er wieder im Sattel. Aber Hitler war nicht der Mann, der eine Beute aus den Fängen lässt. Am Morgen des 12. März marschierte die Wehrmacht in Österreich ein. Am Abend des 11. März noch war Schuschnigg zurückgetreten und hatte im österreichischen Rundfunk verkündet, dass die österreichische Regierung der Gewalt weiche:

«Der Herr Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volke mitzuteilen, dass wir der Gewalt weichen. Wir haben, weil wir um keinen Preis, auch in diesen ersten Stunden nicht, deutsches Blut zu vergiessen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den Fall, dass der Einmarsch durchgeführt wird, ohne Widerstand sich zurückzuziehen und die Entscheidungen der nächsten Stunden abzuwarten ... So verabschiede ich mich in dieser Stunde von dem österreichischen Volk mit einem deutschen Wort und einem Herzenswunsch: Gott schütze Österreich!»

Ganz Österreich befand sich in einem Delirium der Begeisterung, nur ein kleines Häufchen verkroch sich im Dunkeln, gehetzt oder totgeschlagen. Der «stillgemachte Jammer der Besiegten» (Jakob Burckhardt) ertrank in dem tosenden Jubel der Nation, die Masse des Volkes war reine Seligkeit und glaubte das Hereinbrechen einer goldenen Zeit zu erleben. Die Hauptplätze Wiens waren voll von jauchzenden, schreienden und singenden Menschen, und eine rasende Menge drängte sich auf die Gehsteige und auf die Fahrbahn. Die Gesichter waren trunken vor Begeisterung, die Stimmen heiser vom Schreien, und die Augen glänzten und waren noch starr wie in einer religiösen Raserei. Man hatte das Gefühl von etwas Sinnlosem, Gefährvollem, Unberechenbarem, wie dem Ausbruch eines Vulkans, der seit Jahrhunderten geschlafen hatte. Das Schauspiel hatte, so schildern es Augenzeugen, etwas Phantastisches, Unwirkliches und Unbegreifliches. Nie war eine derart sinnlos begeisterte Menge zu sehen gewesen wie damals, immer neue Menschenmassen, immer neue Fahnen, immer neue Lieder, immer wieder marschierende Truppen und Umzüge, immer neue jähe Ausbrüche des Massenwahns. Wien hatte über Nacht sein Gesicht verändert, die Menschen, die man auf der Strasse sah, waren anders, lärmender, gewaltsamer, roher und gröber.

Durch ein Reichsgesetz und ein Bundesverfassungsgesetz der neuen Wiener Regierung wurde der «Anschluss» Österreichs an Deutschland vollzogen.

Im Juli 1934 hatte Mussolini Truppen an den Brenner gewor-

fen, um Österreich vor den Nationalsozialisten zu schützen. Jetzt liess Mussolini in Österreich geschehen, was geschah. «Die mit dem Blut von Dollfus geheiligte Freundschaft zwischen Österreich und Italien», wie es Mussolini ausdrückte, als er noch auf der anderen Seite der Barrikade stand, wurde auf den Müllhaufen geworfen. Der Prinz Philipp von Hessen war als Verwandter des italienischen Königshauses jeweils dazu ausersehen, dem Duce unangenehme Entscheidungen des Reiches in einer Botschaft Hitlers mitzuteilen. Er traf jedesmal so ein, dass Hitler zur Not noch sagen konnte, er hätte Mussolini vorher verständigt, aber spät genug, dass die Entscheidung nicht mehr umgeworfen werden konnte. Der italienische Aussenminister Ciano sagte bissig, die von dem Prinzen Philipp von Hessen überbrachten Botschaften hätten den Vorteil leichter Verständlichkeit, weil man den Inhalt gerade in der Zeitung gelesen hätte. Trotzdem wartete Hitler 24 Stunden lang mit pochendem Herzen auf die Entscheidung Mussolinis. Man spürt, wie ihm ein Stein vom Herzen fällt, als Philipp von Hessen telefonisch mitteilt, dass Mussolini die Aktion in Österreich guthesse. Ein paar mal wiederholt Hitler am Telefon voller Erregung: «Sagen Sie dem Duce, dass ich das nie vergessen werde.» Mussolini sollte es nie vergessen.

Nun war die Tschechoslowakei eingekreist. Die Österreicher selbst interessierten Hitler ganz wenig. Er dachte nur, wie der General Jodl vor dem Nürnberger Militärtribunal aussagte, «in Divisionen». Für ihn hatte der Anschluss nur den Zweck, die Tschechoslowakei in seinen Würgegriff zu bekommen. Überall stiess nun die Tschechoslowakei an Deutschland. Im Süden grenzte die Tschechoslowakei nun an Österreich. Im Südwesten an Bayern, im Nordwesten an Sachsen, im Nordosten an Schlesien. Mehr als je ragte es wie eine Tasche in das deutsche Gebiet hinein. Die schmalste Stelle zwischen Schlesien und Wien betrug an Entfernung nicht mehr als 200 km und konnte leicht durchstossen werden. Wie alle Staatsmänner von damals glaubten die tschechoslowakischen Politiker an die Ewigkeit der Ordnung von 1919. Die Mittel und Mittelchen, Österreich an dem Anschluss an das Reich zu hindern, hatten immer wunderbar gewirkt. So war die Grenze zwischen Österreich und der Tschechoslowakei unbefestigt, warum sollte man auch Festungen gegen das ohnmächtige und friedfertige Österreich bauen. Jetzt lag ein grosser Teil der tschechischen Grenze für einen deutschen Einmarsch offen da.

Eins griff in das andere: Die Rheinlandbesetzung sollte Osteuropa gegen Frankreich abriegeln, die Besetzung Österreichs die Tschechoslowakei umklammern, die Besetzung des Sudetengebiets die Tschechoslowakei ohnmächtig machen, die Besetzung der ganzen Tschechoslowakei im März 1939 Polen im Rücken fassen und umklammern, die Zerschlagung Polens das Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion liefern.



Hitler hatte es leicht. Gegen Österreich, die Tschechoslowakei und Polen boten sich scheinbar unangreifbare Vorwände an. Alle deutschen Parteien redeten seit 1918 von der Ungerechtigkeit der deutschen Ostgrenzen, von der verweigerten Selbstbestimmung der deutschen Nation, von Danzig, von dem Korridor, von dem Sudetengebiet, von Österreich, von all den Territorien deutschen Volkstums, die vom deutschen Volkskörper losgetrennt worden waren. Die Spaltung Deutschlands und die Wiedervereinigung waren seit 1919 das grosse Thema der deutschen Aussenpolitik. Hitler brauchte sich nur vor die Welt hinzustellen und zu erklären, dass er den Willen Deutschlands erfülle.

Indem er nun gegen die Tschechoslowakei vorging, hatte er sich in der Tat den schwächsten Punkt der europäischen Friedensordnung ausgesucht. Die Tschechoslowakei schien wie geschaffen, Weltkriege hervorzurufen. In Prag war durch den Fenstersturz der Dreissigjährige Krieg ausgelöst worden. Die Besetzung dieser Stadt durch Hitler sollte endgültig den Faden des Friedens im Jahre 1939 durchschneiden, und im Jahre 1948 hätte ein zweiter Fenstersturz von Prag, der des tschechischen Aussenministers Masaryk, beinahe den dritten Weltkrieg entfesselt.

Niemand in Europa war sich im Unklaren darüber, dass die tschechische Frage zu einem grossen internationalen Problem in dem Augenblick werden würde, da das Deutsche Reich in Europa wieder eine Grossmacht war. Die tschechische Politik war auch die ganzen Jahre darauf hinausgegangen, Deutschland im Zustand der Ohnmacht zu erhalten, weil es für die Tschechoslowakei keine andere Garantie ihrer internationalen Stellung und sogar ihres inneren Staatsaufbaues gab. Ein Deutsches Reich, das in der Lage war, den Druck der Westmächte auszuhalten, musste mit fast unvermeidlicher Notwendigkeit an die tschechische Frage gehen. Die Macht des Reiches und die Ansprüche der Sudetendeutschen stiegen zusammen wie die Wassersäulen in kommunizierenden Röhren. Das wäre wahrscheinlich in jedem Fall geschehen, auch wenn Deutschland eine ganz andere Regie-

rung als Hitler gehabt hätte.

Nur wäre einer anderen deutschen Regierung die «Befreiung» des Sudetengebiets wahrscheinlich ein Zweck und ein Ziel gewesen. Für Hitler war sie nur ein Mittel. Ihn interessierten die Sudetendeutschen nicht, sowenig ihn die Österreicher interessiert hatten. Er sah nur die Festungen, die auf sudetendeutschem Gebiet lagen und ohne die der tschechoslowakische Staat ihm wehrlos ausgeliefert war. Ihn beschäftigten ausschliesslich Festungsanlagen, Aufmarschstrassen, Ausgangsstellungen und Machtpositionen im Osten. Das Schicksal Deutschlands und Europas liegt nun in der Frage beschlossen, ob die Westmächte sich wegen der Tschechoslowakei zum Kampfe stellen werden. Die tschechoslowakische Frage bietet für die Westmächte noch am ehesten eine wenn auch sehr dünne Chance, das Bündnis mit der Sowjetunion gegen das Hitlerreich herbeizuführen. Wenn das geglikt wäre, dann wäre die Welt- und die deutsche Geschichte ganz anders verlaufen.

Schon im Jahre 1938 hatten die Mächte sich zwischen Polen und der Sowjetunion zu entscheiden. Die Sowjetunion konnte nämlich der Tschechoslowakei nur helfen, wenn sie durch polnisches Gebiet marschierte, was bedeutete, dass Polen mehr oder weniger dem sowjetischen Machtzentrum anheimfiel. Die Sowjets würden sicherlich nicht umsonst zu Felde ziehen. Sie würden nach greifbarem Lohn und realer Beute verlangen. Nur in Polen winkte beides. Aber man beugte sich 1938 – so wie man es 1939 wiederum tun wird – vor der polnischen Weigerung, einen Durchmarsch sowjetischer Truppen ins Auge zu fassen. Man sah nach der Auffassung des französischen Botschafters in Moskau, Robert Coulondres, den sowjetischen Wald vor den polnischen Bäumen nicht mehr und hielt ein Land von 30 Millionen Menschen, das zudem durch soziale und nationale Gegensätze innerlich gespalten war, für wichtiger als eine Macht von zweihundert Millionen Menschen. Die Bündnisse Frankreichs mit der Tschechoslowakei und Polen waren ja mit dem deutschen Einmarsch ins Rheinland Makulatur ge-

worden. Vor 1936 wäre das französische Heer jederzeit imstande gewesen, einer von Deutschland angegriffenen Tschechoslowakei oder einem von Deutschland bedrohten Polen unmittelbar zu Hilfe zu kommen. Die Sowjetunion, die ebenso wie Frankreich ein Beistandsabkommen mit der Tschechoslowakei hatte, konnte diese unmittelbare Hilfe nur geben, wenn man sie in Polen Fuss fassen liess. Frankreich musste sich also zwischen seinen Verbündeten entscheiden – zwischen der Tschechoslowakei und Polen, das darauf lauterte, über die Tschechoslowakei herzufallen, und zwischen der Sowjetunion, die darauf lauterte, über Polen herzufallen. Frankreichs Bündnisse gegen das Reich widersprachen einander.

England warf schon sehr früh, im Jahre 1938, den Würfel. Die Entscheidung fiel rasch und sehr bestimmt, dass Grossbritannien wegen des Sudetengebietes einen Krieg nicht führen werde.

Neville Chamberlain, der britische Premierminister, hatte immer die militärische Schwäche Englands, den Krisenzustand der Französischen Republik und die verzweifelnde Lage der Tschechoslowakei vor Augen. Am 20. März 1938 umreist er in einer Tagebuchaufzeichnung die Entscheidung Englands, die im Grunde ein grosses Datum in der deutschen Geschichte ist:

«In die französische Regierung kann man nicht das geringste Vertrauen setzen. Die Russen ziehen insgeheim und verschlagen alle Fäden hinter der Szene, um uns in einen Krieg mit Deutschland zu verwickeln.

Man braucht nur auf die Landkarte zu sehen, um zu erkennen, dass nichts, was Frankreich und wir tun können, möglicherweise die Tschechoslowakei davor bewahren kann, von den Deutschen überrannt zu werden, wenn das Deutsche Reich es will. Wir können daher der Tschechoslowakei nicht helfen. Sie würde nichts als ein Vorwand für uns sein, Krieg mit Deutschland anzufangen. Daran aber dürfen wir nur denken, wenn wir eine vernünftige Aussicht haben darauf, Deutschland in einer angemessenen Zeit auf die Knie zu zwingen, und ich sehe dafür keinerlei Aussichten.» Der Botschafter Seiner Majestät in Berlin, Sir Nevil Henderson, ist überzeugt, dass fortan Mittel- und Osteuropa nach Hitlers Pfeife zu tanzen haben. Nichts als Krieg, aber nicht eine blosses Kriegsdrohung könne Hitler davor abhalten, der Herrschaft Prags über die Sudetengebiete ein Ende zu machen. Gelöst aber werde die sudetendeutsche Frage «durch eine zweite deutsche Niederlage in einem zweiten Weltkrieg» nicht.

Die grosse Versuchung für die Westmächte ist immer, Hitler freie Hand im Osten zu lassen und ihn zu ermutigen, dort Amok zu laufen. Aber sie sehen auch, dass er dort nicht Amok läuft, sondern dass er dort eine grosse, gewaltige Stellung des Reiches fast widerstandslos aufbaut. Wenn wir ihm nicht in die Arme fallen, das ist die Überlegung, dann wird

er für uns alle zu stark geworden sein.

Am 24. April 1938 verkündete die Sudetendeutsche Partei ihre Forderungen in dem sogenannten Karlsbader Programm. Dieses Programm zielte auf die Schaffung eines Drei-Völker-Staates aus Tschechen, Slowaken und Deutschen ab. Die Tschechen sollten aufhören, die einzige Staatsnation zu sein. Die deutsche Volksgruppe wollte als politische und gesetzliche Einheit anerkannt werden. Sie wäre dadurch ein Staat im Staate geworden, und die Tschechoslowakei hätte sich auf diese Weise in einen international kaum noch handlungsfähigen Bundesstaat verwandelt. Der Zweck des Programms war vor allem, wie aus den deutschen Geheimakten hervorgeht, «den Topf am Kochen zu halten». Aber vorerst kam es noch einmal zu Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen Volksgruppe und der tschechoslowakischen Regierung.

Keinem Zweifel unterliegt es, dass die Westmächte die Stärke des Hitler-Reiches überschätzten. Die Westmächte hätten durchaus Hitler übertreten können, wenn sie kühn, tatkräftig und wagemutig vorgegangen wären. Sicherlich wurden sie 1940 geschlagen, aber nicht zuletzt deshalb, weil ihr Verhalten bis dahin den Glauben an ihren Stern und an ihre Sache im Mark zerfressen hatte und weil sie die ganze Welt, die möglichen Verbündeten (die Sowjetunion) und die eigenen Bürger, gelehrt hatten, die Westmächte für so schwach zu halten, wie sie sich selber hielten. Es sprach nichts dafür, den Waffengang auch nur um ein Jahr zu vertagen. Kämpfte man 1939, hätte man auch 1938 kämpfen können. Kämpfte man 1938 nicht, dann galten die Gründe, nicht zu kämpfen, auch 1939 fort. Man konnte Polen so wenig retten wie die Tschechoslowakei. Die Sowjetunion war noch weniger bereit, den Polen zu Hilfe zu kommen als den Tschechen. Hatte man ein Jahr, um zu rüsten, so hatten die Deutschen dasselbe Jahr und noch Triumph und Zuwachs im Osten dazu. Das Verhältnis der Rüstungsstärke veränderte sich in dem einen Jahr auf keinen Fall zugunsten der Westmächte.

Am 21. Mai 1938 gab es einen internationalen Alarm um die Tschechoslowakei. Die tschechische Regierung machte auf Alarmnachrichten hin über einen deutschen Aufmarsch an der tschechoslowakischen Grenze mobil. England und Frankreich führten in Berlin diplomatische Interventionen durch.

Die noch nicht völlig geklärte Affäre löste den Entschluss Hitlers aus und lieferte einen Vorwand. Aber es wäre der Gipfelpunkt der Kindlichkeit, zu meinen, dass die Aktion des Reiches gegen die Tschechoslowakei, die in das grosse aussenpolitische Programm Hitlers gehörte, unterblieben wäre, wenn die tschechische Regierung Hitler nicht «ge reizt» hätte.

Am 30. Mai 1938 legt Hitler als Einleitung zu einer operativen Studie über das militärische Vorgehen gegen die Tschechoslowakei fest:

140 Das Dritte Reich

«Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen.»

Als Zeitpunkt der Aktion nimmt Hitler den 1. Oktober 1938 an. Er erklärt aber auch, dass er sich zur Aktion gegen die Tschechoslowakei nur entschliessen werde, wenn er, wie bei der Besetzung des Rheinlandes und beim Einmarsch in Österreich, der festen Überzeugung sei, dass Frankreich nicht marschiere und damit auch England nicht eingreife. Die Generale und die Diplomaten der alten Schule sind überzeugt, dass es Hitler nicht gelingen könne, ohne ein Eingreifen Frankreichs und Englands die Entmachtung der Tschechoslowakei zu erreichen. Einige Generale vergleichen, wie General Jodl in seinem Tagebuch festhält, Hitler mit Karl XII., jenem Schwedenkönig, der in einem wilden Abenteuer sein und seines Landes Schicksals aufs Spiel setzte.

Aber es ist das diplomatische Geschick Hitlers, auf das der General Jodl sein Vertrauen setzt. Er weiss, dass der Westwall nicht zu halten ist, wenn die Wehrmacht in einen Kampf gegen die Tschechoslowakei verwickelt ist und gleichzeitig Frankreich Deutschland angreift.

Aber dieses Frankreich ist von der Erinnerung an die Hölle aus Blut und Schlamm des ersten Weltkriegs heimgesucht. Ein blutiges Gespenst steht vor der französischen Regierung und lähmt deren Entschlüsse. Der französische Aussenminister sieht vor sich die Gefahr, dass die französische Jugend am Westwall verblutet, der im Herbst 1938 und 1939 nur von einem dünnen Schleier altdienstlicher deutscher Soldaten besetzt ist! Der französische Aussenminister will dieses Risiko nicht eingehen. Seine Erinnerungen geben seine Stimmung gut wieder:

«Machen wir nicht in Heroismus, wir sind nicht dazu fähig. Die Engländer werden uns nicht folgen. Es ist ja recht schön, sich als Gendarm Europas aufzuführen, aber dazu sind andere Dinge nötig als Pistolen, Handschellen aus Stroh und Gefängnisse aus Pappe ...

Wenn werden wir aufhören, zu sagen und zu glauben, dass Deutschland blufft, dass seine Armee mittelmässig ist, seine Rüstung ungenügend und dass Frankreich nur mit der Faust auf den Tisch zu hauen braucht, damit dieses trügerische Gebilde des Hitlerregimes wie ein Kartenhaus zusammenbrüche?»

Am 12. September hält Hitler eine grosse Rede vor dem Reichsparteitag. Alle Menschen halten diese Rede für das Schicksal. In Prag haben die Menschen ihre Gasmasken neben sich liegen, als sie diese Rede über den Rundfunk anhören. Alle Zuhörer sind sich einig darüber – die Botschafter Grossbritanniens und Frankreichs vor allem –, dass die Stimme Hitlers nie so hasserfüllt gewesen sei. Die sogenannte Nation der Tschechen, so sagt Hitler, sei geschaffen worden, um deutsche Städte und Industrieanlagen im Falle

des Krieges zu bombardieren. Der Ewige habe nicht sieben Millionen Tschechen geschaffen, damit sie drei Millionen Deutsche unterdrücken dürften. Hitler verkündete erneut, dass er nicht mehr sehr lange zusehen werde, wie die Sudetendeutschen unterdrückt würden:

«Ich werde die Unterdrückung der Sudetendeutschen nicht endlos mit ansehen. Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos noch verlassen.»

Am Abend des 12. September brechen im Sudetengebiet Unruhen aus. Die tschechischen Behörden vermögen die Ordnung rasch wiederherzustellen. Aber die Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe werden von den sudetendeutschen Unterhändlern befehlsgemäss als Vorwand genommen, die Verhandlungen abzubrechen und der tschechischen Regierung ein Ultimatum zu stellen, das im Grunde von dem tschechischen Staat verlangt, das Sudetengebiet zu räumen.

Die tschechische Regierung, vor die Wahl gestellt, Selbstmord zu verüben oder ermordet zu werden, lehnt das Ultimatum ab. Der amerikanische Journalist Shirer hat in seinem Buche «Berlin Diary» die Szene im Ambassador-Hotel geschildert. Alle erwarten für die nächsten Stunden den Angriff auf Prag aus der Luft. Shirer erhält von seiner Zeitung ein Telegramm:

«Kriege brechen im Morgengrauen aus. Seien Sie am nächsten Morgen in Prag.»

Kriege brechen in der Tat im Morgengrauen aus. Aber der Morgen graute noch lange nicht, an dem Hitler den Ausbruch seines Krieges vorgesehen hatte. Die Mächte fürchteten immer, Hitler zu einem Gegenangriff auf die Tschechoslowakei zu provozieren. Dabei waren die Vorbereitungen der Wehrmacht so angelegt, dass der Krieg gar nicht vor dem 1. Oktober 1938 ausbrechen konnte.

Der Staatssekretär von Weizsäcker hat noch am Tage des 13. zu dem Hohen Kommissar des Völkerbundes für Danzig, Carl J. Burckhard, gesagt:

«Die Engländer müssen so rasch als möglich jemand schicken, damit man reden kann. Aber keine allzu hochgestellte Persönlichkeit, keinen Premierminister, keinen allzu höflichen Engländer der alten Schule. Kommt Chamberlain, so triumphieren die Kerle und sagen: «Der Engländer frisst uns aus der Hand, er ist zu Kreuze gekrochen? Chamberlain ist zu gut für diese Leute. Sie sollten einen energischen Militär schicken, der, wenn es sein muss, auch schreien und mit dem Reitstock auf den Tisch schlagen kann, einen Marschall mit vielen Orden und Narben, einen Mann ohne viel Prunksucht.»

Am Abend des 13. September aber ist etwas Entscheidendes geschehen. Der erste Minister Seiner Majestät, Neville Chamberlain, hat Hitler eine Botschaft übersandt, dass er zu ihm fliegen möchte, um die Lage zu besprechen. Mussolini sagt an diesem Tage:

«Hitler braucht den Alten nur zu sehen, um zu wissen, dass er die Partie gewonnen hat. Chamberlain weiss nicht, dass sein Auftreten gegenüber Hitler im Gewande des friedfertigen, parlamentarischen englischen Bürgers das gleiche ist, als wenn man einem Raubtier Blut zu lecken gibt. Die Tschechoslowakei ist nur ein Anfang, Hitler wird nicht nur nicht stehenbleiben, sondern er wird Person für Person, Nation für Nation Rache für Versailles nehmen wollen. Besser mit uns als gegen uns.»

Am 15. September fand die Unterredung zwischen Neville Chamberlain und Adolf Hitler auf dem Obersalzberg statt. «Ich sah rasch», so berichtete nachher der englische Premier, «dass die Situation sehr viel kritischer war, als ich angenommen hatte. Ich wusste, dass seine Truppen, Panzer und Kanonen bereit waren, sich auf sein Wort auf die Tschechen zu stürzen, und es war klar, dass rasche Entscheidungen getroffen werden mussten, wenn noch irgend etwas zu retten war.» Hitler erklärte, mit sich reden lassen zu wollen, wenn das Prinzip der Selbstbestimmung von den Westmächten anerkannt werde. Chamberlain erbot sich darauf, nach England zurückzufliessen und sich darüber mit der britischen und französischen Regierung zu verständigen.

Als Neville Chamberlain nach London zurückgekehrt war, fand er dort den Abschlussbericht von Lord Runciman vor, den er als Vermittler nach Prag entsandt hatte. Lord Runciman meinte, dass ein Zusammenleben zwischen Tschechen und Deutschen nicht mehr möglich sei. Die überwiegend deutschen Gebiete des Sudetenlandes sollten unverzüglich an das Reich abgetreten werden.

Die französischen und britischen Staatsmänner, die sich am 18. September 1938 in London trafen, entschieden, der Prager Regierung die Abtretung des Sudetengebietes an das Reich vorzuschlagen. Eine Volksabstimmung, so fürchteten sie, könnte eine Kettenreaktion auslösen. Wenn man die Abtretung des Sudetengebiets auf das allgemeine Prinzip freier Selbstbestimmung gründete, dann mussten sich auch die anderen Völker der Tschechoslowakei zur Stelle melden, und der tschechoslowakische Staat lief dann Gefahr, vollständig auseinanderzubrechen.

Ein neues Blatt aus dem Gesetzbuch für Europa, das in Gestalt des Versailler Vertrages seit 1919 gültig war, wurde nun rausgerissen und weggeworfen. Die Westmächte verkünden das Todesurteil über die Tschechoslowakei, so wie sie 1918 geschaffen worden war. Heute haben wir, so sagte ein englischer Staatsmann am 19. September, den Krieg verloren. Deutschland erscheint wiederzuerstehen – mächtiger und gewaltiger, als es je war. Das 1871 aus der Taufe gehobene Reich streift die Niederlage von 1918 ab – so scheint es – und verwirklicht gleichzeitig die grossdeutschen Träume.

Die Mächte meinen noch, dieser Staat, zu dessen Verstümmelung sie unter dem Druck der deutschen Drohung die Zustimmung geben, wäre bei alledem noch zu erhalten. Grossbritannien erklärt sich nun bereit, den tschechoslowakischen Staat in den neuen Grenzen zu garantieren. Als am 19. Januar der englische und französische Botschafter dem Staatspräsidenten Benesch Mitteilung von dem englischfranzösischen Plan machen, vermag Benesch nur mühsam seine Erregung niederzukämpfen. Es ist der bitterste Tag seines Lebens. Sein Werk bricht zusammen. Der Staat, den er aufbaute, soll zerschlagen werden. Von dem Angebot einer Garantie für den verstümmelten tschechischen Staat spricht er mit Bitterkeit.

Ihr sagt mir in dieser Sekunde – so sagt er ungefähr –, dass ihr die alte Garantie für den tschechischen Staat nicht einhalten könnt. Jetzt zwingt ihr mich zu zerschlagen, was ihr verteidigen wolltet, und im gleichen Atemzug verspricht ihr mir eine neue Garantie. Ihr verzeiht, dass mir der Glaube an die neue Garantie fehlt.

Die Frage der Fragen ist, was die Sowjetunion tun wird. In dieser Frage liegt das deutsche Schicksal beschlossen. Zuweilen besteht die deutsche Geschichte nur noch aus dieser Frage. Seit 1945 hängt es weitgehend vom Krenl ab, ob es Deutschland und eine deutsche Geschichte wieder geben wird. Die Sowjets müssen durch Polen oder Rumänien marschieren, wenn sie wirksam den Krieg gegen Deutschland führen wollen. Dieser Durchmarsch aber bedeutet, das weiss jedermann, die sowjetische Herrschaft über Polen und Rumänien. Wir helfen euch, die Tschechoslowakei zu retten, wenn ihr uns Rumänien und Polen überlasst. Das ist der wahre Sinn der Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Aber mindestens England war nicht bereit, diesen Preis zu zahlen. «Die Vorstellung eines russischen Einfalls in Polen erweckte bei unserem britischen Verbündeten keine lieblichen Gefühle», schreibt der französische Oberkommandierende Gamelin zu dieser Frage.

Grossbritannien war seinerseits entschlossen, unter allen Umständen einen Krieg wegen der Tschechoslowakei zu vermeiden. Und wenn England nicht will – so war es immer in der deutschen Geschichte –, kann es einen Krieg Frankreichs gegen das Deutsche Reich nicht geben.

Die beiden Westmächte erklärten in Prag, dass sie der Tschechoslowakei keinen Beistand leisten würden, wenn nun nach der Ablehnung des französischenglischen Planes ein Einmarsch des Reiches in die Tschechoslowakei erfolge. So unterwirft sich schliesslich die Prager Regierung. Die Engländer raten uns, so heisst es in einer Verlautbarung der tschechischen Regierung, «die Ruhe und den Frieden durch territoriale Opfer zu erkaufen, weil sie uns nicht zur Hilfe kommen könnten».

142 Das Dritte Reich

«Vor fünf Minuten», so heisst es in dem Tagebuch des Generals Jodl, «erhielt der Führer die Mitteilung über die bedingungslose Annahme durch die Tschechen.»

Hitler hat aber inzwischen den Einsatz erhöht. So behandelt er das bisher Erreichte als ein Nichts. Ein gewaltiger Erfolg ist errungen worden; aber Hitler wirft den ganzen Gewinn und sogar die alte Habe noch einmal als Einsatz für ein neues Spiel hin. Die Kriegsgefahr schien beschworen zu sein. Hitler lässt es noch einmal auf den Krieg ankommen. Er will sich mit nichts anderem zufriedengeben als dem sofortigen Einmarsch in das Sudetengebiet und die Westmächte noch einmal vor die Wahl zwischen dem Krieg und dieser letzten Forderung zu stellen. Er hat nie etwas anderes gewollt als die «Endlösung». Er tastet noch immer, ob die militärische Besetzung, die «Zerschlagung», irgendwie geht.

Inzwischen hat Hitler auch die Meute der anderen Nationen von der Leine gelassen, die gleichfalls Forderungen an die Tschechoslowakei zu stellen haben, die Polen, die Ungarn, die Slowaken.

Am Nachmittag des 22. September 1938 begegnen sich der englische Premierminister Sir Neville Chamberlain und der deutsche Reichskanzler Adolf Hitler erneut – diesmal in Bad Godesberg. Der englische Premierminister beginnt die Unterredung in einem fast triumphierenden Ton. Viel hat er mitgebracht – die Zustimmung Frankreichs und der Tschechoslowakei zur Abtretung des Sudetengebietes an Deutschland. Der englische Premier trägt nun einen Plan vor, der diese allgemeinen Grundsätze in die praktische Wirklichkeit umsetzen soll. Ein internationaler Vertrag solle geschlossen werden, der die Modalitäten der Übergabe des Sudetengebietes an das Reich regelt.

Der sowjetisch-tschechische und der französisch-tschechische Beistandspakt, die beide den tschechischen Staat zur Bündnishilfe in einem Kriege der Sowjetunion oder Frankreichs gegen das Reich verpflichteten, sollten durch eine internationale Garantie ersetzt werden. Die Tschechoslowakei werde fortan – so erklärte Chamberlain – ihr Heer nur noch zur Selbstverteidigung gebrauchen dürfen. Es war nicht wenig, was der englische Premierminister vorschlug. Die Tschechoslowakei sollte nunmehr aufhören, ein Hilfsvolk Frankreichs oder der Sowjetunion zu sein. Sie sollte neutralisiert werden. Sie sollte Abschied nehmen von der grossen internationalen Politik, auf deren Bühne Eduard Benesch ei-

ne so prominente Rolle gespielt hatte.

Neville Chamberlain fällt nahezu aus den Wolken, als Hitler erklärt, dass der britische Plan «nicht mehr gehe». Hitler argumentiert mit grosser Entschlossenheit und imponierender Konsequenz, dass die sofortige Besetzung des Sudetengebietes durch deutsche Truppen die Ruhe in dem aufgewühlten Lande am ehesten wiederherstellen und so eine gefährliche Krise abschneiden könne. Neville Chamberlain fährt auf: «Das ist ein Ultimatum.» Hitler aber antwortet mit gekonter Unschild: «Wieso denn, es steht doch Memorandum darüber.» Mit bewährter Meisterschaft stellt er das Reich als benachteiligt und gekränkt dar. Das «Memorandum» der Reichsregierung kann von dem britischen Militärattaché nur auf gefährlichen Wegen über die deutschen und tschechischen Stellungen hinweg nach Prag geschafft werden.

Es ist unerlässlich, so heisst es in dieser Note, «dass die von der tschechoslowakischen Regierung anerkannte Abtrennung des Sudetenlandes nunmehr ohne jede weitere Verzögerung erfolgt unter Übergabe im derzeitigen Zustand, beginnend mit dem 1. Oktober». Der 1. Oktober ist der Tag, den Hitler in den geheimen Denkschriften für die Wehrmacht als den Zeitpunkt der Aktion gegen die Tschechoslowakei genannt hat. Kriege brechen im Morgengrauen aus. Hitler hatte den 1. Oktober als den Termin vorgesehen, an dem sein Tag grauen sollte.

Wird seine Forderung dagegen bewilligt, dann fällt ihm nicht nur das Sudetengebiet in die Hand, sondern auch die unversehrten tschechischen Festungen und das Rüstungsmaterial der Tschechen im Grenzland. Eine solche Operation, die einem Staatskörper ein Stück herausschneidet, kann jedoch nicht über Nacht geschehen, wenn der betroffene Staat nicht zugrunde gehen soll (womit Hitler natürlich rechnete). Für eine Gebietsabtretung in diesem Stil ist ein Mindestmass rechtlicher, finanzpolitischer, wirtschaftlicher, vermögensrechtlicher und nicht zuletzt militärischer Vorbereitungen nötig, die Monate in Anspruch nehmen können.

Die tschechische Regierung lehnt denn auch den deutschen Plan ab. Diesmal haben die Westmächte nicht erklärt, dass sie im Falle der Ablehnung ihr Beistandsversprechen nicht halten werden. Wenige Tage danach aber werden sie doch den Tschechen sagen, dass sie entweder diese Bedingungen anzunehmen haben oder es allein mit den Deutschen abmachen müssen.

Die grosse Kapitulation: München

Godesberg ist der wahre Wendepunkt der deutschenglischen Beziehungen. Chamberlain hält sich für geprellt. Er hat die Tschechen gezwungen, ihren Staat preiszugeben, und die Franzosen, ihre Verbündeten zu verraten. Aber Hitler tut es aufrichtig leid: Es genügt ihm nicht mehr.

Die europäische Lage scheint hoffnungslos zu sein. Die tschechische Regierung hat die neuen Forderungen Hitlers abgelehnt, und die Westmächte haben sich darauf festgelegt, die Tschechoslowakei mit Kriegsmacht zu unterstützen, falls Hitler seine Ziele durch einen Angriff zu erreichen

Das Münchner Abkommen 143

sucht. Die französische Regierung hat schon gleich nach dem Zusammenbruch der Godesberger Verhandlungen die Mobilmachung in die Wege geleitet. Als die Bevölkerung am Morgen zur Arbeit geht, kleben überall die Anschläge des Kriegsministeriums an den Gemeindeämtern und Plakatsäulen. Am 25. September wird die britische Flotte mobil gemacht. Splittergräben werden in den Londoner Parks ausgehoben, Gasmasken ausgegeben. Die illustrierten Zeitungen zeigen Neville Chamberlain und seine Frau auf dem Nachmittagsspaziergang, die Gasmasken umgehängt. Bedeutet all das den Krieg? Krieg wofür? Es mochte Gebot der Staatsklugheit und der Ehre sein, sich zu schlagen, dass die Tschechoslowakei blieb, wie sie war. Aber war es ein einziges Menschenleben wert, den Untergang der alten Tschechoslowakei um eine Woche, um vierzehn Tage aufzuschieben? Der Krieg scheint sinnlos geworden zu sein. Millionen sollen sterben, scheint es, weil die Mächte sich nicht einig sind, ob Hitler das Sudetengebiet gleich oder im Dezember erhalten soll. Es wäre wahrscheinlich der Mühe wert gewesen, für die Erhaltung der Tschechoslowakei zu kämpfen. Aber die Mächte haben sich alle geeinigt, dass die alte Tschechoslowakei nicht weiterbestehen soll. Nun will man den Schatten halten, nachdem man die Sache weggegeben hat, und für ein Phantom kämpfen.

Die Räder scheinen erbarmungslos ineinanderzugreifen. Die tschechische Regierung hat sich darauf festgelegt, den Plan Hitlers abzulehnen.

Die französische Regierung erklärt ohne Unterlass, dass sie marschieren werde, wenn Hitler marschiere. Aber Hitler hat in Frankreich einen mächtigen Verbündeten, die Kriegsangst des französischen Volkes. Eine Linksgruppe erklärt, dass man das französische Proletariat aufhetze, «sich für die Integrität eines Staates zu schlagen, der vor zwanzig Jahren unter Missachtung des Willens der beteiligten Nationen geschaffen wurde». Eine gewerkschaftliche «Aktion gegen den Krieg» verkündet:

«Frankreich darf nicht Millionen von Menschenleben opfern, um den Vertrag von Versailles aufrechtzuerhalten. Man belügt das Volk, wenn man es in den Krieg schickt, um die Tschechoslowakei zu verteidigen. Das erste Opfer eines bewaffneten Konfliktes würde die Tschechoslowakei selber sein.»

In Wahrheit aber wäre jetzt der Augenblick gekommen gewesen, gegen Hitler Front zu machen. Denn jetzt stand man Hitler selbst gegenüber. Die Abtretung des Sudetengebietes entsprach den Forderungen, wie sie im Herzen wohl der Mehrheit des deutschen Volkes seit 1918 bestanden. Die Vereinigung des Sudetengebietes mit dem Deutschen Reich entsprach dem Nationalitätenprinzip, wie man es 1918 als den heiligen Grundsatz für alle Völker Europas verkündet hatte.

Hitler aber verlangte den sofortigen Einmarsch in das Sudetengebiet, weil er das Rückgrat der Tschechoslowakei brechen wollte. Jetzt wurden für den Klarsehenden die eigentlichen Ziele Hitlers offenkundig. Die Tschechoslowakei durfte sich nicht mehr konsolidieren. Von dem Schlage der Verstümmelung taumelnd, sollte sie nicht mehr dazu gelangen, sich zu erholen. Hitler hatte in den Geheimanweisungen an die Wehrmacht nicht von der Befreiung des sudetendeutschen Volkes gesprochen, sondern von der Zerschlagung der Tschechoslowakei. Ihm ging es nur darum, dieses Machtgebilde zu zerstören und für sich selbst ein Aufmarschgebiet zu schaffen. Die Westmächte aber hätten sagen können: Wir haben dem deutschen Volke gegeben, was des deutschen Volkes ist. Jetzt verlangt Hitler, was seines Herzens und was seines Krieges ist.

Doch gaben eben die Westmächte nicht nach, weil sie Hitlers Forderungen im Sudetengebiet für gerecht ansahen, sondern weil sie sich selbst für zu schwach erachteten, Hitler entgegenzutreten. Diese Schwäche der Westmächte bestand fort, auch nachdem Hitler schreiend ungerechte Forderungen erhob.

Am Abend des 26. September 1938 hält Hitler die berühmte Rede im Sportpalast mit jenem Wort, das in Zukunft immer wieder gegen ihn aufstehen wird:

«Wir wollen gar keine Tschechen! ... Es ist die letzte territoriale Forderung, die ich in Europa zu stellen habe, aber es ist die Forderung, von der ich nicht abgehe und die ich, so Gott will, erfüllen werde ...»

Am Morgen des 27. September findet eine entscheidende Unterredung zwischen Adolf Hitler und dem Abgesandten des englischen Premierministers, Sir Horace Wilson, statt. Dabei gibt Sir Horace die Erklärung ab, mit der sich Grossbritannien von seiner Deutschlandpolitik eines Jahrzehnts abwendet. Grossbritannien werde in diesen Krieg eingreifen, wenn Frankreich marschiere.

Aber England ist immer noch nicht entschlossen, den Krieg wahrhaft zu führen, der es schicksalhaft zu ergreifen droht. Der französischen Regierung wird auf eine Anfrage geantwortet, dass die englische Generalmobilmachung und die Entsendung britischer Truppen nach dem Kontinent erst dann in Frage kommen könnten, wenn Frankreich unmittelbar und direkt angegriffen werde.

Am 27. September ist alle Welt der Überzeugung, dass Hitler für den 28. September den Angriffsbefehl gegeben habe. In der Nacht vom 27. zum 28. September teilt der englische Premierminister der tschechischen Regierung diese Nachricht mit. Der französische Außenminister Georges Bonnet hat von diesem Telegramm gesagt, dass sein kalter und amtlicher Ton ihn zu Eis erstaren liess:

«Die Regierung seiner Majestät hat Nachricht, dass deutsche Truppen am 28. September nachmittags zwei Uhr die tschechische Grenze überschreiten werden.»

144 Das Dritte Reich

Das wird zur Folge haben, dass Böhmen versinken wird. Kein Tun irgendeiner anderen Macht wird das verhindern können.»

Auch die Rede, die der englische Premier am Abend des 27. über den englischen Rundfunk hält, atmet die Verzweiflung, die sich gegen ein sinnloses Fatum aufbäumt:

«Wie grauenvoll, phantastisch und unglaublich ist es, dass wir Splittergräben ausheben und Gasmasken anprobieren, nur wegen eines Streitens in einem fernen Land, von dessen Volk wir gar nichts wissen.»

Inzwischen sinkt die Nacht herab, die tragische Nacht, wie sie der französische Aussenminister Bonnet genannt hat. Es scheint die letzte Nacht des Friedens zu sein; aber langsam beginnen in dieser Nacht die Westmächte zurückzuweichen. Die Westmächte geben die Forderung preis, dass die Tschechoslowakei Zeit haben müsse, sich in dem verengten Raum einzurichten, der ihr nach der Abtretung des Sudetengebietes noch bleiben wird. Man gibt sich zufrieden damit, dass die Aushändigung des Sudetengebiets an Hitler – zu den Bedingungen Hitlers! – in Form eines internationalen Vertrages erfolgt.

Die britische Regierung schaltet Mussolini ein. Am 28. September um elf Uhr erfolgt das entscheidende Gespräch zwischen dem Duce und seinem Berliner Botschafter.

Mussolini:

«Hier ist der Duce. Hörst du?»

Attolico:

«Ja, ich höre.»

Mussolini:

«Gehe sofort zum deutschen Reichskanzler, sage ihm, die britische Regierung habe mir ... mitteilen lassen, dass sie meine Vermittlung in der sudetendeutschen Frage annehmen würde. Die Differenzpunkte seien nur gering. Sage dem Führer, ich stände mit dem faschistischen Italien hinter ihm; er möge beschliessen! Aber sage ihm, ich hielte die Annahme des Vermittlungsvorschlages für sehr günstig. Hörst du?»

Attolico:

«Ja, ich höre.»

Mussolini:

«Eile!»

Noch immer hat der britische Ministerpräsident den Eindruck, dass man dem Abgrund mit einer grauenvollen Sicherheit und Schnelligkeit zutreibt. Mitten in seiner Rede im Unterhaus wird ihm ein Zettel hingereicht. Er wirft einen Blick darauf und zerreisst das Manuskript ohne Erklärung. Auf dem Zettel stand die Mitteilung über die vollzogene Abmachung über die Konferenz von München:

«Ich brauche dem Hause nicht zu sagen, was meine Antwort sein wird. Es wird niemand hier im Hause sein, dessen Herz nicht vor Freude erbebt.»

Ein Sturm des Beifalls bricht im Unterhaus aus. Die Augenzeugen berichten, dass das Unterhaus keine derartige Szene mehr erlebt habe, seit Sir Edward Grey am 4. August 1914 die Kriegserklärung an Deutschland bekanntgab.

In der ganzen Welt wechselten Lähmung und ein Aufatmen der Befreiung als Nachwirkung auf den Schritt Chamberlains ab. «Millionen von Müttern werden Sie segnen», schrieb der italienische Botschafter Grandi an den englischen Premier. Das Empire geht betteln, schrieb auf der anderen Seite Shirer in seinem Tagebuch nieder. Mussolini hörte in der Ankündigung Chamberlains den Klang der Totenglocke für das britische Reich.

«Es wird keinen Krieg geben», sagte er zu seinem Schwiegersohn, «aber es ist das Ende des britischen Prestiges. Zweimal ist England in wenigen Jahren zu Kreuze gekrochen.» Die Konferenz zwischen den vier europäischen Staatsmännern trat in München am 29. September 1938 zusammen. Anwesend waren: Benito Mussolini, Adolf Hitler, Edouard Daladier und Sir Neville Chamberlain. Nicht anwesend war die Sowjetunion. Die Tschechoslowakei war fortan so gut wie wehlos dem Deutschen Reich ausgeliefert.

Nur eines scheint der Westen erreicht zu haben. Die Tschechoslowakei besteht als völkerrechtliches Subjekt weiter. Der tschechoslowakische Staat ist noch da. Hitler ist es vorerst nicht geglückt, ihn zu zerschlagen. Dem Buchstaben nach erlangt die Tschechoslowakei sogar mehr Garantien, als sie je in ihrem Dasein besessen hat. Aber diese Garantien waren alle papierner Art, während die realen Garantien, der Festungsgürtel und die Verteidigungslinie, dahin waren.

Die Westmächte haben noch der tschechischen Regierung die Entscheidung der vier Grossmächte über ein kleines Volk mitzuteilen. Der französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, sagt zu dem tschechischen Gesandten in Berlin: «Alles geht vorüber; ein neuer geschichtlicher Augenblick beginnt, und der wird alles in Frage stellen.»

Ein Mitglied der britischen Delegation sagt den tschechoslowakischen Vertretern in München:

«Wenn Sie nicht annehmen, werden Sie Ihre Sache mit den Deutschen allein zu regeln haben.»

Die tschechoslowakische Delegation schliesst ihren Bericht über München mit dem Satz:

«Die Tschechoslowakei mit den Grenzen von 1918 hatte aufgehört zu bestehen.»

Ein grosser weltgeschichtlicher Augenblick fürwahr! Der Versailler Vertrag war tot. Das Deutsche Reich schien nun die Nachfolge des Habsburger Reiches anzutreten. Als dieses Reich 1918 zerbrochen war, hatten die Feinde des Reiches seine Teile an sich gerissen. Alles von der Habsburger Monarchie, die einst die Krone des Heiligen Römischen

We, the German Führer and Chancellor and the British Prime Minister, have had a further meeting today and are agreed in recognising that the question of Anglo-German relations is of the first importance for the two countries and for Europe.

We regard the agreement signed last night and the Anglo-German Naval Agreement as symbolic of the desire of our two peoples never to go to war with one another again.

We are resolved that the method of consultation shall be the method adopted to deal with any other questions that may concern our two countries, and we are determined to continue our efforts to remove possible sources of difference and thus to contribute to assure the peace of Europe.

H. Hitler

Neville Chamberlain

September 30, 1938.

146 Das Dritte Reich

Reiches Deutscher Nation getragen hatte und die noch lange von dem Glanz der Kaiserwürde Nutzen zog, war ausschliesslich an Mächte gegangen, denen der Hass gegen das Deutsche Reich als erster Lebensodem eingehaucht worden zu sein schien.

Vierundzwanzig Stunden später hatten überall die deutschen Truppen die Grenze zwischen dem Reich und der Tschechoslowakei überschritten. Die deutsche Besetzung des Sudetengebietes hatte begonnen. In nur wenigen Tagen war diese Besetzung unter dem Jubel der sudetendeutschen Bevölkerung reibungslos beendet. Von den Festungswerken, die mit das Gerippe der europäischen Ordnung von 1918 bis 1938 gebildet hatten, wehte die «Reichskriegsflagge». Als im selben Raum 1866 preussische Truppen über die österreichischen Armeen bei Königgrätz siegten, rief ein römischer Kardinal aus: «Il mondo casca!» (Die Welt bricht zusammen!)

Auch diesmal, als die böhmische Erde unter dem Marschtritt der deutschen Bataillone erbebte, brach die Welt zusammen. Ein Schlussstein war aus der Ordnung herausgerissen worden, wie sie der Versailler Vertrag errichtet hatte. Aber es war noch mehr geschehen. Der Weg des Deutschen Reiches nach Osten war aufgebrochen worden.

Im europäischen Westen wurde der Widerspruch gegen den Verrat an der Tschechoslowakei erstickt von dem Jubel über die Erhaltung des Friedens. Neville Chamberlain hatte noch in der Nacht zuvor mit Hitler ein Freundschaftsabkommen zwischen Grossbritannien und Deutschland unterzeichnet. Hitler und Chamberlain bezeichneten darin das Münchner Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen «als symbolisch für den Wunsch unserer beider Völker, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen». Auf allen Fragen aber ruhte der Schatten des sowjetischen Problems. Die Tschechoslowakei war 1938 zerbrochen, weil die sowjetische Hilfe nur um den Preis des Durchmarsches der Roten Armeen durch Polen und damit der sowjetischen Festsetzung in Polen zu haben war. Dieser Vertrag von München ruhte auf dem unausgesprochenen, aber allen bewussten Grundsatz der Ausschaltung der Sowjetunion aus den europäischen Angelegenheiten.

Man lässt fürs erste Hitler gewähren, weil man nicht an die Hilfe Stalins appellieren und den Preis nicht bezahlen will, den Stalins Hilfe kosten muss. Der Westen kann es nicht mehr allein mit Hitler aufnehmen. Auf die Dauer aber ist Hitler nur Einhalt zu gebieten, indem der Roten Armee die Tore nach Mittel- und Osteuropa breit aufgestossen werden. Die Schwäche der Westmächte hat es dahin gebracht, dass die Herrschaft Hitlers nur durch die Hilfe Stalins zu brechen ist, und dass der Teufel nur durch Beelzebub ausgetrieben werden kann.

Die Sowjetunion aber wird Rache für München nehmen, indem sie sich mit Hitler verbündet. Die Herren des Kremls

glauben einen eisigen Griff an der Kehle zu spüren. Sie meinen nur, dass die Verständigung des Westens mit Hitler bedeute, der Westen habe sich entschlossen, «Hitler auf die Sowjetunion loszulassen». Die Tage der Intervention scheinen wiedergekehrt zu sein. Das geht alles aus der Rede Stalins vom 10. März 1939 hervor. Diese Rede lässt erkennen, was Stalin bis zum März 1939 gefürchtet hat, bis zu diesem Augenblick, da das Reich zu erkennen gibt, dass es nicht auf einen Angriff auf die Sowjetunion in diesem Augenblick aus ist.

Aber man glaubte gesehen zu haben, wie die Bestie zum Sprunge ansetzte. Da war eine Gefahr am Horizont aufgetaucht, die man mit allen Mitteln beseitigen musste.

Die Führer der Westmächte aber kehrten mit einem Gefühl der Demütigung zurück. Hitler wusste oder ahnte, was sie fühlten. Im Grunde seiner Seele war er überzeugt, dass die westlichen Demokratien ihm den Tag von München nie verzeihen würden. So war er am Tage von München tiefer denn je von dem Eindruck erfüllt, mit der Eroberung im Osten weitergehen und den Kampf um die Macht in Europa bis zum äussersten Ende vorantreiben zu müssen.

Es ist das zweite Mal in unserer Geschichte, seit Disraeli vom Berliner Kongress zurückkehrte, so erklärte Neville Chamberlain, wieder in England, dass aus Deutschland ein «Friede mit Ehren» mitgebracht worden sei. Das Wort war ihm entfahren, als ihm der Jubel der Massen entgegenzuschlug, die sich in einem Rausch der Freude darüber befanden, dass ihnen der Krieg erspart worden war.

In Wirklichkeit aber war Chamberlain von all diesen Stimmungen und Illusionen ziemlich unberührt. Er wurde nicht getäuscht, weder durch Hitlers Versprechungen noch durch die überschwellige Erleichterung Londons. «All das wird in drei Monaten vorüber sein», sagte er zu Halifax, als sich der Wagen durch die Menge vorwärts kämpfte. Chamberlain kehrte aus München mit einem ingrinnigen Entschluss zurück: die englische Rüstung mit leidenschaftlicher Tatkraft zu betreiben.

Nach der Unterredung von Berchtesgaden hatte er zu seinen Freunden gesagt, dass Hitler anomal, unberechenbar und von bösen Ratgebern umgeben sei. Als er zu seinem zweiten Treffen mit Hitler in Godesberg nach Deutschland zurückflog, erklärte er gegenüber seiner engeren Umgebung, er fahre ab, um mit einem wilden Tier zu kämpfen. Er meinte auch, dass ein Mensch in einem solchen Zustand der Hysterie nicht lange leben könne.

Für Hitler bedeutete die britische Aufrüstung ein schockartiges Erwachen aus einem Traum. Er täuschte sich am 13. September 1938, nicht Neville Chamberlain. Die Engländer dachten nicht daran, sich auf die Friedenserklärung vom 30. September zu verlassen.

Winston Churchill sprach im Unterhaus am 5. Oktober 1938

Von München nach Prag 147

bei der Debatte über das Münchener Abkommen einige prophetische Worte aus:

«Das britische Volk sollte wissen, dass wir ohne Krieg eine Niederlage erlitten haben, deren Folgen uns eine lange Strecke Wegs begleiten werden ... Es ist erst der Beginn der Abrechnung. Es ist nur der erste Schluck, der erste Vorgesmack des bitteren Kelches, der uns Jahr für Jahr vorgezistet wird.»

Die Reden der britischen Minister hörten sich alle wie ein Gelöbnis an, dass England es nicht noch einmal widerfahren solle, wehrlos dem Druck europäischer Mächte gegenüberzustehen. Der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevil Henderson, erklärt, dass ihn die Tage vor München und nach

München mit unaussprechlichem Ekel erfüllt hätten. Hätte es Krieg gegeben, dann wäre er wenigstens von dieser verfluchten Stadt, Berlin, wegkommen.

In München bekundeten die Westmächte zum erstenmal, dass sie nicht in der Lage sind, ihre Garantie gegenüber einem der neuen Staaten Mittel- und Osteuropas zu erfüllen. Zum erstenmal gaben sie ein Kernland in diesem Zwischengürtel an, die neu aufsteigenden Grossmächte Osteuropas preis. Eduard Benesch soll am Abend der Münchener Konferenz erklärt haben:

«Von dieser Stunde an beginnt der Niedergang des Westens.»

Von München nach Prag: Zerschlagung der Tschechoslowakei

Die Monate nach dem Münchener Abkommen mussten über das Schicksal Europas und der Menschheit entscheiden. Welche Folgerungen würden die Mächte aus der Münchener Konferenz ziehen? Waren die Bündnisse umgestülpt, und war das bisherige europäische Staatensystem zerbrochen? Gab es eine Chance der Stabilisierung auf Grund der neuen, durch den Münchener Vertrag geschaffenen Ordnung oder war durch die Münchener Konferenz der Schlussstein aus dem europäischen Staatengefüge herausgebrochen worden, so dass es schicksalhaft und unentrinnbar Stück für Stück und Stockwerk für Stockwerk zusammenbrechen musste? Daran hing die Frage, ob der Friede erhalten werden konnte – und wenn nicht, welche weltpolitische Gestalt der kommende Krieg annehmen und welche weltgeschichtlichen Auswirkungen er haben würde. Es hob in der Tat nun in der Welt ein gewaltiges Ringen um die Weltbündnisse und die Weltfronten an. Dabei wurde aber entschieden, wo der Krieg ausbrechen, wen und was er zuerst verschlingen und wer den Frieden nach diesem Krieg gewinnen wird.

Eine Anzahl Fragen bestimmt das machtpolitische Bild Europas nach der Münchener Konferenz bis zum Ausbruch des Krieges am 1. September 1939. Diese Fragen verschlingen sich miteinander, bedingen einander, stossen und entzünden sich aneinander. Sie alle zusammen entscheiden, wie die Fronten des heraufsteigenden Weltkrieges aussehen und unter welchen weltpolitischen Zeichen er geschlagen werden wird. Bedeuteten die Münchener Abmachungen und die nachfolgende Verständigungen zwischen den Westmächten einerseits und Hitler andererseits, dass sich nun die Westmächte aus Mittel- und Osteuropa zurückziehen werden? Wollen sie Hitler «carte blanche» geben und ihn in Osteuropa Amok laufen lassen? Oder bezeichnete die Münchener Regelung nur die äusserste Grenze, bis zu der die Westmächte Hitler in Mittel- und Osteuropa gehen lassen wollten? Es gibt ferner eine tschechische Frage. Das Münchener Abkommen hat diese offenkundig nicht gelöst.

Der neue Staat kann sich auf der Grundlage der Münchener Abmachungen vielleicht befestigen, es ist aber auch spielend leicht, das Gebäude dieses neuen Staatswesens zum Wanken und zum Einsturz zu bringen. Genug Feuer schwelen noch und können emporlodern, wenn von draussen her hineingeblasen wird.

Die Entscheidung über das Schicksal der Tschechoslowakei hängt wesentlich von der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen ab. Der tschechische Aussenminister hatte am Tag von München gesagt:

«Wir werden nicht die letzten sein.»

Sehr bald stellte sich heraus, dass die Polen die nächsten sein würden. Fast am Tage nach München wirft Hitler, der während der tschechischen Krise das Sudetengebiet als die letzte territoriale Forderung des Reiches bezeichnet hat, die Frage des Korridors und Danzigs auf.

Am 24. Oktober eröffnet der Reichsaussenminister dem polnischen Botschafter, dass nun der Zeitpunkt gekommen sei, um eine grosse Bereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zwischen Polen und dem Reich durchzuführen. Der Reichsaussenminister schlägt vor, dass Danzig zu Deutschland zurückkehre, dass das Reich eine extraterritoriale Eisenbahn durch den Korridor und Polen eine solche nach Gdingen erhalten solle. Das Reich wolle dann die polnischen Grenzen garantieren, und der deutsch-polnische Vertrag werde um ein Vierteljahrhundert verlängert werden.

Hitler ist an Danzig und am Korridor völlig uninteressiert. Ihm geht es nur um die Stellung Polens im Machtssystem des Reiches. Ist Polen bereit, seinen Platz in der «grossen Armee» einzunehmen, die eines Tages zum grossen Krieg gegen die Sowjetunion ausziehen soll? «Das grosse Angebot» ist den Polen ausdrücklich und klar nie gemacht worden. Einmal hat es der Reichsaussenminister gesagt: «Warum hängt ihr so an der Ostsee? Das Schwarze Meer ist doch auch ein Meer.»

148 Das Dritte Reich

Aber die Polen bleiben für diese Anspielungen taub, und das Reich macht nicht einmal deutliche Andeutungen.

Das Gespräch blieb sogleich an Danzig hängen und sollte sich auch bis zum Kriegsausbruch nicht mehr davon lösen. Der polnische Botschafter erklärte sogleich, dass die Vorschläge Ribbentrops über Danzig keine Diskussionsbasis für Polen darstellten.

Das Gespräch verlief zunächst. Die Deutschen zeigten sich nicht sehr unwillig und verstimmt über die polnische Ablehnung. Der französische Botschafter in Warschau meinte, dass Hitler sich damit begnügt hätte, den ersten Absteckpfahl auf den Weg seiner künftigen Forderungen zu setzen. Die Westmächte erfahren nichts von den deutsch-polnischen Verhandlungen, da der polnische Aussenminister Oberst Beck noch immer glaubt und hofft, sich aus einer antideutschen Koalition heraushalten zu können. Noch schreckt er davor zurück, Europa gegen die Deutschen anzurufen.

In jedem Fall wird das Schicksal der Tschechoslowakei durch die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen bestimmt. Kommt es zu einem Machtkampf zwischen Polen und dem Reich, dann braucht Hitler die Tschechoslowakei als Aufmarschgebiet gegen Polen.

Auf der anderen Seite hat die Sowjetunion den Glauben verloren, dass der Westen wahrhaft kämpfen will. Alle Äusserungen der Sowjetunion laufen auf die Formel hinaus, dass man nicht anderen Mächten die Kastanien aus dem Feuer holen werde.

Die Sowjetunion war in München aus dem Konzert der Mächte ausgeschlossen worden. Es sah aus, als wollten die Westmächte Hitler freie Hand im Osten geben. Stalin hat nachher gesagt, das Sudetengebiet sei der Söldnerlohn für Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion gewesen und die Westmächte seien dann empört gewesen, als sich Hitler nahezu wie ein Zechpreller benommen habe.

In allen Gesprächen der sowjetischen Machthaber klingt es bis zur Stalin-Rede vom 10. März 1939 in eintöniger Weise hervor:

«Der Westen wird nicht kämpfen. Er wird im letzten Augenblick immer wieder abspringen und den andern das Kämpfen überlassen.»

Ein Sowjetfunktionär sagt zu einem Mitglied der französischen Botschaft in Moskau:

«Beinahe hätten wir uns auf eine verfaulte Planke gestellt.» Der stellvertretende Volkskommissar des Äusseren, Potemkin, wiederholt in diesen Tagen mehrmals:

«Polen bereitet seine vierte Teilung vor.»

Wenige Tage später sagt der sowjetische Volkskommissar des Äusseren, Litwinow, zu Coulongre, dass Russland hinter seinen eigenen Grenzen ruhig zusehen könne, wie Deutsch-

land seine Vorherrschaft über Mittel- und Südosteuropa errichte. Frankreich will nun gleichziehen mit England und ein Freundschaftsabkommen mit Deutschland schliessen. Der neue französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, wird beauftragt, diese Freundschaftserklärung vorzubereiten. Die Atmosphäre, in der die Erklärung in Hitlers Teehaus auf dem Kehlstein entsteht, erscheint dem französischen Diplomaten als unheimlich und beängstigend, ein gespenstisches Bild der deutschen Geschichte:

«Im Hintergrund des Kessels erblickt man Salzburg und die umliegenden Dörfer, eingerahmt von Berghängen, mit Matten und Wäldern bedeckt, und darüber erheben sich, so weit das Auge reicht, Bergketten und ragende Gipfel. In unmittelbarer Nähe des Hauses, das im leeren Raum zu schweben scheint, ragt fast überhängend eine steile, kahle Felsmauer auf. In die leichten Dämmer Schatten eines sinkenden Herbsttages getaucht, hat das Bild etwas Grossartiges, Weltfernes, fast Übernatürliches. Der Besucher fragt sich: Ist es Traum oder Wirklichkeit? Er wüsste gern, wo er sich befindet. Ist es die Burg Monsalvat der Gralsritter, der Athos, auf dem sich der Bergmönch in seine Betrachtungen versenkt, ist es der Antineals-Palast, der sich im Atlas erhebt? Ist es die Verwirklichung einer jener phantastischen Zeichnungen, mit denen Victor Hugo den Rand seines Manuskripts ‚Burggraves‘ schmückte, der Einfall eines Milliardärs oder nur der Unterschlupf von Briganten, wo sie ausruhen und ihre Schätze anhäufen? Ist es das Werk eines normalen Geistes oder eines Menschen, den Grössenwahn verfolgt, der, von Machtwillen besessen, die Einsamkeit sucht – vielleicht ein Opfer der Angst?»

Der Botschafter der Französischen Republik ist zwiespältig in seinem Urteil über die Zukunftsaussichten der Politik, die da im Adlerhorst angebahnt wird:

«Ich gebe mich sicherlich keinerlei Illusionen über den Charakter Adolf Hitlers hin. Ich weiss, er ist wechselnd, heuchlerisch, widerspruchsvoll, und auf ihn ist kein Verlass. Derselbe Mensch, der ein gutmütiges Wesen zeigt, Empfindungen für die Schönheiten der Natur und der mir am Teetisch vernünftige Gedanken über europäische Politik darlegte, ist schlimmster Raserei, wildester Erregung, wahnwitziger Pläne fähig. Es gibt Tage, da er vor einer Weltkarte Nationen, Kontinente, Geographie und Geschichte wie ein rasender Weltenschöpfer durcheinanderwirbelt. Und es gibt Stunden, da er träumt, der Stifter ewigen Friedens zu sein, in dessen Schoss er die grossartigsten Denkmäler aufführen wird. Das Entgegenkommen, das er Frankreich zu zeigen geneigt ist, ist ihm von einem Gefühl eingegeben, das er zeitweilig wenigstens mit der Mehrzahl der Deutschen teilt, der Überdross an einem sich Jahrhunderte hinstreckenden Zwei-

Von München nach Prag 149

kampf, der Wunsch, Schluss damit zu machen. Doch zu gleicher Zeit darf man gewiss sein, dass der Führer in seinem Bemühen fortfahren wird, den französischenglischen Block zu spalten und den Frieden im Westen zu sichern, um im Osten die Hände frei zu haben. Welche Pläne wälzt er bereits in seinem Hirn? Ist es Polen, Russland, sind es die baltischen Staaten, die in seinem Geist die Kosten tragen sollen? Weiss er selbst es schon?»

Die Westmächte wussten noch immer nicht, ob sie zu der Garantie stehen sollten, die sie in München gegeben hatten. Frankreich stand vor dem Augenblick, da die Verpflichtungen aus seinem Bündnis mit Polen in der Waagschale der grossen Entscheidungen gewogen werden konnten.

In dieser Situation vollzogen sich die Verhandlungen über die deutsch-französische Freundschaftserklärung, die schon durch ihren «westlichen» Akzent die östlichen Verpflichtungen und Bindungen Frankreichs nicht mehr eindeutig als unmittelbare Lebensinteressen der Französischen Republik anerkannten. Frankreich verzichtete auf die Festlegung, die seiner traditionellen Politik entsprochen hätte, dass ein Angriff auf seine Verbündeten irgendwo als ein Angriff auf das eigene Mutterland anzusehen sei. Das Reich verlangt nicht förmlich die Preisgabe der Ostbündnisse Frankreichs. So brutal klare Konsequenzen zieht man in der Diplomatie nicht. Aber Hitler setzt voraus, dass diese Bündnisse stillschweigend erloschen sind und keine praktische Bedeutung mehr haben. Damit kehrt Hitler zum Locarno-Vertrag zurück, der ja gleichfalls die Grenzen Osteuropas als offene Frage behandelt hat. Indem man die eine Grenze feierlich anerkennt, stellt man die andere in Frage. Hitlers Lösung ist noch immer: Friede im Westen, Krieg im Osten. Aber die Westmächte können kaum glauben, dass Hitler – von Moskau als Sieger heimkehrend und die Reichtümer Osteuropas zu seinen Füssen – Frankreich und England noch als Grossmächte dulden kann. Hitler selber ist nicht mehr davon überzeugt, dass die Westmächte ihm freie Hand im Osten lassen werden, und er fragt sich schon, ob ihm nicht vielleicht die Sowjetunion freie Hand für seinen Krieg gegen Westen lassen werde.

Im Dezember 1938 allerdings glauben die Diplomaten des Reiches noch, dass die deutsch-französische Freundschaftserklärung praktisch den Verzicht Frankreichs auf seine Ostbündnisse bedeute. Der Staatssekretär von Weizsäcker wird im März 1939 sagen, dass Deutschland diesen Freundschaftsvertrag nicht abgeschlossen hätte, wenn es nicht dieser Meinung gewesen wäre. Ich verzichte auf Strassburg, so sagt Hitler im Grunde, gebt mir Prag, Danzig und vielleicht Warschau dafür.

Gleichzeitig aber erhob Italien Forderungen auf Korsika, Nizza und Tunis. Während die Deutschen dabei waren, feierlich auf Elsass-Lothringen zu verzichten, verlangten die

Italiener mit unüberhörbarer Lautstärke Stücke aus dem französischen Territorium. Die Deutschen bäumten sich auf; Ribbentrop sagte in Paris:

«Wir können doch nicht auf Elsass-Lothringen verzichten und dann einen Krieg für Dschibuti führen.»

Die Erklärung vom 6. Dezember 1938 erfährt so unter dem Gewitterhimmel des Jahres 1939 eine seltsame Beleuchtung. Das Reich verlangt die Anerkennung seines Lebensraumes im Osten und vermag Frankreich nicht einmal den eigenen Lebensraum zu garantieren. Zwar sind die Forderungen Mussolinis bei den eigentlichen diplomatischen Verhandlungen ziemlich bescheiden. Zwar mag das Reich den Lärm in der italienischen Öffentlichkeit missbilligen. Aber Hitler kann sich nicht mehr von dem Bündnis mit Italien lösen und förmlich die Ansprüche Mussolinis nicht billigen. Das Mutterland Frankreichs selbst ist bedroht, und es ist nicht dadurch zu retten, dass Frankreich nicht für Danzig sterben will.

Grosse Völker können nicht dadurch den Angriff von sich ablenken, dass sie mimen, ein kleines Volk zu sein.

In Hitlers Programm steht daher noch immer der Krieg gegen Frankreich. Er verspricht Frankreich jetzt den Frieden, auf dass es zuletzt und allein geschlagen werden kann. Nie erfüllt sich mehr die Vorhersage des sowjetischen Volkskommissars Litwinow, dass der Angreifer durch einen Nichtangriffspakt nur immer verspricht: Dich fresse ich zuletzt. Frankreich zu zerschlagen, das wird daher als das Hauptziel der gemeinsamen deutsch-italienischen Kriegführung in einer Denkschrift der Wehrmacht angegeben, die fast gleichzeitig mit der Unterzeichnung der deutschfranzösischen Erklärung abgefasst wird. Ausdrücklich wird gesagt, dass die Führung des Reiches einen Krieg mit Frankreich auch vor der Niederwerfung Polens für möglich hält.

Die deutsch-französische Erklärung wurde in Paris am 6. Dezember 1938 unterzeichnet. Ernst gemeint wäre sie ein grosses Ereignis in der europäischen Geschichte gewesen. Nie hat eine deutsche Regierung so feierlich auf Elsass-Lothringen verzichtet, wie es in dieser Erklärung geschah. Die beiden Staaten versicherten feierlich, dass die bestehende Grenze zwischen ihnen endgültig sein solle.

Die Erklärung vom 6. Dezember ist nichts Gleichgültiges und Geringes. Wieder einmal träumen die Menschen, ein Jahrtausend deutsch-französischen Kampfes habe ein Ende gefunden. Hitler weiss genau, was er von Frankreich fordert. Frankreich soll seine östlichen Bündnisse, seine grosse Politik, im Grunde sich selbst abschreiben.

Im Augenblick ist es aber noch immer die Hoffnung der Westmächte, dass das Gewitter gegen Osten abziehe und der Sturm der nationalsozialistischen Eroberung sich auf die Sowjetunion entlade.

150 Das Dritte Reich

Der Botschafter der USA in Paris meint, es sei der Wunsch der demokratischen Staaten, dass es im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Russland komme. Es könnte sein, dass sich Deutschland dabei zu weit von seiner Basis entferne und zu einem langen und schwächenden Krieg verurteilt werde. Dann würden die demokratischen Staaten Deutschland angreifen und zu einer Kapitulation zwingen.

So berichtet es auch der französische Botschafter in Berlin, Coulondeur:

«Der Expansionswille des Dritten Reiches in östlicher Richtung scheint mir in der Tat festzustehen, ebenso wie sein wenigstens zeitweiliger Verzicht auf jede Eroberung im Westen; das eine ergibt sich aus dem anderen. Der erste Teil des Programms Herrn Hitlers, die Einverleibung des ‚Deutschtums‘ in das Reich, ist im Grossen und Ganzen verwirklicht; nun schlägt die Stunde des ‚Lebensraums‘.

Doch fehlt es nicht an warnenden Stimmen, die eine deutsch-sowjetische Verständigung für möglich halten und die es für wahrscheinlich ansehen, dass Hitler sich auf den Westen stürzt (nach der kleinen Operation der Niederschlagung Polens).

Offenkundig ist bereits, dass die Sowjetregierung fast um jeden Preis einen Krieg mit dem Hitler-Reich ausweichen will. Das macht besonders die Rede Stalins vom 10. Mai 1939 offenbar, worin mit einem zwiespältigen Nachdruck gesagt ist, dass die Sowjetunion anderen Mächten nicht die Kastanien aus dem Feuer holen wolle.

Nach und nach gewinnt Hitler die Überzeugung, dass sich Stalin weder in Prag noch in Warschau die Finger verbrennen will. Zwei Tage nach der Rede Stalins trifft Hitler den lange reifenden Entschluss, die Besitzergreifung der Tschechoslowakei zu wagen und dadurch gegen Polen aufzumarschieren.

Als die Westmächte zum erstenmal von der Tschechoslowakei die Zustimmung zu ihrer eigenen Aufteilung verlangten, versprachen sie, den Rest des Staates zu schützen und zu garantieren. Auf dem Papier war es die erste Garantie und die erste Beistandsverpflichtung, die England gegenüber einem osteuropäischen Staate einging. Die Westmächte hatten geglaubt, dass man die Tschechoslowakei retten könne, indem man den mächtigsten Nachbarn, das Reich, zufriedenstelle. Aber nun stürzte sich die Meute der umliegenden Völker auf die Tschechoslowakei, die Ungarn und die Polen, und einzelne Gruppen der Slowaken witterten Morgenluft. Die Polen waren die ersten, die versuchten, die ganze Völkerwelt an ihrer Südflanke noch einmal durcheinanderzuwirbeln und so entscheidend die Grundlagen zu erschüttern, auf denen das eigene Dasein ruhte. Der Bergtruch sei längst im Gange, so sagten sie, und wer nicht mitgehe, werde zermahlen. Der französische Botschafter in Warschau aber warnte den polnischen Aussenminister: die Bestimmungen über Danzig und den Korridor stehen im Versailler Vertrag fast

auf demselben Blatt wie die über das Sudetengebiet und die Tschechoslowakei.

Die «Erledigung der Rest-Tschechei» wird im Generalstab des Deutschen Reiches noch immer als eine Aufgabe behandelt und durchgeprobt. Die Anweisungen werden aufgesetzt, wie diese Liquidierung gegebenenfalls durchzuführen sei. Man spricht zwar von einer «Eventualität». Aber all die Eventualitäten Hitlers sind immer Wirklichkeiten geworden: Der «Fall Weiss», der «Fall Grün», der «Fall Rot», der «Fall Barbarossa». Immer unterliegt Hitler der Verzauberung durch die eigenen Pläne und dem Phantom der Eventualitäten, die er sich ausgemalt hat.

Am 14. März 1939 erklären die Slowaken ihre Selbständigkeit. Am Tage darauf erkannte das Reich den neuen Staat an und stellte ihn unter seinen Schutz; aber das war nur der Auftakt.

Es ist jedoch nicht so, dass Hitler auf Prag marschiert, weil die Slowakei durch den Abfall von Prag einen Vorwand liefert. Die Slowakei löst sich vielmehr von Prag, weil Hitler den Marsch auf Prag ankündigt und den Slowaken nahelegt, sie möchten sich doch aus einer zum Tod verdamnten Gemeinschaft fortstellen. Die Slowakei müsse sich überlegen, ob sie in den Untergang der Tschechei hineingerissen werden wolle.

Die tschechische Regierung spürt den Schatten, der sich über ihr Land legt. Sie macht nun die äussersten Vorschläge, um Hitler umzustimmen und das Schicksal aufzuhalten. Sie sei bereit, einen von der Reichsregierung benannten Minister ins Kabinett zu nehmen (wohl das äusserste Zugeständnis, das in Europa eine Regierung der andern gemacht hat, nämlich einen Minister förmlich durch eine andere Regierung benennen zu lassen), die Demobilisierung der Armee genau nach den deutschen Wünschen durchzuführen und die engste wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit zwischen dem Reich und der Tschechoslowakei herzustellen. Aber am Kopfe der Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrates Altenburg über die Unterredung steht: «Führer desinteressiert.»

Erst am 14. März stimmt die Reichsregierung einem Besuch des tschechischen Staatspräsidenten Hacha in Berlin zu. Die Unterredung dauert bis in die Morgenstunden des 15. März hinein. Aber bereits marschieren deutsche Truppen. Der tschechische Staatspräsident hat nur einen unwiderprüflichen Entschluss Hitlers zur Kenntnis zu nehmen. Die deutschen Truppen sind schon auf dem Marsch und können auch nicht mehr zurückgerufen werden, selbst wenn Hitler es wollte. Widerstand könne nur zu einem schrecklichen Blutbad und zur Vernichtung der Tschechoslowakei führen. Der Reichsmarschall droht in diesem Zusammenhang mit einem Luftangriff auf Prag. Es ist offenkundig, dass Widerstand sinnlos ist. Hacha gibt im Rahmen seiner Vollmachten auch die entsprechenden Befehle nach Prag, den einrückenden deut-

Von München nach Prag 151

Der Führer und Reichskanzler hat heute in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Dr. Hacha und de:

tschechoslowakischen Außenminister Dr. Chwalkowsky auf

deren Wunsch in Berlin empfangen. Bei der Zusammenkunft ist die durch die Vorgänge der letzten Wochen auf dem bisherigen tschechoslowakischen Staatsgebiet entstanden ernste Lage in voller Offenheit einer Prüfung unterzogen worden. Auf beiden Seiten ist übereinstimmend die Überzeugung zum Ausdruck gebracht worden, daß das Ziel alle Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Teile Mitteleuropas sein müsse. Der tschechoslowakische Staatspräsident hat erklärt, daß er, um die sem Ziele zu dienen und um eine endgültige Befriedung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschlusse Ausdruck gegeben, daß er das tschechische Volk unter den Schutz des Deutschen Reiches nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäße auto nome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleisten wird.

Zu Urkund dessen ist dieses Schriftstück in doppelter Ausfertigung unterzeichnet worden.

Berlin, den 15. März

14
Ribbentrop

Dr. Hacha
S. H. H. H.

152 Das Dritte Reich

schen Truppen keinen Widerstand entgegenzusetzen. Aber dem Staatspräsidenten der Tschechoslowakischen Republik wird auch eine Erklärung vorgelegt, dass er das Schicksal des tschechischen Volkes vertrauensvoll in die Hände des Führers der Deutschen Reiches legen solle.

Zu einer Erklärung dieser Art hatte der tschechische Staatspräsident keine Vollmacht, und er hätte auch durch ein «Nein» keine deutschen Repressalien provoziert, die Hitler als Blossstellung vor der Welt wie die Pest fürchten musste. Die sowjetische Protestnote sagte nachher mit Recht, dass es keine Staatsverfassung der Welt gäbe, die es dem Staatspräsidenten erlaube, auf die Unabhängigkeit der Nation Verzicht zu leisten. Hitler machte aber einige Versprechungen über die nationale Selbstverwaltung der Tschechoslowakei, und Hacha meinte, eine Chance nützen zu müssen. «Heute wird man mich verfluchen, in wenigen Jahren wird man mich verstehen, und in fünfzig Jahren wird man erkennen, dass es ein Segen für das Land war.»

Hacha hat in der Tat das tschechische Volk gerettet, als er den Befehl gab, keinen Widerstand zu leisten. Das übrige aber war Illusion und Täuschung.

Der neue Fenstersturz von Prag war geschehen. In den verwirrenden Morgenstunden des 15. März wurde die europäische Ordnung umgewälzt wie seit Jahrzehnten nicht.

Am 16. März verkündete Hitler vom Prager Hradschin aus die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren. Der letzte östliche Zipfel des zerschlagenen Staates, die Karpato-Ukraine, kam an Ungarn.

Mit dem 15. März 1939 war der moralische Bruch zwischen den Westmächten und Hitler offensichtlich. Im Jahre 1938 mochte der Friede auf der Grundlage einer nahezu hegemonialen Stellung des Reiches in Mitteleuropa noch möglich erscheinen. Aber sie war Hitler nicht genug. Er sah in jeder territorialen Revision nur noch die Aufmarschbasis für die nächsten Unternehmungen. Er dachte nur noch in Divisionen und strategischen Vorteilen. Am Anschluss interessierte ihn nur die Chance, nach der Besitzergreifung Österreichs die tschechischen Festungen zu umgehen. Wo er «Studentendeutsche» sagte, meinte er die tschechischen Festungen im Sudetengebiet. Der Anschluss bedeutete für ihn den Aufmarsch gegen die Tschechoslowakei, die Angliederung des Sudetenlandes, den Aufmarsch gegen das tschechische Kerngebiet, die Überwältigung der Tschechen, den Aufmarsch gegen Polen, die Unternehmung gegen Polen, den freien Rücken für einen Krieg gegen den Westen und die Aufmarschbasis gegen den Osten. Die 1938 ausgelöste Lawine war nicht mehr aufzuhalten.

Kein Ereignis der vergangenen Jahrhunderte verdient so sehr als Katastrophe bezeichnet zu werden wie der zweite Weltkrieg. Keine geistige Umwälzung kein Krieg, keine Revolution haben die Welt so von Grund aus verändert wie er. Jahrhundertalte Ordnungen sind durch ihn zusammengebrochen. Die deutschen Volksgrenzen im Osten sind auf den Stand des Jahres 1'000 zurückgeschraubt. Die europäische Herrschaft über Asien, die ein halbes Jahrhundert alt ist, versinkt als Folge dieses Weltkrieges. Die internationale Ordnung ist durch die Heraufkunft zweier Kolosse, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, bis zur Unkenntlichkeit verändert. Man muss sich vorstellen, dass heute das Regiment innegehabt wird von Mächten, die vor einigen hundert Jahren als Staaten vierten oder fünften Ranges in der Weltpolitik behandelt wurden, von Emporkömmlingen, von denen man in vergangenen Jahrhunderten nur eine verschwommene Ahnung hatte. Beide, die Sowjetunion und Amerika, sind Kolonialmächte, Ableger des alten Europa. Der Schwerpunkt der Welt hat sich verändert. Das alte Kerngebiet der Neuzeit, das europäische Festland, ist ein Anhängsel geworden und in Gefahr, zerrieben zu werden durch die grossen, jäh hereinrauschenden Randgebiete.

Die Hitlerische Aussenpolitik trug bis zum Einmarsch in Prag die Maske zweier grosser Prinzipien: Diese Prinzipien waren erstens die Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung durch die Beseitigung des Versailler Vertrages mit allen ihren militärischen Konsequenzen, das heisst der Erhebung Deutschlands zu einer mindestens mit den Westmächten gleichwertigen militärischen Macht, und zweitens die Vereinigung aller in einem geschlossenen Siedlungsraum lebenden Deutschen Mitteleuropas zu einem «grossdeutschen» Nationalstaat. Man kann es deuten, wie man mag, ob als Erlangung des lebendigen Machtwillens oder als überlegene europäische Einsicht: im Augenblick der Machtergreifung Hitlers hatte der deutsche «Revisionismus» die geistige Herrschaft über die angelsächsische öffentliche Meinung angetreten. Aller Protest gegen Hitlers Aktionen in den Jahren 1935 bis 1938 (die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Besetzung des Rheinlandes, die Besetzung Österreichs, die Aneignung des Sudetengebietes) hatte sich sehr viel mehr gegen die Form als gegen den Inhalt gerichtet. Kein massgeblicher Engländer glaubte noch daran, dass es einen Krieg wert sei, die europäische Ordnung des Versailler Vertrages zu verteidigen. Die öffentliche Meinung mindestens Englands war von der Überzeugung beherrscht, dass Deutschland nach 1919 «Unrecht widerfahren sei». Das alles war verweht wie welkes Laub und Papierfetzen im Winde.

Englands grosse Wendung: Die Garantie für Polen

Der Einmarsch Hitlers in Prag war eine Kriegserklärung. Für die Einfügung der durch den Vertrag in München lebensunfähig gewordenen und seit einem Jahrtausend dem Reich zugeordneten Tschechoslowakei in den deutschen Machttraum liessen sich tausend Dinge sagen, und sie wurden gerade von den Tschechen gesagt. Aber dafür hätte es viele Wege gegeben, bei denen Hitler sein Gesicht und das der westlichen Staatsmänner hätte wahren können. Aber das Vorgehen Hitlers am 15. März 1939 bewies, dass sein Sinn auf grössere Dinge aus war als auf die Besitzergreifung der Prager Burg. Hitler richtete sich – das bekundete er durch sein Vorgehen – auf die grossen Machtkämpfe ein. Wenn er Krieg im Sinn hatte, konnte er in der Tat die Tschechoslowakei nicht unbesetzt lassen. Er weiss, dass die Tschechen sich nur so lange unterwerfen, als alles gut für das Dritte Reich steht. Bei jedem Rückschlag musste Hitler mit tschechischen Unruhen hinter seinem Rücken rechnen. Zunächst glaubte die britische Regierung an einen Zerfall der Tschechoslowakei von innen heraus. Der britische Premier, Neville Chamberlain, erklärte am 15. März im Unterhaus, dass der Staat, dessen Grenzen England garantieren wollte, von innen her zerbrochen sei. Grossbritannien könne sich daher nicht länger an sein Garantieversprechen gebunden erachten.

Aber wenige Tage später schon begriff die Welt, was die Besetzung Prags wirklich bedeutete. Bis jetzt, so schrieb der sehr deutschfreundliche britische Botschafter in Berlin, seien «die Angliederungen» des Reiches (Österreich, Sudetenland, Memel) durch das nationale Selbstbestimmungsrecht zu begründen gewesen. Jetzt aber habe das Reich die Piratenflagge aufgezogen:

«Nach Prag hörte der Nazismus auf, national und völkisch zu sein, und wurde erobernd und verbrecherisch.» «Deutschland ist das Land der Papierfetzen», schreibt der französische Botschafter in Berlin.

Die Rede, die der britische Premierminister, Neville Chamberlain, am 17. März, zwei Tage nach dem Gewaltstreich Hitlers, in Birmingham hielt, zeigt den Wandel der britischen Haltung blitzartig auf. Das Vorgehen Hitlers, ruft Chamberlain aus, erscheine als der erste Schritt zu dem Versuch, die Welt durch Gewalt zu beherrschen. Das war der Ton der Pitts, der Marlboroughs, der Führer Englands im ersten Weltkrieg, all derer, die gegen die erobernden Grossmächte des Kontinents aufgestanden waren. England rüstete sich wie immer in den letzten Jahrhunderten zum Kreuzzug gegen den Staat in Europa, der eine Übermacht auf dem Kontinent begründen wollte,

«gegen die Freiheit, die wir seit Hunderten von Jahren geniessen.»

Auch die Sowjetunion protestierte:

«Der Sowjetregierung ist keine Staatsverfassung bekannt, die das Staatsoberhaupt ermächtigt, die unabhängige Existenz des Landes als eines Staates ohne die Zustimmung seines Volkes zu beseitigen.»

Als Handlung zügelloser Gesetzlosigkeit und willkürlicher Gewalt wurde das Vorgehen des nationalsozialistischen Staates von der Regierung der Vereinigten Staaten bezeichnet.

Tausend Möglichkeiten scheinen dem Reich offenzustehen. Ein Mitglied des deutschen Propagandaministeriums sagt zu dem französischen Botschafter:

«So viele Möglichkeiten und so viele Wege stehen uns offen, dass wir nicht wissen, wo wir zuerst anfangen und nach welcher Richtung wir uns orientieren sollen.»

Aber die Lage des Reiches ist gebrechlich und gefährdet wie eh und je. Deutschland habe sich, schreibt der französische Botschafter, auf dem Gebiet der Rüstung und durch eine verbesserte strategische Lage einen Vorsprung errungen. Aber nichts habe sich an der Tatsache geändert, dass Deutschland durch eine ungenügende Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln einen langen Krieg nicht durchhalten könne.

«Da die nationalsozialistische Führung», schreibt der französische Botschafter, «Grossbritannien unmöglich die Herrschaft der Meere streitig machen kann, bleiben ihr zwei Wege offen. Entweder die Unterwerfung Südost- und Osteuropas, und vielleicht der skandinavischen Länder, auch weiterhin ohne Unterlass zu betreiben und sich damit auf die eine oder andere Weise der Hilfsquellen dieser Gebiete zu versichern, wodurch sie wenigstens in gewissem Umfange einer Blockade widerstehen könnte. Oder sich auf Frankreich und England zu stürzen, bevor diese beiden Mächte mit Unterstützung Amerikas das Reich auf dem Gebiet der Rüstungen eingeholt und insbesondere die Überlegenheit in der Luft an sich gerissen haben.»

Übertrieben dargestellte Wirtschaftsverhandlungen des Reiches mit Rumänien lösen den Entschluss der Westmächte aus, dem Krieg Hitlers gegen den Westen entgegenzulaufen. Es läuft das Gerücht um von einem deutschen Ultimatum an Rumänien, das sich sehr bald als eine Halluzination der Furcht wieder auflöst wie so manches Gerücht in diesen schicksalsschwangeren Tagen. Immerhin sieht der deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag vom 23. März 1939 eine weitgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rumänien vor. Für die Westmächte erscheint dieser Vertrag wie die Schrift an der Wand.

«An dem Tag, an dem Deutschland über das rumänische Öl verfügt», sagt der französische Ministerpräsident Daladier

154 Das Dritte Reich

am 18. März 1939 zu den Mitgliedern des Kabinetts, «kann es Krieg mit ganz Europa führen.»

Dieser Vertrag zwischen Deutschland und Rumänien enthält zu einem grossen Teil nur Pläne und Wünsche. Diese Wünsche aber sind die Ängste des Westens. England fürchtet, wie der französische Botschafter in Warschau, Noel, schreibt, dass Deutschland die Hand auf das ukrainische Getreide und das rumänische Öl legen, auf das Schwarze Meer, d. h. gegen den Kaukasus vorrücken und binnen kurzem die englische Position im Nahen, ja vielleicht im Mittleren Osten bedrohen könnte. Es ist die grosse Furcht, dass das Reich sich nahezu über Nacht-wenn niemand ihm entgegen-trete – ein gewaltiges Wirtschaftsimperium aufbauen könnte. Die Sowjetunion gilt ja allenthalben als schwach und als nur gebrechliche Schranke. Noch 1941 rechnende führende Militärs der Alliierten (so etwa General Marshall), dass die Sowjetunion binnen kurzem zusammenbrechen werde. Die grosse Schwäche des Reiches ist ja immer seine Stärke: Das Reich ist immer so stark – wenn es seine natürliche Stellung in Europa innehat –, dass es bei freiem Rücken jeweils eine Mächtegruppe niederschlagen kann. Es vermag den Osten niederzuwerfen, wenn es den Rücken im Westen frei hat. Es vermag den Westen zu überwältigen, wenn es den Rücken im Osten frei hat. Keine Mächtegruppe kann es daher in Ruhe abwarten, bis das Reich die andere überwältigt hat. Warten Frankreich und England ab, bis der Osten niedergeworfen ist, dann ist das Reich mühelos in der Lage, England und Frankreich selber niederzuschlagen. Die Stärke des Reiches führt also dazu, dass das Reich mit einer tödlichen Sicherheit in einen Zweifrontenkrieg hineinrennt, wenn es grosse Machtpolitik treibt.

Am 20. März 1939 legte die britische Regierung einen Vorschlag eines lockeren Bündnisses zwischen der Sowjetunion, Frankreich, Grossbritannien und Polen vor. Diese Staaten sollten verkünden, dass die Bedrohung der Unabhängigkeit eines jeglichen europäischen Staates als eine Bedrohung des europäischen Friedens anzusehen sei, und für diesen Fall die Verpflichtung übernehmen, sich gegenseitig zu konsultieren. Der französische Botschafter in Berlin bezweifelte sogleich, ob sich Hitler durch eine reine Konsultation unter den gegnerischen Mächten sehr behindern lassen werde. Auf der anderen Seite reihte sich Russland dadurch offen in die Feindschaft gegen das Reich ein, ohne eine Abmachung über den militärischen Beistand des Westens zu haben. Die Regierung Seiner Majestät wollte jetzt die grosse Koalition gegen das Reich ins Leben rufen. Grossbritannien schien entschlossen, für jedes von Deutschland angegriffene Land, ob im Westen oder im Osten, ob gross oder klein, ob stark oder schwach, ob zu retten oder nicht, das Schwert aufzunehmen. Für England wurde es jetzt nahezu ein Kult und

eine Leidenschaft, neue Verpflichtungen zu übernehmen. Am 21. und 22. März 1939 treffen sich die französischen und britischen Staatsmänner in London. Der britische Aussenminister, Lord Halifax, ist unter den Versammelten der entschlossenste:

«Die Regierung Seiner Majestät glaube, dass es nun gelte, der deutschen Aggression Einhalt zu gebieten, ob gegen Frankreich, Grossbritannien, Holland, Schweiz, Rumänien, Polen, Jugoslawien oder wer es sein mag. Nach Ansicht der Regierung Seiner Majestät gibt es daraus kein Entrinnen mehr.»

Die Franzosen waren nicht so begeistert. Bonnet sagte ganz offen, dass alles keinen Sinn habe, wenn nicht die Sowjetunion Beistand leiste. Neville Chamberlain gab offen zu, dass all die nun von Deutschland bedrohten Staaten von einem fanatischen Hass gegen die Sowjetunion erfüllt seien. Dagegen erwiderte Halifax, dass Frankreich und England handeln müssten, ganz gleich, ob sie damit viel Erfolg hätten, denn Hitler sei der Krieg.

Am 22. März trat Litauen Memel an das Reich ab. Ein weiterer Staat fügte sich der Übermacht des Reiches. Polen dagegen führte am 24. März Mobilmachungsmassnahmen durch.

Der deutsche Staatssekretär v. Weizsäcker meinte nun, man müsse die Polen vor die Frage stellen, ob sie Feind oder Freund sein wollten. Er entwarf eine Note, worin den Polen als Entschädigung für Danzig und den Korridor die Slowakei und Vorrechte in der Ukraine zugestanden wurden.

Hitler dagegen gab dieser Note seine Zustimmung nicht, und Polen ist auch in der Zukunft dieses klare Tauschangebot, Danzig und Korridor gegen Slowakei und Ukraine, nicht mehr gemacht worden.

Die beiden Staaten tauschten nun bereits Erklärungen aus, dass ein Angriff auf den Status von Danzig den Kriegsfall bedeuten werde. Der polnische Aussenminister Oberst Beck sagt dem deutschen Botschafter v. Moltke:

«Der deutsche Reichsaussenminister habe dem polnischen Botschafter erklärt, dass ein polnischer Gewaltakt gegen Danzig für Deutschland den Kriegsfall bedeuten würde. Diese Mitteilung zwingt ihn, auch seinerseits die Erklärung abzugeben, dass ein deutscher Versuch, den Status der Freien Stadt einseitig abzuändern, für Polen den Casus belli bedeuten würde.»

Der Botschafter antwortet:

«Sie wollen auf den Spitzen der Bajonette verhandeln.»

Der Minister erwidert:

«Nach Ihrem System.»

Die Erklärung Becks besagt: Ihr habt bisher auf den Spitzen der Bajonette Politik gemacht. Das werden nun auch wir tun. Das bedeutete im Grunde die Erklärung des polnischen Aussenministers.

Polen wollte dem Reich auf dessen Manier antworten. Nur

braucht man, um dem Tiger auf dessen Art zu antworten, des Tigers Pranke. Hitler hatte offenbar seit Langem die Hoffnung aufgegeben, Polen in sein System einreihen zu können. Im Grunde hatte er schon alles auf den Krieg gegen Polen abgestellt. Am 26. März berichtete die deutsche Presse erstmals – auf genaue Anweisung von Goebbels – von «Ausbreitungen» gegen Volksdeutsche in Polen, die seit Jahren vor sich gingen und die bisher von der deutschen Presse verschwiegen werden mussten.

Doch weigerte sich Polen noch immer, sich in eine aussenpolitische Front zusammen mit der Sowjetunion einzuordnen. Zu einem Vertrag mit Grossbritannien erklärte es sich bereit. Frankreich und England seien so eng verbündet, dass es nichts ausmache, ob man mit Frankreich oder mit England verbündet sei. Deshalb meinte der polnische Aussenminister, Oberst Beck, dass eine Verbrüderung mit England keine Frontwendung gegen das Deutsche Reich in sich schliesse. Frankreich dagegen sieht immer nur Rumänien und hält Polen für gleichgültig, es komme allein auf das Öl Rumäniens an.

So knüpfte jetzt England das Beistandsangebot an Polen an zwei Bedingungen: 1. Polen solle sich bereit erklären, Rumänien zu Hilfe zu kommen, falls dieses angegriffen werde. 2. Polen solle darauf bedacht sein, Vorsorge zu treffen, dass es im Falle eines deutschen Angriffes sowjetische Unterstützung erlange.

Diese beiden Vorbedingungen sind nicht erfüllt worden. Der polnische Botschafter in Paris wendet sich leidenschaftlich gegen den britischen Vorschlag eines Beistandsangebots an Polen:

«Es ist kindisch, naiv und gleichzeitig unfair, einem Staat, der sich in einer solchen Lage wie Polen befindet, vorzuschlagen, er solle seine Beziehungen zu einem so starken Nachbarn wie Deutschland kompromittieren.»

Am 30. März 1939 bot England unter dem Eindruck des Einmarsches in Prag dem polnischen Staat eine Garantie an, seine Unversehrtheit und Unabhängigkeit zu bewahren. Polens Aussenminister, Oberst Beck, entschloss sich, «noch ehe er seine Zigarette ein neuerliches Mal abstreife», diese Garantie anzunehmen. Das Wort Englands, Polens Unabhängigkeit und Unversehrtheit zu erhalten, blieb bis zum heutigen Tag uneingelöst.

Bisher hatte die englische öffentliche Meinung eine Garantie für Polen als Wahnwitz angesehen. Winston Churchill hatte 1919 erklärt, dass der Korridor eine Herausforderung an die Vernunft und an die Geschichte sei.

Man hat das Bündnis auf englischer Seite damit gerechtfertigt, dass England endlich einmal vor dem Krieg erklären wollte, auf welcher Seite es stehen werde. Alle Kriege in Europa seien ausgebrochen, weil England immer Zweifel an seiner Haltung habe aufkommen lassen. Diesmal hätte es nun seine Haltung festgelegt.

Hitler sei gewarnt gewesen. War Hitler gewarnt? Festgelegt hatte sich England ja auch in der tschechischen Frage und hatte sein feierliches Wort gegeben. In der grossen Politik der Welt ist nicht so wichtig, welche Versprechungen die Mächte machen, sondern, was sie davon halten.

Zuletzt wurde das Leben Polens ausgedrückt wie eine zu Ende gerauchte Zigarette. Aus der Knechtschaft des Dritten Reiches wanderte es in die Knechtschaft der Sowjetunion. Dreissig Jahre hatte dieses Polen in Unabhängigkeit gelebt. Dann verlöschte es wieder wie ein Streichholz im Sturm. Oft genug in der Geschichte mussten die beschützenden Mächte erklären, dass man die Toten nicht wieder zum Leben erwecken könne.

Frankreich und Grossbritannien glaubten nicht daran, der Tschechoslowakei und Polen wahrhaft helfen zu können. Der Tschechoslowakei wurde das 1938 von England offen gesagt, weil Grossbritannien damals den Krieg nicht wollte, und den Polen wurde es verschwiegen, weil 1939 England entschlossen war, unter allen Umständen den Krieg gegen Hitler zu führen. Aber England versuchte nicht einmal, Polen zu helfen. Nicht eine Bombe ist auf die militärischen Transporte des Reiches gefallen, die gegen Osten rollten. Während Polen zugrunde ging, warf die RAF Flugblätter wie Konfetti über dem Reich ab. Echte Hilfe für Polen war genauso unmöglich wie eine echte Hilfe für die Tschechoslowakei im September 1938, solange man das «Reich» im Westen als unangreifbar ansah und der Kriegsplan der Westmächte darauf abgestellt war, Deutschland zu einem vermeintlich tödlichen Angriff auf die Maginot-Linie zu zwingen. Polen war die Rolle zugeordnet, im Untergang die Kräfte des Feindes abzunutzen. Es war kaum mehr als ein Kriegsplan, ein Zündholz, das sich verbraucht, indem es die Flamme entfacht.

Über Nacht warf Grossbritannien das Steuer herum und gab ein Beistandsversprechen, das zu erfüllen es noch vor Wochen als unmöglich erklärt hatte. 1938 war es vor dem Krieg davongelaufen und 1939 rannte es hinter ihm her. Winston Churchill schreibt bitter:

«Man kann in all seine Winkel hinein jenes Bild der Verbrechen, der Torheiten und der Erbärmlichkeiten des Menschengeschlechtes verfolgen, das man die Geschichte nennt, ohne dass es möglich wäre, etwas Ähnliches wie diese plötzliche und vollkommene Kehrtwendung zu finden, durch die eine zehn oder sechs Jahre alte Politik der Bequemlichkeit und der Befriedung durch Bestechung fast über Nacht in eine Art Hass umgewandelt wurde, einen offenkundig bevorstehenden Krieg unter den schlechtestmöglichen Bedingungen und in dem grösstmöglichen Rahmen anzunehmen.»

Der französische Botschafter in Warschau denkt gleichfalls sehr kritisch über das Abkommen mit Polen. Ein schwacher

156 Das Dritte Reich

Verbündeter ist schlimmer als kein Verbündeter, so meint er. Er zweifelt an der Fähigkeit Englands und Frankreichs, den Polen wahrhaft zu helfen. Frankreich hätte der Worte Lamartines eingedenk sein müssen, als eine polnische Abordnung von Frankreich die Hilfe der französischen Armeen verlangte:

«Wir lieben Polen. Wir lieben alle unterdrückten Völker; aber wir lieben vor allem Frankreich.»

Am 3. April 1939 erhält die deutsche Wehrmacht den Befehl, ihre Vorbereitungen derart zu treffen, dass sie vom 1. September an für einen Angriff auf Polen bereitsteht.

Der Westen hat keine klare Vorstellung darüber, wie Polen zu helfen ist. Er gibt sich auch Illusionen hin, dass die Sowjets Polen beistehen könnten, ohne es zu erobern. Polen selbst will auch keine «Befreiung» durch die Sowjets nach einer deutschen Eroberung erleben. Der polnische Außenminister weigerte sich, sich mit der Sowjetunion für den Fall eines deutschen Angriffs auf Polen zu verständigen, und er blieb dabei, dass das polnisch-rumänische Bündnis nur für den Fall eines Angriffs der Sowjetunion auf Rumänien gelte. Polen werde – so erklärten die britischen Staatsmänner dagegen – sicherlich einen tapferen Kampf kämpfen. Aber Polen brauche Nachschub, wenn es standhalten wolle. Auf welchem anderen Wege aber könne Polen diesen Nachschub erhalten, ausser über die Sowjetunion? Beck meinte dazu, man könne sich immer noch mit der Sowjetunion verständigen, wenn die Deutschen tatsächlich Polen angriffen. Marschall Pilsudski habe einmal gesagt:

«Wenn wir auch eines Tages kämpfen müssen, so ist das doch kein Grund, dass wir mit dem Gewehr ins Bett gehen.» Der Oberst Beck meint noch immer, er sei einer antideutschen Koalition nicht beigetreten. Der polnische Botschafter in Berlin versichert unablässig dem Staatssekretär von Weizsäcker, dass sich durch das polnisch-englische Bündnis «nichts geändert habe». Weizsäcker berichtet voller Wohlgefallen an sich selber, dass er darauf «mit einem Lächeln» geantwortet hätte.

Die europäische Unruhe wurde weiterhin dadurch geschürt, dass Italien sich bereit machte, Albanien an sich zu reißen. Weizsäcker stellte es in einem Bericht über eine Unterredung mit dem italienischen Botschafter so dar, dass Italien sich als der betrogene und bliamierte Hehler fühle, der im Interesse künftiger Gemeinschaft nun auch seinerseits am Gewinn zu beteiligen sei.

Am Karfreitag 1939 besetzten italienische Truppen Albanien, was keineswegs mit der erbarmungslosen Präzision der Besetzung Österreichs, der Sudetengebiete und Prags durch die Deutschen geschah.

Es war die französische Regierung, die nun die englische Regierung zu einer Garantie für Rumänien und Griechenland

drängte. Ohne das rumänische Öl könne, so wiederholte der französische Ministerpräsident seine Lieblingsidee, Deutschland einen grösseren Krieg nicht auf längere Dauer führen. Der rumänische Botschafter in London gab dem gesunden Menschenverstand Ausdruck: Papiere Abmachungen erübrigten sich. Sollten die Deutschen einen Krieg beginnen, so müssten sie auf jeden Fall die Kontrolle über das rumänische Öl an sich reißen. Rumänien werde also fast unter allen Umständen in einen Krieg verwickelt werden, ob es wolle oder nicht. Wenn die Westmächte es könnten, müssten sie aus eigenem Interesse auf jeden Fall die Deutschen daran hindern, sich der rumänischen Ölfelder zu bemächtigen. Warum soll man sich durch Vertrag verpflichten, etwas zu tun, was man auf jeden Fall tun muss. Trotzdem wurde am 13. April 1939 eine Beistandserklärung Englands und Frankreichs für Rumänien und Griechenland gegeben. Polen hatte seinerseits verlangt, dass der Beistand nur gegenseitig sein dürfe. Den Rumänen und Griechen fehlte aber der Grössenwahnsinn der polnischen Regierung von damals. Einer Grossmacht komme es nicht zu, erklärte Beck, sich einseitig beschützen zu lassen; er forderte, dass dann auch das britische Reich durch Polen verteidigt werden müsse. Rumänien war nüchtern genug, dem Adler nicht die Hilfe des Sperlings anzubieten.

Der Oberst Beck aber spielte ein verzweifeltes Spiel. Er hatte den Beistand Englands angenommen, der gefährlich war, weil sich Polen dadurch nur den Hass Hitlers zuzog und Hitler nur zum Überfall auf Polen einlud, weil England keine Hilfe bringen konnte. Er lehnte auch den Beistand der Sowjetunion ab, der durch seine Wirksamkeit ebenso gefährlich war wie der britische Beistand durch seine Wirkungslosigkeit. Die Westmächte garantierten, wie der französische Außenminister Bonnet mit vieler Bitterkeit feststellte, Russlands Westgrenze, indem sie einen Überfall des Reiches auf Polen und Rumänien zu einem Kriegsfall für sich selber machten. Trotzdem wurden die Beistandserklärungen für Polen, Rumänien und Griechenland in Moskau mit schlechter Laune aufgenommen. Der britische Botschafter in Moskau berichtete am 1. April 1939, dass die Garantieerklärung für Polen durch England vom sowjetischen Außenkommissar Litwinow weder verstanden noch geschätzt werde.

Die sowjetische Regierung lässt auch durchsickern, dass es durchaus nicht ausgemacht sei, dass sie im Falle eines Krieges zwischen Deutschland einerseits und Rumänien und Polen andererseits die letzteren Staaten unterstützen werde. Die Westmächte waren von dem Dogma ausgegangen, dass es das ureigenste Interesse der Sowjetunion sei, die Unabhängigkeit Polens und Rumäniens zu erhalten. Die Sowjetunion sei in der Lage, so erklärte der Kreml, sich innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu verteidigen.

Der französische Aussenminister Bonnet aber gab keine Ruhe. Der Kosakenfall in Ostpreussen habe 1914 den Franzosen geholfen, die Schlacht an der Marne zu gewinnen. Die Kosaken machten in der Tat ein Jahrhundert lang deutsche Geschichte: 1807, 1812, 1848 (Ungarn), 1850, 1914/15. Wir brauchen sie, meinte Bonnet, um mit den Deutschen fertig zu werden. Aber diesmal schienen sie fernbleiben zu wollen.

Die Sowjets erklärten fast höhnisch, dass sie keinen Grund hätten, das Reich zu fürchten, und dass überdies weder Polen noch Rumänien irgendwann und irgendwie um sowjetische Hilfe gebeten hätten.

Die Westmächte hätten, so legt der britische Botschafter in Moskau dar, der Sowjetunion einen Lebensversicherungsvertrag überreicht. Deutschland müsse – gemäss der jetzt bestehenden Bündnisse – auf zwei Seiten kämpfen. Führe Deutschland gegen den Westen Krieg, dann sei es kaum in der Lage, Polen und Rumänien zu überrennen. Die letzteren Staaten bildeten eine Schutzmauer für die Sowjetunion.

Die vierte Teilung Polens: Der deutsch-sowjetische Pakt

Der Aussenminister der Sowjetunion, der Volkskommissar des Äusseren Litwinow, wird im März durch Molotow ersetzt. Jetzt beginnt das grosse Spiel der Sowjetunion, ihr gigantischer Versuch, Hitler ihren Krieg führen zu lassen. Sie ist auf dem Wege, sich mit der Kraft zu verbünden, die bedenkenlos und verwegen genug ist, ihr das Tor nach Europa aufzureissen. Die beiden Mächte, das nationalsozialistische Reich und das bolschewistische Russland, spielen ein tollkühn-verzweifeltes Spiel: Die Sowjetunion wird den Machtanstieg und selbst die östliche Expansion des Dritten Reiches dulden, jenes Reiches, dessen letztes Ziel – wie sie sehr wohl weiss – der gigantische Vernichtungskrieg gegen die Sowjetmacht ist. Sie vertrauen darauf, durch einen Pakt mit dem Reiche jene Gnadenfrist zu erlangen, die sie brauchen, um für den Weltkampf zwischen Berlin und Moskau gerüstet und ihm gewachsen zu sein.

Das Reich Hitlers wiederum ist verwegen und tollkühn genug, der Sowjetunion die Tore nach Europa zu öffnen in dem Wahn und in dem Vertrauen, dass danach das Reich wieder in die Lage kommen wird, die sowjetische Macht mit Stumpf und Stiel auszurotten. So holt sich jetzt Hitler den Bolschewismus zu Hilfe. Er hat weit weniger Bedenken als die Westmächte, weil er das Feuer nicht fürchtet.

Und doch ist noch immer die Furcht vor dem Bolschewismus Hitlers grösster Verbündeter.

Denn es war eine nahezu unmögliche Aufgabe, die Völker Mitteleuropas vor dem nationalsozialistischen Deutschland zu schützen, ohne sie der Macht der Sowjetunion anheimfallen zu lassen.

Am 18. April 1939 schlug immerhin die Sowjetregierung

Führe Deutschland aber im Osten Krieg, dann könne es kaum wagen, über die Sowjetgrenze hinauszugehen, weil es im Rücken von Frankreich und England bedroht werde. Russland könne gut zur Seite stehen und seine Hilfe für die Opfer eines Angriffes auf das einträgliche Geschäft beschränken, dem Angegriffenen Rüstungsmaterial zu hohen Preisen zu verkaufen. Der französische Aussenminister Bonnet erinnert daran, dass der französische Militärattaché in Moskau schon 1936 vorhergesagt habe, die Sowjetunion werde sich bei kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa so verhalten, dass sie «gegenüber einem durch einen erbarmungslosen Krieg ausgebluteten Europa die Rolle des Schiedsrichters zu spielen vermag». Der französische Aussenminister hat auch nicht vergessen, dass der sowjetische Militärattaché in Paris auf die Frage, wie die Sowjetunion Frankreich gemäss den Verpflichtungen des sowjetisch-französischen Bündnisses zu Hilfe kommen könne, einst antwortete: «Indem wir Polen angreifen».

den Westmächten ein Beistandsbündnis vor – eine grosse Gefahr für das Reich und ein gewichtiger Moment in der deutschen Geschichte. Danach sollte der Westen allen Staaten, die an die Sowjetunion grenzten, militärischen Beistand leisten. Die Form des militärischen Beistandes solle genau festgelegt werden. Das gegen Russland gerichtete Bündnis zwischen Polen und Rumänien müsse aufgelöst und eine klare Entscheidung getroffen werden, dass sich das Beistandsversprechen Englands für Polen nur auf einen deutschen Angriff gegen Polen beziehe.

Am selben Tage aber versucht die Sowjetunion, auch nach der deutschen Seite hin Sicherungen zu erlangen, und lässt bei einem gleichgültigen Anlass den sowjetischen Botschafter in Berlin erklären, dass ideologische Meinungsverschiedenheiten kein Hindernis für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland seien. Der Krieg kommt immer näher, der zuletzt einen Schlussstrich unter die deutsche Geschichte ziehen wird. Am 26. April 1939 beschliesst die britische Regierung – gegen den Widerstand der Arbeiterpartei, die immer noch nach Verhandlungen und nach der Mobilisierung ideologischer Kräfte ruft – die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. In einem Gespräch mit dem rumänischen Aussenminister am 19. April 1939 kündigte Hitler faktisch den Krieg an. Beck habe sich den Westmächten angeschlossen und damit sein Schicksal besiegt:

«Wenn England den Krieg will, dann soll es ihn haben. Es wird kein leichter Krieg sein, wie es sich einbildet, auch kein Krieg im alten Stil. England wird nicht mehr die ganze Welt an seiner Seite haben: Mindestens die Hälfte der Welt wird

158 Das Dritte Reich

an unserer Seite stehen. Es wird ein Vernichtungskrieg sein, so wie es sich heute niemand vorstellen kann.»

Das war eine schauerlich richtige Prophezeiung. Vernichtet werden sollte Deutschland.

Der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevil Henderson, war ein Beispiel für die vielen Menschen in Europa, die den Schlangenblick der Frage auf sich gerichtet sahen:

«Wollt ihr für Danzig und den Korridor sterben? Wenn Schottland von England durch einen irischen Korridor getrennt wäre, würden wir mindestens so viel verlangen, was Hitler jetzt verlangt. Ich kann mich nicht dazu bringen, zu glauben, dass die Politik einer Machtprobe jetzt anstatt später irgendeine moralische oder praktische Rechtfertigung hat.»



Josef Beck

In einer Rede vor dem Reichstag am 28. April 1939 kündete Hitler an, dass alle Nichtangriffspakte erloschen seien: das deutsch-polnische Freundschafts- und das deutsch-englische Flottenabkommen.

Durch die Rede Hitlers erfährt die britische Regierung nun auch, dass Deutschland den Polen in den letzten Monaten Vorschläge gemacht hat.

Der polnische Aussenminister, Oberst Beck, hat bisher den Westmächten verschwiegen, dass die Deutschen seit Langem an Polen mit Vorschlägen und Forderungen herangetreten sind. Das britische Auswärtige Amt führt nun eine Untersuchung über den Gang der deutsch-polnischen Verhandlungen durch und gelangt in einer Denkschrift vom 4. Mai 1939 zu der Feststellung, «dass die Polen die ganze Zeit hindurch eine äusserst bemerkenswerte Abneigung an den Tag gelegt hätten, uns die Wahrheit zu sagen.»

«Es graut mir bei dem Gedanken», schreibt der britische Botschafter in Berlin, «dass Danzig auch nur der Vorwand sein könnte, und es graut mir mehr bei dem Gedanken, dass unser Schicksal in die Händen der Polen liegt. Sie sind ohne Zweifel heroisch, aber auch Narren, und fragen Sie jemand, der sie kennt, ob man ihnen trauen kann.» Am 5. Mai 1939 antwortet der polnische Aussenminister Oberst Beck vor dem polnischen Parlament auf die Rede Hitlers. Der deutsche Reichskanzler habe das Tisch Tuch zwischen Polen und Deutschland zerschnitten, weil Polen seine Rechte auf Danzig nicht preisgeben wolle. Die Freiheiten der deutschen Bevölkerung Danzigs seien doch nicht bedroht. Um was gehe es also? Gehe es um das Prestige oder wolle man Polen von der Ostsee abdrängen? Polen habe kein Interesse, die Verbindungen zwischen Ostpreussen und dem Reich zu behindern. Aber es habe auch keinen Anlass, seine Souveränität auf seinem eigenen Grund und Boden (durch eine exterritoriale Autostrasse!) zu beschränken. Der Oberst schloss mit unnachgiebigen und harten Worten:

«Der Frieden ist eine kostbare und erwünschte Sache. Unsere durch den Krieg in Blut getauchte Generation verdient sicherlich eine Periode des Friedens. Doch der Frieden, wie fast alles in dieser Welt, hat einen hohen, aber doch abschätzbaren Preis. Den Begriff des Friedens um jeden Preis kennen wir Polen nicht. Im Leben der Menschen, der Völker und der Staaten gibt es nur ein Gut, das keinen Preis hat: Die Ehre!»

Der neue sowjetische Aussenminister, Molotow, aber beglückwünscht am 7. Mai in einer Unterredung mit dem polnischen Botschafter in Moskau Oberst Beck zu seiner Rede. Besonders der Passus über die Ehre habe ihm Eindruck gemacht. Es wird noch kein halbes Jahr vergangen sein, und die sowjetischen Heere werden sich über Polen stürzen, um jenem Lande den Fangschuss zu geben, das sich – von der Sowjetunion beglückwünscht – für seine Ehre schlagen wollte.

Im August erfuhren die Italiener, dass Hitler Krieg im Auge hatte. Im Mai noch war den Italienern zugesichert worden, dass ein grosser Krieg vor drei Jahren nicht in Frage komme. Jetzt benützt Hitler örtliche Konflikte in Danzig und hochfahrende Massnahmen der Polen, die man auch in London als unklug ansieht, um den Gegensatz zwischen dem Reich und Polen hochzuspielen. Bei einer Unterredung mit dem Reichsaussenminister auf Schloss Fuschl erfährt der italienische Aussenminister, Graf Ciano, dass keine Hoffnung mehr bestehe, einen Krieg des Reiches mit Polen zu vermeiden. Der Bericht Cianos über das Gespräch wurde viel angezweifelt, aber er hat die innere Glaubwürdigkeit für sich, zumal Hitler am folgenden Tage dasselbe sagen wird wie Ribbentrop.

«Nun also, Ribbentrop», fragte ich, während wir nebenein-

ander durch seinen Garten spazierten, «was wollt ihr? Den Korridor oder Danzig?» «Jetzt nicht mehr», dabei glitzerte er mich mit seinen eiskalten Augen an, «wir wollen den Krieg.» Auf dem Obersalzberg sollte am Tage danach der Graf Ciano die Stimme hören, deren Echo er in Fuschl aus dem Munde Ribbentrops vernahm. Hitler denkt nur an Krieg. Polen soll erledigt werden, nicht wegen Danzigs, nicht wegen des Korridors (ebensowenig wie die Tschechoslowakei wegen des Sudetengebietes), sondern weil Polen – so wie die Tschechoslowakei – als ein potentieller Verbündeter des eigentlichen Gegners erscheint. Es sei überhaupt das Beste, führt Hitler aus, wenn die falschen Neutralen einer nach dem andern liquidiert würden. Das liesse sich verhältnismässig einfach durchführen, wenn jeweils der eine Partner der Achse dem anderen, der gerade einen der unsicheren Neutralen erledigte, den Rücken decke.

o berichtet über die Unterredung von Salzburg: «Hitler ist unzugänglich und unerschütterlich in seinem Entschluss. Er spricht stehend, im grossen Empfangszimmer seines Hauses, vor einem Tisch, auf dem einige Landkarten liegen. Er beweist wirklich tiefe militärische Kenntnisse. Er spricht sehr ruhig und erregt sich nur, wenn er uns rät, so bald als möglich Jugoslawien den Gnadestoss zu versetzen ... Er hat beschlossen zuzuschlagen, und er wird zuschlagen. Unsere Einwände vermögen ihn nicht im Geringsten davon abzuhalten.» Graf Ciano kocht vor Zorn. Man habe, so legte er in mannigfachen Berichten an den Duce dar, Italien in ein Bündnis hineinge-lockt, indem man ihm weismachte, dass das Reich einem grossen Krieg aus dem Wege gehen wolle. Jetzt wolle Hitler dieses an die Macht des Reiches gefesselte Italien mit in den Abgrund hinabziehen:

«Sie wissen, dass der Krieg von ihnen beschlossen wird und nicht von uns. Sie versprechen uns zum Schluss ein Almosen ... Sie haben uns betrogen und belogen. Und heute sind sie im Begriff, uns in ein Abenteuer hineinzureissen, das wir nicht gewollt haben und das das Regime und das Land gefährdet... Das Bündnis ist auf Voraussetzungen geschlossen worden, die sie jetzt ableugnen. Sie sind die Verräter.» Mussolini sträubt sich gegen den Vertragsbruch; aber auch er weiss, dass der Polenkrieg nicht zu lokalisieren ist und dass ein grosser Krieg daraus entspringen wird, der grosse Krieg, dem Italien noch lange nicht gewachsen ist.

Hitler aber wird von der Todesangst in den Tod getrieben. Das Gespenst einer kommenden Hungersnot und der Entartung des deutschen Volkes hetzt ihn voran. Er setzt jetzt mit einem irren Nachdruck dem Grafen Ciano auseinander, was im Grunde schon in «Mein Kampf» steht:

«Des Getreides wegen brauche ich Raum im Osten, des Holzes wegen brauche ich eine Kolonie, nur eine ... Eines Tages wird der Boden genug haben und streiken wie ein Körper, der zuviel Medizin in sich hat. Was dann? Ich kann nicht hinnehmen, dass mein Volk an Hunger leidet. Soll ich dann nicht besser zwei Millionen auf dem Schlachtfeld lassen, als noch mehr durch Hunger zu verlieren? ...»

In Moskau verhandelten inzwischen die Westmächte und die Sowjetunion über ein Bündnis. Im Grunde glaubten beide Gruppen nicht recht, dass der andere Partner den Krieg wahrhaft führen werde. Die französische und die britische Regierung argwöhnten, dass die Sowjetunion sich zunächst nur in Polen und Rumänien festsetzen wolle, wenn das Reich durch einen militärisch beachtlichen Angriff Frankreichs und Grossbritanniens gefesselt sei. Die sowjetischen Führer hatten die militärische Logik auf ihrer Seite, die sie mit unbarmherzigem Nachdruck immer wieder vortrugen: Wir können nur Krieg gegen das Reich führen, wenn wir auch an das Reich herankommen können. Das ist nur möglich bei einem Durchmarsch der Roten Armee durch Polen und Rumänien. Gebt uns, so sagten sie immer wieder, Polen und Rumänien als Operationsbasis. Aber das hiess natürlich auch – so wie der Sowjetstaat war –: Gebt uns Polen und Rumänien überhaupt. Marschall Woroschilow forderte bald eine definitive Antwort auf seine Frage: «Sind der französische und der britische Generalstab der Ansicht, dass die Sowjetarmee durch Polen und Rumänien hindurchmarschieren kann?»

General Doumenc antwortete, er glaube, die Polen und Rumänien würden die Sowjetunion um Hilfe bitten.

Marschall Woroschilow wies darauf hin, dass diese Länder unter Umständen zu spät um Unterstützung bitten könnten. Soll man wirklich den Deutschen erlauben, die polnischen und rumänischen Streitkräfte zu vernichten, nur weil diese Länder nicht rechtzeitig um sowjetische Hilfe nachsuchen wollten und deshalb dem deutschen Angriff fast unvorbereitet gegenüberstanden. Mit einem Ton der Verzweiflung ruft Marschall Woroschilow aus, wie er denn mit dem Reiche Krieg führen solle, wenn seine Armee nicht an die Grenze des Reiches marschieren dürfe.

Aber jedermann weiss, dass es kaum ein Mittel gibt, die Rote Armee danach wieder zum Abzug aus Polen zu bewegen. Der polnische Aussenminister Oberst Beck sagt sogleich:

«Das ist eine neue Teilung, die wir unterzeichnen sollen. Wenn wir schon geteilt werden sollen, so werden wir uns wenigstens verteidigen. Nichts gibt uns die Garantie, dass die Russen auch wirklich am Kriege teilnehmen werden, wenn sie sich erst einmal im Osten unseres Landes festgesetzt haben.»

160 Das Dritte Reich

Die Sowjets sind sich auch ziemlich klar darüber, dass Polen der sowjetischen Forderung nie zustimmen kann. Schon zu Beginn des Jahres 1939 erklärt ein Sowjetoffizier, dass Polen eher zugrunde gehen werde, als sich durch die Sowjetunion helfen zu lassen.

Die westlichen Vertreter weigerten sich hartnäckig, einen wahrhaften Kriegsplan vorzulegen. Die Sowjets wiederholten immer wieder: Ein politisches Bündnis hat nur einen Sinn, wenn ihm ein genauer Kriegsplan zugrunde liegt. Aber die Westmächte konnten ihre Karten nicht offenlegen. Die westlichen Generalstäbe waren ja der Meinung, dass eine Offensive gegen das Reich für Frankreich und Grossbritannien im Augenblick noch nicht möglich sei.

Das bedeutete aber für die Sowjetunion die reine und brutale Kriegsgefahr. Wenn England und Frankreich sich vorbehielten, Gewehr bei Fuss stehenzubleiben, dann hatte Hitler die Möglichkeit, sich in der ersten Stunde des Krieges auf die Sowjetunion zu stürzen. So erklärten die sowjetischen Militärs ohne Umschweife ihren westlichen Vertragspartnern:

«Wenn die Frage des Durchmarsches durch Polen und Rumänien keine klare Lösung erhält, dann habe ein Militärbündnis zwischen Frankreich, England und der Sowjetunion keine wirkliche Grundlage, und die sowjetische Militärmis- sion müsste dann ihrer Regierung abraten, sich an einem offenkundig zum Scheitern verurteilten Unternehmen zu beteiligen.»

In der Nacht vom 14. zum 15. August wurde die französische Regierung von der sowjetischen Forderung benachrichtigt. Der französische Aussenminister nannte die Nachricht den «Donnerschlag des 15. August 1939». Er liess sofort den polnischen Botschafter Lukasewicz kommen. Der französische Aussenminister flehte ihn geradezu an, den Durchmarsch der Roten Armee zu erlauben. Der Pole hat nur ein hartes, unbarmherziges Nein dafür. Bonnet berichtet in seinen Erinnerungen darüber:

«Beck wird nie zustimmen, dass die Russen Gebiete besetzen, die wir ihnen im Jahre 1921 weggenommen haben. Würden Sie als Franzose zustimmen, Elsass-Lothringen durch die Deutschen besetzen zu lassen?»

«Sicherlich nicht», antworte ich, «aber vergessen Sie nicht, dass Sie im Westen und im Osten zwei Grossmächte als Nachbarn haben. Vor drei Tagen hat Hitler gegenüber Herrn Burckhardt erklärt, dass er in drei Wochen Polen mit seiner mechanisierten Armee, von der Sie keine Vorstellung haben, niederwerfen würde.»

«Es wird die polnische Armee sein, die in Deutschland am ersten Tage des Krieges einfallen wird.»

Aber niemand ausser den Polen selbst glaubt, dass die polnische Armee der Macht des Reiches widerstehen kann. Es ist sogar zweifelhaft, dass die polnischen Staatsmänner das selbst glauben. So gross aber auch ihr Zweifel sein mag, sie zwingen sich dazu zu glauben, dass Polen eine Chance gegenüber dem Reich hätte. Denn Polen könnte sich auch nicht

anders verhalten, das ist die tief innere Überzeugung der polnischen Staatsmänner, wenn jeder Widerstand aussichtslos wäre. Der britische Botschafter in Warschau meint, dass die polnische Nation von der Idee beherrscht werde, jeder Mensch sei Gott einen Tod schuldig. Polen stehe vor einer grausamen Alternative, legt der französische Botschafter in Berlin dar, wolle aber das erbarmungslose Entweder-Oder nicht sehen.

«Die Polen begriffen nicht, dass sie zwischen Hammer und Amboss lagen und deshalb im Kriegsfall dazu verurteilt waren, sich unter das Joch des einen oder anderen ihrer furchtbaren Nachbarn zu beugen.»

Die Sowjetunion fordert nicht nur die Opferung Polens, sondern verlangt auch von den Westmächten nahezu die Selbstaufgabe zu höheren Ehren der Sowjetunion. Die sowjetischen Militärs erwarten nämlich von der britischen Flotte die Eroberung strategischer Inseln in der Ostsee. Dem britischen Admiral, der an den Verhandlungen teilnahm, liefen die Schauer über den Rücken. Die Sowjetunion hatte eben von ihm verlangt, dass die britische Flotte Selbstmord begehe. Die Einfahrt in die Ostsee zu erkämpfen, konnte ja nichts anderes sein. Er legte dar, wenn die britische Flotte ihre Kräfte verzetzele, dann müsse der Krieg mit Sicherheit verlorengehen, wenigstens für das britische Reich, denn die Existenz des britischen Reiches ruhe auf der Sicherung der weltweiten Verbindungen Grossbritanniens. Werden diese globalen Verbindungen des Britischen Empires gefährdet, dann sei es mit dem britischen Reich zu Ende.

Die Verlockung für die Machthaber des Deutschen Reiches bestand darin, dass die Gegner, die sich zu einer Weltkoalition gegen Deutschland zusammenschlossen wollten, nicht nur die Vernichtung des Reiches, sondern auch immer irgendwie die Vernichtung ihrer Bündnispartner erträumten. Erst als Amerika in den Krieg eintrat, wurde das anders. Denn die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion waren damals noch zu weit voneinander entfernt, als dass sie noch nicht den Sieg ihrer Verbündeten ebenso fürchten mussten wie deren Niederlage. Der britische Generalstab übernahm im Übrigen ohne Einschränkungen die sowjetischen Gesichtspunkte für die Kriegführung. Wenn man den sowjetischen Militärs den Durchmarsch durch Polen und Rumänien verweigere, dann habe der ganze Krieg zwischen Deutschland und der UdSSR keinen Sinn mehr, sagten sie. Der britische Aussenminister weist sehr nachdrücklich auf die Möglichkeit einer Verständigung zwischen der Sowjetunion und dem Reiche hin. In diesem Fall werde Russland entweder zusammen mit Deutschland auf Kosten Polens und Rumäniens die Beute teilen oder sich neutral verhalten, um bei Kriegsende die grösste Bedrohung darzustellen.

Auch die britischen Unterhändler in Moskau berichteten, dass die Sowjets unter keinen Umständen einen Vertrag

Der deutsch-sowjetische Pakt 161

ohne das Durchmarschrecht durch Polen und Rumänien schliessen würden, im Übrigen mit der anderen Alternative völlig zufrieden seien. «nämlich als Zaungast zuzusehen und neutral zu bleiben, während wir übrigen uns gegenseitig die Kehle abschneiden».

Doch am 19. August 1939 erklärte der polnische Aussenminister auf eine französische Demarche hin:

«Ich lasse nicht zu, dass man in irgendeiner Weise über die Benutzung eines Teiles unseres Gebietes durch ausländische Truppen diskutiert.»

Damit waren im Grunde die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten begrifflich. Der britische Botschafter in Warschau zeigt viel Verständnis für die polnische Haltung.

«Kein Pole rechnet damit, dass es möglich sei, von den Sowjettruppen besetztes Gebiet jemals wiederzubekommen.»

Nur die französische Regierung war empört. Oberst Beck halte die Westmächte zum Narren. Er hätte wissen müssen, dass die sowjetische Forderung unausbleiblich war, und deshalb von Anfang an Einspruch gegen die Moskauer Unterhandlungen einlegen müssen. Das ist ungerecht, weil der Oberst Beck nie sein inneres Widerstreben gegen die Moskauer Bündnisgespräche verhehle.

Die Engländer hatten allerdings ein wahrscheinliches richtiges Argument. Wenn ein wirksames militärisches Bündnis mit den Sowjets durch die Westmächte erreicht werden kann – so meinten sie –, dann bricht der Krieg überhaupt nicht aus. Wenn aber Krieg kommt, dann ist Polen in jedem Falle verloren. Aber auch dazu sagten die Polen nein. Am 20. August 1939 versuchte es der französische Botschafter noch einmal – diesmal bei Marschall Rydz-Smigly. Die Antwort ist:

«Mit den Deutschen riskieren wir, unsere Freiheit zu verlieren, mit den Russen werden wir unsere Seele verlieren.» Am 21. August 1939 erklärte der Marschall Woroschilow mit viel Recht, dass noch Unklarheit über die elementarsten Vorbedingungen für ein militärisches Bündnis bestehe. Wie hätten die Amerikaner im ersten Weltkrieg helfen können, wenn sie nicht auf französischem Boden operieren durften? Allerdings waren die Vereinigten Staaten durch einen Ozean von Frankreich getrennt und hatten kein Programm einer Weltlösung, das sie gezwungen hätte, die französische Lebensordnung, dort, wo sie die Macht in Frankreich besaßen, von Grund aus umzuwälzen.

Bei den westlichen Diplomaten in Moskau setzte sich immer mehr die Auffassung fest, dass ein Bündnis zwischen Hitler und Stalin immer wahrscheinlicher werde. Der französische Botschafter in Moskau entwickelt den Gedanken mit der ganzen philosophisch-historischen Bildung französischer Diplomaten:

«Wenn man der UdSSR verspricht, Russland in der Ausdeh-

nung, die es dem Genie Peter des Grossen verdankt, wiederherzustellen und auf diese Weise die Schande von Brest-Litowsk, der Polen seine Existenz verdankt, auszulöschen, würde Herr Hitler im Sinne der nationalen Ideen arbeiten, deren Wiedererwachen in den sowjetischen Ländern so sehr auffällt.»

Die deutsch-sowjetische Verständigung war nicht nur eine Möglichkeit. Bolschewisten und Nationalsozialisten führten seit einiger Zeit schon Gespräche über ein Bündnis zwischen der Sowjetunion und dem Reich. Die westliche Diplomatie und der westliche Nachrichtendienst sind nicht dahintergekommen.

Am 29. Juli 1939 schon hatte das Auswärtige Amt die Sowjets wissen lassen, dass bei jeder Regelung der polnischen Frage – ob durch Verhandlung, oder durch Krieg – die sowjetischen Interessen weitgehend berücksichtigt werden würden. Es gäbe, so sagte der Reichsaussenminister von Ribbentrop zum sowjetischen Geschäftsträger in Berlin am 3. August, kein Problem von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, was zwischen dem Reich und der Sowjetunion nicht zu lösen sei. An der Ostsee sei Platz für zwei Grossmächte. Am 14. August 1939 bot der Reichsaussenminister von Ribbentrop seinen Besuch in Moskau an. Molotow zögerte noch, weil ihm ein solcher Besuch ein allzu dramatisches Gesicht zu tragen schien. Doch schlossen am 19. August die Sowjetunion und das Reich ein Wirtschaftsabkommen ab, was für die Westmächte ein flammendes Warnungssignal hätte sein müssen. Am 19. August stimmte auch Molotow – anscheinend auf Eingreifen Stalins hin – dem Besuch des Reichsaussenministers in Moskau zu. Offenbar war der Würfel in Moskau für das Bündnis mit dem Reich gefallen. Vermutlich hielt Stalin in diesen Tagen eine Rede vor dem Politbüro. Einzelne angesehene publizistische Organe der Weltpresse behaupten, im Besitz dieser Rede zu sein. Völlig verbürgt ist der Text keineswegs. Aber die Motive können kaum viel anders gewesen sein, als sie in dieser Rede angegeben sind:

«Krieg oder Frieden: Diese Frage ist nun in ihre kritische Phase eingetreten. Ihre Lösung hängt vollkommen von der Stellungnahme ab, die von der Sowjetunion eingenommen werden wird. Wir sind absolut überzeugt, dass Deutschland, wenn wir einen Bündnisvertrag mit Frankreich und Grossbritannien abschliessen, sich gezwungen sehen wird, vor Polen zurückzuweichen und einen Modus vivendi mit den Westmächten zu suchen. Auf der anderen Seite wird Deutschland, wenn wir das euch bekannte Angebot Deutschlands eines Nichtangriffspaktes annehmen, sicher Polen angreifen, und die Intervention Frankreichs und Englands in diesem Kriege wird unvermeidlich werden. Ich wiederhole, dass es in eurem Interesse ist, wenn der Krieg zwischen dem Reich und dem anglo-französischen Block ausbricht. Es ist wesentlich für uns, dass der Krieg so lange als möglich dau-

162 Das Dritte Reich

ert, damit die beiden Gruppen sich erschöpfen.»

In der Nacht vom 21. zum 22. August wurde schliesslich der Weltöffentlichkeit durch ein deutsch-sowjetisches Kommuniqué der Besuch des Reichsaussenministers in Moskau mitgeteilt. Den ziemlich verstörten und brüskierten französischen und britischen Militärs wurde gesagt, dass die Verhandlungen über ein westlich-sowjetisches Abkommen an sich weitergehen könnten. Aber man müsste erst das Ergebnis des deutsch-sowjetischen Gesprächs abwarten. Bis dahin und bis zur Klärung des Durchmarschrechts der Roten Armee wäre es besser, die Verhandlungen zu unterbrechen. Die sowjetischen Militärs hätten Besseres zu tun, als ihre Zeit durch aussichtsloses Gerede zu vergeuden, und die französischen und britischen Militärs würden ihre Zeit durch eine Besichtigung der Moskauer Sehenswürdigkeiten nutzbringender verwenden.

In der Nacht vom 23. zum 24. August wurde dann der Pakt zwischen Hitler und Stalin abgeschlossen. Stalin brachte in den Morgenstunden des 24. August einen Trinkspruch aus: «Ich weiss, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt. Ich möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken.»

Als «Einwickelpapier» für die eigentlichen Abmachungen diente ein Nichtangriffspakt, der aus dem wieder zum Leben erweckten Berliner Vertrag vom April 1926 zwischen dem Reichsaussenminister Stresemann und dem Volkskommissar des Äusseren Tschitscherin bestand.

Das entscheidende Ergebnis der Verhandlungen aber war ein Geheimabkommen, das die Aufteilung Polens, die sowjetische Annexion der Baltenstaaten und Rumäniens und die freie Hand der Sowjetunion gegenüber Finnland vorsah. In einem Geheimprotokoll wurde Polen in «Interessensphären» aufgeteilt:

«1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden ...

3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt ...»

Das war der Vertrag, der das Schicksal Europas wie kein anderer beeinflusst hat. Er liquidierte eine Epoche europäischer Geschichte. Er löschte die Lichter der Unabhängigkeit und Freiheit der Völker aus, die aus den Grossreichen des Ostens emporgetaucht waren. Das weltgeschichtliche Ergebnis des ersten Weltkrieges war die Schaffung «Zwischeneuropas», das Ergebnis des zweiten die Auslöschung dieses Grenzeuropas.

Hitler wurde durch diesen Pakt fürs erste den Alpdruck des Zweifrontenkrieges los: Er hatte seinen Krieg, den er ohne die Neutralität der Sowjetunion nicht hätte führen können und auch nicht geführt hätte. Stalin seinerseits glaubte, die Gewitterwolken gegen Westen abgelenkt zu haben. Er rechnete damit, dass Hitler im Westen sich festrennen werde wie einst das Deutsche Reich 1914. Noch in Jalta ist er voll glühenden Hasses auf die Franzosen, die ihn durch ihre Kapitulation 1940 «im Stich gelassen» hätten. Der Zusammenbruch Frankreichs im Jahre 1940 macht es für Hitler möglich, schon im Jahre 1941 mit der ungebrochenen Macht des Reiches die Sowjetunion anzugreifen. Wie sehr die Sowjetunion damit rechnete, dass Hitler sich in Frankreich «festrennen» würde, geht daraus hervor, dass sie nach dem Abschluss des Geheimabkommens vom 23. August 1939 keine Eile an den Tag legte, die Ernte aus diesem Abkommen in die Scheuer zu bringen. Erst nach dem Zusammenbruch Frankreichs sah man in Moskau, dass Eile geboten war. Gleichzeitig mit dem Glückwunsch «für den glorreichen Sieg der deutschen Armee in Frankreich» teilte der sowjetische Volkskommissar des Äusseren, Molotow, dem deutschen Botschafter mit, dass die Sowjetunion sich genötigt sehe, um ihrer Sicherheit willen in nächster Zukunft die Besetzung der baltischen Staaten und Bessarabiens durchzuführen. Die Sowjetunion musste sich beeilen, damit ihr nicht die Beute des August 1939 weggeschnappt wurde. So verwandelten sich über Nacht die Regierungen der Baltenstaaten aus Vorkämpfern des Friedens in faschistische Banditen, und die Rote Armee stand binnen vierzehn Tagen in den baltischen Ländern.

Auf kurze Sicht hatte der Kalender Stalins nicht gestimmt, und fürs erste ging seine Rechnung nicht auf. 1941 stand er nicht einem ausgebluteten und sich zerfleischenden Europa gegenüber, sondern der unangetasteten deutschen Kriegsmaschine, die eher stärker geworden war. Den Krieg Hitlers gegen die Sowjetunion hatte Stalin nicht abzuwenden vermocht. Er gewann allerdings eine Atempause von einlein-

Der deutsch-sowjetische Pakt 163

halb Jahren, und auf die Dauer stimmte seine Rechnung doch. Er opferte Millionen Menschenleben, aber das Endergebnis war die Herrschaft der Sowjetunion über Ost- und Mitteleuropa. Bei Hitler war es umgekehrt. Er behielt wie immer auf kurze Frist recht. Er gewann die ersten Schlachten und verlor die letzte. Frankreich wurde zwar 1940 niedergeworfen, so rasch, dass das Reich binnen eines Jahres gegen die Sowjetunion Krieg zu führen vermochte. Aber England war weder geschlagen noch bereit, Frieden zu schliessen. So hatte Hitler gegen Stalin Krieg zu führen, während er noch immer die angelsächsische Drohung im Rücken hatte. Er konnte nach dem Zusammenbruch Frankreichs die Front wieder gegen Osten herumwerfen, blieb aber im Zweifrontenkrieg, der die volle Kraftentfaltung unmöglich machte. So mislang die Niederwerfung der Sowjetunion ebenso wie die Englands.

Die Welt hat zu einem grossen Teil die Sorgen, die Verzweigungen und die Aufgaben dieses 23. August 1939 geerbt. Soweit stimmt das, was Ribbentrop vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg sagte, auch wenn es die Aussage des Brandstifters über den von ihm verursachten Weltbrand ist:

«Als ich 1939 nach Moskau zu Marschall Stalin kam, besprach er mit mir nicht die Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung des deutsch-polnischen Konfliktes im Rahmen des Briand-Kellogg-Paktes, sondern er liess durchblicken, wenn er zur Hälfte Polens und den baltischen Ländern nicht noch Litauen mit dem Hafen Libau bekäme, könne ich gleich wieder zurückfliegen. Das Kriegführen galt dort offensichtlich 1939 auch noch nicht als internationales Verbrechen gegen den Frieden, sonst könnte ich mir Stalins Telegramm nach Abschluss des Polenfeldzuges nicht erklären, das lautet: Die Freundschaft Deutschlands und der Sowjetunion, begründet durch gemeinsam vergossenes Blut, hat alle Aussicht, dauerhaft und fest zu sein?»

Von dieser Freundschaft ist für Europa und die Welt nur noch das Kernproblem geblieben: Wird Asien Europa beherrschen, oder werden die Westmächte den Einfluss der Sowjets an der Elbe, an der adriatischen Küste und an den Dardanellen aufhalten oder gar zurückdrängen können? Mit anderen Worten, Grossbritannien und die USA stehen heute praktisch vor dem gleichen Dilemma wie Deutschland zurzeit der von mir geführten Verhandlungen mit Russland. Ich hoffe von ganzem Herzen für mein Land, dass sie im Ergebnis erfolgreicher sein werden.»

1941 und schon 1939 prallte die deutsche und preussische Revolution – das war in Wahrheit die Reichsgründung von 1871 – auf die slawische Revolution. Lange dauerte es, bis man der slawischen Völker im geschichtlichen und politischen Denken ansichtig wurde. Dabei gab es eine alte geistige Tradition in Deutschland, die den Deutschen das slawi-

sche Schicksal bewusst machte. Die denkenden Deutschen erlebten z.B. die Aufteilung Polens mit einem tieferen Schauern. Sie fühlten sich in einer ähnlichen Lage: Wenn ein Volk mit einem Federstrich ausgelöscht werden kann, warum sollte das nicht eines Tages auch mit den Deutschen geschehen? Der Freiherr vom Stein hat die Hinrichtung Ludwigs XVI. und die Aufteilung Polens als die beiden grossen Verbrechen der Zeit nebeneinandergestellt – den Königsmord neben den Völkermord. Der Philosoph und Dichter Herder sagte in seinen «Beiträgen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit» das Erwachen der Slawen voraus. Selber slawischen Geistes wollte Hitler in jenem schauerlichen Wettrennen mit der Zeit, aus dem seine ganze Politik bestand, diesem slawischen Aufschwung zuvorkommen.

Stalin hat noch nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges den Pakt mit Hitler gerechtfertigt. Die Sowjetunion habe durch diesen Pakt eine Atempause von einhalb Jahren gewonnen, in der sie sich auf den Angriff Hitlers vorbereiten konnte. Aber im August 1939 war die Lage noch so, dass die beiden Mächte, das bolschewistische Russland und das nationalsozialistische Deutschland, das gleiche Interesse am Umsturz der europäischen Staatenordnung hatten. Sie verbündeten sich, um eine grosse politische Umwälzung einzuleiten, jede Macht hoffend, dass sie die Früchte vom Baum der grossen aussenpolitischen Revolution pflücken werde. Der rumänische Aussenminister zitierte aus Anlass des Paktes zwischen Hitler und Stalin einige Stellen aus dem berühmtesten Buch Albert Sorels «L'Europe et la Revolution française»:

«Alles was Russland von den anderen Mächten entfernte, brachte es Preussen näher. Wie Russland war Preussen ein Emporkömmling auf der grossen Szene der Welt. Es hatte sich seine Zukunft zu bahnen, und Katharina sah, dass es entschlossen war, mit grossen Mitteln, grossen Möglichkeiten und grossen Neigungen das zu tun ... War das nicht auch das Geheimnis der Anziehungskraft, die das Dritte Reich auf die UdSSR ausübte?»

Alles entfernte den Sowjetstaat, der im vollen Wachstum war, von den Westmächten, die in ihren Traditionen und ihrer staatlichen Politik der Sicherheit und der unbeweglichen Ordnung eingemauert waren. Alles zog ihn dagegen zum Dritten Reich hin, das revolutionär wie der Sowjetstaat auf der grossen Szene der Welt neu emporgetaucht war. Sie beide, das Dritte Reich und der Sowjetstaat, hatten ihre Zukunft noch zu schaffen, sie konnten aus denselben Umwälzungen Nutzen ziehen. Stalin spürte bei Hitler, so wie Katharina bei dem König von Preussen es gespürt hatte, «grosse Mittel, grosse Möglichkeiten und Neigungen».

164 Das Dritte Reich



Deutschlands Ostgrenze 1937 und nach der vierten Teilung Polens 1939. Der Curzon-Linie von 1921 folgt in etwa wieder die heutige polnisch-sowjetische Grenze

«Hitler hatte den Krieg, den er wollte und wie er ihn wollte», so fasst der rumänische Aussenminister Gafencu den Abschluss des Paktes Hitlers mit der Sowjetunion zusammen. Der Pakt mit Stalin war in der Tat Hitlers Eintrittskarte in den Weltkrieg.

Der ganze Plan der Westmächte dagegen schien zusammengebrochen zu sein.

All die Voraussetzungen, auf die Frankreich und England ihre Politik gegründet hatten, waren in ein Nichts aufgelöst. Die Frage für die Westmächte war nun, ob sie bei dem alten Entschlusse bleiben sollten, den Angriff Hitlers auf Polen als «Kriegsfall» für sich selbst anzusehen. Die englischen Staatsminister aber hätten dasselbe wie der deutsche Reichsaussenminister auf die Frage antworten können, was sie denn wollten, die Rettung Polens oder die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts: «Jetzt nicht mehr. Wir wollen den Krieg.» Grossbritannien hatte im März entschieden, dass die Herrschaft Hitlers gebrochen werden müsse und dass dies nur durch Krieg geschehen könne. Grossbritannien blieb auch nach dem Pakt zwischen Stalin und Hitler bei seinem Entschluss, so bald als möglich und bis zum bitteren Ende Krieg gegen das Reich Hitlers zu führen.

Der französische Aussenminister, Bonnet, erwog jetzt in der

Tat, ob es nicht besser sei, Polen preiszugeben und sich fürs erste aus dem Kampf herauszuhalten. In seinen Erinnerungen umschreibt er seine Haltung folgendermassen: «Polen wäre dann dem französisch-britischen Druck vor den Forderungen Hitlers zurückgewichen und wäre sehr bald von der europäischen Karte durch die von Russland und Deutschland vorgesehene Teilung verschwunden. Aber danach sind Deutschland und Russland Nachbarn. Polen, das nach dem Wort von Michelet immer Russen und Deutsche versöhnt hat, besteht nicht mehr. Wenn Frankreich angegriffen ist, muss die UdSSR ihm dann Hilfe und Beistand leisten.»

Der Oberkommandierende der französischen Streitkräfte, General Gamelin, wird befragt, wie lange Polen widerstehen könne. Gamelin erklärt nach dem von ihm nachher bestrittenen Protokoll, dass er an einen ehrenhaften Widerstand Polens glaube, der die Masse der deutschen Streitkräfte daran hindern werde, sich vor dem nächsten Frühling gegen Frankreich zu wenden. Im Frühling aber werde England an Frankreichs Seite sein. In der Diskussion wird betont, dass die Zeit keineswegs für Frankreich arbeite, auch Deutschland werde im Frühjahr stärker sein, sogar relativ stärker, weil es sich bis dahin der Hilfsquellen Rumäniens und Polens bemächtigt haben werde. So kam die Sitzung

des Staatsrats zur Überzeugung, dass es nur eine Lösung gäbe: «die Verpflichtungen gegenüber Polen einzuhalten». Die britische Regierung dagegen erklärte nach dem Hitler-Stalin-Pakt mit provozierender Kühnheit, dass nichts geschehen sei. Was geht uns das Bündnis zwischen Stalin und

Hitler an? so hiess es beinahe. Das britische Kabinett zögerte nicht, so liess das amtliche britische Kommuniqué verlauten, die Entscheidung zu treffen, dass der Abschluss des deutsch-sowjetischen Vertrages seine Verpflichtungen gegenüber Polen in keiner Weise berühre.

Italiens Flucht aus dem Krieg und Hitlers Sturz in den Weltbrand

Wenige Stunden vor der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Paktes sprach Hitler vor den militärischen Befehlshabern. Die deutsche Wirtschaftslage sei so, dass das Reich nur noch wenige Jahre durchhalten könne: «Wir haben nichts zu verlieren und nur zu gewinnen.»



Galeazzo Ciano

Er habe geglaubt, dass er zuerst Krieg mit der Front gegen Westen führen könnte, nachdem er ein tragbares Verhältnis mit Polen hergestellt habe. Polen hätte eine Chance gehabt, einen Ausgleich mit dem Reich abzuschliessen. Aber nun sei das Verhältnis zu Polen untragbar geworden. Das Gesetz des Handelns dürfe nicht an andere übergehen:

«Wir müssen mit rücksichtsloser Entschlossenheit das Wagnis auf uns nehmen. Der Politiker muss ebenso wie der Feldherr ein Wagnis auf sich nehmen. Wir stehen vor der harten Alternative, zu schlagen oder früher oder später mit Sicherheit vernichtet zu werden ...»

Hitler war davon überzeugt, dass England seine Garantie gegenüber Polen nicht einlösen werde.

«Unsere Gegner sind kleine Würmchen. Ich sah sie in München ... Der Weg für den Soldaten ist frei, nachdem ich die politischen Vorbereitungen getroffen habe.»

Am 25. August 1939, 14.50 Uhr, befiehlt Hitler die Auslösung des «Fall Weiss» für den folgenden Tag. Die Kriegsmaschinerie gegen Polen läuft.

«Ich habe nur Angst, dass mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.» Als die Zeitbombe «Fall Weiss» schon tickte, wurden seine Kriegspläne durch zwei neue, unvorhergesehene Vorfälle fast zunichte: Italien manövrierte sich aus dem Krieg heraus, und England schloss mit Polen ein förmliches Bündnis. Am Abend des gleichen Tages, um 18.15 Uhr, wurde der Angriffsbefehl gegen Polen widerrufen. Hitler versuchte noch ein paar Tricks auszuspielen, um doch freie Hand gegen Osten zu bekommen.

Aber es wird immer klarer, dass Italien nicht mitmachen will. Auch der Duce ist der Meinung, dass die Demokraten sich schlagen werden:

«Es ist nutzlos, zweitausend Meter hoch in den Wolken zu fliegen. Vielleicht ist man dann dem Ewigen Vater näher – wenn es ihn gibt aber man ist weiter von den Menschen entfernt. Diesmal ist es der Krieg. Und wir können ihn nicht machen, weil es uns die Vorbedingungen nicht erlauben.» Hitler blieb indes gegenüber Ciano bei der Ansicht, dass der Krieg lokalisiert bleiben werde, wenn nicht, würde die «Achse» nie bessere Bedingungen für die kriegerische Auseinandersetzung mit den Demokraten erlangen können.

Am 20. August eilte der italienische Botschafter in Berlin, Attolico, nach Rom, um Mussolini noch einmal zu beschwören, sich aus dem Kriege Hitlers herauszuhalten. Dieser schreckt noch vor dem Vertragsbruch und dem «Verrat» zurück. Ciano bemerkt in seinem Tagebuch:

«Der Duce ist entschlossen. Er äussert Gründe: Es ist zu spät, um die Deutschen im Stich zu lassen. Wenn dies geschähe, würde die Presse der ganzen Welt Italien vorwerfen, es sei feige, nicht gerüstet und habe sich vor dem Gespenst des Krieges zurückgezogen.»

Aber schliesslich setzten sich Ciano und Attolico doch durch.

«Wir haben die Pflicht, den Deutschen zu sagen», so wird festgelegt, «dass wir nicht in der Lage sind, einen europäischen Krieg auszuhalten. Italien stellt bei dem gegenwärtigen Stand seiner Rüstung, der Deutschland wohl bekannt ist, den schwächsten Punkt dar, an dem die militärischen Anstrengungen Frankreichs und Englands die grösste Wahrscheinlichkeit eines Erfolges haben. Das dürfte auch die deutsche Situation schwächen.»

166 Das Dritte Reich

Schliesslich kamen die Italiener auf die salomonische Lösung, die sofortige Intervention Italiens anzubieten, «wenn Deutschland Italien sofort das Kriegsmaterial und die Rohstoffe liefert, um den Ansturm auszuhalten, den die Franzosen und Engländer vorwiegend gegen uns richten werden». Ciano ist entschlossen, unerfüllbare Forderungen zu stellen, und verbreitet sich in seinem Tagebuch mit zynischer Freude darüber.

«Unsere Bedürfnisse sind riesig ... Wir stellen die Liste auf: sie würde einen Stier töten ... und schliessen mit der Erklärung, dass Italien ohne solche Lieferungen unter keinen Umständen in den Krieg eintreten kann ... Wir verlangen die unverzügliche Überweisung des gesamten Materials. Das ist unmöglich, denn es handelt sich um siebzehn Millionen Tonnen, für deren Verfrachtung siebzehntausend Züge nötig wären. Die Sache ist ganz klar.»

Am 25. August ist es entschieden: Italien wird sich, teilt Mussolini dem König mit, wenigstens in der ersten Phase des Konfliktes auf eine rein demonstrative Haltung beschränken. Franzosen und Engländer haben uns wissen lassen, dass sie gleichfalls so handeln werden. Hitler antwortete beinahe wegwerfend. Er werde das Wagnis – auch ohne Italien – eingehen, «da weder Frankreich noch England im Westen irgendwelche entscheidende Erfolge erzielen können, im Osten aber nach Niederwerfung Polens Deutschland seine gesamten Kräfte durch das Abkommen mit Russland frei bekommt und die Luftüberlegenheit eindeutig auf unserer Seite ist». Mussolini war nach dem Zeugnis Cianos durch die Antwort Hitlers tief getroffen:

«Sein militärischer Instinkt und sein Sinn für Ehre drängen ihn zum Kampf. Die Vernunft hat ihm Einhalt geboten. Aber er leidet sehr.»

Noch einmal bot Hitler England ein Bündnis. Er wolle jederzeit mit der ganzen Kraft des Reiches das Britische Empire verteidigen. Aber wie kann das Reich Indien, Ägypten, Singapur oder Australien verteidigen? Und gegen wen? Gegen wen sollte England an der Seite Hitlers kämpfen? Der ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Vansittart, warnt – unterstützt von der Regierung – eindringlich davor, sich auch auf einen Hauch des Wortes «Bündnis» einzulassen:

«Ein Bündnis bedeutet ein Militärbündnis, wenn es überhaupt etwas bedeutet. Gegen wen sollten wir uns mit solch einer Bande wie das gegenwärtige Regime in Deutschland verbünden? Auch nur die leiseste Andeutung davon würde uns in der Vereinigten Staaten ruinieren ... ganz abgesehen von der Tatsache, dass es noch immer Hitlers Absicht ist, Europa zu beherrschen und sogar die beherrschende Macht in der Welt zu werden, wobei die Zerstörung Polens nur der nächste Schritt ist. Das kann nur durch die schliessliche Zerstörung des britischen Reiches erreicht werden.»

Hitler redete noch einmal Frieden, weil am 25. August endlich Polen und Grossbritannien ein formelles Bündnis beschlossen; in einem geheimen Zusatz legten sie fest, dass es nur gegen Deutschland gelten solle. Hitler bot bald Frieden und Freundschaft an, bald steigerte er sich methodisch in die Raserei und Drohung hinein. Der zwischen England und dem Reich vermittelnde Schwede Dahlerus berichtet: «Hitler ergeht sich zunächst in einem langen Monolog und schildert mit dem Gehabe eines Rasenden – wie er es gegenüber allen seinen Besuchern zu dieser Zeit tut – die vernichtende Macht der deutschen Waffen:

‘Gibt es Krieg’, sagte er, ‘dann werde ich U-Boote bauen, U-Boote, U-Boote, U-Boote? Die Stimme wurde undeutlicher, und allmählich konnte man ihn nicht mehr verstehen. Plötzlich sammelte er sich, hob die Stimme, als ob er zu einer grossen Versammlung spräche, und schrie: «Ich werde Flugzeuge bauen, Flugzeuge bauen, Flugzeuge, Flugzeuge, und ich werde meine Feinde vernichten? In diesem Augenblick wirkte er mehr wie ein Gespenst der Sage als wie ein wirklicher Mensch.»

Zwischen dem französischen Botschafter in Berlin, Coulongre, und Hitler spielten sich erregte Szenen ab. Hitler glaube, so sagte ihm der Franzose, als Sieger aus dem Krieg hervorzugehen. Aber habe er nicht auch an die andere Möglichkeit gedacht, dass Trotzki der Sieger in dem neuen Weltkrieg sein könnte:

«Nachdem Sie ein Reich aufgebaut haben, ohne einen Tropfen Blut zu vergiessen, lassen Sie doch nicht das Blut der Soldaten, nicht das der Frauen und Kinder fliesen, ohne sich vergewissert zu haben, dass es unvermeidlich ist!... In dieser entscheidenden Stunde stehen Sie, Herr Reichskanzler, vor dem Richterstuhl der Geschichte; sie wird ihr Urteil über Sie sprechen, je nach der Entscheidung, die Sie treffen werden.» Hitler zögert einen Augenblick, und Coulongre erlebt nach seiner eigenen Schilderung eine Minute wahnsinniger Hoffnung. Aber hinterher meinte er, dass es ihm eigentlich nur gelungen sei, sich selbst zu rühren. Von Nutzen wäre auch nur die Frage gewesen: Glauben Sie nicht, dass vielleicht wir Franzosen die Sieger sein könnten? Alle Eingeweihten wussten aber, dass an die Möglichkeit eines kühnen und grossen französischen Angriffes zur Stunde des Kriegsbeginns nicht zu denken war.

Was nutzte schon der Sieg über Hitler, wenn aus dem Triumph über das nationalsozialistische Reich nur die Trotzki und Stalins als Sieger hervorgingen? Hitler hatte alle diplomatischen Köder hingeworfen; er bot England ein Bündnis an, und er verzichtete Frankreich gegenüber noch einmal feierlich auf Elsass-Lothringen. Aber die Westmächte bissen nicht an. Sie erlauben es Hitler nicht noch einmal, sich etwas zu nehmen – nur für das Versprechen, den Westmächten das,

Der Druck auf Polen 167

was sie längst und fest besitzen, nicht zu nehmen. Die britische Regierung schlug direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen vor. Hitler nahm an, aber er tat alles, um diese Verhandlungen unmöglich zu machen.

Am Abend des 29. August befahlen die Deutschen förmlich der britischen Regierung, Oberst Beck als Unterhändler Polens in Berlin zur Stelle zu schaffen. Der Reise des Obersten Beck nach Berlin stellte sich das Gespenst Hachas entgegen. Aber musste er denn das Schicksal Hachas erleiden? Er war doch nicht Hacha. Er konnte doch nein sagen. Friedrich der Grosse hatte im Siebenjährigen Krieg Befehle hinterlassen, dass keine Anordnung von ihm befolgt werden sollte, wenn er in Gefangenschaft geriete. Die Deutschen hätten Beck foltern oder ihm die Pistole auf die Brust setzen können. Sie hätten das kaum getan. Hacha ist mit allen protokollarischen Ehren behandelt worden. Auf jeden Fall hätten sich die Machthaber in Warschau darauf festlegen können, dass nichts geschehen dürfe, ehe nicht der Aussenminister, Oberst Beck, wieder aus Berlin zurück sei.

Die Engländer erklärten jedoch sogleich, dass sie nicht in vierundzwanzig Stunden einen Vertreter Polens zur Stelle schaffen könnten.

Um die Mitternachtsstunde des 30. kam es dann zu einer grotesken komödiantischen Unterredung zwischen Ribbentrop und Henderson. Die Reichsregierung legte dem britischen Botschafter die Vorschläge vor, «die sie gemacht haben würde, wenn der polnische Unterhändler gekommen wäre». Der Reichsaussenminister weigerte sich noch dazu, dem britischen Diplomaten die Vorschläge schriftlich auszuhändigen, weil der polnische Unterhändler nicht gekommen und die Vorschläge darüber überholt seien. Das war ungezogen und töricht. Die britische Regierung hatte ja ein Recht, auch die «überholten» Vorschläge kennenzulernen – von der Ungeheuerlichkeit zu schweigen, den Weltfrieden – von ein paar Stunden oder selbst ein paar Tagen Verzug abhängig zu machen.

Die Vorschläge klangen vernünftig und massvoll. Aber die Art der Überreichung war virtuoses Ganovenstück. Das Reich gab vor, vernünftige und massvolle Vorschläge zu machen und den Weg für eine wirkliche Verständigung zu beschreiten, machte das Angebot aber so, dass es selbst nicht mehr daran gebunden war.

Henderson beschwerte sich nachher, dass Ribbentrop die Vorschläge undeutlich und rasch vorgelesen hätte. Der Bericht Hendersons an seine Regierung beweist allerdings, dass er die Vorschläge durchaus verstanden hatte. Auch der Dolmetscher Schmidt, der «Statist auf diplomatischer Bühne», bestreitet, dass Ribbentrop hastig gelesen habe. Auf jeden Fall war Sir Neville in den Morgenstunden des 31. August im Besitz des genauen Textes der deutschen Vorschläge:

«Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.

Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder-Graudenz-Kulm-Bromberg (diese Städte einschliesslich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden...

Um nach erfolgter Abstimmung – ganz gleich, wie diese ausgehen möge – die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreussen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine extraterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow-Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet...

Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso extraterritorialen Strassen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würde...

Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmass vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.»

In der Nacht noch wollte der britische Botschafter den polnischen Botschafter zur Stellungnahme veranlassen. Lipski habe, sagte ihm Henderson, vier Monate den Mund nicht aufgetan, und man werde ihm das vorwerfen, wenn Krieg komme. Er machte auch jetzt den Mund nicht auf; es war auch gleichgültig. Der Botschafter weiss, dass binnen kurzem die Kanonen sprechen werden. Sein Wort wird davon übertönt werden. Aber seine Stummheit übertraf alles Dagewesene; das deutsch-polnische Schicksal vollzog sich, ohne dass die Deutschen und Polen miteinander redeten.

Der britische Botschafter unternahm noch einen neuen Anlauf, den polnischen Botschafter aus seinem Prinzipien- und formeltreuen Nichtstun emporzuseuchen. Er schickte den sich um Vermittlung bemühen Schweden Birger Dahlerus zu ihm. Dahlems berichtet darüber in seinen Erinnerungen:

«Lipski empfing uns in seinem Arbeitszimmer, aus dem bereits ein Teil der Ausstattung entfernt war. Er war im Gesicht weiss wie Leinen und wirkte ausserordentlich nervös und niedergeschlagen. Ich wurde gebeten, die deutschen Vorschläge vorzulesen, was ich tat.

Aber Lipski erinnerte sich in seiner Resignation daran, dass er keine Vorschläge entgegennehmen durfte. Er behauptete

168 Das Dritte Reich

te, nichts verstehen zu können. Vielleicht konnte er es in der Tat nicht. Vielleicht aber wollte er nur durch eine heroische Taubheit die todbringende Berührung mit den deutschen Vorschlägen vermeiden. Dahlerus erbot sich, die Vorschläge der Sekretärin Lipskis zu diktieren. Es wurde angenommen, und der Schwede diktierte den Text der deutschen «Vorschläge» in die Maschine. So war es doch noch gelungen, dem polnischen Botschafter das deutsche Memorandum zu «überreichen». Aber das hatte kaum einen Nutzen mehr und sollte vielleicht auch gar keinen mehr haben, denn Lipski sagte zu dem britischen Legationsrat, der Dahlerus begleitete: «Ich bin davon überzeugt, dass im Fall eines Krieges Unruhen in diesem Land ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden.» «Man weiss nicht, ob die Polen das wirklich glaubten. Vielleicht wollten sie nur nicht als Narren dastehen. Denn ohne den Glauben an die Überlegenheit der polnischen Armee war die polnische Diplomatie fast reiner Wahnwitz und nur noch durch die Überzeugung zu rechtfertigen, dass man «Gott einen Tod schuldig sei».

Die Polen glaubten von vornherein, Bescheid zu wissen. Sie sahen all das Verhandlungsgerede für Spiegelfechterei an. Der Korridor und Danzig sollten ihnen genommen werden. Alles andere war Scham über der Welle.

Als das Reich seinen Vorschlag bekanntgab, sagte Polen es kalt heraus: Raub.

Ihre Diplomatie allerdings war wie die Angriffe ihrer Reiterei auf deutsche Panzer. Sie verweigerten jede Verhandlung mit selbstmörderischer Grossspurigkeit. Sie lehnten es ab, einen deutschen Vorschlag auch nur entgegenzunehmen, als ob man nicht hätte nein sagen können, nachdem man die Vorschläge gelesen hatte. Oberst Beck wurde von den westlichen Botschaftern gefragt, welche Haltung der polnische Botschafter einnehmen werde, wenn Herr von Ribbentrop, oder wer immer ihn empfangen, ihm die deutschen Vorschläge aushändigte. Er sagte, dass Herr Lipski nicht ermächtigt werde, ein solches Dokument anzunehmen, da es angesichts vergangener Erfahrungen von einer Art Ultimatum begleitet sein könnte. Aber man konnte doch einen Vorschlag entgegennehmen und die Annahme eines Ultimatums

verweigern. Vergeblich bestürmte die britische Regierung den polnischen Aussenminister, der polnische Botschafter in Berlin solle seine Bereitschaft erklären, Vorschläge entgegenzunehmen.

Beck tat nichts dergleichen und spielte die Rolle der um ihre Unschuld bangenden Unnahbarkeit weiter. Am 31. August hatte der polnische Botschafter in Berlin nach fünfständigem Warten mit dem Reichsaussenminister die berühmte «Ultrakurzunterredung». Lipski berichtete darüber:

«Herr von Ribbentrop hat mich um achtzehn Uhr empfangen... Herr von Ribbentrop fragte mich, ob ich besondere Vollmachten zum Verhandeln habe. Ich antwortete mit Nein.»

Damit war die Unterredung zwischen dem polnischen Botschafter und dem Reichsaussenminister zu Ende. Dieses «Nein» Lipskis war das einzige Wort, das er in diesen vier Monaten zu der deutschen Reichsregierung sprach. Jedes Wort mehr wäre auch zuviel gewesen.

Hitler hatte um 12.40 Uhr, sechs Stunden vor der «Ultrakurzunterredung», den Befehl zum Angriff für den Morgen des 1. September erteilt und die Vorbereitungen für den Fall «Weiss» laufen ein zweites Mal ab. Schon einmal war der Befehl zum Angriff gegeben worden, am 25. August, wurde aber dann widerrufen. Am 31. August erfolgt kein Widerruf. Die geheime Kommandosache OKW-WFA 170-39 geht in acht Ausfertigungen an die höchsten Wehrmachtsstellen hinaus. Das verhängnisvolle Schriftstück wird nirgends mehr angehalten, und am Abend des 31. August hätte selbst Hitler den Befehl nicht mehr rückgängig machen können.

«Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.

Der Angriff gegen Polen ist nach den für den «Fall Weiss» getroffenen Vorbereitungen zu führen mit Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.

Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.

Angriffstag: 1.9.1939 – Angriffszeit: 4.45 Uhr.»

GESAMTREGISTER

(Zusammenstellung: Ria Schulte)

Die halbfetten Ziffern weisen auf die Bandnummern hin, die mageren auf die Seiten

- Aachen 36, 105, 113
- Aachener Streit (1598) 36
- Friede von (1668) 52, 57
Abeken, Heinrich, ev.
Theologe, Mitarb. Bismarcks 125-127
Abessinien-Konflikt 1935/36 (ital.-äthiop. Krieg) 98
Ablass-Praxis 167f.
- streit 15
Absolutismus 34; 252ff
Achse Berlin-Rom 98
Ackermann aus Böhmen, Der (Saaz) 172
Adalbert, Erzbischof von Bremen 70f.
Adel 46, 49, 57, 65-68, 73
- Adelsbündnisse 165
- Lehensadel 57
- in Österreich 92
- in Preussen 68, 87; 57f.; 38
Adelheid von Burgund, Gemahlin Ottos I. 59, 61
Adenauer, Konrad, Staatsmann 16; 130ff., 161, 164, 167, 170, 178-181, 184-188, 191
Adler, Victor, österr. Sozialist 23, 118, 150f.
Adolf von Nassau, dt. ^{126 140} 68, 70
Ägypten 67f.; 43, 132, 182
Ahlerer Programm 129
Ahlers, Conrad, Journalist und Politiker 185f
«Akkumulation des Kapitals, Die, (Luxemburg) 52
Alarich I., König der Westgoten 19, 23-25, 32
Albanien, ital. Besetzung 1938 100, 156
Albigenser 173
Albigenser 53, 105-107
Albrecht I., dt. König 136, 139, 148
Albrecht II., dt. König 136, 171
Albrecht der Bär, Markgraf von Brandenburg 85f
Albrecht von Brandenburg, Hochmeister d. Deutschen Ordens, Erzbischof und Kurfürst von Mainz 15
Albrecht, Eduard W., Politiker 22f
Aleander, Hieronymus, Humanist u. Diplomat 17
Alemannen 19, 32
- Schlacht (496) 33
Alexander I. Pawlowitsch, Kaiser von Russland 112, 114, 135, 139ff., 146, 147, 149, 150
Alexander II. Nikolajewitsch, Kaiser von Russland 99; 47
Alexander II., Papst I 71, 72
Alexander III., Papst I 53, 92-95
Alexander Obrenovic, König von Serbien 87
Alexios III. Angelos, byzant. Kaiser 103
Alexios IV. Angelos, byzant. Kaiser 103
Alfons X. der Weise, von Kastilien dt. König 54, 137
Algeciras-Konferenz (1906) 74f
Allardt, Helmut, Diplomat 201
Alldeutscher Verband 50
Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich) 93, 98
Alliierte Hohe Kommission 131, 168
Alteneesch, Schlacht bei von, preuss. General 78, 98f
Alvenslebensche Konvention (1863) 78, 99
Amiens, Friede von (1802) 99, 111
Anaklet II., Papst I 85
Anders, Wladyslaw, poln. General 99
Andrassy, Gyula d. Ä., Graf, ungar. Staatsmann 120
Ansbach-Bayreuth 76
Antikomintern-Pakt (1936) 5 99
Antisemitismus s. Juden
Aosta, Aimone, ital. Prinz, Herzog von Aosta 45
Araber s. Islam
Arbeiterbewegung 97f.; 17, 30
Arbeiter- und Soldaten-Räte 14, 20, 22f
Arbeiterverein, Allgemeiner Deutscher 78
Arbeitsbeschaffungs-Programm (1932) 91, 114
Arbeitslosigkeit 11, 12, 83, 114
- Gesetze gegen die A. (1933) 97
Arco-Valley, Graf von 29
Ardennen-Offensive (1944) 13, 108, 109-111
Arendt, Walter, Politiker 200
Arianismus 22, 28, 32, 33
Arius, Presbyter in Alexandria 32
Armenier 105; 59, 60, 111
Arndt, Ernst Moritz, politischer Schriftsteller, Dichter 71, 122, 124, 132, 135, 139, 141, 142, 145; 3, 9, 12, 19, 28, 41, 43, 64, 72
von, preuss. Staatsmann 36, 37
Arnim, Harry Graf von, Diplomat 137; 16
Arnold von Brescia, Augustinerchorherr, Kirchenreformer 87, 88
Arnold, Zisterzienserabt 106
Aron, Raymond Claude Ferdinand, franz. Soziologe und Publizist 32
Arz von Straussenburg, Arthur Freiherr, österr. General 150f
Askanier 85f
Aspern, Schlacht bei (1809) 100, 136
Athaulf, König der Westgoten 25f, 29
Atlantik-Charta (1941) 53f, 205f.
Atlantik, Schlacht im A. 37, 58, 73
Atomrüstung (BRD) 132-134, 182
Atomsperrvertrag 188, 194, 200
Attila, König der Hunnen 19, 25f., 28
Attlee, Sir Clement Richard, brit. Politiker 141
Attoico, Bernardo, ital. Diplomat 144, 165
Auerbach, Berthold, Schriftsteller 56
Auerstedt, Schlacht b. (1806) 99
Auerswald, Hans von, General 50
Auerswald, Rudolf von, preuss. Minister 57, 86, 94
Augsburg 112
- Reichstag (1530) 33 (1548)
Augsburger Interim (1548)
Augsburger Religionsfriede (1555) 35f., 38
Augusta, dt. Kaiserin, Gemahlin Wilhelms I. 123, 125
Augustinus, Kirchenlehrer 19, 24f., 33, 49; 21
Auschwitz 83
Ausserparlamentarische Opposition (APO) 188, 194
Austerlitz, Dreikaiserschlacht (1805) 99, 115, 117
Austrasien 46
Ausweisung d. Deutschen 100f., 142-144
Averroes, Ibn Roschd, arab. Philosoph 149
Avignon 139, 146, 159
Avranches, amerik. Durchbruch b. 13, 107
Awaren 19, 31, 43, 50
Babenberger 50 Bacon, Francis, engl. Staatsmann und Philosoph 173
Bacon, Roger, Franziskaner 108
Bach-Zelewski, Erich von dem, General der Waffen-SS 103
Baden, Markgrafschaft 108
- Grossherzogtum 114, 121; 46, 72
Baden-Württemberg 200
Badoglio, Pietro, ital. Marschall und Politiker 151; 44, 71
Badony, Gouverneur von Galizien 49
Bagdad-Bahn 83
Bahr, Egon, Politiker 189, 201f, 204f.
Bahr, Hermann, Schriftsteller 19
Bakunin, Michail Aleksandrowitsch, russ. Revolutionär 29; 136

170 Gesamtregister

- im 2. Weltkrieg 43-45, 76f
- Ball, Hugo, Schriftsteller 29
- Ballin, Albert, Reeder 17
- Bamberg, Bistum 52
- Bamberger, Ludwig, Politiker 96, 128, 129
- Baner, Johan, schwed. Feldherr 49
- Barbusse, Henri, franz. Schriftsteller 122
- Barmer theologische Erklärung (1934) 118
- Barth, Emil, Politiker 14, 23
- Barthou, Jean Louis, franz. Staatsmann 126, 127
- Barzel, Rainer, Politiker 188, 189, 190, 192, 205, 207
- Basel, Konzil von (1431) 136, 170
- Baseler Friede (1795) 199
- Folgen 106-109
- Bassermann, Friedrich Daniel, Politiker 31, 41, 84
- Bastogne, Kampf um (1945) 14, 110
- Bauer, Gustav, Politiker 45
- Bauer, Otto, österr. Sozialist 49, 150
- Bauernaufstände 174f
- befreiung (Preussen) 129-131; 40
- krieg 26-30
- Bayerischer Erbfolgekrieg (1778/79) 53, 96
- Bayerische Volkspartei 115
- Bayern, Stamm und Land (Herzogtum) 37, 43, 49, 50, 57; 38, 41, 50, 58, 64
- Königreich 99, 101, 103, 112, 121; 14f, 17f., 22, 32, 72f., 128f, 134-137
- Kurfürstentum 50, 73, 85, 86, 95
- Räterepublik, 13, 19, 29f.
- Freistaat 128, 129, 189, 193
- Beamtentum 113; 123; 38f.
- Gesetz z. Wiederherstellung d. Berufsbeamten-tums (1933) 97
- Beatrix von Burgund, Gemahlin Kaiser Friedrichs 88
- Beatrix von Oberlothringen, Gemahlin Gottfrieds des Bärtigen 71
- Beatrix von Staufen, Gemahlin Kaiser Ottos IV. 102
- Bebel, August, sozialdemokratischer Parteiführer 32, 101
- Becher, Johannes R., Schriftsteller 37
- Beck, Józef, poln. Politiker 99, 148, 154f., 158f
- Beck, Ludwig, Generaloberst 99; 94, 97
- Beckerath, Hermann von, Politiker 64
- Bedingungslose Kapitulation 69f., 97, 105, 107f., 112, 183
- Befreiungskriege 100; 14, 19
- Bekennende Kirche 97, 118
- Belcredi, Richard Graf, österr. Politiker 105
- Belgien 104; 15;
- 90, 101, 102, 129f; 24, 25f; 24
- Belgrad 53, 61, 62
- Belisar, oström. Feldherr 19, 31
- Bern, Joseph, poln. General 54
- Benda, Ernst, Jurist und Politiker 194
- Benedek, Ludwig August Ritter von, österr. General 111
- Benedetti, Vincent Graf, franz. Diplomat 114, 115, 123, 126f
- Benedikt von Nursia, Ordensgründer 29
- Benedikt IX., Papst 68
- Benesch, Eduard, tschechoslowak. Staatsmann 141, 142; 6 85
- Benevent 134
- Bennigsen, Rudolf von, Politiker 90, 96
- Benoist-Méchin, franz. Kriegshistoriker 24
- Berchtold, Leopold Graf, österr.-ungar. Politiker 78, 93, 96
- Berengar II., König von Italien 59
- Berg, Grossherzogtum 299, 129
- Berle, Adolf Augustus, amerik. Politiker 57
- Berlin 67; 34ff. (Märzrevolution), 56ff.; 12ff 23ff (Revol. Nov./Dez. 1918), 26ff.; 93-99 (20. Juli 1944), 118f, 125 (Kriegs-
- ende), 128, 133, 137f, 150
- Ost-Berlin 131, 183
- West-Berlin 130, 183, 196, 200
- Berlin-Abkommen (1971) 188, 203ff
- Berliner Blockade 130, 153, 155-158
- Kongress (1878) 47
- Mauer 134, 167, 183, 197
- Vertrag (1926) 76
- Bernadotte af Wisborg, Folke Graf 6 119
- Bernhard, König von Italien 46
- Bernhard, Herzog von Sachsen-Weimar 49
- Bernhard von Clairvaux, Kirchenlehrer 86
- Bernhard, Georg, Publizist 83
- Bernhardi, Friedrich von, Militärschriftsteller, General 53
- Bernhardi, Theodor von, Historiker und Diplomat Ulf.
- Bernstorff, Albrecht Graf von, preuss. Diplomat 10
- Besatzungsstatut 168, 171
- Besatzungszonen 105, 111ff 128f, 136, 137, 139f, 145, 150
- Beseler, Georg, Politiker 71
- Bessarabien 95; 39
- Besson, Waldemar, Publizist 193, 195
- Bethlen Gabor, Fürst von Siebenbürgen 39
- Bethmann Hollweg, Moritz August von, preuss. Minister 86
- Bethmann Hollweg, Theobald von, Staatsmann 83, 86, 98, 101, 116, 120-122, 126
- Bettelmönche 107f., 124-129, 132f, 139f, 153f.
- Beust, Friedrich Ferdinand Graf von, sächsischer, später österr. Staatsmann 76f, 108, 110, 120, 124
- Bevin, Ernest, brit. Staatsmann, 151, 153, 158
- Bialystok und Minsk, Doppelschlacht von (1941) 49
- Bibel, gotische 33
- Luthersche 22
- Bidault, Georges, franz. Politiker 151
- Billunger Mark 62
- Birkenfeld, Günther, Schriftsteller 166
- Bischöfe, Bischofswahl 28, 36, 49, 67f., 73, 74, 84f., 116, 146; 97
- Bischoffwerder, Johann Rudolf von, preuss. General 102
- Bismarck, Herbert Fürst von, Diplomat 30
- Bismarck, Otto Fürst von, Gründer des Deutschen Reichs von 1871 78, 107; 38, 48, 70, 71, 77-81, 84, 85-104, 106-119, 121, 124-137; 7-24, 27, 30-32, 38, 46ff
- Björkö, Vertrag von (1905) 72ff
- Blackston, Sir William, engl. Jurist 126
- Blank, Theodor, Politiker 132, 171
- Bliss Lane, Arthur, amerik. Diplomat 103
- Blomberg, Werner von, General 105, 116, 122, 125, 132f
- Blücher, Wipert von, Diplomat 60
- Blücher von Wahlstatt, Gebhard Leberecht, Fürst, preuss. Generalfeldmarschall 100, 105, 147-149
- Blum, Léon, franz. Politiker 24, 59
- Blum, Robert, Politiker 32, 41, 48, 54f
- Boccaccio, Giovanni, ital. Dichter und Humanist 156
- Bock, Fedor von, Generalfeldmarschall 49
- Bockelson, Johann (Wiedertäufer) 30
- Bodelschwingh, Friedrich von, evang. Theologe 97
- Bodelschwingh, Karl von, preuss. Staatsmann 96, 107
- Bodelschwingh-Velmede, Ernst von, preuss. Staatsmann 71
- Bogumil, thrak. Pope 105
- Bogumilen 105f
- Böhmen 35, 62, 140, 142, 159, 168ff; 41f., 43, 82, 83; 45f
- Böhmen und Mähren, Protektorat 152
- Bolschewisten, Bolschewisten 109; 131ff, 136; 58f, 75; 6 80f
- Bonaventura, Kirchenlehrer 129
- Bonifatius (Winfried), angelsächs. Mönch und Missionar 19, 37
- Bonifat VIII., Papst 136, 146
- Bonn 161
- Bonn, Moritz Julius, Volkswirtschaftler 57; 139
- Bonnet, Georges Etienne, franz. Politiker 143f., 154, 156, 160, 164; 16
- Borgia, Cesare, Kardinal von Valencia 30
- Bör-Komorowski, Tadeusz, urspr. Graf Komorowski, poln. General und Politiker 102-105
- Bormann, Martin, nationalsozialist. Politiker 109., 121
- Bornhöved, Schlacht bei (1227) 53
- Boroevic von Bojna, Svetozar, österr.- ungar. General 148-150
- Bosnien 79f.
- Bothmer, Felix Graf von, bayer. Generaloberst 114
- Boulogne, Konferenz von (1920) 62
- Bouvines, Schlacht bei 53, 111
- Boyen, Hermann von, preuss. Heeresreformer 69, 125f., 128
- Brabant 10
- Bracht, Franz, Politiker 36
- Bradley, Omar N., amerik. General 111, 119
- Brandenburg, Mark u. Kurfürstentum 85, 86, 136, 141, 171, 177; 36f, 48, 50f 52, 53, 54-60, 65, 66, 67
- Brandenburg-Preussen 177; 95
- s. auch Preussen
- Brandenburg, - Friedrich Wilhelm Graf von 59, 69, 75
- Brandt, Willy, früher Karl Herbert Frahm, Politiker 132, 187, 189, 191, 193-197, 199, 200-207
- Brauchtisch, Walther von, Generalfeldmarschall 50
- Braun, Eva, Geliebte Hitlers 121, 124
- Braun, Otto, Politiker 90-93, 96
- Braunschweig, Herzogtum 15, 22

Gesamtregister 171

- Brawand, Leo, Publizist 193
- Bredow, Kurt von, Generalmajor 123
- Breisach 49, 50, 57, 64
- Breitenfeld, Schlacht b. (1631) 47
- Bremen 65; 22
- Erzbistum 50
- Brentano, Heinrich von, Politiker 134
- Breschnew, Leonid Iljitsch, Sowjet. Politiker 188, 205
- Doktrin 196
- Breslauer (Präliminar-) Friede (1742) 53
- Brest-Litowsk, Friede von (1917) 131-137
- Bretholz, Bertolt, Historiker 140
- Briand, Aristide, franz. Staatsmann 10, 11
- Brockdorff-Rantzau, Irich Graf von, Politiker
- Brunhilde, Gemahlin des Frankenkönigs Sigibert 34f
- Brussilow, Aleksej Alekseev, russ. General 114
- Brüning, Heinrich, Politiker 155; 11, 12, 79-84, 87f
- Büchner, Georg, Dichter 26, 28; 49
- Budapest 53, 61
- Bulganan, Nikolai Aleksandrowitsch, Sowjet. Politiker 177f, 179
- Bullit, William Christian, amerik. Politiker und Schriftsteller 77
- Bülow, Bernhard Fürst von, Staatsmann (1929) 25, 32, 34, 43, 44, 46, 49, 60, 61ff., 71ff., 76, 81f
- Bülow, Bernhard Ernst von, Diplomat (J1879) 72
- Bülow, Karl von, preuss. Generalfeldmarschall 105
- Bund der Heimatvertriebenen s. H.
- Bundespräsident, Amt und Wahl 130, 164
- Bundesrat (Bundesrepublik Deutschland) 200
- Bundesrat (im Dt. Kaiserreich) 24
- Bundesrepublik Deutschland, Gründung 130, 158-161
- Bundestag, deutscher 30ff., 171, 186, 188, 189, 194, 200, 205
- Bundestag, Organ des Dt. Bundes s. d.
- Bundesversammlung (BRD) 133, 188, 189, 200
- Bundeswehr 133, 176
- Bundesverfassungsgericht Karlsruhe 132
- Bunsen, Christian Karl Josias, Freiherr von, preuss. Diplomat 60
- Buol-Schauenstein, Karl Ferdinand Graf von, österr. Staatsmann 82, 88
- Burckhardt, Carl Jacob, schweizer. Politiker und Historiker 111; 35; 79f.
- Burckhardt, Jacob, schweizer. Kultur- und Kunsthistoriker 85, 121, 133, 134, 146f., 161; 18, 101; 11, 18, 19; 137
- Buren, Burenkrieg 61, 64
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) 14, 70
- Bürgerertum 13, 107, 127, 142; 11, 15, 30f., 135; 38
- Burgund, Burgunder 19, 24, 25, 28, 32, 46, 47, 66, 84, 96, 177; 2, 10, 12, 16, 59, 65
- Burke, Edmund, brit. Politiker 104
- Burschenschaften 13
- Allgem. Deutsche Burschenschaft
- Bussche-Ippenburg, Erich Freiherr von dem, Major 144
- Byrnes, James Francis, amerik. Jurist und Politiker 129, 151, 168
- Byzanz, Byzantinisches Reich 26, 35, 43, 53, 61, 102-105, 115, 175f
- Cadogan, Sir Alexander George Montagu, brit. Diplomat 102
- Cajetan, Thomas de Vio, Erzbischof von Palermo
- Calais 25 «Caligula» (Quidde) 29, 44
- Calixtus II., Papst I 84, 91
- Calvin, Johann 14
- Calvinismus 36, 37, 38, 71
- Camleon, Pierre Paul, franz. Diplomat 101, 102
- Cambrai, Friede von (1529)
- Camphausen, Ludolf, preuss. Staatsmann 49, 50, 62, 69, 71
- Camphausen, Otto, preuss. Staatsmann 71
- Campo Formio, Friede von (1797) 99, 110f.
- Canaris, Wilhelm, Admiral 109
- Canossa 52, 70, 74-81
- Capoccio, Peter, Kardinal 97, 132f
- Caprivi, Leo Graf von, General, Reichskanzler 32-34, 37, 47f
- Capua 31, 71
- Carlyle, Thomas, engl. Historiker 92; 118
- Carnot, Lazare Nicolas Graf, franz. Staatsmann 105
- Carolina (Peinliche Gerichtsordnung) 87 s. auch Halsgerichtsordnung
- Carstens, Karl, Politiker 189, 197
- Casablanca, Konferenz von (1943) 70
- Cavour, Camillo Graf Benso di, ital. Staatsmann 78, 88, 89f.; 74
- CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft 186, 188-190, 193ff., 200, 201, 205
- Chamberlain, Arthur Neville, brit. Staatsmann 99, 100, 128, 129, 139, 142, 144, 146, 153, 154; 17, 33
- Chamberlain, Joseph, brit. Staatsmann 862f
- Charkow, Schlacht bei (1942) 10
- Charlotte, Gemahlin Kaiser Maximilians (Mexiko) 119
- Chautemps, Camille, franz. Politiker 28
- Chilberich I., König der Franken 35
- China 75, 76, 145f
- Chlodwig I., König der salischen Franken 19, 32f
- Choiseul, Etienne François, Herzog von Ch.-Amboise 82
- Christentum 24, 32f., 45, 90f., 108, 118; 28f
- Christian I., König von Dänemark 136
- Christian IV., König von Dänemark 44
- Christian VIII., König von Dänemark
- Christian I., Herzog von Braunschweig Lüneburg 44
- Christianisierung 34ff., 42, 49
- Christlich-Demokratische Union (CDU) 128ff., 207
- Christlich-soziale Arbeiterpartei Christlich Soziale Union (CSU) 128ff
- Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch, Sowjet. Politiker 132, 134, 175, 180, 188, 197
- Churchill, Sir Winston Leonard Spencer, brit. Staatsmann, Zitate und Persönlichkeit bes. 57f, 84, 94, 97, 102, 104, 108, 109, 113, 117, 121f., 125, 132, 140ff.; 16, 21f, 37, 146, 155; 19, 22, 27f., 31, 33-41, 47f, 51-62, 76ff., 91f, 101f., 105f, Ulf., 119, 121, 126, 134, 137ff., 141f., 180, 187
- Ciano, Costanzo, Conte Cortellazzo, ital. Politiker 137, 158f., 165f; 20, 27, 29, 44, 59f
- Claudius, Matthias, Dichter 59
- Clausewitz, Carl von, preuss. General und Philosoph 62, 125f, 132, 140; 116
- «Vom Kriege» 134
- Clay, Lucius Dubignon, amerik. General 116, 118, 156ff.
- Clemenceau, Georges, anz. Staatsmann 51, 105, 119, 140; 38, 45, 47
- Clemens II., Papst I 68
- Clemens III., Papst 87f
- Clemens V., Papst I 148, 150
- Clemens VII., Papst I 159
- Clementia von Habsburg, Gemahlin Karl Martells von Ungarn 139
- Clothar II., König der Franken 35
- Cluny, Reformbewegung v. 65, 67f
- Code Civil 14
- Codex Justiniani 25
- Célestin IV., Papst 132
- Cölln, Friedrich von, Publizist 117
- Confessio Augustana 33
- Conrad von Hötzingendorf, Franz Freiherr, österreich. Feldmarschall 110, 114
- Cortenuova, Schlacht bei (1237) 131
- Coulondre, Robert, franz. Diplomat 138, 150, 166
- Croce, Benedetto, ital. Philosoph und Historiker 20
- Cromwell, Oliver, engl. Staatsmann 28, 55; 102; 93
- Cuno, Wilhelm, Politiker 62, 63
- Curzon, George Nathaniel, Marquess C. of Kedleston, brit. Staatsmann 78; 66
- Linie 54; 113
- Custine, Adam - Philippe Graf, franz. General 104
- Cyrankiewicz, Jozef, poln. Politiker 188, 202
- Czernin, Ottokar, Graf von, österr.-ungar. Staatsmann 119, 133
- D'Abernon, Edgar Vincent Viscount, brit. Diplomat 65, 66, 74f
- Dahleus, Birger, schwed. Industrieller 166, 167f
- Dahlmann, Friedrich Christoph, Politiker und Historiker 20, 22f., 41, 47ff.
- Verfassung 46f., 61, 65
- «Daily Herald» 20
- «Daily Mail» 43
- Daily-Telegraph-Affäre 81f.
- Daladier, Edouard, franz. Politiker 126, 144; 6, 22, 59
- Dalberg, Karl Theodor, Reichsfürst von, Kurfürst von Mainz 112, 113
- Damasus II., Papst I 68
- Dandolo, Vincenzo, Doge von Venedig 103-105
- Dänemark 136, 143, 161; 845, 73f., 78, 83, 100ff.; 21; 195 s.
- Deutsch-Dänischer Krieg
- Dante Alighieri 146, 152
- Danton, Georges, franz. Revolutionär 104

172 Gesamtregister

- Danzig 105; Freie Stadt 121; 1919, 43, 154, 158, 167f.
- Wahlen 1933 97
- Dardanellen 112
- Darlan, François, franz. Admiral 32, 62
Darmstadt
Darwinismus 54
Däumig, Ernst, Politiker 24
David, Eduard, Politiker 36
Davies, Joseph, amerik. Politiker 138
Dawes, Charles Gates, amerik. Staatsmann – Dawes-Plan 10, 70f.
«Defensor pacis» (Marsilius von Padua) 154
«De Germania» (Tacitus) 25
Dekanossow, Wladimir, Sowjet. Diplomat 43
Delbrück, Clemens von, Politiker 155
Delbrück, Hans, Historiker 126
Delbrück, Rudolf von, Staatsmann 122
Delcassé, Théophile, franz. Minister 71f., 75
Delp, Alfred, kath. Theologe, Mitgl. der Widerstandsbewegung 99
Dertinger, Georg, Politiker 131
Desideria, Gemahlin Karls des Grossen 41
Desiderius, Abt von Monte Cassino s. Viktor III.
Desmoullins, Camille, franz. Revolutionär und Schriftsteller 90
Dessauer Brücke, Schlacht a. d. (1626) 45
Deutsch-Dänischer Krieg (1848-50) 47ff., 73
-(1864) 79, 100-103
Deutsche Arbeiterpartei (DAP) 66
Deutsche Arbeitsfront (DAF) 114
Deutsche Christen 117f
Deutsche Demokratische Partei (DDP) 65
Deutsche Demokratische Republik, Gründung 130, 131, 149f., 165-167, 172, 175, 182-184, 187, 192, 97-200, 203f
- Aufstand (17. Juni 1953) 131, 173-175
- Aufnahmeprotokolle. Beziehungen (1972) 189
- Abkommen und Verträge s. d.
Deutsche Gemeindeordnung, Erläss 1935 98
Deutsche Partei (DP) 130ff.
Deutscher Bund 2 148; 12, 14f, 19, 25, 31f 39f., 45, 46f, 65, 71, 73, 76f., 78, 79-83, 89, 100, 103, 110f.
Deutscher Fürstenbund 54
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 134
Deutscher Krieg von 1866 78, 105-111, 111-116
Deutscher Orden 53, 83, 115, 118, 123, 143, 177; 112
Deutscher Zollverein 21f, 30, 73, 76, 78, 119
Deutsche Volkspartei (DVP) 61, 65, 72, 80
Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71 79, 119, 128-132
Deutschlandvertrag (1952) 131, 171
Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 10, 45, 72, 77, 79, 83, 85
- Auflösung 115
Deutschritterorden
- s. Deutscher Orden
Diebitsch-Zabalkanskij, Johann Graf, russ. Generalfeldmarschall 140
Dietl, Eduard, Generaloberst 22
Dietrich, Hermann, Politiker 83
Dietrich, Otto, nationalsozialist. Publizist 86f
Dietrich, Sepp, Generaloberst der Waffen-SS 122
Dillingen 37
Dimitroff, Georgi Michailowitsch, bulgar. Politiker 97
«Discourse on War» (Cotton) 126
Disraeli, Benjamin, brit. Staatsmann 146
Dittmann, Wilhelm, Sozialist 14
Dolchstosslegende 33, 46-48, 77, 79
Dollfuss, Engelbert, österr. Politiker 98, 108, 127
Döllinger, Johann Joseph Ignaz von, kath. Theologe und Historiker 18, 41
Dombrowski, Erich, Publizist 145
Dominikaner (Predigerorden) 159
Dominikus, Ordensstifter 108
Donauwörther Händel (1607) 36
Dönitz, Karl, Grossadmiral 36, 73, 117, 121, 124-127, 134f, 146
Dostojewski, Fedor Michailowitsch, russ. Dichter 67
Draga, Königin von Serbien, Gemahlin Alexander I. 87f.
Dreibund (Dt. Reich/Österr.-Ungarn/Italien, 1882) 47f, 60
Dreikaiserbund (1873) 14-17
Dreikaiserschlacht s. Austerlitz
Dreiklassenwahlrecht 70, 97, 135; 125
Dreikönigsbündnis (1849) 72f., 77
Dreimächtepakt (1940) 41, 45
Dreissigjähriger Krieg 41-52, 54
Dresden 75; 72; 114f.
Bombardierung
- Ministerkonferenzen der dt. Staaten
- (1850-51) 77
- Friede von (1745) 82
Drews, Bill, preuss. Minister 154
Droste zu Vischering, Klemens August Freiherr von, Erzbischof 26
Droysen, Johann Gustav, Historiker 76, 116; 41, 50
Dschingis Khan, Begründer des Mongolischen Weltreiches 119-122
Dubcek, Alexander, tschechoslowak. Politiker 196, 199
Duckwitz, Georg, Diplomat 201, 202f.
Duisburg-Ruhrort 55
Dulles, John Foster 176
Duncker, Max, Historiker und Politiker 41, 101, 102
«Dunkelmänner Briefe»
Dünkirchen 26f
Dürnkrot, Schlacht bei (1278) 136, 140
Düsseldorf 108; 55
Duesterberg, Theodor, Mitbegründer des «Stahlhelm» 12, 86, 115
Dutschke, Rudolf (Rudi), Studentenfürher 188, 194
Ebert, Friedrich, Politiker 41, 103, 154f.; 10, 13f, 23, 24, 32, 34, 45, 69, 72
Eck, Johann, eigentl. Maier, Prof. der Theologie, Hauptgegner Luthers 16, 17
Eckart, Dietrich Schriftsteller 50
Eckart, Meister E., Dominikaner 158
Eden, Sir Robert Anthony, Earl of Avon, brit. Politiker 126, 130; 26
-Plan 175f
Eduard III., König von England I 136
Eduard VIII., König von Grossbritannien und Irland 60, 68, 77
Ehard, Hans, Politiker 69; 129
Ehrenburg, Ilja Grigorjewitsch, russ. Schriftsteller 79
Eichhorn, Ernst, Polizeipräsident von Berlin 26
Eichmann, Karl Adolf, Leiter d. Judenreferats im Reichsicherheitshauptamt 81, 133, 134
Eigenkirche 45
Eisenach 79
Eisenhower, Dwight David, amerik. General und Präsident 62, 78, 91f, 107, 110f, 120, 126, 131, 133, 137, 145, 148
Eiserner Vorhang 146
Eisner, Kurt, bayer. Ministerpräsident 13, 19f, 22, 29f.
El Alamein 62
Elisabeth, Kaiserin von Österreich, Gemahlin Franz Josephs I.
Elisabeth Petrowna, Kaiserin von Russland 72, 82, 84
Elisabeth Stuart, Gemahlin Friedrichs V. von der Pfalz 43
Elisabeth die Heilige, Landgräfin von Thüringen 126, 127-129
Elsass 64, 65
Elsass-Lothringen 101; 132, 135; 129; 73, 149
Eltz-Rübenach, Paul Freiherr und Edler Herr von und zu, Politiker 116
Emser Depesche (1870) 79, 126ff
Engels, Friedrich, sozialistischer Schriftsteller 29; 30, 129, 132; 51
England 57, 98, 110f., 145, 162; 43ff., 53, 57, 66, 81, 82, 84f, 98, 104, 113f, 120, 138f.; 83ff.: 68, 53f, 55f, 58-65, 65-68, 70f 75-77, 82-86, 97, 102, 105, 114, 120-123, 138; 73f., 99, 100, 126ff 142ff 153 bis 156, 158ff., 164f.; 16f, 19f, 25, 2629, 30-38, 55ff 102, 129ff, 137ff 195, 200
- dt.-engl. Freundschaftsabkommen 1938 146
Entente cordiale (1904) 65, 67, 71
Entmilitarisierung 136
Entnazifizierung 136, 146f.
Enver Pascha, türk. General und Staatsmann 111
Enzio, König von Sardinien 134
Erasmus von Rotterdam, Humanist 13, 17, 23
Erbuntertänigkeit, Abschaffung in Preussen 100, 129f
- in Österreich
Erfüllungspolitik 56
Erfurt 188, 204
Erfurter Kongress (1808) 100
- Parlament (1850) 71
- Programm (SPD)
Erhard, Ludwig, Politiker 133, 134, 154f, 184, 187, 188, 190-193, 197
Ermächtigungsgesetz 97, 99, 107, 110ff, 116, 122
Ermanerich, König der Ostgoten 23 Ermland 95
Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha 90
Ernst August, Herzog von Cumberland, König von Hannover 22f.

Gesamtregister 173

- Ernst, Karl, SA-Führer 122
- Ertl, Josef, Politiker 200
- Erzberger, Matthias, Politiker 120f., 122, 126, 127, 128, 131, 152; 14, 45, 48, 61
- Esterhazy, Moritz Graf von, österr. Staatsmann 104f., 107
- Eugen, Prinz von Savoyen 53, 60 bis 62, 64
- Eugenie, Kaiserin der Franzosen, Gemahlin Napoleons III. 89, 131
- Eulenburg, Botho Graf von, preuss. Staatsmann 96; 34
- Eulenburg, Philipp, Fürst zu E. und Hertefeld, Diplomat 38, 44f
- Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) 170
- Europäische Freihandelszone (EFTA) 133, 170
- Europäische Gemeinschaft (EG) 195, 206
- Europäische Sicherheitskonferenz Helsinki (1973) 189, 203
- Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 131, 173, 176
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 132, 134, 169f
- Europarat 131, 169
- Euthanasie 117; 86f.
- Evangelische Kirche Deutschlands 133, 134
- Ewald, Heinrich August, Orientalist 22f
- Exarchat 39
s. Kirchenstaat
- Ezzelino da Romano, Haupt d. Ghibellinen z. Z. Friedrichs II. 134
- Fabre-Luce, Alfred, Publizist 131
- Fahnenedis 125; 97, 116
- Falk, Adalbert, preuss. Politiker 12, 13
- Falkenberg, Dietrich von, Verteidiger Magdeburgs (1631) 46
- Falkenhayn, Erich von, Generalfeldmarschall 108, 110, 112, 114, 115
- Fastrada, Gemahlin Karls des Grossen 41
- Favre, Jules, franz. Staatsmann 131
- Fehrbellin, Schlacht bei (1675) 52, 58f, 66
- Fehrenbach, Konstantin, Politiker 53, 55
- Fellgiebel, Erich, General 96
- Fénelon, François de Salignac de la Mothe, franz. Theologe 64
- Ferdinand I., röm.-dt. Kaiser 36
- Ferdinand II., röm.-dt. Kaiser 39f., 41, 45, 48
- Ferdinand III., röm.-dt. Kaiser 49
- Ferdinand I., Kaiser von Österreich 33f., 55
- Feudalismus 51
- Feuerbach, Ludwig, Philosoph 78; 28f.
- Fichte, Johann Gottlieb, Philosoph 100, 131; 12, 14
- Finnland 20, 42, 49
- Fisher, John Arbuthnot, brit. Admiral 66
- Fiume 137
- Flandern 139; 10
- Flandin, Pierre-Etienne, franz. Politiker 131
- Fleurus, Schlacht von (1794) 105
- Florenz 152
- Flotow, Hans Freiherr von, Diplomat 94
- Flotte, Flottenbau 55-58, 63, 77, 81, 83
- Flottengesetze 82, 85
- Aufruhr 1918 147f
- Flottenabkommen, dt.-engl. (1935) 98, 100, 158
- Flottenverein, Deutscher 57
- Foch, Ferdinand, franz. Marschall 142, 143
- Forrestal, James, amerikan. Politiker 158
- Fortschrittspartei, Deutsche 78, 79
- Förster, Georg, Völkerkundler 104
- Fouquier-Tinville, Antoine Quentin, franz. Revolutionär 6 89, 90
- France, Anatole, eigtl. Jacques Anatole Thibault, franz. Schriftsteller 90
- Franco, Francisco, span. General und Staatsmann 98; 41
- François-Poncet, André, franz. Diplomat 144; 170
- Frank, Egon, Politiker 200
- Frank, Hans, nationalsozialist. Politiker 107; 18, 146
- Franken, Frankenreich 19, 31-52, 63
- Frankenhausen, Schlacht b. (1525) 29
- Frankfurt a.M. 104, 112; 22, 116;
- Frankfurter Fürstentag (1863) 78, 99f.
- «Frankfurter Zeitung» 80, 113; 48
- Frankl, Ludwig August, Ritter von Hochwart, Dichter 112
- Frankreich 46, 47, 57, 62, 63, 145-148, 160, 162; 11f., 16, 35, 46-50, 51f., 55, 56-60, 62f., 64f, 66, 71, 81, 82, 84f, 96f., 98f., 100-103, 105f., 111f.; 840, 76, 78, 83ff 86ff 99ff 107f 119, 122ff, 126f 128-132, 135-137; 16, 65 bis 68, 70-77, 97, 100, 104-109; 44, 73ff 126ff 142ff, 148f.; 16f., 20f., 2230, 31f., 91-93, 128, 129ff 139f., 194f., 200
- Nichtangriffspakt 1938 99
- Freundschaftsabkommen 1963 134, 187
- Frantz, Konstantin, Politiker und Publizist 43
- Franz I., röm.-dt. Kaiser 53, 90
- Franz II., röm.-dt. Kaiser (als Kaiser v. Österreich Franz I.) 99, 110, 150
- Franz I., König von Frankreich 16, 23, 32
- Franz Joseph I., Kaiser von Österreich, König von Ungarn 12, 55, 76, 89, 103, 107, 111, 120; 58f., 118
- Franz Ferdinand, Erzherzog 92
- Franz Stephan, Herzog von Lothringen, Gemahl Maria Theresias 82 (sp. Franz I., röm.-dt. Kaiser)
- Franz von Assisi 53, 107, 125, 172f
- Franziskaner, Bettelmönchsorden 53, 107-109, 159
- Französische Revolution (1789-95) 97, 99ff 112, 130; 88ff
- Französische Revolutionskriege s. Koalitionskriege
- Frauentimmrechts 30
- Fredegunde, Nebenfrau, sp. Gemahlin Chilberichs I. 35
- Freiburg im Breisgau 59, 64
- Freidenkertum 28ff
- Freidenkerbewegung, sozialistische 118
- Freie Demokratische Partei (FDP) 130ff 186f., 188, 189, 191, 192, 196, 200, 205
- Freies Frankreich (FF) 31
- Freikorps 16, 24-26, 48
- Epp 66
- (Marinebrigade) Ehrhardt 49-50
- Lüttwitz 27
- Freiligrath, Ferdinand, Dichter, 46, 129; 19
- Freisler, Roland, nationalsozialist. Politiker und Jurist 89-91, 99
- Fremdarbeiter im Dritten Reich 88
- Freytag, Gustav, Schriftsteller 148; 32, 46
- Frick, Wilhelm, nationalsozialist. Politiker 86, 97, 107, 146
- Friedeburg, Hans- Georg von, Generaladmiral 135
- Friedensangebot (dt.) 1916 116 - (1939)
- (1940) 35
- Friedensbemühungen Benedikts XV. 1917 128ff.
- Friedensnote d. Bundesregierung an alte Mächte 188, 191, 195
- Friedensresolution (1917) 127f (1933) 109, 125
- Friedjung, Heinrich, österr. Historiker 104, 107, 108, 111; 53
- Friedland (Ostpr.), Schlacht b. (1807) 121
- Friedrich I. Barbarossa, röm.-dt. Kaiser 53, 60, 77, 86, 88-97, 98, 131
- Friedrich II., röm.-dt. Kaiser 51, 52, 67, 77, 97f., 110, 111, 111-115, 116-119, 121f., 131-134, 135
- Friedrich III., röm.-dt. Kaiser 1 136, 139, 171, 173
- Friedrich III., Deutscher Kaiser, König von Preussen (Kronprinz Friedrich Wilhelm) 36, 113; 25-27
- Friedrich (III.) der Schöne, dt. Gegenkönig 136, 153
- Friedrich I., König von Preussen 66, 67, 75
- Friedrich II. der Grosse, König von Preussen 53, 54, 55, 65, 66f., 68, 69f., 70-73, 76-82, 82-84, 84-87, 89, 90, 93, 99, 101f.
- Friedrich III. der Weise, Kurfürst von Sachsen 11, 16, 17, 74
- Friedrich III., Kurfürst von Brandenburg (sp. Friedrich I., König von Preussen) 53, 65, 66f.
- Friedrich IV., Kurfürst von der Pfalz 41
- Friedrich V. von der Pfalz, der Winterkönig 15, 42, 43, 49
- Friedrich I., Grossherzog von Baden 106
- Friedrich, Kronprinz von Dänemark 1001f.
- Friedrich VII. Karl Christian, König von Dänemark 100
- Friedrich Wilhelm I., König von Preussen 53, 54, 67-70, 87
- Friedrich Wilhelm II., König von Preussen 54, 98, 102
- Friedrich Wilhelm III., König von Preussen 99, 110, 139, 140ff, 150; 16
- Friedrich Wilhelm IV., König von Preussen 14, 26-28, 32 bis 38, 38ff 57, 60f 64, 66f., 68-74, 75ff 86
- Friedrich August I. der Gerechte, König von Sachsen 121
- Friedrich August I., Kurfürst von Sachsen 53 s. August der Starke (König, v. Polen)
- Friedrich Wilhelm, der Grosse Kurfürst (Brandenburg) 52, 54-56, 56-60, 66, 78

174 Gesamtregister

- Fritsch, Werner Freiherr von, Generaloberst 120, 132, 133
- Fritzsche, Hans, nationalsozialist. Politiker 146
- Fröbel, Julius, Politiker 51
- Fromm, Friedrich, Generaloberst 94, 96f
- Frühkapitalismus 41f
- Frundsberg, Georg von, Landsknechtführer 26
- Fugger, schwäb. Geschlecht 1 174; 15
- Fugger, Jakob 174
- «Führerbriefe» (Blatt d. konserv. Rechten) 90f.
- Fürstenbund s. Deutscher Fürstenbund
- Furtwängler, Wilhelm, Dirigent 109
- Füssen, Friede von (1745) 53, 82
- Gablenz, Ludwig Freiherr von, österr. Feldzeugmeister 109
- Gafencu, Grigore, rumän. Politiker 164
- Gagern, Heinrich Freiherr von, dt. Staatsmann 32, 41, 42, 43f., 52, 53, 60, 61f., 67, 71
- Gagern, Maximilian Freiherr von, Politiker 38ff.
- Galen, Christoph Bernhard, Freiherr von, Bischof von Münster 58
- Galen, Clemens August Graf, Kardinal, Bischof von Münster 117
- Galizien 95
- Galland, Adolf, Major 35, 36
- Gallien 24, 34, 37
- Gallipoli 112
- Gambetta, Léon, franz. Staatsmann 128
- Gamelin, Maurice Gustave, franz. General 164, 22, 59
- Gareis, Karl, Politiker 61
- Gaule, Charles de, franz. General und Staatsmann 24, 27, 66, 92, 133, 145, 187, 188, 190f., 194f
- Gaus, Günther, Journalist und Politiker 189, 205
- Gauss, Carl Friedrich, Mathematiker und Astronom 23
- Gautier, Leon, franz. Gelehrter 21, 25
- Gebhard von Eichstätt s. Viktor II.
- Gegenreformation 14, 32, 37-40, 48
- «Gegenwart, Die» 177, 182
- Geheime Staatspolizei (Gestapo) 94, 97, 133
- Geiseric, König der Wandalen 19, 25, 26
- Geistliches Fürstentum 58f., 152; 17, 75f.; 10f. s. Bischöfe, Kurfürsten
- Geissler-Bewegung 159
- Gelasius II., Papst 1 45
- «Generalanzeiger» 78
- Generalstreik, nationaler 55, 63, 65
- Genfer Abrüstungskonferenz (1932) 12, 118, 125f
- Konferenz der Aussenminister (1959) 133
- Viermächtekonferenz (1955) 177f.
- Genscher, Hans-Dietrich, Politiker 189, 200, 207
- Genz, Friedrich, Publizist u. Staatsmann 104, 147; 10
- Georg V., König von Hannover 112
- Georg-Kreis 116
- Gerlach, Leopold von, preuss. General 41, 71, 75, 80, 106
- Germanen 19-31, 35, 45, 83
- germanische Räume 32f.
- «Germania» (Zentrumszeitung) 107
- Gerstenmaier, Eugen, Theologe und Politiker 99, 190
- Gervinus, Georg G., Geschichtsforscher 22f., 41
- «Geschichte des niederen Volkes in Deutschland» (Eccardus) 40, 43, 125
- Gesetz gegen die Neubildung von Parteien 97
- Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat (1933) 97
- Gesetz über den Neuaufbau des Reiches (1934) 98, 119
- Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt (1919)
- Gesell, Silvio, dt. Finanztheoretiker 30
- Gessler, Otto, Politiker, 10, 52
- Gewerkschaften, bes. 50; 207
- Geyer, Florian, fränk. Reichsritter 26
- Ghibellinen, ital. Partei d. Mittelalters 86, 87, 134f, 177
- Gibraltar 41
- Giesebrecht, Wilhelm von, Geschichtsschreiber 72, 79
- Gilbert, Seymour Parker, amerik. Finanzpolitiker 77
- Giscard d'Estaing, Valéry, franz. Politiker 189
- Gisevius, Hans, Diplomat 122
- Giskra, Karl, österr. Minister 120
- Gladstone, William Ewart, brit. Politiker 54
- Glatz, Grafschaft 103
- Gleichschaltung 97, 113-119
- Gneisenau, August Wilhelm Anton, Graf Neidhardt von, preuss. Heerführer 125f, 129, 142, 143, 147
- Gneist, Rudolf von, Politiker 92, 104
- Goebbels, Paul Joseph, nationalsozialist. Politiker 145; 5 86, 97, 110, 111f., 155; 6 69f, 95f., 109, 118, 121, 124
- Godesberger Grundsatprogramm 133
- Goldene Bulle (1226) 118; (1356) 136, 161, 165
- Goltz, Robert Graf von der, preuss. Diplomat 114, 115
- Gomulka 196, 201
- Gooch, George Peabody, brit. Historiker 77
- Goerdeler, Carl Friedrich, Jurist, Führer der Widerstandsbewegung 90, 94, 98
- Görgei, Arthur von, ungar. General 54
- Göring, Hermann, nationalsozialist. Politiker 11, 12, 68, 96, 97, 107, 108, 110, 122; 18, 26, 36, 74, 82, 90, 119, 121, 146
- Görlitzer Programm (SPD)
- Görres, Johann Joseph von, Publizist 110;
- Gort, John, Viscount of, brit. General 25
- Gortschakow, Alexander Michailowitsch Fürst, russ. Staatsmann 99; 15
- Goslar 56
- Goten 19, 23-31
- Gothaer Programm (SPD) 19
- Goethe, Johann Wolfgang von, Dichter 84f., 89, 97, 98, 104, 116; 30; 79, 123
- Gottesgnadentum 38
- «Gottesstaat» (Augustinus) 19, 49; 21
- Gottfried der Bärige, Herzog von Lothringen 71
- Gottfried von Bouillon, Herzog von Niederlothringen 81
- Gottfried von Strassburg, mhd. Dichter 102
- Göttinger Sieben 22-25
- Gottschalk, Abotritenfürst 71
- Govone, Giuseppe, ital. General 105, 112
- Gramont, Antoine Alfred Agenor Herzog von, franz. Staatsmann 122, 124, 125, 127f.
- Grandi, Dino Graf, ital. Politiker 144
- Graziani, Rodolfo, Marschese di Neghelli, ital. Marschall 43
- Gregor VI., Papst 1 68
- Gregor VII. (Hildebrand), Papst 1 52, 69, 70-73, 74-81, 82f, 92, 146
- Gregor IX., Papst 1 116-119, 131
- Gregor X., Papst 1 138, 139
- Greifswald 1 143
- Grey, Edward, Viscount G. of Fallodon, brit. Staatsmann 66, 68, 75, 79f., 82f., 84, 86, 88, 97, 98, 99f, 102f.
- Griechen, Griechenland 28, 44, 105, 116; 3 17f; 43ff.
- engl.-franz. Beistands-erkl. (1939) 156
- Grillparzer, Franz, Dichter 39; 54
- Grimm, Jacob, Germanist 22f, 41
- Grimm, Hans, Schriftsteller 54, 55, 64
- Grimm, Wilhelm, Germanist 22f
- Grimmelshausen, Hans Jacob Christoph von, Schriftsteller 49f
- Gromyko, Andrej Andrejewitsch, Sowjet. Politiker 195, 188, 202
- Groener, Wilhelm, General und Politiker 131; 105, 108, 134, 135, 152, 154f, 156; 15, 23, 45, 52
- Grossbritannien s. England
- Grosse Koalition 188, 193-197
- Grossmann, Stefan, Publizist 20, 27
- Grotewohl, Otto, Politiker 130, 182, 197
- Grumbkow, Friedrich Wilhelm von, preuss. Generalfeldmarschall 70
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 130, 163f
- Grundvertrag (1972, Inkrafttreten 1973) 189, 205
- Guderian, Heinz, Generaloberst 24, 26, 50
- Guelfen, ital. Partei d. Mittelalters 86, 177
- Guido von Vienne, Erzbischof, s. Calixt II.
- Guillaume, Günter, Mitarb. d. Staatssicherheitsdienstes d. DDR 207
- Gürtner, Franz, Jurist und Politiker 69, 116
- Gustav II. Adolf, König von Schweden 44, 46
- Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu, Politiker 199
- Guttman, Bernhard, Publizist 85; 16f, 25, 45, 87; 143f.
- Haakon VII., König von Dänemark 22
- Haase, Hugo, Politiker 103; 14
- Habermas, Jürgen, Soziologe und Philosoph 194
- Habsburger 137-139, 160, 162; 11f., 36, 39, 56f.; 158
- Habsburger Reich s. Österreich
- Hacha, Emil, tschechoslowak. Politiker 100, 152
- Hadrian IV., Papst 1 53, 91
- Haeflens, Werner von, Oberleutnant 94, 97
- Hagia Sophia 103, 176
- Haig, Douglas Earl of, brit. Feldmarschall 107
- Halberstadt, Reichsstift 44, 50

Gesamtregister 175

- Haldane, Richard Burdon, Viscount Haldane of Cloan, brit. Politiker und Schriftsteller 84, 85f
- Haider, Franz, Generaloberst 24, 117
- Halifax, Edward Frederick Lindley Wood, Earl of, brit. Staatsmann 154
- Halsgerichtsordnung 74f.
- Hallstein-Doktrin 132, 178, 192
- Hambacher Fest 18
- Hamburg 143; 112
- Freie und Hansestadt 129, 206
- Hammerstein, Kurt Freiherr von H.-Ejquord, Generaloberst 48; 99
- Hannover, Kurfürstentum 53, 76, 100, 113f - Königreich 22ff., 110, 116
- preuss. Provinz 23
- Hanse, Hansischer Städtebund 107, 136, 143, 161; 100
- Hanseman, David, preuss. Staatsmann 20, 57
- Hanseman, Ferdinand von, Mitgründer d. Ostmarkenvereins 40
- Harden, Maximilian, Publizist 44-46
- Hardenberg, Karl August Fürst von, preuss. Staatsmann 100, 13, 122f., 125, 130, 135, 137, 143, 150
- Harrington, James, engl. pol. Schriftsteller 112
- Hartmann von Aue, mhd. Dichter 102
- Harzburg 73
- Harzburger Front 11
- Hase, Paul von, Generalleutnant 94
- Hassel, Kai-Uwe von, Politiker 134
- Hassenpflug, Hans Daniel Ludwig, kurhess. Minister 71
- Hatzfeld, Paul Graf von, Diplomat 59, 62
- Haugwitz, Christian Graf von, Politiker 123f.
- Hauptmann, Gerhart, Dichter, 30; 93; 115
- Haushofer, Albrecht, Prof. f. politische Geographie 100
- Hausmeier 35-39
- Häusser, Ludwig, Geschichtsschreiber 76
- Havenstein, Rudolf, Präsident der Reichsbank 49
- Hecker, Friedrich, bad. Revolutionär 46
- Heeresreform, preussische 125; 77, 78, 91-95
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Philosoph 85, 116; 13, 14, 29; 20
- Heidelberg 62f., 108
- Heilbronn, Konföderation von (1633) 48
- Heilige Allianz 102, 149; 9-12
- Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation 23, 26, 34, 43, 45, 52, 60ff, 83, 87, 94, 96, 116, 118, 135, 140, 148, 151f.; 104, 113, 114, 115, 147
- Heimatvertriebenen und Entrechteten, Bund der (BHE) 131
- Charta 130
- Heimpel, Hermann, Historiker 168
- Heine, Heinrich, Dichter 48; 76, 116; 18, 19f., 30; 12, 17f., 53
- Heinemann, Gustav, Jurist und Politiker 188, 193, 196, 200
- Heinrich I., dt. König 52, 57f
- Heinrich II. der Heilige, röm.-dt. Kaiser 52, 65f.
- Heinrich III., röm.-dt. Kaiser 52, 68, 70, 71
- Heinrich IV., röm.-dt. Kaiser 52, 65, 70 bis 74, 74-81, 82f
- Heinrich V., röm.-dt. Kaiser 52, 82-85
- Heinrich VI., röm.-dt. Kaiser 53, 77, 97 bis 99
- Heinrich VII., röm.-dt. Kaiser 136, 152f
- Heinrich (VII.), dt. König und Herzog von Schwaben 122f., 129-131
- Heinrich VIII., König von England 38
- Heinrich IV. von Navarra, König von Frankreich 37
- Heinrich I., Herzog von Bayern 59
- Heinrich der Löwe, Herzog von Bayern und Sachsen 53, 86, 89f., 94-97; 48
- Heinrich X. der Stolze, Herzog von Bayern und Sachsen 86
- Heinrich II. der Fromme, Herzog von Schlesien, Krakau und Polen 53, 121
- Heinrich Raspe, Landgraf von Thüringen 53, 132f
- Helfferich, Karl, Politiker 48 Helgoland
- Hendaye, Treffen Hitler/Franco 41 Henderson, Arthur, brit. Politiker 125, 139, 147, 158-167
- Henlein, Konrad, sudetend. Politiker 99
- Hennecke, Adolf, Bergarbeiter 167
- Hentsch, Richard, Oberstleutnant 107, 108
- Herbart, Johann Friedrich, Philosoph 23
- Herbette, Jean, franz. Diplomat 75
- Herder, Johann Gottfried von, Dichter 90f., 85f., 163
- Hermann der Cherusker 21
- Hermann, Graf von Salm (Gegenkönig) 81
- Hermann von Salza, Hochmeister des Deutschen Ordens 118
- Herriot, Edouard, franz. Politiker 23f.
- Hertling, Georg Freiherr von, Reichskanzler 131, 144
- Hertzberg, Ewald Friedrich Graf von, preuss. Minister 102
- Herzogowina 79
- Hess, Moses, jüd. Schriftsteller 20
- Hess, Rudolf, nationalsoz. Polit. 46, 146
- Hessen 37
- Kurhessen 71, 74ff, 110, 116; 23
- (Land) seit 1945 128, 129, 193
- Hessen-Darmstadt 114; 32
- Kassel 76
- Nassau (preuss. Provinz) 23
- Heusinger, Adolf, General 72
- Heuss, Theodor, Staatsmann 40, 72; 130, 164, 184
- Heydebreck, Otto Freiherr von, Redakteur 15
- Heydrich, Reinhard, nationalsozialist. Politiker 18, 78-86
- Heye, Wilhelm, Generaloberst 157; 10
- Hielscher, Publizist 94
- Hildebrand, Benediktiner, s. Gregor VII.
- Hildegard, Gemahlin Karls des Grossen 41
- Hildegard von Bingen, Mystikerin 101
- Hilferding, Rudolf, Politiker 52, 80
- Hillard, Gustav, eigtl. Gustav Steinbömer, Schriftsteller 124
- Himmler, Heinrich, nationalsozialist. Politiker 97, 121, 133; 74, 8-82, 94, 109, 118, 121
- Hindenburg, Paul von Beckendorff und von H., Generalfeldmarschall Reichspräsident 110, 112, 115f., 120f., 146, 153, 155; 10, 12, 34, 45, 52, 71-76, 82, 85f., 89f., 94ff., 98, 105, 122, 124
- Hindenburg, Oskar von Beckendorff und von H., 12
- Hinzpeter, Georg Ernst, Erzzieher 27, 28, 31
- Hipper, Franz Ritter von, Admiral 148
- Hitler, Adolf, «Führer» und Reichskanzler 37, 139; 30, 46; 51; 10, 11, 50, 60, 66, 67-69, 84-87, Machtergreifung 96ff., 105-113 Charakter 100 bis 105; Aussen-, bes. Ostpolitik 125-131, 136-152; Christentum u. Kirchen 93f., 103f., 116f.; Judenfrage 124; 6 78ff., 82ff., 121; Kriegspläne 131-135, 153ff; Reichswehr 120125; Sowjetunion 157165; Zweiter Weltkrieg s. d.; Ende 117f., 120, 121 bis 124 «Mein Kampf» 135, 136; 69, 105, 135; 78, 82, 122 «Tischgespräche» 93, 103
- Hoare, Sir s. Templewood
- Höcherl, Hermann, Politiker 186
- Höchstädt, Schlacht b. 53, 64 Hoepner, Erich, Generaloberst 94, 96
- Hofer, Andreas, Tiroler Freiheitskämpfer 136
- Hoffmann, Johannes, Politiker 30
- Hoffmann, Max, preuss. General 135, 154
- Hoffmann von Fallersleben, Germanist und Dichter 92, 129
- Hofmiller, Josef, Literaturkritiker 29
- Hohenfriedberg, Schlacht b. (1745) 82
- Hohenlohe-Ingelfingen, Adolf Prinz zu, preuss. General und Politiker 94
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu, Politiker 45; 44, 61, 63
- «Hohenstaufen, Geschichte der» (Raumer) 133
- Hohenstauffer s. Stauffer
- Hohenzollern 171; 54f., 89; 79, 95, 121ff.; 115; 21
- Hohenzollern, Fürst Anton von 86, 93f., 124, 125, 157
- Holitscher, Arthur, Schriftsteller 15
- Holland (Niederlande) 47, 66, 133, 155; 10, 37, 52, 55, 66, 100, 104, 105; 15; 24
- Holstein, Herzogtum 136; 121; 45, 73, 104, 109 s. Deutsch-Dänische Kriege
- Holstein, Friedrich August von, Diplomat 134; 16, 34, 43, 45, 59f, 61ff, 67, 71, 74, 75
- Holtzendorff, Henning von, Admiral 122
- Hölz, Max, Politiker 53
- Honecker, Erich, Politiker 188, 204f
- Honorius II., Papst 72
- Honorius III., Papst 116
- Hoover, Herbert Clark, amerik. Präs. 11
- Hopkins, Harry Lloyd, amerik. Politiker 52, 55, 57, 138, 161
- Horthy von Nagybánya, Nikolaus, österr.-ungar. Admiral, sp. Reichsverweiser 149
- Höss, Franz Ferdinand, Kommandant von Auschwitz 83f.
- Hossbach, Friedrich, General 132
- Protokoll 99, 132
- Hoth, Hermann, General 65
- Howley, amerik. Colonel 138f.
- Hubertusburg, Friede von (1763) 53, 84

176 Gesamtregister

- Huch, Ricarda, Schriftstellerin 68; 60
- Hugenberg, Alfred, Wirtschaftsführer und Politiker 10, 79, 84, 97, 105, 115
- Hugenotten 14, 49, 53
Hughes Cunliff Commission 62
- Hugo, Abt von Cluny 76
- Hugo, Gustav, Jurist 23
- Hull, Cordell, amerik. Politiker 54, 58 Humbert, Kardinal 73f.
- Humboldt, Wilhelm Freiherr von, Gelehrter und Staatsmann 20
- Hunnen 19, 23-26, 31
Huntzinger, Charles, franz. General und Politiker 29f
- Hus, Jan, tschech. Kirchenreformer 136, 163, 164-167, 167-170, 172
- Hussiten, Hussitenkriege 136, 164 bis 167, 167-171; 2 27
- Hutten, Ulrich von, Reichsritter und Humanist 13f., 23
- Ibn Sa'ud, Abd al-Asis III., König von Saudi-Arabien 37
- Ignatius von Loyola, Ordensstifter 60
- Imperialismus 52f.
- Indemnitätsgesetz, preussisches (1866) 79, 117
- Industrieplan d. Besatzungsmächte 128, 129, 152f
- Inflation 62-64
- Inngoldst 37
- Innozenz II., Papst 85
- Innozenz III., Papst 53, 99, 100-102, 103, 104, 109-111
- Innozenz IV., Papst 132
- Innozenz VI., Papst 159
- Inquisition 124-129;
- Internationale, Zweite (Auflösung 1914) 103
- Internationale Ruhrbehörde 129, 130, 153
- Internationales Militärtribunal, Nürnberg, Aussagen v. d. 133, 163; 18, 19, 82, 84, 90 - Prozess u. Urteile 128, 146
- Invasion, alliierte 66, 76, 91-93
- Investitur, Investiturstreit 52, 73, 74, 83ff 95
- Irrredenta 15; 16 (Italien), 92f. (Österreich-Ungarn), 135 (Frankreich)
- Isaak II. Angelos, byzant. Kaiser 103
- Islam 19, 28, 37, 45, 112, 115f., 123, 140, 145, 175; 39, 56, 60f., 94
- Israel 44; 192 - Aufnahme diplom. Beziehungen (1965) 188 s. Wiedergutmachung
- Iswolsky, Alexander Petrowitsch, russ. Politiker 78, 79f. 81
- Italien 19, 23ff., 26, 30, 31f., 38, 41, 47, 54f, 59-64, 66, 88 bis 94, 94-97, 161f, 172f., 177; 108; 88-90, 105, 109, 114; 10f., 16, 74, 94, 111, 114, 150f; 99, 100, 128f, 158f., 27, 29f, 40, 63
- Itzenplitz, Heinrich Friedrich August Graf von, preuss. Politiker 96
- Ius reformandi 36
- Jacoby, Johann, Politiker 41, 59
- Jagow, Gottlieb von, Diplomat 93, 105
- Jagow, Traugott von, preuss. Staatsbeamter 50
- Jahn, Friedrich Ludwig («Turnvater») 12f, 28, 41, 43
- Jahn, Gerhard, Politiker 200
- Jakob I., König von England 42f.
- Jakob II., König von England 57
- Jalta, Konferenz v. (1945) 97, 105, 107, 111-114, 137
- Japan 68f.; 6 40f, 46, 5155, 55-63, 145f.
- Jarres, Karl, Politiker 65
- Jaures, Jean, franz. Sozialist 128
- Jedrychowski, Stefan, poln. Politiker 188, 203
- Jellicoe, John Rushworth, brit. Admiral 114, 122
- Jena und Auerstedt, Doppelschlacht b. (1806) 99, 117, 119
- Jérôme Bonaparte, König von Westfalen 121
- Jerusalem 52, 81f., 97, 118
- Jesuiten 37f., 39, 90f.
- Jesuitengesetz 1872 12f
- Joachim von Fiore, Ordensgründer, Theologe 29
- Jobst, Markgraf von Mähren, Gegenkönig 136
- Jodl, Alfred, Generaloberst 102, 130, 140; 19, 30, 35, 71f, 110, 126 146
- Joffre, Joseph Jacques Césaire, franz. Marschall 107
- Johann ohne Land, König von England 53, 110, 117, 145
- Johann III. (Jan Sobieski), König von Polen 52, 60
- Johann, König der Walachen 105
- Johann, Erzherzog von Österreich, dt. Reichsverweser 44, 68
- Johann Friedrich der Grossmütige, Kurfürst von Sachsen 33
- Johann von Leyden s. Bockelson
- Johannes XXII., Papst 153, 159
- Johannes XXIII., Papst (1410-15) 169
- Johanniterorden 112
- Johnson, Lyndon Baynes, Präs. d. Verein. Staaten 190
- Jörg, Joseph Edmund, Politiker 95
- Joseph I., röm.-dt. Kaiser 253, 64
- Joseph II., röm.-dt. Kaiser 53, 54, 87, 88f., 90-93, 95, 96 bis 99, 101
- Joseph Ferdinand, Erzherzog von Österreich 149
- Josephinismus 88, 91, 92
- Juden, Judenverfolgungen 86, 157; 29f; 36f. - im Dritten Reich 114, 124; 18, 78-86
- Wiedergutmachungs-Abkommen 130
- Judenzens 138
- Judith, Gemahlin Ludwigs des Frommen 47
- Jugoslawien 44, 45
- Aufnahme diplom. Beziehungen (1968) 88
- Julian (Apostata), röm. Kaiser 64; 71; 27
- Jülich, Herzogtum
- Jülich-Klevischer Erbfolgestreit (1609-14) 36
- Jung, Edgar, politischer Schriftsteller 120, 123
- Junges Europa (1834) 17
- Jungsozialisten 207
- Junkertum 34ff.
- Justinian I., byzant. Kaiser 30
- Kahlenberg, Schlacht am (1683) 52, 60
- Kahr, Gustav Ritter von, Politiker 53, 67ff
- Kairo, Konferenz von (1943) 76
- Kaiser, Jakob, Politiker 129
- Kaisertum 45, 49, 58 bis 65, 65-68, 74, 89, 91, 97, 111, 115, 118
- in Preussen 132ff. s. Investiturstreit
- Kalifat 28, 45 Kalisch 105
- Friede von (1813) 140
- Kaltenbrunner, Ernst, österr. Nationalsozialist, Nachf. Heydrichs 96, 146
- Kalter Krieg 6 108, 144, 175-177
- Kapitalismus 30; 20, 23, 40, 51
- Kapp, Wolfgang, Politiker - Putsch 48-50 Karl I. der Grosse, röm. Kaiser, König d. Franken 30, 33, 40-45, 50, 63, 64; 113
- Karl II. der Kahle, röm. Kaiser, König d. Westfränkischen Reichs (sp. Frankreich) 40, 46, 47, 48, 52
- Karl III. der Dicke, röm. Kaiser, König d. Ostfränkischen (sp. Deutschen) Reichs 40, 46
- Karl IV., röm.-dt. Kaiser 136, 157, 159f, 165, 166
- Karl V., röm.-dt. Kaiser 26, 174; 12, 16-21, 23ff, 32-36, 37, 45, 74
- Karl VI., röm.-dt. Kaiser 53, 64, 65, 76
- Karl VII. Albrecht, röm.-dt. Kaiser 53, 96
- Karl I., Kaiser von Österreich, König von Ungarn (K.IV.) 118, 149, 158
- Karl VIII., König von Frankreich
- Karl I. von Anjou, König von Neapel Sizilien 54, 134
- Karl XII., König von Schweden 65, 78, 96
- Karl, Erzherzog von Österreich 108, 136
- Karl Albrecht, Kurfürst von Bayern (sp. Karl VII., röm.- dt. Kaiser) 76
- Karl Friedrich, Kurfürst von Baden 113
- Karl Ludwig, Kurfürst von der Pfalz 58
- Karl II., Herzog von Braunschweig 15f.
- Karl der Kühne, Herzog von Burgund 155, 171
- Karl V. Leopold, Herzog von Lothringen, österr. Feldmarschall 60
- Karl Wilhelm Ferdinand, Herzog von Braunschweig 103
- Karl Martell (Hausmaier) 19, 37f
- Karlsbader Beschlüsse (1819)10-12
- Programm (1938) 139
- Karlshorst 126
- Kärnten 136
- Karolinger 38ff., 46ff, 56
- Karolyi von Nagykarolyi, Michael Graf von, ungar. Staatsmann 150
- Karlstadt, eigtl. Andreas Bodenstein, Reformator, Theologe 17
- Kassel 188, 204
- Katalaunische(n) Feldern), Schlacht a. d. (451) 19
- Katharer 106, 124, 125, 157
- Katharina II. die Grosse, Kaiserin von Russland 84, 93-96
- Katholikerkongress München 1871
- Katholische Reform 33ff.
- Katholizismus 37f.; 33
- 37ff, 41, 46, 52; 26
- Katte, Hans Hermann von, preuss. Leutnant 53
- Katyn 6 78
- Kaub 2 100
- Kaunitz, Wenzel Anton, Graf von K.-Rietberg, österr. Staatsmann 82, 88, 94, 97, 98

Gesamtregister 177

- Keitel, Wilhelm, Generalfeldmarschall 133; 26, 30, 146
- Kellog-Pakt (1928) 10
- Kennedy, John Fitzgerald, Präs. d. Verein. Staaten 133, 187
- Kennemann, Hermann, Mitgründer des Ostmarkenvereins 40
- Kerrl, Hanns, nationalsozialist. Politiker 98
- Kesselring, Albert, Generalfeldmarschall 115, 130
- Kessler, Harry, Graf Schriftsteller 57
- Kettler, Wilhelm Emanuel Freiherr von, Bischof von Mainz 41
- Ketzlerbewegungen s. Abigenser, Katharer, Geissler
- Kiderlen-Waechter, Alfred von, dt. Politiker 58, 83, 84
- Kiesinger, Kurt Georg, Politiker 188, 193-197, 199
- Kiew, Kesselschlacht von (1941) 49
- King, Ernest Joseph, amerik. Admiral 61
- Kirche, katholische 27, 29, 33f., 36, 44ff., 48f., 54, 58 bis 61, 65-68, 68-74, 74 bis 81, 87, 91-94, 116f., 118, 164; 33f., 97; 116f s. Bischöfe, Gegenreformation, Investiturreform, Josephenismus, Kulturkampf, Regalien, Reichskonkordat
- Kirche, protestantische 13; 117 s. Bekennende K., Reformation, Verfassung
- Kirchenraub 45, 46, 146f.; 17f., 75, 88, 97, 110
- Kirchenreform, nationale 11f., 16f, 20, 33f s. Reformation
- Kirchenspaltung 136
- Kirchenstaat 39, 43, 49, 64, 96; 4 10f
- Kirchheimer, Otto, Publizist 185
- Kissingner, Henry Alfred, amerik. Politiker 205
- Klagges, Dietrich, nationalsozialist. Politiker 86
- Klausener, Erich, kath. Politiker 123
- Kleist, Ewald von, Generalfeldmarschall 50
- Kleist, Heinrich von 133f. - «Die Hermannsschlacht» 131
- Kleist, Peter, Mitarb. Ribbentrops 75
- Klepper, Jochen, Schriftst. 30f., 80
- Kleve, Herzogtum, 50, 54, 94, 114
- Klopstock, Friedrich Gottlieb, Dichter 104
- Klotz, Louis Lucien, franz. Politiker 62
- Kluck, Alexander von, preuss. Generaloberst 105, 107, 108
- Kluge, Günther von, Generalfeldmarschall 72, 107
- Knipperdolling, Bernhard, Wiedertäufer 30
- Koalitionskrieg, erster 1792-97) 99, 103ff
- 109ff – zweiter (1799-1802) 99, 111
- Koblenzer Beschlüsse (1948) 158f
- Koch-Weser, Erich, Politiker 39
- Kogon, Eugen, Publizist und Politiker 81, 166
- Kohl, Helmut, Politiker 189, 207
- Kohl, Michael, Politiker 188, 189, 204
- Kolin, Schlacht b. (1757) 53
- Kollektivierung (DDR) 131, 150
- Köln 75, 144; 37; 63 – Erzbistum 152; Kurfürstentum 16, 58, 75
- Kölnischer Krieg (1582-1584) 36
- Kolonialpolitik 49f
- Kolonien, deutsche 7, 49
- Kolonisation des deutschen Ostens (ostelbische) 43, 115 bis 118, 140-145
- Kommissarbefehl 79
- Kommune, Pariser (1871) 135ff; 22
- Kommunistische Partei Deutschland (KPD) 28f., 31, 71f., 108 – Verbot 1956 132 – Kommunistisches Manifest Konfliktzeit, preuss. (1861-66) 91-95, 117
- Königgrätz, Schlacht b. (1866) 50; 79; 112
- Königsberg 143; 59, 67, 121; 111; 142
- Königsboten 47
- Königsrecht 159
- Königswahl 76, 99, 100, 136, 150, 160; 41
- Königstum 57, 74ff, 99
- Konkordat 122 (Worms) 84f
- 1784 (Joseph II.) 54
- Konrad I., dt. König 52, 54
- Konrad II. der Salier, röm.-dt. Kaiser 52, 66
- Konrad III., dt. König 53, 77, 80f., 86 bis 88
- Konrad IV., dt. König 53, 134
- Konrad von Marburg, Inquisitor 53, 126-129
- Konradin, Herzog von Schwaben 54, 134
- Konservative 12, 17, 82
- Konstantin V. Koproynos, byzant. Kaiser 39
- Konstantinische Schenkung 19, 49, 91
- Konstantinopel 26, 29f, 49, 50, 53, 103f., 116, 136, 175; 122; 83, 85 s. Byzanz
- Konstanz, Konzil (1414-18) 136, 168ff
- Vertrag (1153) 53, 88, 91
- Konstanze von Sizilien, Gemahlin Heinrichs VI. 53, 95, 97, 98
- Konstruktives Misstrauensvotum 164, 188
- Kontinentalsperre 99, 120, 138
- Kontrollrat 114, 128, 133f., 156
- Direktive und Gesetze 136
- Konzentrationslager 82f.
- Kopp, Sowjet. Handelsvertreter 59
- Körner, Theodor, Dichter 142
- Kortzfleisch, Joachim von, General 97
- Kossuth, Ludwig von, Führer d. ungar. Unabhängigkeitsbewegung 1848/49 54
- Kossygin, Aleksej Nikolajewitsch, Sowjet. Politiker 188, 190, 202, 203
- Kotzebue, August von, Dichter
- Krain 136; 137, 45
- Krakau 107
- Kraus, Christian Jakob, Philosoph 129
- Kreisauser Kreis 95, 98
- Kremsler, Reichstag (1848) 55, 63f (Auflösung) – Programm 61
- Kreta 45
- Kreuzritterstaaten 116, 123
- «Kreuzzeitung» 57; 28
- Kreuzzüge 52, 53, 81f., 86f, 97, 98, 101, 102-107, 115-119, 123f.
- Albigensier 105-107
- Kinderkreuzzug 107
- im deutschen Osten 115
- Krieg, gerechter 110
- heiliger 115
- Kriegsgefangene(n), Rückkehr d. dt. (1955) 132, 167, 178f
- Kriegsschuldfrage 77
- Kriegsverbrechen s. Internationales Militär-Tribunal
- Kriegsverfassung, preussische 91
- Krimkrieg (1853-56) 78, 83-86
- Kristallnacht 5 99; 18f, 80
- Kroatien 45
- Krone, Heinrich, Politiker 191
- Krüger, Paulus, gen. Ohm
- Krüger, südafrik. Politiker 61, 83
- Krüger-Depesche 62
- Kühlmann, Richard von, Diplomat 71, 128, 134
- Kulturkampf 25 bis 28; 9-14
- Kunersdorf, Schlacht b. (1759) 53, 83, 84, 89
- Kunigunde von Luxemburg, Gemahlin Heinrich II. 108
- Kurfürsten(tum) 136, 148, 153f., 159-161, 165 – kollegium 159
- Kurhessen (Hessen-Kassel) 121; 16, 22, 32
- Kurland, Herzogtum 107
- Kurverein von Rhens(e), Erklärung (1338) 136, 154
- Kyryll, Slawenapostel 49
- Lamberg, Franz Philipp Graf von, österr. General 54
- Lamprecht, Karl, Historiker 171
- Landau 65
- Landauer, Gustav, Philosoph und Politiker 19, 20, 30
- Länder der Bundesrepublik 1949 164
- Landflucht (Preussen) 131; 40
- Landfrieden 131; 11
- Landrecht Preussen 67, 101 – Sachsen 75
- Landsberg, Otto, Politiker 14
- «Landsbury, The Life of George L.» (Postgaze) 129
- Landsknechte 137; 16, 22-26, 31; 29
- Landstände 129, 131f
- Landtag, Preussischer 70, 77
- Landwehr, österr. General 127
- Landwirte, Bund der (Programm) 30f
- Langemarck (Flandern), Kämpfe 1914 109
- Langensalza (Sachsen) Gefecht (1866) 12
- Langobarden 1 19, 31, 38, 39, 40, 41, 59
- Lansdowne, Henry Marquis von, brit. Staatsmann 64
- Lasker, Eduard, Politiker 13
- Lassalle, Ferdinand, Begründer der Sozialdemokratie in Deutschland 107; 31, 78, 84, 85, 89, 97f., 102, 103, 104, 106
- Lastenausgleich 131
- Lateinische Sprache 28, 29, 32; 92
- Laterankonzil, viertes (1215) 53, 111
- Lateranverträge 10; 116
- Latifundienwirtschaft 28
- Latour Baillet, Theodor Graf von, österr. Kriegsminister 54
- Lauenburg, Herzogtum 103
- Lausanne, Reparationskonf., Vertrag (1932) 12, 90
- Laval, Pierre, franz. Politiker 129; 32
- Lawrence, Thomas Edward, engl. Diplomat und Sprachforscher 111

178 Gesamtregister

- Leber, Julius, Politiker 80
 Lechfeld, Schlacht a. d. 50, 59
 Leeb, Wilhelm Ritter von, Generalfeldmarschall 49, 50
 Legnano, Schlacht b. 95
 Lebenswesen 35f, 48f, 93, 111, 116, 152
 Leibeienschaft 141
 - Aufhebung
 - (Habsburg) 54
 - (Preussen) 97, 129ff
 Leibniz, Gottfried Wilhelm, Philosoph 57,67
 Leipzig, Völkerschlacht b. (1813) 100, 145
 Leipziger Disputation 16
 Lenin, Wladimir Iljitsch, russ. revolut. Staatsmann 76; 112, 121, 126, 132; 124f, 131-134, 137
 Leningrad 50
 Lensch, Paul, Politiker 51f.
 Leo III., Papst 1 44
 Leo IX., Papst 1 68
 Leo XIII., Papst
 Leopold I., röm.-dt. Kaiser 52 56f., 59
 Leopold II., röm.-dt. Kaiser 99, 102 Leopold III., König der Belgier 25f
 Leopold V., Erzherzog von Österreich 1 98
 Leopold, Fürst von Hohenzollern 79, 122ff
 Leopold Prinz von Bayern 133
 Lepanto, Schlacht von (1571) 176
 Lerchenfeld, Gustav Freiherr von, bayer. Staatsmann 35
 Lersner, Kurt, Freiherr von, Politiker 72
 Leuthen, Schlacht b. (1757) 53, 83
 Levino, Eugen, Vors. d. Vollzugsrats 30
 Ley, Robert, nationalsozialist. Politiker 113f, 146
 Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) 130
 Liberalismus, Liberale Partei 20, 94, 118; 11-14, 17
 Libyen 43f., 62
 Lichnowsky, Felix Fürst, Politiker 50
 Lichnowsky, Karl Max Fürst, Diplomat 86, 93
 Lichtenau, Wilhelmine Gräfin von, 102, 124
 Lidice 85
 Liebknecht, Karl, Politiker 129;13.22.26
 Liebknecht, Wilhelm, Politiker 116, 129
 Liegnitz, Schlacht b. (1241) 121 (1760) 53
 Liga, Katholische (von München, 1609) 32, 37, 41f.
 - Nürnberg (1538) 32 Limmes 21, 50, 65f, 143; 52
 Linder, Bela, ungar. Kriegsminister 150
 Lipski, Josef, poln. Diplomat 167f
 Liselotte von der Pfalz, Herzogin von Orleans 61
 List, Friedrich, Wirtschaftspolitiker 20f
 List, Wilhelm, Generalfeldmarschall 64
 Litauen 105; 100, 154; 17
 Litwinow, Maksim Maksimowitsch, eigtl. Wallach, Sowjet. Diplomat 148, 149, 157; 60
 Lloyd George, David, brit. Staatsmann 84, 112, 113, 120, 126, 138, 140; 42f
 Lobe, Paul, Politiker 44
 Locarno-Pakt (1925) 98; 10, 73-76, 130
 Locatores 141, 142
 Löllheim, Schlacht b. (1298) 136
 Lombardi, Lombarden 31, 38, 59, 66, 80, 87, 88f, 131; 54, 88, 89, 90
 Londoner Reparationskonferenz (1921) 55
 - Konferenz (1947) 151
 - Protokoll (1852) 78 83
 - Ultimatum 56
 Lossow, Otto von, bayer. General 66, 67ff
 Lothar I., röm. Kaiser, König des mittleren Frankenreiches 40, 47f.
 Lothar III. (von Sachsen), röm.-dt. Kaiser 53, 84, 85 Lotharingen 40, 47, 48
 Lothringen 62, 66, 52, 59, 64, 65 s. Elsass-Lothringen
 Loucher, Louis, franz. Wirtschaftspolitiker 56
 Louis Napoleon, Prinz Bonaparte (sp. Napoleon III.) 121; 78
 Louis Philippe I., Herzog von Orléans, König der Franzosen 15, 32
 Loewe-Calbe, Wilhelm, Politiker 41
 Lubbe, Marinus van der, holländ. Anarchist 97, 110
 Lübbecke 107, 136, 143, 144; 112
 - Friede zu (1629) 45
 Lübke, Heinrich, Politiker 133, 185, 200
 Lücke, Paul, Politiker 194
 Ludendorff, Erich, preuss. General 109, 110, 112, 115f, 120f., 122, 125f, 130, 135f., 140, 144, 145f.; 47, 68f
 Ludwig I. der Fromme, röm. Kaiser, König des Frankenreiches 1 40, 46f
 Ludwig IV. der Bayer, röm.-dt. Kaiser 136, 153-155
 Ludwig der Deutsche, König des Ostfränkischen Reichs 40, 47
 Ludwig I., König von Bayern 14f., 24
 Ludwig II., König von Bayern 110, 128, 134
 Ludwig VII., König von Frankreich 53
 Ludwig XIV., König von Frankreich 26, 52, 57, 62-64
 Ludwig XVI., König von Frankreich 104
 Ludwig XVIII., König von Frankreich 147
 Ludwig Wilhelm I., gen. der Türkenlouis, Markgraf von Baden 62
 Luftkrieg 36f., 63
 Luise, Königin von Preussen, Gemahlin Friedrich Wilhelms III. 81, 111, 119, 122
 Luitgard, Gemahlin Karls des Grossen 41
 Luitpold, Prinzregent von Bayern 134
 Lüneburg, Herzogtum 76
 Lunéville, Friede von (1801) 99, 111, 112
 Lusitania-Zwischenfall 121
 Luther, Hans, Politiker 10, 72, 78
 Luther, Martin 85, 108, 109;13, 14f, 16f, 18-22, 23, 27f., 32, 74, 108
 Lutheraner 38
 Lutter am Barenberg, Schlacht b. (1626) 45
 Lüttich, Einnahme 1914 109
 Lüttwitz, Walther Freiherr von, General 48f.
 Lutz, Johann Freiherr von, bayer. Minister 134
 Lützen, Schlacht b. (1632) 48
 Luxemburg, Grossherzogtum 119
 Luxemburg, Rosa, sozial. Politikerin 26-28, 52
 Lyon, Konzil von (1245) 53, 132f
 MacArthur, Douglas, amerik. General 145
 Machiavelli, Niccolo, ital. Politiker 28, 71, 87, 151, 162, 166; 32; 136; 91
 Mackenzie, Morlet, Arz 26
 Magdeburg, Erzbistum 52, 62
 - Stift 46, 50, 75
 Magenta, Schlacht b. (1859) 78, 89
 Maginot-Linie 155
 Magna Charta 110f, 145
 Mähren 54
 Mailer, Norman, amerik. Schriftsteller 122
 Mai-Gesetze (1873) 132
 Mailand 88-91, 92, 93, 131, 152; 25, 37, 65
 Mainfranken 37
 Mainz 24, 93, 104, 108, 110, 112, 113
 - geistl. Kurfürstentum 159;16, 75
 - Landfrieden (1235) 53, 131
 - Synode (1085) 80
 Maisky, Ivan Michailowitsch, Sowjet. Diplomat 113
 Majestätsbrief 41
 Major domus s. Hausmeier
 Malmö, Waffenstillstand von (1848) 47f
 Malthus, Thomas Robert, schott. Sozialforscher 54
 Malthusianismus 54f
 Maltzahn, Adolf Georg Otto, Freiherr von M. zu Warthenburg und Penzlin, Diplomat 50
 Mandeville, Bernard de, engl. Philosoph 164
 Manfred, König von Sizilien 133
 Manichäer 163
 Mann, Thomas, Schriftsteller 166
 - «Friedrich der Grosse und die grosse Koalition» 77
 Mannheim 100
 Mansfeld, Ernst II., Herzog von, Söldnerführer 27, 44, 69
 Manstein, Erich von Lewinski, gen. von Manstein, Generalfeldmarschall 24, 73
 Manteuffel, Edwin Freiherr von, preuss. Generalfeldmarschall 109
 Manteuffel, Otto Theodor Freiherr von, preuss. Minister 59, 75, 80, 91
 Mantua, Provinz 89
 Mao Tse-tung 126
 Margarete Maultasch, Gräfin von Tirol 155
 Maria, Herzogin von Burgund, Gemahlin Maximilians I. 137
 Maria Theresia, röm.- dt. Kaiserin 53, 54, 65, 71, 76, 78, 81f, 87-89, 92, 94, 96, 101
 Marie Antoinette, Königin von Frankreich, Gemahlin Ludwigs XVI. 97
 Marienburg 143
 «Mark», Schutzgürtel 43, 54, 62
 Mark, Grafenschaft 54
 Mark Meissen 62
 Marlborough, John Churchill, 1. Herzog von, engl. Feldherr und Staatsmann 53, 64
 Marneschlacht (1914) 105f.
 Marokko 4 8, 67f, 70f, 74f.
 Marschall, Adolf Freiherr von, Staatssekretär 61
 Marshall, George Catlett, amerik. General und Staatsmann 154; 61, 111, 113, 151f.
 - Marschall-Plan 129, 130, 168, 169

Gesamtregister 179

- Marsilius von Padua, Staatstheoretiker 153f.
- Martin, Alfred, Oberst 185
- Martitz, Friedrich August Ludwig von der, preuss. General und Politiker 130f; 38
- Marx, Karl Heinrich, Philosoph und Nationalökonom 34, 78, 127, 169; 128; 14, 29, 48, 50, 59, 84, 97, 103, 117, 129, 132, 135, 136; 17, 19-21, 54; 100
- «Das Kapital» 128; 79
- Marx, Wilhelm, Politiker 71, 76
- Marxismus 19f, 52f
- Masaryk, Tomas Garrigue, tschech. Politiker 42; 138
- Masowien 107
- Mathilde von England, Gemahlin Heinrichs V. 84, 85
- Mathilde von Tuscien 71, 80, 83, 85
- Mathy, Karl, bad. Politiker 32, 41
- Matsuoka, Yosuke, japan. Politiker 46
- Matthias, röm.-dt. Kaiser 39, 41
- Matthias, Kanzler von Sizilien 98
- Mauriac, François, franz. Schriftsteller 30
- Mauthner, Fritz, Schriftsteller und Philosoph 20f., 73
- Max Prinz von Baden, Reichskanzler 144f., 147, 152, 153, 155; 512f., 14
- Maximilian I., röm.-dt. Kaiser 137 (Erzherzog); 171 bis 175; 10-13, 34
- Maximilian II., röm.-dt. Kaiser 36, 39
- Maximilian, Kaiser von Mexiko, Erzherzog von Österreich 79, 119f.
- Maximilian I., Kurfürst von Bayern 36, 40, 41, 42f., 48
- Maximilian II. Emanuel, Kurfürst von Bayern 53, 61, 62
- Maximilian II. Joseph, König von Bayern 32
- Maximilian IV. Joseph, Kurfürst von Bayern (1806 König) 114
- Mazarin, Jules, Herzog von Nevers, franz. Staatsmann 52, 57, 61, 71
- McCloy, John Jay, amerik. Politiker 130
- Mecklenburg 141; 121; 39f.
- Mehrheitswahrecht, 186, 193, 194
- Meissner, Otto, Politiker 12, 98, 123
- Melanchthon, Philipp, Humanist 33, 74
- Memel (Stadt) 121
- Memelgebiet 100, 154
- Mende, Erich, Politiker 188, 190
- Mendelson, Arnold 40
- Mendes-France, Pierre, franz. Politiker 177
- Menschenrechte, Erklärung der (1789) 100
- Mensdorff-Pouilly, Alexander Graf von, österr. Staatsmann 104, 107
- Merowinger
- Mers el Kébir 31 f.
- Mersen, Vertrag von (870) 40, 46
- Messenhauser, Cäsar Wenzel, österr. Schriftsteller 54
- Method, Slawenapostel 49
- Metternich, Klemens Wenzel Fürst von, österr. Staatsmann 43-145, 150f.; 10, 12, 26, 31, 33f, 77
- Metternich, Richard Fürst von, österr. Diplomat 114, 124; 76, 83, 84
- Metz 51; 135
- Michailowitsch, Dragoljub, gen. Draza, serb. Offizier 45
- Michaelis, Georg, Politiker 126f., 129f, 155
- Middleton, Drew, amerik. Publizist 136
- Midway, Seeschlacht b. (1942) 61
- Mikolajczyk, Stanislaw, poln. Politiker 101f, 105
- Minden, Bistum 54
- Stift 50
- Ministerialen 57, 67, 129
- Ministerrat (DDR) 165
- Minoriten, Bettelorden 153
- Minsk 49
- Mirabeau, Honoré Gabriel de Riqueti, Graf von, franz. Politiker 34
- «Mit brennender Sorge» Enzyklika (1937) 99
- Mitteldeutscher Handelsverein 22
- Mitteldeutschland 137-139
- Modena, Provinz 89
- Mohammed der Prophet 19, 28, 35, 44
- Mohammed II., Sultan 175
- Molkenbuhr, Ebert von, Sozialdemokrat 41
- Möller, Alex, Politiker 200
- Moltke, Cuno Graf von, preuss. General 45
- Moltke, Hans-Adolf von, Diplomat 154
- Moltke, Helmuth Karl Bernhard, Graf von, preuss. Generalfeldmarschall (1819) 77, 107, 109, 111, 112, 122, 127; 99
- Moltke, Helmuth von, preuss. Generaloberst, Chef d. Generalstabs (916) 105, 107, 108, 110; 37
- Moltke, Helmut James Graf von, Jurist, Gründer des Kreisauer Kreises 98
- Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch, Sowjet. Politiker 157, 158; 41f., 60, 76, 144, 151, 154, 157, 168, 176, 180
- Mommsen, Theodor, Geschichtsforscher 116; 38; 34
- Mönchtum 69, 73
- Mongolen 20, 23f., 118-124
- Montanunion 129, 131, 169f.
- Monte Cassino, Kloster 80
- Montez, Lola, Tänzerin 32
- Montglas, Maximilian Graf von, bayer. Geheimer Staatsminister 14
- Montgomery, Bernard Law, Viscount of Alamein, brit. Feldmarschall 62
- Montoire, Treffen Hitler/ Pétain 41
- Morell, Theodor, Leibarzt Hitlers 120
- Morgarten, Schlacht am (1315) 136, 155
- Morgenthau Jr., Henry, amerik. Politiker 105
- Morgenthau-Plan 105-108, 113, 147-149
- Mörke, Eduard, Dichter 33
- Moritz, Herzog von Sachsen 33, 34f 74f
- Morus, Thomas, engl. Staatsmann und Humanist 98, 114, 148
- Möser, Justus, Staatsmann und Publizist 123
- Moskau 139; 49, 50, 178f.
- Ausenminister-Konferenz (1947) 129, 151
- Moskauer Vertrag (1970) 188, 201ff.
- Motz, Friedrich von, preuss. Staatsmann, 22
- Mountbatten, Louis, Earl of Burma, brit. Admiral 62
- Mühlberg, Schlacht b. (1547) 33
- Mühler, Heinrich von, Politiker 96
- Mühsam, Erich, sozial. Politiker und Schriftsteller 30
- Müller, Hermann, Politiker 10, 11, 14, 79f.
- Müller, Karl Lexander von, Historiker 5 67
- Müller, Ludwig, evangelischer Theologe, Reichsbischof 97, 117
- Müller, Richard, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats 22
- München (Räterepublik) 29f., (Feldherrnhalle) 67-69
- Münchener Abkommen (1938) 99, 142-147; 192, 205
- Münster i.W. (Stadt) 30-32
- Bistum 76, 107
- Müntzer, Thomas, Theologe und Revolutionär 71, 124, 127, 158; 26-30, 108
- Münzwesen, Münzrecht 129, 160, 174
- Murat, Joachim, Grossherzog von Kleve und Berg 121
- Murzuflos (Alexios V., byzant. Kaiser) 103-105
- Mussolini, Benito, Gründer und Führer des Faschismus 97, 117, 126, 127, 128f, 137, 144; 43f, 59, 71, 120
- Mustafa, Kara, türk. Grosswesir 60
- Mystik 158
- Nadler, Josef, Literaturhistoriker 107
- Nantes, Edikt von (1598, Aufhebung 1685) 53, 57, 62, 64
- Napoleon I., Kaiser der Franzosen 97f, 99f., 105, 108f., 111-113, 113-122, 134f, 138-143, 143 bis 145, 148f; 82
- Napoleon III., Kaiser der Franzosen 40, 78, 82, 83, 85, 86f., 88-90, 103-105, 106ff., 1-116, 119ff 124, 128-132
- Narses, Feldherr Justinians I. 31 Narzug 21
- Nassau, Herzogtum 116
- Nathan, Paul, Bankier 33
- Nationaldemokratische Partei (NDP) 130
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 191, 193, 195
- Nationalliberale Partei 79; 84
- Nationalsozialismus 109; 80, 88f. s. NSDAP und Hitler
- Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) 114
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 12, 72, 84f 90ff 115, 119
- Nationalverein, Deutscher 78, 90, 99, 100
- Nationalversammlung, Frankfurter 33, 38f., 41-45, 45-47, 47f 50-52, 59, 60-63, 63-67, 68f, 74, 77, 105
- Kaiserwahl 65f.
- Reichsverfassung 63ff., 67, 69
- Nationalversammlung, Preussische 56-60
- Nationalversammlung, Weimarer 30ff., 36, 41
- NATO – Nordatlantikpakt 130, 131, 133, 176, 191
- Naumann, Friedrich, Politiker 51
- Neapel 37, 65, 104
- Neapel-Sizilien 2 65
- «Nemesis Theresiana» 87f.
- Nepomuk, Johann von, Schutzpatron Böhmens 166
- Nesselrode, Karl Rudolf Graf von, russ. Diplomat 143, 149
- Nettelbeck, Joachim,

180 Gesamtregister

- preuss. Patriot (Kolberg) 128
 Neue Ära 86f
 «Neue Preussische Zeitung» s. «Kreuzzeitung»
 Neustpreussen 107
 Neurath, Konstantin Freiherr von, Diplomat 105, 116, 130, 132, 133; 85, 146
 Neuschlesien 107
 Neustrien 46
 Nibelungenlied 102
 Niebuhr, Barthold Georg, Historiker 116f, 125; 105, 147
 Nicolson, Arthur, Lord Carnock, brit. Diplomat 71, 72, 74, 80f, 83f, 84f., 86, 101
 Nicolson, Sir Harold George, brit. Diplomat und Schriftsteller 74, 77; 38, 41, 45
 Niederlande s. Holland
 Niederösterreich 53
 Niedersachsen 128, 207
 Niedersächsischer (Reichs-)Kreis 44
 Nietzsche, Friedrich Wilhelm, Philosoph 30, 108; 54
 Nigra, Costantino, Graf, ital. Diplomat 105f, 124
 Nikolaus I. Pawlowitsch, Kaiser von Russland 33, 54, 77
 Nikolaus I., Papst 49
 Nikolsburg, (Vor-)Frieden v. (1866) 70, 113
 Nivelle, Georges Robert, franz. General 123
 Nordamerika 53, 83f
 Nordafrika im 2. Weltkrieg 43ff., 62f
 Norddeutscher Bund 79, 118, 128, 133
 Norddeutscher Reichstag 118
 Nordische Kriege (1655-60) 56- (1700-21) 53, 65
 Nordmark 62
 Normannen 50, 51, 52, 53, 57, 68, 71f., 85, 112
 Nordrhein-Westfalen 128, 129, 132, 192
 Normandie 57
 - im 2. Weltkrieg 92f.
 Norwegen 20-22, 194
 Noske, Gustav, Politiker 24, 25, 45, 50, 52, 96
 Notstandsverfassung (1968) 188, 196
 Notverordnungen 11, 36, 79-84, 92, 97
 Novalis, eigtl. Freiherr Friedrich von Hardenberg, Dichter 98
 Nowak, Karl Friedrich, österr. Historiker 152
 Nürnberg 112
 Nürnberger Gesetze (1935) 98
 - Religionsfriede 33
 Nymwegen, Friede von (1679) 52, 59
 Oberkommando der Wehrmacht (OKW) 133; 63
 Obergpalfz 50, 76
 Oberschlesien 43, 55f, 18
 Oberste Heeresleitung 155
 Obrenovic, serbische Dynastie 87
 Oder-Neisse-Grenze (DDR/Polen) 130
 Oder-Neisse-Linie 131; 54; 99 bis 102, 113, 128, 142, 167, 191f, 203
 Odoaker germ. Heerführer 19, 26, 30
 Ofen (Budapest) 2 39
 Offener Brief Christians VIII.
 Olbricht, Friedrich, General 94f, 97
 Oldenburg 22
 Oliva, Friede von (1660) 52, 56
 Ollenhauer, Erich, Politiker 131, 187
 Ölmützer Punktation 68, 76
 Olympische Spiele 1936 98
 Oppenheim 63
 Oradour 92f.
 Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) 168, 169
 Orlow, Aleksej Grigorjewitsch Graf, russ. Admiral 84
 Orsini, Felice, ital. Patriot 88
 Osmanen, Osmanisches Reich 123; 39, 53, 54, 60, 95, 98; 83, 85; 16, 48f., 59f., 111 s. Islam
 Osanabrick, Reichsstift 44
 Ostelbien 88
 s. Junkertum
 Österreich 12, 40, 41f, 54, 60-62, 64f., 73, 76ff., 81f., 87-93, 94f 96-99, 101, 110, 135-138, 143-145, 146ff.; 19f., 34, 40, 44, 45ff., 50f., 53-56, 60ff, 68ff, 73, 98ff., 101, 103 bis 105, 106-111, 116, 119ff
 Österreich-Ungarische Monarchie 79; 7, 14ff 47ff, 92 bis 95, 95f, 110, 114, 133ff, 138, 148-153, 158
 - Republik 98, 127 (Abkommen 1936), 99, 135f., (Anschluss) österreichischer Erbfolgekrieg (1740-48) 53, 65, 76, 81
 Ostfranken 37
 Ostgoten 19, 24ff., 28f
 Osthilfe (Gesetz) 11, 83, 88
 Ostholstein 141
 Ostmark 50
 Ostmarkenverein, Deutscher 40f.
 Ostpolitik 190ff., 195f., 200
 Ostpreussen 53, 54, 56, 83, 94; 45
 Ostrom 19, 28ff, 31, 49f., 61, 96, 102f. s. Byzanz
 Ostsiedlung 52, 103, 23f., 131 s. Kolonisation
 Otto I. der Grosse, röm.-dt. Kaiser 52, 58-61, 63
 Otto II., röm.-dt. Kaiser 52, 61-63, 64
 Otto III., röm.-dt. Kaiser 52, 63-65
 Otto IV. von Braunschweig, röm.-dt. Kaiser 53, 99-102, 109-111
 Otto I., König von Griechenland 17
 Otto I. von Wittelsbach, Pfalzgraf I 53, 102
 Otto v. Northeim, Herzog von Bayern I 73, 75
 Otto, Erzbischof von Bamberg, Apostel der Pommeren 85f.
 Otto, Bischof von Freising 88
 Otto, Eugen, Major im Reichswehrministerium 95
 Otto II. Premysl, König von Böhmen 136, 137, 139f.
 Ottonen 1 66, 67
 Ottonianum (962) 1 61
 Oxenstierna, Axel Gustafson Graf, schwed. Reichskanzler 48
 Pacelli, Eugenio s. Pius XII.
 Pacht- und Leihgesetz 51
 Palacky, Frantisek, tschech. Historiker und Politiker 45, 55
 Palermo 111 Panduren 145
 Panthersprung 83f
 Papen, Franz von, Politiker 12, 88f., 93, 94ff, 97, 98, 105, 111, 115f, 120, 217, 146
 Papst, Waldemar, Hauptmann 28
 Papsttum 27, 45, 49, 54, 61, 68f., 91, 99, 136, 145 s. Investiturstreit
 Paracelsus, eigtl. Theophrast von Hohenheim, Arzt und Naturforscher 173
 Paris 30
 - Friedensvertrag von 1856 78, 84f.
 - Konferenz 1921 62
 - Reparationskonf. 1945 12
 - Aussenminister-Konferenzen 1946 u. 1949 128, 130, 151
 Parlamentarischer Rat 130, 159
 Parma 65 Passierscheinabkommen 187, 198
 Parteienverbot (1933) 115
 Pascal, Blaise, franz. Religionsphilosoph 49
 Paschalis II., Papst 83
 Paschalis III., Papst I 93
 Passarowitz, Friede von (1718) 53, 62
 Passauer Vertrag (1552) 35
 Passchendaele (Flandern), Schlacht b. 1917, 113
 Patton jr., George Smith, amerik. General 13, 110f.
 Paul III., Papst 33
 Paulskirche s. Nationalversammlung
 Paulus, Friedrich, Generalfeldmarschall 64 via, Schlacht von (1525) 23
 Payer, demokr. Abgeordneter 126
 Pearl Harbor 46, 51, 54f
 Pelagius, Mönch 106
 Perserreich 43f
 Persigny, Jean Gilbert, Herzog von, franz. Staatsmann 83
 Peschiera del Garda 89
 Pest 136, 155-159
 Pétain, Philippe, franz. Marschall und
 Staatschef 123; 26, 27f., 30, 31
 Peter I. der Grosse, Zar und Kaiser von Russland 65, 71
 Peter III., Kaiser von Russland 53, 84, 94
 Peter de Vinea, Rechtsgelehrter 114f.
 Peter II., König von Jugoslawien 45
 Petersberger Abkommen (1949) 130, 168
 Peterwardein, Schlacht b. (1716) 62
 Petrus Damiani, Kardinal 75
 Pfaffengasse 75f.
 Pfalz 42ff 62; 3 72
 - Kurpfalz 16, 73, 76
 Pfalz-Neuburg 36f.
 Pfälzischer Erbfolgekrieg (1688-97) 53
 Pfizer, Paul Achatius von, Publizist 19, 38
 Pfordten, Ludwig Karl Heinrich von der, bayer. Staatsmann 71, 73, 76f., 110
 Pfuël, Ernst von, preuss. General 39, 58
 Philipp von Schwaben, dt. König I 99-102
 Philipp II. August, König von Frankreich 53, 110f.
 Philipp IV. der Schöne, König von Frankreich I 146f; 12
 Philipp IV., König von Spanien 57, 64
 Philipp V., König von Spanien 53
 Philipp der Grossmütige, Landgraf von Hessen 33, 74
 Philipp Prinz von Hessen 137
 Philippopolis 105
 Philippsburg 59
 Phipps, Eric, brit. Diplomat 126
 Piacenza 65
 Picard, Max, Schriftsteller 123
 Pichegru, Charles, franz. General 105
 Pieck, Wilhelm, Politiker 130
 Piemont 61
 Piemont-Sardinien 88
 Pillnitzer Konvention (1791) 99, 102
 Pilsudski, Jozef, Marschall, poln. Staatsmann 54
 Pippin der Bucklige I 41
 Pippin d. Mittlere, P. II., Hausmeier I 19
 Pippin d. Jüngere, P. III., Hausmeier und König der Franken I 19, 38f.

Gesamtregister 181

- Pippinische Schenkung 19
 Pius II., Papst 170
 Pius VI., Papst 97
 Pius IX., Papst 11
 Pius XII., Papst 128f; 21, 116.
 Pitt, William d. Ä., Earl of Chatham, brit. Staatsmann 83
 Platen, August Graf von P. Hallermund, Dichter 16
 Pleven, René, franz. Politiker 130 Pluralrecht 125
 Podewils, Heinrich Graf von, preuss. Minister 81 Podolien 105
 Pöhner, Oberlandesgerichtsrat 67, 69
 Poincaré, Raymond, franz. Staatsmann 88; 10, 62, 65, 148f.
 Poitiers, Schlacht b. (732) 19, 37
 Polen 1 142f, 177; 52, 56, 65, 75, 100, 114; 16f (Aufstand 1830/31), 39f (1848), 89ff., (1863) 134; 114f; 43, 54, 73, 100, 148ff., 153-157, 157-165; 19-17, 20, 82ff.
 - dt.-poln. Nichtangriffspakt (1934) 98, 100, 136, 158
 - engl. Garantieerkl. (1939) 153-157
 Polen seit 1944 99-101; Aufstand im Warschauer Getto) 102-105; 114, 128, 188, 196, 202f
 - dt.-poln. Vertrag 1970 188
 Polnischer Korridor 43, 99, 148, 154, 167f
 - Thronfolgekrieg (1733-35/39) 65
 Polnische Teilungen 1. (1772) 93-96, 2 (1793) 99, 105, 3. (1795) 99, 107
 «Politika» (Althusius) 37
 «Politische Justiz» (Kirchheimer) 185
 «Politisches Wochenblatt» 68
 Poltawa, Schlacht b. (1709) 65
 Pommern 141; 59
 Pompadour, Jeanne Antoinette Poisson, Marquise de 82
 Pompidou, Georges, franz. Politiker 188, 194
 Port Arthur 68f., 146
 Posen 105; 45; 39f.; 18
 Potsdamer Konferenz (1945) 107, 128, 141f, 147f.
 - Abkommen 6 100, 144ff
 Prag 160; 27, 41f., 81; 152
 Prager Friede (1635) 48 - (1866) 79, 115, 116
 Pragmatische Sanktion (Habsburger) 53, 65, 76
 Pranckh, Siegmund Freiherr von, bayer. Kriegsminister 128
 Prawdın, Michael, Schriftsteller 119, 120
 Pressburg, Friede von (1805) 115
 Preuss, Hugo, Staatsrechtler und Politiker 14, 34, 36
 Preussen 43, 53, 118, 137, 177; Königreich 53, 54ff 66-87, 98, 99, 102f., 105, 106-108, 111, 112, 113-125, 125-131, 131-135, 137f 143 bis 145, 146f.; 19f, 25-28, 32-38, 38-41, 45f, 47ff 56-60, 62f., 64ff 68-74, 74ff., 86ff 91-95, 95-98, 98 bis 103, 103-105, 105 bis 111, 111-116, 116 bis 119, 121f 128ff 132ff; 14-17, 17f., 23-25, 32-34, 34-41
 - Auflösung 129, 136
 Preussische Heeresreform (1808-12) 125-129
 - Verfassung 73f
 - Preussisches Allgemeines Landrecht 99
 «Preussisches Wochenblatt» 86
 Preussisch-Litauen 73
 Prokesch von Osten, Anton Freiherr von 81 f.
 Protestantismus, dt. u. europ. 14ff 19f, 23, 32f, 37f 42, 46, 48, 52, 54, 57, 62, 74
 Proudhon, Pierre-Joseph, franz. Sozialist 17, 90, 108; 150
 Pufendorf, Samuel Freiherr von, Publizist 58, 67; 23
 Puritaner 14
 Quebec, Konferenz von (1943) 76, 105
 Quidde, Ludwig, Historiker und Politiker 29, 44
 Quirnheim, Merz von, Oberst 94, 97
 Quisling, Vidkun, norweg. Politiker 21, 22
 Radek, Karl Bernhardsowitsch, früher Sobelsohn, Sowjet. Politiker 128; 50, 58, 126
 Raeder, Erich, Grossadmiral 122; 21, 146
 Radetzky, Joseph Graf R. von Radetz, österr. Feldmarschall 54
 Radowitz, Joseph Maria von, preuss. General und Politiker 32f., 68, 75
 Radowitz, Joseph Maria von, Diplomat 74
 Radziwill, Fürstin 43
 Rainald von Dassel, Kanzler, Erzbischof von Köln 89, 93, 94
 Ranke, Leopold von, Historiker 100; 45, 122; 13, 20, 27
 Rantzau, Graf Christian von 129
 Rapacki, Adam, poln. Politiker 132
 -Plan 132 Rapallo, Vertrag von (1922) 55, 56-61
 Rastatt, Friede von (1714) 64
 Rastatter Kongress (1797-99) 99, 111
 Rat der Volksbeauftragten 25, 36
 Rathenau, Walther, Politiker 128; 26, 125, 158; 15, 53, 55, 57, 60, 61
 Raumer, Friedrich von, Historiker 105, 133; 16
 Rauschnig, Hermann, Politiker 103, 123, 134; 117
 Ravenna, Reichstag von 130
 Ravensberg 54
 Rechberg, Johann Bernhard Graf von, österr. Diplomat 88, 96, 104
 Reck-Malleczewen, Friedrich, Schriftsteller 103f.
 Reconquista 37, 115, 145; 60
 Redlich, Joseph, österr. Politiker 55
 Reformation 175; 7-52
 Reformbewegung (Cluny) 65, 66ff.
 Regalien 83f., 92
 Regensburg, Kurfürstentag zu (1630) 46
 Reichstage s. d. Reger, Max, Komponist 33
 Reichenau, Walter von, General 97
 reinerfeldmarschall 120
 Reichenbacher Konvention (1790) 102
 «Reichsbund»-Plan 34
 Reichsdeputationshauptschluss (1803) 75, 99, 101
 - Aufteilung des Reiches 108-113, 117
 Reichserbhofgesetz 97
 Reichsgericht 12, 72, 78, 93
 Reichsgründung (18.1.1871) 79, 86
 Reichskammergericht 10f.
 Reichskirche, katholische 53, 57
 - protestantische 117
 Reichskirchenministerium 98
 Reichskonkordat 1933 97, 107, 116f.
 Reichskriegsgericht 133
 Reichskulturkammergesetz 97
 Reichslandfrieden s. Landfrieden
 Reichsparteitage 98
 Reichspennig 10
 Reichspräsident, Wahl und Recht 34ff
 - Verschmelzung m. d. Reichskanzler-Amt 125
 Reichsritter 165; 22-26, 76, 122f.
 Reichsschuldenkonferenz 1927/28 78
 Reichsstände 1 162; 10, 48, «Rerum novarum», Enzyklika Restitutioisindict (1629) 46, 48
 Reünionspolitik, franz. 52, 59
 Reuter, Ernst, Politiker 129, 130, 131, 163
 Revolutionen, deutsche 1848 31-38, 77; 1918, 12-29
 - russische 1905 69f., 77
 - 1917 124f
 s. Franz. Revolution
 Reynaud, Paul, franz. Politiker 20, 23, 25, 27
 Rezession 194
 Rheinbund (1806) 99, 112, 113, 117, 121, 132, 143, 145
 Rheinischer Städtebund 54, 137, 165
 Rheinland, Rheinlande 57; 82, 105, 10f.; 5, 70,

182 Gesamtregister

- Besetzung 1921/23 47
- Hitlers 1936 98,
128-131
- Rheinland-Pfalz 128, 200
Rheinpfalz 38, 50
- Rhodes, Cecil, brit. Kolonialpolitiker 55, 61
- Ribbentrop, Joachim von, nationalsozial. Politiker 99, 116, 133, 147f., 158f, 161, 167; 17, 41f., 63, 75, 146
- Richard von Cornwall, dt. König I 54, 59
- Richard I. Löwenherz, König von England 53, 98
- Richelieu, Armand-Jean du Plessis, Herzog von, franz. Staatsmann 111f; 31, 49, 52, 57, 71
- Rienzi, Cola di, eigtl. Nicola di Lorenzo, röm. Volkstribun 64, 149-151
- Roggenbach, Franz Freiherr von, bad. Minister 108
- Röhm, Ernst, Stabschef der SA 5 25, 66, 68 – Putsch 120-125
- Rokossovski, Konstantin, Marschall d. Sowjetunion und Polens 103f.
- Rom (Einnahme d. Alarich 410) 19, 24; (Pflünderung Wandalen 455) 19, 26, 59ff., 78ff., 149 bis 152; 23ff.
- (Sacco di Roma, 1527)
- Romantik 21; 131-138
- Romanisierung 35
- Römisches Reich 19-31, 32ff, 35, 43, 47f., 49f., 53, 61, 83; 52 s. Ostrom
- Römisches Recht 35, 49
- Römische Verträge s. Europ. Wirtschaftsgemeinschaft
- Rommel, Erwin, Generalfeldmarschall 44, 62, 92
- Roncalgia, Ronkalische Beschlüsse (1158) 53, 92
- Roon, Albrecht Graf von, preuss. Generalfeldmarschall, Kriegsminister 78, 91, 92, 93, 94, 96, 107f., 127
- Riga 107, 136, 143 (Stadtgründung)
- Rigaer Frieden (1921)
- Rijswijk, Friede von (1697) 53, 64
- Riomi, Prozess von (1942) 59
- Ritter, Gerhard, Historiker 186
- Ritterorden 118, 123 s. Deutscher Orden, Johanniterorden, Templernorden
- Rittertum I 66, 67, 155 s. Reichsritter
- Robert I. der Weise, König von Neapel 152
- Robert Guiscard, Herzog von Apulien 79
- Roberts, Frederick Sleigh, Earl R. of Kandahar and Pretoria, brit. Feldmarschall 82
- Robespierre, Maximilien de, franz. Politiker 89
- Roger II., König von Sizilien 85
- Roosevelt, Elliot 78
- Roosevelt, Franklin Delano, Präsident d. Verein. Staaten 20, 29, 51-55, 60ff 77, 100f, 105f., 110, 111f., 117, 118
- Rosebery, Archibald Philip Primrose, brit. Staatsmann 66
- Rosenberg, Alfred, nationalsozialist. Politiker 146
- Rosenberg, Arthur, Politiker und Publizist 147f; 16
- Rosenberg, Ethel und Julius 101
- Rosenberg, Frédéric Hans von, Diplomat 62, 64
- Roszbach, Schlacht b. (1757) 53, 83
- Rostock 143
- Rostow 50
- «Rote Fahne» 90
- Roter Frontkämpferbund 78, 90
- Rothschild, Amschel Meyer, Bankier 81
- Rotterdam, dt. Luftangriff 24
- Rousseau, Jean-Jacques, franz.-schweizerischer Schriftsteller 88
- Rückversicherungsvertrag (1887) 47f Rudolf I. von Habsburg, röm.-dt. Kaiser I 136, 137-139, 140
- Rudolf II., röm.-dt. Kaiser 39
- Rudolf, Erzerherzog von Österreich, Kronprinz 66
- Rudolf von Rheinfelden, Herzog von Schwaben (Gegenkönig) 76f.
- Rudolf von Schwarzburg (Gegenkönig) 136
- Rudolf IV. der Stifter, Herzog von Österreich 159f
- Ruge, Arnold, polit. Schriftsteller 29f
- Rügen 65
- Ruhrbesetzung s. Rheinlandbesetzung
- Ruhrkampf 55, 57, 61-64, 65f
- Rumänien 115, 134; 100; 639, 40f
- dt.-rum. Wirtschaftsvertrag (1939) 153, 157f
- engl.-franz. Beistands-erkl. (1939) 156
- Aufnahme diplom. - Beziehungen (1967) 188
- Runciman of Doxford, Walter Viscount, brit. Staatsmann 141
- Rundstedt, Manfred von, Generalfeldmarschall 30, 49, 50
- Ruprecht von der Pfalz, genannt Clem, dt. König 136,167
- Russisch-japanischer Krieg 68-70
- Russland 50, 107, 145; 52, 53, 65 82ff 93-96, 104, 107, 112, 117, 138ff 143-145, 146f.; 39f., 78, 83ff 98ff.; 14f., 47f., 62f., 65ff 68-70, 77-81, 94, 96f., 99f., 101, 105, 114, 116, 131-137 s. a. Brest-Litowsk, Rückversicherungsvertrag, Sowjetunion
- Rydz-Smigly, Edward, poln. Marschall 161 SA (Sturmabteilung) 12, 25, 67, 88, 90, 119, 125; 6: 80
- Saargebiet, Konvention 1950 130, 168
- Statut 1955 132, 174f
- Abstimmung 1955 181
- Saarland, Abstimmung 1935 98, 127
- Sacco di Roma 26; 23ff.
- Sachsen, Stamm und Land 42, 52, 80, 86, 95
- Kurfürstentum 16
- Königreich 2 65, 73f., 83, 99, 101, 121; 22, 110, 115
- Freistaat 84
- 1945 119, 128, 137f
- Sachsen-Coburg- Meiningen 73
- «Sachsenspiegel» 131
- Saint-Just, Louis Antoine Léon de, franz. Revolutionär 88f.
- Säkularisation 17f 107f.
- Saladin, Sultan 97
- Salier 52, 66
- Salisbury, Robert Cecil Marquis von, brit. Staatsmann 58, 60, 64
- Samsonow, russ. General 110
- Samuel, Herbert Louis Viscount, brit. Philosoph und Politiker 126
- Sand, Karl Ludwig, Student
- San Remo, Konferenz von (1920)
- San Stefano, Vorfriede von (1878) 47
- Sarajevo 59, 80, 92
- Sarazenen 37, 51f., 85, 97, 105, 112
- Sardinien 65, 104
- Sarraut, Albert, franz. Politiker 130
- Sasonov, Sergej Dimitrijevitsch, russ. Politiker 80, 96
- «Saturday Review» 55
- Saucek, Fritz, nationalsozialist. Politiker 88, 146
- Savigny, Friedrich Carl von, Jurist 80; 14
- Savoyer 2 61
- Schacht, Horace Greely Hjalmar, Bankier und Politiker 11, 40, 107, 114, 146
- Scharf, Kurt, evangelischer Theologe 133, 134
- Scharnhorst, Georg Johann David von, preuss. General 129, 132
- Schauenburger I 85f
- Scheel, Walter, Politiker 188, 200-207
- Scheidemann, Philipp, Politiker 128, 153, 154; 10, 13, 16, 18, 24, 27, 32, 41, 45
- Scheubner-Richter, Max Erwin von, SA-Führer 68
- Schiffer, Eugen, Politiker 50
- Schill, Ferdinand von, preuss. Offizier 100, 136
- Schiller, Johann Christoph Friedrich von, Dichter 46, 84
- Schiller, Karl, Volkswirtschaftler und Politiker 193
- Schinkel, Karl Friedrich, Baumeister und Maler 27
- Schirach, Baldur von, nationalsozial. Politiker 146
- Schlageter, Albert Leo, Nationalist 58
- Schlange-Schöningen, Hans, Politiker 88
- Schlegel, Friedrich von, Philosoph und Literaturhistoriker 119
- Schleicher, Kurt von, General und Politiker 11, 12, 23, 25, 52, 81, 87-90, 92, 94ff, 121, 123
- Schleiermacher, Friedrich Daniel Ernst, evang. Theologe und Philosoph 53
- Schleinitz, Alexander Freiherr von, preuss. Staatsmann 88
- Schlesien 142; 42, 52, 65, 73, 76-82, 83, 94, 96; Schlesische Kriege (Erster 1740-42, Zweiter 1744-45) 53, 76-82
- Schleswig, Herzogtum 136; 45, 73
- Schleswig-Holstein 73f, 83, 100ff, 103f, 116
- preuss. Provinz 23
- Land (1947) 129, 132, 200 s. Holstein, Deutsch-Dänische Kriege
- Schlieffen, Alfred Graf von, preuss. Generalfeldmarschall 46, 76, 105; 6: 37f
- Plan 46, 51, 60, 76, 104ff, 108
- Schlözer, Kurd von, Diplomat 43f
- Schlüter, Andreas, Baumeister und Bildhauer 67
- Schmallkaldischer Bund - Krieg 32, 33
- Schmerling, Anton, Ritter von, österr. Politiker 44, 61
- Schmid, Carlo, Volksrechtler und Politiker 180
- Schmidt, Helmut, Politiker 189, 200, 207
- Schmidt, Paul Otto, Dolmetscher (Gesandter) 167
- Schmundt, Rudolf, General 26
- Scholastik 162ff 173
- Schönbrunn, Vertrag von (1805) 99
- Frieden von (1809) 100, 121, 137
- Schopenhauer, Arthur, Philosoph 13f, 50
- Schörner, Ferdinand,

Gesamtregister 183

- Generalfeldmarschall 108, 117
- Schröder, Gerhard, Politiker 190ff., 195
- Schröder, Kurt Freiherr von, Bankier 12
- Schrötter, Leopold, Ritter von Kristelli, Arzt 26
- Schukow, Grigori, Sowjet. Marschall 110
- Schulenburg, Friedrich Werner von der, preuss. General 156
- Schulenburg, Friedrich Werner Graf von der, Diplomat 94
- Schulwesen
- in Sachsen 75
 - allgem. Schulpflicht in Preussen 70,
- Schul
- aufsichtsgesetz 11
 - allgem. Schulpflicht in Österreich 92, Staatsschule 88
- Schulreformprogramm Sowjetzone 128
- Schumacher, Kurt, Politiker 6 131, 150, 155, 159, 162f., 164
- Schuman, Robert, franz. Politiker 130
- Plan s. Montanunion
- Schuschnigg, Kurt (von), österr. Politiker 127, 135f.
- Schutzölle 17; 10
- Schwaben, Herzogtum 77
- Schwäbischer Bund (1488) 16
- Schwäbischer Städtebund (1376) 165
- Schwarzburg-Sonderhausen 22
- Schwarzenberg, Felix Fürst zu, österr. Staatsmann 55, 57, 61, 62f, 64, 66, 69, 73, 74f., 76, 77, 78, 81, 82
- Schwarzenberg, Johann Freiherr von, Humanist und Staatsmann 17
- Schwarzer Freitag 5 80
- Schweden 46-50, 51, 52, 53, 57ff, 65; 20f
- Schwedisch-Polnischer Krieg (1655-60) 56
- Schweiz 47, 57, 136, 155; 10, 52
- Schweppenburg, Leo Freiherr Geyr von, General 130
- Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig, nationalsozialist. Politiker 116; 127, 135
- Sedan, Schlacht b. (1870) 119, 129
- Seecock, Hans von, Generaloberst, 10, 48f., 50-52, 69, 76
- Seisser, Hans von, Chef d. bayer. Landespolizei 67ff
- Seiss-Inquart, Arthur, österr. nationalsozialist. Politiker 121, 146
- Seldte, Franz, nationalsozialist. Politiker 115
- Separatisten
- Sepp, Johann Nepomuk, kath. Kirchenhistoriker 63, 66, 128f
- Septennat 4 7
- Serbien 62; 86-89, 92-95, 119
- Sergius, Grossfürst 69, 70
- Severing, Carl, Politiker 92
- Sewastopol 6 63
- Seydlitz, Walther, General von 65
- Shirer, William Lawrence, amerik. Publizist 140
- Sibylle, Gemahlin Tankreds 98
- Sickingen, Franz von, Reichsritter 16, 23
- Siebenbürgen 39; 115; 40
- Siebenjähriger Krieg (1756-63) 53, 71, 82-84
- Sieburg, Friedrich, Schriftsteller 6 86, 89, 90
- Sigibert I., Frankenkönig 34
- Sigismund, röm.-dt. Kaiser 136, 160, 168-171; 20
- Silvester III., Papst 1 68
- Simon, August Heinrich (Simon-Breslau), Politiker 41
- Simon, John Allsebrook zu, österr. brit. Politiker 128
- Simon, Ludwig (Simon-Trier), Politiker 41
- Simon Magus (Simon der Magier) 65
- Simonie 65, 69, 74, 76, 78
- «Gegen die Simonisten» (Humbert) 73
- «Simplizissimus, Der abenteuerliche» 49f
- «Simplizissimus» (Zeitschr.) 63
- Simons, Walter, Jurist und Politiker 55
- Sims, William Sowden, amerik. Admiral 122
- Simson, Eduard von, Politiker 61, 66, 71, 133
- Sindermann, Horst, Politiker 189, 205
- Singapore 59
- Sippenhaftung 13
- Sixtus, Prinz von Bourbon-Parma 119
- Sizilien 53, 57, 71, 85, 98, 109-111, 122, 134f.
- Skagerrak, Seeschlacht 1916 114f.
- Slawen 31, 35, 43, 49, 52, 61-63, 90f., 139-145; 108f.; 163
- aufstanz 71
 - Slowakei 100, 150
- Smolensk 49
- Smuts, Jan Christiaan, südafrikan. Staatsmann 41
- Sokolowski, Wassili Danilowitsch, Sowjet. Marschall 158
- Söldnerwesen 138, 171; 69, 83, 126
- Solferino, Schlacht b. (1859) 78, 89
- Solf, Wilhelm, Politiker 153; 14
- Sombart, Werner, Volkswirtschaftler und Soziologe 53
- Somme, Kämpfe a.d. (1916/17) 13
- Sophie Charlotte von Hannover, Gemahlin Friedrichs I. von Preussen 66
- Sorel, Albert, franz. Historiker 128; 88; 19, 163
- Sorel, Georges, franz. Sozialist 19, 20, 104
- Sowjetunion 121; 132; 54f., 57-61, 72-76, 100, 146f 151ff 157-165; 38-43, 46-50, 57ff 63-69, 75, 93, 99 bis 103, 129f 137f 147ff 151, 155f., 172, 175f., 177f 78-181, 182f., 187, 188, 195f., 199ff
- Berliner Vertrag (1926) 76
 - Grenz- und Freundschaftsvertrag (1939) 99f.
 - Nichtangriffspakt (1939) 162
 - Rapallo-Vertrag (1922) 55, 56-61
 - Sowjet. Friedensvertrags-Entwurf 1952 171f
 - Aufnahme dipl. Beziehungen (1955) 178f.
 - Beistands- u. Freundschaftsvertrag m. d. DDR (1964) 187, 190
 - Moskauer Vertrag 1970 188, 201f.
- Sozialdemokratie, Sozialdemokratische Partei (SPD) 19, 22f., 1-43, 101, 103, 126, 146, 153f.; 12, 13, 31, 45, 50f., 61, 65, 71, 80ff 93, 113 -Verbot 1933 97, 115
- nach 1945 131ff 182, 186f., 188, 189, 190, 191, 193ff 200, 205, 207
- Soziale Marktwirtschaft 194
- Sozialismus, dt. 136
- bes. Marx
- Sozialistengesetz 95; 17-23, 30f.
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 128ff 150, 152, 165, 192, 204
- Sozialpolitik 41f.; 33
- Spa. Konferenz von (1920) 53
- Spaak, Paul-Henri, belg. Politiker 25f
- Spanien 24, 25, 37, 45, 115, 162; 12, 40, 43, 52, 55, 104
- und Hohenzollern 121-128
- Spanische Niederlande 57, 59, 64, 65 s. Belgien
- Spanischer Bürgerkrieg (1936/39) 98
- Spanischer Erbfolgekrieg (1701-14) 51, 53, 64f.
- Spartakusbund 26-29
- Spear, Edward Lewis, brit. General 26, 27, 29
- Speidel, Hans, General 99
- Speer, Albert, nationalsozialist. Politiker 73, 115, 117, 146 ener, Philipp Jacob evang. Theologe 67
- Spengler, Oswald, Geschichtsphilosoph 18
- Speyer 63, 104
- Reichstag (1525 und 1529) 32f.
- «Spiegel, Der» 185
- Spiegel-Affäre 134, 185
- Spitzer, Daniel, Wiener Satiriker 118
- SS (Schutzstaffel) 12, 18, 87, 88, 90, 93, 119
- Staatenauusschuss (-konferenz) (1918) 36
- Staatsbürgerschaft, Gesetz i. d. (DDR) 188, 197
- Staatsrat der DDR 133, 165
- Stadion, Franz Seraph Graf von, österr. Politiker 63f.
- Stadion, Johann Philipp Graf von, österr. Politiker 117f., 143ff
- Städte 129f., 143f, 161, 174; 36
- bünde 130, 137, 165, 174 - Ordnung (Preussen) 100, 125
 - Stadtrecht 129f., 142
- Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 76f., 79
- Auflösung 1935 98, 115
- Stahlpakt (1938) 100; 45
- Stalin, Jossif Wissarionowitsch (eigtl. Sossu Dschugaschwili), revolutionärer Staatsmann und Diktator 112; 116; 57, 99, 127, 146; 39, 46, 57, 70f., 77f., 99f., 111f., 119, 121, 124, 131, 138, 141f., 147, 157 175
- Stalingrad 63-69
- Stamper, Friedrich, Publizist und Politiker 83
- Stammberger, Wolfgang, Politiker 86
- Stände 93, 111, 129, 160, 162; 10; 10, 18
- Stanislaw I Leszczinski, König von Polen 65
- Starbemberg, Ernst Rüdiger, Graf von, österr. Feldmarschall 60
- Stauer 52, 53, 57, 77, 85-88, 95f., 97-99, 100, 117, 132, 134f., 177
- Stauffenberg, Claus Graf Schenk von, Generalstabsoffizier 93-95, 97, 99
- Stedinger Bauern 125f
- Stefan II., Papst 19
- Stegemann, Hermann, Historiker 112
- Stein, Karl, Reichsfreiherr von und zum, Staatsmann 32; 94, 100, 107, 122 bis 125, 134, 137, 138, 140, 141, 145f.; 163
- Steltzer, Theodor, Mitgl. d. Widerstandsbeweg. 99
- Stettin 53, 65
- St. Germain, Friede von (1679) 52, 59
- Stieff, Helmuth, Generalmajor 94

184 Gesamtregister

- Stilicho, Flavius, röm. Feldherr 23
- Stimson, Henry Lewis, amerik. Politiker 4 69; 61
- Stinnes, Hugo, Gross-industrieller 53f, 55
- Stöcker, Adolf, Hofprediger und Politiker 30
- Stoffel, Eugène Georges Henri Céleste, Baron von, franz. Offizier 121
- Stoph, Willi, Politiker 187, 188, 189, 197, 199, 201f., 204
- Strafrecht unter Kaiser Friedrich II. 112f
- in Österreich 87f., 93, 98
- in Preussen 14
- Stralsund 143; 45, 65
- Friede von (1370) 136, 168
- Strassburg 36, 52, 59, 64, 65; 132
- Strassburger Eide (842) 40
- Kapitalstreit (1592) 36
- Strasser, Gregor, nationalsozialist. Politiker 12, 96, 121
- Strasser, Otto, Politiker 120
- Strauss, David Friedrich, evang. Theologe 26f
- Strauss, Franz Josef, Politiker 132, 134, 185-187, 191, 193f.
- Streicher, Julius, nationalsozialist. Politiker 68; 6 81, 146
- Stresemann, Gustav, Staatsmann 57, 126; 10, 11, 64-67, 69, 71, 75f, 126
- Strougal, Lubomir, tschechoslow. Politiker 189
- Struve, Gustav von, Politiker 46
- Stuckart, Wilhelm, nationalsozialist. Politiker 82
- Subsidien-Verträge (Grossbritannien) 83f
- Süddeutscher Städtebund 165
- Sudetendeutsche 99
- Sudetendeutschtum 140
- Sudetenkrise 135-145
- Besetzung d. Sudeten gebietes 146f.
- Südtirol 114, 119
- Sully, Maximilien de Béthune, Herzog von, franz. Staatsmann 37
- Syagrius, röm. Statthalter 32, 33
- Sybalbus (1864)
- Syrien 123
- Taboriten 171
- Tacitus, Publius Cornelius, röm. Geschichtsschreiber 25, 30
- Talleyrand, Charles Maurice de, franz. Staatsmann 119, 121, 147, 150
- Tankred von Lecce, König von Sizilien 98
- Tannenberg (Ostpr.) Schlacht 1914 110
- Tannenbergrede 1927 77
- Tataren 145
- Tattenbach, Christian Graf, Diplomat 74f
- Tauler, Johannes, Mystiker 158
- Taugoggen, Konvention von (1812) 100, 126, 140
- Taugoggen-Mythos 59
- Teheran, Konferenz von (1943) 6 75, 76-78, 101
- Templerorden 147f
- Templewood, Sir Samuel Hoare, Viscount T. 125, 129; 34
- Terboven, Josef, nationalsozialist. Politiker 22
- Teschen, Friede von (1779) 96
- Teutoburger Wald, Schlacht im 23
- Tetzl, Johannes, Dominikaner 15
- Thälmann, Ernst, Politiker 12, 72, 86
- Thassilo III., Herzog in Bayern 43
- Theoderich der Grosse, König der Ostgoten 19, 29f., 32, 33
- Theodora, Gemahlin Justinians I. 30
- Theokratie 67f., 71
- Theophanus, Gemahlin Ottos II. 62, 64
- Theresienstadt 82
- Thibaut, Anton Friedrich Justus, Jurist 14
- Thiers, Adolphe, franz. Politiker und Historiker 137; 102, 108, 129
- Thomas, Georg, General, 73
- Thomas von Aquin, Scholastiker 148f., 161-164, 173
- Thomasius, Christian, Philosoph 67
- Thorn 2 105
- Thun, Friedrich Graf von, österr. Staatsmann 81
- Thüringen 32, 37; 22; 119, 128, 137f
- Tieck, Ludwig, Dichter 64
- Tiedemann-Seeheim, H. von, Mitbegründer des Ostmarkenvereins 40
- Tilly, Johann Tserclaes, Reichsgraf von, Feldherr 44, 46f.
- Tilsit, Friede von (1807) 99, 121 «Times» 99; 172f.
- Timoschenko, Semjon Konstantinowitsch, Sowjet. Marschall 63
- Tippelskirch, Kurt von, General 36, 115 Tirol 136, 155; 136
- Tirpitz, Alfred von, Grossadmiral 54, 56f., 114, 126
- Tiso, Jozef, slowak. Politiker 100
- Tito, Josip, eigtl. J. Broz, revolutionärer jugosl. Staatsmann 45
- Tocqueville, Charles Alexis Henri Clérel de, franz. Historiker und Politiker 66f.; 123
- Todt, Fritz, nationalsozialist. Politiker
- Tojo, Hideki, japan. General und Politiker 54
- Torgau, Schlacht b. (1760) 53, 83
- Zusammentreffen Sowjet. u. amerik. Vorhuten 25.4.1945 15, 121
- Torgler, Ernst, Politiker 97
- Tortenson, Lennart, Graf von Ortala, schwed. Feldherr 49
- Toskana 104; 89
- Totaler Krieg 69f.
- Toul 51
- Transitabkommen (1971) 188, 204
- Translatio Imperii 27, 149
- Transsylvanien (Siebenbürgen) 39
- Treitschke, Heinrich von, Historiker I 76, 103; 10, 19, 22 54
- Trientener Konzil (1545-63) 33
- Trier, geistl. Kurfürstentum 159; 75, 100
- Triest 137
- Trimborn, Karl, Politiker
- Troeltsch, Ernst von, evang. Theologe, Historiker 59
- Trott zu Solz, Adam, Jurist, Mitgl. d. Widerstandsbewegung 99
- Trotzki, Leo (Lew) Dawidowitsch (Bronstein), russ. Revolutionär 112; 132f.
- Truman, Harry S., amerik. Präsident 111, 118, 119, 121, 129, 137f., 141f 144, 157
- Truppenamt 48f.
- Tschechoslowakei 74, 99, 100, 135-142, 142-152; 81, 85, 129, 188, 195f
- s. Münchener Abkommen, Sudeten dt.-tschechoslow. Vertrag (1973) 189, 205
- Tschirschky, Heinrich von, Diplomat 4 44, 73, 93
- Tschiang Kai-schek 76
- Tschitscherin, Georgij Wassiljewitsch, Sowjet. Politiker 75
- Tuchatschewski, Michail Nikolajewitsch, Sowjet. Marschall 55
- Tuka, Vojtech, slowak. Politiker 99
- Tunis 62
- Turenne, Henri de Latour d'Auvergne, franz. Marschall 49
- Türken, Türkei 81, 116, 176; 39, 53, 62, 94; 78, 83ff.; 47, 58ff., 111f. s. Osmanisches Reich
- Türkenkrieg (1787-92) 98
- Twesten, Karl, Politiker 391
- Uhland, Ludwig, Dichter 67; 17, 18, 41, 52
- Ukraine 133-135, 136; 99
- Ulbricht, Walter, Politiker 130, 133, 166, 174, 183, 188, 195, 197ff
- Ulm, Vertrag von (1620) 41f.
- Ulmer Reichswehrprozess 85
- Ulrich, Herzog von Württemberg Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 103; 13, 14, 23, 24, 72
- «Unam Sanctam», päpstl. Bulle (1302) 136, 146
- Ungarn, die 54, 58, 59
- Land 120; 39, 42, 53, 61f., 98, 82, 120; 133, 150; 40
- Aufstand 1956 132, 182 s. Österreich-Ungarische Monarchie
- Union, Protestantische (von Auhausen 1608) 32, 37, 39, 41f.
- Unionspläne, preussische 68f., 74f, 77 s. Ölmützer Punktion
- Unionsparlament - (Erfurt) 71
- Untersteiermark 45
- Upsala 70
- Urban II., Papst 52, 80f.
- Ursedom, Karl Georg Ludwig Guido, Graf von, preuss. Diplomat 112
- Utrechter Friede (1713) 53, 64
- Union 37
- Valentin, Veit, Historiker und Publizist 35; 122
- Valentin, Antonina, Publizistin 52, 64, 65
- Valmy, Kanonade von (1792) 99, 102
- Vandenberg, Arthur Hendrik, amerik. Politiker 51
- Vansittart, Robert Gilbert Lord, brit. Diplomat 166
- Vaterlandspartei, Deutsche 128
- Vatikanisches Konzil (1869) 79
- Venedey, Jakob, Politiker 43, 52, 62
- Venedig, Republik 102ff.
- Venetien 89, 105, 108, 114, 116
- Verden a. d. Aller 51, 65
- Blutgericht (782) 42
- Verdur, Vertrag von (1843) 40, 46
- Kämpfe 1914-17 112f
- Vereinigte Niederlande 76 s. Spanische Niederlande
- Vereinigter Landtag (Preussen) 34, 37, 38
- Vereinigte Staaten

- 120, 121, 123, 138, 145; 41f, 40f; 51-55, 60f
76f 91, 105f, 129ff., 137ff., 148, 169.
- Verfassung d. Dt. Reiches s. Reichsverfassung
- Verfassung d. Bundesrepublik Deutschland s. Grundgesetz
- Verfassung d. Deutschen Demokratischen Republik 165f
- neue (1968) 188, 197
- Verfassung d. Deutschen Evangelischen Kirche 1933 117
- Verfassungsgebende Versammlung 46
- Verfassungsbruch Hannover 22f
- Vereinte Nationen (UN) 128, 172, 183, 189
- Verhältnismäßigrecht 30, 34f.
- Verkehrsvertrag (1971) 189
- Versailles, Kaiserproklamation (1871) 79
- Friedenskonferenz (1919) 37f.
- Vertrag 1871 133, 134 - 1919 50, 145; 39f. (Inhalt), 41, 45, 47, 60, 72f.
- «Vertraute Briefe über die inneren Verhältnisse am preussischen Hof seit dem Tod Friedrichs II. (Cölln) 117
- Victoria, Königin von Großbritannien 119; 60
- Vienne, Konzil von (1311/12) 1 158f.
- Vierjahresplan (1936) 98
- Vier-Mächte-Kontrolle s. Kontrollrat
- Vierzehn Punkte (Wilson) 137-140, 145; 37f.
- Viktor II., Papst I 68, 69f.
- Viktor III., Papst I 80
- Viktor IV., Papst I 93
- Viktor Emanuel II., König von Piemont-Sardinien, sp. von Italien 3 88, 90
- Viktoria, Deutsche Kaiserin, Gemahlin Friedrichs III. 25ff
- Villafranca di Verona, Vorfriede von (1859) 89, 90
- Vincen, Georg Freiherr von, preuss. Parlamentarier 71
- Virchow, Rudolf, Pathologe 102; 26
- Vischer, Friedrich Theodor von, Ästhetiker 41
- Vitzthum von Eckstädt, Karl Friedrich Graf, Diplomat u. Schriftsteher 55, 75, 77, 107
- Völkerbund 139; 10, 56, 76, 98, 127
- Austritt 97, 118, 131
- Völkerwanderung 20, 23-31
- «Völkischer Beobachter» 66, 90
- Volkmann, Ulrich, Publizist 51
- «Volk ohne Raum» (Grimm) 54
- Volksabstimmungen 1920 55
- Volksarmee, Nationale 132 V
- Volkskammer der DDR 130, 133, 197
- Provisorische V. 65
- Volksgerichtshof 89-91, 99
- Voltaire, eigtl. François-Marie Arouet 71ff., 83, 90, 97, 126
- Vorparlament s. Nationalversammlung
- Frankfurt Vorparlament 53, 65
- «Vorwärts» 145; 28
- V-Waffen 73, 92
- Wagner, Richard, Komponist 72; 53f.
- Wagram, Schlacht b. (1808) 100, 137
- Wahl, Rudolf, Schriftsteller 133
- Wahlrecht, allg. 70, 97, 106; 125
- Währungsreform (1948) 129, 153, 154f
- i. d. Sowjet. Besatzungszone 129, 156
- Wahlbingen 86
- Waiz, Georg, Historiker 41
- Walachei 62
- Waldemar II. der Sieger, König von Dänemark 53
- Waldersee, Alfred Graf von, preuss. Generalfeldmarschall 15, 28, 30, 34, 76
- Wallenstein, Eusebius Wenzel von, genannt der Friedländer, Feldherr 34, 42-46
- Walther von der Vogelweide, Lyriker d. MAI 100, 102
- Wandalen 1 19, 25f., 29, 30f.
- Warschau, Stadt 17
- Getto 85f., 102-105
- Herzogtum 99, 107, 121; 99
- Warschauer Pakt 132
- Vertrag (1970) 188, 202f.
- Wartburg 22
- Waterloo, Schlacht b. (1815) 100, 148
- Weber, Max, Sozial-Ökonom 24, 35f., 49, 53, 82, 121, 122, 157; 17, 18, 19, 33
- Weber, Werner, Staatsrechtler 36
- Weber, Wilhelm Eduard, Physiker 22f.
- Wehner, Herbert, Politiker 150, 186, 190, 191, 193, 199
- Wehrpflicht, allg. - Österreich 135
- Preussen 100, 125-129; 70
- nach 1919 51f.
- Wiedereinführung 1935 98, 127f
- Wehrpflichtgesetz (1956) 132
- Weidling, General 125
- Weimarer Verfassung s. Reichsverfassung
- Welles, Sumner, amerik. Diplomat 20
- Weissen Berg, Schlacht am (1620) 42, 73
- Weitling, Wilhelm, Frühsozialist 127; 30
- Weygand, Maxime, franz. General 24f., 27ff., 71 - Linie 22, 27
- Weizsäcker, Ernst Freiherr von, Diplomat 140, 149, 154
- Welcker, Karl Theodor, Staatsrechtler und Politiker 32, 64f.
- Welfen 53, 85-88, 100, 177; 116
- Wellington, Arthur Wellesley, Herzog von Brit. Feldmarschall 100, 148f., 150
- Wels, Otto, Politiker 14, 23, 24, 113
- Weltkrieg, Erster 89-92 (Chronologie), 92-157 - Kriegserkl. österr. - Ungarn an Serbien 94 - Deutschland an Russland 101 - Eintritt Grossbritannien 102, 105 - Italien 111 - Rumänien 115 - Türkei 111 - USA 120, 121, 123
- Ostfront 150-114, 116
- Westfront 104-109, 140-143, 145
- U-Boot-Krieg 114, 120-123
- österr.-ungar. Armee 110, 114, 148f., 150, 152
- Friede von Brest - Litowsk 131-137
- Waffenstillstand 143, 145f., 151, 152f
- österr.-ungar. 151, 152f.
- Weltkrieg, Zweiter 6 7-15 (Chronologie)
- Polenfeldzug 16-19
- Kriegserkl. Grossbritanniens und - Frankreichs 17
- Italiens an die Westmächte 27
- dt. an die USA 11, 55
- Afrika- und Balkankriege 43-45
- Besetzung Norwegens 19-22
- engl.-franz. Flottenkonflikt 31f.
- England: Luftkrieg 36f.
- Schlacht im Atlantik 37, 58, 73
- Verbündete der Wehrmacht 48f.
- Ostfeldzug 46-50, 63 69, 71f., 92
- Westfeldzug 22-30, 109-111
- Pearl Harbor 46, 51, 54f.; Eintritt der Sowjetunion i. d. Krieg gg. - Japan 145
- Zweite Front/ Invasion 60, 66, 75f., 91-93
- Waffenstillstand franz. dt. 29f; ital. 29
- Kapitulation Italien 71
- Deutschland 124-127
- s. a. Bedingungslose K. - Konferenzen der Alliierten s. Casablanca, Kairo, Jalta, Potsdam, Quebec, Teheran
- Beendigung des Kriegszustands, Erkl. Grossbrit., Frankreich, Vereinigte Staaten 131; Sowjetunion 132
- Wenzel (IV.), dt. König 136, 148, 160, 165ff
- Westfalen, Herzogtum 76
- Königreich 99, 121
- Westfälischer Friede (1648) 25f., 35, 36, 37, 48, 50f 57, 60, 65
- Westfranken 37, 46
- Westgalizien 107, 121
- Westgoten 19, 23ff., 28f, 32, 35
- Westpreussen 53, 59, 95, 121; 45
- Westrom s. Rom
- Wettiner 85f.; 75
- Weygand, Maxime, franz. General 45, 54
- Wibert von Ravenna s. Clemens III.
- Widerstand, dt. gegen Hitler 74, 93-99
- Widukind, Herzog von Sachsen 40, 42
- Widukind von Corvey, Geschichtsschreiber 58
- Wiederaufrüstung, alliierter Gesetz 130
- bewaffung BRD 130, 170f. s. Bundeswehr
- Wiedertäufer 23, 30-32
- Wiedervereinigung 171f., 177f 182 s. Deutschlandvertrag, Eden-Plan, Potsdamer Abkommen
- Wieland, Christoph Martin, Dichter 90
- Wien 50, 160; 52, 53, 55, 60f.; 33f. 54
- Wienburg, Ludolf, Schriftsteller 20
- Wiener Friede (1864) 79 (1866) 115 s. a. Schönbrunn
- Wiener Kongress (1814-15) 2 100, 145-151; 21
- Wiener Schiedsspruch (1938) 99 - (1940) 40
- Wiesbadener - Abkommen (1921)
- Wikinger 50-52
- Wildenbruch, Ernst von, Dichter 14
- Wilhelm I., Deutscher Kaiser, König von Preussen 28, 37, 78, 86, 88f., 91fE, 96f., 99, 103, 105, 111, 113fE, 122ff., 126ff., 131, 132137; 23, 42
- Wilhelm II., Deutscher Kaiser, König von Preussen 57, 96, 133; 25, 27-29, 30f, 32-34, 56f., 60, 69, 72f, 78, 81f., 93, 103, 17f., 140, 146, 153-158;
- Wilhelm von Holland, dt. König 53, 133, 135
- Wilhelm III. von Oranien, König von England,

186 Gesamtregister

- Schottland und Irland 62
Wilhelm III., König der
Niederlande, Grossherzog von Luxemburg 119
Wilhelm I., König von Sizilien 91
Willisen, Wilhelm von, preuss. General 74
Wilmot, Chester, brit. Historiker 77, 109
Wilson, Horace, brit. Diplomat 143
Wilson, James Harold, brit. Politiker 190
Wilson, Thomas Woodrow, Präsident der Verein. Staaten 121, 137f, 140, 145, 146, 149; 37f
Windischgrätz, Alfred Fürst zu, österr. Feldmarschall 145; 51, 54
Windthorst, Ludwig, Politiker 116; 13f.
- Wirth, Josef, Politiker 55f, 57, 60f
Wirtschaftskrise 1929/30 83, 88
Wisby 136, 143
Wismar 143; 51, 65
Wissel, Rudolf, Politiker 24
Witte, Sergej Juljewitsch, Graf russ. Staatsmann 70
Wittelsbacher 95, 136; 41
Wittenberg
Witzleben, Erwin von, Generalfeldmarschall 94, 96, 99
Wjasma und Bransk, Doppelschlacht b. (1941) 10, 49
Wolff, Theodor, Publizist 131; 26f, 92
Wolff, Otto, Unternehmer 70
Wolfram von Eschenbach, mhd. Epiker 102
- Wolhynien 105
Wöllner, Johann Christoph von, preuss. Staatsmann 102
Worms 73; 63, 104
Wormser Konkordat (1122) 52, 84
- Reichstag (1495) (1521) 20ff
Woroschilow, Kliment Jefremowitsch, Sowjet.
Marschall 159, 161
Wrangel, Friedrich Heinrich Ernst Graf von, preuss. Generalfeldmarschall 49; 58, 59
Wulfila, westgotischer Bischof 33, 49
Württemberg, Herzogtum 76
- Königreich 99, 108, 114, 121; 22
- Land (1945) 128
Yorck von Wartenburg, Ludwig Graf von, preuss. Feldmarschall 100, 140, 141
Yorck von Wartenburg, Peter Graf von, Mitgl. d. Widerstandsbewegung 99
Young-Plan 11, 71
Ypern, Schlacht b. (1915) 90
Zeitzier, Kurt, General 72
Zentraluntersuchungskommission (1833)
Zentrum, Zentrumspar-
tei 10, 13f., 23, 121f, 126; 45, 65, 113
- Auflösung 115
Zischka, Jan, Hussitenführer 170, 172
Zita, Kaiserin von Österreich, Königin von Ungarn, Gemahlin Karls I. 118
Zola, Emile, franz. Schriftsteller 19
Zölibat, Verkündung 74
Zollgesetz, preuss.
Zollunion 11
Zollverein ,s. Deutscher Z.
Zorndorf, Schlacht b. (1758) 2 53
Zünfte 161 20. Juli 1944, Verschwörung des 89, 93-99
Zweibund (Dt. Reich/ österr.-Ungarn, 1879) 16
Zweig, Stefan, Schriftsteller 103, 158
Zweibund (franz.- russ. Bündnis 1891) 55f., 59
Zwickau 27
Zwingli, Ulrich, Reformator 14
Zwirner, Ernst Friedrich, Baumeister 27

»Die deutsche Geschichte ist immerdar überschattet von Teilungen und Spaltungen.«

Diese Aussage zieht sich durch die sechsbändige »Deutsche Geschichte* von Michael Freund. Sie schließt vor allem eine pseudoobjektive Betrachtungsweise der Geschichte oder das bloße Aneinanderreihen von Fakten aus.

Freund stellt deutsche Geschichte in dem Sinne durchaus subjektiv dar, daß jede ihrer einzelnen Epochen unter dem Blickpunkt der Gegenwart gesehen, in ihren Nachwirkungen auf die Gegenwart beurteilt wird. Geschichte wird zur Problemgeschichte.

Die Kernfrage lautet: »Was ist des Deutschen Vaterland?« Diese Frage drängt sich bereits für die 'Geburtsstunde* des deutschen Volkes auf. Konnten die verschiedenen germanischen Stämme, aus denen das deutsche Volk entstand, je ganz in eines verschmelzen? Freund sagt, daß der Prozeß der Entstehung des deutschen Volkes bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Die frevelnde Frage sei nie ganz verstummt, ob es dieses deutsche Volk überhaupt gebe.

Band 5: Weimarer Republik und Drittes Reich bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Ein verhältnismäßig kleiner Zeitraum von nur 20 Jahren, und doch sind diese Jahre so bedeutungsschwer. Auswirkungen der Kapitulation, Freikorps und Spartakus, Räterepubliken und Kapp-Putsch, Dolchstoßlegende und Reparationen. Ruhrkampf und Adolf Hitlers Marsch auf die Feldherrnhalle, Inflation und Rentenmark, der Aufstieg des Nationalsozialismus und dann die Machtergreifung von 1933, Reichstagsbrand und Gleichschaltung, Röhm Putsch und Judenpogrome, der Griff nach Österreich, dem Sudetenland, der deutsch-sowjetische Pakt und die letzten diplomatischen Bemühungen vor Ausbruch des Weltkrieges.

Ein Goldmann-Taschenbuch

ISBN 3-442-11161-7 DM 5.80